

Agnes Bresselau von Bressensdorf
Frieden durch Kommunikation

**Studien
zur
Zeitgeschichte**

Herausgegeben
vom
Institut für Zeitgeschichte

Band 88

Agnes Bresselau von Bressensdorf

Frieden durch Kommunikation

Das System Genscher
und die Entspannungspolitik
im Zweiten Kalten Krieg
1979–1982/83

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-040464-7
e-ISBN (PDF) 978-3-11-040469-2
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-040473-9
ISSN 2192-0761

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2015 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Titelbild: Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bei der Arbeit im Auswärtigen Amt.

Karikatur von Bernd Bruns

Einbandgestaltung: hauser lacour

Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

☼ Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort	VII
Einleitung	1
I. Das „System Genscher“	23
1. Das Auswärtige Amt als Schaltzentrale	25
2. Die FDP als funktionelle Machtbasis	44
3. Die Personalisierung von Außenpolitik und „media diplomacy“	57
II. „Realistische Entspannungspolitik“ als Kommunikations- und Deeskalationsprozess	83
III. Kontinuität und Anpassung. Die Politik der Bundesregierung im Afghanistan-Konflikt (1979/80).	99
1. Afghanistan und der Mittlere Osten als Krisenregion	99
2. Das Auswärtige Amt, die NATO und der Krieg in Afghanistan	107
Erwartbare Eskalation: Der Einmarsch sowjetischer Truppen im Dezember 1979 (107) – Koordiniertes Chaos: Das Auswärtige Amt und der Versuch einer gemeinsamen Reaktion der NATO-Partner (114)	
3. Zwischen kommunikativer Harmonisierung und realpolitischen Interessen: Internationales Krisenmanagement à la Genscher	131
Die Bundesregierung auf der Suche nach dem entspannungspolitischen Status quo ante (131) – Ein neutrales Afghanistan? Konfliktlösungsstrategien des Auswärtigen Amtes im Rahmen der EPZ (142) – Stabilisierung der Instabilität: Pakistan, der islamistische Widerstand und das Engagement der Bundesregierung im „arc of crisis“ (153)	
4. Frieden durch Sicherheit <i>und</i> Entspannung: Genscher und die Zählung der parlamentarischen Opposition	170
5. Vertrauen durch Öffentlichkeit: Mediale Kommunikation als Mittel der Deeskalation.	182
IV. Demokratisierung durch Dialog: Die Politik der Bundesregierung in der Polen-Krise (1980–1982).	197
1. Die polnische Krise als Krise des Westens.	202
Das Auswärtige Amt, die NATO und die schrittweise Eskalation der Krise bis zur Verhängung des Kriegsrechts (202) – Polen als Katalysator europäisch-amerikanischer Differenzen (214)	

VI Inhalt

2. Kommunikation als Krisenlösungsmechanismus: Genschers Dialogpolitik mit dem Osten	226
Deutsch-polnische Interessengemeinschaft für den Frieden (226) – Selektive Gesprächsdiplomatie unter „realistischen“ Vorzeichen: Genschers, Solidarność und katholische Kirche (245)	
3. Die KSZE in Madrid als entspannungspolitisches Kommunikationsinstrument	256
4. Konsenspolitik für den Frieden? Genschers und die Unionsparteien zwischen Umarmung und Abgrenzung	266
5. Die Medien als Mittel politischer Konfliktregulierung	279
V. Koalitionspolitische „Wende“ und entspannungspolitische Kontinuität im Schatten von NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung (Herbst 1982 – Dez. 1983)	291
VI. Frieden durch Kommunikation – ein Fazit	309
Abbildungsverzeichnis und Bildnachweis	321
Abkürzungsverzeichnis	323
Quellen- und Literaturverzeichnis	327
Personenregister	383

Vorwort

Das vorliegende Buch stellt die leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation dar, die von der Ludwig-Maximilians-Universität München im Wintersemester 2013/2014 angenommen wurde.

In der Zeit, die von der ersten Idee bis zur Fertigstellung des Manuskripts verging, habe ich die Unterstützung vieler Personen erfahren, denen ich zu großem Dank verpflichtet bin. An erster Stelle danke ich meinem Doktorvater Prof. Dr. Andreas Wirsching herzlich für seine kritische und engagierte wissenschaftliche Betreuung, vor allem aber für das fachliche und persönliche Vertrauen, das er mir stets entgegenbrachte. Auch Prof. Dr. Thomas Raithel, der sich freundlicherweise bereit erklärte, das Zweitgutachten zu übernehmen, und Prof. Dr. Berthold Rittberger, der als Drittprüfer fungierte, sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Bei der Arbeit an meiner Dissertation wurden mir in zahlreichen Archiven große Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft entgegengebracht. Besonders erwähnt seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, vor allem Dr. Johannes Frhr. von Boeselager und Mareike Fossenberger. Ebenfalls danken möchte ich dem Archiv des Liberalismus in Gummersbach, namentlich Dr. Jürgen Frölich und Raymond Pradier. Auch Dr. Jürgen Petzolt vom Pressearchiv der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin sowie Dr. Joachim Wintzer und Dr. Wolfgang Hölscher von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V. in Berlin standen mir mit ihrer Fachkenntnis und Hilfsbereitschaft tatkräftig zur Seite, wofür ich ihnen meinen Dank aussprechen möchte.

Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen haben meine Forschungen durch konstruktive Kritik und fachkundige Anregungen begleitet, unter ihnen vor allem Dr. Tim Geiger, Dr. Bernhard Gotto, Dr. Matthias Peter und Dr. Elke Seefried. Besonderer Dank gebührt außerdem meinen Zimmerkolleginnen und -kollegen im Institut für Zeitgeschichte, Sandra Fürgut M.A., Dr. Tobias Hof und Sonja Schilcher M.A. sowie Elena Reitlinger, die nicht nur durch wertvolle kritische Nachfragen, zahlreiche Gespräche zu meinem Dissertationsthema und unermüdliches Korrekturlesen diverser Kapitel, sondern auch durch ihren freundschaftlichen Beistand zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben.

Für die Aufnahme meiner Arbeit in die „Studien zur Zeitgeschichte“ möchte ich dem Wissenschaftlichen Beirat des IfZ und seinen Gutachtern danken. Darüber hinaus gilt mein Dank Dr. Petra Weber, Angelika Reizle M.A. und Gabriele Jaroschka im Verlag De Gruyter/Oldenbourg für die professionelle Betreuung des Bandes.

Abschließend gilt es, all jenen Menschen Dank zu sagen, die immer für mich da waren, auch in schwierigen Phasen stets an mich glaubten und mir den benötigten Rückhalt gaben: meine Eltern, meine Schwester Anna Lena Fischer und Sandra Köneke. Ohne ihre liebevolle Unterstützung wäre diese Arbeit nie geschrieben worden. Ihnen ist die Arbeit gewidmet.

München, im September 2014

Agnes Bresselau von Bressensdorf

Einleitung

1. Hinführung und Fragestellung

Die Entspannungspolitik zwischen Ost und West, die als Reaktion auf den Bau der Berliner Mauer und die Kuba-Krise begonnen hatte und 1975 in der KSZE-Schlussakte von Helsinki gipfelte, geriet Ende der siebziger Jahre in ihre schwerste Krise.¹ War die Ära Brandt durch das Ringen um die Ostverträge gekennzeichnet, musste die Regierung von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Außenminister Hans-Dietrich Genscher nun den harten ostpolitischen Alltag bewältigen und sich den veränderten internationalen Rahmenbedingungen anpassen. Mit Jimmy Carter war 1977 ein Präsident der Demokratischen Partei ins Weiße Haus eingezogen, der den realpolitischen Kurs seiner republikanischen Vorgänger Richard Nixon, Gerald Ford und Außenminister Henry Kissinger zugunsten einer stärker moralisch fundierten Außenpolitik beendete. Im Osten war die Sowjetunion trotz der Rüstungskontrollverträge im Bereich der Langstreckenraketen (SALT) und den laufenden Verhandlungen über die beiderseitige Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa (MBFR) nicht gewillt, ihr nukleares Mittelstreckenpotenzial nach Erreichen der strategischen Parität einzufrieren oder gar abzubauen. Vielmehr trieb der Kreml dessen Modernisierung weiter voran, die mit den sogenannten SS-20-Raketen konkrete Formen annahm. Um das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West als Grundlage des NATO-Sicherheitskonzeptes wiederherzustellen, arbeitete die Atlantische Allianz ihrerseits an der Modernisierung ihres Mittelstreckenpotenzials. Hatte die beabsichtigte Produktion der sogenannten Neutronenwaffe noch in einem deutsch-amerikanischen Fiasko geendet,² gelang Mitte Dezember 1979 die Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses. Dieser bündnispolitische Kraftakt konnte die Spannungen in den transatlantischen Beziehungen allerdings nur mühsam überdecken, zumal sich in weiten Teilen der

¹ Vgl. zum Folgenden u. a. Tim Geiger, Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, in: Ders./Philipp Gassert/Hermann Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 95–122; Matthias Peter, Sicherheit und Entspannung. Die KSZE-Politik der Bundesregierung in den Krisenjahren 1978–1981, in: Ders./Hermann Wentker (Hrsg.), Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012, S. 59–81, hier: S. 59–63, und Klaus Hildebrand, Der Kalte Krieg als Détente. Die Phänomenologie der Staatenwelt während der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts, in: Karl Dietrich Bracher u. a. (Hrsg.), Politik, Geschichte und Kultur. Wissenschaft in Verantwortung für die res publica. Festschrift für Manfred Funke zum 70. Geburtstag, Bonn 2009, S. 111–125.

² Vgl. dazu Klaus Wiegrefe, Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Berlin 2005; Herbert Dittgen, Deutsch-amerikanische Sicherheitsbeziehungen in der Ära Helmut Schmidt. Vorgeschichte und Folgen des NATO-Doppelbeschlusses, München 1991, und Georges-Henri Soutou, La France et la RFA au milieu des années 70: une prise de distance à l'égard des Etats-Unis?, in: Bernhard Gotto u. a. (Hrsg.), Nach „Achtundsechzig“. Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1970er Jahren, München 2013, S. 91–103.

bundesdeutschen und westeuropäischen Öffentlichkeit heftige Proteste erhoben, die in die Bildung zahlreicher Friedensbewegungen mündeten. Pazifistische und neutralistische Strömungen, die auch in Teilen der Sozialdemokratie Fuß fassen konnten, brachten den antikomunistischen Grundkonsens der Gesellschaft ins Wanken und setzten die Bundesregierung dem Vorwurf mangelnder Bündnistreue aus.³

Als sowjetische Truppen an Weihnachten 1979 in Afghanistan einmarschierten, spitzte sich die Krise der Ost-West-Beziehungen weiter zu.⁴ Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte Moskau außerhalb des Gebietes des Warschauer Paktes in einem Land militärisch interveniert, um ein kommunistisches Regime an der Macht zu halten. In die hitzigen innenpolitischen Debatten in Bonn und die bündnisinternen Auseinandersetzungen um mögliche sowjetische Motive, westliche Sanktionsmaßnahmen und die Sinnhaftigkeit der Entspannungspolitik platzte im Sommer 1980 die Nachricht über anhaltende Streiks gegen die kommunistische Führung in Polen.⁵ Mit ihren Forderungen nach freien Gewerkschaften drohte die *Solidarność*-Bewegung um Lech Wałęsa, die Grundfesten des sozialistischen Systems zu erschüttern, und ließ bei der Bundesregierung und ihren Verbündeten die Sorge wachsen, dass Moskau nun auch in Polen militärisch eingreifen könnte. Das Krisenzentrum des Ost-West-Konflikts mit der existenziellen Frage nach Krieg oder Frieden hatte sich ins Herz Europas verschoben.

Wie stark die sicherheitspolitische Bedrohung in der zeitgenössischen Wahrnehmung präsent war, zeigte der Begriff des „Zweiten Kalten Krieges“, der bald in Presse und Öffentlichkeit kursierte und der weitverbreiteten Angst vor einer gewaltsamen Eskalation Ausdruck verlieh. Die Sorge vor einer Rückkehr zur Konfrontationspolitik der 1950er Jahre verwies darauf, dass viele in der ostpolitischen Aufbruchstimmung der Ära Brandt den Kalten Krieg bereits für beendet gehalten hatten. Gottfried Niedhart hat mit Recht kritisiert, dass der Begriff des „Zweiten Kalten Krieges“ auch von zahlreichen Historikern weitgehend unreflektiert über-

³ Vgl. u. a. Friedhelm Boll/Jan Hansen, Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD, in: Gassert/Geiger/Wentker, Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, S. 203–228; Holger Nehring/Benjamin Ziemann, Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung – eine Kritik, in: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte 59 (2011), S. 81–100; Christoph Becker-Schaum/Philipp Gassert/Martin Klimke (Hrsg.), Entrüstet euch! Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u. a. 2012, und Michael Roik, Der NATO-Doppelbeschluss und die Veränderung des antitotalitären Konsenses in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bracher u. a., Politik, Geschichte und Kultur, S. 65–76.

⁴ Vgl. u. a. David N. Gibbs, Die Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hrsg.), Heiße Kriege im Kalten Krieg, Hamburg 2006, S. 291–314; Helmut Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient. Die USA, die Sowjetunion und die Konflikte in Afghanistan, am Golf und im Nahen Osten 1979–1991: Auswirkungen für Deutschland und Europa, München 1995, und Milan Hauner, The Soviet War in Afghanistan. Patterns of Russian Imperialism, Philadelphia 1991.

⁵ Vgl. u. a. Katarzyna Stokłosa, Polen und die deutsche Ostpolitik 1945–1990, Göttingen 2011, S. 457–525, und Hartmut Kühn, Das Jahrzehnt der *Solidarność*. Die politische Geschichte Polens 1980–1990, Berlin 1999.

nommen wurde.⁶ Ohne diesen Terminus als Analyseinstrument zu nutzen, wird er in der vorliegenden Arbeit verwendet, um den zeitgenössischen Horizont, vor dem die sozial-liberale Koalition ihr Prestigeprojekt Entspannungspolitik zu verteidigen hatte, sichtbar zu machen. Gegenstand der Studie ist somit nicht die Frage nach dem von CDU und CSU diagnostizierten Scheitern oder dem von der Regierung Schmidt/Genscher postulierten Erfolg der Entspannungspolitik. Stattdessen soll herausgearbeitet werden, wie diese Politik unter den Krisenbedingungen der späten siebziger und frühen achtziger Jahre weitergeführt und welche Anpassungsleistungen erbracht werden mussten.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf dem politischen Handeln des langjährigen Außenministers, FDP-Vorsitzenden und Vizekanzlers Hans-Dietrich Genscher, der – wie noch zu zeigen sein wird – als eigentlicher Erbe der „Neuen Ostpolitik“ gelten kann. Schon als Innenminister unter Bundeskanzler Brandt mit der verfassungsrechtlichen Absicherung der Ostverträge befasst,⁷ nahm er ab 1974 als Außenminister die konkrete Gestaltung bundesdeutscher Verständigungspolitik in die Hand. Bundeskanzler Helmut Schmidt hingegen setzte die multilateral zu koordinierende Wirtschafts- und Währungspolitik sowie den Kampf gegen den Linksterrorismus an die erste Stelle seiner politischen Tagesordnung.⁸ Mit dem heraufziehenden „Zweiten Kalten Krieg“ wurde die Rüstungskontrollpolitik und in deren Folge der NATO-Doppelbeschluss zum beherrschenden Thema, bei dem Schmidt zweifelsohne eine bedeutende Rolle einnahm.⁹

Die unbestreitbar vorhandenen Verdienste des Kanzlers für die internationalen Beziehungen der Bundesrepublik sollen in keiner Weise geschmälert werden, es war jedoch Genscher, der die Entspannungspolitik zum Kernthema seiner Agenda entwickelte. Achtzehn Jahre lang stand er an der Spitze des Auswärtigen Amts und prägte die strategische Ausrichtung und konzeptionelle Gestaltung der Bonner Ostpolitik über die koalitionspolitische Zäsur von 1982 hinaus. Als Parteivorsitzender hatte er außerdem erheblichen Einfluss auf den Meinungsbildungsprozess innerhalb der FDP¹⁰ und der Bundesregierung insgesamt, woran sich die Frage

⁶ Gottfried Niedhart, Der Ost-West-Konflikt. Konfrontation im Kalten Krieg und Stufen der Deeskalation, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 557–594, hier: S. 588.

⁷ Vgl. dazu u. a. Hans-Dieter Lucas, Wahrung der deutschen Option – Hans-Dietrich Genscher und die neue Ost- und Deutschlandpolitik (1969–1974), in: Ders. (Hrsg.), Genscher, Deutschland und Europa, Baden-Baden 2002, S. 59–81.

⁸ Vgl. Frank Fischer, Von der „Regierung der inneren Reformen“ zum „Krisenmanagement“. Das Verhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik in der sozial-liberalen Ära 1969–1982, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 395–414, hier: S. 408.

⁹ Zur Rolle Schmidts bei der Konzipierung und Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Geiger, Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss.

¹⁰ Das Präsidium der Freien Demokratischen Partei beschloss am 18. 11. 1968, die Abkürzungsbuchstaben FDP durch sogenannte „werbliche Stopper“, d. h. Pünktchen, zu trennen, und bestritt den Bundestagswahlkampf 1969 erstmals unter der Abkürzung F.D.P. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden stringent das Kürzel FDP verwendet. Vgl. dazu auch Daniela Gniss, Freie Demokratische Partei. Mitgliedschaft und Sozialstruktur, in: Marie-Luise Recker/Klaus Tenfelde (Hrsg.), Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III: FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, Düsseldorf 2005, S. 37–89, Anm. 1.

anschließt, welche machtpolitischen Implikationen sein außenpolitischer Ansatz besaß, welches Gewicht den Liberalen innerhalb der Koalition beizumessen war und inwiefern persönlicher Profilierungswille eine maßgebende Rolle spielte.

Unter Genscher kam es zu einer bisher nicht gekannten Personalisierung bundesdeutscher Außenpolitik, seine Omnipräsenz in Presse, Rundfunk und Fernsehen ist legendär.¹¹ Seine PR-Strategien und professionelle Öffentlichkeitsarbeit zu untersuchen ist umso spannender, als mit Helmut Schmidt ein Kanzler an seiner Seite stand, der ebenfalls für seinen versierten Umgang mit den Medien bekannt war, dem ein erfolgreiches, pressewirksames Krisenmanagement Anfang der achtziger Jahre jedoch nicht mehr gelang.¹² Eine Analyse der medialen Kommunikationsleistungen Genschers und ihre Bedeutung für sein entspannungspolitisches Krisenmanagement im „Zweiten Kalten Krieg“ geben den Blick frei auf die grundlegende Frage, wie Diplomatie in Zeiten moderner Massenmedien unter den systemischen Zwängen des Ost-West-Konflikts „gemacht“ wurde. Die vorliegende Arbeit betritt damit ihn mehrfacher Hinsicht Neuland, wie ein Blick auf den aktuellen Forschungsstand unterstreicht.

2. Forschungsstand

Die Entspannungspolitik der Ära Brandt von ihren konzeptionellen Anfängen in den frühen sechziger Jahren¹³ bis zum Abschluss der Ostverträge ist inzwischen gut erforscht.¹⁴ Auch der KSZE-Prozess hat durch die Öffnung der Archive für

¹¹ Vgl. u. a. Jürgen Leinemann, *Macht. Psychogramme von Politikern*, Frankfurt a. M. 1983, S. 146–157.

¹² Vgl. u. a. Lars Rosumek, *Die Kanzler und die Medien. Acht Porträts von Adenauer bis Merkel*, Frankfurt a. M. 2007, S. 134–156; Astrid Zipfel, *Helmut Schmidt und die Medien. Eine Untersuchung zur politischen Öffentlichkeitsarbeit*, Mainz 2004; Thomas Birkner, *Mann des gedruckten Wortes. Helmut Schmidt und die Medien*, Bremen 2014, und ders., *Strategie Schmidt. Strategische Kommunikation in Politik und Publizistik am Beispiel Helmut Schmidt*, in: Ulrike Röttger/Volker Gehrau/Joachim Preusse (Hrsg.), *Strategische Kommunikation. Umrisse und Perspektiven eines Forschungsfeldes*, Wiesbaden 2013, S. 151–172.

¹³ Zu den Anfängen der „Neuen Ostpolitik“ vor 1969 vgl. u. a. Julia von Dannenberg, *The Foundations of Ostpolitik. The Making of the Moscow Treaty between West Germany and USSR*, Oxford/New York 2008; Arne Hofmann, *The Emergence of Détente in Europe. Brandt, Kennedy and the Formation of Ostpolitik*, London/New York 2007; Wolfgang Schmidt, *Die Wurzeln der Entspannung. Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 51 (2003), S. 521–563; Werner Link, *Der lange Weg zum „geregelten Nebeneinander“. Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre*, in: Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günter Wichert (Hrsg.), *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*, Berlin 1999, S. 97–114; Günther Heydemann, *Deutschlandpolitische Neuansätze der 60er Jahre*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 1 (1994), S. 15–32, und Klaus Schönhoven, *Wendjahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969*, Bonn 2004.

¹⁴ Zur umfangreichen Forschung über die Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts vgl. u. a. Peter Bender, *Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Verei-*

die 1970er Jahre zuletzt wachsendes Forschungsinteresse hervorgerufen, das sich in zahlreichen quellengestützten Sammelbänden und Einzelbeiträgen niederschlug.¹⁵ Petri Hakkarainen analysiert die frühe KSZE-Politik der Bundesrepublik in den Jahren 1966 bis 1972, wobei er das Engagement und die Bedeutung Bonns für das Zustandekommen der Schlussakte von Helsinki betont. Im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) sei es der Bundesregierung gelungen, ihren bi- und multilateralen Handlungsspielraum nicht nur zu nutzen, sondern ihn erheblich auszuweiten.¹⁶ Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Angela Romano, die einen erheblichen Bedeutungszuwachs der eng miteinander kooperierenden EG-Staaten im KSZE-Prozess konstatiert. Auch wenn die Ostpolitik der Westeuropäer nie völlig homogen gewesen sei und zu keinem Zeitpunkt aus dem sicherheitspolitischen Schatten der Supermächte habe treten können, hätten die EG-Staaten multilaterale Konsultationsmechanismen eingeübt, die langfristig zu einer Vertiefung der europäischen Integration auf dem Gebiet der Außenpolitik führten.¹⁷

Aus einem Mannheimer Forschungsprojekt über Ostpolitik und KSZE bis zur Verabschiedung der Schlussakte 1975 sind inzwischen ebenfalls zahlreiche Beiträ-

nigung, München 1996; Werner Link, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt 1969–1974, in: Karl-Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link (Hrsg.), *Republik im Wandel. Die Ära Brandt*, Stuttgart/Mannheim 1996, S. 161–282; Carole Fink/Bernd Schaefer (Hrsg.), *Ostpolitik 1969–1974. European and Global Responses*, Cambridge 2009; Arnulf Baring, *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*, Stuttgart 1982, und Gottfried Niedhart, *Entspannung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und der Warschauer Pakt 1966 bis 1975*, München 2014. Einen Überblick über den Forschungsstand bietet Oliver Bange, *Ostpolitik – Etappen und Desiderate der Forschung. Zur internationalen Einordnung von Willy Brandts Außenpolitik*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 46 (2006), S. 713–736.

¹⁵ Vgl. u. a. Wilfried Loth/Georges-Henri Soutou (Hrsg.), *The Making of Détente. Eastern and Western Europe in the Cold War, 1965–75*, London 2008; Andreas Wenger/Vojtech Mastny/Christian Nuenlist (Hrsg.), *Origins of the European Security System. The Helsinki Process Revisited, 1965–75*, London/New York 2008; Vladimir Bilandžić/Dittmar Dahlmann/Milan Kosanović (Hrsg.), *From Helsinki to Belgrade – The First CSCE Follow-up Meeting and the Crisis of Détente*, Göttingen 2012, und Oliver Bange, *Der KSZE-Prozess und die sicherheitspolitische Dynamik des Ost-West-Konflikts 1970–1990*, in: Ders./Bernd Lemke (Hrsg.), *Wege zur Wiedervereinigung. Die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970 bis 1990*, München 2013, S. 87–104. Vgl. außerdem die von Melvyn P. Leffler und Odd Arne Westad herausgegebene dreibändige *Cambridge History of the Cold War*, Bd. 1: *Origins, 1945–1962*, Bd. 2: *Crisis and Détente, 1962–1975*, und Bd. 3: *Endings, 1975–1991*, Cambridge 2010.

¹⁶ Petri Hakkarainen, *A State of Peace in Europe. West Germany and the CSCE, 1966–1975*, New York/Oxford 2011.

¹⁷ Angela Romano, *From Détente in Europe to European Détente. How the West Shaped the Helsinki CSCE*, Bruxelles u. a. 2009. Zur Rolle der EPZ im KSZE-Prozess vgl. außerdem dies., *The Main Task of the European Political Cooperation. Fostering Détente in Europe*, in: Poul Villaume/Odd Arne Westad (Hrsg.), *Perforating the Iron Curtain. European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold War 1965–85*, Kopenhagen 2010, S. 122–141; Daniel Möckli, *The EC Nine, the CSCE, and the Changing Pattern of European Security*, in: Wenger/Mastny/Nuenlist, *Origins of the European Security System*, S. 145–163, und Daniel Möckli, *European Foreign Policy during the Cold War. Heath, Brandt, Pompidou and the Dream of Political Unity*, London/New York 2009, S. 99–140.

ge hervorgegangen.¹⁸ Auch innerhalb des gemeinsamen KSZE-Projekts des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin und der Universitäten Paris IV (Lehrstuhl Prof. Dr. Georges-Henri Soutou) und Erlangen-Nürnberg (Lehrstuhl Prof. Dr. Helmut Altrichter) sind bereits mehrere Studien erschienen.¹⁹ Die KSZE-Politik der Bundesregierung seit 1975 analysiert Matthias Peter in verschiedenen Beiträgen und seiner kürzlich publizierten Monographie.²⁰ Dabei macht er auf den inneren Zusammenhang zwischen politischer und militärischer Entspannung, zwischen KSZE-Prozess und den Wiener MBFR-Verhandlungen aufmerksam und verdeutlicht, dass die Schlussakte von Helsinki für alle Beteiligten ein neuartiges diplomatisches Instrument darstellte, dessen Handhabung es schrittweise zu erlernen galt. Im Spannungsfeld der späten siebziger Jahre bildete, so Peter, die KSZE für die Regierung Schmidt/Genscher „das zentrale Steuerungsinstrument einer kontrazyklischen Stabilisierungspolitik“.²¹

Auch der hier im Fokus stehende Rückschlag der Entspannungspolitik seit Mitte der 1970er Jahre findet immer mehr das Interesse der Forschung.²² Zur Vorgeschichte und Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses sind nach wie vor die politologischen Arbeiten von Helga Haftendorn²³, Thomas Risse-Kappen²⁴ und Lothar Rühl²⁵ unverzichtbar. Darüber hinaus entstehen im Rahmen des von Philipp Gassert, Martin Klimke und Wilfried Mausbach geleiteten Projekts „The Nuclear Crisis. Cold War Cultures and the Politics of Peace and Security, 1975–

¹⁸ Eine Projektbeschreibung und Auflistung der daraus hervorgegangenen Arbeiten findet sich unter URL: www.csce-1975.net (Stand: 13. 11. 2014).

¹⁹ Helmut Altrichter/Hermann Wentker (Hrsg.), *Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990*, München 2011; Anja Hanisch, *Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung*, München 2012; Benjamin Gilde, *Österreich im KSZE-Prozess 1969–1983. Neutraler Vermittler in humanitärer Mission*, München 2013; Philip Rosin, *Die Schweiz im KSZE-Prozess 1972–1983. Einfluss durch Neutralität*, München 2014; Matthias Peter, *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess 1975–1983. Die Umkehrung der Diplomatie*, München 2015, und Veronika Heyde, *Frankreichs KSZE-Politik 1969–1983* (Manuskript). Eine Beschreibung des Projekts findet sich unter URL: <http://www.ifz-muenchen.de/forschung/transformationforschung/projektuebersicht/> (Stand: 13. 11. 2014).

²⁰ Matthias Peter, *Konferenzdiplomatie als Mittel der Entspannung. Die KSZE-Politik der Regierung Schmidt/Genscher 1975–1978*, in: Altrichter/Wentker, *Der KSZE-Prozess*, S. 15–28; Matthias Peter, *Sicherheit und Entspannung. Die KSZE-Politik der Bundesregierung in den Krisenjahren 1978–1981*, in: Ders./Wentker, *Die KSZE im Ost-West-Konflikt*, S. 59–81, und ders., *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess*.

²¹ Peter, *Sicherheit und Entspannung*, S. 81.

²² Vgl. u. a. Leopoldo Nuti (Hrsg.), *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985*, London/New York 2009.

²³ Helga Haftendorn, *Das doppelte Missverständnis. Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 33 (1985), S. 249–255; dies., *Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluss*, München 1986.

²⁴ Thomas Risse-Kappen, *Null-Lösung. Entscheidungsprozesse zu den Mittelstreckenwaffen 1970–1987*, Frankfurt a. M./New York 1988; ders., *Die Krise der Sicherheitspolitik. Neuorientierung und Entscheidungsprozesse im politischen System der Bundesrepublik Deutschland 1977–1984*, München 1988.

²⁵ Lothar Rühl, *Mittelstreckenwaffen in Europa – ihre Bedeutung in Strategie, Rüstungskontrolle und Bündnispolitik*, Baden-Baden 1987.

1990“ mehrere Qualifikationsarbeiten.²⁶ Eine gemeinsame Tagung des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin und des DHI Washington brachte einen Sammelband hervor, der sich den sicherheitspolitischen Debatten um den NATO-Doppelbeschluss und der Rolle der Friedensbewegungen in deutscher und internationaler Perspektive widmet.²⁷ Neben Aufsätzen, die sich aus verschiedenen Blickwinkeln der Rolle der Friedensbewegungen in ihren diversen gesellschaftlichen Ausprägungen und parteipolitischen Implikationen widmen, arbeitet Tim Geiger in seinem Beitrag überzeugend die Bedeutung der Bundesrepublik für die Genese und Implementierung des Nachrüstungsbeschlusses heraus, als dessen Wegweiser, nicht aber Urheber Helmut Schmidt gewürdigt werden müsse.²⁸ Andreas Rödder nimmt die bundesdeutsche Sicherheitspolitik nach der „Wende“ von 1982 in den Blick. Bei grundlegender Übereinstimmung zwischen Kohl und Genscher hinsichtlich der Notwendigkeit einer konsequenten Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses sei es zu unterschiedlichen Akzentsetzungen im Detail gekommen, die Rödder auf divergierende weltanschauliche Wahrnehmungsmuster zurückführt.²⁹

Zur Geschichte des Afghanistan-Konflikts liegen überwiegend Arbeiten vor, die den Einmarsch Moskaus in die Geschichte der Sowjetunion und ihres Zusammenbruchs insgesamt einzuordnen versuchen,³⁰ ihn mit dem amerikanischen Vietnam-Trauma vergleichen³¹ oder als Vorgeschichte der seit 2001 andauernden „humanitären Intervention“ der NATO und des amerikanischen „Krieges gegen den Terror“ nachzeichnen.³² Darüber hinaus kann auf erste quellenbasierte Ein-

²⁶ Eine Beschreibung des Projekts findet sich unter URL: <http://www.nuclearcrisis.org> (Stand: 13.11.2014). Dort findet sich auch eine umfassende Bibliographie zu NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung.

²⁷ Gassert/Geiger/Wentker, Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Vgl. außerdem Becker-Schaum/Gassert/Klimke, Entrüstet euch!; Gerhard Wettig, Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979–1983, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 57 (2009), S. 217–259, und Nehring/Ziemann, Führen alle Wege nach Moskau?.

²⁸ Geiger, Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, S. 95–122.

²⁹ Andreas Rödder, Bündnissolidarität und Rüstungskontrollpolitik. Die Regierung Kohl-Genscher, der NATO-Doppelbeschluss und die Innenseite der Außenpolitik, in: Gassert/Geiger/Wentker, Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, S. 123–136.

³⁰ Vgl. u. a. Michael Ploetz, Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall, Berlin 2000; Anthony Arnold, The Fateful Pebble. Afghanistan's Role in the Fall of the Soviet Empire, Novato/CA 1993; Hauner, The Soviet War in Afghanistan; Sylvain Boulouque, Der Kommunismus in Afghanistan, in: Stéphane Courtois u. a. (Hrsg.), Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München/Zürich 2004, S. 772–792; Manfred Sapper, Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka, Münster/Hamburg 1994, und Tom Lansford, A Bitter Harvest. U.S. Foreign Policy and Afghanistan, Aldershot u. a. 2003.

³¹ Vgl. u. a. Douglas A. Borer, Superpowers Defeated. Vietnam and Afghanistan Compared, London 1999, und Gennadi Botscharow, Die Erschütterung. Afghanistan – das sowjetische Vietnam, Berlin 1991.

³² Vgl. u. a. Rasul Bakhsh Rais, War without Winners. Afghanistan's Uncertain Transition after the Cold War, Oxford u. a. 1994; Dieter Kläy, Der sowjetische Krieg in Afghanistan und die Folgen bis heute, in: Claudine Nick-Miller (Hrsg.), Strategisches versus humani-

zelbeiträge zurückgegriffen werden, die sich auf die Frage nach dem offensiven oder defensiven Charakter der sowjetischen Invasion konzentrieren, wobei inzwischen weitgehender Konsens darüber besteht, dass Moskau darin einen notwendigen Akt der Herrschaftssicherung sah, dessen militärischer und ökonomischer Risiken sich der Kreml durchaus bewusst war.³³ Neben dieser Fixierung auf die Ebene der Supermächte wurden inzwischen erste Arbeiten veröffentlicht, die die kommunistische Ära Kabuls in die Gesamtgeschichte des Landes einordnen.³⁴ Untersuchungen zur westeuropäischen Sichtweise auf die sowjetische Invasion sind bislang rar gesät,³⁵ geschichtswissenschaftliche Studien zur bundesdeutschen Afghanistan-Politik der 1970er und 1980er Jahre fehlen.³⁶

Die Forschung zur polnischen Krise ist stark auf Entstehung und Wirken der *Solidarność* konzentriert. Nahezu alle Arbeiten gehen dabei explizit oder implizit der Frage nach, welche Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung und den Demokratisierungsprozessen in Polen für den Zusammenbruch des Ostblocks 1989 zukam.³⁷ Kontrovers diskutiert wird, ob sich Moskau aufgrund der strategischen

täres Denken: das Beispiel Afghanistan, Zürich 2009, S. 103–135, und Geoff Shaw/David Spencer, *Fighting in Afghanistan. Lessons from the Soviet Intervention 1979–89*, in: *Defense & Security Analysis* 19/2 (2003), S. 177–188.

³³ Vgl. u. a. David N. Gibbs: Die Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979, in: Greiner/Müller/Walter, *Heiße Kriege im Kalten Krieg*, S. 291–314; Bernhard Chiari, Kabul 1979. Militärische Intervention und das Scheitern der sowjetischen Dritte-Welt-Politik in Afghanistan, in: Andreas Hilger (Hrsg.), *Die Sowjetunion und die Dritte Welt. UdSSR, Staatssozialismus und Antikolonialismus im Kalten Krieg 1945–1991*, München 2009, S. 259–280, und Evguénia Obitchkina, *L'intervention de l'union soviétique en Afghanistan*, in: *Revue d'histoire diplomatique* 120/2 (2006), S. 155–169. Pierre Allan und Dieter Kläy sprechen von einer „Mischform“ aus offensiven und defensiven Motiven, die Moskau zum Einmarsch in Afghanistan bewegt hätten, vgl. Pierre Allan/Dieter Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie. Entscheidungsprozesse in Moskaus Afghanistankonflikt*, Bern u. a. 1999, S. 30. Zu den afghanisch-sowjetischen Beziehungen insgesamt vgl. Paul Robinson/Jay Dixon, *Aiding Afghanistan. A History of Soviet Assistance to a Developing Country*, London 2013.

³⁴ Vgl. u. a. Thomas Barfield, *Afghanistan. A Cultural and Political History*, Oxford 2010; Conrad Schetter, *Kleine Geschichte Afghanistans*, München 2010; Antonio Giustozzi, *War, Politics and Society in Afghanistan, 1978–1992*, Washington D.C. 2007; Bernhard Chiari (Hrsg.), *Afghanistan*, Paderborn u. a. 2007; William Maley, *The Afghanistan Wars*, New York 2002; Assem Akram, *Histoire de la guerre d'Afghanistan*, Paris 1998, und Eric Bachelier, *L'Afghanistan en guerre. La fin du grand jeu soviétique*, Lyon 1992.

³⁵ Vgl. zur französischen Perspektive Maurice Vaisse, *Le chemin de Varsovie. La France face à l'intervention soviétique en Afghanistan (décembre 1979 – juin 1980)*, in: *Revue d'histoire diplomatique* 120 (2006), S. 169–187.

³⁶ Zu den deutsch-afghanischen Beziehungen vor 1979 vgl. Matin Baraki, *Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945–1978*, Frankfurt a. M. 1996.

³⁷ Vgl. u. a. Andrzej Friszke, *Das Zeitalter der Solidarność 1980–1989*, in: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.), *Länderbericht Polen. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*, Bonn 2009, S. 107–120; Włodzimierz Borodziej, *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, München 2010; Kühn, *Das Jahrzehnt der Solidarność*; Roman P. Smolorz, *Die Freie sich selbst verwaltende Gewerkschaft „Solidarność“*, in: *Deutsche Studien* 35 (1998), S. 225–248; Barbara Büscher (Hrsg.), *„Solidarność“. Die polnische Gewerkschaft „Solidarität“ in Dokumenten, Diskussionen und Beiträgen 1980 bis 1982*, Köln 1983; Timothy Garton Ash, *The Polish Revolution. Solidarity*, New Haven 2002, und Jane

Bedeutung Polens für das sowjetische Imperium ernsthaft mit dem Gedanken trug, im Zweifelsfall militärisch einzugreifen,³⁸ oder ob Breschnews Drohgebärden lediglich den politischen Druck auf Warschau erhöhen sollten.³⁹ Welche Rolle Moskau bei der Verhängung des Kriegsrechts spielte, ob das Damoklesschwert einer drohenden sowjetischen Intervention oder die Eigeninitiative der Regierung Jaruzelski dabei den Ausschlag gab, wird ebenfalls unterschiedlich bewertet.⁴⁰ Aussagen beteiligter Zeitzeugen widersprechen sich hier ebenso wie verschiedene regierungsamtliche Quellen der Warschauer-Pakt-Staaten.⁴¹ Seit einigen Jahren stehen außerdem erste Untersuchungen zur Verfügung, welche die Auswirkungen der Streikbewegung auf die deutsch-polnischen Beziehungen und die Unterstützung der *Solidarność* durch Bonn herausarbeiten.⁴² Für die hier gewählte Fragestellung besonders gewinnbringend ist eine Studie zur polnischen Krise von Helene Sjursen, die die Haltung der westeuropäischen Staaten, insbesondere diejenige der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Großbritanniens, in den Blick nimmt.⁴³

Alles in allem liegen damit Untersuchungen zu einzelnen Themenfeldern des „Zweiten Kalten Krieges“ vor, nicht aber quellenbasierte Studien, welche die bundesdeutsche Entspannungspolitik in dieser Krise des internationalen Systems ins-

Leftwich Curry, *The Solidarity-Crisis, 1980–81. The Near Death of Communism*, in: Dies./Luba Fajfer (Hrsg.), *Poland's Permanent Revolution. People vs. Elites, 1956 to the Present*, Washington/DC 1996, S. 167–209.

³⁸ Vgl. Mark Kramer, *Das Verhalten der UdSSR und des Warschauer Paktes in der polnischen Krise 1980/81*, in: Torsten Diedrich/Walter Süß (Hrsg.), *Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten*, Berlin 2010, S. 167–211.

³⁹ Vgl. Hermann Wentker, *Entsatellisierung oder Machtverfall? Das sowjetische Imperium und die innerstaatlichen Konflikte im Ostblock 1953 bis 1981*, in: Ders. u. a. (Hrsg.), *Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus*, Berlin 2004, S. 231–255, hier: S. 244–249. Vgl. dazu außerdem Matthew J. Ouimet, *The Rise and Fall of the Breshnev Doctrine in Soviet Foreign Policy*, Chapel Hill/NC 2003, S. 5 und S. 131–203, und Wilfried Loth, *Moscow, Prague and Warsaw. Overcoming the Brezhnev Doctrine*, in: *Cold War History* 1/2 (2001), S. 103–118.

⁴⁰ Vgl. Paweł Machcewicz, *Die polnische Krise von 1980/81*, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hrsg.), *Krisen im Kalten Krieg*, Hamburg 2008, S. 477–504, und Kramer, *Das Verhalten der UdSSR und des Warschauer Paktes in der polnischen Krise 1980/81*, S. 167–211.

⁴¹ Vgl. dazu die Beiträge von Malcom Byrne, Mark Kramer, Paweł Machcewicz und Francis J. Meehan in *CWIHP Bulletin* 11 (1998). Dort finden sich auch ins Englische übertragene Wortprotokolle aus sowjetischen und ostdeutschen Archiven.

⁴² Vgl. u. a. Stokłosa, *Polen und die deutsche Ostpolitik*, S. 457–525; Albrecht Riechers, *Hilfe für Solidarność. Zivilgesellschaftliche und staatliche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980–1982*, Bonn 2006; Andrzej Stach, „Solidarność? Nein, danke...“: Die Einstellung zu Solidarność in beiden deutschen Staaten vor 1989, in: Izabela Surynt (Hrsg.), *Die Wende. Die politische Wende 1989/90 im öffentlichen Diskurs Mittel- und Osteuropas*, Hamburg 2007, S. 74–85; Dieter Bingen, *Ostpolitik und demokratischer Wandel in Mittel- und Osteuropa. Der Testfall Polen*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 45 (2005), S. 117–140, und Nina Dombrowsky, *Solidarität mit Solidarność? Politische Reaktionen aus der Bundesrepublik auf die Entstehung der „Solidarność“ und die Ausrufung des Kriegszustandes in der Volksrepublik Polen 1980–1982*, in: *Deutschland-Archiv* 41/1 (2008), S. 68–75.

⁴³ Helene Sjursen, *The United States, Western Europe and the Polish Crises. International Relations in the Second Cold War*, Basingstoke 2003.

gesamt analysieren. Darüber hinaus konzentrieren sich nahezu alle Arbeiten zur bundesdeutschen Außenpolitik auf die Rolle des Bundeskanzlers, während Auswärtiges Amt und Außenminister in der „Kanzlerdemokratie“ nur am Rande behandelt werden.⁴⁴ Eine institutionengeschichtliche Untersuchung zu Organisation, Funktion und Arbeitsmechanismen des Auswärtigen Amtes in den 1970er und 1980er Jahren steht nach wie vor aus.⁴⁵ Obwohl Hans-Dietrich Genscher achtzehn Jahre lang an dessen Spitze stand, beschränken sich die Beiträge zu seinem außenpolitischen Wirken auf wenige – meist politologische – Aufsätze und behandeln vorrangig seine Rolle bei der deutschen Wiedervereinigung.⁴⁶ Eine Ausnahme bildet ein von Hans-Dieter Lucas herausgegebener Sammelband, der einen Überblick über die vielfältigen Tätigkeitsfelder des liberalen Politikers bietet, jedoch einer breiten Quellengrundlage entbehrt.⁴⁷ Empirisch fundierte Studien zu Genschers Rolle in Partei, Fraktion und als Innenminister fehlen ebenso wie eine quellengestützte Biographie. Einzelbeiträge ehemaliger Zeitzeugen zu seiner Vita haben meist nur anekdotischen, nicht aber analytischen Charakter.⁴⁸

Die politik- und kommunikationswissenschaftliche Forschung zu den Interaktionsmechanismen zwischen Medien und Politik hat sich inzwischen stark ausdifferenziert.⁴⁹ Der klassischen Instrumentalisierungsthese, die Massenmedien als

⁴⁴ Bezeichnend hierfür ist die Arbeit von Stefan Fröhlich, „Auf den Kanzler kommt es an“. Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung, Paderborn u. a. 2001.

⁴⁵ Zur Geschichte des Auswärtigen Amtes vor 1945 und in der unmittelbaren Nachkriegszeit vgl. Eckart Conze u. a., *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2012. Zur Kontroverse um dieses Buch vgl. u. a. Johannes Hürter, *Das Auswärtige Amt, die NS-Diktatur und der Holocaust. Kritische Bemerkungen zu einem Kommissionsbericht*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 59 (2011), S. 167–192. Vgl. außerdem Eckart Conze, *Das Auswärtige Amt. Diplomatie vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*, München 2013.

⁴⁶ Vgl. u. a. Gerhard A. Ritter, *Hans-Dietrich Genscher, das Auswärtige Amt und die deutsche Vereinigung*, München 2013; Angela Fischer, *Entscheidungsprozess zur deutschen Wiedervereinigung. Der außen- und deutschlandpolitische Entscheidungsprozess der Koalitionsregierung Kohl/Genscher in den Schicksalsjahren 1989/90*, Frankfurt a. M. u. a. 1996.

⁴⁷ Lucas, Genscher, *Deutschland und Europa*. Vgl. außerdem Kerstin Brauckhoff/Irmgard Adam-Schwaetzer (Hrsg.), *Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik*, Wiesbaden 2015.

⁴⁸ Vgl. u. a. Werner Filmer/Heribert Schwan (Hrsg.), *Hans-Dietrich Genscher*, Düsseldorf 1988; Hans-Dieter Heumann, *Hans-Dietrich Genscher. Die Biographie*, Paderborn 2012. Vgl. zu Letzterem auch die Rezension der Autorin, in: *sehepunkte* 12 (2012), Nr. 6, URL: <http://www.sehepunkte.de/2012/06/20796.html> (Stand: 13. 11. 2014), und Robert Leicht, *Hans-Dietrich Genscher*, in: Lucas, Genscher, *Deutschland und Europa*, S. 387–394.

⁴⁹ Zur Ausdifferenzierung der politik- und kommunikationswissenschaftlichen Medienforschung vgl. u. a. Jochen Hoffmann/Ulrich Sarcinelli, *Politische Wirkungen der Medien*, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 720–748; Ulrich Sarcinelli, *Mediale Politikdarstellung und politisches Handeln: analytische Anmerkungen zu einer notwendigerweise spannungsreichen Beziehung*, in: Ottfried Jarren (Hrsg.), *Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen*, Opladen 1994, S. 35–50; Andreas Jansen/Rosaria Ruberto, *Mediale Konstruktion politischer Realität. Politikvermittlung im Zeitalter der Fernsehdemokratie*, Wiesbaden 1997; Michael Jäckel/Peter Winterhoff-Spurk (Hrsg.), *Politik und Medien. Analysen zur Entwicklung der politischen Kommunikation*, Berlin 1994, und Stefan Weber (Hrsg.), *Theorien der Medien. Von der Kulturkritik bis zum Konstruktivismus*, Konstanz 2010.

verlängerten Arm der Politik begreift, steht das Dependenzmodell gegenüber, das die Abhängigkeit der Politik von den Medien hervorhebt. Stellvertretend hierfür seien die überwiegend negativ konnotierten Schlagworte von der „Mediokratie“, den „Medien als vierte Gewalt“ oder „Infotainment“ genannt.⁵⁰ Studien, die das „symbiotische Interdependenzverhältnis“⁵¹ von Medien und Politik untersuchen, bleiben oft theoretischen Konzepten verhaftet, ohne diese durch ausreichend quellengestützte Analysen zu unterfüttern.⁵²

Mit Blick auf die Außenpolitik versuchen die Arbeiten vor allem die Einflussnahme von Medien auf außenpolitische Entscheidungen wie etwa humanitäre Interventionen nachzuvollziehen, wobei meist der Kontext parlamentarischer Wahlkämpfe im Vordergrund steht.⁵³ Eine umfassende Kommunikationstheorie der internationalen Beziehungen ist bislang nicht entwickelt worden.⁵⁴ Zeithistorische Studien beschränken sich häufig auf die Entstehung medialer Institutionen oder die Entwicklung medialer Technik, behandeln die Medien also als abgeschlossenes System. Empirische Arbeiten, die sich mit der Interaktion von Medien und Politik befassen, bleiben bei einer Auswertung der Printmedien stehen, obwohl Radio und Fernsehen seit den 1930er bzw. 1960er Jahren beständig an Bedeutung gewannen und folglich in die Analyse einfließen müssten.⁵⁵ Für die ge-

⁵⁰ Vgl. Thomas Meyer, *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem*, Frankfurt a. M. 2001. Meyer spricht von einer De-facto-Verlagerung politischer Entscheidungsgewalt hin zu den Massenmedien. Vgl. außerdem Wolfgang Donsbach/Olaf Jandura (Hrsg.), *Chancen und Gefahren der Mediendemokratie*, Konstanz 2003.

⁵¹ Frank Marcinkowski/Volker Greger/Wolfgang Hüning, *Stabilität und Wandel in der Semantik des Politischen: Theoretische Zugänge und empirische Befunde*, in: Frank Marcinkowski (Hrsg.), *Die Politik der Massenmedien*, Heribert Schatz zum 65. Geburtstag, Düsseldorf 2001, S. 12–114, hier: S. 19.

⁵² Vgl. u. a. Hans-Jürgen Bucher, *Die Medialität des Politischen. Zur Inszenierung der Politik im Fernsehen*, in: Ute Frevert/Wolfgang Braungart (Hrsg.), *Sprachen des Politischen. Medien und Medienrealität in der Geschichte*, Göttingen 2004, S. 268–303; Ute Frevert, *Politische Kommunikation und ihre Medien*, in: Dies./Braungart, *Sprachen des Politischen*, S. 7–19, und Thomas Mergel, *Politisierte Medien und medialisierte Politik. Strukturelle Koppelungen zwischen zwei sozialen Systemen*, in: Klaus Arnold (Hrsg.), *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeit und Politik im 20. Jahrhundert*, Leipzig 2010, S. 29–50.

⁵³ Vgl. beispielsweise Daniela Münkler, *Als „deutscher Kennedy“ zum Sieg? Willy Brandt, die USA und die Medien*, in: *Zeithistorische Forschungen* 2 (2004), URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Muenkel-2-2004> (Stand: 13.11.2014), und Heinrich Oberreuter, *der sich mit den medialen Aspekten des SPD-Bundestagswahlkampfes von 1998 befasst: Heinrich Oberreuter, Image statt Inhalt? Möglichkeiten und Grenzen inszenierter Politik*, in: Otto Depenheuer (Hrsg.), *Öffentlichkeit und Vertraulichkeit. Theorie und Praxis politischer Kommunikation*, Wiesbaden 2001, S. 145–157.

⁵⁴ Vgl. dazu auch Alexander Brand, *Medien, Diskurs, Weltpolitik. Wie Massenmedien die internationale Politik beeinflussen*, Bielefeld 2012, S. 45–56.

⁵⁵ Eine positive Ausnahme bildet die jüngst erschienene Studie von Peter Hoeres, *Außenpolitik und Öffentlichkeit. Massenmedien, Meinungsforschung und Arkanpolitik in den deutsch-amerikanischen Beziehungen von Erhard bis Brandt*, München 2013. Zum Forschungsstand vgl. ebd., S. 20–28; Chanan Naveh, *The Role of the Media in Foreign Policy Decision-Making. A Theoretical Framework*, in: *Conflict & Communication* 1/2 (2002), URL: http://www.cco.regener-online.de/2002_2/pdf_2002_2/naveh.pdf (Stand: 13.11.2014); Benjamin I. Page, *Towards General Theories of the Media, Public Opinion, and*

schichtwissenschaftliche Forschung zur bundesdeutschen Außenpolitik in den siebziger und achtziger Jahren sind deshalb mehrere Desiderate auszumachen. Erstens fehlen Arbeiten, die den Wechselwirkungen zwischen außenpolitischen Entscheidungsprozessen und den Medien unter Einbeziehung aller zeitgenössischen Mediengattungen empirisch nachgehen. Zweitens mangelt es an systematischen Studien zur Öffentlichkeitsarbeit des Auswärtigen Amts und seiner Minister, und drittens liegt über Genschers viel zitierte, häufig karikierte und nicht selten kritisierte Mediengewandtheit bis heute keine quellengestützte Analyse vor.⁵⁶

3. Methodischer Ansatz und Aufbau der Arbeit

Die Theorielandschaft in der wissenschaftlichen Disziplin der Internationalen Beziehungen hat inzwischen eine breite Ausdifferenzierung erfahren.⁵⁷ Für den hier zu untersuchenden Gegenstand wurde eine Kombination neorealistischer und sozialkonstruktivistischer Methodik gewählt. Der Neorealismus begreift den Kalten Krieg als machtpolitische Auseinandersetzung zwischen Warschauer Pakt und NATO und sieht in den Nationalstaaten die wichtigsten Akteure internationaler Politik, die mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen versuchen, ihre Sicherheit zu gewährleisten.⁵⁸ Das bipolare System des Ost-West-Konflikts ermöglichte es, Frieden – verstanden als die bloße Abwesenheit militärischer Gewalt („negativer Frieden“) – herzustellen beziehungsweise zu sichern. Gerade das Mächtigegleichgewicht aus der Balance, wie dies in den 1970er Jahren der Fall war, würden die Staaten respektive ihre Regierungen entweder mit Aufrüstung oder Alli-

Foreign Policy, in: Brigitte L. Nacos/Robert Y. Shapiro/Pierangelo Isernia (Hrsg.), *Decisionmaking in a Glass House. Mass Media, Public Opinion, and American and European Foreign Policy in the 21st Century*, Lanham u. a. 2000, S. 85–91; Eric Shiraev, *Toward a Comparative Analysis of the Public Opinion – Foreign Policy Connection*, in: Ebd., S. 297–304; Christina von Hodenberg, *Expeditionen in den Mediendschungel. Herausforderungen der Zeitgeschichtsforschung im Fernsehzeitalter*, in: *Journal of Modern European History* 10/1 (2012), S. 24–48, und Axel Schildt, *Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), S. 177–206.

⁵⁶ Eine der wenigen, aber ebenfalls nicht quellengestützten Einzelbeiträge hat Richard Kiessler vorgelegt: Richard Kiessler, *Außenpolitik als „Public Diplomacy“ – Hans-Dietrich Genscher und die Medien*, in: Lucas, Genscher, *Deutschland und Europa*, S. 371–386.

⁵⁷ Eine Übersicht über politikwissenschaftliche Theorien zu den Internationalen Beziehungen bieten u. a. Bernhard Zangl/Michael Zürn, *Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und postnationalen Konstellation*, Frankfurt a. M. 2003, und Lars Colschen, *Deutsche Außenpolitik*, Paderborn 2010, S. 13–48.

⁵⁸ Als Referenztheoretiker des Neorealismus gelten u. a. Kenneth Waltz, John Mearsheimer, John L. Gaddis, Samuel Huntington und Gottfried-Karl Kindermann. Vgl. Kenneth N. Waltz, *Theory of International Politics*, New York 1979; John J. Mearsheimer, *Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War*, in: *International Security* 15/1 (1990), S. 5–56; John L. Gaddis, *The Long Peace. Elements of Stability in the Postwar International System*, in: *International Security* 10/4 (1986), S. 99–142; Samuel Huntington, *Die einsame Supermacht*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5 (1999), S. 548–560, und Gottfried-Karl Kindermann, *Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung*, München 1991.

anzbildung zum Zwecke der Gegenmachtbildung reagieren. Mithilfe neorealistischer Ansätze können somit die sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen um die sowjetische Aufrüstung mit Mittelstreckenwaffen und den NATO-Doppelbeschluss ebenso erklärt werden wie die Eskalationsgefahr, welche von der sowjetischen Afghanistan-Invasion und der polnischen Krise ausging.

Werner Link, der ausgehend von diesen neorealistischen Prämissen eine strukturelle Konflikttheorie des Kalten Krieges entwickelt hat, begreift Konflikt in den internationalen Beziehungen als Generator strukturellen Wandels.⁵⁹ Internationale Institutionen wie die KSZE dienten den politischen Akteuren als Instrumente, um die kritische Spannung aus dem Konflikt zu nehmen und die bestehenden Interessendivergenzen durch Kooperation auszugleichen. Letztere erhöhe die Erwartungssicherheit zwischen den Staaten und reduziere damit die Gefahr einer gewaltsamen Eskalation. Die vorliegende Arbeit orientiert sich an diesem Verständnis internationaler Konfliktregulierung im „Zweiten Kalten Krieg“, indem sie die Fixierung der sozial-liberalen Entspannungspolitik auf den KSZE-Prozess ebenso untersucht wie das ständige Bemühen Genschers, die Berechenbarkeit deutscher Außenpolitik unter Beweis zu stellen in der Hoffnung, dadurch zu neuer Vertrauensbildung und friedlicher Deeskalation beizutragen.

Eine interpretatorische Engführung von Außenpolitik als die Verfolgung nationalstaatlich definierter Interessen wird durch die Hinzuziehung konstruktivistischer Ansätze vermieden.⁶⁰ Sie sprechen Faktoren wie Überzeugungen, Werten, Normen und Identitäten eine maßgebliche Rolle für die Analyse außenpolitischen Handelns zu. Der Ost-West-Konflikt erscheint demnach als systempolitische Auseinandersetzung zwischen den von Washington geführten kapitalistisch-demokratischen Staaten und den von Moskau beherrschten sozialistisch-autoritären Staaten. Die politischen Entscheidungsträger senden durch ihr Verhalten Signale, die von anderen Regierungen als freundlich, indifferent oder feindlich wahrgenommen werden können. Abhängig von dieser Perzeption entwickeln Staaten ihre Interessen, die in Kooperation oder Konfrontation münden können. Ein Beispiel hierfür ist der NATO-Doppelbeschluss als Antwort auf die Modernisierung sowjetischer Mittelstreckenraketen, die vom Westen als Bedrohung wahrgenommen worden war. Gleichzeitig sahen die sogenannten Friedensbewegungen den Frieden vor allem durch die westliche Nachrüstung beziehungsweise das Wettrüsten insgesamt gefährdet und protestierten deshalb gegen den NATO-Doppelbeschluss.

⁵⁹ Vgl. u. a. Werner Link, Überlegungen zu einer strukturellen Konflikttheorie, in: Gert Krell/Harald Müller (Hrsg.), *Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen*, Frankfurt a. M./New York 1994, S. 99–115. Einen konzisen Überblick bietet außerdem Ralf Roloff, *Die Konflikttheorie des Neorealismus*, in: Thorsten Bonacker (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*, Wiesbaden 2008, S. 99–119. Einen systemischen Ansatz wählt auch Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters*, München 2007.

⁶⁰ Als Referenztheoretiker des Sozialkonstruktivismus gilt Alexander Wendt, *Social Theory of International Politics*, Cambridge 2006, und ders., *Anarchy is What States Make of It. The Social Construction of Power Politics*, in: *International Organization* 46/2 (1992), S. 391–425. Einen Überblick über die Ausdifferenzierung der konstruktivistischen Theorie findet sich in Cornelia Ulbert/Christoph Weller (Hrsg.), *Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik*, Wiesbaden 2005.

Aus konstruktivistischer Sicht waren folglich nicht die Machtstrukturen als solche für die Ost-West-Konfrontation verantwortlich, sondern die Überzeugung der politisch Verantwortlichen, dass die eigene Sicherheit am besten durch Machterhalt gewährleistet werden könne. Änderte sich die Wahrnehmung der Akteure durch dramatische Ereignisse oder traumatische Erfahrungen, so konnte sich auch deren politisches Agieren wandeln, wie der Beginn der Entspannungspolitik als Reaktion auf die Kuba-Krise 1962 eindrücklich belegt. Damit rückt das Individuum als Akteur ins Zentrum, das seine durch soziale Interaktion gewonnenen, politischen Überzeugungen mittels Kommunikation artikulieren und den internationalen Beziehungen neue Dynamik verleihen kann.⁶¹

Die vorliegende Studie übernimmt diesen akteurszentrierten Ansatz und verknüpft ihn mit dem strukturellen Analyseangebot des Neorealismus. Damit wird der spannende Versuch unternommen, personelle, politisch-institutionelle und systemische Faktoren in ihrer Bedeutung für das bundesdeutsche Krisenmanagement im „Zweiten Kalten Krieg“ zu gewichten.⁶² Im Mittelpunkt steht der Außenminister, FDP-Vorsitzende und Vize-Kanzler Hans-Dietrich Genscher. *Seine* Rolle bei der Anpassung der bundesdeutschen Entspannungspolitik an die veränderten internationalen Rahmenbedingungen, *seine* Strategien diplomatischer Konfliktregulierung und parlamentarischer Konsensfindung, *seine* medialen Steuerungsinstrumente und taktischen Schachzüge für den langjährigen Erhalt seines Ministeramts leiten die Fragestellung. Ausdrücklich wird die mediale Kommunikationsleistung Genschers nicht als reines wahltaktisches „Verkaufen“ von Außenpolitik, sondern als integraler Bestandteil ihrer Formulierung und Implementierung begriffen. Daraus ergibt sich folgender Aufbau der Arbeit:

Im ersten Kapitel, dessen Untersuchungszeitraum von Genschers Amtsantritt als Außenminister im Jahr 1974 über den Koalitionswechsel von 1982 hinaus bis etwa Mitte der achtziger Jahre reicht, soll der Versuch unternommen werden, das spezifische „System Genscher“ herauszuarbeiten. Dessen Funktionsweise und Arbeitsmechanismen sollen Auskunft über die Generierung und Perpetuierung politischer Macht vor dem Hintergrund internationaler, friedensbedrohender Krisen geben. Die Rolle des Auswärtigen Amts bei der Durchsetzung entspannungspolitischer Positionen, seine Kooperation mit dem Bundeskanzleramt, den Fraktionen des Deutschen Bundestages und der Presse werden ebenso analysiert wie Genschers Personalpolitik und die organisatorische Ausrichtung des Amts als seine Schaltzentrale.

Von kaum zu überschätzender Bedeutung war außerdem Genschers langjährige Doppelfunktion als Außenminister und Vorsitzender der FDP, die ihm weitreichende Machtbefugnisse einräumte. Die institutionellen und personellen Verbin-

⁶¹ Eine Übersicht über die breite US-amerikanische Debatte zum Verhältnis von systemischen Zwängen und personeller „Leadership“ in der Außenpolitik bietet Thomas Preston, *Leadership and Foreign Policy Analysis*, in: Robert A. Denemark (Hrsg.), *The International Studies Encyclopedia*, Chichester/West Sussex u. a. 2010, S. 4856–4874.

⁶² Zur Bedeutung des personellen Faktors in der Politik vgl. Karl-Rudolf Korte, *Kommt es auf die Person des Kanzlers an? Zum Regierungsstil von Helmut Kohl in der „Kanzlerdemokratie“ des deutschen „Parteienstaates“*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 29/3 (1998), S. 387–401, und Fröhlich, „Auf den Kanzler kommt es an“, S. 109f.

dungen zwischen Partei, Fraktion und dem Auswärtigen Amt bedürfen daher einer eingehenden Betrachtung. Schließlich untersucht die Studie die Öffentlichkeitsarbeit Genschers, seine Allgegenwärtigkeit in Presse, Rundfunk, Fernsehen und seine bewusste Selbstinszenierung als internationaler Akteur. Die langfristige PR-Strategie der Personalisierung von Außenpolitik soll in ihrer Tragweite für das entspannungspolitische Krisenmanagement Genschers und seiner Machterhaltung über den Koalitionswechsel von 1982 hinaus ermessen werden.

Auf dieser Grundlage konzentriert sich die Arbeit im zweiten Kapitel auf die Frage nach den Grenzen und Möglichkeiten bundesdeutscher Entspannungspolitik im „Zweiten Kalten Krieg“, die Genscher in Abgrenzung zur ostpolitischen Aufbruchstimmung der Ära Brandt und angesichts der sich zuspitzenden internationalen Großwetterlage mit dem Prädikat „realistisch“ versah. Nach den politischen Inhalten und Zielen dieses Konzepts sowie der Funktion des KSZE-Prozesses für die Entspannungspolitik Genschers wird ebenso zu fragen sein wie nach den Mitteln und Wegen ihrer konkreten politischen Umsetzung und den damit verbundenen kommunikativen Anpassungsleistungen.

Anschließend soll herausgearbeitet werden, wie der Bundesaußenminister versuchte, seine Vorstellung von Entspannungspolitik mithilfe der eingangs herausgearbeiteten Instrumentarien des „Systems Genscher“ zu realisieren. Dies geschieht anhand der beiden zentralen weltpolitischen Krisen des „Zweiten Kalten Krieges“, die den empirischen Kern der Arbeit ausmachen: dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979 (Kapitel III) und der Unterdrückung der Solidarność-Bewegung Anfang der 1980er Jahre (Kapitel IV). In Kabul hatte sich der Kalte Krieg in einen „heißen“ verwandelt, der spätestens mit den anhaltenden Streikbewegungen in Polen nach Europa überzuschwappen drohte. Beide Krisen verschärfen die schwelende sicherheitspolitische Auseinandersetzung unmittelbar, schienen die bislang theoretisch erörterte Gefahr eines (Nuklear-)Krieges plötzlich in den Bereich des Möglichen zu rücken. Die Bundesregierung sah sich dadurch dringlicher als bisher vor die Frage gestellt, wie sie ihre Entspannungspolitik angesichts dieser internationalen Bedrohungslage zu gestalten hatte. Die kontroversen, polarisierenden Debatten um den NATO-Doppelbeschluss werden dabei als Hintergrundfolie stets mitgedacht, sind jedoch ausdrücklich nicht Gegenstand der empirischen Untersuchung.

Beim Afghanistan-Konflikt liegt der Untersuchungszeitraum schwerpunktmäßig auf den Jahren 1979 und 1980, in denen die zentralen Konfliktlinien und Argumentationsmuster erfasst werden können, die sich in den nachfolgenden Jahren kontinuierlich wiederholten. Das Kapitel zur Polen-Krise beginnt mit der ersten Streikwelle im Sommer 1980 und endet – nicht zuletzt aus Gründen des Quellenzugangs – ein Jahr nach Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1982, wobei punktuelle Ausblicke auf das Jahr 1983 geworfen werden. Die Arbeit konzentriert sich damit auf die Hochphase des „Zweiten Kalten Krieges“ zwischen 1979 und 1983, wobei der Zusammenbruch des Ostblocks und die deutsche Wiedervereinigung explizit nicht als Fluchtpunkt dienen, um eine retrospektive Verzerrung zu vermeiden und eine ergebnisoffene Analyse zu gewährleisten.

Die beiden genannten Kapitel gliedern sich gleichermaßen systematisch nach folgenden Gesichtspunkten: Erstens wird das politische Agieren Genschers auf di-

plomatischer Ebene untersucht. Hier stellt sich zunächst die Frage, wie der Bundesaußenminister in den beiden Konfliktsituationen reagierte, welche die Divergenz zwischen seinem politischen Konzept und der realpolitischen Lage offen zutage treten ließen. Welche Methoden der Konsensfindung wandte er an, um aktiv auf die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung des Westens einzuwirken und die ost- und deutschlandpolitischen Interessen der Bundesrepublik zu wahren? Mit welchen Argumenten versuchte er seine Strategie im politischen Diskurs zu begründen? Da den Konsultationen im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) für die entspannungspolitische Abstimmung im westlichen Bündnis herausragende Bedeutung zukam, wurde die Kooperation des Auswärtigen Amts mit den beiden wichtigsten europäischen Bündnispartnern, Frankreich und Großbritannien, in die quellengestützte Analyse einbezogen.

Zweitens untersucht die Arbeit Genschers Taktik in der parlamentarischen Auseinandersetzung mit den Fraktionen des Deutschen Bundestages, insbesondere der Opposition. Als Außenminister musste er gerade in dieser kritischen internationalen Lage an einer möglichst breiten parlamentarischen Zustimmung interessiert sein. Neben der Positionsfindung innerhalb der FDP wird also vor allem danach zu fragen sein, wie Genscher Christ- und Sozialdemokraten für seine Politik zu gewinnen versuchte. Formelle wie informelle Kanäle und Strategien seiner Informations- und Konsultationspolitik gegenüber der eigenen Partei, dem Koalitionspartner und der Opposition und ihr Stellenwert für die innenpolitische Durchsetzbarkeit seiner Politik werden detailliert analysiert.

Drittens wird das mediale Krisenmanagement des Außenministers in den Blick genommen. Die im ersten Kapitel herausgearbeiteten Instrumente öffentlicher Darstellung, beispielsweise Exklusivinterviews oder Hintergrundgespräche, werden auf ihre praktische Umsetzung in der Afghanistan- und Polen-Krise untersucht. Gab Genscher seine Interviews nur im Fernsehen oder auch in Radio und Zeitung, welche politischen Inhalte transportierte er dort und zu welchem Zeitpunkt ließ er sich interviewen? An welchen Stellschrauben seines medialen Werkzeugkastens brachte er gegebenenfalls Korrekturen an, um die innenpolitische Durchsetzbarkeit seiner außenpolitischen Konfliktregulierungsstrategie zu optimieren?

Im Anschluss an diese beiden empirischen Kapitel folgt ein Ausblick auf die koalitionspolitische „Wende“ von 1982. Dieser fünfte Abschnitt setzt sich mit der Frage nach Kontinuität und Wandel bundesdeutscher Entspannungspolitik im „Zweiten Kalten Krieg“ und der Wirkmächtigkeit des „Systems Genscher“ auseinander.

4. Quellenbasis

Der Erkenntnis Hans Günter Hockerts', dass „für keine frühere Epoche die Quellen so reichlich fließen wie gerade für die Zeitgeschichte“,⁶³ kann in all ihrer Ambivalenz ohne Einschränkungen zugestimmt werden. So stand auch die vorliegende Arbeit vor der großen Herausforderung, eine angemessene Quellenauswahl zu

⁶³ Hans Günter Hockerts, *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 29/30 (1993), S. 3–19, hier: S. 7.

treffen, um der Komplexität der Themenstellung und dem Zwang zur zeitökonomischen Effizienz gleichermaßen gerecht zu werden.

Als besonders wertvoll erwiesen sich die umfangreichen Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA-AA) in Berlin, die entsprechend der dreißigjährigen Sperrfrist bis einschließlich 1982 eingesehen werden konnten. Überlieferungen aus der Leitungsebene des Amts, des Planungsstabes, dem Ministerbüro, dem Büro Staatssekretäre, dem Parlaments- und Kabinettsreferat ebenso wie der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit brachten wichtige Erkenntnisse zu Struktur, Organisation und den Arbeitsabläufen innerhalb des Ministeriums sowie zur Informations- und Personalpolitik Genschers. Die Akten der Fach- und Länderreferate gaben Einblick in die diplomatischen Verhandlungen des Außenministers mit den westlichen Verbündeten und den Staaten des Ostblocks im Kontext der Madrider KSZE-Verhandlungen sowie der Afghanistan- und Polen-Krise. Ebenfalls erhellend war die Auswertung des Bestandes B 150, der ausgewählte Aktenkopien verschiedenster Referate enthält und als Grundlage für die jährlich erscheinende Aktenedition des Auswärtigen Amts (AAPD) dient. Darüber hinaus wurde im Bundesarchiv Koblenz der Bestand des Bundeskanzleramts ausgewertet, wodurch dessen Abstimmungsprozesse mit dem Außenminister und gegebenenfalls auftretende Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts nachvollzogen werden konnten.

Um der für den Afghanistan-Konflikt, die Polen-Krise und den multilateralen KSZE-Prozess eminent wichtigen Kooperation Genschers mit Großbritannien und Frankreich im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) Rechnung zu tragen, wurden die Überlieferungen der Archives du Ministère des Affaires Étrangères in Paris/La Courneuve und der National Archives in London herangezogen. Im Archiv des französischen Außenministeriums konnten die Bestände zur Bundesrepublik Deutschland, zu Afghanistan und zu Polen ausgewertet werden und ermöglichten einen differenzierten Blick auf das in der Forschung dominante Bild des deutsch-französischen Tandems Giscard/Schmidt.⁶⁴ Da die Akten der Archives du Ministère des Affaires Étrangères nur einer 25-jährigen Sperrfrist unterliegen, konnte auf diese Weise ein durch die Brille der Franzosen gefärbter, aber auf Quellen gestützter Blick auf die Entspannungspolitik Genschers nach 1982 geworfen werden.

In London erbrachten die Überlieferungen des Foreign and Commonwealth Office, des Cabinet Office und des Prime Minister's Office gewinnbringende Erkenntnisse über die bundesdeutsche Entspannungspolitik aus Sicht der Regierung Thatcher und die Wirkung Genschers auf seine Bündnispartner. Auf der Grundlage dieses umfangreichen diplomatischen Quellenkorpus wurden Meinungsbildungsprozesse, Kontroversen und gegenseitige Wahrnehmungen innerhalb der Nordatlantischen Allianz analysiert. Gespiegelt durch bundesdeutsche, britische

⁶⁴ Vgl. dazu u. a. Matthias Waechter, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing auf der Suche nach Stabilität in der Krise der 70er Jahre, Bremen 2011, und Michael Wirth, Die deutsch-französischen Beziehungen während der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt (1974–1982): „Bonne entente“ oder öffentlichkeitswirksame Zweckbeziehung?, Berlin 2007.

und französische Archivalien konnte außerdem die Haltung der Vereinigten Staaten als dem wichtigsten Verbündeten Bonns detailliert herausgearbeitet werden. Auch die Frage möglicher entspannungspolitischer Kursänderungen in Washington, Paris und London durch die Regierungswechsel von Carter zu Ronald Reagan beziehungsweise von Giscard zu François Mitterrand 1981 und den Rücktritt Peter Carringtons als britischer Außenminister im Frühjahr 1982 wurde berücksichtigt. Eine Engführung auf die Entspannungspolitik Genschers durch die alleinige Auswertung bundesdeutscher Akten konnte damit vermieden werden.

Den personellen Verflechtungen und politischen Interaktionen zwischen Auswärtigem Amt und FDP wurde im Archiv des Liberalismus (AdL) der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach nachgegangen. Mithilfe der dort lagernden Bestände der FDP-Bundespartei und ihrer Gremien, dem Bundespräsidium, Bundesvorstand, Bundesparteitag und dem Bundesfachausschuss für Außenpolitik, konnten die parteiinternen Abläufe, Diskussionen und Entscheidungsfindungen nachvollzogen werden. Der Nachlass des langjährigen Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick enthielt neben den wichtigen Protokollen der Fraktionssitzungen interessante parteiinterne Korrespondenzen. Auch das ebenfalls dort angesiedelte Depositum Hans-Dietrich Genschers wurde ausgewertet. Die eingesehenen Korrespondenzen des FDP-Vorsitzenden mit Parteimitgliedern und Wählern gaben einen Eindruck vom Umgang Genschers mit parteiinternen Kontroversen und kritischen, auch gegen seine Person gerichteten Äußerungen aus der Bevölkerung.

Im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn konnten die Überlieferungen der SPD-Bundestagsfraktion ebenso eingesehen werden wie der Nachlass des Altkanzlers und SPD-Vorsitzenden Willy Brandt. Die dort gefundenen Protokolle und Korrespondenzen ermöglichten wichtige Rückschlüsse auf die sicherheitspolitischen Kontroversen der späten siebziger und frühen achtziger Jahre sowie Dissonanzen mit dem Koalitionspartner FDP. Für die Erhellung des außenpolitischen Profils der Sozialdemokraten gleichermaßen von Bedeutung waren die Deposita des entspannungspolitischen Vordenkers Egon Bahr und Hans-Jürgen Wischniewski, der als Staatsminister im Auswärtigen Amt und im Bundeskanzleramt tätig war. Nicht zuletzt ist das Helmut-Schmidt-Archiv zu nennen, das Auskunft über das Engagement des Kanzlers in Fragen der Sicherheitspolitik und seine Positionierung in der Polen-Krise gab. Die hier überlieferten Protokolle der wöchentlich stattfindenden Koalitionsgespräche waren zudem für die Einschätzung des Meinungsbildungsprozesses und der wachsenden Entfremdung zwischen SPD und FDP hilfreich.

Auf Seiten der Unionsparteien wurde das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin konsultiert. Wichtige Erkenntnisse, gerade auch mit Blick auf den Regierungswechsel 1982, konnten aus dem Bestand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewonnen werden, der umfangreiche Wortprotokolle aller Fraktionssitzungen enthält. Unter den eingesehenen Nachlässen der führenden außenpolitischen Experten der Union, Hans-Werner Marx, Alfred Dregger und Alois Mertes, war besonders letzterer ausgesprochen aufschlussreich. Dies umso mehr, als Mertes ab 1982 zum Staatsminister im Auswärtigen Amt ernannt wurde und Genscher damit nicht nur von

der Oppositionsbank, sondern auch als dessen Mitarbeiter beurteilen konnte. Darüber hinaus wurden wertvolle Erkenntnisse über Differenzen innerhalb der Union bezüglich ihrer entspannungspolitischen Positionierung und dem geeigneten taktischen Umgang mit Genscher vor und nach der „Wende“ gewonnen.

Neben diesen Parteiarchivalien der FDP, SPD und CDU/CSU, die alle bis 1985 zugänglich waren, wurden die Protokolle des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages ausgewertet, um den parlamentarischen Kontroversen zur Entspannungspolitik nachzugehen. Jenseits der Bundestagssitzungen, die stets im Rampenlicht der Öffentlichkeit standen, konnte anhand der Protokolle des geschlossen tagenden Ausschusses ein Blick auf die Diskussionen hinter den Kulissen geworfen werden. Die Ausschussakten liegen in einer Edition bis einschließlich 1980 in gedruckter Form vor.⁶⁵ Die noch nicht veröffentlichten Protokolle der neunten Wahlperiode konnten im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages eingesehen werden.

Um die Öffentlichkeitsarbeit Genschers nachzeichnen zu können, wurden die Bestände des Deutschen Rundfunkarchivs (DRA) systematisch nach Interviews des Außenministers und des Kanzlers durchforstet. Ebenfalls sehr hilfreich für diese Fragestellung war die thematisch erschlossene Pressedokumentation der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Zeitungsausschnittsammlung aus überregionalen, regionalen und lokalen Blättern verschiedenster politischer Ausrichtung gab eine breite Übersicht über die zeitgenössische Berichterstattung der Printmedien. Darüber hinaus enthielt der Bestand wörtliche Niederschriften von Interviews, die Genscher, Schmidt und führende Politiker der Union im Radio und Fernsehen gaben. Ergänzend dazu wurden für die medienpolitische Analyse der Politik des Bundesaußenministers während der Afghanistan- und Polen-Krise das Depositorium Genscher im Archiv des Liberalismus, das Nachrichtenmagazin der FDP, die *freie demokratische korrespondenz* (fdk) sowie folgende Tages- und Wochenzeitungen systematisch für den jeweiligen Untersuchungszeitraum ausgewertet: *Der Spiegel*, *Die Zeit*, die *Süddeutsche Zeitung*, *Die Welt* und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.

Außerdem konnte sich die Arbeit auf umfangreiches gedrucktes Quellenmaterial stützen. An erster Stelle ist hier die eingangs bereits erwähnte Edition der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) zu nennen, die entlang der dreißigjährigen Sperrfrist jährlich vom Institut für Zeitgeschichte München – Berlin herausgegeben wird⁶⁶ und für die vorliegende Arbeit besonders ergiebig war. Darüber hinaus liegen Quellensammlungen zur Genese der KSZE⁶⁷ und Dokumentationen des Europa-Archivs über die Nachfolgekonsferenzen

⁶⁵ Zur 8. Wahlperiode vgl. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (Hrsg.), *Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, Sitzungsprotokolle 1976–1980*, bearb. von Wolfgang Hölscher und Joachim Wintzer, Berlin 2013.

⁶⁶ Ausgewertet wurden die AAPD-Bände 1974 bis 1983.

⁶⁷ Hans-Adolf Jacobsen/Wolfgang Mallmann/Christian Meier (Hrsg.), *Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: KSZE. Analyse und Dokumentation 1973–1978*, Köln 1978; Ulrich Fastenrath, *KSZE/OSZE: Dokumente der Konferenz und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*, Neuwied u. a. 1992; Friedrich Karl Schramm/

zen von Belgrad und Madrid vor.⁶⁸ Eine von Pierre Allan, Paul Bucherer, Dieter Kläy, Albert A. Stahel und Jürg Stüssi-Lauterburg in deutscher Sprache herausgegebene Edition sowjetischer Dokumente zu Vorgeschichte und Verlauf des Afghanistan-Konflikts gab wertvolle Einblicke in den Meinungsbildungsprozess des Kremls.⁶⁹ Über die amerikanische Einschätzung der sowjetischen Strategie bei der Besetzung Afghanistans konnte eine vom ehemaligen Deputy Director for Intelligence der CIA, Douglas MacEachin, veröffentlichte Edition Auskunft geben.⁷⁰ Die britische Perspektive spiegelt sich in einer von Richard Smith, Patrick Salmon und Stephen Twigge herausgegebenen Quellensammlung.⁷¹ Im online zugänglichen, vom Woodrow Wilson Center herausgegebenen Bulletin des Cold War International History Project (CWIHP)⁷² wurden Dokumente zur Afghanistan-Krise veröffentlicht, die aus amerikanischen, sowjetischen, ostdeutschen und osteuropäischen Archiven stammen.⁷³

Ebenfalls im CWIHP Bulletin fanden sich mit kurzen Analysen verschiedener Autoren versehene Dokumente zur Polen-Krise.⁷⁴ Auch das Archiv der NATO⁷⁵ und das amerikanische State Department⁷⁶ haben inzwischen einige Dokumente zu den Entwicklungen in Polen zwischen 1980 und 1984 online zugänglich gemacht. Andrzej Paczkowski und Malcom Byrne legten eine Edition mit Dokumenten aus Archiven der Warschauer-Pakt-Staaten, der USA und des Vatikans

Wolfram-Georg Riggert/Alois Friedel (Hrsg.), Sicherheitskonferenz in Europa. Dokumentation 1954–1972. Die Bemühung um Entspannung und Annäherung im politischen, militärischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technologischen und kulturellen Bereich, Frankfurt a. M. 1972, und Arie Bloed (Hrsg.), The Conference on Security and Co-Operation in Europe. Analysis and Basic Documents 1972–1993, Dordrecht u. a. 1993.

⁶⁸ Hermann Volle/Wolfgang Wagner (Hrsg.), Das Belgrader KSZE-Folgetreffen. Der Fortgang des Entspannungsprozesses in Europa in Beiträgen und Dokumenten aus dem Europa-Archiv, Bonn 1978, und diess. (Hrsg.), Das Madrider KSZE-Folgetreffen. Der Fortgang des KSZE-Prozesses in Europa in Beiträgen und Dokumenten aus dem Europa-Archiv, Bonn 1984.

⁶⁹ Pierre Allan u. a. (Hrsg.), Sowjetische Geheimdokumente zum Afghanistankrieg (1978–1991), Zürich 1995.

⁷⁰ Douglas MacEachin, Predicting the Soviet Invasion of Afghanistan. The Intelligence Community's Record, Washington D.C. 2002.

⁷¹ Richard Smith/Patrick Salmon/Stephen Twigge (Hrsg.), Documents on British Policy Overseas, Series III, Vol. VIII: The Invasion of Afghanistan and UK-Soviet Relations, 1979–1982, New York 2012.

⁷² Die Dokumente des CWIHP sind einsehbar unter URL: <http://www.wilsoncenter.org/publication-series/cwihp-bulletin> (Stand: 13. 11. 2014).

⁷³ Vgl. James G. Hershberg (Hrsg.), U.S.-Soviet Relations and the Turn toward Confrontation, 1977–1980. New Russian & East German Documents, in: CWIHP Bulletin Nr. 8/9 (1996/1997), S. 103–184, und ders. (Hrsg.), More East-Bloc Sources on Afghanistan, in: CWIHP Bulletin Nr. 14/15 (2003/2004), S. 232–250.

⁷⁴ Christian F. Ostermann (Hrsg.), New Evidence on the Polish Crisis 1980–1982, in: CWIHP Bulletin Nr. 11 (1998), S. 3–133.

⁷⁵ North Atlantic Treaty Organization (Hrsg.), Documents Related to Events in Poland (1980–1984), URL: <http://www.nato.int/cps/en/natolive/81233.htm> (Stand: 13. 11. 2014).

⁷⁶ US Department of State Freedom of Information Act Electronic Reading Room, URL: <http://foia.state.gov/Search/Search.aspx> (Stand: 13. 11. 2014).

vor,⁷⁷ während Reinhardt Gutsche, Michael Kubina und Manfred Wilke in einer Quellensammlung die Rolle der DDR in der Polen-Krise beleuchteten.⁷⁸ Zur deutsch-deutschen Dimension Bonner Entspannungspolitik konnte auf Quelleneditionen von Heinrich Potthoff,⁷⁹ Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan,⁸⁰ sowie der Bundesregierung,⁸¹ für die ostdeutsch-sowjetischen Beziehungen auf eine Edition von Hans Hermann Hertle und Konrad Jarausch⁸² zurückgegriffen werden.

Darüber hinaus stützte sich die Arbeit auf das in gedruckter Form vorliegende parlamentarische Schrifttum wie die Plenarprotokolle des Deutschen Bundestages.⁸³ Auch die Jahresberichte und das Bulletin der Bundesregierung sowie die Bundeshaushaltsrechnung wurden systematisch herangezogen.⁸⁴ Mehrere Editionen von Genschers außenpolitischen Reden⁸⁵ und unzählige zeitgenössische Interviews dokumentieren dessen außenpolitische Zielsetzungen und Strategien, Karikaturen- und Witzsammlungen⁸⁶ erhellen dessen Persönlichkeit. Zahlreiche Autobiographien, Memoiren und Selbstzeugnisse beteiligter Spitzenpolitiker⁸⁷

⁷⁷ Andrzej Paczkowski/Malcolm Byrne (Hrsg.), *From Solidarity to Martial Law. The Polish Crisis of 1980–1981. A Documentary History*, Budapest/New York 2007.

⁷⁸ Reinhardt Gutsche/Michael Kubina/Manfred Wilke (Hrsg.), „Hart und kompromisslos durchgreifen!“ Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, Berlin 1995.

⁷⁹ Heinrich Potthoff (Hrsg.), *Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellungen und Dokumente*, Bonn 1997, und ders. (Hrsg.), *Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren*, München 1995.

⁸⁰ Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), *Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987*, Berlin 1995.

⁸¹ Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), *Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation*, Bonn 1986.

⁸² Hans Hermann Hertle/Konrad Jarausch (Hrsg.), *Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker – Brezhnev 1974 bis 1982*, Berlin 2006.

⁸³ Deutscher Bundestag (Hrsg.), *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte*, 8.–10. Wahlperiode, Bonn 1976–1983.

⁸⁴ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), *Jahresberichte der Bundesregierung*, Bonn, Bde. 1979–1983; dass. (Hrsg.), *Bulletin der Bundesregierung*, Bonn, Bde. 1979–1983, und Bundesregierung (Hrsg.), *Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes*, Bonn 1976–1984.

⁸⁵ Hans-Dietrich Genscher, *Außenpolitik im Dienste von Sicherheit und Freiheit*, Bonn 1976; ders., *Deutsche Außenpolitik*, Bonn 1977; ders., *Deutsche Außenpolitik. Ausgewählte Grundsatzreden 1975–1980*, Bonn 1981; ders., *Deutsche Außenpolitik. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1974–1985*, Bonn 1985, und ders., *Bundestagsreden und Zeitdokumente*, Bonn 1979.

⁸⁶ Vgl. u. a. Gabor Benedek, *Der Liberalissimus*, München 1988; Jochen Braun, *Genscher-Öhrchen und andere politische Rezepte*, München 1989; Ernst Heidemann, *Der real existierende Genscherismus*, Frankfurt a. M. 1991; Jürgen Lorenz, *Gefragt: Hans-Dietrich Genscher*, Bornheim 1983, und Julia Nagel (Hrsg.), *Hans-Dietrich Genscher. Diagnose: Schlitzohr mit Herz*, Bergisch Gladbach 1990.

⁸⁷ Vgl. u. a. Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*, Berlin 1995; Helmut Schmidt, *Menschen und Mächte*, Berlin 1987; Helmut Schmidt, *Die Deutschen und ihre Nachbarn (Menschen und Mächte Bd. II)*, Berlin 1990, und Helmut Kohl, *Erinnerungen 1982–1990*, München 2005.

und Diplomaten⁸⁸ sowie Meinungsumfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD)⁸⁹ runden den Quellenkorpus ab.

Trotz der begrenzten Zugänglichkeit der archivalischen Akten der Bundesregierung bis zum Jahr 1982 ruht die Arbeit damit auf einer ausreichend breiten Quellenbasis. Sie ermöglicht eine erste, empirisch fundierte Untersuchung der sozial-liberalen Entspannungspolitik im „Zweiten Kalten Krieg“ unter besonderer Berücksichtigung Genschers. Die Studie möchte Anstoß geben für die weitere Erforschung bundesdeutscher Außenpolitik unter Einbeziehung westeuropäischer Abstimmungsmechanismen wie der EPZ und für die intensive Beschäftigung mit außereuropäischen, bislang oft vernachlässigten Konfliktregionen des Kalten Krieges wie etwa dem Mittleren Osten. Lohnenswert wären darüber hinaus weitere Untersuchungen zum politischen Wirken Hans-Dietrich Genschers. Ganz besonders aber möchte die Arbeit als Anregung dienen für eine nachhaltige Einbeziehung kommunikativer und medialer Aspekte in die Erforschung internationaler Beziehungen.

⁸⁸ Vgl. u. a. Reinhard Bettzuege, *Auf Posten... Berichte und Erinnerungen aus 50 Jahren deutscher Außenpolitik*, München 1997; Hans Otto Bräutigam, *Ständige Vertretung. Meine Jahre in Ost-Berlin*, Hamburg 2009; Rodric Braithwaite, *Afgantsy. The Russians in Afghanistan 1979–89*, London 2012; Luigi Vittorio Ferraris (Hrsg.), *Report on a Negotiation. Helsinki – Geneva – Helsinki 1972–1975*, Genève 1979; Wolfgang Gerz, *Unterwegs im Auswärtigen Dienst. 38 Jahre amtsangehörig*, St. Ottilien 2011; Hans-Joachim Hallier, *Zwischen Fernost und Vatikan. Lebensbericht aus sechs Jahrzehnten*, St. Ottilien 1999; Peter Hermes, *Meine Zeitgeschichte 1922–1987*, Paderborn u. a. 2007; Julij A. Kwizinskij, *Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten*, Berlin 1993; Dietrich von Kyaw, *Auf der Suche nach Deutschland. Erlebnisse und Begegnungen eines deutschen Diplomaten und Europäers*, Berlin 2009; Andreas Meyer-Landrut, *Mit Gott und langen Unterhosen. Erlebnisse eines Diplomaten in der Zeit des Kalten Krieges*, Berlin 2003; Karl Moersch, *Immer wieder war's ein Abenteuer*, München 2001; Georg Negwer, *Ost-westliche Wanderjahre*, o. O. 2001; Klaus Reiff, *Polen. Als deutscher Diplomat an der Weichsel*, Düsseldorf 1990; Jürgen Ruhfus, *Aufwärts. Erlebnisse und Erinnerungen eines diplomatischen Zeitzeugen 1955 bis 1992*, St. Ottilien 2006; Ulrich Sahn, *„Diplomaten taugen nichts“. Aus dem Leben eines Staatsdieners*, Düsseldorf 1994; Berndt von Staden, *Zwischen Eiszeit und Tauwetter. Diplomatie in einer Epoche des Umbruchs*, Berlin 2005; Hans-Georg Trapp, *Immer auf Empfang. Episoden aus dem diplomatischen Dienst*, Berlin 2009, und Rüdiger von Wechmar, *Akteur in der Loge. Weltläufige Erinnerungen*, Berlin 2000.

⁸⁹ Elisabeth Noelle-Neumann/Edgar Piel (Hrsg.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983*, München u. a. 1983, und Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher (Hrsg.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992*, München u. a. 1993.

I. Das „System Genscher“

Mit dem Bundesaußenminister und FDP-Bundesvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher unlösbar verbunden ist der Begriff des „Genscherismus“, der besonders in den 1980er Jahren Hochkonjunktur hatte und auch in aktuellen Presseberichten noch immer regelmäßig auftaucht. So häufig allerdings mit diesem Schlagwort hantiert wird, so selten stößt man auf eine überzeugende Definition dieser Wortneuschöpfung. Die – nur marginal vorhandene – Forschung zu diesem Schlagwort hebt das außen- und parteipolitische Taktieren Genschers als wesentliches Element des „Genscherismus“ hervor. Letzteres wird dabei fast immer auf den Koalitionswechsel von 1982 bezogen. Was bei Emil J. Kirchner als beachtliche „Anpassungsleistung“¹ bezeichnet wird, nennt Klaus Peter Zeitler die „Geschmeidigkeit im Umgang mit Verhandlungspartnern bei gleichzeitig beharrender Konstanz in Bezug auf die Zielsetzung“. Dies habe ihm zeitgenössisch den Ruf eines „Super-Schlangemenschen“, eines „doppelzüngigen Hundesohns“ oder eines „aalglaten Kerls“ eingebracht.² In eine ähnliche Richtung geht die Beschreibung von Peter Lösche und Franz Walter: Genscher sei es darum gegangen, „als Zünglein an der Waage bei jeder Regierungsbildung den Ausschlag zu geben und dadurch ein Höchstmaß an exekutiver Macht zu sichern.“³

In der Tat sind damit zwei wesentliche Merkmale des „Genscherismus“ benannt. Allerdings übersieht die Fixierung auf die „Wende“ von 1982, dass dieser Begriff bereits im Mai 1971 in den Medien kursierte. Schon damals hatte sich Genscher als Bundesinnenminister im Kabinett Brandt zu der Äußerung hinreißen lassen, er verstehe Koalitionen lediglich als Zweckbündnisse auf Zeit und nicht als ideologische Bündnisse – eine dauerhafte Fixierung auf die SPD lehne er deshalb grundsätzlich ab. Stattdessen führe eine richtige Sachpolitik automatisch zum passenden Koalitionspartner.⁴ Damit goss er angesichts der innenpolitischen Differenzen zwischen SPD und FDP Öl ins Feuer medialer Spekulationen, die ihn zum machtpolitischen Taktiker stilisierten – ein Bild, das eine erstaunliche Persistenz entwickeln sollte.

Thomas Meyer fügte dem Begriff des „Genscherismus“ eine weitere innenpolitische Dimension hinzu, als er diesen an die Entwicklung der FDP zum Ein-Mann-Unternehmen seit 1974 knüpfte. Genscher sei ausschließlich am Funktio-

¹ Emil J. Kirchner, Genscher and What Lies behind „Genscherism“, in: West European Politics 13/2 (1990), S. 159–177, hier: S. 168.

² Klaus Peter Zeitler, Deutschlands Rolle bei der völkerrechtlichen Anerkennung der Republik Kroatien unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Außenministers Genscher, Marburg 2000, S. 278. Vgl. auch „Von seinem Charakter her kam Genscher mit Partnern, die nicht angelsächsisch geprägt waren, besser aus. Denen lag seine Art des sich so lange wie nur möglich nicht festlegen wollenden und mit verdeckten Karten arbeitenden Politikers mehr als seinen mehr an Direktheit und Klarheit interessierten angelsächsischen Kollegen.“ Von Kyaw, Auf der Suche nach Deutschland, S. 287.

³ Peter Lösche/Franz Walter, Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt 1996, S. 100.

⁴ Vgl. Rolf Zundel, FDP – nicht ewig auf die SPD fixiert, in: Die Zeit vom 07.05.1971, URL: <http://www.zeit.de/1971/19/fdp-nicht-ewig-auf-die-spd-fixiert> (Stand: 13.11.2014).

nieren seiner Partei interessiert gewesen, nicht jedoch an der Erarbeitung einer zukunftsgerichteten Programmatik.⁵ Erst zu Beginn der 1980er Jahre wurde der zunächst rein koalitionspolitisch interpretierte Vorwurf des „Genscherismus“, der durch den Regierungswechsel von 1982 neue Nahrung erhielt, im Kontext der sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluss auch auf das außenpolitische Handeln des FDP-Vorsitzenden bezogen.

Alfred Mechttersheimer, ehemaliges Mitglied der CDU/CSU-Fraktion und später Bundestagsabgeordneter der GRÜNEN, verstand darunter die Außenpolitik Genschers, die seiner Meinung nach zwischen den beiden Eckpfeilern Westintegration und Annäherung an den Ostblock hin- und herpendelte.⁶ Dieser in der deutschen Geschichte negativ konnotierte Verdacht einer Schaukelpolitik und des Neutralismus war auch im amerikanischen republikanischen Establishment unter Präsident Ronald Reagan allgegenwärtig:

„Er galt im Hinblick auf die Sowjetunion als Partner, auf den man sich wegen seiner angeblich einseitigen Fixierung auf die Entspannungspolitik nicht verlassen konnte. [...] ‚Genscherismus‘ war in republikanischen Kreisen Washingtons damals eine neue Variante deutscher ‚Schaukelpolitik‘ und ähnlich dem Wort ‚Finnlandisierung‘ wenn nicht ein Schimpfwort, dann zumindest Anlass zu erheblichem Misstrauen. Zu allem kam hinzu, dass Genschers ‚unamerikanische‘ Fähigkeiten eines mit allen Wassern gewaschenen Taktikers, der zugleich die Kunst des bedeutungsvollen Nichtsagens zur höchsten Perfektion entwickelt hatte, auf Amerikaner nicht gerade Vertrauen erweckend wirkte. Seine Methode, sich möglichst viele Optionen offenzulassen und die Situation so zu interpretieren, dass sie der eigenen Richtung entsprach, erschien führenden Amerikanern als Beleg der Unzuverlässigkeit.“⁷

Dieser kurze Abriss zeigt, dass der Begriff des „Genscherismus“ bis heute mit unterschiedlichen Deutungen assoziiert wird und äußerst unpräzise bleibt. In den siebziger und achtziger Jahren fast ausschließlich negativ konnotiert, wurde er erst nach dem Fall der Mauer als Markenzeichen einer erfolgreichen, auf Ausgleich bedachten Entspannungspolitik glorifiziert.⁸ In den vorgestellten Interpretationsversuchen klangen drei Dimensionen an, die unterschiedlich stark gewichtet wurden: erstens das oftmals als undurchsichtig wahrgenommene Taktieren Genschers in koalitionspolitischer Hinsicht, zweitens seine prägende Rolle innerhalb der FDP und schließlich drittens Genschers entspannungspolitisches Agieren, das sich stets dem Vorwurf des Neutralismus und der mangelnden transatlantischen Solidarität ausgesetzt sah.

Im Folgenden wird vom schwierigen und wenig zielführenden Begriff des „Genscherismus“ Abstand genommen. Stattdessen soll in Anlehnung an das von Andreas Wirsching analysierte „System Kohl“⁹ der Versuch unternommen wer-

⁵ Vgl. dazu Thomas Meyer, Der „Genscherismus“, in: Filmer/Schwan, Hans-Dietrich Genscher, S. 190–193.

⁶ Vgl. Alfred Mechttersheimer, Was mich ärgert, in: Filmer/Schwan, Hans-Dietrich Genscher, S. 412–416.

⁷ Von Kyaw, Auf der Suche nach Deutschland, S. 226.

⁸ Vgl. dazu auch Zeitler, Deutschlands Rolle bei der völkerrechtlichen Anerkennung der Republik Kroatien, S. 272.

⁹ Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 171–199.

den, ein „System Genscher“ herauszuarbeiten, das die Mechanismen und Funktionslogiken der Machtgenerierung und -ausübung Genschers erfasst und sein Agieren als Außenminister, Vizekanzler und Parteivorsitzender ebenso begreiflich macht wie seine aktive Instrumentalisierung der Medien als Mittel auswärtiger Politik.

1. Das Auswärtige Amt als Schaltzentrale

Der Amtsantritt Hans-Dietrich Genschers als Bundesaußenminister im Mai 1974 stand unter keinem guten Stern. Bundeskanzler Willy Brandt war im Zuge der Guillaume-Affäre zurückgetreten. Ausgerechnet Brandt, der mit seiner Ostpolitik ein neues Kapitel in den bundesdeutschen Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Paktes aufgeschlagen hatte, stürzte über einen Inoffiziellen Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit. Viele Zeitgenossen wiesen Genscher eine Teilschuld an der späten Enttarnung Guillaumes zu, schließlich fiel das zuständige Bundesamt für Verfassungsschutz in seinen Verantwortungsbereich als Innenminister.¹⁰ Da der bisherige Außenminister Walter Scheel für das Amt des Bundespräsidenten kandidierte, machte der Regierungswechsel mitten in der Legislaturperiode nicht nur eine Neubesetzung des Bundeskanzleramts notwendig, sondern auch die Suche nach einem neuen Außenminister aus den Reihen der FDP.¹¹ Genscher war nicht unbedingt prädestiniert für dieses Amt. Er sprach kaum englisch und war auch sonst bislang wenig mit außenpolitischen Fragen betraut gewesen. Dennoch fiel mangels besser geeigneter Kandidaten das Los auf ihn.

So wirkte der Start Genschers im Auswärtigen Amt zunächst holprig und wurde auch von der Presse wenig schmeichelhaft kommentiert. Doch zur Überraschung vieler Zeitgenossen arbeitete er sich schnell und intensiv in sein neues Fachressort ein und erwarb sich neben seiner Tätigkeit als Minister und Parteichef innerhalb kurzer Zeit solide englische Sprachkenntnisse. Dies brachte ihm nicht nur die Bewunderung vieler seiner Mitarbeiter ein, sondern nötigte auch seinen Zweiflern Respekt ab.¹² Nach nur fünf Monaten war in der Zeitschrift *Capital* zu lesen, der neue deutsche Chefdiplomat „verblüffe Freund und Feind durch überzeugende Amtsführung und sichere Auftritte auf internationalem Parkett“.¹³

Gleich zu Beginn kümmerte sich Genscher um die organisatorische Umgestaltung der Arbeitsabläufe des Ministeriums, die freilich erst nach und nach griff.¹⁴ In einer internen Besprechung der Führungsebene des Auswärtigen Amts Ende

¹⁰ Vgl. Günther Krems, Ära Brandt/Scheel, in: Filmer/Schwan, Hans-Dietrich Genscher, S. 133–157, hier: S. 154–157, und Herbert Straeten, Von Kanzler zu Kanzler, in: Filmer/Schwan, Hans-Dietrich Genscher, S. 170–185, hier: S. 170f. Vgl. außerdem die eigene Schilderung Genschers zur Guillaume-Affäre, in: Genscher, Erinnerungen, S. 197–203.

¹¹ Vgl. Straeten, Von Kanzler zu Kanzler, S. 173.

¹² Vgl. Ruhfus, Aufwärts, S. 185.

¹³ Vgl. Straeten, Von Kanzler zu Kanzler, S. 173.

¹⁴ Zur Organisation des Auswärtigen Amts vgl. auch Peter, Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess, S. 53–59.

Juni 1974 gab der neue Leiter des Ministerbüros, Klaus Kinkel, im Auftrag Genschers die neuen Richtlinien bekannt.¹⁵ Wegen seiner Unerfahrenheit in außenpolitischen Sachfragen forderte der Minister detaillierte Hintergrundinformationen zu den jeweils anstehenden Themen. Alle Vorlagen an ihn sollten von nun an strikt nach den fünf Gliederungspunkten Sachstand, Problemstand, Alternativen, Entscheidungsvorschlag und Begründung aufbereitet werden. Das Papier sollte auf seinem Weg von den untersten Fachreferaten über Abteilungsleiter und Staatssekretäre bis zum Minister von allen Hierarchieebenen abgezeichnet und im Idealfall mit Ergänzungen und weiteren Ideen angereichert werden. Ausdrücklich erwünscht war außerdem, dass die Mitarbeiter aus eigener Initiative Ministervorlagen zu aktuellen außenpolitischen Fragen entwarfen. Auch hatte Genscher die Angewohnheit, Ad-hoc-Besprechungen einzuberufen. Er hielt sich gerade in der parlamentarischen Sommerpause meist bis 22 Uhr im Amt auf und erwartete dies auch von seinen Staatssekretären – es sei denn, sie hatten anderweitige dienstliche Verpflichtungen. Kinkel machte in seinem Rundschreiben sehr deutlich, dass „der Minister die Neigung habe, Persönlichkeiten in der Hierarchie zu übergehen, wenn diese ihn mehrmals enttäuscht hätten“.¹⁶

Genscher gab also eine straffe Linie vor, wie die Arbeit in seinem Ministerium abzulaufen hatte, was bei seinen Mitarbeitern geteiltes Echo hervorrief. Ausnahmslos wurde Genscher als ein Chef beschrieben, der bis zum Umfallen arbeitete, penibel die jeweilige Aktenlage prüfte und darauf bestand, immer alles selbst bis ins Detail zu lesen.¹⁷ „Es hat nur wenige Minister gegeben, die ihr Ressort, die Akten und Vorgänge so detailliert beherrscht“ haben, wie der ehemalige Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Andreas Meyer-Landrut, rückblickend berichtete.¹⁸ Denselben Arbeitseinsatz und entsprechende Akribie, die Genscher vorlebte, forderte er auch von seinen Mitarbeitern. „Es war immer gut, zu Besprechungen bei ihm mit einem Stoß Papieren zu kommen, aus denen man das herausfieseln konnte, was er gerade verlangte. Er wollte alles Schwarz auf Weiß [...]“.¹⁹ So sorgfältig und gewissenhaft Genscher die Akten las, so wenig Kommentare schrieb er an den Rand – was nicht nur für den Historiker, sondern auch für seine damaligen Mitarbeiter oftmals ein Ärgernis war:

„Genscher hatte mir seine eigenen Ansichten verdeutlichen wollen, was er so en passant mit anderen Anlässen ganz unauffällig zu verbinden wusste, sodass es jeweils so gut wie unmöglich war, ihn später auf irgendeine spezifische Äußerung festzulegen; auch Vorlagen

¹⁵ Vgl. zum Folgenden Vermerk des Legationsrats I. Klasse Leonhard vom 27.06.1974, Betr.: Besprechung des Ministerbüros und des Büros Staatssekretäre am 25.06.1974, in: PA-AA, B 2, Büro StS, Bd. 216.

¹⁶ Ebd., S. 2.

¹⁷ Vgl. dazu Gesprächsvermerk des Planungsstabes vom 15.09.1975, Betr.: Arbeit des Planungsstabes, hier: Gespräch zwischen dem Leiter des Planungsstabes, Ministerialdirektor Klaus Blech, und dem Leiter des Referats 110, Vortragender Legationsrat I. Klasse Limmer, über Arbeitsweise und Informationsfluss am 11.09.1975, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178375, und Negwer, Ost-westliche Wanderjahre, S. 151.

¹⁸ Diese Lobeshymne hielt Meyer-Landrut bei einer Laudatio zu Genschers Geburtstag, vgl. Meyer-Landrut, Mit Gott und langen Unterhosen, S. 187f.

¹⁹ Lambach, Streifzug durch ein Leben im diplomatischen Dienst, S. 93.

handhabte er ähnlich: auf vielen fand ich beim Rücklauf nicht seine Paraphe oder eine Weisung, sondern nur den Bürohinweis ‚hat vorgelegen‘.“²⁰

Auch mit seiner Personalführung zog er Kritik auf sich: „Genscher war [...] stets misstrauisch und schonungslos, wenn ein Kollege einmal nicht Leistung brachte.“²¹ Andere berichten von häufigen Wutausbrüchen, die im Laufe der Zeit jedoch nachgelassen hätten.²²

Der Tag im Auswärtigen Amt begann in der Früh mit der Auswertung der Morgenpresse.²³ Das Pressteam sichtete die Agenturmeldungen und wichtigsten Artikel führender nationaler, regionaler und ausländischer Zeitungen, schnitt sie aus und klebte sie in die erste „Mappe“ des Tages. Diese komprimierte Presseschau musste dem Minister bis spätestens 6.30 Uhr vorliegen, da er anschließend erste Interviews gab.²⁴ „Sein Arbeitstag begann zu nachtschlafender Stunde mit der Lektüre der Zeitungen. Wo er ging und stand, wurden ihm in halbstündigem Rhythmus die aufbereiteten Agenturmeldungen zugereicht, auf die er sich gierig stürzte. Er war ja auch Parteivorsitzender und Vizekanzler und musste alles wissen.“²⁵ Um 9 Uhr tagte die sogenannte Direktorenrunde („D-Runde“), an der neben Staatsministern und Staatssekretären die jeweiligen Abteilungsleiter, der Leiter des Planungsstabes und der Leitungsreferate (Ministerbüro, Parlamentsreferat, Inlandsreferat, Pressereferat) teilnahmen.²⁶ Sie besprachen die Termine und wichtigsten Fragen des Tages, die anschließend dem Minister unterbreitet werden konnten. „Bereits in der Einarbeitungsphase beeindruckte er die Direktorenrunde durch ausgeklügelte Fragen, auf die kein anderer gekommen wäre. Manche haben seine Intelligenz als advokatenhaft bezeichnet. Jedenfalls denkt er vielschichtig und um mehrere Ecken herum.“²⁷ Ebenfalls täglich traf sich der Bundesaußenminister im kleinen Kreis („Kleine Lage“) unter Vorsitz des Kanzlers mit dem Bundesinnenminister, dem Bundesjustizminister, dem Staatsminister im Bundeskanzleramt, dem Chef des Bundeskanzleramts, dem Chef des Presse- und Informationsamts und dem Präsidenten des Bundeskriminalamts. In parlamentarischen Sitzungswochen fanden darüber hinaus regelmäßige Koalitionsgespräche mit dem Regierungschef im Kanzlerbungalow statt, zu denen die Fraktionsvorsitzenden, Parteivorsitzenden, Fraktionsgeschäftsführer

²⁰ Ebd., S. 107.

²¹ Ebd., S. 93. Vgl. dazu auch Hallier, Zwischen Fernost und Vatikan, S. 313–316; Hans Kepler, Mitarbeiter, in: Filmer/Schwan, Hans-Dietrich Genscher, S. 305 f., und die Äußerungen des ehemaligen Staatssekretärs Jürgen Chrobog: „Leiser Blues im AA, Referat 210“, in: Die Zeit vom 11. 12. 2003, URL: http://www.zeit.de/2003/51/Ausw_8artiges_Amt (Stand: 13. 11. 2014).

²² Vgl. Kiessler, Außenpolitik als „Public Diplomacy“, S. 375.

²³ Vgl. zum Folgenden auch Christian Buck, Von der Morgenpresse bis zum Nachtdienst, in: Ders./Enrico Brandt (Hrsg.), Auswärtiges Amt. Diplomatie als Beruf, Wiesbaden 2005, S. 11–28.

²⁴ Vgl. Trapp, Immer auf Empfang, S. 52.

²⁵ Negwer, Ost-westliche Wanderjahre, S. 151.

²⁶ Vgl. ebd., S. 148. Zeitlich gesehen war dies aus Sicht der Mitarbeiter eine Verbesserung – als Innenminister hatte Genscher seinen Führungsstab immer schon um 7.30 Uhr antreten lassen, vgl. Straeten, Von Kanzler zu Kanzler, S. 173.

²⁷ Negwer, Ost-westliche Wanderjahre, S. 151.

und gegebenenfalls weitere Bundesminister und Ministerpräsidenten zusammenkamen.²⁸

Die Politischen Direktoren begleiteten Genscher außerdem bei seinen unzähligen Gesprächen mit ausländischen Botschaftern und Staatsbesuchen auswärtiger Gäste in Bonn sowie diversen Auslandsaufenthalten.²⁹ Reisediplomatie bildete seit jeher ein Charakteristikum der Außenpolitik, Genscher aber entwickelte eine geradezu exzessive, auf seine Person zugeschnittene Gesprächsdiplomatie. Bereits nach drei Monaten im Amt hatte er Paris, London, Kanada und die USA besucht und mehrfach mit den polnischen und sowjetischen Botschaftern in Bonn gesprochen.³⁰ In der Krise der internationalen Beziehungen Anfang der 1980er Jahre absolvierte er jährlich durchschnittlich 50 Auslandsreisen inklusive der Treffen im Rahmen von EG und NATO. Hinzu kamen zwischen 60 und 70 Besuche ausländischer Regierungs- und Parteichefs, Außenminister und Staatsoberhäupter.³¹ Für ihn wie für seine Mitarbeiter war dies eine äußerst aufreibende Arbeitsweise, wie Staatssekretär Meyer-Landrut zu erzählen wusste:

„Die Flugreisen nach New York [UNO] mit Bundesaußenminister Genscher bezeichneten wir als ‚Horrortrip‘, weil meistens von Bonn/Köln aus gegen Mittag abgeflogen wurde, nachmittags erfolgten Sitzungen und Begegnungen mit Politikern in New York und nachts wurde zurückgeflogen, so dass wir am nächsten Mittag wieder in Bonn waren und nachmittags am Schreibtisch im Auswärtigen Amt.“³²

Abgesehen von seiner ausgedehnten Reisetätigkeit etablierte Genscher Schritt für Schritt eine neue Gesprächskultur im Auswärtigen Amt. So lehnte er es ab, bei seinem Amtswechsel 1974 auf den Bonner Venusberg umzuziehen, wo im Kiefernweg die Residenz des Außenministers angesiedelt war. Stattdessen ließ er diese zu einem Gästehaus des Auswärtigen Amts umbauen, so dass ausländische Kollegen bei ihren Besuchen in Bonn dort untergebracht werden konnten. Dies ermöglichte ihm, in ungezwungenerem Umfeld vertrauliche Vieraugengespräche mit auswärtigen Gästen zu führen – ein diplomatisches Instrument, das er in den Folgejahren extensiv und durchaus erfolgreich einzusetzen wusste. Darüber hinaus hielt er dort auch größere Besprechungen mit seinen Mitarbeitern ab, um den unruhigen Ministeriumsbetrieb zeitweilig hinter sich zu lassen. In eine ähnliche Richtung zielte Genscher, als er im Laufe der Zeit dazu überging, ausländische Delegationen nicht mehr wie bislang üblich im Bismarck-Zimmer des Auswärtigen Amts zu empfangen, sondern in seinem Arbeitszimmer. Gerade bei komplizierten Verhandlungen sollte auf diese Weise die konfrontative Sitzordnung am langen Konferenztisch zugunsten einer lockeren Gesprächsatmosphäre in Sesselgruppen aufgegeben werden.³³

²⁸ Thomas Knoll, Das Bonner Bundeskanzleramt. Organisation und Funktionen von 1949–1999, Wiesbaden 2004, S. 224f.

²⁹ Zum Aufgabenfeld der Politischen Direktoren vgl. Klaus Scharioth, Was macht ein Politischer Direktor, in: Brandt/Buck, Auswärtiges Amt, S. 116–119.

³⁰ Vgl. Straeten, Von Kanzler zu Kanzler, S. 173.

³¹ Vgl. Jahresberichte des Auswärtigen Amts, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Jahresberichte der Bundesregierung, Bde. 1981–1983.

³² Meyer-Landrut, Mit Gott und langen Unterhosen, S. 123.

³³ Vgl. Genscher, Erinnerungen, S. 207.

In seiner Arbeitsweise unterschied sich Genscher von beiden Bundeskanzlern, mit denen er als Außenminister eine Regierung bildete. Bei Helmut Schmidt etwa übernahm der Beamtenapparat des Bundeskanzleramts lediglich administrierende Funktion. Im Zentrum der Macht stand sein engster Beraterkreis, das sogenannte Kleeblatt, dem neben Schmidt selbst Kanzleramtschef Manfred Schüler, Regierungssprecher Klaus Bölling und als Verbindungsfrau zur SPD-Fraktion Marie Schlei angehörte, die 1976 durch Hans-Jürgen Wischnewski abgelöst wurde.³⁴ Auch Schmidt bestach durch außerordentlichen Fleiß, hohes Arbeitspensum und detailreiche Fachkompetenz. Allerdings betrieb er sein Aktenstudium weniger exzessiv als Genscher, forderte nicht jeden Kommentar in schriftlicher Form an, wollte sich nicht in Einzelheiten verlieren. Stattdessen legte er höchsten Wert auf kurze, pointierte Vorträge seines Beraterstabs, auf deren Grundlage er seine Entscheidungen fällte.

Helmut Kohl umgab sich ebenfalls mit einem Kreis ausgewählter Berater, besetzte Führungspositionen allerdings nicht durch Beförderungen innerhalb des Beamtenapparats, sondern berief ihm loyal ergebene Mitglieder der CDU-Parteiorganisation ins Bundeskanzleramt.³⁵ „Hieraus entwickelte sich bald ein Gravitationszentrum, das vom Kabinett, von der Fraktion und von den ordentlichen Parteigremien unabhängig war und als das eigentliche Markenzeichen des ‚Systems Kohl‘ gelten kann.“³⁶ Bezeichnenderweise scheiterte der 1982 zum Chef des Bundeskanzleramts berufene Waldemar Schreckenberger, der wie Genscher promovierter Jurist war und sich durch ausgiebige Aktenlektüre hervortat, am informellen Regierungsstil Helmut Kohls. Er wurde 1984 durch den Vollblutpolitiker Wolfgang Schäuble ersetzt, der viele Jahre für eine effiziente Organisation und Koordination der Arbeitsabläufe im Kanzleramt sorgte.

Auch Genschers Mitarbeiter mussten sich auf einige organisatorische Neuerungen einstellen, wie ein Blick auf die Leitungsebene des Amts zeigt. Diese bestand erstens aus dem Planungsstab, der mittel- und langfristige außenpolitische Strategien konzipierte, und dem Leitungsstab, dem vier sogenannte Leitungsreferate unterstellt waren: Das Ministerbüro (010), das Parlaments- und Kabinettsreferat (011), das Inlandsreferat (012) sowie das Pressereferat (013). Ebenfalls zur Führungsetage gehörten zwei parlamentarische Staatssekretäre, die gemeinsam mit dem Referat 011 die Schnittstelle zwischen Außenminister und Bundestag bildeten. Die höchsten Beamten des Ministeriums waren der „Staatssekretär im Auswärtigen Amt“, dem die Abteilungen 4 (Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration) und 6 (Auswärtige Kulturpo-

³⁴ Vgl. zum Folgenden Kay Müller/Franz Walter, *Graue Eminenzen der Macht*, Wiesbaden 2004, S. 117–135. Zur Rolle von Beratern für die politische Entscheidungsfindung vgl. Michael Marten, *Kommunikation als Organisation – beratungsresistent? Denkste! Die strukturierende Wirkung von Beratern in Ministerien*, in: Miriam M. Köhler/Christian H. Schuster (Hrsg.), *Handbuch Regierungs-PR. Öffentlichkeitsarbeit von Bundesregierungen und deren Beratern*, Wiesbaden 2006, S. 135–152, und Stefan Marx, *Das Heer der Sprecher und Berater. Eine Bestandsaufnahme von Akteursgruppen in der Regierungskommunikation*, in: Köhler/Schuster, *Handbuch Regierungs-PR*, S. 85–98.

³⁵ Vgl. zum Folgenden Wirsching, *Abschied vom Provisorium*, S. 178–183.

³⁶ Ebd., S. 178.

litik) zugeordnet waren, und dem „Staatssekretär des Auswärtigen Amts“, der ein sehr viel breiteres Aufgabenfeld hatte: Er war für die Abteilungen 1 (Zentralabteilung), 2 und 3 (Politische Abteilungen), 5 (Rechtsabteilung) und 7 (Protokoll) zuständig und offizieller Vertreter des Außenministers.

Entscheidend für die uns interessierende Entspannungspolitik Genschers waren die Politischen Abteilungen 2 und 3, die wiederum in jeweils zwei Unterabteilungen gegliedert waren, denen einzelne Fach- und Länderreferate unterstellt waren. Dort liefen alle Informationen zu den jeweiligen Staaten zusammen, mit denen Bonn diplomatische Beziehungen unterhielt. Zugleich ergingen von dort Weisungen des Ministers an die deutschen Botschaften im Ausland. Die Größe des Referats richtete sich nach der politischen Bedeutung des Landes für die Bundesrepublik. Das für die Sowjetunion zuständige (213) hatte dementsprechend einen wesentlich höheren Stellenwert als das für Süd- und Südostasien (340),³⁷ das sich neben etlichen anderen Ländern auch mit Afghanistan beschäftigte. Fachreferate waren mit bestimmten Themenfeldern betraut, so zum Beispiel das Referat 212 mit „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (KSZE)“ oder das Referat 201 mit dem „Atlantischen Bündnis und Verteidigung“. Diesem hierarchischen Aufbau entsprechend ging jedes vom Referat entworfene Papier über den Unterabteilungsleiter und Abteilungsleiter zum Staatssekretär, der dieses gegebenenfalls dem Minister vorlegte. Die Referate waren somit das unterste Glied in der Kette, besaßen jedoch die geballte Fachkenntnis für ihre Zuständigkeitsfelder. Ihre Leistung bestand darin, aus der Informationsflut der Botschafterberichte ein kompaktes Papier zu erstellen, um dieses – gerade wenn krisenhafte Entwicklungen erkennbar waren – schnellstmöglich dem Minister zukommen zu lassen.

Mit dem Amtsantritt Genschers verschoben sich sukzessive die Gewichte innerhalb der Leitungsebene. Da das Material, das Genscher vorgelegt werden sollte, aufgrund seiner fehlenden außenpolitischen Erfahrung intensiver aufbereitet und verständlich gemacht werden musste, ergab sich ein erheblicher Mehraufwand für die Mitarbeiter. Um den Planungsstab zu entlasten, schuf Genscher zusätzlich den Posten des „Arbeitsstabes“ (Ref. 03), der vor allem für den reibungslosen Informationsfluss zwischen Arbeitsebene, Leitungsebene und Minister sorgen sollte. Allerdings schürte er damit das bereits latent bestehende Konkurrenzverhältnis zwischen Planungsstab, Leitungsstab und Staatssekretären einerseits und zwischen dem Planungsstab und den operativen Einheiten des Hauses andererseits weiter.³⁸ Der Planungsstab wurde außerdem von bisherigen Aufgaben wie Ghostwriter-Tätigkeiten zur Erstellung von Reden und Artikeln sowie zur Vorbereitung von Interviews weitgehend freigestellt.³⁹ Diese Aufgaben übernahm fortan das Pressereferat. Um dabei entstehende Reibungsverluste zu vermeiden, wurden die Kontakte zwischen Planungsstab und Pressereferat durch regelmäßige Besprechungen

³⁷ Bis 1978 trug das Referat für „Süd- und Südostasien“ die Bezeichnung „Ref. 302“ und wurde 1978 in „Ref. 340“ umbenannt.

³⁸ Vgl. zum Folgenden Aufzeichnung des Planungsstabes vom 17. 05. 1974, Betr.: Organisation des Planungsstabes, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178375.

³⁹ Zu Zuständigkeiten und Kompetenzverteilungen vgl. auch Erlass des Bundesaußenministers Genscher vom 28. 12. 1976, Betr.: Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten der Staatsminister und Staatssekretäre, in: AdSD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009003.

zwischen den Mitarbeitern dieser beiden Arbeitseinheiten institutionalisiert. Damit einher ging ein grundlegender Strukturwandel in der Medienarbeit des Ministeriums.⁴⁰

Durch diese Kompetenzverschiebung konnte der Planungsstab wieder mehr als bisher konzeptionelle Aufgaben übernehmen. Dazu zählte auch – nach amerikanischem Vorbild⁴¹ – die Intensivierung der Kontakte zu Wissenschaft und Forschung, namentlich zur Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)⁴² und zur Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).⁴³ Im Stiftungsrat der SWP saß neben Vertretern des Bundeskanzleramts, der Bundesministerien und Bundestagsfraktionen⁴⁴ auch der Leiter des Planungsstabes.⁴⁵ Seine Aufgabe bestand darin, das Forschungsprogramm den Interessen des Auswärtigen Amts anzupassen.⁴⁶ Die Zusammenarbeit mit der SWP unter Leitung von Prof. Dr. Klaus Ritter verlief allerdings nicht reibungslos. Die Studien zur Sicherheits- und Spannungspolitik, die unter anderem Uwe Nerlich und Wolfgang Heisenberg vorlegten, riefen wiederholt die Kritik des Planungsstabes hervor, der vor allem den Umfang und wissenschaftlichen Zuschnitt der Arbeiten sowie den fehlenden

⁴⁰ Vgl. dazu auch Kapitel I.3.

⁴¹ Vgl. Vermerk des Planungsstabes, Wolfgang Schollwer, vom 11.06.1974, Betr.: Künftige Aufgaben und Organisation des Planungsstabes, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178375.

⁴² Die Fachaufsicht über die SWP oblag dem Referat 212 (Ost-West-Beziehungen) des Bundeskanzleramts, vgl. Knoll, Das Bonner Bundeskanzleramt, S. 233, und Albert Zunker, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Entwicklungsgeschichte einer Institution politikbezogener Forschung, Berlin 2007, S. 71–75 und S. 103–106. Hauptabnehmer der SWP-Studien aber war das Auswärtige Amt, vgl. Schreiben des Planungsstabes (Forschungskordinierung) an den Vortragenden Legationsrat I. Klasse, Dannenbring, vom 21.07.1976, Betr.: Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik – AP 2105, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178385.

⁴³ Darüber hinaus bestanden auch Kooperationen des Auswärtigen Amts mit dem Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOST) und dem Süd-Ost-Institut (SOI) München. Beide wurden in den 1990er Jahren in die SWP integriert. Vgl. dazu auch Albert Zunker, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

⁴⁴ Genscher verwies wiederholt darauf, dass die Zusammenarbeit zwischen SWP und FDP-Bundestagsfraktion intensiviert werden müsse. Vgl. Schreiben des Referenten für Deutschland- und Außenpolitik des AK 1 der FDP-Fraktion, G. Evertz, an Jürgen Möllemann, Betr.: Stiftung Wissenschaft und Politik, in: AdL, Bestand Wolfgang Mischnick, A41–123.

⁴⁵ Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Loeck, Bundeskanzleramt, an den Leiter des Büros Staatssekretäre des Auswärtigen Amts vom 11.02.1975, Betr.: Stiftung Wissenschaft und Politik, hier: Vertretung des Auswärtigen Amts im Stiftungsrat, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178379. Zur Zusammensetzung des SWP-Stiftungsrates vgl. auch Albert Zunker, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), S. 269–303.

⁴⁶ Vgl. beispielsweise Schreiben des Planungsstabes an den Leiter der Abt. 2 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor van Well, an den Leiter der Abt. 3, Ministerialdirektor Lahn, und den Leiter der Abt. 4, Ministerialdirektor Lautenschlager, vom 04.02.1975, Betr.: Forschungsprogramm der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) für 1975/76, in: PA-AA, B 32, Ref. 204 (Zwischenarchiv), Bd. 110362, und Schreiben des Leiters des Ref. 204, Vortragender Legationsrat I. Klasse Dannenbring, an Ministerialdirigenten Ruhfus vom 06.02.1975, Betr.: Forschungsprogramm der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) für 1975/76, in: PA-AA, B 32, Ref. 204 (Zwischenarchiv), Bd. 110362.

Praxisbezug bemängelte.⁴⁷ Aus diesem Grund wurde eine „externe Erfolgskontrolle“ eingeführt,⁴⁸ welche die Nützlichkeit der Studien überprüfen und die Anwendbarkeit der wissenschaftlichen Expertisen für die politische Praxis verbessern sollte. Während diese Maßnahme bei den Mitarbeitern der SWP auf geteiltes Echo stieß,⁴⁹ war sie aus Sicht des Auswärtigen Amts zumindest partiell erfolgreich.⁵⁰

Unkomplizierter gestaltete sich die Zusammenarbeit mit der DGAP, die personell einige Verknüpfungen mit der SWP aufwies, jedoch andere Funktionen zu erfüllen hatte.⁵¹ Während die SWP praxisnahe Studien zu aktuellen außenpolitischen Problemlagen liefern sollte, stellte die DGAP mehr ein Forum für den Aus-

⁴⁷ Vgl. Vermerk des Planungsstabes vom 13.02.1975, Betr.: Stiftungsrat der SWP, Sitzung am 19.02.1975, hier: Vorbesprechung im Bundeskanzleramt, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178379; Schreiben des Ref. 201 an den Planungsstab vom 29.09.1975, Betr.: Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – S 241 „Konzeptionelle Fragen der europäischen Ost-West-Verhandlungen über militärische Sicherheit“, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178385; Schreiben des deutschen Botschafters bei der NATO in Brüssel, Krapf, an den Planungsstab des Auswärtigen Amts vom 11.03.1976, Betr.: Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – LN 2096, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178385; Schreiben des Planungsstabes (Forschungskordinierung) an den Vortragenden Legationsrat I. Klasse, Dannenbring, vom 21.07.1976, Betr.: Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik – AP 2105, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178385, und Schreiben des deutschen Botschafters bei der NATO in Brüssel, Krapf, an das Auswärtige Amt vom 19.12.1977, Betr.: Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik, Titel: „Einige politische, konzeptionelle und verfahrensmäßige Probleme eines Langzeitprogramms zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit der Atlantischen Allianz“, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178385.

⁴⁸ Vgl. dazu auch Albert Zunker, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), S. 186–189.

⁴⁹ Klaus Ritter äußerte gegenüber dem Auswärtigen Amt wiederholt seine Enttäuschung über die negative Bewertung der SWP-Studien und die Kriterien der externen Erfolgskontrolle. Vgl. Schreiben von Prof. Dr. Klaus Ritter (SWP) an das Auswärtige Amt vom 02.04.1976, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178385; Schreiben des Auswärtigen Amts an Prof. Dr. Klaus Ritter vom 04.08.1976, Betr.: Erfolgskontrolle der SWP-Arbeiten, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178385, und Schreiben von Schmoller-Haldy (SWP) an den Planungsstab des Auswärtigen Amts, vom 20.07.1976, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178385.

⁵⁰ Positiv bewertet wurden folgende Studien: Schreiben des Leiters des Ref. 213, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kühn, an den Planungsstab des Auswärtigen Amts vom 10.11.1976, Betr.: Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik – AP 2110, hier: Erfolgskontrolle, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178385; Schreiben des Planungsstabes, von Butler, an Ministerialdirektor Blech, vom 10.12.1976, Betr.: SWP, hier: Ihr Gespräch mit Prof. Ritter, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178385; Schreiben des Leiters des Ref. 200, von der Gablentz, an den Planungsstab vom 22.12.1977, Betr.: Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik – S 261: Die Europäische Politische Zusammenarbeit als gemeinsame Außenpolitik der Neun, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178385, und Schreiben des Planungsstabes, Schollwer, an den Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann vom 14.08.1979, Betr.: Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik – AZ 2222: Der sowjetische Rüstungszuwachs seit Mitte der sechziger Jahre, in: PA-AA, B 14, Ref. 201 (Zwischenarchiv), Bd. 120115.

⁵¹ Uwe Nerlich arbeitete sowohl für die SWP als auch für die DGAP und kann deshalb als personelles Bindeglied bezeichnet werden. Vgl. Albert Zunker, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), S. 150–153.

tausch zwischen politischen Akteuren und Wissenschaftlern dar.⁵² Dies umfasste gemeinsame Gespräche, Diskussionsrunden und Kolloquien in kleinem, vertraulichen Kreis ebenso wie öffentliche Veranstaltungen.⁵³ Die DGAP bildete für das Auswärtige Amt somit einen exklusiven Brainstorming-Zirkel und gleichzeitig ein Forum, über das die Politik der Bundesregierung verbreitet werden konnte. So publizierte die DGAP im Auftrag des Auswärtigen Amts 1976 einen Band zur KSZE, um die Politik der Bundesregierung im Vorfeld der Belgrader Nachfolgekonzferenz einem breiteren Publikum verständlich zu machen.⁵⁴ Auch in der renommierten Fachzeitschrift der DGAP, dem Europa-Archiv, fanden sich regelmäßig Artikel bundesdeutscher Diplomaten und Politiker zu aktuellen politischen Themen.⁵⁵

Ziel der Zusammenarbeit des Planungsstabes mit der Wissenschaft⁵⁶ war die verstärkte Ausrichtung auf mittel- und langfristige Analysen, denn hier bestand einem internen Papier des Auswärtigen Amts vom 11. Juni 1974 zufolge erheblicher Nachholbedarf.⁵⁷ Dazu gehörte die Frage nach der strategischen Ausrichtung

⁵² Zur Geschichte der DGAP vgl. Daniel Eisermann, Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955–1972, München 1999.

⁵³ Beispielsweise führte der Planungsstab des Auswärtigen Amts am 18. 05. 1976 in kleinem Kreis ein von der DGAP organisiertes Gespräch mit Karl Birnbaum vom schwedischen Institut für Internationale Beziehungen und weiteren Wissenschaftlern zu möglichen Veränderungen in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Vgl. dazu Vermerk des Planungsstabes vom 15. 06. 1976, Betr.: Wandlungen in den Ost-West-Beziehungen in Europa, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178384.

⁵⁴ Vgl. Schreiben der DGAP an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Gehlhoff, vom 02. 07. 1976, in: PA-AA, B 2, Büro StS, Bd. 223.

⁵⁵ Genscher veröffentlichte zwischen 1974 und 1982 drei Namensartikel zur strategischen Ausrichtung der bundesdeutschen Außenpolitik im Europa-Archiv: Notwendigkeit und Möglichkeit einer europäischen Außenpolitik, in: Europa-Archiv 13 (1976), S. 427–434; Deutsche Außenpolitik für die achtziger Jahre, in: Europa-Archiv 12 (1980), S. 371–386, und Europas Rolle in der Weltpolitik, in: Europa-Archiv 4 (1982), S. 85–94. Häufiger als der Minister selbst publizierten Diplomaten Beiträge im Europa-Archiv.

⁵⁶ Auch Berndt von Staden machte sich für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Auswärtigem Amt und wissenschaftlichen Think Tanks stark. Vgl. Berndt von Staden, Wissenschaftliche Politikberatung in der außenpolitischen Praxis, in: Europa-Archiv 12 (1986), S. 359–366. Die Forschung zur Rolle wissenschaftlicher Politikberatung für den außenpolitischen Entscheidungsprozess ist nach wie vor überschaubar. Vgl. dazu Manfred Mols, Politikberatung im außenpolitischen Entscheidungsprozess, in: Wolf-Dieter Eberwein u. a. (Hrsg.), Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 4: Institutionen und Ressourcen, München 1998, S. 253–264; Christian Büger, Das Auswärtige Amt auf dem Weg zu einer neuen Beratungskultur? Der Dialog zwischen externem Fachwissen und Politik im Feld der Außenpolitik, in: Svenja Falk (Hrsg.), Handbuch Politikberatung, Wiesbaden 2006, S. 508–522; Carolin Welzel, Politikberatung durch Stiftungen, in: Falk, Handbuch Politikberatung, S. 275–289; Josef Braml, Wissenschaftliche Politikberatung durch Think Tanks, in: Falk, Handbuch Politikberatung, S. 255–267, und Winand Gellner, Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit. Think Tanks in den USA und in Deutschland, Opladen 1995, S. 165–221.

⁵⁷ Vgl. Vermerk des Planungsstabes, Wolfgang Schollwer, vom 11. 06. 1974, Betr.: Künftige Aufgaben und Organisation des Planungsstabes, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178375, und Schreiben des Leiters des Planungsstabes, Ministerialdirektor Blech, an Bundesminister Genscher vom 16. 05. 1975, Betr.: Arbeit des Planungsstabes, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178375.

der künftigen Entwicklungspolitik ebenso wie die Frage, auf welche Weise der multilaterale Entspannungsprozess nach Verabschiedung der KSZE-Schlussakte weiterverfolgt werden sollte. Damit zeichnete sich bereits eine erste inhaltliche Schwerpunktsetzung unter dem neuen Minister ab. Am 31. Mai 1974, kurz nach dessen Amtsantritt, legte Planungsstabschef Brunner auf Anweisung Genschers eine Ausarbeitung zum bundesdeutschen Entspannungsbegriff vor, was auch den laufenden KSZE-Verhandlungen geschuldet war (vgl. Kapitel II).⁵⁸ Schon früh zog Genscher damit die konzeptionelle Gestaltung der Entspannungspolitik an sich, die auch in den Folgejahren eindeutig im Auswärtigen Amt angesiedelt blieb und nicht etwa im Bundeskanzleramt, wie das zu Zeiten der Regierung Brandt/Scheel noch der Fall gewesen war. Dies zeigt sich auch daran, dass thematisch relevante Akten im Bestand Bundeskanzleramt des Bundesarchivs fast ausschließlich als Aktenkopien des Auswärtigen Amts vorliegen, nicht jedoch eigene, vom Kanzleramt konzipierte Strategiepapiere.

Insgesamt waren die Reibungsflächen zwischen Schmidt und Genscher mit Blick auf die Ressortzuständigkeiten anfangs relativ gering, was seine Ursache in den unterschiedlichen Interessen und Akzentsetzungen hatte. Helmut Schmidt sah sein Aufgabenfeld aufgrund seiner Fachkompetenz vor allem im wirtschafts- und finanzpolitischen sowie im verteidigungspolitischen Bereich.⁵⁹ Dies wird auch durch seine Führungsrolle beim Europäischen Währungssystem (EWS), bei der Initiierung der Weltwirtschaftsgipfel⁶⁰ und seinem Engagement im sicherheitspolitischen Bereich, nicht zuletzt beim NATO-Doppelbeschluss, belegt.⁶¹ Für Genscher hatte dies den angenehmen Nebeneffekt, dass er bei der Entspannungspolitik relativ freie Hand hatte. Umgekehrt interessierte sich Genscher für wirtschaftspolitische Aspekte der Außenpolitik nur begrenzt, was bei den entsprechenden Referaten das Gefühl weckte, keine Beachtung zu finden. Dietrich von Kyaw, ab 1984 als Wirtschaftsgesandter an der deutschen Botschaft in Washington tätig, erinnerte sich rückblickend:

„Während meiner vier Jahre in Washington erfuhr ich in meinen Bemühungen um die Durchsetzung deutscher Wirtschaftsinteressen manche Anerkennung, jedoch kaum persönliche Unterstützung oder Rückendeckung durch den für mich ja eigentlich zuständigen Bundesminister des Auswärtigen. Er interessierte sich nicht für meinen Bereich. Dazu war er wohl auch zu sehr davon überzeugt, dass die Wirtschaft der Politik zu folgen habe [...]“⁶²

Die größte Konkurrenz zwischen Auswärtigem Amt und Bundeskanzleramt entstand auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik.⁶³ Dort beanspruchten beide und

⁵⁸ Schreiben des Leiters des Planungsstabes, Ministerialdirektor Brunner, an Bundesminister Genscher vom 31. 05. 1974, Betr.: Der Begriff „Entspannung“ im Ost-West-Verhältnis, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178580.

⁵⁹ Schmidt war Bundesverteidigungsminister (1969–1972) und Bundesfinanzminister (1972–1974).

⁶⁰ Vgl. Enrico Böhm, Die Sicherheit des Westens. Entstehung und Funktion der G7-Gipfel (1975–1981), München 2014.

⁶¹ Vgl. auch Knoll, Das Bonner Bundeskanzleramt, S. 253f.

⁶² Von Kyaw, Auf der Suche nach Deutschland, S. 225.

⁶³ Immer wieder kam es auf diesem Gebiet zu Kompetenzstreitigkeiten, was auch auf die Alliierten irritierend wirkte. Vgl. dazu Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats

zusätzlich das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen eine Führungsrolle. Kurz nach Amtsantritt erließ Genscher eine interne Weisung, ihm alle Papiere und Informationen zu deutschlandpolitischen Fragen stets unverzüglich und detailliert vorzulegen.⁶⁴ Umgekehrt rief Helmut Schmidt 1978 einen für die Deutschlandpolitik zuständigen „Arbeitsstab 20“ ins Leben (vgl. Abb. 1).

Er unterstand dem Chef des Bundeskanzleramts, war an allen Angelegenheiten beteiligt, welche die Beziehungen zur DDR und Berlin-Fragen betrafen, und ar-

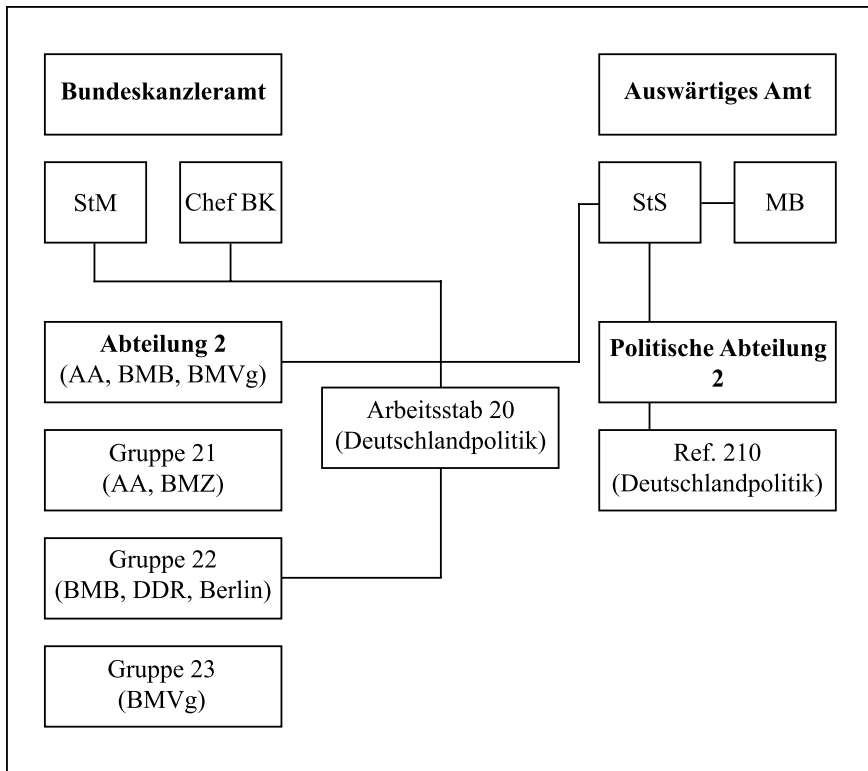


Abb. 1: Zuständigkeitsverteilung zwischen Bundeskanzleramt und Auswärtigem Amt in Fragen der Deutschlandpolitik⁶⁵

I. Klasse, Lücking, vom 29. 11. 1976, Betr.: Chefbesprechung am 01. 12. 1976 über Deutschland- und Berlinpolitik, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133094. Vgl. außerdem Schreiben des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Franke, an Bundesaußenminister Genscher vom 21. 04. 1977, in: PA-AA, B 2, Büro StS, Bd. 222.

⁶⁴ Vgl. Vermerk des Legationsrats I. Klasse, Leonhard, vom 27. 06. 1974, Betr.: Besprechung des Ministerbüros und des Büros Staatssekretäre am 25. 06. 1974, in: PA-AA, B 2, Büro StS, Bd. 216.

⁶⁵ Eigene Graphik, basierend auf den Organisationsplänen des Bundeskanzleramts und des Auswärtigen Amts. Vgl. dazu Heinz Hoffmann, Die Bundesministerien 1949–1999. Bezeichnungen, amtliche Abkürzungen, Zuständigkeiten, Aufbauorganisation, Leitungspersonen, Koblenz 2003.

beitete faktisch direkt für und zusammen mit dem Staatsminister. Der Stabsleiter war fachlich der Gruppe 22 (Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen) vorgesetzt, unterstand jedoch nach wie vor der Dienstaufsicht des Abteilungsleiters 2. Über diese Schnittstelle erfolgte die notwendige Abstimmung zwischen Bundeskanzleramt und Auswärtigem Amt über die Außen-, Deutschland- und Verteidigungspolitik. Die Mitarbeiter der Abteilung 2 wurden aus dem diplomatischen Korps des Auswärtigen Dienstes rekrutiert und kehrten dem üblichen Rotationssystem folgend nach einigen Jahren wieder dorthin zurück. Genscher legte höchsten Wert darauf, dass Konzeptionelles ausschließlich aus seinem Ministerium kam. Alles, was an die Regierungszentrale ging, sollte nicht etwa auf horizontalem Weg von den Referaten des Auswärtigen Amts direkt übergeben werden, sondern hatte über sein Ministerbüro zu laufen.⁶⁶ Der Informationsfluss wurde nun zentral kontrolliert und gesteuert, was sich auch daran ablesen lässt, dass der Abteilungsleiter 2 des Bundeskanzleramts nicht mehr wie noch unter Brandt/Scheel an den Besprechungen der Führungsebene im Auswärtigen Amt teilnahm.⁶⁷

Der Leiter der Abteilung 2 im Bundeskanzleramt sah sich vor erhebliche organisatorische Herausforderungen gestellt, die auch (parti-)politisches Fingerspitzengefühl voraussetzten. Er musste die verschiedenen Vorstellungen der Spitzenakteure möglichst geräuschlos in Einklang bringen. Jürgen Ruhfus, der diesen Posten unter Helmut Schmidt innehatte, erinnerte sich rückblickend:

„Der Arbeitsdruck war sehr groß. Wir erhielten gute und umfangreiche Vorlagen des Auswärtigen Amts und des Bundesverteidigungsministeriums. Sie mussten drastisch kondensiert und an die Gedankenwelt und außenpolitischen Vorstellungen des Bundeskanzlers angepasst werden. [...] Kanzler und Außenminister hatten klare, eigene Vorstellungen, die Außenpolitik zu gestalten. [...] Beide Persönlichkeiten mussten problembewusst gemacht werden, damit nicht Dissonanzen in der Öffentlichkeit sichtbar wurden.“⁶⁸

Nach dem Regierungswechsel 1982 nahm die Konkurrenz zwischen Auswärtigem Amt und Bundeskanzleramt in Fragen der Deutschlandpolitik weiter zu. Umso größer war die Verärgerung Genschers, als Helmut Kohl seinen Parteifreund Horst Teltschik zum Leiter der Abteilung 2 im Bundeskanzleramt ernannte. Damit war dieser Posten erstmals nicht mit einem Mitarbeiter des Auswärtigen Dienstes, sondern mit einem Politiker aus der Partei des Kanzlers besetzt. Außerdem führte Teltschik im Auftrag des Bundeskanzlers eigenständige Kontakte mit ausländischen Regierungschefs und entwickelte sich zum „heimlichen Außenminister“⁶⁹ Kohls, was erhebliche Missstimmung im Auswärtigen Amt hervorrief.⁷⁰

⁶⁶ Vgl. Knoll, Das Bonner Bundeskanzleramt, S. 254, Anm. 216. Zur Deutschlandpolitik der FDP vgl. Michael Schmidt, Die FDP und die deutsche Frage 1949–1990, Hamburg 1995.

⁶⁷ Vgl. Knoll, Das Bonner Bundeskanzleramt, S. 267.

⁶⁸ Ruhfus, Aufwärts, S. 185 f.

⁶⁹ Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 182.

⁷⁰ Dementsprechend kritisch würdigte Genscher Teltschik in seinen Memoiren, vgl. Genscher, Erinnerungen, S. 670–677. Zu den spannungsreichen Beziehungen zwischen Teltschik und Genscher sowie der Konkurrenz zwischen Auswärtigem Amt und Bundeskanzleramt in der Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Kohl vgl. außerdem Fröhlich, „Auf den Kanzler kommt es an“, S. 124–135; Knoll, Das Bonner Bundeskanzleramt,

Genscher schmückte sich gern mit dem Label eines Politikers, der seine Mitarbeiter nicht nach parteipolitischen Opportunitäten, sondern allein nach deren Fachkompetenz auswählte⁷¹ – ein Bild, das allerdings der Differenzierung bedarf, wie Abb. 2 (Faltkarte am Ende des Buches) verdeutlicht, die die Personalstruktur des Auswärtigen Amts unter Angabe der Parteizugehörigkeit seiner Mitarbeiter darstellt.⁷²

Der wichtige Posten des ersten Staatssekretärs, der zugleich Stellvertreter des Außenministers war, blieb bis 1977 mit dem Sozialdemokraten Walter Gehlhoff besetzt. Zu seinem Nachfolger berief Genscher den parteilosen Spitzenbeamten Günther van Well, den er selbst als „einen seiner Lehrmeister in der Außenpolitik“⁷³ bezeichnete. Van Well hatte Ende der sechziger Jahre die Leitung des Deutschlandreferats übernommen und entwickelte sich zu einem hochgeschätzten Spezialisten in Fragen des Ost-West-Konflikts. Beim Tauziehen um die Ratifizierung der Ostverträge war er der Ansprechpartner des Auswärtigen Amts im Bundestag. 1973, noch unter Walter Scheel, übernahm er die Leitung der Politischen Abteilung 2, um 1977 schließlich von Genscher zum Staatssekretär berufen zu werden. 1981 übergab er das Amt an den ebenfalls parteilosen Berndt von Staden, der in den fünfziger Jahren das für die Sowjetunion zuständige Referat geleitet hatte und 1973 zum deutschen Botschafter in Washington befördert worden war. Ende 1979 wechselte von Staden als Leiter der Abteilung 2 ins Bundeskanzleramt und war damit der wichtigste Verbindungsmann zum Auswärtigen Amt, bis er zwei Jahre später zu Genschers Staatssekretär aufstieg. Dieser bezeichnete ihn in seinen Memoiren als „eine der großen Gestalten des Auswärtigen Dienstes nach dem Zweiten Weltkrieg“ und als einen Mitarbeiter, der „maßgeblichen Anteil an der Formulierung unserer Außenpolitik, und zwar sowohl innerhalb des Bündnisses als auch gegenüber dem Osten“ hatte.⁷⁴ Sein Nachfolger wurde Andreas Meyer-Landrut,

S. 334; Müller/Walter, *Graue Eminenzen der Macht*, S. 144; Hallier, *Zwischen Fernost und Vatikan*, S. 305f., und Klaus Dreher, *Helmut Kohl. Leben mit Macht*, Stuttgart 1998, S. 321.

⁷¹ Dies betonte Genscher auch in einem Interview mit der Autorin am 26. 06. 2013 in München. Bereits als Bundesinnenminister besetzte Genscher sein Ministerium allerdings „lupenrein“ mit Freidemokraten, wie *Der Spiegel* 1973 konstatierte: Genscher. Progressiver Vortänzer, in: *Der Spiegel* Nr. 1 vom 01. 01. 1973, S. 21–23, hier: S. 22.

⁷² Die Graphik beruht auf den in den Jahresbänden der AAPD enthaltenen Organigrammen des Auswärtigen Amts und gibt den Stand vom Juli 1982 wieder. Soweit möglich, wurden Daten über dieses Stichdatum hinaus für die Leitungsebene ermittelt auf Basis von Autobiographien der beteiligten Personen und des Internationalen Biographischen Archivs, Munzinger, URL: <http://www.munzinger.de> (Stand: 13. 11. 2014).

⁷³ Genscher, *Erinnerungen*, S. 407. Vgl. dazu auch Carl-Christian Kaiser, *Hausmeier nach Genschers Geschmack. Staatssekretär Günther van Well: eine Mischung aus Robustheit und Fingerspitzengefühl*, in: *Die Zeit* vom 27. 05. 1977, URL: <http://www.zeit.de/1977/22/hausmeier-nach-genschers-geschmack> (Stand: 08. 06. 2013).

⁷⁴ Genscher, *Erinnerungen*, S. 406. Unstimmigkeiten scheint es zwischen Genscher und von Staden bei dessen Entlassung in den Ruhestand gegeben zu haben. Peter Glotz sprach unter Bezugnahme auf ein Interview von Stadens („Ein neuer Konsens ist notwendig“, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 243 vom 21. 10. 1983, S. 10) gar von einem „offenen Konflikt“ zwischen den beiden, weil von Staden anders als Genscher dafür plädierte, auf die Protestbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss zuzugehen und gemeinsam mit den Friedensaktivisten einen neuen sicherheitspolitischen Konsens herzustellen. Vgl. dazu

ehemaliger Botschafter in Moskau und führender Ostexperte im Auswärtigen Amt. Auch er gehörte keiner Partei an, blieb bis 1987 auf diesem Posten und wechselte anschließend erneut als Botschafter nach Moskau.⁷⁵

Unter Genscher machten also vor allem jene Diplomaten Karriere, die Expertise in der Deutschland- und Ostpolitik besaßen. Einen weiteren Beleg für diesen Befund bildet Klaus Blech, der sich unter Walter Scheel als Leiter des Deutschlandreferats und Unterabteilungsleiter 21 (Osteuropa und Ost-West-Beziehungen) einen Namen gemacht hatte. In den bedeutsamen Verhandlungen um die Ostverträge beeindruckte er den Juristen und Bundesinnenminister Genscher durch Fachkompetenz und taktisches Geschick. Dieser ernannte ihn im November 1974, als die KSZE-Verhandlungen in ihre entscheidende Phase traten, zum Leiter der bundesdeutschen KSZE-Delegation in Genf und gleichzeitig zum Leiter des Planungsstabes. 1978 folgte er Günther van Well als Chef der Politischen Abteilung 2.⁷⁶ Auch Jörg Kastl, von Genscher selbst als „einer der brilliantesten Köpfe des AA“⁷⁷ bezeichnet, leitete von 1980 bis 1983 die bundesdeutsche Delegation in den schwierigen KSZE-Verhandlungen in Madrid und wurde anschließend mit dem bedeutsamen Posten des Botschafters in Moskau belohnt.

Dass Genscher seine Ost-West-Experten gerne auch im Kanzleramt platzierte, verdeutlicht – neben Berndt von Staden – der berufliche Weg von Wilhelm Höynck. Dieser hatte sich Anfang der siebziger Jahre bei der bundesdeutschen NATO-Vertretung in Brüssel mit Fragen der Rüstungskontrolle, Osteuropas und der KSZE befasst und übernahm 1978 das wichtige Referat 212 im Bundeskanzleramt. Diese Arbeitseinheit war zuständig für die Ost-West-Beziehungen einschließlich der außenpolitischen Aspekte der Deutschland und Berlin betreffenden Fragen und des KSZE-Prozesses, für die bilateralen Beziehungen zu Osteuropa, zur Sowjetunion und zu Nordamerika sowie für die politischen Angelegenheiten der NATO und den damit verbundenen Aspekten der Abrüstung und Rüstungskontrolle.⁷⁸ Diesen bedeutenden Posten hatte Höynck bis Ende 1983 inne und wurde dann von Genscher zum Sonderbotschafter ernannt, um Jörg Kastl in den schwierigen Verhandlungen der KSZE-Nachfolgekonferenz von Madrid zu unterstützen.

Vermerk des Bundesgeschäftsführers der SPD, Peter Glotz, an Willy Brandt vom 24. 10. 1983, in: AdsD, WBA/A11.2/152; Schreiben Willy Brandts an Berndt von Staden vom 04. 11. 1983, in: AdsD, WBA/A11.2/152, und Schreiben Berndt von Stadens an Willy Brandt vom 22. 11. 1983, in: AdsD, WBA/A11.2/152. In der Autobiographie von Stadens wird Genscher kaum erwähnt, vgl. von Staden, *Zwischen Eiszeit und Tauwetter*.

⁷⁵ Vgl. Eintrag „Meyer-Landrut, Andreas“ in Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www.munzinger.de/document/00000014051> (abgerufen vom Institut für Zeitgeschichte am 13. 11. 2014), und Meyer-Landrut, *Mit Gott und langen Unterhosen*.

⁷⁶ Vgl. Eintrag „Well, Günther van“ in Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www.munzinger.de/document/00000015004> (abgerufen vom Institut für Zeitgeschichte am 13. 11. 2014). Genscher bezeichnete Blech in seinen Erinnerungen als „eine der hervorragenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Dienstes“, vgl. Genscher, *Erinnerungen*, S. 301.

⁷⁷ Ebd., S. 314.

⁷⁸ Vgl. auch Knoll, *Das Bonner Bundeskanzleramt*, S. 233.

Allerdings besetzte Genscher bei seinem Amtsantritt wichtige Posten auf Leitungsebene auch mit FDP-Mitgliedern. So ist es kein Zufall, dass mit Günter Verheugen als Leiter des 1974 neu konstituierten Arbeitsstabes ein Genscher-getreuer Liberaler an der Spitze des Amts installiert wurde. Er war unter Genscher bereits im Bundesinnenministerium als Leiter des Referats für Öffentlichkeitsarbeit tätig gewesen. Verheugen blieb Chef des Arbeitsstabes bis zu dessen Abschaffung 1977, wurde daraufhin zum Generalsekretär der FDP ernannt und blieb somit weiterhin in der unmittelbaren Umgebung Genschers. Zum Chef des Leitungsstabes und Leiter des Ministerbüros ernannte dieser bei Amtsantritt seinen politischen Ziehsohn Klaus Kinkel. Auch er war bereits im Bundesinnenministerium tätig gewesen und zum damaligen Zeitpunkt parteilos, trat jedoch 1991 in die FDP ein, um ein Jahr später Genschers Nachfolger im Amt des Außenministers zu werden.⁷⁹

Gemischt fällt die Bilanz beim Chefposten des Planungsstabes, dem konzeptionellen Kreativzentrum des Auswärtigen Amts und Einfalltor für diplomatische Quereinsteiger, aus. Nachfolger Guido Brunners (FDP), den Genscher von Scheel als Leiter des Planungsstabes übernommen hatte, wurde 1975 Klaus Blech. 1978 übergab er den Posten an Klaus Kinkel, der nach nur einem Jahr im Amt zum Leiter des Bundesnachrichtendienstes aufstieg. Mit Niels Hansen übernahm 1979 erneut ein parteiloser Spitzendiplomat die Leitung des Planungsstabes. 1981 folgte ihm Konrad Seitz, der ebenfalls kein Mitglied der FDP war. Allerdings lässt seine berufliche Karriere zumindest eine ideelle Nähe zu Genscher vermuten. 1975 war er auf Initiative des damaligen Chefs des Arbeitsstabes und späteren FDP-Generalsekretärs Günter Verheugen ins Auswärtige Amt berufen worden,⁸⁰ wechselte zwei Jahre später als Mitarbeiter in den Planungsstab und fungierte seither als Redenschreiber Genschers. Von 1982 bis 1987 – länger als alle seine Vorgänger – leitete er den Planungsstab, um anschließend als Botschafter nach Neu-Delhi zu wechseln. Die ungewöhnliche Tatsache, dass er zwischen 1990 bis zum Rücktritt Genschers 1992 erneut mit dem Chefposten des Planungsstabes betraut wurde, spricht ebenfalls für ein persönliches Vertrauensverhältnis. Eine weitere personelle Konstante innerhalb des Planungsstabes bildete der deutschland- und entspannungspolitische Vordenker der FDP, Wolfgang Schollwer. Er war noch von Walter Scheel zum Referenten berufen worden und übte dieses Amt bis zu seiner Pensionierung 1987 aus.

Der von der FDP zu besetzende Staatsministerposten diente Genscher als personelles Bindeglied zu den außenpolitischen Gremien in Partei und Fraktion (vgl. auch Kapitel I.2.). Karl Moersch, der schon unter Walter Scheel gedient hatte, wurde nach persönlichen Unstimmigkeiten mit Genscher⁸¹ 1976 von Hildegard Hamm-Brücher abgelöst, die ab 1978 zusätzlich den Posten der stellvertretenden

⁷⁹ Vgl. Eintrag „Kinkel, Klaus“ in Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www.munzinger.de/document/00000015084> (abgerufen vom Institut für Zeitgeschichte am 13. 11. 2014).

⁸⁰ Vgl. von Kyaw, Auf der Suche nach Deutschland, S. 155.

⁸¹ Vgl. Eintrag „Moersch, Karl“ in Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www.munzinger.de/document/00000012467> (abgerufen vom Institut für Zeitgeschichte am 13. 11. 2014).

Vorsitzenden des außenpolitischen Bundesfachausschusses der FDP (BFA 1) übernahm. Nach der „Wende“ und dem Bruch mit Genscher legte sie 1982 beide Ämter nieder. Ihr Nachfolger wurde Jürgen Möllemann, der seit 1976 als Vorsitzender des sicherheitspolitischen Bundesfachausschusses (BFA 2) und sicherheitspolitischer Sprecher der Fraktion fungierte. Helmut Schäfer, seit 1978 Stellvertretender Vorsitzender des BFA 1, wurde 1979 Obmann im Auswärtigen Ausschuss und außenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion und übernahm 1981 den Vorsitz des Arbeitskreises 1. Vier Jahre später erhielt er zusätzlich den Vorsitz des BFA 1 und löste 1987 Jürgen Möllemann als Staatsminister im Auswärtigen Amt ab. In dieser Funktion wurde er „zum eigentlichen Vertreter Genschers“.⁸²

Die etablierte Tradition, dass der zweite Staatsminister vom Koalitionspartner gestellt wurde, behielt auch Genscher bei, obwohl er „für die sogenannten Überkreuzbeziehungen in den Ministerien keine große Sympathie“⁸³ aufbrachte. Die SPD ersetzte Hans Apel 1974 durch Hans-Jürgen Wischniewski, der wiederum 1977 von Klaus von Dohnanyi abgelöst wurde.⁸⁴ Unabhängig davon, wer den Posten des Staatsministers bekleidete, ließ Genscher keinen Zweifel daran, dass es sich dabei um ein nachgeordnetes, strikt hierarchisches Arbeitsverhältnis handelte: „Der Staatsminister hat keinen Handlungsspielraum. Ich habe immer gesagt, das Auswärtige Amt wird von mir geführt, nicht von einem Kollektiv. Das wäre gar nicht machbar. Ich habe immer deutlich gemacht, dass ich die Politik bestimme und der Staatsminister mein Stellvertreter ist.“⁸⁵ Auch im Leitungsstab nahm Genscher 1976 weitere Umbesetzungen vor. Der bisherige Leiter des Parlaments- und Kabinettsreferats, Georg Negwer, war zu seinem Leidwesen als Chef der Unterabteilung 11 künftig für Verwaltungsaufgaben zuständig.⁸⁶ Zum neuen Vorsitzenden der Unterabteilung Personal (UA 10) wurde Hans-Joachim Hallier⁸⁷ und zum Leiter des Parlaments- und Kabinettsreferats Günter Knackstedt⁸⁸ ernannt. Damit saßen an den Schlüsselpositionen für Personalangelegenheiten im Amt und für den Kontakt zum Deutschen Bundestag zwei Liberale.

⁸² Vgl. Eintrag „Schäfer, Helmut“ in Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www.munzinger.de/document/00000018197> (abgerufen vom Institut für Zeitgeschichte am 13. 11. 2014).

⁸³ Genscher, *Erinnerungen*, S. 468.

⁸⁴ Über beide äußert sich Genscher in seinen *Erinnerungen* positiv. Vgl. ebd., S. 329 und S. 459.

⁸⁵ Interview der Autorin mit Hans-Dietrich Genscher am 26. 06. 2013 in München.

⁸⁶ Negwer beschreibt diese Personalentscheidung Genschers in seiner Autobiographie: „Zu Jahresbeginn 1976 trat für mich eine überraschende Wende ein, die beiden Unterabteilungsleiterposten in der Personalabteilung waren neu zu besetzen. Die Unterabteilung Personal ging an einen Liberalen, die Unterabteilung Verwaltung an mich. Genscher war offensichtlich zu einem Deal bereit gewesen. Nicht unwillkommenes Nebenergebnis: die Leitung des Parlaments- und Kabinettsreferats konnte endlich einem F.D.P.-Mitglied anvertraut werden.“ Negwer, *Ost-westliche Wanderjahre*, S. 151.

⁸⁷ Hallier war Mitglied der FDP und stieg 1983 zum Personalchef auf. Vgl. dazu Hallier, *Zwischen Fernost und Vatikan*, S. 304–331, sowie den Personalvermerk „Hans-Joachim Hallier“, in: *Der Spiegel* Nr. 51 vom 20. 12. 1982, S. 184.

⁸⁸ Er war ehemaliges LDPD-Mitglied und wie Genscher aus der DDR geflohen. Laut Georg Negwer war Knackstedt ebenfalls FDP-Mitglied, vgl. Negwer, *Ost-westliche Wanderjahre*, S. 151.

Wie bedeutsam dieser Personalwechsel war, zeigte sich auch an der Position des Parlaments- und Kabinettsreferats innerhalb des ministeriellen Gesamtgefüges. Gemeinsam mit den beiden Staatsministern bildete es das entscheidende Scharnier zwischen Außenminister und Parlament.⁸⁹ Dieser Abteilung oblag die Vorbereitung von Kabinettsitzungen, Bundestagsreden und Fragestunden, sie vertrat den Minister im Parlament und war Ansprechpartner für alle Fraktionen.⁹⁰ Jede von ihnen hatte einen Mitarbeiter im Parlamentsreferat als unmittelbare Kontaktperson. Der Referatsleiter selbst betreute in der Regel die Fraktion des Ministers, sein Stellvertreter war für die Koalitionsfraktion zuständig. Der sogenannte Liaisonbeamte stand meist der Oppositionspartei nahe und nahm am außenpolitischen Arbeitskreis der entsprechenden Fraktion teil. Der Leiter dieses Referats saß also an einer wichtigen Schnittstelle und hatte eine sensible Aufgabe zu erfüllen. Er übernahm einerseits eine Filterfunktion, indem er entschied, welche Informationen so relevant waren, dass sie dem Minister weitergeleitet werden mussten. Andererseits diente er durch seinen Kontakt zu den Fraktionen als Frühwarnsystem für gegebenenfalls zu erwartende Kritik der Opposition. Neben seiner uneingeschränkten Loyalitätspflicht gegenüber dem Minister hatte er die Aufgabe, Informationsquelle und Vertrauensperson gegenüber den Fraktionen zu sein. Gerade für die Bewältigung dieses delikaten Balanceaktes war eine geeignete Besetzung des Referats unabdingbar.

„Diese Position galt bei Bewährung als ein Sprungbrett für höhere Aufgaben. Ich leitete abermals ein unmittelbar dem Minister unterstelltes ‚Kästchenreferat‘, eine wichtige Schaltstelle für die Umsetzung der Außenpolitik in Bundestag und Bundesrat. Im wesentlichen waren wir koordinierend tätig, vorzugsweise als Pannenverhinderer. Das schloss stundenlange Präsenz im Bundestag sowie, seltener, im Bundesrat ein. Es war unterhaltsam, das oft hektische Getriebe als am Rande Beteiligter mitzuerleben. Aufschlussreiche Einblicke in die Mechanismen der Gesetzgebung und des Regierens waren damit verbunden.“⁹¹

Der Leiter dieses Referats besaß damit zweifellos „Maklermacht“,⁹² was die parlamentarische Durchsetzung außenpolitischer Entscheidungen betraf.

Die persönliche Enttäuschung Georg Negwers über das Vorgehen Genschers hielt auch in den Folgejahren an. 1977 wurde er – statt wie erwartet zum Nachfolger des in den Ruhestand gehenden Personalchefs befördert zu werden – ins Presse- und Informationsamt der Bundesregierung versetzt und somit vorübergehend aus dem Amt „entfernt“, in das er eineinhalb Jahre später zurückkehren sollte. Negwer beschrieb diese personalpolitische Hängepartie rückblickend:

„Eine Personalentscheidung von solcher Tragweite war natürlich mit dem Koalitionspartner abzustimmen, doch wochenlang bewegte sich überhaupt nichts. Genscher legte sich

⁸⁹ Vgl. Thomas Bagger, Minister, Staatsminister und Staatssekretäre, in: Brandt/Buck, Auswärtiges Amt, S. 107–116.

⁹⁰ Vgl. zum Folgenden Matthias Höpfner, Geteilte Gewalten: Bundesregierung und Parlament, in: Brandt/Buck, Auswärtiges Amt, S. 128–135.

⁹¹ So die Beschreibung Negwers, vgl. Negwer, Ost-westliche Wanderjahre, S. 145.

⁹² Zum Begriff der Maklermacht vgl. Karl-Rudolf Korte, Maklermacht. Der personelle Faktor im Entscheidungsprozess von Spitzenakteuren, in: Ders./Gerhard Hirscher, Information und Entscheidung. Kommunikationsmanagement der politischen Führung, Wiesbaden 2003, S. 15–28.

nicht fest, er taktierte. Allmählich begriff ich, dass dies für das Koalitionsklima symptomatisch war. Die Reizbarkeit erhöhte sich deutlich. Eine in den ‚Spiegel‘ lancierte kritische Glosse machte das Maß voll. Genscher war wütend. Und er hatte einen willkommenen Vorwand gefunden. Vielleicht hatte der Minister gar nichts gegen mich als Person, er kannte mich ja recht gut. Einem klärenden Gespräch mit mir, wie es unter zivilisierten Menschen selbstverständlich sein sollte, ging er jedoch aus dem Wege. Nur über Kinkel, der sich kooperativ verhielt, bekam ich ab und zu einen Stimmungsbericht.“⁹³

Erst 1979 kehrte Negwer in den Auswärtigen Dienst zurück und wurde Botschafter der Bundesrepublik in Warschau. „Damit endete auch die zweijährige Funkstille zwischen dem Bundesaußenminister und mir. Mit seinem Botschafter in Warschau musste er ja wieder reden, und er tat dies, als sei nie etwas vorgefallen, in der bieder-jivialen Tonart, über die er jederzeit verfügte, wenn er es für angebracht hielt.“⁹⁴

Ähnlich wie Negwer hatte auch Frank Lambach seine Erfahrung mit parteitaktischen Spielchen im Amt gemacht – allerdings in der Regierungszeit Helmut Kohls, als es um die Neubesetzung des Referats 210 ging, das sich mit „Außenpolitischen Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“, beschäftigte. Das Kräfteressen der Koalitionspartner in dieser Personaldebatte zeigte beispielhaft die Rivalität zwischen Kanzler und Außenminister in der Deutschlandpolitik. Neben Lambach wurde auch ein weiterer Mitarbeiter als möglicher Nachfolger gehandelt. Lambach, der letztlich das Rennen machte, schilderte dies im Rückblick folgendermaßen:

„Sodann erfuhr ich, dass Genscher nach zwei Kandidaten hatte suchen lassen, die keine Parteibücher hatten. Auf diese Weise wollte er wohl dem Bundeskanzler gegenüber unangreifbar bleiben, der [Referat] 210 nach Kastrup [SPD] mit einem Parteifreund besetzt haben wollte. Dafür sprach aus seiner Sicht durchaus einiges, weil es bei 210 auch um eine ständige regierungsinterne Abstimmung der Deutschlandpolitik zwischen Bundeskanzleramt, AA und dem Innerdeutschen Ministerium gehen musste und die FDP der kleinere Partner in dieser CDU/CSU-FDP-Koalition war. Ich erzähle dies so ausführlich, weil es eine Art Lehrstück ist [...]. Ich war natürlich dankbar für diesen extrem wichtigen Posten, durfte aber zugleich davon ausgehen, dass ich mich, anders als der der SPD angehörende Kastrup, auf dünnem Eis zu bewegen hatte und keinerlei Rückhalt in der Politik besaß. Die CDU warb zwar wiederholt um mich. Konservative Kräfte um Langendörfer versuchten, mich in ihr Lager zu ziehen und äußerten sich kritisch gegenüber meinem Minister.“⁹⁵

In der Öffentlichkeit versuchte Genscher, sich als ein Minister zu inszenieren, der seine Mitarbeiter ausschließlich nach ihrer Fachkompetenz und ohne Ansehen ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit auswählte. Um dies zu unterstreichen, besetzte er manchen Posten bewusst mit einem Mitglied der Opposition. 1975 ernannte Genscher Peter Hermes (CDU) zum Nachfolger des tödlich verunglückten Hans-Günther Sachs auf dem Posten des zweiten Staatssekretärs, der für die Abteilungen 4 und 6 zuständig war. Hermes war sich seiner Funktion in Genschers macht- und medienpolitischen Kalkül durchaus bewusst:

⁹³ Negwer, Ost-westliche Wanderjahre, S. 153.

⁹⁴ Ebd., S. 157.

⁹⁵ Lambach, Streifzug durch ein Leben im diplomatischen Dienst, S. 92 f.

„Meine Ernennung, von dem Bundesminister des Auswärtigen vorgeschlagen, von Bundeskanzler Schmidt und dem Kabinett gebilligt, war eine Nachricht, die für die Aufnahme in den Medien von Genscher umsichtig und vorausschauend vorbereitet worden war. Das Besondere an ihr war meine Mitgliedschaft in der CDU seit 1950 [...]. So trugen einige Zeitungsnachrichten über meine Ernennung die Überschriften ‚Genschers neuer Staatssekretär kommt aus der CDU‘, ‚ein Christdemokrat macht in Bonn Karriere‘, ‚Ersatz aus der CDU‘, ‚Karriere mit falschem Parteibuch‘. In keiner Nachricht fehlte die Erwähnung meiner CDU-Mitgliedschaft. [...] Der Außenminister wurde mit den Worten zitiert: ‚Hermes ist für dieses Amt geradezu prädestiniert‘.“⁹⁶

Seine weitere politische Laufbahn führte Hermes auf den angesehenen Botschafterposten in Washington, den er von 1979 bis 1984, also während der polnischen Krise und über den Regierungswechsel 1982 hinaus, innehatte. Ein weiteres prominentes Beispiel für die Karriere eines CDU-Mitglieds unter der Regierung Schmidt/Genscher ist Jürgen Ruhfus. Seit 1958 im Auswärtigen Dienst tätig, wurde er 1976 von Helmut Schmidt ins Bundeskanzleramt berufen und mit der Leitung der für Außen- und Deutschlandpolitik zuständigen Abteilung 2 betraut. Ruhfus selbst betonte rückblickend, wie erfreulich die Zusammenarbeit mit Klaus Kinkel als Leiter des Ministerbüros war. Beide trafen sich regelmäßig, um sich auszutauschen und so einen möglichst reibungslosen Arbeitsablauf zwischen Auswärtigem Amt und Kanzleramt zu gewährleisten.⁹⁷ 1980 ernannte Genscher Ruhfus zum deutschen Botschafter in London, wo er 1983 durch Rüdiger von Wechmar (FDP) abgelöst wurde. Er selbst übernahm bis 1987 den Posten des zweiten Staatssekretärs im Auswärtigen Amt. Als drittes Beispiel sei Hans-Georg Wieck (CDU) angeführt. Ebenfalls seit Mitte der fünfziger Jahre im Außenministerium tätig, wurde er von Genscher im März 1977 als deutscher Botschafter nach Moskau berufen, um 1980 zum Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der NATO in Brüssel ernannt zu werden.

Mit seiner Personalpolitik unterstrich Genscher seinen Anspruch, parteiübergreifende Außenpolitik zu betreiben. Gleichzeitig barg diese Strategie einen nicht zu unterschätzenden Vorteil für die parlamentarische Durchsetzung seiner Politik. Bei Widerständen aus der Unionsfraktion berief sich Genscher darauf, dass diese oder jene politische Linie des Auswärtigen Amts doch gemeinsam mit einem Angehörigen von CDU oder CSU konzipiert worden sei. Wenn die Opposition sich dagegen aussprach, stellte sie sich also öffentlich gegen die Position ihres eigenen Parteigenossen.⁹⁸ Während Genscher die Opposition personalpolitisch einband und ihren Handlungsspielraum dadurch begrenzte, wählte er gegenüber seinem Koalitionspartner eine Taktik der Entmachtung. Mit Ausnahme von Walter Gehlhoff (SPD), der von 1974 bis 1977 als Staatssekretär fungierte und dem Staatsminister, der traditionell vom Koalitionspartner gestellt wurde, erlangte in der Ära Schmidt kein Angehöriger der SPD eine Spitzenposition im Auswärtigen Amt, so dass der Einfluss der Sozialdemokraten langsam, aber stetig zurückging.

⁹⁶ Hermes, *Meine Zeitgeschichte*, S. 235.

⁹⁷ Ruhfus, *Aufwärts*, S. 186.

⁹⁸ Vgl. Georg S. Schneider, Alois Mertes (1921–1985). Das außenpolitische Denken und Handeln eines christlichen Demokraten, Bonn 2012, S. 265.

Die internen Reaktionen des Koalitionspartners zeigten sehr deutlich den steigenden Unwillen gegenüber Genschers Personalpolitik. Am 17. Februar 1977 wandte sich die „Betriebsgruppe der SPD im Auswärtigen Amt“ an ihren Parteivorsitzenden Willy Brandt. Man sei über die Besetzung von Schlüsselpositionen im Auswärtigen Amt nicht nur wegen negativen Kommentierungen in der Öffentlichkeit beunruhigt, sondern vor allem

„weil in der Tat legitime sozialdemokratische Interessen im Auswärtigen Amt nachhaltig beeinträchtigt werden könnten. Sollten die anstehenden personalpolitischen Entscheidungen in einer Weise getroffen werden, dass der Einfluss unserer Partei im Auswärtigen Amt im Vergleich zur CDU, CSU und FDP weiter vermindert wird, muss damit gerechnet werden, dass positive Entwicklungen der letzten Jahre bezüglich Struktur und Aktivität des Auswärtigen Dienstes in Frage gestellt werden.“⁹⁹

Sechs Jahre später, die Regierung Kohl war seit wenigen Monaten im Amt, kamen spiegelbildlich entsprechende Beschwerden von Seiten der Union. Am 30. März 1983, wenige Wochen nach der für die Regierung Kohl/Genscher erfolgreichen Bundestagswahl, richtete Werner Marx (CDU), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, einen geradezu verzweifelten Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß:

„Ich habe heute Gelegenheit gehabt, diejenigen im Auswärtigen Amt erstellten Papiere zu lesen, die man offensichtlich den von Ihnen vorgelegten Punkten zur Außenpolitik entgegensetzen will. Ich konnte weiterhin den Entwurf (ausgewogen, ausgewogen!) zum ostpolitischen Teil der Regierungserklärung lesen und an zahlreichen Beispielen feststellen, dass Tenor und Inhalt vieler politischer Entscheidungen der vergangenen Jahre, vor allem jener die unseren öffentlichen und scharfen Widerspruch herausgefordert haben, so fortgeführt werden, als habe es kein Wahl, keine Wahlentscheidung und nicht eine neue Regierung gegeben. Was nutzen gemeinsame Erklärungen, wenn sie in Wirklichkeit mit altbackenem FDP-Inhalt gefüllt werden, was nutzen löbliche Vorhaben, wenn auch neuerdings (!) – an den Schaltstellen hohe ‚sozialliberal‘ geprüfte Beamte sitzen? Was nützt die Tafel, wenn der Griffel fehlt?“¹⁰⁰

Sowohl Sozialdemokraten als auch Christdemokraten kritisierten die autoritäre Amtsführung Genschers, die wenig Rücksicht nahm auf die Bedürfnisse des Koalitionspartners. Doch Schmidt wie Kohl waren die Hände gebunden, blieben sie doch beide für ihre Regierungsfähigkeit auf die FDP angewiesen. Genscher nutzte seine Schlüsselstellung als Mehrheitsbeschaffer und baute das Auswärtige Amt personell, organisatorisch und politisch-konzeptionell zu seiner persönlichen Schaltzentrale aus.

2. Die FDP als funktionelle Machtbasis

Jeder Außenminister benötigt die Unterstützung seiner Partei, seiner Fraktion und seines Koalitionspartners zur parlamentarischen Durchsetzung seiner Politik. Bis-

⁹⁹ Schreiben des Vorstandes der Betriebsgruppe der SPD im Auswärtigen Amt an Willy Brandt vom 17. 02. 1977, in: AdsD, WBA/A.11.1/Mappe 53.

¹⁰⁰ Schreiben des MdB Werner Marx an den Bayerischen Ministerpräsidenten, Franz Josef Strauß, vom 30. 03. 1983, Betr.: Personalpolitik AA, in: ACDP, Nachlass Werner Marx, 01-356-A252.

lang liegt weder eine quellengestützte historiographische Studie zur Organisation, Mitglieder- und Sozialstruktur der FDP¹⁰¹ noch eine Arbeit zur Rolle Genschers als Parteivorsitzender vor.¹⁰² Seine Erfolge als langjähriger Außenminister und „Architekt der Einheit“ verkärten im Nachhinein häufig auch seine Rolle als Parteivorsitzender, dessen Bilanz als durchwachsen gelten kann. Unter ihm feierte die FDP ihre größten Triumphe und durchlitt ihre bis dahin schwersten Niederlagen. Es ist zu Recht behauptet worden, dass Genscher kein liberaler Visionär war, der die Partei mit wegweisenden Grundsatzprogrammen fit für die Zukunft gemacht hätte.¹⁰³ Und doch gelang ihm, was keiner seiner Vorgänger und Nachfolger erreicht hatte: Er stand elf Jahre lang an der Spitze der FDP.

1952 war Genscher aus der DDR geflohen und trat wenig später in die FDP ein. Dort begann er seine Karriere als wissenschaftlicher Assistent von Thomas Dehler.¹⁰⁴ Seine Arbeit bestand vor allem darin, Gesetzentwürfe vorzubereiten, kleine und große Anfragen der Fraktion an die Regierung zu formulieren und Initiativen für das Parlament zu entwickeln. Er erarbeitete sich ein umfangreiches Querschnittswissen in allen Bereichen der Gesetzgebung, wobei ihm zweifellos seine Kenntnisse als promovierter Jurist zugute kamen.¹⁰⁵ Unter Erich Mende seit 1959 als angestellter Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion tätig, leitete er ab 1962 zusätzlich die Bundesgeschäftsstelle der Partei und übernahm 1965 das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers. Dort lernte er, den Parlaments- und Fraktionsalltag zu organisieren,¹⁰⁶ und baute wichtige Kontakte zu Mitgliedern der eigenen Partei und zu Angehörigen des Regierungslagers auf.

¹⁰¹ Zur lückenhaften Quellenlage, den Desiderata der Forschung und einer ersten Erfassung der FDP-Parteistruktur und Mitgliederverwaltung vgl. Gniss, *Freie Demokratische Partei*, S. 37–59.

¹⁰² Zur Geschichte der FDP kann bisher lediglich auf politologische Überblicksdarstellungen zurückgegriffen werden. Vgl. dazu Jürgen Dittberner, *Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung*, Wiesbaden 2005; ders., *Die Freie Demokratische Partei*, in: Richard Stöss (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Bd. 3, Opladen 1983, S. 1311–1381, und ders., *FDP – Partei des organisierten Liberalismus?*, in: Richard Faber (Hrsg.), *Liberalismus in Geschichte und Gegenwart*, Würzburg 2000, S. 223–231. Vgl. außerdem Lösche/Walter, *Die FDP*, und Udo Leuschner, *Die Geschichte der FDP. Metamorphosen einer Partei zwischen rechts, sozialliberal und neokonservativ*, Münster 2010.

¹⁰³ Vgl. Franz Walter, *Die Integration der Individualisten. Parteivorsitzende in der FDP*, in: Daniela Forkmann/Michael Schlieben (Hrsg.), *Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2005*, Wiesbaden 2005, S. 119–168, hier: S. 144–151, und Lösche/Walter, *Die FDP*, S. 96.

¹⁰⁴ Vgl. zum Folgenden auch Filmer/Schwan, *Die Karriere*, in: Diess., Hans-Dietrich Genscher, S. 123–132.

¹⁰⁵ Genscher, *Erinnerungen*, S. 71. Allgemein zur Funktion wissenschaftlicher Mitarbeiter von Abgeordneten vgl. Andrea Beck, *Die zweite Reihe im Zentrum der Macht: Politikberatung durch Fraktionsreferentinnen und wissenschaftliche Mitarbeiter in Abgeordnetenbüros*, in: Falk, *Handbuch Politikberatung*, S. 228–240.

¹⁰⁶ Zum Aufgabenfeld eines Parlamentarischen Geschäftsführers vgl. Sönke Petersen, *Manager des Parlaments. Parlamentarische Geschäftsführer im Deutschen Bundestag – Status, Funktion, Arbeitsweise*, Opladen 1999. Nach wie vor fehlen systematische Arbeiten zur Struktur und Funktion der Fraktionen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, so dass Fraktionen zu Recht als „Stiefkinder“ der Parlamentsforschung

„Der Parlamentarische Geschäftsführer hat – vorausgesetzt er will es – eine Schlüsselstellung in der Fraktion, und diesen Willen besaß ich durchaus. [...] Die Zusammenarbeit der Parlamentarischen Geschäftsführer ist von großer Bedeutung für die Parlamentsarbeit. Das verlangt, bei allen politischen Gegensätzen, auch zwischen Regierungsparteien und Opposition persönliches Vertrauen und ein hohes Maß an demokratischer und parlamentarischer Verantwortung. Beides fand ich vor – bei Rasner von der CDU ebenso wie bei Mommer und Wienand von der SPD.“¹⁰⁷

Genscher erkannte die Bedeutung des *networking*, das nicht über offiziellen Schriftverkehr, sondern – zum Leidwesen jeden Historikers – über informelle Kanäle lief, und entwickelte sich zu einem „Meister des Telefonats“. ¹⁰⁸ Bereits im Vorfeld etwaiger Gesetzentwürfe begann er, hinter den Kulissen abzutasten, aus welcher Ecke Gegenwind zu erwarten war und wie mögliche Widerstände durch Kompromissfindung umgangen werden konnten. ¹⁰⁹ Als er 1969 ins Bundesinnenministerium wechselte, hatte er sich als Informations- und Kommunikationsmanager der Fraktion bewährt und wusste, welche parlamentarischen Stellschrauben er zu drehen hatte, um parteiübergreifende Mehrheiten im Bundestag zu produzieren. ¹¹⁰

Stärker als andere seiner Parteigenossen stach Genscher durch nüchterne Leistungsorientierung, verbissenen Ehrgeiz, seinen permanenten Drang zur Aktivität und regelrechte Arbeitswut aus der Masse hervor. Manche sahen dies als Folge seines Lebenslaufs an – auch er selbst gab diesem Narrativ in seiner Autobiographie Nahrung. Im Dezember 1946 war Genscher an Lungentuberkulose erkrankt, die ihn die nächsten Jahrzehnte begleitete und wiederholt zu Krankenhaus- und Kuraufenthalten zwang. Als Schlüsselerlebnis und Motivation für seine spätere Kar-

bezeichnet worden sind. Einen ersten systematischen Versuch hierzu unternahm Suzanne S. Schüttemeyer, *Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–1997. Empirische Befunde und theoretische Folgerungen*, Opladen/Wiesbaden 1998.

¹⁰⁷ Genscher, *Erinnerungen*, S. 86. Will Rasner war von 1955 bis 1971 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, vgl. Eintrag „Rasner, Will“ in Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www.munzinger.de/document/00000006189> (abgerufen vom Institut für Zeitgeschichte am 13. 11. 2014). Karl Mommer war 1957 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, vgl. Eintrag „Mommer, Karl“ in Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www.munzinger.de/document/00000006255> (abgerufen vom Institut für Zeitgeschichte am 13. 11. 2014). Karl Wienand übernahm diesen Posten von 1967–1974, vgl. Eintrag „Wienand, Karl“ in Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www.munzinger.de/document/00000006192> (abgerufen vom Institut für Zeitgeschichte am 13. 11. 2014).

¹⁰⁸ Walter, *Die Integration der Individualisten*, S. 146. Zur grundlegenden Bedeutung informeller Kommunikation für die parlamentarische Mitsteuerung der Regierungshandeln durch die Abgeordneten des Bundestages vgl. Manfred Schwarzmeier, *Parlamentarische Mitsteuerung. Strukturen und Prozesse informellen Einflusses im Deutschen Bundestag*, Wiesbaden 2001.

¹⁰⁹ Vgl. u. a. Carl-Christian Kaiser, *Weder Höhenflüge noch Tiefschläge. Innenminister Genscher – ruhender Pohl im ruhelosen Kabinett*, in: *Die Zeit* vom 16. 06. 1972, URL: <http://www.zeit.de/1972/24/weder-hoehenfluege-noch-tiefschlaege> (Stand: 08. 06. 2013), und Eduard Neumaier, *Ein Hochseilartist – nie ohne Netz. Hans-Dietrich Genscher, der sechste Außenminister der Bundesrepublik*, in: *Die Zeit* vom 17. 05. 1974, URL: <http://www.zeit.de/1974/21/ein-hochseilartist-nie-ohne-netz> (Stand: 13. 11. 2014).

¹¹⁰ Allgemein zum Informationsfluss innerhalb einer Fraktion vgl. Michael Eilfort, *Fraktionen und Ausschüsse*, in: Falk, *Handbuch Politikberatung*, S. 189–197.

riere schilderte er ein Gespräch mit Walter Hülse, Überlebender des 20. Juli 1944 und Chefarzt der Inneren Abteilung des Elisabeth-Krankenhauses in Halle:

„Eines Tages setzte sich dieser eindrucksvolle Mann an mein Krankenbett. Er duzte mich, wie er das bei allen Studenten tat. „Du stehst jetzt vor einer Grundentscheidung. Entweder du ergibst dich dieser Krankheit oder du gehst gegen sie an! Du hast eine Krankheit, die dich dein ganzes Leben begleiten wird. Gibst du auf, wirst du versagen. [...] Du wirst einen Mißerfolg nach dem anderen mit deiner Krankheit entschuldigen. Aber es geht auch anders! Wenn du den Willen hast, überall der Erste und Beste zu sein, dann kannst du es packen!“¹¹¹

Was auch immer seine Motive gewesen sein mögen, es steht fest, dass Genscher sich mit seiner Arbeitsweise die Anerkennung der Kollegen erwarb und mit seinem Leistungsethos zum idealen Repräsentanten einer liberalen Partei avancierte.

Als 1968 schließlich ein Generationenwechsel in der FDP stattfand, war er mit von der Partie. Mischnick wurde Fraktionsvorsitzender, Walter Scheel Parteivorsitzender und Genscher sein Stellvertreter.¹¹² Ein Jahr später wurde er als Innenminister ins erste Kabinett Brandt berufen. Als es 1974 zur überraschenden Regierungsumbildung kam und Walter Scheel als Außenminister und FDP-Vorsitzender zurücktrat, um das Amt des Bundespräsidenten zu übernehmen, stand die Partei vor einem Personalproblem. Das Führungstrio Scheel, Mischnick, Genscher war zu einem Duo geschrumpft. Mischnick, der 1968 den Fraktionsvorsitz übernommen hatte, zeigte keinerlei Ambitionen für den Bundesvorsitz oder ein Ministeramt. So kam man um Genscher schlicht nicht herum, „weit und breit war kein anderer Kandidat in Sicht“.¹¹³ Außerdem besaß er eine Eigenschaft, die ihn für diesen Posten geeignet erscheinen ließ: seine virtuose Fähigkeit zum Kompromiss. Nur wem es gelang, vom wirtschaftsliberalen und sozial-liberalen Parteiflügel gleichermaßen akzeptiert zu werden, konnte langfristig an der Parteispitze Erfolg haben und die FDP bei Wahlen über die kritische Fünf-Prozent-Hürde hieven. Genschers Führungsstil war kongenial angesichts des klassischen Dualismus des deutschen Liberalismus, der Existenz zweier starker Strömungen, die einen Makler und Mittler an ihrer Spitze benötigten.

Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Genscher intern umstritten war. Nachdem die sozial-liberale Koalition in der Bundestagswahl 1976 bestätigt worden war, folgten zwei Jahre später Landtagswahlen in Niedersachsen und Hamburg.¹¹⁴ In deren Vorfeld hatte Genscher, der Koalitionen nie als eine Schicksalsgemeinschaft, sondern stets als Zweckbündnisse auf Zeit verstanden hatte, die Parole von der „Eigenständigkeit der Liberalen“ ausgegeben. Die FDP sollte koalitionspolitisch flexibel bleiben und von Fall zu Fall entscheiden, mit welcher der beiden großen Volksparteien sie zusammengehen würde. Dementsprechend trat sie in Hannover für ein Bündnis mit der CDU und in Hamburg für eine Allianz mit der SPD an. Das Ergebnis war verheerend. Die FDP wurde von den Wählern abgestraft und kam in keinen der beiden Landtage. In den Medien dominierten stattdessen Berichte über den Machthunger der FDP, der zu einer Beliebtheit der

¹¹¹ Genscher, *Erinnerungen*, S. 60.

¹¹² Vgl. dazu auch ebd., S. 90.

¹¹³ Eduard Ackermann, *Politiker. Vom richtigen und falschen Handeln*, Köln 1996, S. 151.

¹¹⁴ Vgl. zum Folgenden Walter, *Die Integration der Individualisten*, S. 149f.

politischen Aussage führe. Dementsprechend groß war die Verärgerung der FDP-Basis, die auf dem Mainzer Parteitag 1978 ein „hochemotionales Scherbengericht über Genscher und die gesamte Parteiführung“¹¹⁵ errichtete. Auch wenn die Kritik schon bald verebbte, zog die Parteispitze doch Konsequenzen. Bei der Bundestagswahl 1980 legte sich die FDP von Anfang an und mit Erfolg auf die SPD als ihren künftigen Koalitionspartner fest.

Neben diesen taktischen Spielchen zeigten auch kontroverse inhaltliche Debatten, dass Genschers Position nicht unumstritten war. So erschütterte der sicherheitspolitische Diskurs um die westliche Nachrüstung nicht nur das transatlantische Verhältnis und die SPD, sondern spaltete auch die Liberalen.¹¹⁶ Im Oktober 1977 plädierte der außenpolitische Bundesfachausschuss der FDP (BFA 1) unter Leitung William Borms dafür, die Entscheidung über eine Einführung der Neutronenwaffe aufzuschieben.¹¹⁷ Einen Monat später sprachen sich die „Deutschen Jungdemokraten“, die Nachwuchsorganisation der FDP, auf dem Kieler Parteitag gegen die Produktion und Stationierung der Neutronenwaffe aus, da dies „einen neuen Anreiz des atomaren Wettrüstens und eine Gefährdung der bisherigen und gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen“¹¹⁸ bedeute. Stattdessen sollte die Bundesregierung dafür eintreten, Europa als eine „von Neutronensprengköpfen freie Zone“ zu erhalten. Dieser Antrag widersprach fundamental der Haltung der FDP-Bundespartei und wurde dementsprechend abgelehnt. Stattdessen wurde ein Beschluss des von Jürgen Möllemann geleiteten sicherheitspolitischen Bundesfachausschusses (BFA 2) angenommen, der die Einführung der Neutronenwaffe befürwortete.¹¹⁹

Dennoch ging die Diskussion um die sicherheitspolitische Linie Genschers in den folgenden Monaten weiter¹²⁰ und verwies auch auf Rivalitäten und Kompetenzstreitigkeiten zwischen BFA 1 und BFA 2 der Partei.¹²¹ William Borm, der erst nach seinem Tod als langjähriger Inoffizieller Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit enttarnt wurde,¹²² setzte sich weiterhin beharrlich gegen die Einführung der

¹¹⁵ Ebd.; vgl. dazu auch Hans-Ulrich Kempfski, Ein Mann verändert die Liberalen, in: Süddeutsche Zeitung vom 14. 11. 1978; Thomas Meyer, Der Mainzer Kongress endet, wie er begonnen hat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 11. 1978, und Rolf Zundel, Lust an Rebellion und Widerspruch, in: Die Zeit vom 17. 11. 1978.

¹¹⁶ Vgl. dazu auch Andreas Kramer, Die FDP und die äußere Sicherheit. Zum Wandel der sicherheitspolitischen Konzeption der Partei von 1966 bis 1982, Bonn, Univ. Diss., 1992.

¹¹⁷ Vgl. Ergebnisprotokoll der dritten Tagung des BFA 1 am 07./08. 10. 1977 in Bonn-Bad Godesberg, in: AdL, Bestand FDP-Bundespartei, A44-32.

¹¹⁸ 28. Ordentlicher Bundesparteitag der F.D.P. in Kiel vom 6.–8. 11. 1977, Antrag Nr. 40, Betr.: Neutronenwaffen, Antragsteller: Bundesvorstand der DJD, in: AdL, Bestand FDP-Bundespartei, BV-4070. Nachfolgendes Zitat ebd.

¹¹⁹ Vgl. Schreiben des Vorsitzenden des BFA 2, Jürgen Möllemann, an Bundesaußenminister Genscher vom 21. 10. 1977, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178771.

¹²⁰ Vgl. auch Kurz- und Beschlussprotokoll der Sitzung der FDP-Fraktion am 21. 02. 1978, in: PA-AA, B 4, Ref. 011 (Zwischenarchiv), Bd. 115255.

¹²¹ Vgl. auch Kramer, Die FDP und die äußere Sicherheit, S. 111–160.

¹²² Vgl. dazu Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik: Stasi im Westen, Berlin 1999, S. 67–70. Vgl. auch Markus Wolf, Freunde sterben nicht, Berlin 2002, S. 133–149. Bis zu seinem Tod 1987 wurde William Borm von der FDP als großer Liberaler gefeiert. Vgl. dazu u. a. Michael Staack, Wegbereiter der Entspannungspolitik. William Borm zum

Neutronenwaffe und die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses ein und ermutigte auch die Jungdemokraten dazu, gegen den sicherheitspolitischen Kurs Genschers aufzubegehren. Eine Sondertagung des BFA 1 am 26. April 1981 sorgte für Schlagzeilen. Erneut stellten die Jungdemokraten einen Antrag gegen die westliche Nachrüstung, der abgelehnt wurde. Allerdings verlief die ganze Diskussion derart kontrovers, dass Genscher sich zu der Erklärung genötigt sah, er könne im Falle eines Beschlusses, der der Haltung der Bundesregierung zuwiderlaufe, seine Verantwortung als Außenminister nicht länger tragen. Er drohte offen mit seinem Rücktritt, sollte die Partei sich seiner Linie nicht unterordnen.¹²³ Diese Episode zeigt einerseits, dass Genscher in kritischen Situationen bereit war, sein ganzes politisches Schwergewicht in die Waagschale zu werfen. Andererseits wird daran deutlich, wie zerrissen die Partei in sicherheitspolitischen Fragen war, so dass sich Genscher zu diesem schwerwiegenden Schritt genötigt sah.

Nach dem Regierungswechsel 1982 zog Genscher schließlich Konsequenzen aus den Parteiquerelen. Die Partei trennte sich von den Jungdemokraten, an ihre Stelle traten die Jungen Liberalen (JuLis).¹²⁴ Außerdem wurden BFA 1 und BFA 2 auf Beschluss des Bundesvorstands vom 22. November 1982 unter dem Namen „Bundesfachausschuss für Außen-, Deutschland-, Europa- und Sicherheitspolitik“¹²⁵ zusammengeführt, dessen Vorsitz Martin Bangemann übernahm. Jürgen Möllemann, der Genschers Kurs unterstützt hatte, wurde nach dem Koalitionswechsel mit dem Posten des Staatsministers im Auswärtigen Amt für seine Loyalität belohnt. Noch in seiner Autobiographie bedachte Genscher ihn dafür mit dankbaren Worten: „Niemals werde ich vergessen, dass mir in dieser schweren Zeit neben vielen anderen vor allem Jürgen Möllemann kämpferisch zur Seite stand.“¹²⁶

Seine wichtigste Stütze aber blieb Wolfgang Mischnick, der wie Genscher aus der DDR nach Westdeutschland geflohen war. Pathetisch beschrieb Genscher in seinen Memoiren den ersten persönlichen Kontakt mit Mischnick und das gegenseitige Vertrauensverhältnis, das auch aus biographischer Verbundenheit resultierte:

„Mischnick lernte ich erst in Westdeutschland kennen. Aber uns verband sofort die gemeinsame Erfahrung in der sowjetischen Besatzungszone, später der DDR, und die LDPD-Zugehörigkeit nach dem Krieg. Das bedeutete: Neuanfang aus liberaler Verantwortung,

90. Geburtstag, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 30 (1985), S. 772–776, und Helmut Ridder, Dank an William Borm, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 32 (1987), S. 1261f.

¹²³ Vgl. Ergebnisprotokoll der Ersten außerordentlichen Tagung des F.D.P.-Bundesfachausschusses für Außen-, Deutschland- und Europapolitik (BFA 1) am 26.04.1981, in: AdL, Bestand FDP-Bundespartei/Bundesfachausschuss für Außenpolitik, A44-35. Vgl. dazu außerdem Kramer, *Die FDP und die äußere Sicherheit*, S. 207; Link, *Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt 1974–1982*, S. 224, und Geiger, *Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss*, S. 118.

¹²⁴ Vgl. Gniss, *Freie Demokratische Partei*, S. 54–56.

¹²⁵ Vgl. Geschäftsberichte 1983/84 der FDP-Bundespartei, in: AdL, FDP-Bundespartei. Grundlegend zu den Bundesfachausschüssen und Arbeitskreisen der FDP vgl. Denise Dittrich, *Die FDP und die deutsche Außenpolitik. Eine Analyse liberaler Außenpolitik seit der deutschen Wiedervereinigung*, Potsdam 2009, S. 29–61.

¹²⁶ Genscher, *Erinnerungen*, S. 483.

Enttäuschung über die Entwicklung, Neuanfang im Westen, ungebrochener Wille zur Einheit. Manchmal schwärmte er, er könne sich nichts schöneres vorstellen, als Oberbürgermeister von Dresden zu werden. Wolfgang Mischnick fühlte ich mich stets besonders nah: Der ähnliche Lebensweg verbindet. Überhaupt war der Einfluss derer, die aus der LDPD in die F.D.P. gekommen waren, stark, vor allem bei der Entwicklung der deutschlandpolitischen Konzeptionen.“¹²⁷

Mischnicks Stärke lag im vertrauensvollen Gespräch mit den Fraktionskollegen und Oppositionspolitikern. Er konnte zuhören und zeigte Verständnis für die Wünsche und Interessen anderer. Diese Empathiefähigkeit verband ihn mit Genscher, auch wenn dieser sich nicht scheute, die Partei im Zweifelsfall mit Rücktrittsdrohungen auf Linie zu bringen. Das gute Zusammenspiel Genschers mit seinem Fraktionschef erwuchs auch daraus, dass Mischnick nicht auf Publizität versessen war und Genscher das Spiel auf medialer Bühne überließ, während er selbst im Hintergrund die Fäden zog.¹²⁸

In den Sitzungen der FDP-Fraktion zeigte sich denn auch eine klare Rollenverteilung. Wenn Genscher von Auslandsreisen zurückkehrte und die Fraktion von den diplomatischen Gesprächen und neuesten Entwicklungen unterrichtete,¹²⁹ gab er in relativ striktem Tonfall die Linie der Partei vor und scheute sich nicht, Kritik aus den eigenen Reihen mit deutlichen Worten zurückzuweisen.¹³⁰ Mischnick ergriff hingegen das Wort, um zu moderieren, sprach die Meinungsunterschiede innerhalb der Fraktion an, stellte sich jedoch nie direkt gegen den Standpunkt des Parteivorsitzenden, um die Autorität Genschers nicht zu untergraben.¹³¹

¹²⁷ Ebd., S. 73f. In der Tat waren in keiner anderen Partei so viele ehemalige DDR-Flüchtlinge zu finden wie in der FDP. Als weitere prominente Mitglieder seien an dieser Stelle genannt: Wolfgang Döring, Karl-Hermann Flach, Burkhard Hirsch, Hans-Günter Hoppe, Kurt Jung, Erich Mende und last but not least Wolfgang Schollwer. Mischnick leitete auch den LDP-Bundesbeirat, der von der FDP eingerichtet worden war. Vgl. Wolfgang Schollwer, Die DDR-Staatssicherheit und das Ostbüro der FDP, in: Deutschland-Archiv 29 (1996), S. 100–106. Mit dem Scheitern der LDP in der DDR beschäftigt sich Karl-Heinz Grundmann, Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand. Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949, Bonn 1978. Vgl. außerdem Ulf Sommer, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter der Führung der SED, Münster 1996, und Wolfgang Buschfort, Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2001.

¹²⁸ Vgl. Karl Moersch, Kurs-Revision. Deutsche Politik nach Adenauer, Frankfurt a.M. 1978, S. 206f.; Horst Dahlmeyer, Typisch Mischnick. Ein schlagkräftiger Liberaler, München 1982, und Eintrag „Mischnick, Wolfgang“, in: Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hrsg.), Kanzler und Minister 1949–1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, Wiesbaden 2001, S. 485–489.

¹²⁹ Vgl. beispielsweise Kurz- und Beschlussprotokoll der Sitzung der FDP-Fraktion am 07.03.1980, Betr.: Bericht des Außenministers über seine Reise nach Moskau mit dem Bundeskanzler in: AdL, Bestand Mischnick, A41-70, und Kurz- und Beschlussprotokoll der Sitzung der FDP-Fraktion am 07.04.1981, Betr.: Bericht des Außenministers über seine Reise in die UdSSR, in: AdL, Bestand Mischnick, A41-68.

¹³⁰ Vgl. beispielsweise Kurz- und Beschlussprotokoll der Sitzung der FDP-Fraktion am 17.03.1981, in: AdL, Bestand Mischnick, A41-68.

¹³¹ Vgl. beispielsweise die Diskussion der Fraktion zur Sicherheitspolitik der Bundesregierung: Kurz- und Beschlussprotokoll der Sitzung der FDP-Fraktion am 25.05.1981, in: AdL, Bestand Mischnick, A41-67, und Genschers Bericht vor der Fraktion über die Ta-

Damit entstand ein Bild der Geschlossenheit zwischen Partei- und Fraktionsspitze, die es Einzelnen beinahe unmöglich machte, abweichende Meinungen durchzusetzen. Potenzielle Abweichler taten sich nicht zuletzt deshalb schwer, weil Genscher stets auf seine Bedeutung als Außenminister, die Haltung der Verbündeten und diplomatische Spielregeln verwies. Was er mühsam mit den westlichen Partnern ausgehandelt habe, sollte nun nicht von der Fraktion in Frage gestellt werden. Eine ernsthafte Abweichung vom Kurs des Außenministers bringe nicht nur den Koalitionsfrieden in Gefahr, sondern unterminiere die Verhandlungsposition der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Verbündeten und dem Ostblock.

Für die parlamentarische Umsetzung seiner Politik kam darüber hinaus dem Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages eine Schlüsselrolle zu, dessen Zusammensetzung sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen richtete und damit die Mehrheitsverhältnisse im Plenum widerspiegelte.¹³² Die Sprecher der Fraktionen im Ausschuss, die sogenannten Obleute, waren üblicherweise auch die Vorsitzenden der außenpolitischen Arbeitsgruppe ihrer Fraktion und galten als deren „Stimmführer“.¹³³ Um vertraulich über sensible Fragen und Entwicklungen parteiübergreifend und sachbezogen diskutieren zu können, tagte der Auswärtige Ausschuss als geschlossener, nicht-öffentlicher Ausschuss. Die Vertreter der Bundesregierung – in der Regel die beamteten Staatssekretäre oder der Minister persönlich – gaben einen Bericht zum jeweiligen Tagesordnungspunkt ab und standen den Mitgliedern anschließend für Fragen zur Verfügung.

Zur Vorbereitung der Ausschusssitzungen besaß jede Fraktion einen außenpolitischen Arbeitskreis (AK), wobei diejenigen der Regierungskoalition sich selbstverständlich untereinander berieten und im Vergleich zur Opposition einen Informationsvorsprung besaßen.¹³⁴ Die Arbeitskreise legten gemeinsam mit dem zuständigen Bundesfachausschuss ihrer Partei die außenpolitischen Leitlinien fest und vertraten diese anschließend im Auswärtigen Ausschuss (vgl. Abb. 3). Ziel war

gung der NATO-Außenminister in Rom: Kurz- und Beschlussprotokoll der Sitzung der FDP-Fraktion am 05.05.1981, in: AdL, Bestand Mischnick, A41-67.

¹³² Vgl. zum Folgenden Joachim Krause, Die Rolle des Bundestages in der Außenpolitik, in: Eberwein u. a., Deutschlands neue Außenpolitik. Vgl. zur Organisation des Auswärtigen Ausschusses Volker Pilz, Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages und die Mitwirkung des Parlaments an der auswärtigen und internationalen Politik, Berlin 2008, S. 71–80; ders./Ekkehard Münzing, Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages: Aufgaben, Organisation und Arbeitsweise, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 29 (1998), S. 575–604, und Ernst Majonica, Ein Parlament im Geheimen? Zur Arbeitsweise der Bundestagsausschüsse, in: Emil Hübner/Heinrich Oberreuter/Heinz Rausch (Hrsg.), Der Bundestag von innen gesehen, München 1969, S. 114–126.

¹³³ Zu Organisation und Arbeitsweise der Arbeitskreise vgl. Jürgen von Oertzen, Das Expertenparlament. Abgeordnetenrollen in den Fachstrukturen bundesdeutscher Parlamente, Baden-Baden 2006, S. 106–145.

¹³⁴ Vgl. exemplarisch das gemeinsame Treffen der außenpolitischen Arbeitskreise der FDP- und CDU/CSU-Fraktion auf Einladung von Bundesminister Genscher am 27.01.1984, in: AdL, Bestand Mischnick, A41-140. Vgl. außerdem Pilz, Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages und die Mitwirkung des Parlaments an der auswärtigen und internationalen Politik, S. 84f.; von Oertzen, Das Expertenparlament, S. 266–268, und Barbara Wasner, Parlamentarische Entscheidungsfindung – Einblicke in das schwierige Geschäft der Mehrheitsbeschaffung, Passau 1998, S. 81f.

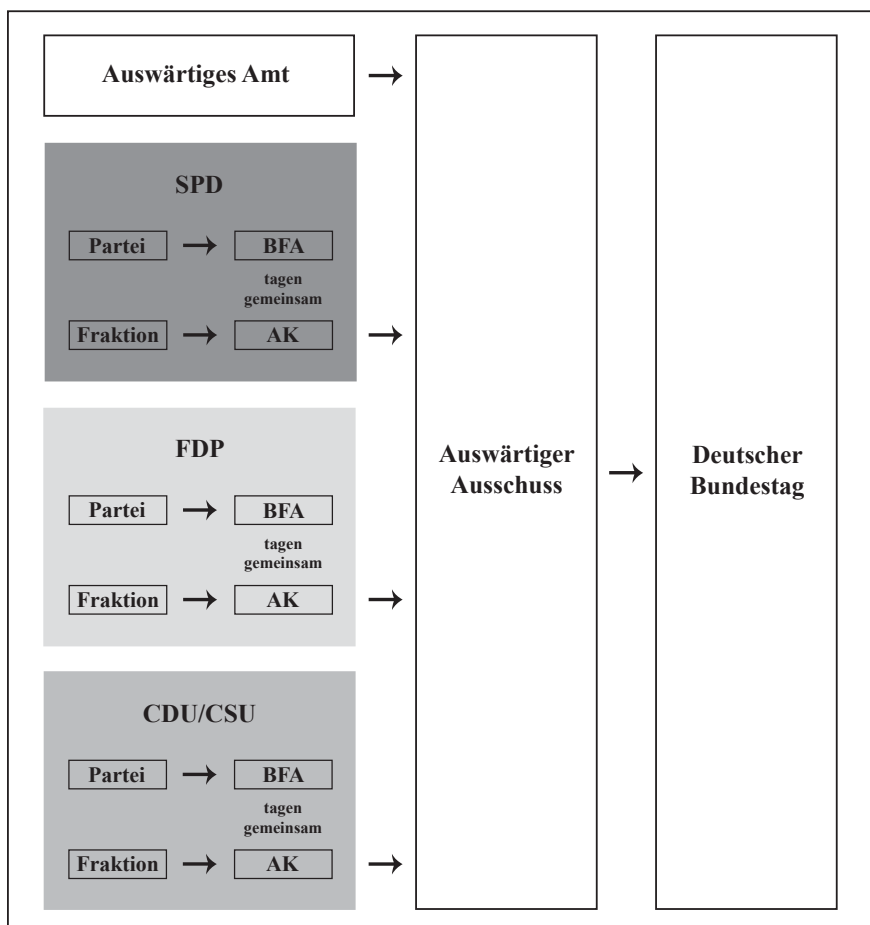


Abb. 3: Der Auswärtige Ausschuss (Quelle: Eigene Graphik)

ein möglichst geschlossenes Auftreten der Regierungsfractionen, wobei die Kooperation zwischen Wolfgang Mischnick und dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, ausgesprochen gut funktionierte.¹³⁵

Die ältere Forschung ging davon aus, dass der Ausschuss im Gegensatz zu den Plenarsitzungen des Bundestages ein Ort rationaler Sachdiskussion gewesen sei. Dies wurde von der jüngeren Forschung inzwischen zu Recht relativiert.¹³⁶ Trotz der Vertraulichkeit der Auseinandersetzung war auch dort die Fraktionszugehörigkeit entscheidend, von einer Sachdiskussion mit offenem Ausgang konnte somit nicht die Rede sein. Die zuständigen Staatsminister und das Parlamentsreferat

¹³⁵ Vgl. Moersch, Kurs-Revision, S. 205–207, und Eintrag „Mischnick, Wolfgang“, in: Kempf/ Merz, Kanzler und Minister 1949–1998, S. 485–489.

¹³⁶ Vgl. von Oertzen, Das Expertenparlament, S. 193–195.

des Auswärtigen Amts sahen es als ihre primäre Aufgabe an, die politische Linie der Exekutive in der Fraktion, im Ausschuss und damit auch im Bundestag durchzusetzen.¹³⁷

Der konzeptionelle Beitrag des Ausschusses zur Politik des Auswärtigen Amts hielt sich somit in engen Grenzen. Maßgeblichen Einfluss bekam er erst dann, so Genschers langjähriger Staatssekretär Hans Werner Lautenschlager, „wenn die Regierungsparteien ‚ihrem‘ Außenminister die Unterstützung versagen und es zu einem parteiübergreifenden Votum des Ausschusses kommt. Dem kann sich der Außenminister nicht verschließen; er wird also in aller Regel dann seine Politik im Sinne des Ausschusses verändern.“¹³⁸ Sollte der Außenminister mehrmals die Koalitionsfraktionen übergehen, würden ihm diese früher oder später eine Abstimmungsniederlage im Parlament bereiten. Kaum etwas aber schwäche einen Außenminister international mehr als das Wissen, dass er nicht uneingeschränkt das Vertrauen und die Unterstützung des Parlaments genieße.¹³⁹ Unter Genschers fungierte der Auswärtige Ausschuss vor allem als „Plenum in Testphase“¹⁴⁰, Frühwarnsystem und instrumentelles Spielfeld für die parlamentarische, im Idealfall fraktionsübergreifende Durchsetzung seiner Politik.¹⁴¹ Dort konnte er prüfen, ob seine Argumentationsstrategie im Bundestag trug und wo mit dem Widerstand der Opposition zu rechnen war.

Besonders häufig befasste sich der Ausschuss in der 8. Wahlperiode mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Das KSZE-Nachfolge-treffen, das 1977/78 in Belgrad abgehalten wurde,¹⁴² stand durchschnittlich alle acht Wochen auf der Tagesordnung.¹⁴³ Beachtlich ist das personelle Aufgebot, mit welchem das Auswärtige Amt auftrat. Fast immer waren zwischen zehn und fünfzehn Mitarbeiter anwesend, in drei von sieben Sitzungen Genschers persönlich. Neben den zuständigen Staatssekretären, die den Minister regelkonform zu vertreten hatten, nahmen nahezu ausnahmslos auch die Staatsministerin der FDP, der Leiter des Parlaments- und Kabinettsreferats sowie die zuständigen (Unter-)Abteilungs- und Referatsleiter teil. Zu denjenigen Sitzungen, in denen Genschers persönlich zugegen war, kamen auch der Chef des Ministerbüros und bezeichnenderweise der Leiter des Referats für Öffentlichkeitsarbeit.

Damit waren die geballte Fachkompetenz des Auswärtigen Amts und mehr FDP-Politiker präsent, als zwingend erforderlich gewesen wären. Die exklusive Einbeziehung des Pressechefs in einem nicht-öffentlichen Ausschuss sicherte au-

¹³⁷ Zur Rolle der Staatsminister vgl. ebd., S. 159–174.

¹³⁸ Zitiert nach Pilz, Der Auswärtige Ausschuss, S. 126f.

¹³⁹ Vgl. ebd., S. 128.

¹⁴⁰ Von Oertzen, Das Expertenparlament, S. 234f.

¹⁴¹ Vgl. ebd., S. 192–195.

¹⁴² Vom 15. 06.–05. 08. 1977 fand ein Vorbereitungstreffen statt, das eigentliche Treffen in Belgrad begann am 04. 10. 1977 und endete am 09. 03. 1978.

¹⁴³ Vgl. die Protokolle der Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages Nr. 3 vom 09. 02. 1977, Nr. 7 vom 04. 05. 1977, Nr. 8 vom 11. 05. 1977, Nr. 12 vom 14. 09. 1977, Nr. 18 vom 23. 11. 1977, Nr. 21 vom 18. 01. 1978 und Nr. 25 vom 08. 03. 1977, in: Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (Hrsg.), Der Auswärtige Ausschuss.

ßerdem ein Höchstmaß an Publizität für den Minister. Unmittelbar nach der Ausschusssitzung konnte – ohne deren Vertraulichkeit zu unterminieren – die Öffentlichkeitsarbeit entsprechend ausgerichtet werden. Wenn sich also Widerstände der Opposition abzeichneten, konnte das Auswärtige Amt diesen *im Vorfeld* etwaiger Bundestagsdebatten entgegentreten und Gegenargumente, noch bevor sie die Oppositionsfractionen im Parlament geäußert hatten, entkräften.

Mitglieder der Unionsfraktion bemängelten in Ausschusssitzungen immer wieder, vom Bundesaußenminister nur unzureichend informiert worden zu sein.¹⁴⁴ Diese durchaus berechtigte Kritik umging Genscher, indem er die außenpolitischen Stimmführer der Opposition zu persönlichen Arbeitsbesprechungen ins Auswärtige Amt einlud.¹⁴⁵ Durch den exklusiven Zugang zu Informationen, die normalerweise nur der Regierungskoalition zugänglich waren, schuf er ein persönliches und vertrauliches Klima. Namentlich waren dies während der sozial-liberalen Ära Werner Marx und Alois Mertes, der seit 1976 als rüstungskontrollpolitischer und ab 1980 als außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion fungierte. Besonders das ausgesprochen gute Verhältnis zwischen Genscher und Mertes bedarf einer intensiveren Betrachtung. Als ehemaliger Diplomat hatte Mertes tieferen Einblick in die Funktionsmechanismen auswärtiger Politik und suchte stets Gemeinsamkeiten in den außenpolitischen Zielsetzungen von Regierung und Opposition. Mit ihm hatte Genscher seinen idealen Ansprechpartner in den Reihen der Union für eine sachbezogene, fraktionsübergreifende Stütze seiner Entspannungspolitik gefunden.

Nach dem Amtsantritt Genschers wurde Mertes von Helmut Kohl und Franz Josef Strauß als Verbindungsmann zwischen Union und Auswärtigem Amt empfohlen und berichtete im September 1974 geradezu begeistert: „Mit Genscher verstehe ich mich gut. Ich hatte verschiedene Gespräche mit ihm (KSZE, Berlin usw.). Im AA genießt er schon jetzt höheres Ansehen als Scheel je: er studiert sorgfältig die Akten, fragt viel und bereitet sich auf alle Gespräche und Konferenzen systematisch vor.“¹⁴⁶ Das Angebot Genschers, die Unionsfraktion kontinuierlich zu informieren, traf bei Mertes auf offene Ohren, stellte es doch eine wesentliche Neuerung dar. Der Regierung Brandt/Scheel hatte Mertes stets vorgeworfen, Kabinettpolitik im ureigensten Sinne des Wortes zu betreiben und das Parlament nur unzureichend zu konsultieren.¹⁴⁷

¹⁴⁴ Vgl. Kurzprotokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion am 16. 6. 1981, Betr.: Vorbesprechung der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-072/1. Zur Geschichte der CDU/CSU-Fraktion während der Regierung Schmidt/Genscher vgl. Wolfgang Jäger, Helmut Kohl setzt sich durch, 1976–1982, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im deutschen Bundestag 1949 bis heute*, München 2009, S. 141–159.

¹⁴⁵ Vgl. auch Ernst Majonica, *Ein Parlament im Geheimen? Zur Arbeitsweise der Bundestagsausschüsse*, in: Emil Hübner/Heinrich Oberreuter/Heinz Rausch (Hrsg.), *Der Bundestag von innen gesehen*, München 1969, S. 114–126, hier: S. 121 f., und Carl-Christoph Schweitzer, *Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages im außenpolitischen Entscheidungssystem*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B19* (1980), S. 3–24, hier: S. 23.

¹⁴⁶ Schneider, Alois Mertes, S. 263.

¹⁴⁷ Vgl. ebd., S. 263–265.

Die gegenseitige Wertschätzung führte zur konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Genscher und Mertes. Letzterer bemühte sich gerade auch beim NATO-Doppelbeschluss um eine möglichst sachliche Kooperation mit SPD und FDP, was ihm in der eigenen Partei nicht nur Freunde einbrachte.¹⁴⁸ So war es kein Zufall, dass nach dem Regierungswechsel 1982 ausgerechnet Mertes zum neuen Staatsminister im Auswärtigen Amt berufen wurde. Schnell erkannte er jedoch, dass Genscher als Chef seines Ministeriums deutlich weniger kooperativ auftrat. Während Mertes bisher für Genscher als Sprecher der Oppositionsfraktion eine Schlüsselfigur für die parlamentarische Durchsetzung seiner Entspannungspolitik darstellte, wurde er als Koalitionspartner ins Abseits gestellt, um den außenpolitischen Führungsanspruch Genschers nicht zu gefährden.

In einer Sitzung der Arbeitsgruppe für Außenpolitik der Unionsfraktion berichtete Mertes, „dass er oft wochenlang Genscher nicht sehe, dieser sich von ihm auf Personalfragen gar nicht ansprechen ließ und nahezu alle internen Entscheidungen an ihm vorbeigingen.“¹⁴⁹ Rund zwei Monate nach der Bundestagswahl vom 6. März 1983 wandte er sich an Bundeskanzler Kohl, um ihm seine politische Kaltstellung zu schildern:

„[...] dass ich seit dem 1. Oktober 1982 noch kein Gespräch über außenpolitische Sach- und Personenfragen mit Ihnen führen konnte, ist nur – das weiß ich sehr wohl – die Folge Ihrer Terminlast. Andererseits bedrückt es mich, dass ich von der außenpolitischen Meinungsbildung im Auswärtigen Amt u n d im Bundeskanzleramt fast völlig abgeschnitten bin; vor allem vom persönlichen Gesprächskontakt zu Ihnen. Die Fraktion hingegen gibt sich der Illusion hin, ich verträte die Union nicht nur formal im AA, sondern in der Gestaltung der Außenpolitik. Davon aber kann keine Rede sein. Meine Übereinstimmung mit Ihrem Kurs und meine öffentliche Unterstützung der Linie Kohl-Genscher verdecken meine tatsächliche Ohnmacht und Abseitsstellung im außenpolitischen Alltag. Diesen bestimmt die souveräne Amtsführung des verantwortlichen Bundesaußenministers, der zu Recht in Ihnen seinen Unions-Partner für die praktische Außenpolitik sieht. Mein Verhältnis zu Herrn Genscher ist nach wie vor gut, aber eben doch s e h r nachgeordnet. Meine Beteiligung an der Formulierung des außenpolitischen Teils der morgigen Regierungserklärung ist nahezu null.“¹⁵⁰

Dieses Gefühl der Ohnmacht korrelierte mit einem beständigen Machtzuwachs des FDP-Staatsministers im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, was zu erheblichen Dissonanzen führte.¹⁵¹ Auch bei anderen Unionsabgeordneten wuchsen im Laufe des Jahres 1983 Ärger und Enttäuschung über die autoritäre Amtsführung Genschers, wie aus einem Schreiben von Werner Marx an Wolfram Dufner nachhaltig zum Ausdruck kam:

¹⁴⁸ Vgl. ebd., S. 435f.

¹⁴⁹ Schreiben des MdB Werner Marx an den Bayerischen Ministerpräsidenten, Franz Josef Strauß, vom 30. 03. 1983, Betr.: Personalpolitik AA, in: ACDP, Nachlass Werner Marx, 01-356-A252.

¹⁵⁰ Schreiben von Alois Mertes an Bundeskanzler Helmut Kohl vom 02. 05. 1983, Betr.: Kompetenzverteilung AA, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-151/3. Zur erwähnten Regierungserklärung vgl. 4. Sitzung des Deutschen Bundestages am 04. 05. 1983, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 10. Wahlperiode, Bd. 124, Bonn 1983, S. 56A-74C.

¹⁵¹ Vgl. Schneider, Alois Mertes, S. 455-457.

„Was die Personalsituation im Auswärtigen Amt anbelangt, so hat sich noch nicht vieles gebessert. Was die Frankfurter Allgemeine über Gespräche zwischen einigen CDU-Abgeordneten und dem Außenminister geschrieben hat, ist nur teilweise richtig, offenbart aber doch den enormen Dilettantismus, den viele unserer Kollegen zeigen, die eben der Meinung sind, dass Gott demjenigen, dem er ein Amt gegeben habe, auch damit den Verstand verliehen hätte. Es hat innerhalb der Regierungskoalition viele direkte und indirekte, auch durch die Presse gebrachte bzw. verdeckte Scharmützel in der letzten Zeit gegeben, die eben nach wie vor deutlich macht [sic!], wie wenig Zufriedenheit über diese Koalition und den freien Zügel, den Kohl Genscher eingeräumt hat, besteht. Für Kohl hat natürlich der Bestand der Koalition Priorität. Alle anderen Fragen sind für ihn zweitrangiger oder drittrangiger Natur. Da er dies leider immer wieder offen sagt und Genscher es natürlich genau weiß, kann er sich bei denjenigen, die er nur mit einem halben Auge im flüchtigen Vorbeigehen betrachtet, nicht lange aufhalten und überlässt daher Genscher mit dessen sehr auf die FDP eingeschworenen engeren Mannschaft viele Festlegungen, die unsere eigenen Mitglieder tief kränken, deren Erwartungen sehr enttäuschen und für lange Zeit die personalpolitischen Weichen aufs neue auf einen Kurs stellen, der nicht der unsere ist.“¹⁵²

Die Kritik richtete sich also mehr und mehr auch gegen den Bundeskanzler, von dem die Parteigenossen eine straffere Führung des kleinen Koalitionspartners erwarteten. Und doch hatte auch Marx erkannt, dass Kohl und die Union für ihre Regierungsfähigkeit auf Genscher angewiesen blieben. Diese Entwicklung verstärkte sich nach dem Tod von Alois Mertes 1985. Unter seinem Nachfolger Lutz Stavenhagen war erneut eine Machtausweitung Jürgen Möllemanns zu verzeichnen, dessen Position durch eine Neuverteilung der Kompetenzen aufgewertet wurde. Er war nunmehr für den gesamten Bereich der Ost- und Sicherheitspolitik zuständig und besaß das uneingeschränkte Vertrauen Genschers.¹⁵³

Insgesamt bleibt für Genschers Position innerhalb von Partei und Fraktion ein ambivalenter Befund. Als Bundesparteivorsitzender blieb er stets umstritten und konnte sich nur deshalb so lange an der Spitze der FDP halten, weil kein vergleichbares politisches Schwergewicht in Sichtweite war. Seine dominante Position erlangte er durch seine Tätigkeit als Außenminister. In dieser Funktion bescherte er der FDP Sympathiewerte, die ohne ihn nicht erreichbar gewesen wären. Durch seine geschickte Personalpolitik band er Parteimitglieder an das Auswärtige Amt und sicherte sich damit ihre Loyalität. Dennoch konnte er seinen tiefen Absturz nach dem Regierungswechsel 1982 nicht verhindern. In einer Kampfabstimmung gegen Uwe Ronneburger um den Parteivorsitz konnte sich Genscher 1982 zwar knapp behaupten, drei Jahre später aber musste er den Posten schließlich für Martin Bangemann räumen.¹⁵⁴ Namhafte Parteipolitiker des linksliberalen Flügels hatten sich mit Genscher überworfen, unter ihnen Generalsekretär Günter Verheugen und Staatsministerin Hildegard Hamm-Brücher.¹⁵⁵ Eine end-

¹⁵² Schreiben des MdB Werner Marx an den deutschen Botschafter in Singapur, Wolfram Dufner, vom 08. 08. 1983, in: ACDP, Nachlass Werner Marx, 01-356-A232.

¹⁵³ Vgl. Eintrag „Möller, Jürgen“, in: Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www.munzinger.de/document/00000016186> (Stand: 13. 11. 2014), und Fröhlich, „Auf den Kanzler kommt es an“, S. 125.

¹⁵⁴ Zum Koalitionswechsel 1982 und Genschers Rücktritt als Parteivorsitzender vgl. auch Kapitel V, und Walter, Die Integration der Individualisten, S. 151–155.

¹⁵⁵ Vgl. dazu auch Hildegard Hamm-Brücher, Der Politiker und sein Gewissen. Eine Streitschrift für mehr Freiheit, München/Zürich 1983.

gültige Spaltung der gesamten Partei verhinderte sicherlich auch Wolfgang Mischnick, der als Fraktionsvorsitzender weiterhin als Integrations- und Stabilisierungsfaktor des links- und rechtsliberalen Flügels agierte. So wurde Mischnick mehr noch als bisher zum wichtigsten Rückhalt Genschers in der FDP.

Trotz der umfassenden parteiinternen und öffentlichen Kritik an seinem „Wendemanöver“ stieg Genscher – nach einer vorübergehenden demoskopischen „Dele“ – erstaunlich schnell wieder auf die obersten Plätze in der Beliebtheitskala bundesdeutscher Politiker. Bei seinem Amtsantritt im April 1974 gaben 53 Prozent der Deutschen an, eine gute Meinung von Hans-Dietrich Genscher zu haben. Diese positive Quote konnte Genscher bis Juni 1982 auf 73 Prozent ausbauen, um im Oktober auf 23 Prozent abzustürzen. Doch schon im Juni 1983 hatte er die Marke von 44 Prozent erneut erklommen, die er in den folgenden Jahren weiter steigern konnte. Mit der deutschen Einheit errang er Ende 1990 schließlich einen Rekordwert von 84 (alte Länder) beziehungsweise 86 Prozent (neue Länder), der mit geringfügigen Schwankungen bis zu seinem Rücktritt im Frühjahr 1992 anhielt und in den neuen Bundesländern nochmals auf einen Höchststand von 88 Prozent kletterte.¹⁵⁶ Von diesen enormen Popularitätswerten, die weder Helmut Schmidt¹⁵⁷ noch Helmut Kohl¹⁵⁸ in ihrer Amtszeit als Bundeskanzler auch nur annähernd erreichten, profitierte die FDP bei den Wahlen und machte es ihren Spitzenpolitikern zugleich unmöglich, sich von Genscher zu distanzieren, wollten sie keine Wahlschlappe riskieren. Die parteipolitische Unentbehrlichkeit des Außenministers fiel jedoch nicht vom Himmel, sondern war Ergebnis einer langfristig angelegten PR-Strategie Genschers, die vom Auswärtigen Amt zentral gesteuert wurde.

3. Die Personalisierung von Außenpolitik und „media diplomacy“

Die Öffentlichkeitsarbeit des Auswärtigen Amts erhielt in der Ära Genscher einen einschneidenden und nachhaltigen Professionalisierungsschub und stellt ein herausragendes Spezifikum des „Systems Genscher“ dar. In den Medien- und Kommunikationswissenschaften wird der Begriff der Öffentlichkeitsarbeit meist synonym zu dem der Public Relations (PR) verwendet, indes mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt.¹⁵⁹ Albert Oeckl verstand darunter das „bewusst geplante und dau-

¹⁵⁶ Vgl. zum Folgenden Noelle-Neumann/Köcher, Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992, S. 769.

¹⁵⁷ Helmut Schmidt erreichte mit 77 Prozent im Dezember 1982 seinen höchsten Beliebtheitsgrad. Vgl. dazu Noelle-Neumann/Piel, Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983, S. 277.

¹⁵⁸ Helmut Kohl erreichte seinen höchsten Beliebtheitsgrad mit 63 Prozent interessanterweise im November 1975, kurz bevor er zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU-Fraktion ernannt wurde. Selbst bei seinem Amtsantritt 1982 erreichte er nur 60 Prozent und nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Oktober 1990 nur 53 Prozent (alte Länder) bzw. 62 Prozent (neue Länder). Vgl. dazu Noelle-Neumann/Köcher, Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992, S. 758.

¹⁵⁹ Vgl. dazu auch Ulrike Röttger/Joachim Preusse/Jana Schmitt, Grundlagen der Public Relations. Eine kommunikationswissenschaftliche Einführung, Wiesbaden 2011, und

erhafte Bemühen, gegenseitiges Verständnis und Vertrauen in der Öffentlichkeit aufzubauen und zu pflegen“.¹⁶⁰ Eine derartige Öffentlichkeitsarbeit habe idealtypisch folgende Aufgaben zu erledigen:

„[Erstens:] Agieren, nicht reagieren. Zweitens: Öffentlichkeitsarbeit ist in erster Linie aktive Informationspolitik, bedeutet ein Vertrauensklima in der Öffentlichkeit herstellen. Ihr passiver Teil heißt auch Beantwortung von Anfragen. [...] Drittens: PR-Arbeit hat die Öffentlichkeit zu unterrichten, aber auch nach innen, teilweise als Rückkoppelung, zu wirken. Man kann sie auch als Instrument gesellschaftlicher Gegenkontrolle bezeichnen. Viertens: mit Hilfe der individuellen Medien die Rezipienten unmittelbar ansprechen oder über die Massenmedien indirekte Verbindung zum Publikum herstellen und halten. Schließlich fünftens: als Transformator, als Dolmetscher, als Katalysator zwischen dem Auftraggeber und der Öffentlichkeit tätig werden und kommunikative Reaktionen steuern.“¹⁶¹

In Anlehnung an Oeckl entwickelten James E. Grunig und Todd Hunt in den achtziger Jahren eine Definition, die PR ganz allgemein als „part of the management of communication between an organization and its publics“¹⁶² begreift. Demnach pflegt eine effektive Öffentlichkeitsarbeit „asymmetrische Kommunikation“ mit der Öffentlichkeit, um diese von der eigenen Politik zu überzeugen, und eine auf Ausgleich und Verständigung angelegte „symmetrische Kommunikation“ mit der Bevölkerung beziehungsweise mit Regierungen anderer Staaten. Darüber hinaus dient PR der Herstellung von Publicity – ein Begriff, der im Deutschen noch immer ungern verwendet wird wegen seiner konzeptionellen Nähe zur historisch belasteten Propaganda.¹⁶³ Diese allgemein gehaltene Lesart sagt noch nichts über den Akteur der Öffentlichkeitsarbeit aus, der in dem hier zu untersuchenden Fall das Auswärtige Amt beziehungsweise Außenminister Genscher sein wird.

In diesem Zusammenhang ist der Terminus PR von demjenigen der „public diplomacy“ zu unterscheiden, der von der Forschung ebenfalls mit unterschiedlichen Bedeutungsinhalten gefüllt wird.¹⁶⁴ Im Kern aber ist darunter die gezielte,

Otfried Jarren/Ulrike Röttger, Public Relations aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht, in: Günter Bentele/Romy Fröhlich/Peter Szyszka (Hrsg.), Handbuch der Public Relations. Wissenschaftliche Grundlagen und berufliches Handeln, 2., korr. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2008, S. 19–36.

¹⁶⁰ Albert Oeckl, Handbuch der Public Relations. Theorie und Praxis der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland und der Welt, München 1964, S. 43.

¹⁶¹ Ders., PR in Deutschland. Ihre Entwicklung, ihr gegenwärtiger Stand und ihre Aussichten in der Zukunft, Hamburg 1967, S. 15.

¹⁶² James A. Grunig/Todd Hunt, Managing Public Relations, New York 1984, S. 6. Vgl. auch Günter Bentele, Politische Öffentlichkeitsarbeit, in: Ulrich Sarcinelli (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S. 124–145, und Stefan Marschall, Public Relations der Parlamente. Parlamentarisches Kommunikationsmanagement in der modernen Öffentlichkeit, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3 (1999), S. 699–715.

¹⁶³ Vgl. Barbara Baerns, Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus – Normen, Berufsbilder, Tat-Sachen, in: Günther Barthenheier/Günther Haedrich/Horst Kleinert (Hrsg.), Öffentlichkeitsarbeit. Dialog zwischen Institutionen und Gesellschaft. Ein Handbuch, Berlin/New York 1982, S. 161–173, hier: S. 162, und Michael Kunczik, Öffentlichkeitsarbeit, in: Wilke, Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 545–569.

¹⁶⁴ Vgl. Terry L. Deibel/Walter R. Roberts, Culture and Information. Two Foreign Policy Functions, Newbury Park 1976; Robert F. Delaney, Introduction, in: Arthur S. Hoffman (Hrsg.), International Communication and the New Diplomacy, Bloomington 1968,

langfristig angelegte Einflussnahme staatlicher Akteure auf die Öffentlichkeit des Auslandes zu verstehen, die im deutschen Sprachgebrauch als auswärtige Kulturpolitik bezeichnet wird. Diese Aufgabe übernehmen bis heute die zuständigen Staatsminister des Auswärtigen Amtes und die deutschen Botschaften im jeweiligen Gastland.¹⁶⁵ Organisation und Teilnahme an Vorträgen, Abendveranstaltungen und exklusiven Treffen mit politisch und gesellschaftlich einflussreichen Personen des jeweiligen Landes gehören ebenso dazu wie Städtepartnerschaften, Gruppenreisen und Schüleraustauschprogramme. Ziel dieser Maßnahmen ist es, das Verständnis für die Kultur und Gesellschaft des eigenen Landes zu fördern. Diese Form der „öffentlichen Diplomatie“, die auch unter Genscher weitergeführt wurde, ist ausdrücklich nicht Gegenstand der Untersuchung.

Davon zu unterscheiden ist der Begriff der „media diplomacy“, der seit einiger Zeit in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung diskutiert, allerdings nicht einheitlich von der „public diplomacy“ abgegrenzt wird und bisweilen mehr zur Begriffsverwirrung als zur analytischen Schärfung beiträgt.¹⁶⁶ Nach Eytan Gilboa bedient sich „media diplomacy“ massenmedialer Instrumente wie Pressekonferenzen und Interviews „to send signals and apply pressure on state and nonstate actors to build confidence and advance negotiations as well as to mobilize public support for agreements“.¹⁶⁷ Im Unterschied zur „public diplomacy“ kommt Mediendiplomatie im Kontext von Verhandlungen vor und setzt auf das kurzfristige Erreichen politischer Ziele. Sie erfährt eine weitere Komplexitätsausweitung in Zeiten internationaler Krisen, in denen sie als Mittel neuer Vertrauensbildung Teil des unmittelbaren Krisenmanagements sein kann.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Auswärtigen Amtes in der Ära Genscher wird im Folgenden als Management organisierter Außenkommunikation¹⁶⁸ begriffen, die sich nicht nur an die in- und ausländische Bevölkerung wandte, sondern auch das Regierungshandeln anderer Staaten gezielt zu beeinflussen versuchte. Sie umfasst langfristige, auf die Person Genschers fokussierte PR-Strategien ebenso wie kurz-

S. 3–6; Joseph S. Nye, *Soft Power. The Means to Success in World Politics*, New York 2004; Benno Signitzer/Timothy Coombs, *Conceptual Convergences between Public Relations and Public Diplomacy*, in: Heinz-D. Fischer/Ulrike G. Wahl (Hrsg.), *Public Relations*, Frankfurt a.M. u. a. 1993, S. 321–332; Benno Signitzer, *Public Relations and Public Diplomacy*, in: Walter A. Mahle (Hrsg.), *Deutschland in der internationalen Kommunikation*, Konstanz 1995, S. 73–81; Hansjürgen Koschwitz, *Diplomatie und Öffentlichkeit. Eine begründete, wenn auch immer wieder in Frage gestellte Tendenz unserer Zeit*, in: *Beiträge zur Konfliktforschung* 1 (1986), S. 53–68, und Daniel Ostrowski, *Die Public Diplomacy der deutschen Auslandsvertretungen weltweit. Theorie und Praxis der deutschen Auslandsöffentlichkeitsarbeit*, Wiesbaden 2010.

¹⁶⁵ Zum Stellenwert Auswärtiger Kulturpolitik vgl. die Schilderungen der ehemaligen Staatsministerin im Auswärtigen Amt: Hildegard Hamm-Brücher, *Aufgaben und Möglichkeiten der auswärtigen Kulturpolitik*, in: Joachim Raffert (Hrsg.), *Auswärtige Kulturpolitik. Ein Beitrag zur internationalen Verständigung*, Wolfenbüttel 1979, S. 13–60.

¹⁶⁶ Für einen kurzen Überblick über die diesbezügliche Ausdifferenzierung der kommunikationswissenschaftlichen Forschung vgl. Zipfel, Helmut Schmidt und die Medien, S. 40–44.

¹⁶⁷ Eytan Gilboa, *Media Diplomacy. Conceptual Divergence and Applications*, in: *Harvard International Journal of Press/Politics* 3/3 (1998), S. 56–75.

¹⁶⁸ Vgl. Marschall, *Public Relations der Parlamente*, S. 700.

fristige „media diplomacy“ zur unmittelbaren Deeskalation internationaler Krisen. Diese medial vermittelte Kommunikation konnte nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn sie ihre Strategien, Taktiken und Instrumente an die Veränderungen und Wandlungsprozesse des „communication system“¹⁶⁹ anpasste. Der von führenden Intellektuellen wie Jürgen Habermas vehement kritisierte „Strukturwandel“ und Verfallsprozess der „bürgerlichen Öffentlichkeit“ durch den Siegeszug moderner Medien mag in ihren politischen Wirkungen unumstritten sein, übersieht jedoch,¹⁷⁰ dass die Doppelstruktur demokratischer Politik auf ihre mediale Vermittlung angewiesen bleibt. Die „mediale Außenseite“¹⁷¹ demokratischer Politik kommt ohne die Verkürzung politisch hochkomplexer Sachfragen nicht aus und zwingt die Akteure, ihre politischen Positionen auf allgemeinverständliche Botschaften zu reduzieren.¹⁷²

Die Bedeutung der kommunikativen Umwelt für Erfolg oder Scheitern einer PR-Strategie lässt einen kurzen Blick auf die zeitgenössische Entwicklung der bundesdeutschen Medienlandschaft notwendig erscheinen.¹⁷³ Hatte der Hörfunk in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine regelrechte Monopolstellung im Bereich der elektronischen Medien erlangt, geriet er durch den Aufstieg des Fernsehens in den sechziger Jahren vorübergehend in die Krise.¹⁷⁴ Neben der Konkurrenz im Unterhaltungsegment stand er vor allem im Bereich der vorabendlichen Infor-

¹⁶⁹ Vincent Hazleton, *Toward a Systems Theory of Public Relations*, in: Wolfgang Armbrecht/Ulf Zabel (Hrsg.), *Normative Aspekte der Public Relations. Grundlegende Fragen und Perspektiven. Eine Einführung*, Opladen 1994, S. 33–45. Vgl. auch Marschall, *Public Relations der Parlamente*, S. 701.

¹⁷⁰ Vgl. Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied 1962; Rosumek, *Die Kanzler und die Medien*, S. 32–47; Jörg Requate, *Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), S. 5–32, und Karl Christian Führer/Knut Hickethier/Axel Schildt, *Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 41 (2001), S. 1–38.

¹⁷¹ Wirsching, *Abschied vom Provisorium*, S. 59.

¹⁷² Vgl. auch Thilo von Trotha, *Reden ist Führung*, in: Volker J. Kreyher (Hrsg.), *Handbuch Politisches Marketing. Impulse und Strategien für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Baden-Baden 2004, S. 163–169; Helmut Scherer, *Wer reden will, muss hören: Die kommunikative Rolle politischer Akteure in der vernetzten Gesellschaft*, in: Heribert Schatz (Hrsg.), *Politische Akteure in der Mediendemokratie*, Wiesbaden 2002, S. 129–145; Robert Helbig/Heiko Kretschmer, *Aus Krisen lernen heißt Siegen lernen. Krisenkommunikation in der Regierungs-PR*, in: Köhler/Schuster, *Handbuch Regierungs-PR*, S. 313–321.

¹⁷³ Zur rechtlichen Stellung der Medien in der Bundesrepublik Deutschland vgl. Hermann Meyn/Jan Tonnemacher, *Massenmedien in Deutschland*, Konstanz/München 2012, S. 29–169, und Hans-Jürgen Papier/Johannes Möller, *Presse- und Rundfunkrecht*, in: Wilke, *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 449–468.

¹⁷⁴ Vgl. zum Folgenden Marie Luise Kiefer, *Hörfunk- und Fernsehnutzung*, in: Wilke, *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 426–446; Horst O. Halefeldt, *Programmgeschichte des Hörfunks*, in: Wilke, *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 211–230, und Ansgar Diller, *Öffentlich-rechtlicher Rundfunk*, in: Wilke, *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 146–166. Zur Bedeutung des Radios in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vgl. Albert Kümmel, *Innere Stimmen – Die deutsche Radiodebatte*, in: Ders./Leander Scholz/Eckhard Schumacher (Hrsg.), *Einführung in die Geschichte der Medien*, Paderborn u. a. 2004, S. 175–197.

mationssendungen unter dem Druck des neuen Mediums Fernsehen. Durch eine Reformierung der Programmstruktur versuchten die Rundfunkanstalten, diesem Abwärtstrend Einhalt zu gebieten, und bauten ihr Angebot an Nachrichten-, Informations- und Magazinsendungen aus.¹⁷⁵ Als besonders effektiv erwies sich die Einführung von Morgen- und Mittagsmagazinen, die in Zeiten gesendet wurden, in denen das Fernsehen (noch) kein Konkurrent war. Mehr als bisher etablierten sich nun außerdem regional und lokal zugeschnittene Sendeformate – „Radio Stuttgart“, das im März 1981 erstmals auf Sendung ging, mag hier als Beispiel genügen.¹⁷⁶ Unterstützt wurde der neuerliche Aufwärtstrend des Radios durch den Aufbau vierter UKW-Senderketten, wodurch Spartenkanäle wie etwa „Bayern 4 Klassik“ entstanden.¹⁷⁷ Mit diesen Modernisierungsmaßnahmen gelang es, den Herausforderungen durch das Fernsehen zumindest vorübergehend zu begegnen. Die Tagesreichweite des Hörfunks in der Bundesrepublik stieg von 64 Prozent im Jahr 1968 auf rund 80 Prozent zu Beginn der achtziger Jahre an. Die Hördauer erhöhte sich im selben Zeitraum von 99 Minuten auf 150 Minuten pro Tag.¹⁷⁸ Insgesamt kann damit für die siebziger Jahre zu Recht von einer „Renaissance des Hörfunks“ gesprochen werden.

Während im Radio die Morgen- und Mittagsmagazine die besten Einschaltquoten hatten, dominierte das Fernsehen ab Mitte der siebziger Jahre vor allem das Abendprogramm.¹⁷⁹ Fernsehnachrichtensendungen, vor allem die *Tagesschau* der ARD und die *heute*-Sendung des ZDF, strukturierten nachhaltig den Ablauf des Fernsehprogramms.¹⁸⁰ Ähnlich wie beim Hörfunk wurden auch dort Nachrichtensendungen zunehmend ergänzt durch Informationssendungen und Magazine wie beispielsweise *Panorama*, *Report*, *Monitor*, *Bericht aus Bonn* und das *ZDF-Magazin*.¹⁸¹ Mit der Regionalisierung der Nachrichtensendungen in den sogenannten Dritten Programmen erhielten das Erste und Zweite Deutsche Fernsehen erstmals Konkurrenz und verloren schließlich mit der Einführung des dualen Rundfunksystems 1984 ihre Monopolstellung. Ihre Kehrseite fand diese immense

¹⁷⁵ Zu den Diskussionen um das Programmangebot des Hörfunks und seine Nutzung vgl. auch Kurt R. Hesse, Das politische Informationsangebot im Hörfunk: Ergebnisse von Programm-Inhaltsanalysen, in: Ottfried Jarren (Hrsg.), Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen, Opladen 1994, S. 149–172; Frank Marcinkowski, Irritation durch Programm. Wie kommunizieren Politik und Rundfunk?, in: Jarren, Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen, S. 51–65; Uwe Hasebrink, Hörfunk – ein politisches Informationsmedium? Ein Überblick über Forschungsergebnisse zur Hörfunknutzung, in: Jarren, Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen, S. 157–172.

¹⁷⁶ Vgl. Konrad Dussel, Deutsche Rundfunkgeschichte, Konstanz 2004, S. 226.

¹⁷⁷ Vgl. Halefeldt, Programmgeschichte des Hörfunks, S. 221.

¹⁷⁸ Vgl. ebd., S. 219. Nachfolgendes Zitat ebd.

¹⁷⁹ Vgl. zum Folgenden Kiefer, Hörfunk- und Fernsehnutzung, S. 426–446, und Knut Hickethier, Geschichte des deutschen Fernsehens, Stuttgart u. a. 1998. Zur gesellschaftlichen Debatte um Vor- und Nachteile des Fernsehens vgl. Christina Bartz, „Das geheimnisvolle Fenster in die Welt geöffnet“ – Fernsehen, in: Kümmel/Scholz/Schumacher, Einführung in die Geschichte der Medien, S. 199–223.

¹⁸⁰ Peter Ludes, Programmgeschichte des Fernsehens, in: Wilke, Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 255–276, hier: S. 262.

¹⁸¹ Ebd., S. 262–265.

Programmausweitung in der bis heute voranschreitenden Kommerzialisierung und Entertainisierung des Fernsehens.¹⁸²

Am stärksten hatten die Printmedien unter diesem Expansions- und Diversifikationsprozess des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu leiden. War das Interesse der Bundesbürger an Politikberichterstattung in der Zeitung in den fünfziger und sechziger Jahren zunächst deutlich angestiegen, begann sich dies nun zu wandeln. Zwar vergrößerte sich das Zeitbudget, das der durchschnittliche Bundesbürger für die Nutzung von Medien täglich verwendete. Davon profitierte jedoch nicht die Zeitung, sondern Radio und Fernsehen.¹⁸³ Die Tagespresse begegnete dieser Herausforderung mit einer Ausweitung ihrer regionalen Berichterstattung. Kleinere Lokal- und Regionalzeitungen standen im Vergleich zur landesweit erscheinenden Konkurrenz allerdings vor einem chronischen Problem. Sie hatten häufig keine eigenen Hauptstadt- oder Auslandskorrespondenten und waren deshalb ausschließlich auf die Meldungen von Nachrichtenagenturen angewiesen, wollten sie über die „große“ Bonner Politik berichten. Die informationspolitische Monopolstellung der Nachrichtenagenturen stieg damit erheblich. Überregionale Tages- und Wochenzeitungen wie *Die Zeit*, *Der Spiegel*, die *Süddeutsche Zeitung*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Die Welt* konnten sich zwar als Leitmedien auf dem bundesdeutschen Markt behaupten, hatten jedoch mit einer immer stärkeren Presse- und Verlagskonzentration zu kämpfen.¹⁸⁴ So sank die Zahl derjenigen Verlage, die Zeitungen herausgaben, und ließ den Einfluss einzelner Verlagshäuser – wie etwa dem Springer-Konzern – wachsen.¹⁸⁵

Der intermediale Wettbewerb zwischen Printmedien, Radio und Fernsehen, der sich seit den fünfziger Jahren unverkennbar verschärft hatte, führte zwar nicht zur Verdrängung ganzer Mediengattungen, diese wurden nun aber komplementär genutzt.¹⁸⁶ Diesen Strukturwandel hatten die bundesdeutschen Ministerien und ihre politischen Entscheidungsträger bei Genschers Amtsantritt im Mai 1974 in keiner Weise verinnerlicht. Die Öffentlichkeitsarbeit wurde nach wie vor

¹⁸² Vgl. Jutta Röser/Corinna Peil, Fernsehen als populäres Alltagsmedium. Das duale Rundfunksystem und seine kulturellen Folgen, in: Werner Faulstich (Hrsg.), *Die Kultur der 80er Jahre. Kulturgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts*, Paderborn u. a. 2005, S. 155–168, und Udo Michael Krüger, Fernsehanbieter und Fernsehangebote im dualen System, in: Jarren, *Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen*, S. 97–110.

¹⁸³ Vgl. Rüdiger Schulz, Nutzung von Zeitungen und Zeitschriften, in: Wilke, *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 401–425, hier: S. 405–410, und Jürgen Wilke, Lokal, regional, national, international – zu Angebot und Nutzung der Tageszeitung, in: Michael Jäckel/Peter Winterhoff-Spurk (Hrsg.), *Politik und Medien. Analysen zur Entwicklung der politischen Kommunikation*, Berlin 1994, S. 89–101.

¹⁸⁴ Ob auch die Bild-Zeitung und die tageszeitung (taz) als Leitmedien verstanden werden können, wird unterschiedlich beurteilt, vgl. Jürgen Wilke, *Leitmedien und Zielgruppenorgane*, in: Ders., *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 302–329, hier: S. 313–315.

¹⁸⁵ Vgl. ders., *Die Tagespresse der achtziger Jahre*, in: Faulstich, *Die Kultur der 80er Jahre*, S. 69–89, hier: S. 70f., und Hans Mathias Kepplinger, *Zeitungsberichterstattung im Wandel*, in: Wilke, *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 195–210. Zur Geschichte des Springer-Konzerns vgl. auch Hans-Peter Schwarz, *Axel Springer. Die Biographie*, Berlin 2008.

¹⁸⁶ Vgl. Schulz, *Nutzung von Zeitungen und Zeitschriften*, S. 422f.

vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Kooperation mit den Presseämtern der einzelnen Ministerien ausgeführt. Im Vordergrund standen dabei das Sammeln von Informationen, die Erstellung von Pressemappen und die Herausgabe von Informations-Broschüren an die Bevölkerung, um auf diese Weise für die Politik der Bundesregierung zu werben.¹⁸⁷ Diese Form der klassischen Öffentlichkeitsarbeit war also in erster Linie auf die von Oeckl erwähnte Informationstätigkeit gerichtet, weshalb die Presseämter der Bundesministerien Mitte der siebziger Jahre auch keine PR-Strategie besaßen, geschweige denn eine PR-Abteilung.

Eine solche Professionalisierung wurde erst von Genscher schrittweise eingeführt. Den Anfang machte er mit der institutionellen Umgestaltung in der Leitungsebene des Auswärtigen Amts, schließlich setzte eine planvolle Kommunikationsgestaltung und -steuerung die notwendigen organisatorischen, personellen und finanziellen Ressourcen voraus.¹⁸⁸ Wie dargelegt, wurde das Pressereferat innerhalb des Ministeriums deutlich aufgewertet und sein Aufgabengebiet erheblich erweitert.¹⁸⁹ Bisherige Aufgaben des Planungsstabes wie Ghostwriter-Tätigkeiten zur Erstellung von Reden und Artikeln sowie zur Vorbereitung von Interviews erledigte nun das Pressereferat. Durch die Teilnahme an der täglichen Direktorenrunde und den Kontakt zum Planungsstab war das Pressereferat ständig über den aktuellen Stand der Entwicklungen sowie mittel- und langfristige Strategiewürfe informiert und befand sich damit im Zentrum der Macht. Als wichtigster Ansprechpartner für Journalisten war es für die Vorbereitung und Durchführung von Interviews in Zeitung, Radio und Fernsehen, die Organisation von Hintergrundgesprächen, Pressekonferenzen und Fototerminen verantwortlich. Anders als Walter Scheel, der seinem Sprecher Guido Brunner einen gewissen Interpretationsspielraum gelassen hatte, nahm Genscher die Kontrolle und Regie selbst in die Hand. Er ließ keinen Zweifel daran, dass zwischen ihm und seinem Pressesprecher ein klar hierarchisches Verhältnis bestand und behielt sich vor, als Einziger öffentlich über die Leitlinien bundesdeutscher Außenpolitik zu sprechen.¹⁹⁰

Sein Pressesprecher begleitete ihn auf Auslandsreisen, war somit auch außerhalb Deutschlands für Journalisten stets greifbar und ermöglichte Genscher größtmögliche Präsenz in den Medien. Das Pressereferat, so erinnerte sich Genschers ehemaliger Sprecher Jürgen Sudhoff, war nicht nur täglich bis in die Abendstunden präsent, sondern auch am Wochenende aktiv, „wenn andere schliefen“.¹⁹¹ Die-

¹⁸⁷ Zu Aufgaben und zur Organisation des Bundespresseamts vgl. Horst O. Walker, *Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Eine Untersuchung zu Fragen der Organisation, Koordination und Kontrolle der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung*, Frankfurt a. M. 1982, und Martin Morcinek, *Von der Pressestelle zum Informationsdienstleister. Das Bundespresseamt zwischen Politik, Medien und Öffentlichkeit*, in: Köhler/Schuster, *Handbuch Regierungs-PR*, S. 49–71.

¹⁸⁸ Vgl. Marshall, *Public Relations der Parlamente*, S. 700.

¹⁸⁹ Vgl. die Organisations- und Ordnungspläne des Auswärtigen Amts, in: Hoffmann, *Die Bundesministerien 1949–1999*, und Kapitel I.1.

¹⁹⁰ Vgl. Kiessler, *Außenpolitik als „Public Diplomacy“*, S. 372–375, und Wolfram Kaiser, *Halle – New York – Halle: Hans-Dietrich Genscher*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 15 (2003), S. 223–242, hier: S. 239.

¹⁹¹ Vgl. Kiessler, *Außenpolitik als „Public Diplomacy“*, S. 374.

se Gewichtsverlagerung auf das Pressereferat stieß zunächst nicht bei allen Beteiligten auf uneingeschränkte Begeisterung:

„Der Apparat des Auswärtigen Amts wurde, zunächst kaum merklich, dann mit wachsender Entschiedenheit, auf die Bedürfnisse des neuen Ministers hin getrimmt. Das verursachte einiges Murren, bis Gewöhnung eintrat. In der Folgezeit nahm der Eifer für die Genscherschen Public Relations bei vielen deutlich zu, weil sich zeigte, dass auf diese Weise steile Karrieren gestartet wurden.“¹⁹²

Interessanterweise besetzte Genscher den Posten des Pressesprechers nicht mit professionellen Journalisten, sondern mit Diplomaten, deren Loyalität er sich sicher sein konnte. Rüdiger von Pachelbel-Gehag, der noch von Walter Scheel berufen worden war, wurde 1975 abgelöst durch Klaus Terfloth, der später als Botschafter nach Islamabad wechselte und sich dort während und nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan als wichtiger Ansprechpartner und Informationslieferant des Auswärtigen Amts bewährte. Sein Nachfolger im Amt des Pressesprechers wurde 1977 Jürgen Sudhoff. Er erwarb sich während seiner Amtszeit nicht nur das Vertrauen seines Ministers, sondern auch die besondere Achtung der Bonner Journalisten, für die er stets erreichbar war. Nach dem Koalitionswechsel von 1982 ernannte Genscher ihn zum stellvertretenden Sprecher der Bundesregierung.¹⁹³ Sudhoffs Nachfolge im Auswärtigen Amt übernahm 1981 Karl-Theodor Paschke, der bereits als Pressereferent des deutschen Botschafters in Washington Erfahrung gesammelt hatte. Er blieb bis 1984 auf diesem Posten und hatte damit auch die schwere Aufgabe zu bewältigen, die Frage nach Kontinuität und Wandel deutscher Außenpolitik vor und nach der „Wende“ zu erklären. Ebenso fielen die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses und die damit verbundene aufgeheizte öffentliche Debatte in seine Amtszeit.

Die institutionelle Umstrukturierung und Aufgabenerweiterung der Presseabteilung schlug sich auch in der amtsinternen Budgetverteilung nieder. Im Haushaltsplan des Auswärtigen Amts wurde 1976 erstmals ein Posten unter dem Titel „Öffentlichkeitsarbeit“ geführt.¹⁹⁴ Im Zuge der Auflösung des Arbeitsstabes im Auswärtigen Amt zum 31. Dezember 1976 entschied Genscher, das freiwerdende Budget von jährlich 1,9 Millionen DM auf das Inlandsreferat 012 umzuverteilen, das ab 1978 unter dem Namen „Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte, Informationsdienst“ firmierte.¹⁹⁵ Anders als vom Arbeitsstab empfohlen,

¹⁹² Negwer, Ost-westliche Wanderjahre, S. 151.

¹⁹³ Für den Posten des stellvertretenden Regierungssprechers hatte die FDP als kleinerer Koalitionspartner das Vorschlagsrecht. Nachfolger Sudhoffs auf diesem Posten wurde 1985 Herbert Schmülling. Er kannte Genscher seit ihrer gemeinsamen Arbeit in der FDP-Fraktion in den 1960er Jahren, galt als dessen Vertrauter und war zwischen 1981 und 1985 als Pressesprecher der FDP-Bundespartei tätig gewesen. Vgl. Eintrag „Sudhoff, Jürgen“ in Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www.munzinger.de/document/00000016851> (abgerufen vom Institut für Zeitgeschichte am 13. 11. 2014).

¹⁹⁴ Vgl. Rechnung über den Haushalt für den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts für das Haushaltsjahr 1976 (Titel 0501/53101), in: Bundesregierung (Hrsg.), Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr 1976, Bonn 1976, S. 146.

¹⁹⁵ Vgl. zum Folgenden Schreiben des Leiters des Ref. 012, Vortragender Legationsrat I. Klasse Bazing, an den Leiter des Planungsstabes, Ministerialdirektor Blech, vom 03. 02. 1977,

riert der Leiter des Referats 012, Richard Ellerkmann, dringend davon ab, die Öffentlichkeitsarbeit des Amts einer PR-Agentur anzuvertrauen. Diese skeptische Haltung gegenüber externen Werbeträgern sei durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 bestätigt worden.¹⁹⁶ Stattdessen sollte diese Arbeit hausintern durch die Einstellung weiterer Mitarbeiter geleistet werden.¹⁹⁷

Diesem Vorschlag Ellerkmanns stimmte Genscher zu.¹⁹⁸ Das Referat sollte abgesehen von seinen bisherigen Tätigkeiten eine Gesamtkonzeption für die künftige Öffentlichkeitsarbeit des Auswärtigen Amts entwickeln und weitere Aufgaben übernehmen. Dazu zählten unter anderem die Planung und Erstellung von Grundsatzartikeln „zur gezielten Placierung [sic!] in deutschen Publikationsorganen“¹⁹⁹ und die Organisation von sogenannten Journalistenreisen. Mit diesem etwas unscharfen Ausdruck wurde das durchaus eigennützige Anerbieten an Journalisten bundesdeutscher Leitmedien umschrieben, Genscher auf seinen Auslandsreisen zu begleiten, um anschließend exklusiv und zeitnah darüber zu berichten. Außerdem sollten in Zusammenarbeit mit dem Pressereferat „Journalistenseminare“ abgehalten werden. Was man sich genau unter dieser Einrichtung vorzustellen hat, konnte leider nicht ermittelt werden. Dennoch ist offensichtlich, dass der Meinungsaustausch mit den Medienvertretern intensiviert werden sollte. Ausdrücklich hervorgehoben wurde die Notwendigkeit, regelmäßige Kontakte zu Medien, Werbeträgern, Verlagen und politischen Bildungseinrichtungen auszubauen und zu institutionalisieren. Die Ordnungspläne des Auswärtigen Amts wiesen dem Referat für Öffentlichkeitsarbeit außerdem die Aufgabe zu, Verbindungen zu PR-Agenturen und Filmproduzenten aufzunehmen.²⁰⁰ Damit stand ein wesentliches Kennzeichen moderner PR, die kontinuierliche und systematische Netzwerkbildung, ganz oben auf der Agenda des Referats 012.

Im Mai 1977 legte das Auswärtige Amt dem Presse- und Informationsamt schließlich eine Kostenschätzung nach Schwerpunktthemen für die Sitzung des

Betr.: Öffentlichkeitsarbeit/Inland des AA, in: PA-AA, B 5, Ref.012 (Zwischenarchiv), Bd. 115435.

¹⁹⁶ Vgl. Schreiben an den Chef des Bundeskanzleramts, Schüler, vom 16.01.1978, Betr.: Ergebnisprotokoll über die Besprechung der beamteten Staatssekretäre am 16.01.1978, in: PA-AA, B 5, Ref.012 (Zwischenarchiv), Bd. 115435, Anhang S.3. Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vgl. URL: <http://www.telemedicus.info/urteile/Informationsrecht/Staatliche-Oeffentlichkeitsarbeit/404-BVerfG-Az-2-BvE-176-Oeffentlichkeitsarbeit.html> (Stand: 13.11.2014).

¹⁹⁷ Angedacht waren 1 Beamter A 15 (oder vergleichbarer Angestellter), 1 Beamter A 14 (oder vergleichbarer Angestellter) und 1 Schreibkraft. Vgl. Schreiben des Leiters des Ref.012, Vortragender Legationsrat I. Klasse Bazing, an den Leiter des Planungsstabes, Ministerialdirektor Blech, vom 03.02.1977, Betr.: Öffentlichkeitsarbeit/Inland des AA, in: PA-AA, B 5, Ref.012 (Zwischenarchiv), Bd. 115435, S.3.

¹⁹⁸ Auf Anfrage der Autorin bestätigte das Persönliche Büro Genschers, dass das Auswärtige Amt in seiner achtzehnjährigen Amtszeit als Außenminister nie mit einer externen PR-Agentur zusammengearbeitet hat.

¹⁹⁹ Schreiben des Leiters des Ref.012, Vortragender Legationsrat I. Klasse Bazing, an den Leiter des Planungsstabes, Ministerialdirektor Blech, vom 03.02.1977, Betr.: Öffentlichkeitsarbeit/Inland des AA, in: PA-AA, B 5, Ref.012 (Zwischenarchiv), Bd. 115435, S.2.

²⁰⁰ Diese Aufgabe wird erstmals im Ordnungsplan 1979 ausdrücklich genannt, vgl. Ordnungspläne des Auswärtigen Amts, in: PA-AA.

Haushaltsausschusses vor.²⁰¹ Den größten Teil des Budgets, insgesamt 0,7 Millionen DM, verschlangen Publikationen und Anzeigen für die erste Direktwahl zum Europäischen Parlament, die im Juni 1979 stattfinden sollte. Für Publikationen zur Entspannungspolitik und zur KSZE-Folgekonferenz wurden 0,4 Millionen DM veranschlagt, für alle restlichen außenpolitischen Themen insgesamt lediglich 0,2 Millionen DM. Diese klare inhaltliche Schwerpunktsetzung wurde durch strukturelle Maßnahmen ergänzt. Der dritte große Posten in dieser Kostenaufstellung, ebenfalls 0,4 Millionen DM, war für die Journalistenbegleitung des Bundesaußenministers und des Bundespräsidenten bei Auslandsreisen reserviert. Dies umfasste die ganzjährige Übernahme der Flugkosten für mitreisende Journalisten und der anfallenden technischen Kosten „zur Erleichterung der Berichterstattung der begleitenden Journalisten“.²⁰²

Schon bald kam es jedoch zu Differenzen mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Angesichts der angespannten Haushaltslage wurden die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit um 10 Prozent gekürzt, was eine Konzentration der inhaltlichen Ausgestaltung und personellen Zuständigkeiten erforderlich machte.²⁰³ Der Vorschlag des BPA, die Leitung und Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit aller Ressorts stärker als bisher zu übernehmen, wurde vom Auswärtigen Amt strikt abgelehnt. Unter Berufung auf das Ressortprinzip und die Notwendigkeit spezifischer Fachkenntnisse konnte sich Genscher durchsetzen: die außenpolitische Öffentlichkeitsarbeit blieb ihm direkt unterstellt.²⁰⁴ Die Ressortstreitigkeiten hielten jedoch an und verschärfen sich wegen weiterer Mittelkürzungen.²⁰⁵ Um sich gegen Übergriffe des SPD-geführten BPA geschlossen zur Wehr setzen zu können, wurde auf Vorschlag Günter Verheugens eine gemeinsame Sitzung der Öffentlichkeitsreferenten der FDP-geführten Bundesministerien einberufen.²⁰⁶ Im Februar 1978 gelang es Genscher daraufhin erneut, gegenüber dem Kabinett die Zuständigkeit des Auswärtigen Amts, das seine Arbeit nur relativ locker mit dem Bundespresseamt koordinieren sollte, durchzu-

²⁰¹ Vgl. Schreiben des Ref. 012 an Staatssekretär van Well vom 13.05.1977, Betr.: Vorberereitung der Beratung der Öffentlichkeitsarbeitsetats der Ressorts in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 25.05.1977, in: PA-AA, B 5, Ref. 012 (Zwischenarchiv), Bd. 115435.

²⁰² Vgl. ebd., S. 2.

²⁰³ Vgl. Schreiben des Ref. 012, Vortragender Legationsrat Ellerkmann, an Bundesminister Genscher vom 08.07.1977, Betr.: Öffentlichkeitsarbeit/Inland, hier: Ressortbesprechung am 14.07.1977 im BPA, in: PA-AA, B 5, Ref. 012 (Zwischenarchiv), Bd. 115435.

²⁰⁴ Vgl. Schreiben des Ref. 012, Vortragender Legationsrat Ellerkmann, an Bundesminister Genscher vom 15.07.1977, Betr.: Öffentlichkeitsarbeit/Inland, in: PA-AA, B 5, Ref. 012 (Zwischenarchiv), Bd. 115435.

²⁰⁵ Vgl. Schreiben des Ref. 012, Vortragender Legationsrat Ellerkmann, an Bundesminister Genscher vom 05.12.1977, Betr.: Öffentlichkeitsarbeit/Inland, hier: Planung für das Haushaltsjahr 1978, in: PA-AA, B 5, Ref. 012 (Zwischenarchiv), Bd. 115435, und Aufzeichnung des Bundeskanzleramts vom 16.01.1978, Betr.: Ergebnisprotokoll über die Besprechung der beamteten Staatssekretäre am 16.01.1978, in: PA-AA, B 5, Ref. 012 (Zwischenarchiv), Bd. 115435.

²⁰⁶ Vgl. Vermerk Günter Verheugens für Bundesminister Genscher vom 14.02.1978, Betr.: Vorschläge zur Konzeption der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung in der 8. Legislaturperiode, in: PA-AA, B 5, Ref. 012 (Zwischenarchiv), Bd. 115435.

setzen.²⁰⁷ Auch das Budget des Auswärtigen Amts für Öffentlichkeitsarbeit konnte er bis einschließlich 1980 stabil auf dem Niveau von 1,71 Millionen DM halten. Nach der Bundestagswahl mussten allerdings auch hier im Rahmen allgemeiner Sparmaßnahmen Mittelkürzungen vorgenommen werden. Der Haushaltsposten für Öffentlichkeitsarbeit sank über den Koalitionswechsel hinweg kontinuierlich von 1,6 Millionen DM (1981) auf 1,2 Millionen DM (1984).²⁰⁸

Neben der institutionellen Professionalisierung der Pressearbeit ging Genscher dazu über, bisher bereits erprobte Instrumentarien der Öffentlichkeitsarbeit als Mittel außenpolitischen Krisenmanagements zu nutzen. Die Bundespressekonferenz, die in der Regel dreimal pro Woche stattfand, war keine Einrichtung der Bundesregierung, sondern ein Organ der Presseselbstverwaltung.²⁰⁹ Eingeladen wurden neben dem Regierungssprecher auch die Pressesprecher der thematisch betroffenen Ressorts, in Einzelfällen auch der Bundeskanzler, Minister oder Parteivorsitzende. Sie nahmen, meist auf Grundlage eines vorgefertigten Sprechzettels, zu ausgewählten Themen Stellung und standen den Journalisten für Rückfragen zur Verfügung. Die dominanteste Rolle nahm zweifellos der Regierungssprecher ein, der in Personalunion als Chef des Presse- und Informationsamts fungierte.²¹⁰ Er war dem Bundeskanzler direkt unterstellt und für die Kabinettsberichterstattung zuständig. Von den Ressortsprechern war es mit weitem Abstand derjenige des Außenministers und Vizekanzlers, der sich am häufigsten zu Wort meldete. Den Vertretern des Verteidigungs-, Wirtschafts- und Innenministeriums oder gar den Sprechern des Finanz-, Justiz- und Gesundheitsministeriums schenkten die Medien hingegen kaum Beachtung, so dass die Bundespressekonferenz vor allem ein Forum öffentlicher Kommunikation für Kanzler und Außenminister bildete.

Nach solchen Pressekonferenzen gab die Deutsche Presse-Agentur (dpa) eine entsprechende Meldung heraus.²¹¹ Als größte bundesdeutsche Nachrichtenagen-

²⁰⁷ Vgl. Aufzeichnung des Ref.011 des Auswärtigen Amts vom 23.02.1978, Betr.: Auszug aus dem Kurzprotokoll über die 60. Sitzung des Bundeskabinetts am 15.02.1978, in: PA-AA, B 5, Ref.012 (Zwischenarchiv), Bd. 115435, und Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs des Bundesfinanzministeriums (BMF), Karl Haehser, an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, Betr.: Konzeption der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung, in: PA-AA, B 5, Ref.012 (Zwischenarchiv), Bd. 115435.

²⁰⁸ Vgl. dazu den Posten für Öffentlichkeitsarbeit (Titel 0501/53101) in der Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes für die Haushaltsjahre 1977–1984, in: Bundesregierung (Hrsg.), Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes, Bonn 1976–1984.

²⁰⁹ Vgl. zum Folgenden Walker, Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, S. 180–198.

²¹⁰ Zu Funktion und Aufgabenbereich von Regierungssprechern vgl. Jens Tenscher, Verkünder, Vermittler, Vertrauensperson. Regierungssprecher im Wandel der Zeit, in: Schatz, Politische Akteure in der Mediendemokratie, S. 245–269.

²¹¹ Vgl. dazu auch Walker, Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, S. 211–225. Allgemein zur Rolle von Nachrichtenagenturen vgl. Hermann Meyn, Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1990, S. 93–101, und Jürgen Wilke, Nachrichtenagenturen, in: Ders., Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 469–488.

tur übernahm die dpa eine wichtige Multiplikatorenfunktion. Nahezu alle west-deutschen Tageszeitungen und Rundfunkanstalten bezogen von ihr grundlegende Informationen über die politischen Ereignisse aus aller Welt. Wie Andreas Michaelis zu Recht konstatierte, stellten die in Agenturmeldungen transportierten Inhalte für die darauf zugreifenden Medienvertreter oftmals bereits Fakten dar.²¹² Mit Pressekonferenzen und gezielten Meldungen an die dpa konnten die Bundesregierung und das Auswärtige Amt also bis zu einem gewissen Grad auf das Agenda-Setting der deutschen Medien einwirken. Genscher selbst nutzte jede Begegnung mit einem Besucher im Auswärtigen Amt zur kontrollierten Medieninformation.²¹³ Er diktierte in aller Regel persönlich die Presseerklärung und verfolgte mit an Besessenheit grenzender Akribie den Nachrichtenfluss. „Selbst auf Auslandsreisen pflegte er sich von seinen Mitarbeitern die Reihenfolge und Gewichtung der Meldungen in den abendlichen Fernsehnachrichten von ZDF und ARD durchtelefonieren zu lassen.“²¹⁴ Meldeten die Agenturen einen Trend, der nicht im Sinne Genschers war, führte dies nicht selten zu spontanen Zornausbrüchen. „Die Journalisten mussten sofort angerufen und der Minister auf den Teppich zurückgeholt werden“, erinnerte sich ein ehemaliger Mitarbeiter des Pressestabes süffisant.²¹⁵

Hintergrundgespräche mit Journalisten wurden in der Regel sowohl vom Bundeskanzler und Minister als auch von Botschaftern und Vertretern des Pressereferats geführt. Dies geschah häufig vor oder während Reisen ins Ausland. Der Kanzler beziehungsweise der Minister nahm dann einen ausgewählten Zirkel bundesdeutscher Pressevertreter mit und führte häufig im Flugzeug entsprechende Vorgespräche, um die Intention, Erwartungshaltung und Bedeutung der Reise für die bundesdeutsche Politik im Vorfeld zu erläutern.²¹⁶ In Bonn hatten sich zu diesem Zweck verschiedene Hintergrundrunden gebildet, in denen ein regelmäßiger Austausch zwischen Politik und Medien gepflegt wurde. Berühmte Beispiele solcher Gesprächszirkel waren die sozial-liberal organisierte „Gelbe Karte“ und der christdemokratisch geprägte „Ruderclub“, der besonders in der Kanzlerschaft Helmut Kohls an Bedeutung gewann.²¹⁷

Auch inszenierte Begegnungen wie etwa die jährlich stattfindende Dampferfahrt Genschers mit den Bonner Pressevertretern oder die gemeinsamen Fischesen mit Journalisten am Aschermittwoch boten Gelegenheit, exklusive Informationen zu erhalten und das ein oder andere Foto zu schießen.²¹⁸ In solchen Hintergrundgesprächen galten die Verlautbarungsregeln der Bundespressekonferenz.

²¹² Vgl. dazu Andreas Michaelis, Kein Raum für Geheimdiplomatie: Medien und Außenpolitik, in: Brandt/Buck, Auswärtiges Amt, S. 136–146.

²¹³ Vgl. Kiessler, Außenpolitik als „Public Diplomacy“, S. 385.

²¹⁴ Ebd., S. 375.

²¹⁵ Zitiert nach ebd., S. 375.

²¹⁶ Vgl. dazu auch Zipfel, Helmut Schmidt und die Medien, S. 383–387.

²¹⁷ Uwe Vorkötter, Die Macht der Medien in der Mediendemokratie, in: Gerhard Göhler/Cornelia Schmalz-Jacobsen/Christian Walther (Hrsg.), Macht und Medien. Über das Verhältnis von Politik und Kommunikation, Frankfurt a. M. u. a. 2007, S. 13–25.

²¹⁸ Vgl. Kiessler, Außenpolitik als „Public Diplomacy“, S. 375, und Genscher, Erinnerungen, S. 458.

„Unter eins“ wurde das bekannt gegeben, was mit Quellen- und Namensangabe zitiert werden durfte. „Unter zwei“ war lediglich eine pauschale Quellenangabe möglich, beispielsweise „das Auswärtige Amt“ oder „die Bundesregierung“. Informationen, die „unter drei“ kommuniziert wurden, dienten nur der persönlichen Unterrichtung der Journalisten, waren folglich weder zitier- noch zuschreibbar. Dies bot dem Minister den ausreichend vertraulichen Rahmen für Tiefenanalysen, Perspektiven und brisante Details.²¹⁹ Genscher selbst äußerte sich zur Bedeutung von Hintergrundgesprächen rückblickend:

„Hintergrundgespräche fanden entweder im Flugzeug oder auf Einladung im Auswärtigen Amt statt. Sie liefen unter 3, das heißt es durfte nicht gedruckt werden. In der Regel bekamen Journalisten sehr weitgehende Informationen und in der Regel funktionierte das auch gut. Hintergrundgespräche führte ich fast ausschließlich mit deutschen Journalisten, nicht mit Journalisten aus dem Ausland. Hintergrundgespräche sind wichtig vor allem für Kommentatoren, damit sie dem Leser Zusammenhänge und Abläufe erklären können, beispielsweise warum sich Breschnew oder Reagan oder wer auch immer in einer bestimmten Situation so und nicht anders verhalten hat.“²²⁰

Besonders wichtig waren derartige Gespräche für Vertreter der überregionalen deutschen Tages- und Wochenzeitungen, da diese Raum für Analysen und vertiefte Hintergrundberichte hatten. Nachrichtensendungen in Hörfunk und Fernsehen bezogen ihre Informationen aus den Printmedien und mussten selbst mit Beiträgen von maximal 90 Sekunden zwangsläufig an der Oberfläche bleiben. Unverkennbar ist, dass diese Form persönlicher Kontaktpflege und der gegenseitigen Vertrauensbildung im beiderseitigen Interesse lag.²²¹ Während für Journalisten die Informationsgewinnung im Vordergrund stand, konnte Genscher bei diesen Gelegenheiten gezielt Informationen streuen und informell Einfluss auf die Berichterstattung nehmen.

Neben dem Instrument des Hintergrundgesprächs waren Presseinterviews eines der herausragenden und wichtigsten medienpolitischen Instrumente Genschers. Sie waren ungleich stärker auf die Person des politisch Handelnden fokussiert, der bei entsprechendem Talent und Übung das Gespräch bis zu einem gewissen Grad selbst steuern konnte.²²² Genscher äußerte sich in einem Gespräch mit der Autorin zur Bedeutung von Interviews für sein außenpolitisches Handeln:

„Wissen Sie, ich kann ja nicht jeden Deutschen zuhause besuchen, um ihm meine Politik zu erläutern. Aber ich wollte die Außenpolitik herausreißen aus der Anonymität, in der sie sich befand, weil sie meist als geheime Kammerpolitik geführt wurde. Um die Zustimmung der Öffentlichkeit zu bekommen, muss man Außenpolitik der Öffentlichkeit und dem Bürger erklären. Und genau dafür sind Interviews das geeignete Instrument.“²²³

²¹⁹ Vgl. dazu Michaelis, Kein Raum für Geheimdiplomatie, S. 145.

²²⁰ Interview der Autorin mit Hans-Dietrich Genscher am 26. 06. 2012 in München.

²²¹ Zur Bedeutung von Hintergrundgesprächen für die Vertrauensbildung vgl. Christine Schniedermann, Regierungs-PR und Journalismus zwischen Nähe und Distanz, in: Köhler/Schuster, Handbuch Regierungs-PR, S. 111–118, hier: S. 113f.

²²² Grundlegend zur Steuerungsfunktion von Interviews vgl. Kristina Binder, Das Starinterview. Eine vergleichende Textanalyse von Presse-, Hörfunk-, Fernseh- und Chatinterview, Würzburg, Univ. Diss., 2005.

²²³ Interview der Autorin mit Hans-Dietrich Genscher am 26. 06. 2012 in München.

Genscher verwies hier auf die innenpolitische Dimension, die auf die parlamentarische Durchsetzung von Außenpolitik abzielte. Unerwähnt bleibt freilich, dass Genscher ganz bewusst und wesentlich intensiver als seine Amtsvorgänger Interviews dazu nutzte, um sich selbst gegenüber dem In- und Ausland als entscheidenden politischen Akteur in Szene zu setzen.

Wie kein zweiter verstand er es, Antworten auf präzise Fragen der Journalisten ins Allgemeine zu dehnen. „Er bevorzugte Interviewer, deren Fähigkeit zur harten Nachfrage nicht ausgeprägt üppig entwickelt war.“²²⁴ Erstaunlich ist, mit welcher „einschläfernd suggestiver Monotonie“²²⁵ es ihm gelang, durch permanente Wiederholung der immer gleichen Formulierungen politische Begriffe zu besetzen. Er besaß eine formelhafte, versatzstückartige Sprache, die er einem Baukastensystem gleich immer wieder neu zusammensetzte. Nur schwer waren einzelne Halbsätze auszumachen, die eventuell Neues oder zumindest neue Nuancen enthielten. Für den Laien waren diese kaum herauszudestillieren, stattdessen überwog das Gefühl der Langeweile,²²⁶ aber oder gerade deshalb auch der Kontinuität. Da man Genscher ständig dasselbe sagen hörte, schien man seine Position zu kennen, sie schleifte sich nahezu zwangsläufig ins Gedächtnis der Bevölkerung ein. Gleichzeitig konnte sich Genscher mit seiner chamäleonartigen Sprache bei Bedarf stets darauf berufen, diese oder jene Meinung ja schon immer und als Erster vertreten zu haben, wie man an diesem oder jenem Halbsatz ablesen könne. Dies ermöglichte ihm außerdem, seinen diplomatischen Verhandlungspartnern, beispielsweise Moskau, unterschwellig Botschaften zu übermitteln, wo gegebenenfalls Möglichkeiten der Kompromissfindung bestünden, ohne dass diese ihn später konkret auf einen Standpunkt festlegen konnten.

Darin unterschied sich Genscher von Helmut Schmidt, dessen Markenzeichen eine klare und harte Sprache war, die von den Journalisten wegen ihrer Präzision geschätzt wurde.²²⁷ Gleichzeitig bot der Kanzler damit eine breite Angriffsfläche, wenn Parteigenossen oder Verhandlungspartner – beispielsweise US-Präsident Carter – abweichende Meinungen vertraten. Bestehende Kontroversen konnten semantisch weniger leicht abgeschliffen werden als Äußerungen Genschers, die

²²⁴ Vgl. Kiessler, Außenpolitik als „Public Diplomacy“, S. 379.

²²⁵ Ebd., S. 379.

²²⁶ Dies galt auch für Genschers Reden vor dem Deutschen Bundestag, wie ein Schreiben des FDP-Mitglieds Hansjoachim S. an den Fraktionsvorsitzenden Mischnick vom 11. 12. 1979 belegt. Darin beschwerte er sich, „dass die Fraktion offensichtlich nicht in der Lage ist, Redner auf die Tribüne zu schicken, denen die Gabe einer überzeugenden Forensik gegeben ist. Auch der beschwörend-eintönige Redefluss des Herrn Genscher beeindruckt trotz aller Objektivität seiner Darlegungen nicht mehr. Eine Katastrophe ist leider das rednerische Auftreten des Herrn Hoppe. Sein sachlich sicherlich richtiger Vortragsinhalt ging völlig unter in der von ihm verbreiteten Langeweile. Ihm ist nun einmal jegliche Rednergabe versagt. Sie hätten die gelangweilten und fast in Schlaf verfallenden Gesichter der Herren Schmidt und Strauß sehen sollen, die sprachen Bände.“ Schreiben Hansjoachim S. an den Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, vom 11. 12. 1979, in: AdL, Bestand Mischnick, A38-561.

²²⁷ Helmut Schmidt ist neben Konrad Adenauer der einzige Kanzler, dessen politische Öffentlichkeitsarbeit systematisch untersucht worden ist. Vgl. dazu Rosumek, Die Kanzler und die Medien, S. 134–156; Zipfel, Helmut Schmidt und die Medien, und Birkner, Mann des gedruckten Wortes.

per se kaum Kanten besaßen. Dennoch funktionierte die Öffentlichkeitsarbeit des Kanzleramts unter Regierungssprecher Bölling ausgezeichnet.²²⁸ Er besaß ein ausgeprägtes Verständnis für informationspolitische Angelegenheiten und ein hohes Maß an diplomatischem Geschick, um negativ wirkende Verhaltensweisen und Imagefacetten des Kanzlers abzumildern und das Bild Schmidts als „Macher“, Krisenmanager und weltmännischer Staatsmann zu kultivieren.²²⁹ Sein Nachfolger als Regierungssprecher, Kurt Becker, hingegen verstärkte die polarisierende Wirkung der Schmidt'schen Pressestatements und ließ darüber hinaus ein adäquates Gespür für die Stimmungen und Differenzen innerhalb der SPD vermissen. Auftritte vor der Bundespressekonferenz gehörten aufgrund seiner bedächtigen und leicht hölzernen Art zu sprechen nicht zu seinen Stärken und konnten in Krisensituationen – wie noch zu zeigen sein wird – desaströse Folgen haben.²³⁰

Bot die Öffentlichkeitsarbeit des Kanzleramts ab 1980 für CDU und CSU ideale Steilvorlagen, um die Politik der Bundesregierung in die Kritik zu nehmen, gestaltete sich die sprachliche Wendigkeit Genschers ausgesprochen problematisch für die Unionsparteien. Wie dargelegt, bemühte sich der Außenminister über den Auswärtigen Ausschuss und in informellen Gesprächen mit den Oppositionsparteien, fraktionsübergreifende Zustimmung für seine Politik zu erhalten. Wie Genscher Äußerungen der Union vor dem Bundestag in seinen Interviews zu vereinnehmen verstand, mag ein Gespräch in der Sendung „Politik am Mittag“ des N/WDR vom 1. April 1981 illustrieren. Anlass war Genschers bevorstehende Moskau-Reise, wo über die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen gesprochen werden sollte. In dem Interview wurde Genscher nun gefragt, wie er zu dem Vorwurf der Opposition stehe, dass seine Verhandlungsposition in Moskau durch die in der Außenpolitik gesplante Regierungskoalition deutlich erschwert würde. Genscher antwortete darauf:

„Die Bundesregierung hat ihre Position zu den wichtigen Fragen unserer Außenpolitik sehr eindeutig klargemacht. Es gibt hier innerhalb der Bundesregierung keine Meinungsverschiedenheiten; und die Zustimmung der beiden Regierungsfractionen zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers unterstreicht, dass diese Übereinstimmung nicht nur unter den Mitgliedern der Bundesregierung vorhanden ist, sondern dass wir für unsere Außenpolitik auch die Unterstützung der beiden Fractionen haben, das heißt, ich bewege mich bei meinem Besuch in Moskau auf einem gesicherten Boden der Unterstützung hier, und ich sehe es natürlich als einen Vorzug an, dass auch die Opposition in wesentlichen Elementen unsere Außenpolitik unterstützt. Ich teile also die Besorgnisse des Oppositionsführers nicht.“²³¹

²²⁸ Zur Rolle Böllings als Regierungssprecher Helmut Schmidts vgl. ebd., S. 164–189; Schniederermann, Regierungs-PR und Journalismus zwischen Nähe und Distanz, S. 112f., und Baerns, Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus, S. 163f.

²²⁹ Bölling war schon in den 1960er Jahren für Schmidt in dessen Zeit als Hamburger Innensenator tätig gewesen und wurde 1976 als Regierungssprecher nach Bonn berufen, wo er Schmidt unter Rekurs auf dessen beherztes Engagement bei der Hamburger Sturmflut 1962 zum Macher, Krisenmanager und Weltökonom stilisierte. Vgl. dazu Rosomek, Die Kanzler und die Medien, S. 140, und Zipfel, Helmut Schmidt und die Medien, S. 506–586.

²³⁰ Zur Rolle Beckers als Regierungssprecher Helmut Schmidts vgl. ebd., S. 189–196.

²³¹ Interview des N/WDR vom 01.04.1981 für die Sendung „Politik am Mittag“ um 13.10 Uhr, in: ACDP, Pressearchiv.

Statt die Opposition seinerseits anzugreifen, setzte Genscher auf eine Taktik verbaler Umarmung, indem er die Union mehr oder minder dazu beglückwünschte, sich seiner Politik angeschlossen zu haben.

Neben dieser sprachlichen Raffinesse war eine geschickte Platzierung der Interviews entscheidend für deren politische Wirkung. Innerhalb der Printmedien waren es vor allem regionale und lokale Blätter, die davon profitierten. Da sie oftmals keine eigenen Korrespondenten besaßen, die den Außenminister auf Reisen begleiten oder in der Hauptstadt dauerhaft präsent sein konnten, war ein Exklusivinterview mit dem Minister ein besonderer Aufmacher. Diesem Aspekt Rechnung tragend, setzte Genscher bei seinen Zeitungsinterviews speziell auf diese Zielgruppe. Beispielsweise wurde am Tag nach der eben genannten Moskau-Reise Genschers im April 1981²³² in der Zeitung *Sonntag aktuell*, der gemeinsamen Sonntagsausgabe von *Rheinpfalz*, *Stuttgarter Nachrichten*, *Stuttgarter Zeitung* und *Südwestpresse*, ein Interview mit dem Außenminister abgedruckt.²³³ Mit den *Bonner Perspektiven* hatte er eine Woche vor seinem Reiseantritt gesprochen.²³⁴ Auch vor Illustrierten machte er nicht Halt. Zwei Wochen später konnte die *Quick* mit einem Exklusivinterview aufwarten, der Illustrierten *Express* hatte er bereits im März ein Interview gegeben.²³⁵ Über eine Pressemitteilung des Auswärtigen Amts wurden alle Interviews zeitnah auch allen anderen Medien zugänglich gemacht.

Neben der bevorzugten Beachtung regionaler Blätter platzierte Genscher seine Interviews auch gezielt in oppositionsnahen Zeitungen. In der sozial-liberalen Ära suchte er geradezu offensiv den Kontakt mit rechts-konservativen Blättern wie der *Bild-Zeitung* oder der *Welt*. Für ihn waren sie, ähnlich wie der Auswärtige Ausschuss des Bundestages in parlamentarischer Hinsicht, ein Experimentierfeld dafür, welche seiner Formulierungen griffig erschienen und wo seine Argumentation auf Kritik stieß. Zum Moskau-Besuch wurde deshalb auch die *Bild am Sonntag* mit einem Exklusivinterview versorgt.²³⁶ Mit Grunig und Hunt gesprochen pflegte Genscher symmetrische Kommunikation zur Erzeugung politischer Rückkoppelungseffekte.²³⁷

In dieselbe Kerbe stießen sogenannte Namensartikel Genschers, die gemeinsam vom Referat für Öffentlichkeitsarbeit und dem Planungsstab konzipiert und von

²³² Genscher hielt sich vom 02. 04.–04. 04. 1981 in Moskau auf und sprach dort mit Außenminister Gromyko und KPdSU-Generalsekretär Breschnew. Vgl. dazu AAPD 1981, Dok. 93, 95, 96, 97 und 99.

²³³ Vgl. Mitteilung des Auswärtigen Amts für die Presse Nr. 2105 B/81 vom 04. 04. 1981: Interview Genschers mit Sonntag Aktuell (Hans Peter Schütz) zum Moskau-Besuch Genschers, in: AdL, Depositum Genscher, N 52-681.

²³⁴ Vgl. Mitteilung des Auswärtigen Amts für die Presse Nr. 1047 B/81: Interview Genschers am Sonntag, 22. 03. 1981, mit den Bonner Perspektiven (Hans-Joachim Reiche) über das Thema „Nach der Polen-Reise und vor der Moskau-Reise“, in: AdL, Depositum Genscher, N 52-681.

²³⁵ Vgl. Mitteilung des Auswärtigen Amts für die Presse Nr. 2110 B/81 vom 16. 04. 1981: Interview Genschers mit der Quick (Limbach, Vogel) für die Ausgabe Nr. 17 vom 16. 04. 1981, in: AdL, Depositum Genscher, N 52-681.

²³⁶ Vgl. Mitteilung des Auswärtigen Amts für die Presse Nr. 2104 B/81 vom 05. 04. 1981: Interview Genscher mit Bild am Sonntag (Hans-Werner Loose) für die Ausgabe vom 05. 04. 1981 zu seiner Moskau-Reise, in: AdL, Depositum Genscher, N 52-681.

²³⁷ Vgl. dazu auch Helmut Scherer, Wer reden will, muss hören, S. 129–145.

Genscher selbst redigiert wurden. In den achtziger Jahren etablierte er in der außenpolitisch völlig unbedeutenden *Nordsee-Zeitung* eine Namenskolumne, die er dazu nutzte, politische Diskussionen anzustoßen. Er konnte sich sicher sein, dass ein solcher Artikel, beispielsweise zu rüstungspolitischen Themen, seine Kreise bis nach Bonn ziehen würde, zumal das Pressereferat des Auswärtigen Amts diesen selbstverständlich an die Nachrichtenagenturen weiterleitete. Allein zwischen 1980 und 1983 sind mindestens dreizehn Namensartikel zum NATO-Doppelbeschluss und zur Entspannungspolitik überliefert,²³⁸ die durch zahlreiche weitere Artikel zu aktuellen außen- und deutschlandpolitischen Fragen ergänzt wurden.²³⁹ Hinzu kamen einzelne Artikel gleicher Machart in anderen Blättern wie beispielsweise der Illustrierten *Die Bunte* oder der *Bild-Zeitung*.²⁴⁰ Dieser Methode, Dinge subkutan in Bewegung zu setzen, bediente sich Genscher nicht nur als Außenminister, sondern auch als FDP-Chef.

„So rief er am Montag morgen um halb acht aus dem Auto seine Sekretärin an, um eine Erklärung des Parteivorsitzenden etwa zur Europa-Politik in den Block zu diktieren. Noch bevor das FDP-Präsidium den Beschluss, so wie ihn Genscher wünschte, gefasst hatte, lief das Ergebnis über die Ticker der Nachrichtenagenturen. Genscher hatte die Deutungshoheit errungen.“²⁴¹

Als weiteren Beleg für diese Taktik lässt sich die medienwirksame Inszenierung seines Rücktritts als Außenminister anführen. Bezeichnenderweise gab Genscher am Morgen des 27. April 1992 über die dpa öffentlich seinen Rücktritt bekannt und informierte das FDP-Präsidium erst anschließend über seine Entscheidung.²⁴²

Mehr noch als für Zeitungen waren Interviews für Radio- und Fernsehnachrichten von Bedeutung, die anders als die Printmedien auf Ton- und Bildquellen angewiesen waren. Denn nichts schien authentischer als ein Interview mit dem Minister selbst, das obendrein die Einschaltquote erhöhte. Allein zur sicherheitspolitischen Diskussion um den NATO-Doppelbeschluss sind mindestens 27 Radio- und 29 Fernsehinterviews überliefert.²⁴³ Dies ist eine beachtliche Menge,

²³⁸ Vgl. die Namensartikel Genschers in der *Nordsee-Zeitung* vom 05. 03. 1980, 26. 04. 1980, 13. 02. 1981, 23. 12. 1981, 09. 04. 1982, 12. 06. 1982, 06. 11. 1982, 19. 02. 1983, 18. 03. 1983, 08. 04. 1983, 10. 06. 1983, 01. 07. 1983 und 31. 12. 1983.

²³⁹ Vgl. hierzu beispielsweise Namensartikel in der *Nordsee-Zeitung* zur Entwicklung der Lage in Polen vom 27. 03. 1981 und 15. 01. 1982, sowie zu deutschlandpolitischen Themen die Namensartikel vom 03. 01. 1981, 05. 12. 1981 und 19. 03. 1982.

²⁴⁰ Vgl. den Namensartikel zum NATO-Doppelbeschluss in *Die Bunte* vom 05. 03. 1980, und Mitteilung des Auswärtigen Amts für die Presse Nr. 2128 B/81 vom 11. 09. 1981: Namensartikel Genschers für die *Bild-Zeitung* zu dem bevorstehenden Besuch von US-AM Haig, in: AdL, Depositum Genscher, N 52-683.

²⁴¹ Vgl. Kiessler, Außenpolitik als „Public Diplomacy“, S. 385.

²⁴² Vgl. dazu Otfried Jarren/Klaus-Dieter Altmeyden/Wolfgang Schulz, Parteiintern – Medien und innerparteiliche Entscheidungsprozesse. Die Nachfolge Genschers und die Kür Engholms zum SPD-Kanzlerkandidaten, in: Wolfgang Donsbach (Hrsg.), *Beziehungsspiele – Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion. Fallstudien und Analysen*, Gütersloh 1993, S. 111–157, hier: S. 137f.

²⁴³ Zu den Radiointerviews Genschers vgl. Deutsche Welle: 27. 06. 1980; Deutschlandfunk: 14. 07. 1980, 10. 02. 1981, 24. 02. 1981, 11. 03. 1981, 20. 05. 1981, 02. 10. 1981, 30. 11. 1981,

wenn man bedenkt, wie viele weitere Interviews Genscher zeitgleich zur Entspannungspolitik, dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, der Polen-Krise, weiteren innenpolitischen Themen und vor allem im Wahlkampf gab. Die meisten seiner Radio-Interviews führte Genscher mit dem Deutschlandfunk, der nicht nur in der ganzen Bundesrepublik, sondern auch in Berlin und in der DDR empfangen werden konnte. „Das Ministerinterview, am Montagmorgen um 7 Uhr 15 im ‚Deutschlandfunk‘ ausgestrahlt, wurde zum Führungsinstrument – auch für die Beamten im Auswärtigen Amt.“²⁴⁴

Dieses Vorgehen hatte den Vorteil, dass ein Hörfunksender ein solch frühes Exklusivinterview den ganzen Tag über wiederholte. Über entsprechende Pressemitteilungen des Auswärtigen Amts, Meldungen der dpa und des Nachrichtenmagazins der FDP, der *freien demokratischen korrespondenz* (fdk) wurde der Wortlaut auch allen anderen Medienvertretern zugänglich, so dass noch am selben Tag oder tags darauf Zeitungen und Fernsehen ebenfalls über die Stellungnahme Genschers berichteten. Diese Multiplikatoreffekte sind quantitativ schwer zu messen, zeigen jedoch, dass mit einer relativ geringen Anzahl an Interviews – wenn sie geschickt platziert wurden – eine breite Welle der Berichterstattung ausgelöst werden konnte. Außerdem erreichte Genscher mit seiner medienpolitischen Strategie nahezu alle sozialen Schichten und Altersgruppen. Unabhängig davon, ob man überregionale Qualitätszeitungen, kleine lokale Blätter oder Illustrierte las, ob man Radio hörte oder fernsah: Um Genscher kam man nicht herum.

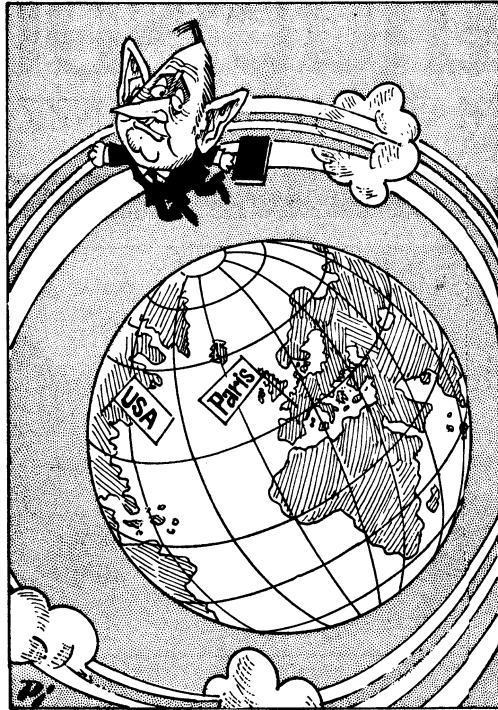
Das langfristig wohl wirkmächtigste Charakteristikum in der Öffentlichkeitsarbeit des Auswärtigen Amts in der Ära Genscher war die mediale Personalisierung bundesdeutscher Außenpolitik. Genscher gab ihr Stimme und Gesicht, verlieh der abstrakten, schwer greifbaren Materie diplomatischer Verhandlungen eine menschliche Dimension. Bester Ausdruck hierfür war sein Habitus als „Reiseaußenminister“, der ständig auf der ganzen Welt unterwegs war, um die Interessen seines Landes zu vertreten. Bereits in den ersten Monaten seiner Amtszeit hatte er dieses Image durch seine rege Gesprächsdiplomatie begründet und zu seinem Markenzeichen entwickelt. Genscher zelebrierte diesen Ruf durch Pressestatements, Interviews und Fotoaufnahmen auf Auslandsreisen, bei denen das Auswärtige Amt nicht umsonst die Kosten für mitreisende Journalisten übernahm.²⁴⁵ Auch Zeitungen griffen dieses Motiv gerne auf, wie zahllose Karikaturen zu Genschers Reisetätigkeit belegen (vgl. Abb. 4 und 5):

11. 12. 1981, 31. 12. 1981, 10. 03. 1982, 12. 11. 1982, 23. 12. 1982, 17. 01. 1983, 17. 10. 1983, 09. 12. 1983; Radio Bremen: 05. 07. 1980; RIAS Berlin: 04. 07. 1981, 02. 07. 1983; Saarländischer Rundfunk: 25. 11. 1981; Sender Freies Berlin: 17. 05. 1980; Süddeutscher Rundfunk (SDR)/Südwestfunk (SWF)/Südfunk Stuttgart: 14. 03. 1980, 25. 04. 1981, 17. 04. 1983, 26. 11. 1983; NDR/WDR: 21. 02. 1981, 01. 04. 1981. Zu den TV-Interviews Genschers vgl. ARD: 18. 01. 1980, 15. 02. 1980, 16. 05. 1980, 19. 03. 1981, 09. 03. 1982; BR: 25. 07. 1981, 07. 10. 1982; Hessischer Rundfunk: 18. 07. 1981, 29. 11. 1981; NDR/WDR: 03. 10. 1981, 11. 05. 1982, 09. 06. 1982, 07. 10. 1982, 07. 07. 1983; SWR/SWF: 14. 05. 1980, 17. 05. 1980, 05. 05. 1981, 15. 06. 1981; Saarländischer Rundfunk: 01. 05. 1981, 15. 05. 1982, 19. 01. 1983; ZDF: 21. 01. 1980, 13. 09. 1981, 10. 02. 1981, 05. 04. 1981, 15. 11. 1981, 18. 01. 1983, 03. 07. 1983, 07. 07. 1983.

²⁴⁴ Kiessler, Außenpolitik als „Public Diplomacy“, S. 374.

²⁴⁵ Vgl. dazu auch Kapitel I.1.

Abb. 4: Genscher als „Reiseaußenminister“



Schon wieder in der Umlaufbahn

Zeichnung: Pielert

Abb. 5: Bundesaußenminister Genscher bei der Arbeit



Gleitende Arbeitszeit, Schichtwechsel – die Maschine darf nicht stillstehen!

Das häufig gewählte Motiv des Außenministers, der mit seinem unentbehrlichen Aktenkoffer dynamisch in Höchstgeschwindigkeit um den Globus kreiste und nur einen kurzen Abstecher in seine außenpolitische Schaltzentrale in Bonn machte, nur um sofort zum nächsten Termin aufzubrechen, unterstrich zugleich

das Bild Genschers als fleißiger, akribischer und unermüdlicher Arbeiter, dessen Arbeitspensum Respekt abnötigte. Unterstrichen wurde dieses Image durch zahlreiche Fotoaufnahmen, die Genscher konzentriert über einen Stapel Unterlagen gebeugt, den Kopf in die linke Hand gestützt, beim Aktenstudium zeigten. Selbst das Titelbild seiner Autobiographie übernahm diese wirkmächtige Pose (vgl. Abb. 6)²⁴⁶.

Die Inszenierung Genschers als Leistungsträger der Bundesregierung und der Gesellschaft passte ideal ins Profil einer bürgerlich-liberalen Partei. Nicht umsonst übernahm auch die FDP das Motiv des dynamischen Außenministers und zeigte ihn – etwa im Wahlkampf 1980 –, wie er mit hochgekrempelten Hemdsärmeln einem auf dem Foto nicht abgebildeten Publikum sein politisches Programm erläuterte (vgl. Abb. 7).

Diese personelle Verknüpfung zwischen Auswärtigem Amt und der FDP verstärkte Genscher dadurch, dass er seine Pressestatements als Außenminister oftmals durch Äußerungen als Parteisprecher flankieren ließ. „Er war davon überzeugt, dass die Außenpolitik einen breiten Boden brauchte – in der Presse wie in der eignen Partei“, erinnerte sich der frühere FDP-Sprecher Josef Gerwald.²⁴⁷ Dies belegt auch eine Auswertung der *freien demokratischen Korrespondenz* (fdk) der FDP-Fraktion und des FDP-Tagesdienstes, die nahezu jedes Interview Genschers wiedergaben und damit indirekt Äußerungen des Außenministers zu einem Teil der FDP-Öffentlichkeitsarbeit machten. Genscher selbst betonte in seinen Memoiren, dass gerade bei den Wahlen 1983, 1987 und 1990, also auch nach dem Koalitionswechsel zur Union und nach seinem Rücktritt als Parteivorsitzender, seine Funktion als Außenminister eine bedeutende Rolle gespielt habe. „Die F.D.P. wurde in immer höherem Maße mit dieser Außenpolitik identifiziert, und die Tatsache, dass sowohl bei den Wahlen 1983 wie 1987 und 1990 mein Verbleib im Amt mit zur Entscheidung gestellt wurde, bestätigte das.“²⁴⁸

Zum Sinnbild dieser Ämterverflechtung wurde der berühmte gelbe Pullunder Genschers, der sich schon früh zu seinem Markenzeichen entwickelt hatte. Gemäß seiner Strategie, schwierige Treffen mit auswärtigen Amtskollegen durch persönliche Begegnungen in ungezwungenem Rahmen aufzulockern, hatte Genscher den aus Fürth stammenden, fußballbegeisterten US-Außenminister Henry Kissinger am 3. Juli 1974 nach Dortmund eingeladen, um gemeinsam mit ihm das Weltmeisterschaftsspiel der Niederlande gegen Brasilien anzusehen.

„Eine Bekannte meiner Mutter, Frau Husemeier aus Soest, hatte eigens zu diesem Anlass einen Pullover für den amerikanischen Außenminister gestrickt, den ich ihm im Stadion übergab. Von der Presse wurde das fast so breit vermerkt wie unsere Teilnahme. Für Henry aber hatte diese Geste [...] große menschliche Bedeutung: Es ist nicht nur der Händedruck der Staatsmänner, auf den es ankommt.“²⁴⁹

²⁴⁶ Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*, Berlin 1995.

²⁴⁷ Zitiert nach Kiessler, *Außenpolitik als „Public Diplomacy“*, S. 375.

²⁴⁸ Genscher, *Erinnerungen*, S. 488.

²⁴⁹ Ebd., S. 225. Zur ersten Begegnung Genschers mit Kissinger vgl. auch Helga Haftendorn, *Hans-Dietrich Genscher und Amerika*, in: Lucas, Genscher, *Deutschland und Europa*, S. 115–134, hier: S. 116–118.

Abb. 6: Titelbild der Autobiographie Genschers (Siedler Verlag 1995)



Abb. 7: Cover des FDP-Wahlprogramms 1980



Spätestens damit war der berühmte gelbe Pullunder offiziell Teil der PR-Strategie Genschers.²⁵⁰

Damit ist bereits ein weiteres Charakteristikum seiner Öffentlichkeitsarbeit benannt: die Privatisierung von Außenpolitik. Neben gemeinsamen Stadionbesuchen mit Kissinger gehörten dazu auch Einladungen auswärtiger Kollegen zum privaten Abendessen in sein Haus in Wachtberg-Pech. Neben vielen anderen besuchten ihn dort Andrej Gromyko, dessen „Nussknacker-Miene“²⁵¹ zum Symbol sowjetischer Außenpolitik geworden war, und dessen Nachfolger Eduard Schewardnadse.²⁵² Alljährlich begann Genscher zudem seinen „Arbeitsommerurlaub“ mit den Bayreuther Festspielen, wo er medienwirksam den Gastgeber für ausländische Amtskollegen spielte.²⁵³ Das Private und das Offizielle gingen dort meist eine „konstruktive Symbiose“²⁵⁴ ein. Genschers regelmäßige Anwesenheit wurde zum Kult, er „gehörte einfach dazu“.²⁵⁵ Während er sich gemeinsam mit seinen Ehrengästen im Rampenlicht sonnte, hatte das Presseteam des Auswärtigen Amts alle Hände voll zu tun, das umfangreiche nachrichtentechnische Equipment per Lastwagen aus Bonn mitzutransportieren. Um Genschers Bedürfnis nach möglichst vollständiger und zeitnaher Versorgung mit den neuesten politischen Nachrichten zu erfüllen und Pressestatements des Außenministers schnellstmöglich an die Agenturen übermitteln zu können, wurden die Mitarbeiter des mitge-reisten Fernmeldestabs in Tages- und Nachtschichten eingeteilt.²⁵⁶

Das publicitybewusste Auftreten Genschers stand zu Beginn seiner Amtszeit noch nicht in Konkurrenz zur Imagebildung des Kanzlers als „Macher“ und Krisenmanager. Die Betonung von Fleiß, internationalem Einfluss und Weltgewandtheit passte auf beide gleichermaßen und traf den Ton der Zeit. Als sich allerdings die Öffentlichkeitsarbeit des Bundeskanzleramts nach dem Rücktritt Klaus Böllings verschlechterte, geriet die autoritäre Amtsführung Schmidts in die Schlagzeilen. Gleichzeitig ließen die erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionspartnern um die westliche Nachrüstung und haushaltspolitische Schwierigkeiten das Bild eines schwachen, erschöpften Kanzlers entstehen, das durch die angeschlagene Gesundheit des Kanzlers unterstrichen wurde. Schmidt litt unter akuten Herzrhythmusstörungen und hatte sich im Oktober 1981 im Bundeswehrkrankenhaus Koblenz den ersten von insgesamt vier Herz-

²⁵⁰ Wann Genscher seinen gelben Pullunder erstmals öffentlich zu Publicity-Zwecken trug, konnte auch auf Nachfrage im Archiv des Liberalismus in Gummersbach und im Persönlichen Büro Genschers nicht ermittelt werden.

²⁵¹ Vgl. Kiessler, Außenpolitik als „Public Diplomacy“, S. 376.

²⁵² Zum guten Verhältnis zwischen Genscher und Schewardnadse vgl. auch Bettzuege, Auf Posten..., S. 109–114, und ders., Hans-Dietrich Genscher/Eduard Schewardnadse, Das Prinzip Menschlichkeit, Bergisch Gladbach 1994.

²⁵³ Vgl. dazu auch Lothar Lahn, Das Phänomen, in: Filmer/Schwan, Hans-Dietrich Genscher, S. 335–340.

²⁵⁴ Wolfgang Wagner, Einem Freund Bayreuths zum Geburtstag, in: Klaus Kinkel (Hrsg.), In der Verantwortung. Hans-Dietrich Genscher zum Siebzigsten, Berlin 1997, S. 92–95, hier: S. 94.

²⁵⁵ Ebd.

²⁵⁶ Vgl. Trapp, Immer auf Empfang, S. 49. Vgl. hierzu und zum Folgenden auch Kiessler, Außenpolitik als „Public Diplomacy“, S. 376f.

schrittmachern einsetzen lassen müssen. Um die Harmlosigkeit der Erkrankung zu betonen, teilte Regierungssprecher Becker den Journalisten unzutreffenderweise mit, Schmidt leide lediglich unter einem fieberigen Infekt, und provozierte damit entsprechend brüskierte Reaktionen, als die Wahrheit an die Presse durchsickerte.²⁵⁷

Angesichts dieser desaströsen Öffentlichkeitsarbeit des Bundeskanzleramts ließ Schmidt Klaus Bölling nach Bonn zurückbeordern. Zwar konnte auch er den Zerfall der sozial-liberalen Koalition nicht mehr verhindern, doch holte er im Herbst 1982 zu einem letzten fulminanten Schlag gegen die FDP aus. In einer Medienkampagne, die in der Geschichte der Bundesrepublik ihresgleichen sucht, wurde Genscher als skrupelloser, prinzipienloser und machtsversessener Verräter gebrandmarkt. Die bis dahin so stabilen demoskopischen Umfragewerte für Genscher brachen ein, sein Rückhalt innerhalb der FDP schwand.²⁵⁸

In dieser scheinbar aussichtslosen Lage startete das Auswärtige Amt eine neue, langfristig angelegte PR-Kampagne für seinen Minister.²⁵⁹ Entgegen dem Bild des aalglatten Taktikers und Machtmenschen sollte Genscher als personifizierte vertrauensbildende Maßnahme wiederaufgebaut werden. Unter Regie seines neuen Pressesprechers Reinhard Bettzuege, der diesen Posten von 1982 bis 1995 innehatte, wurde der „Mensch“ Genscher in den Vordergrund gerückt. Er machte sich die Tatsache zunutze, dass der Minister häufig karikiert dargestellt wurde,²⁶⁰ und ließ die Zeichnungen vom Auswärtigen Amt sammeln, um sie anschließend publikumswirksam für wohltätige Zwecke zu versteigern.²⁶¹ Damit etablierte er Genscher als Sympathieträger, der über sich selbst lachen konnte,²⁶² was offensichtlich auf positives Echo in der Bevölkerung traf – 1986 verlieh ihm der Provinzturnverein Neunkirchen-Seelscheid bei Bonn seinen Karnevalsorden „Meister der geschliffenen Zunge“.²⁶³

In eine ähnliche Richtung zielte ein Büchlein mit dem Titel „Hans-Dietrich Genscher. Diagnose: Schlitzohr mit Herz“, das zahlreiche Anekdoten, lustige Fotos, Karikaturen und Lieblingswitze des Außenministers enthielt. Ein großer Teil des Verkaufserlöses floss an die Deutsche Herzzstiftung e.V. – deren Schirmherrin, Genschers Frau Barbara, schrieb im Vorwort:

²⁵⁷ Becker wurde daraufhin zu einer Sondersitzung der Bundespressekonferenz zitiert. Vgl. dazu: Das ist ein dummes Gefühl, in: Der Spiegel Nr. 43 vom 19. 10. 1981, S. 17–24; Michael Schwelien, Helmut Schmidt. Ein Leben für den Frieden, Hamburg 2003, S. 250, und Zipfel, Helmut Schmidt und die Medien, S. 194f.

²⁵⁸ Vgl. dazu auch Kapitel V.

²⁵⁹ Vgl. dazu auch Kiessler, Außenpolitik als „Public Diplomacy“, S. 371–386.

²⁶⁰ Eine Auswahl an Karikaturen bieten u. a. Benedek, Der Liberalissimus; Braun, Genscher-Öhrchen; Heidemann, Der real existierende Genscherismus; Lorenz, Gefragt, und Nagel, Hans-Dietrich Genscher.

²⁶¹ So beispielsweise 1985 zugunsten des „Förderkreises 3. Welt“ und einer Kinderkrebsstation. Vgl. Personalien: Hans-Dietrich Genscher, in: Der Spiegel Nr. 49 vom 02. 12. 1985, S. 251. Vgl. außerdem Kiessler, Außenpolitik als „Public Diplomacy“, S. 376.

²⁶² Vgl. dazu auch Klaus-Dieter Reinhold, Sein Humor, in: Filmer/Schwan, Hans-Dietrich Genscher, S. 393–395.

²⁶³ Vgl. Personalien: Hans-Dietrich Genscher, in: Der Spiegel Nr. 51 vom 15. 12. 1985, S. 186f.

„Möge dem Buch eine große Anzahl von Lesern beschieden sein, die daraus ersehen können, dass es auch in der großen Politik nicht immer so ernst zugeht, wie es scheint. Lachen sorgt für Entspannung, wirkt befreiend und fördert die Kommunikation – alles Faktoren, die gerade in der Politik unabdingbar sind, aber auch in der Medizin ihre heilsame Wirkung haben.“²⁶⁴

Unter Verweis auf die Krankheitsgeschichte Genschers, die von Lungentuberkulose in Jugendjahren bis hin zu mehrfachen Herzoperationen reichte, und sein caritatives Engagement, stellte das Buch einen direkten und positiven Zusammenhang zwischen seinem humorvollem Charakter und seiner Vorstellung von Entspannungspolitik her.

Als weitere PR-Maßnahme war vorgesehen, Genscher über das Fernsehen als Teil des abendlichen Unterhaltungsprogramms zu etablieren,²⁶⁵ was Helmut Schmidt seinerzeit als Bundeskanzler immer strikt abgelehnt hatte.²⁶⁶ 1984 trat Genscher erstmals in der von Thomas Gottschalk moderierten Sendung „Na so was!“ auf und brachte gleich den uruguayischen Außenminister Carlos A. Maeso als Überraschungsgast mit. Nach dieser geglückten Premiere war Genscher in den darauffolgenden Jahren Gast in zahlreichen TV-Unterhaltungssendungen, von „Max Schautzer“ bis „Wetten, dass..?“. Mit dieser Entertainisierung der außenpolitischen Öffentlichkeitsarbeit zeigte Genscher einmal mehr, dass er die aktuelle medienpolitische Entwicklung für sich zu nutzen wusste.

Die erfolgreiche Inszenierung Genschers als Sympathieträger nahm Ende der achtziger Jahre geradezu groteske Züge an, als die Comic-Figur „Genschman“ – in Anlehnung an die beliebte Figur des Batman – im Satire-Magazin *Titanic* das Licht der Welt erblickte (vgl. Abb. 8 und 9). Aufgrund seiner für alle Beteiligten überraschenden Popularität gerade bei Jugendlichen, insbesondere den Jungen Liberalen, wurde „Genschman“ schnell zur Serie weiterentwickelt. Bald war auch auf Schallplatte zu hören, wie der galaktische Superheld mit seinen überdimensionalen Ohren gegen das personifizierte Böse in der Welt kämpfte: den „Club der Superverbrecher und Ursupatoren (C.S.U.)“. Die *Titanic*-Redaktion nutzte den Boom. Fortan gab es „Genschman“ auch als T-Shirt, Tragetasche, Postkarte, Sticker, Anstecknadel und Feuerzeug zu kaufen. Der wirtschaftliche Erfolg des „Genschman-Shops“ war beachtlich, innerhalb von fünf Wochen erzielte er einen Umsatz von mehr als 100 000 DM.²⁶⁷

Über die Urheberschaft des „Genschman“ kursieren indes unterschiedliche Narrative. Wolfram Kaiser geht davon aus, dass der Pressesprecher des Auswärtigen Amts, Reinhard Bettzuege, diese PR-Nummer mit den Verantwortlichen der *Titanic* vereinbarte.²⁶⁸ Der damalige Redakteur und spätere Chefredakteur der *Titanic*, Hans Zippert, verweist hingegen darauf, dass diese Idee 1989 in einer routinemäßigen Redaktionssitzung unter Beteiligung von Bernd Fritz, Simon Borowiak,

²⁶⁴ Nagel, Hans-Dietrich Genscher, S. 7f.

²⁶⁵ Vgl. Kiessler, Außenpolitik als „Public Diplomacy“, S. 375–377.

²⁶⁶ Vgl. Rosumek, Die Kanzler und die Medien, S. 143–147.

²⁶⁷ Voll eingetreten. Wachsender Widerstand in Bonn und München gegen den Genschman-Kult, in: Der Spiegel Nr. 47 vom 20. 11. 1989, S. 284f.

²⁶⁸ Vgl. Kaiser, Halle – New York – Halle, S. 239.

Abb. 8: Titelblatt des Satire-Magazins Titanic, Ausgabe September 1989²⁶⁹

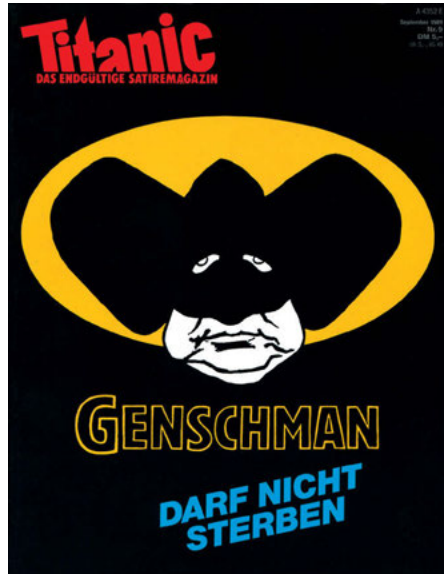


Abb. 9: „Genschman. Das Plakat für Superhelden“²⁷⁰



²⁶⁹ Abrufbar auf der Homepage der Zeitschrift Titanic, URL: <https://www.titanic-magazin.de/shop/index.php?action=showdetails&from=search&pageNr=1&productId=3f7acc323b288&> (Stand: 13. 11. 2014).

²⁷⁰ Das Poster kann im Online-Shop des Satire-Magazins Titanic käuflich erworben werden, URL: <https://www.titanic-magazin.de/shop/index.php?action=showdetails&from=search&pageNr=1&productId=3f730e103287e&> (Stand: 13. 11. 2014).

Christian Y. Schmidt und Achim Greser entstanden sei. Eine Beteiligung des Auswärtigen Amtes habe nicht bestanden.²⁷¹

Am überzeugendsten erscheint die Vorstellung, dass der kreative Input für die Erfindung dieser Figur in der Tat aus den Reihen der *Titanic* selbst stammte und nicht auf Anweisung des Auswärtigen Amtes gezeichnet wurde. Gleichwohl kann konstatiert werden, dass Genscher beziehungsweise die Presseabteilung im Auswärtigen Amt das Potenzial dieser unverhofften Kampagne frühzeitig erkannte, geschickt auf den bereits angefahrenen Zug aufsprang und ihn für die mediale Vermarktung ihres Ministers nutzte. So führte die Kultfigur sogar zur Gründung eines „Genschman“-Fanclubs in Oberursel im Taunus. Dessen Club-Mitglieder besuchten ihr Vorbild am „Tag der offenen Tür“ des Auswärtigen Amtes im September 1989, um ihn mit den Insignien seiner Macht zu schmücken: Maske und Mantel. Genscher selbst machte das Spiel publicitybewusst mit und stülpte sich vor versammelter Presse eine „Genschman“-Maske über. Leidtragende der Kampagne war freilich die zur großen Antipodin stilisierte CSU und so ließen koalitionspolitische Verstimmungen nicht lange auf sich warten.²⁷²

Insgesamt und mit Blick auf den Regierungswechsel von Schmidt zu Kohl aber war die professionelle, ganz auf die Person Genschers zugeschnittene PR-Arbeit des Auswärtigen Amtes von bemerkenswert schnellem Erfolg gekrönt. Bereits wenige Monate nach seinem demoskopischen Tief im Herbst 1982 stieg Genscher peu à peu auf der Beliebtheitsskala bundesdeutscher Politiker nach oben. Seine Erfolge als „Außenminister der Einheit“ befeuerten diesen Trend weiter. Je länger, umso erfolgreicher erfüllte Genscher alle eingangs erwähnten Erfordernisse moderner Öffentlichkeitsarbeit: von der klassischen Informationspolitik des Pressereferats über individuelle Präsenz in den Medien bis hin zur Erzeugung von Publicity. Die auf seine Person zugeschnittene PR-Strategie des Auswärtigen Amtes ermöglichte ihm, in Zeiten der Krise als Kommunikator und Dolmetscher zwischen antagonistischen Polen im In- und Ausland zu agieren. Die Kür seiner medialen Gewandtheit und politischen Taktik zelebrierte er mit seinem selbst gewählten Rücktritt vom Amt des Außenministers und Vizekanzlers 1992. Stolz verwies er noch in seinen Memoiren darauf, nicht abgewählt worden zu sein, sondern selbst das Ende seiner Dienstzeit bestimmt zu haben. Dieser letzte strategische Schachzug verhalf ihm bis heute zu stabilen Popularitätswerten in der deutschen Öffentlichkeit.

²⁷¹ So die Auskunft von Hans Zippert gegenüber der Autorin vom 13. 10. 2014.

²⁷² Voll reingetreten. Wachsender Widerstand in Bonn und München gegen den Genschman-Kult, in: Der Spiegel Nr. 47 vom 20. 11. 1989, S. 284f.

II. „Realistische Entspannungspolitik“ als Kommunikations- und Deeskalationsprozess

Bundesdeutsche Entspannungspolitik folgte seit ihren konzeptionellen Anfängen in den 1960er Jahren zwei Leitgedanken: Realität und Kommunikation.¹ Mit der wirkmächtigen Formel Egon Bahrs vom „Wandel durch Annäherung“² zielte die Regierung Brandt/Scheel auf die Veränderung des Status quo in Europa, indem sie diesen zunächst als gegeben hinnahm. Ausgehend davon suchte die sozial-liberale Koalition mit ihrer „Neuen Ostpolitik“ das Gespräch mit Moskau, um zu einem für beide Seiten akzeptablen Modus Vivendi zu kommen. Ein stetiger Meinungsaustausch zwischen Ost und West sollte dazu beitragen, die Ära der Sprachlosigkeit zu überwinden, größere Sicherheit zu schaffen und das gemeinsame Interesse an blockübergreifender Kooperation, etwa im wirtschaftlichen Bereich, zu nutzen.³

Im August 1970 unterzeichnete die Bundesregierung den Moskauer Vertrag, der die Grundlage aller weiteren Ostverträge mit der DDR, Polen und der Tschechoslowakei bildete.⁴ Beide Seiten einigten sich darauf, auf die Anwendung und Androhung von Gewalt zu verzichten, und bestätigten die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen in Europa. Damit hatte die Bundesregierung – vorbehaltlich einer endgültigen friedensvertraglichen Regelung – die innerdeutsche Grenze ebenso anerkannt wie die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens, was faktisch einem Verzicht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete gleichkam. Mit der Erklärung des Münchner Abkommens als nichtig im Prager Vertrag vom Dezember 1973 wurde zudem der territoriale Status quo der Tschechoslowakei bestätigt.⁵

¹ Vgl. Gottfried Niedhart, Deeskalation durch Kommunikation. Zur Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Brandt, in: Corinna Hauswedell (Hrsg.), Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945, Essen 2006, S. 99–114, hier: S. 102, und ders., Der Ost-West-Konflikt, S. 580.

² Vgl. Vortrag des Leiters des Presse- und Informationsamts des Landes Berlin, Egon Bahr, in der Evangelischen Akademie Tutzing, 15.07.1963, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Bd. 9/1, 1. Januar bis 31. Dezember 1963, Frankfurt a. M. 1978, S. 572–575.

³ Zur „Neuen Ostpolitik“ der Regierung Brandt vgl. u. a. Bender, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen, S. 163–170, und Gerhard Wettig, Die „neue Ostpolitik“ der Bundesrepublik Deutschland und die Veränderungen dieses Konzepts in den achtziger Jahren, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 14/1 (2010), S. 31–39.

⁴ Vgl. Werner Link, Die Entstehung des Moskauer Vertrages 1970, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 295–315, und Detlef Nakath, Das Dreieck Bonn – Ost-Berlin – Bonn. Zur sowjetischen Einflussnahme auf die Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen (1969–1982), in: Ulrich Pfeil (Hrsg.), Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989, Berlin 2001, S. 99–115. Zum deutsch-deutschen Grundlagenvertrag und zu seinen Folgen vgl. u. a. Potthoff, Bonn und Ost-Berlin; Detlef Nakath, Deutsch-deutsche Grundlagen. Zur Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik in den Jahren von 1969 bis 1982, Schkeuditz 2002, und Gerhard Kunze, Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989, Berlin 1999.

⁵ Zur innenpolitischen Auseinandersetzung um die Ostverträge vgl. Andreas Grau, Gegen den Strom, Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973, Düsseldorf 2005; Christian Hacke, Die Ost-

Um dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes nachzukommen, setzte Bahr durch, dass Grenzänderungen oder -aufhebungen möglich blieben, solange sie friedlich und im gegenseitigen Einvernehmen erfolgten. Zusätzlich wurde dem Moskauer Vertrag ein sogenannter Brief zur deutschen Einheit beigelegt, in dem Bonn festhielt, dass der Vertrag „nicht in Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.⁶

Flankiert wurden die Ostverträge durch das 1971 unterzeichnete Viermächte-Abkommen über Berlin (West), das sich mit Problemen des Transitverkehrs sowie statusrechtlichen Fragen befasste und die Bindungen Berlins an die Bundesrepublik bestätigte.⁷ Ausgehend von den Alltagsproblemen in der geteilten Stadt, setzte sich die Bundesregierung für sogenannte humanitäre Erleichterungen ein. Familien, die durch die deutsche Teilung getrennt worden waren, sollten zusammengeführt, der gegenseitige Besuchsaustausch gefördert werden. Durch persönliche Kontakte zwischen den Menschen in Ost und West hoffte Brandt, einem Auseinanderleben der Deutschen dies- und jenseits der Mauer entgegenzuwirken und langfristig einer gesellschaftlichen und politischen Liberalisierung in den kommunistischen Staaten des Ostblocks den Boden zu bereiten.

Diese Ziele verfolgte die Bundesregierung auch auf der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE), welche die Außenminister der 35 Teilnehmerstaaten am 3. Juli 1973 in Helsinki eröffneten.⁸ Die vielen zu behandelnden Themenbereiche waren in vier Kapitel – sogenannte Körbe – unterteilt worden:⁹ Fragen der Sicherheit in Europa (Korb I), Wirtschaftliche, wissenschaftliche, technische und umweltpolitische Kooperation (Korb II), Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen (Korb III) sowie Folgen der Konferenz (Korb IV).

Recht schnell zeigte sich, dass der erste und dritte Korb die größte politische Sprengkraft in sich trugen. Das Herzstück des ersten Korbes bestand aus einem

und Deutschlandpolitik der CDU/CSU. Wege und Irrwege der Opposition seit 1969, Köln 1975; Helga Haftendorn, *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung*, München 2001, S. 190–195, und Schneider, Alois Mertes, S. 195–262.

⁶ Vgl. Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik mit Brief zur deutschen Einheit, 21. 12. 1972, in: Ingo von Münch (Hrsg.), *Dokumente des geteilten Deutschland*, Bd. II, Stuttgart 1974, S. 301–303 und S. 316.

⁷ Zum Viermächteabkommen vgl. Detlef Nakath, Berlin und Oreanda. Zur Bedeutung des Viermächteabkommens für die Ostpolitik Willy Brandts und die deutsch-deutschen Beziehungen, in: *Deutschland-Archiv* 34 (2001), S. 785–794, und Haftendorn, *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung*, S. 195–200.

⁸ Zu den KSZE-Verhandlungen bis zur Unterzeichnung der Schlussakte vgl. u. a. Peter Becker, *Die frühe KSZE-Politik der Bundesrepublik Deutschland. Der außenpolitische Entscheidungsprozess bis zur Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki*, Münster u. a. 1992; Hakkarainen, *A State of Peace in Europe*; Wenger/Mastny/Nuenlist, *Origins of the European Security System*, und Loth/Soutou, *The Making of Détente*.

⁹ Zur Entstehung des Korb-Begriffs vgl. Thomas Fischer, „A Mustard Seed Grew into a Bushy Tree“. The Finnish CSCE Initiative of 5 May 1969, in: *Cold War History* 9/2 (2009), S. 177–201.

Prinzipienkatalog,¹⁰ mithilfe dessen eine Art „Verhaltenskodex“ zwischen den unterzeichnenden Staaten etabliert werden sollte. Das Interesse der Ostblockstaaten an einer völkerrechtlichen Anerkennung des territorialen und politischen Status quo in Europa traf in der Auseinandersetzung um Korb I auf das Ziel der Bundesregierung, die deutsche Frage offenzuhalten. In den weiteren Verhandlungen über sogenannte Vertrauensbildende Maßnahmen (VBM) ging es um konkrete Schritte wie etwa die vorherige Ankündigung militärischer Manöver, um die wechselseitige Bedrohungsperezeption zu reduzieren. Hier stand auch die Frage zur Debatte, ob und inwieweit die Rüstungskontrollgespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt, die am 31. Januar 1973 in Wien unter dem Titel „Mutual Balanced Force Reductions“ (MBFR) begonnen hatten, inhaltlich und verfahrenstechnisch an die KSZE gekoppelt werden sollten.¹¹ Diese Diskussion um das Zusammenspiel von politischer und militärischer Entspannung entwickelte sich in den kommenden Jahren zu einer zentralen und entscheidenden Konstante der KSZE-Verhandlungen.¹² Besonderes Interesse hatte die Bundesregierung außerdem an möglichst konkreten Vereinbarungen im Hinblick auf den dritten Korb der Schlussakte.¹³ Die dort verhandelten Fragen des Reiseverkehrs, des Informations-, Bildungs- und Kulturaustausches umfassten zentrale Ziele der sozial-liberalen Ostpolitik, die es nun auf multilateraler Ebene umzusetzen galt. Wenig überraschend stieß Bonn in diesem Bereich auf den erbitterten Widerstand Ost-Berlins, dessen Abschottungspolitik in eklatantem Widerspruch zu einer solchen Politik der Öffnung stand.

Als Hans-Dietrich Genscher im Frühsommer 1974 das Auswärtige Amt übernahm, trat er gemeinsam mit Helmut Schmidt in die großen entspannungspolitischen Fußstapfen, die Willy Brandt hinterlassen hatte. Der überraschende Rücktritt des Kanzlers im Zuge der Guillaume-Affäre löste bei der bundesdeutschen

¹⁰ Der Katalog umfasste folgende Prinzipien: (I) Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte, (II) Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, (III) Unverletzlichkeit der Grenzen, (IV) Territoriale Integrität der Staaten, (V) Friedliche Regelung von Streitfällen, (VI) Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, (VII) Achtung der Menschen- und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit, (VIII) Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker, (IX) Zusammenarbeit zwischen den Staaten, (X) Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben. Vgl. dazu Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in: Jacobsen/Mallmann/Meier, *Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)*, S. 914–921.

¹¹ Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Reinhard Mutz, *Konventionelle Abrüstung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und MBFR, Baden-Baden 1984*, und Rühl, *Mittelstreckenwaffen in Europa*.

¹² Zur Interaktion von militärischer und politischer Entspannung vgl. auch Peter, *Sicherheit und Entspannung*, S. 59–81, und Helga Haftendorn, *The Link between CSCE and MBFR. Two Sprouts from one Bulb*, in: Wenger/Mastny/Nuenlist, *Origins of the European Security System*, S. 237–258.

¹³ Speziell zu Korb III vgl. Victor-Yves Ghebal, *Helsinki an X. Bilan de la troisième corbeille de la CSCE*, in: *Défense nationale* 41/Heft 12 (1985), S. 31–46, und Gerhard Wettig, *Vom „Korb III“ zu den Menschenrechten. Zum Verlauf des Belgrader KSZE-Folgetreffens*, in: Dietrich Frenze/Alexander Uschakow (Hrsg.), *Die Oststaaten, das sowjetische Bündnisystem und die KSZE vor und nach Helsinki*, Köln 1983, S. 39–59.

KSZE-Delegation Bestürzung und zugleich Unsicherheit über die weitere Linie der neuen Regierung aus. Freiherr von Groll, westdeutscher Gesandter in Genf, berichtete am 10. Mai an das Auswärtige Amt:

„Bei Mitgliedern hiesiger KSZE-Delegationen herrscht große Betroffenheit über [den] Rücktritt [des] Bundeskanzlers. Damit verbindet sich die besorgte Frage, ob sich nun unsere Außenpolitik und damit [unsere] Haltung zur KSZE ändern werde. Insbesondere östliche Delegierte befürchten, dass sich unsere Haltung gegenüber Osteuropa wohl zwangsläufig verhärtet werde. [...] Wir haben darauf hingewiesen, dass die Koalition bestehen bleibt, Regierungsprogramm nur an neue Entwicklung angepasst werde und unsere Haltung zur KSZE mit Verbündeten abgestimmt sei und seit langem festgelegt sei.“¹⁴

So wurde auch in Genf die Regierungserklärung des neuen Kanzlers mit Spannung erwartet. Am 17. Mai 1974 erklärte Schmidt vor dem Deutschen Bundestag, die bisherige Außen- und Deutschlandpolitik fortsetzen zu wollen.¹⁵ Wie schon sein Vorgänger hob er hervor, dass politische und militärische Entspannung eine Einheit bildeten und eine gute Zusammenarbeit zwischen den USA und einem starken Westeuropa notwendig sei. Die Ostverträge müssten trotz aller Schwierigkeiten Schritt für Schritt umgesetzt werden, um zu einem geregelten Miteinander mit der DDR zu kommen. Implizit griff er die Formulierung Brandts auf, derzufolge die beiden deutschen Staaten füreinander nicht Ausland waren: „Wir bleiben dabei, dass die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR Beziehungen von besonderer Art sind.“¹⁶ Trotz dieser Kontinuität waren Akzentverschiebungen unverkennbar. Im insgesamt knappen entspannungspolitischen Teil der Regierungserklärung fehlte zum ersten Mal überhaupt der Verweis auf die Einheit der Nation. Stattdessen äußerte sich Schmidt ausführlich dazu, wie die Krise der Weltwirtschaft überwunden werden könne – eine Schwerpunktsetzung, die die künftige Ökonomisierung der Außenpolitik bereits erahnen ließ. An die Stelle des ostpolitischen Visionärs Brandt war der wirtschaftspolitische Krisenmanager Schmidt getreten.¹⁷

¹⁴ Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Freiherr von Groll, an das Auswärtige Amt vom 10. 05. 1974, Betr.: Reaktion der KSZE-Delegationen auf den Rücktritt von Bundeskanzler Brandt, in: PA-AA, B 28, Ref. 212, Bd. 111501, S. 1. Hervorhebung im Original.

¹⁵ Vgl. Regierungserklärung Helmut Schmidts in der 100. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. 05. 1974, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 7. Wahlperiode, Bd. 88, Bonn 1974, S. 6593–6605.

¹⁶ Ebd., hier: S. 6597f.

¹⁷ Vgl. dazu auch Link, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt, S. 275–290; Martin Rupp, Helmut Schmidt. Eine politische Biographie, Stuttgart/Leipzig 2003, S. 172–185; Horst Möller, Die 1970er Jahre als zeithistorische Epochenchwelle, in: Gotto u. a., Nach „Achtundsechzig“, S. 1–11, hier: S. 6f.; Johannes von Karczewski, „Weltwirtschaft ist unser Schicksal“. Helmut Schmidt und die Schaffung der Weltwirtschaftsgipfel, Bonn 2008; James Harold, Rambouillet, 15. November 1975. Die Globalisierung der Wirtschaft, München 1997; Guido Thieme, Helmut Schmidt und die Gründung des Europäischen Währungssystems 1973–1979, in: Franz Knipping/Matthias Schönwald (Hrsg.), Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969–1984, Trier 2004, S. 245–268; Böhm, Die Sicherheit des Westens, und Tim Schanetzky, Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin 2007.

Genscher, der zwar als Bundesinnenminister für die Kompatibilität der Ostverträge mit dem Grundgesetz zuständig gewesen,¹⁸ außenpolitisch aber völlig unerfahren war, hielt sich bei der Aussprache des Plenums zur Regierungserklärung auffällig zurück und überließ zunächst dem Kanzler das Feld.¹⁹ Intern gab er seinem Planungsstab den Auftrag, ein Papier zum Begriff der *Détente* zu erstellen, das ihm am 31. Mai vorlag. Das Exposé verdeutlichte die entspannungspolitischen Differenzen zwischen Bonn und Washington. Die Amerikaner versprachen sich von der KSZE keinen großen Gewinn, sondern wünschten einen zügigen Abschluss der Konferenz. Ihr Augenmerk lag auf geostrategischen Zielen, vor allem dem Kräfteverhältnis der beiden Supermächte und ihrer Bündnisse, wofür nicht die KSZE, sondern die MBFR-Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Wien entscheidend waren.²⁰ Für die bundesdeutsche Delegation standen hingegen deutschlandpolitische Ziele und humanitäre Verbesserungen im Vordergrund.²¹ Mit Blick auf eine künftige Wiedervereinigung hatte die Bundesrepublik ein essenzielles Interesse daran, dass die entspannungspolitische Agenda auch die Frage nach der friedlichen Veränderbarkeit der europäischen Grenzen umfasste.²² Der Entspannungsbegriff der Bundesregierung musste daher aus deutschlandpolitischen Erwägungen und aufgrund der strategischen Lage an der Nahtstelle zwischen den Blöcken zwangsläufig „anspruchsvoller sein als der amerikanische“²³:

„Wir erwarten von der Entspannung mehr als andere: nicht nur Bewahrung des Bestehenden und Ausbleiben eines Krieges, sondern eine Verbesserung der Lage. Das darf uns nicht ungeduldig und unbesonnen machen. Unsere Politik darf nicht in Gegensatz zu der weltweiten Entspannungspolitik geraten. Wir haben den Verfassungsauftrag des Grundgesetzes. Wenn wir ihn aber zu stark und zu laut betonen, dann laufen wir Gefahr, uns zu dem bescheideneren Entspannungsbegriff der Amerikaner in Widerspruch zu setzen und in Kollisionskurs zu geraten.“

¹⁸ Vgl. Lucas, Wahrung der deutschen Option, S. 59–81.

¹⁹ An der Aussprache zur Regierungserklärung Schmidts beteiligte sich Genscher überhaupt nicht. In seiner Rede zur Regierungserklärung am 18. 09. 1974 äußerte sich Genscher nur sehr allgemein zur künftigen Außenpolitik, wobei er vor allem die Kontinuität zur Regierung Brandt/Scheel hervorhob. Vgl. 115. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. 09. 1974, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bd. 89, Bonn 1974, S. 7697B–7702B.

²⁰ Zum „low profile“ der USA in den KSZE-Verhandlungen vgl. Fernschreiben Nr. 462 des Gesandten Freiherrn v. Groll, z.Zt. Genf, an das Auswärtige Amt vom 28. 03. 1974, Betr.: KSZE – Militärische Aspekte der Sicherheit, in: AAPD 1974, Dok. 108, S. 458–461. Vgl. außerdem Angela Romano, *Détente, Entente, or Linkage? The Helsinki Conference on Security and Cooperation in Europe in U.S. Relations with the Soviet Union*, in: *Diplomatic History* 33 (2009), S. 703–722.

²¹ Vgl. dazu auch Herbert Dittgen, Die Ära der Ost-West-Verhandlungen und die Wirtschafts- und Währungskrisen (1969–1981), in: Klaus Larres/Thorsten Oppelland (Hrsg.), *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert. Geschichte der politischen Beziehungen*, Darmstadt 1997, S. 178–203, hier: S. 183.

²² Vgl. Gottfried Niedhart, *Peaceful Change of Frontiers as a Crucial Element in the West German Strategy of Transformation*, in: Ders./Oliver Bange (Hrsg.), *Helsinki 1975 and the Transformation of Europe*, New York/Oxford 2008, S. 39–52.

²³ Schreiben des Leiters des Planungsstabes, Ministerialdirektor Brunner, an Bundesminister Genscher vom 31. 05. 1974, Betr.: Der Begriff „Entspannung“ im Ost-West-Verhältnis, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178580, S. 6.

sion mit dem Spannungsbegriff der Sowjetunion zu geraten. Träte dieser Fall ein, würde der Spielraum schwinden, den wir uns nicht zuletzt durch die Ostverträge errungen haben.“²⁴

Die KSZE-Verhandlungen offenbarten somit das grundlegende Dilemma bundesdeutscher Entspannungspolitik. Um seine deutschlandpolitischen Ziele zu erreichen, blieb Bonn auf die Unterstützung seiner Verbündeten und auf die Sowjetunion angewiesen. Da die Entspannungspolitik der Bundesrepublik weder mit derjenigen ihrer westlichen Verbündeten völlig übereinstimmte noch mit derjenigen Moskaus kompatibel war, mussten die Diplomaten des Auswärtigen Amts ein wahres Kunststück vollbringen: Sie hatten nach Lösungen zu suchen, die mit den Interessen der NATO-Partner ebenso vereinbar waren wie mit denjenigen Moskaus und das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes nicht unterliefen.

Die zähen Verhandlungen in Genf, in die Genscher so unvermittelt hineingeworfen worden war, zwangen ihn, sich schnell und gründlich mit der Materie, den diplomatischen Gepflogenheiten und der Komplexität dieses multilateralen Gremiums mit seinen 35 Teilnehmerstaaten und vielfältigen Themenfeldern vertraut zu machen. Hinzu kam, dass Bonn seit dem 1. Juni 1974 die EG-Ratspräsidentschaft innehatte und in diesem Zusammenhang eine nicht zu unterschätzende Koordinierungsfunktion für eine gemeinsame Außenpolitik der Westeuropäer zu erfüllen hatte. Unterstützt von den KSZE-Experten des Auswärtigen Amts, Günther van Well und Klaus Blech, arbeitete sich Genscher mit der ihm eigenen Akribie intensiv in die Aktenvorgänge ein. Als er am 19. Juni gemeinsam mit dem amerikanischen, britischen und französischen Außenminister über die deutschlandpolitischen Aspekte der KSZE beriet, war er von seinen Beamten bereits so gut in sein Aufgabenfeld eingewiesen worden, dass er in der entscheidenden Frage friedlicher Grenzänderung, des „peaceful change of frontiers“, auch gegen den Widerstand der Alliierten überzeugend den Standpunkt der Bundesregierung vertreten konnte.²⁵

Nach monatelangen Verhandlungen unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs schließlich am 1. August 1975 die KSZE-Schlussakte von Helsinki.²⁶ An ihrer Ausformulierung hatte die Bundesregierung im Verbund mit den EG-Staaten und NATO-Partnern maßgeblich mitgewirkt. Es war ihr gelungen, unter Wahrung bundesdeutscher Rechtspositionen ihre Ostpolitik multilateral abzusichern, Ängsten vor einer Neutralisierung Deutschlands entgegenzuwirken und sich neue außenpolitische Instrumente zu erschließen.²⁷ Teile der deutschen Öff-

²⁴ Ebd., S. 7.

²⁵ Vgl. Schreiben des Ministerialdirektors van Well, z.Zt. Ottawa, an das Auswärtige Amt vom 19.06.1974, Betr.: Deutschlandessen der vier Außenminister am 18.06.1974, in: AAPD 1974, Dok. 182, S. 787–790.

²⁶ Zum Verhandlungsprozess vgl. Hakkarainen, *A State of Peace in Europe*, S. 212–245, und Ernst O. Czempel, *Im Zeichen der Hoffnung. Der KSZE- Prozess und die Schlussakte von Helsinki*, in: *Welt- und Kulturgeschichte* 15 (2006), S. 261–275.

²⁷ Vgl. Matthias Peter, *Konferenzdiplomatie als Mittel der Entspannung. Die KSZE-Politik der Regierung Schmidt/Genscher 1975–1978*, in: Altrichter/Wentker, *Der KSZE-Prozess*, S. 15–28, und Andreas Wenger/Vojtech Mastny, *New Perspectives on the Origins of the CSCE Process*, in: Diess./Nuenlist, *Origins of the European Security System*, S. 5f.

fentlichkeit und die CDU/CSU-Opposition werteten die KSZE-Schlussakte wegen ihrer vielen Kompromissformeln und völkerrechtlichen Unverbindlichkeit allerdings nicht als wegweisendes Dokument zur Verbesserung der menschlichen Lage im geteilten Deutschland, sondern kritisierten sie als Anerkennung der sowjetischen Hegemonialstellung in Europa.²⁸

Für Genscher bedeutete Entspannungspolitik hingegen weder ein „Entgegenkommen oder Sympathiewerben gegenüber dem Osten“²⁹ noch die einseitige Durchsetzung bundesdeutscher Ziele. Sein Politikverständnis war auf den Ausgleich divergierender Interessen gerichtet, ohne in anderen Politikfeldern Gegenkräfte hervorzurufen, was von Hans-Dieter Heumann treffend als „Kompatibilitätsprinzip“³⁰ bezeichnet worden ist. Sicherheitspolitische Vereinbarungen im Kreise der Verbündeten mussten so gestaltet werden, dass sie der bundesdeutschen Entspannungspolitik nicht den Boden entzogen. Umgekehrt hatte Bonn in Gesprächen mit der Sowjetunion und anderen Staaten des Ostblocks die stets latent vorhandene Sorge seiner NATO-Partner vor einer Neutralisierung Deutschlands zu berücksichtigen. Pragmatisch ließ Genscher deshalb in Verhandlungen mit den westlichen Verbündeten oder den Warschauer-Pakt-Staaten unüberwindbare Interessengegensätze nebeneinander stehen und konzentrierte sich stattdessen auf diejenigen Bereiche, in denen eine partielle Interessenüberschneidung bestand beziehungsweise seiner Meinung nach bestehen konnte.

Mit seinem nüchternen Ansatz zielte Genscher auf eine grundlegende Entideologisierung von Außenpolitik. Leitend war für ihn die in der Tradition der Aufklärung und des Liberalismus stehende Überzeugung von der Vorherrschaft der Vernunft. In einer offenen, rationalen Diskussion werde sich letztlich das bessere, an der Realität orientierte Argument durchsetzen. Seiner Meinung nach durften unterschiedliche Wertvorstellungen kein Hemmnis für Verhandlungen sein, sondern bildeten schlicht deren nicht zu verändernde Ausgangsbasis.³¹ Er folgte dem Gedanken, dass sich auch scheinbar unvereinbare Interessen in Einklang bringen ließen, wenn man nur lange genug und vor allem im Dialog nach solchen Lösungen suchte. Zumindest aber verschärften sich dadurch offenkundige Interessengegensätze nicht weiter. Er war davon überzeugt, dass sich Feindbilder durch häufige persönliche Kontakte abbauen ließen, mehr noch: dass auf diese Weise persönliches Vertrauen zwischen den politischen Entscheidungsträgern in Ost und West

²⁸ Zur Kritik der CDU/CSU an der KSZE-Schlussakte vgl. 183. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 25.07.1975, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 7. Wahlperiode, Bd. 94, Bonn 1975, S. 12862B–12869C.

²⁹ Schreiben des Ref. 212 des Auswärtigen Amts an Staatssekretär von Staden, Staatsminister Möllemann und Staatsminister Mertes vom 31.03.1983, Betr.: „Unterbrechbarkeit“ der Entspannung?, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-151/3, S. 1.

³⁰ Hans-Dieter Heumann, Genscher: Ein „liberaler“ Außenpolitiker?, in: Lucas, Genscher, Deutschland und Europa, S. 413–432, hier: S. 417f. Vgl. dazu außerdem Andreas Wirsching, Hans-Dietrich Genscher. Liberale Außenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 22 (2010), S. 67–77.

³¹ Vgl. dazu auch Andreas Wirsching, Der Weg zur deutschen Einheit. Die „deutsche Frage“ als roter Faden in der Politik Hans-Dietrich Genschers, in: Brauckhoff/Adam-Schwaetzer, Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik, S. 229–245, hier: S. 233–236.

entstehen konnte.³² Je öfter man miteinander spreche, desto besser könne man die Person und die politische Zuverlässigkeit seines Gegenübers einschätzen. Nach diesem Verständnis entfaltete ein kontinuierlicher Kommunikationsprozess über den Eisernen Vorhang hinweg in ruhigen Phasen der Weltpolitik dynamisierende, in internationalen Krisenzeiten jedoch deeskalierende Wirkung. Für Genscher war Entspannung daher „nicht Zustand, sondern Prozess, [...] nicht Abwesenheit von Spannung, sondern Bemühung, die Ost-West-Spannung unter Kontrolle zu halten und wo immer möglich zu verringern“.³³ Die klassisch liberale Vorstellung vom Prozesscharakter der Geschichte ist darin ebenso zu erkennen wie Genschers unerschütterlicher Fortschrittsoptimismus, der seine Entspannungspolitik stets prägte.

Seine rationale Herangehensweise an die Verhandlungsinhalte verband er mit einer für ihn charakteristischen Form diplomatischer Gesprächsführung. Seinen Verhandlungspartnern vermittelte er stets den Eindruck, sie und ihr politisches Anliegen sehr ernst zu nehmen und sie – unabhängig von ideologischen Differenzen – als Gesprächspartner wertzuschätzen. Oftmals verlieh Genscher seinen politischen Forderungen eine persönliche Einfärbung. So äußerte er gegenüber dem sowjetischen Außenminister Gromyko, ihm sei sehr daran gelegen, dessen „Überzeugung zu stärken, dass die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit einen wichtigen Mittelpunkt in seiner persönlichen politischen Arbeit darstelle, da er den künftigen Generationen das ersparen wolle, was seiner und Gromykos Generation nicht erspart geblieben sei“.³⁴ Mit dem Verweis auf die gemeinsame existenzielle Erfahrung der ehemaligen Kriegsgegner versuchte er ein zwischenmenschliches Vertrauensverhältnis aufzubauen, um die Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit seiner politischen Aussagen zu untermauern.

Stärker als sein Vorgänger unterstrich Genscher unter dem Eindruck der veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen die bündnispolitische Komponente seiner Entspannungspolitik, die er in einem Interview mit dem Bonner *General-Anzeiger* vom 23. August 1974 erstmals mit dem Prädikat „realistisch“ versehen hatte.³⁵ Ohne eine ausreichende verteidigungspolitische Absicherung

³² Zur Bedeutung von Vertrauensbildung in den internationalen Beziehungen vgl. auch Wilfried Loth, *Angst und Vertrauensbildung*, in: Ders./Jost Dülffer (Hrsg.), *Dimensionen internationaler Geschichte*, München 2012, S. 29–46. Die Bedeutung des persönlichen Gesprächs im Vergleich zu schriftlicher und medialer Kommunikation betont Frank Nullmeier, *Strategie und politische Verwaltung. Anmerkungen zum Strategiepotehtial der Ministerialverwaltung*, in: Joachim Raschke/Ralf Tils (Hrsg.), *Strategie in der Politikwissenschaft. Konturen eines neuen Forschungsfelds*, Wiesbaden 2010, S. 257–265, hier: S. 258 f.

³³ Hans-Dietrich Genscher, *Aufgaben der Außenpolitik: Entspannung, Kooperation, Integration*, in: Ders. (Hrsg.), *Liberale in der Verantwortung*, München 1976, S. 9–28, hier: S. 10.

³⁴ Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 14. 06. 1977 in Moskau, in: AAPD 1977, Dok. 154, S. 800–806, hier: S. 805.

³⁵ Vgl. Genscher: *Entspannung allein schafft noch keine Sicherheit*. Interview des Bonner *General-Anzeigers* mit Bundesaußenminister Genscher vom 23. 08. 1974, und Schreiben des Ref. 212 des Auswärtigen Amts an Staatssekretär von Staden, Staatsminister Möllemann und Staatsminister Mertes vom 31. 03. 1983, Betr.: „Unterbrechbarkeit“ der Entspannung?, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-151/3, S. 1. Vgl. außerdem Dieter Bingen,

konnte der KSZE-Prozess seine deeskalierende Wirkung in internationalen Krisensituationen nicht entfalten, wie Genscher nochmals in der Bundestagsdebatte am 25. Juli 1975, wenige Tage vor Unterzeichnung der Schlussakte, ausführlich erläuterte:

„Unsere realistische Entspannungspolitik dient dem Frieden. Wer das bestreitet, muss die Alternativen nennen. Realistische Entspannungspolitik ist eine Politik, die auch ihre Grenzen sehr klar erkennt. Entspannungspolitik erfordert das Fundament Sicherheit und Sicherheit gibt es für uns nicht ohne das Bündnis und seine und damit auch unsere Verteidigungsbereitschaft. Wer glaubt, er könne seine Sicherheit gewährleisten allein durch Bemühung um Entspannung, wäre ein gefährlicher Träumer.“³⁶

Den nüchternen Tonfall und die Einsicht, dass die NATO verteidigungspolitische Anstrengungen unternehmen musste, um das militärstrategische Gleichgewicht zwischen Ost und West als Grundlage bundesdeutscher Entspannungspolitik zu erhalten, teilte Genscher mit Bundeskanzler Schmidt.³⁷ Letzterer betonte anders als sein Außenminister weniger stark die Bedeutung des KSZE-Prozesses für die Ost-West-Beziehungen und sah gewinnbringende Kooperationsmöglichkeiten vor allem auf dem Gebiet der Ökonomie. Er setzte sich für weitreichende Verträge mit der Sowjetunion ein und unterzeichnete 1978 ein langfristiges Wirtschaftsabkommen mit Breschnew, wodurch die Bundesrepublik zum wichtigsten westlichen Handelspartner der Sowjetunion aufstieg.³⁸

Trotz der zunehmenden wirtschaftspolitischen Kooperation kühlte das Ost-West-Klima nach dem Gipfel von Helsinki rasch ab. War das nukleare Patt der Supermächte der Ausgangspunkt amerikanisch-sowjetischer Entspannungspolitik gewesen, führte die Verschiebung des militärischen Gleichgewichts die Détente nun in ihre schwerste Krise. Die Modernisierung der sowjetischen, atomaren Mit-

Realistische Entspannungspolitik: Der mühsame Dialog mit dem Osten – die Bundesrepublik und ihre östlichen Nachbarn (1974–1982), in: Lucas, Genscher, Deutschland und Europa, S. 155–184.

³⁶ Rede des Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher in der 183. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. 07. 1974, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 7. Wahlperiode, Bd. 94, Bonn 1975, S. 12797–12874, hier: S. 12798C.

³⁷ Bezeichnend hierfür: Helmut Schmidt, Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1969, und ders., Menschen und Mächte. Vgl. außerdem Wilfried Loth, Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998, S. 191–198, und ders., Overcoming the Cold War. A History of Détente 1950–1991, Basingstoke 2002, S. 150–156.

³⁸ Vgl. ders., Helsinki, S. 185–191; Christian Th. Müller, Der Erdgas-Röhrenkonflikt 1981/82, in: Ders./Bernd Greiner/Claudia Weber (Hrsg.), Ökonomie im Kalten Krieg, Bonn 2010, S. 501–520; Karl-Heinz Schlarp, Die ökonomische Untermauerung der Entspannungspolitik. Visionen und Realitäten einer deutsch-sowjetischen Wirtschaftskooperation im Zeichen der Neuen Ostpolitik, in: Archiv für Sozialgeschichte 45 (2005), S. 77–100; Werner D. Lippert, Economic Diplomacy and East-West Trade during the Era of Détente, in: Nuti, The Crisis of Détente in Europe, S. 190–201, und Dittgen, Die Ära der Ost-West-Verhandlungen, S. 178–203. Grundlegend zur Interdependenz zwischen Außenpolitik und Weltwirtschaftspolitik vgl. Gilbert Ziebura, Weltwirtschaftspolitik und Weltpolitik 1922/24–1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a. M. 1984.

telstreckenraketen seit Mitte der siebziger Jahre war zunächst ein Routinevorgang, schließlich arbeiteten Warschauer Pakt und NATO Zeit ihres Bestehens an der Modernisierung ihres Waffenarsenals, um die Sicherheit ihrer Mitglieder zu gewährleisten.³⁹ Allerdings war Moskau mit der Entwicklung neuer, nuklear bestückbarer Überschallbomber (Backfire) und der SS-20-Raketen eine technologische Innovation gelungen. Waren die Vorgängermodelle SS-4 und SS-5 noch mit einem einzigen Atomsprengkopf ausgestattet, konnte die SS-20 drei, jeweils einzeln steuerbare nukleare Sprengköpfe transportieren. Zudem waren die neuen Mittelstreckenraketen mobil, erschwerten der NATO eine längerfristige Aufklärung ihrer Standorte und entzogen sich durch ihre Bodenbeweglichkeit gezielten Angriffen. Mit einer Reichweite von bis zu 5000 Kilometern und einer Vorwarnzeit von nur wenigen Minuten bargen sie aus Sicht der Bundesregierung die Gefahr, „Westeuropa militärisch wehrlos zu machen und politisch vom global-strategischen Abschreckungsschirm der USA abzukoppeln“.⁴⁰

Die Allianzpartner hielten es daher für zwingend notwendig, die Modernisierung der westlichen Mittelstreckenpotenziale zügig voranzutreiben. Bereits 1977 setzte der NATO-Rat auf Initiative des US-Präsidenten Carter eine Arbeitsgruppe⁴¹ ein, die ein Langfristiges Verteidigungsprogramm (Long-Term Defence Program, LTDP) erarbeiten und die bisherigen taktischen Nuklearstreitkräfte überprüfen sollte, um die Militärpolitik der Allianz den Erfordernissen der 1980er Jahre anzupassen. Als technische Errungenschaft galt die sogenannte Neutronenwaffe (Enhanced Radiation Weapon, ERW), die einen enger begrenzten Zerstörungsradius besaß und gerade im dicht besiedelten Mitteleuropa die Zahl der „Kollateralschäden“ zu verhindern versprach. Kritiker bemängelten, dass die erhöhte Treffgenauigkeit und die Möglichkeit, einen Atomkrieg regional zu begrenzen, die nukleare Hemmschwelle herabsetzen könnte. Die neuen Nuklearwaffen erhöhten damit die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges, statt sie wie in der bis dahin geltenden Abschreckungslogik zu verringern.

Prominentester Gegner innerhalb der deutschen Sozialdemokratie war Egon Bahr, der die Neutronenwaffe in einem Aufsehen erregenden *Spiegel*-Artikel als „Perversion des Denkens“⁴² bezeichnete, da sie Menschen töte, aber Sachen unbeschädigt lasse. In der Bundesrepublik, den Niederlanden, Großbritannien, Dänemark, Norwegen und den USA rief die Debatte um die Neutronenbombe breite

³⁹ Vgl. zum Folgenden Tim Geiger, Der NATO-Doppelbeschluss. Vorgeschichte und Implementierung, in: Becker-Schaum/Gassert/Klimke, *Entrüstet euch!*, S. 54–70; Gunnar Seelow, Strategische Rüstungskontrolle und deutsche Außenpolitik in der Ära Helmut Schmidt, Baden-Baden 2013, S. 247–301; Oliver Bange, SS 20 und Pershing II. Waffensysteme und die Dynamisierung der Ost-West-Beziehungen, in: Ebd., *Entrüstet euch!*, S. 71–87, und Rühl, *Mittelstreckenwaffen in Europa*, S. 115–138.

⁴⁰ Wettig, *Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss*, S. 218.

⁴¹ Diese „Task Force 10“ firmierte bald unter dem Namen „High Level Group (HGL)“, vgl. Geiger, *Der NATO-Doppelbeschluss. Vorgeschichte und Implementierung*, S. 56, und Seelow, *Strategische Rüstungskontrolle*, S. 303–350.

⁴² Neutronenbombe: Neue Kraftprobe, in: *Der Spiegel* Nr. 50 vom 05. 12. 1977, S. 30f. Vgl. auch Kristina Spohr Readman, *Germany and the Politics of the Neutron Bomb, 1975–1979*, in: *Diplomacy and Statecraft* 21 (2010), S. 259–285.

öffentliche Proteste hervor, die „zum Kristallisationspunkt der Anti-Nuklear- und Friedensbewegung“⁴³ wurden.

Durch die öffentliche Polarisierung aufgeschreckt erklärte Carter, er werde die Neutronenwaffe nur produzieren lassen, wenn er die feste Zusage der Westeuropäer habe, dass sie diese auch stationieren würden.⁴⁴ Doch Bundeskanzler Schmidt, der seinerseits mit großen innerparteilichen Widerständen zu kämpfen hatte, war nicht gewillt, Carter die Last dieser Entscheidung abzunehmen und ließ den Bundessicherheitsrat ein alternatives *Procedere* entwerfen. Demnach sollte die Produktionsentscheidung allein von den USA getroffen werden. Sei diese gefallen, müsse die Neutronenwaffe als Verhandlungsmasse in die Rüstungskontrollverhandlungen mit dem Warschauer Pakt eingebracht werden. Um eine reale Chance auf eine Einigung zu erhalten, sollte die Stationierung frühestens nach zwei Jahren beginnen. Darüber hinaus forderte Bonn, die Neutronenwaffe auch in anderen westeuropäischen Ländern aufzustellen, um die Bundesrepublik nicht zu einem besonders lohnenden Ziel militärischer Angriffe zu machen. Als Carter im Frühjahr 1978 ohne vorherige Rücksprache mit den Verbündeten entschied, auf eine Produktion der ERW zu verzichten, fühlte sich Schmidt vor den Kopf gestoßen, hatte er seine Zustimmung doch gegen harten Widerstand aus den eigenen Reihen durchgesetzt. Sein Vertrauen in die Führungsstärke der US-Administration war gesunken und das persönliche Verhältnis zwischen Schmidt und Carter hatte erkennbar Schaden genommen.

Parallel zu diesem deutsch-amerikanischen Zerwürfnis fand in Belgrad seit Oktober 1977 das erste KSZE-Nachfolgetreffen statt.⁴⁵ Dort sollten die Teilnehmerstaaten über die bis dahin erreichten Fortschritte beraten und einen Plan für die Fortsetzung des KSZE-Prozesses ausarbeiten. Überschattet wurde die Konferenz nicht nur von der sowjetischen Aufrüstung, sondern auch von politischen Initiativen Carters. Er versuchte, die Sowjetunion an den Pranger zu stellen, indem er die Menschenrechte im östlichen Europa ins Zentrum der Konferenz rückte. Umgekehrt brachte die sowjetische Delegation völlig unrealistische Abrüstungsvorschläge ins Spiel, die von vornherein zum Scheitern verurteilt waren.

Der Konfrontationskurs der Supermächte brachte die bundesdeutsche Delegation in erhebliche Schwierigkeiten, schließlich setzte die sozial-liberale Koalition in Bonn alles daran, den KSZE-Prozess als Herzstück ihrer Entspannungspolitik am Leben zu halten.⁴⁶ Die Bundesregierung war an möglichst konkreten Vereinbarungen im Bereich des dritten Korbes, etwa an Erleichterungen bei Familienzusammenführungen und im Reiseverkehr, Informationsfreiheit sowie der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für westliche Journalisten und Unternehmen, interessiert. Die westlichen Verbündeten, insbesondere Frankreich und die USA,

⁴³ Geiger, *Der NATO-Doppelbeschluss. Vorgeschichte und Implementierung*, S. 59. Vgl. auch Lawrence S. Wittner, *Toward Nuclear Abolition. A History of the World Nuclear Disarmament Movement 1971 to the Present*, Stanford/CA 2003, S. 22–27.

⁴⁴ Zum Neutronenbombenfiasco vgl. Wiegreffe, *Das Zerwürfnis*.

⁴⁵ Vgl. zum Folgenden Peter, *Sicherheit und Entspannung*, S. 59–81.

⁴⁶ Einen konzisen Überblick über den Verlauf der Belgrader Konferenz bieten die wöchentlichen Zwischenberichte der KSZE-Delegation an das Auswärtige Amt. Sie finden sich in PA-AA, B 38, Ref. 210 (Zwischenarchiv), Bde. 115107 und 115108.

pochten hingegen auf eine Grundsatzdebatte über die in Korb I der Schlussakte verankerte Achtung der Menschenrechte. Moskau lehnte derartige Diskussionen als unrechtmäßige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Warschauer-Pakt-Staaten ab und forderte stattdessen konkrete Fortschritte im rüstungspolitischen Bereich.

Für das Auswärtige Amt wurden die Verhandlungen in der jugoslawischen Hauptstadt daher zu einem Balanceakt. Wie schon bei den Auseinandersetzungen um die Schlussakte mussten die Diplomaten nun unter verschärften internationalen Rahmenbedingungen versuchen, trotz der gegensätzlichen Ausgangspositionen einen Konsens zu erreichen, ohne die bündnispolitischen Verpflichtungen und entspannungspolitischen Ziele der Bundesregierung zu unterminieren. Als Mitglied der westlichen Gemeinschaft unterstützte die bundesdeutsche Delegation deshalb die Forderung nach uneingeschränkter Einhaltung der Menschenrechte in Osteuropa.⁴⁷ Bezeichnenderweise hielt sich das Auswärtige Amt allerdings mit eigenen Initiativen zurück und stimmte stattdessen solidarisch den von den EG-Staaten gemeinsam entwickelten Entwürfen zu. Gleichzeitig warb sie bei den amerikanischen Kollegen darum, konstruktiv und ergebnisoffen über neue Vorschläge zur Vertiefung der blockübergreifenden Kooperation zu verhandeln. Wenn die US-Administration eine sofortige und vollständige Liberalisierung nach westlichen Maßstäben verlange, überfordere sie die kommunistischen Systeme und provoziere einen Abbruch der Konferenz durch Moskau.⁴⁸

Während das Auswärtige Amt Washington zur Mäßigung aufrief, machte der Bonner Chefunterhändler Per Fischer in zahlreichen Gesprächen mit den osteuropäischen und sowjetischen Delegationsleitern am Rande der Konferenz deutlich, dass konkrete Beschlüsse im Bereich des dritten Korbes für die Bundesregierung unabdingbar seien.⁴⁹ Andernfalls werde es der sozial-liberalen Koalition schwerfallen, die deutsche Öffentlichkeit vom Nutzen ihrer Entspannungspolitik zu überzeugen, was ihren Kritikern aus CDU und CSU erheblichen Aufwind geben werde.⁵⁰ Die Schlussakte von Helsinki habe beiden Seiten Vorteile gebracht. Wenn die Sowjetunion also wie die Bundesrepublik an der Verabschiedung eines Abschlussdokuments in Belgrad und der Fortsetzung des KSZE-Pro-

⁴⁷ Vgl. beispielsweise Drahtbericht Nr. 551 des deutschen Botschafters bei der NATO in Brüssel, Rolf Pauls, an das Auswärtige Amt vom 03. 05. 1977, Betr.: Vorschau auf NATO-Ratstagung am 10./11. 05., in: AAPD 1977, Dok. 108, S. 544–551. Vgl. außerdem Philipp Rock, *Macht, Märkte und Moral. Zur Rolle der Menschenrechte in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den sechziger und siebziger Jahren*, Frankfurt a.M. 2010, S. 217–243.

⁴⁸ Vgl. Peter, *Sicherheit und Entspannung*, S. 24–27.

⁴⁹ Vgl. beispielsweise Drahtbericht Nr. 928 des Leiters der deutschen KSZE-Delegation in Belgrad, Per Fischer, an das Auswärtige Amt vom 24. 11. 1977, Betr.: KSZE-Folgetreffen, hier: Unterhaltung mit sowjetischem Chefdelegierten, in: PA-AA, B 38, Ref. 210 (Zwischenarchiv), Bd. 115107.

⁵⁰ Vgl. beispielsweise Fernschreiben Nr. 688 des Leiters der deutschen KSZE-Delegation in Belgrad, Per Fischer, an das Auswärtige Amt vom 14. 11. 1977, Betr.: KSZE-Folgetreffen, hier: Unterhaltung mit sowjetischem Chefdelegierten, in: PA-AA, B 38, Ref. 210 (Zwischenarchiv), Bd. 115107.

zesses interessiert sei, müsse sie zumindest partiell Kompromissbereitschaft zeigen.⁵¹

Das Abschlussdokument von Belgrad, das die 35 Teilnehmerstaaten im März 1978 unterzeichneten, wurde in der westlichen Öffentlichkeit als substanzlos kritisiert. Dennoch hatte sich die Verhandlungstaktik Genschers erstmals unter schwierigen internationalen Voraussetzungen bewährt. Eine Vertiefung der Interessengegensätze im westlichen Lager war verhindert, die Zusammenarbeit der EG-Staaten intensiviert und die Konfrontationspolitik der Supermächte abgefedert worden. Der Abschlussbericht Per Fischers an das Auswärtige Amt belegte darüber hinaus, dass Genschers Strategie, durch persönliche Kontakte zum Abbau von Feindbildern beizutragen und eine konstruktive Konsenssuche zu erleichtern, aufgegangen war. Die persönlichen Beziehungen zu den osteuropäischen Delegationschefs waren, so Fischer, freundlich, zu seinem polnischen Kollegen Marian Dobrosielski und zum ungarischen Vertreter János Petrán sogar ausgesprochen herzlich. Beide hätten konstruktive Vorschläge eingebracht und versucht, ihren Handlungsspielraum gegenüber Moskau auszuweiten, wobei klar erkennbar gewesen sei, dass zwischen ihnen und der Bundesrepublik eine nicht unbeachtliche Schnittmenge gemeinsamer Interessen bestehe. Angesichts dieser positiven Rückmeldung lautete die Marschrichtung des Auswärtigen Amts, die Kontakte zu den polnischen und ungarischen Kollegen weiter zu pflegen und zu intensivieren.⁵²

Obwohl Genscher mit der Fortsetzung des Kommunikationsprozesses zwischen Ost und West sein wichtigstes Ziel erreicht hatte, war in Belgrad erneut die Krise der transatlantischen Beziehungen vor den Augen der Weltöffentlichkeit sichtbar geworden. Dazu hatte auch die unflexible Verhandlungsstrategie der Amerikaner maßgeblich beigetragen. Um die Kohärenz der NATO wiederherzustellen, bemühte sich Carter im Sommer 1978, die Forderungen der europäischen Alliierten nach einem adäquaten Gegengewicht zu den sowjetischen SS-20 zu erfüllen.⁵³ Die nun energisch vorangetriebene TNF-Modernisierung war insofern auch ein dezidiert politischer Akt. Die High Level Group empfahl schließlich eine Kombination zweier Waffengattungen: zum einen ferngelenkte Marschflugkörper (Cruise Missiles), die mithilfe moderner Satelliten- und Computertechnik den feindlichen Radar unterfliegen und ihr Ziel beweglich, aber punktgenau anvisieren konnten; zum anderen Pershing-II-Raketen, die wegen ihrer ballistischen Flugbahn leichter zu entdecken waren, aber dank ihrer höheren Geschwindigkeit eine kurze Flugzeit von nur wenigen Minuten zwischen Start und Einschlag hatten.

⁵¹ Vgl. beispielsweise Vermerk des Leiters des Ref. 213 des Auswärtigen Amts, Alfred Kühn, vom 21. 02. 1978, Betr.: Belgrader Folgetreffen, hier: Äußerungen des sowjetischen Botschafters, in: PA-AA, B 28, Ref. 212 (Zwischenarchiv), Bd. 116361.

⁵² Vgl. Schreiben des Leiters der Ständigen Delegation der Bundesrepublik Deutschland beim Belgrader KSZE-Folgetreffen, Fischer, an das Auswärtige Amt vom 22. 03. 1978, Betr.: KSZE-Folgetreffen, hier: allgemeiner Erfahrungsbericht, in: PA-AA, B 28, Ref. 212 (Zwischenarchiv), Bd. 116375.

⁵³ Vgl. zum Folgenden Geiger, Der NATO-Doppelbeschluss. Vorgeschichte und Implementierung, S. 54–70; ders., Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, S. 95–122; Rühl, Mittelstreckenwaffen in Europa, S. 169–192, und Link, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt, S. 310–321.

Diesen militärisch durchaus sinnvollen Nachrüstungsvorschlag wollte die Bundesregierung allerdings nur unter den Bedingungen mittragen, die sie bereits in der Neutronenwaffen-Kontroverse gestellt hatte. Bei einem Treffen auf der Karibikinsel Guadeloupe im Januar 1979 einigten sich Schmidt und Carter gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing und dem britischen Premierminister Callaghan darauf, der Sowjetunion Rüstungskontrollgespräche anzubieten und im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen mit Nachrüstung zu drohen. Damit war der erste Schritt in Richtung Doppelbeschluss getan, den alle NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 verabschiedeten. Offen blieben allerdings die innerhalb der Allianz hoch umstrittene Frage nach einer See- oder Festlandstationierung sowie die von Bonn abgelehnte Beschränkung der Stationierung auf die Bundesrepublik. Mit diesem bündnispolitischen Kraftakt schränkte die Bundesregierung ihren entspannungspolitischen Manövrierraum erheblich ein.

Der Nachrüstungsbeschluss führte zur Bildung von Protestbewegungen, die von Moskau propagandistisch und finanziell unterstützt wurden.⁵⁴ Teile der bundesdeutschen Öffentlichkeit und der SPD fühlten sich nicht mehr allein von der Sowjetunion bedroht. Eine ernsthafte Gefahr für den Frieden schien aus dieser Perspektive auch vom Konfrontationskurs der US-Administration auszugehen.⁵⁵ Vertreter der CDU/CSU stellten hingegen genau wie Washington die anhaltende, ja wachsende Bedrohung Westdeutschlands durch die sowjetischen Militärpotenziale heraus. Sie prangerten den aggressiven Expansionismus und die ideologische Fundierung sowjetischer Außenpolitik an. Ihnen zufolge ging es dem Kreml nicht um Rüstungskontrolle, sondern um die kommunistische Weltrevolution, was sie mit dem machtpolitischen Ausgreifen Moskaus in der Dritten Welt, insbesondere am Horn von Afrika und in Angola,⁵⁶ zu belegen versuchten. Während die politische und militärstrategische Bedrohung des Westens – anders als die illusionären Entspannungspolitiker des linken SPD-Flügels suggerieren wollten – eine Tatsache sei, dienten die Rüstungspotenziale der NATO lediglich ihrer Verteidigung.⁵⁷

⁵⁴ Vgl. Helge Heidemeyer, NATO-Doppelbeschluss, westdeutsche Friedensbewegung und der Einfluss der DDR, in: Gassert/Geiger/Wentker, Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, S. 247–267.

⁵⁵ Vgl. Boll/Hansen, Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD, S. 203–228; Ploetz, Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor, S. 132–134, sowie die Beiträge von Marianne Zepp, Saskia Richter und Rainer Eckert, in: Becker-Schaum/Gassert/Klimke, Entrüstet euch!

⁵⁶ Vgl. Vladislav M. Zubok, A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev, Chapel Hill/NC 2007, S. 247–254; Odd Arne Westad, The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times, Cambridge 2005, S. 207–287; Roger E. Kanet, Die sowjetische Unterstützung nationaler Befreiungskriege, in: Mittelweg 36, 13/6 (2004), S. 22–42, und Robert J. McMahon, Heiße Kriege im Kalten Krieg, in: Mittelweg 36, 14/1 (2005), S. 5–21.

⁵⁷ Vgl. beispielsweise die Diskussion des Deutschen Bundestags zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan in der 196. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. 01. 1980, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 8. Wahlperiode, Bd. 113, Bonn 1980, S. 15578D–15661C.

Beide Seiten sahen einen Atomkrieg auf europäischem Boden nicht mehr als theoretisches Szenario, sondern als ernsthaft drohende Gefahr an. Allerdings unterschieden sie sich fundamental in ihrer Analyse der Konfliktursachen, der Bewertung der Akteure und der anvisierten Strategie, mit der eine solche Katastrophe zu verhindern sei. Unabhängig davon, wie weit NATO und Warschauer Pakt tatsächlich von einem nuklearen „Showdown“ entfernt waren,⁵⁸ bildete die sicherheitspolitische Auseinandersetzung die stets zu berücksichtigende Hintergrundfolie für eine adäquate Analyse der Entspannungspolitik Genschers in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren. Schmidt, der sich als Initiator des Nachrüstungsbeschlusses in Szene gesetzt hatte, war bereit, diese unpopuläre Entscheidung gegen den Widerstand aus der SPD und den öffentlichen Meinungstrend durchzusetzen.⁵⁹ Damit ebnete er Genscher den Weg, sich als entspannungspolitisches Korrektiv des Kanzlers zu profilieren – ein Image, das Genscher auch nach dem Koalitionswechsel von 1982 nutzen sollte.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass Genscher den ostpolitischen Vorleistungen der Regierung Brandt folgte, allerdings unter veränderten internationalen Rahmenbedingungen. Während die Bundesregierung nach ersten zögerlichen Schritten der Großen Koalition 1969 endlich auf den längst angefahrenen Zug der Entspannungspolitik aufgesprungen war und damit den Anschluss an die westlichen Verbündeten geschafft hatte, agierte Genscher seit Ende der siebziger Jahre antizyklisch. Gespräche mit dem Osten führte er nicht wegen, sondern *trotz* der Gefahr, damit die Spannungen innerhalb der NATO zu vergrößern. Der deprimierende Verlauf der Belgrader Konferenz, das Neutronenbombenfiasco, die stagnierenden MBFR-Verhandlungen und die kontinuierliche Aufrüstung sowjetischer Mittelstreckenwaffen ließen seine Appelle zur blockübergreifenden Kommunikation nicht verstummen, sondern motivierten ihn, seine Strategie immer nachdrücklicher zu vertreten. Gleichzeitig betonte er mehr als sein Vorgänger die notwendige sicherheitspolitische Fundierung der Entspannungspolitik und plädierte wie Bundeskanzler Schmidt für eine konsequente Umsetzung beider Teile des NATO-Doppelbeschlusses.

Mit der grundlegenden Idee der sozial-liberalen Ostpolitik, durch persönliche Kontakte, Informationsfreiheit und kulturellen Austausch das Auseinanderleben der Menschen in Ost und West zu verhindern, brach Genscher nicht. Allerdings trat ihre dynamische, auf einen gesellschaftlichen und politischen „Wandel“ in Osteuropa zielende Komponente zugunsten einer mittelfristig ausgerichteten Stabilisierungsstrategie zurück. Genscher nahm die Krise der internationalen Beziehungen Ende der siebziger Jahre als reale Ausgangsposition nüchtern zur Kenntnis und setzte auf pragmatische, ideologiefreie Gesprächsdiplomatie, um eine Vertiefung der Konfrontation zwischen Ost und West zu verhindern. Eine Verdichtung kritischer weltpolitischer Spannungen gewaltlos zu entschärfen, bedeu-

⁵⁸ Vgl. dazu auch Leopoldo Nuti, Introduction, in: Ders., *The Crisis of Détente in Europe*, S. 1–8, hier: S. 4.

⁵⁹ Schmidts Initiatorenrolle wird rückblickend häufig übermäßig herausgestellt. Vgl. dazu die kritischen Anmerkungen von Geiger, *Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss*, S. 100.

tete für ihn, gemeinsam mit denjenigen an einer Deeskalationspolitik zu arbeiten, die de facto über Entscheidungsgewalt und Einfluss verfügten – unabhängig davon, ob ihre Macht demokratisch legitimiert war oder nicht. „Realistische Entspannungspolitik“ unter Genscher war damit stets eine spezifische Form internationalen Krisenmanagements.

III. Kontinuität und Anpassung. Die Politik der Bundesregierung im Afghanistan-Konflikt (1979/80)

1. Afghanistan und der Mittlere Osten als Krisenregion

Ende der 1970er Jahre kam der Mittlere Osten auf die internationale Tagesordnung und rückte ins Scheinwerferlicht der weltpolitischen Öffentlichkeit. Ursächlich hierfür war die Verquickung globaler energiepolitischer Interessenkonflikte mit religiösen und ethnischen Spannungen in der Region selbst. Die westlichen Industriestaaten waren in hohem Maße von den Ölimporten aus dem Nahen und Mittleren Osten abhängig, wie der sogenannte Ölpreisschock von 1973 drastisch vor Augen geführt hatte. Damals hatten die OPEC-Staaten den Yom-Kippur-Krieg zum Anlass genommen, die Erdölförderung massiv zu drosseln und gleichzeitig eine etwa siebzigprozentige Preissteigerung zu verkünden.¹ Als die OPEC-Staaten im Zuge der Revolution im Iran 1979 und des Ersten Golfkrieges zwischen Iran und Irak (1980–1988)² erneut die Preise um ein Vielfaches erhöhten, stürzte die Bundesrepublik Deutschland in ihre bis dahin schwerste Rezession. Bonn zog daraus Konsequenzen. Um die Abhängigkeit von Ölimporten aus dem arabischen Raum zu verringern und trotzdem die energiepolitische Versorgung des Landes langfristig sichern zu können, setzte die Bundesregierung künftig auf Erdgas-Importe aus anderen Weltregionen und die Förderung der Kernenergie.³ Damit stand die bundesdeutsche Energiepolitik auf einem breiteren Fundament als bisher, was jedoch nichts daran änderte, dass Bonn weiterhin auf die reichhaltigen Ölvorkommen der OPEC-Staaten angewiesen blieb. Die Bundesregierung arbeitete deshalb verstärkt an einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu den arabischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, die bislang wegen der einseitigen Fixierung auf das deutsch-israelische Sonderverhältnis vernachlässigt worden waren. Mithin hatte die Bundesrepublik Deutschland – wie alle anderen westlichen Industriestaaten – auch Ende der siebziger Jahre ein vitales Interesse an politischer Stabilität in der gesamten Region.

¹ Vgl. zum Folgenden Tony Judt, *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*, Bonn 2006, S. 509–523, und Stephan Bierling, *Geschichte der amerikanischen Außenpolitik. Von 1917 bis zur Gegenwart*, München 2003, S. 149–151. Zur Geschichte des Ölpreisschocks unter besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland vgl. Jens Hohensee, *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdöl-Politik auf die Bundesrepublik Deutschland und Europa*, Stuttgart 1996.

² Zum Ersten Golfkrieg zwischen Iran und Irak vgl. Henner Fürtig, *Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988. Ursachen, Verlauf, Folgen*, Berlin 1992, und ders., *Kleine Geschichte des Irak. Von der Gründung 1921 bis zur Gegenwart*, München 2003.

³ Vgl. zur Energiepolitik Bonns Martin Czakainski, *Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1980 im Kontext der außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Verflechtungen*, in: Jens Hohensee/Michael Salewski (Hrsg.), *Energie – Politik – Geschichte. Nationale und internationale Energiepolitik seit 1945*, Stuttgart 1993, S. 17–33.

Diese schien jedoch gefährdet durch religiöse und ethnische Spannungen in den Ländern des Mittleren Ostens selbst, die nachhaltige Auswirkungen auf die Staaten des westlichen Bündnisses und des Warschauer Paktes haben sollten. So hatte sich im Iran Schah Mohammed Reza Pahlavi seit den sechziger Jahren um eine wirtschafts- und sozialpolitische Modernisierung des Landes nach westlichem Vorbild bemüht, die unter dem Begriff „Weiße Revolution“ bekannt wurde.⁴ Die Radikalität der Reformen stieß allerdings auf den Widerstand breiter Bevölkerungsschichten. Er umfasste linke und konservative Kräfte wie auch den islamischen Klerus, innerhalb dessen besonders eine der religiösen Führungsfiguren, Ayatollah Ruhollah Khomeini, an Einfluss gewann und seit Anfang der siebziger Jahre für eine islamische revolutionäre Bewegung warb mit dem Ziel, die Monarchie zu stürzen und eine Republik, basierend auf den Gesetzen der Sharia, zu gründen. Als Anfang Januar 1978 erste Streiks ausbrachen, stellte sich US-Präsident Carter auf die Seite des Schahs – war der Iran doch bis dahin der wichtigste Verbündete Washingtons im Mittleren Osten gewesen, der die Vereinigten Staaten mit Öl versorgt hatte.⁵ Im Gegenzug hatten amerikanische Waffenlieferungen, Ausbilder und Berater den Iran militärisch erstarken lassen. Der Sturz des Schahs und die Ausrufung der „Islamischen Republik“ durch Ayatollah Khomeini im Dezember desselben Jahres stellten Washington vor eine neue Herausforderung. Neben dem Kommunismus gab es in der Dritten Welt nun eine weitere Ideologie, die mit der westlichen Idee von Freiheit und Kapitalismus konkurrierte. Knapp ein Jahr später, Anfang November 1979, besetzten iranische Studenten unter Billigung Khomeinis die US-Botschaft in Teheran, nahmen die amerikanischen Botschaftsangehörigen als Geiseln und forderten die Auslieferung des Schahs, der sich zu diesem Zeitpunkt in New York aufhielt.⁶ Präsident Carter reagierte umgehend mit wirtschaftlichen und diplomatischen Sanktionsmaßnahmen, alle Ölimporte aus dem Iran wurden gestoppt und iranische Guthaben bei US-Banken eingefroren. Am 5. Dezember forderte der UN-Sicherheitsrat einstimmig, also mit Zustimmung der Sowjetunion, die Freilassung der Geiseln, was von den Besetzern der Botschaft erneut abgelehnt wurde. Die amerikanisch-iranische Krise, die nach diversen dramatischen Wendungen erst am 20. Januar 1981 mit der Freilassung der Geiseln beendet werden konnte, sollte zu einem zentralen Thema des US-Wahlkampfes werden, den Ronald Reagan letztlich für sich entscheiden konnte. Während des ersten Jahres des sowjetisch-afghanischen Krieges wurde die Aufmerksamkeit der amerikanischen Administration deshalb zu einem großen Teil durch die Entwicklungen im Iran absorbiert.

⁴ Vgl. zum Folgenden Westad, *The Global Cold War*, S. 288–330. Einen kurzen Überblick zur Geschichte Irans bietet Monika Gronke, *Geschichte Irans von der Islamisierung bis zur Gegenwart*, München 2009, hier besonders S. 95–116.

⁵ Vgl. dazu auch Steve Marsh, *The Limits of US Cold War Hegemony. Lessons from Anglo-Iranian Oil Crisis*, in: Alan P. Dobson (Hrsg.), *Deconstructing and Reconstructing the Cold War*, Aldershot u. a. 1999, S. 89–109.

⁶ Zum Verlauf des Geiseldramas vgl. David Harris, *The Crisis. The President, the Prophet and the Shah – 1979 and the Coming of Militant Islam*, New York u. a. 2004, und Mark Bowden, *Guests of the Ayatollah. The First Battle in America's War with Militant Islam*, New York 2006.

Auch in Pakistan war eine schleichende Islamisierung des Landes erkennbar.⁷ Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende der britischen Kolonialherrschaft war Pakistan 1947 als unabhängiger Staat gegründet und nach dem Sturz der Monarchie 1956 zur Islamischen Republik erklärt worden. Die Grenzziehung, entstanden durch die Teilung Britisch-Indiens, war freilich eine künstliche ohne Rücksicht auf ethnische und religiöse Strukturen und zog zahlreiche Grenzkonflikte nach sich.⁸ Pakistan hatte deshalb stets mit separatistischen Tendenzen und Fliehkräften zu kämpfen. Wegen des Fehlens einer nationalen Identität schien einzig der Islam die zersplitterten Landesteile zusammenzuhalten, konnte jedoch die chronische Instabilität der politischen Verhältnisse nicht überwinden. So kann die Geschichte Pakistans bis zum heutigen Tag als ein Wechsel zwischen demokratischen und diktatorischen Phasen beschrieben werden. 1977 putschte General Mohammed Zia-ul-Haq in Islamabad und leitete damit die dritte Militärdiktatur ein, die erst 1988 durch eine weitere demokratische Periode abgelöst werden sollte.⁹ Den Grenzstreitigkeiten mit Indien um den Ostteil des Landes entsprachen an der Westgrenze Pakistans die ethnischen Konflikte mit Afghanistan, die bereits weiter zurückreichten.

Afghanistan, das wegen seiner geostrategischen Lage im 19. Jahrhundert zum Spielball britisch-russischer Großmachtinteressen in Zentralasien geworden war, hatte nach dem Ersten Weltkrieg seine volle Unabhängigkeit erlangt.¹⁰ Mit der Grenzziehung entlang der von Großbritannien und Russland ausgehandelten Durand-Linie verlor Afghanistan Gebiete im Osten des Landes, die dem damaligen Britisch-Indien, also dem späteren Pakistan, zugeschlagen wurden (vgl. Abb. 10). Seither lebten große Teile der paschtunischen Bevölkerung jenseits des afghanischen Staatsgebiets – eine politische Konstellation, die langfristig schwerwiegende Folgen haben sollte.¹¹ Seit Mitte der dreißiger Jahre engagierten sich Deutschland, Frankreich, Japan und Italien beim Aufbau eines afghanischen Bildungs- und Wirtschaftswesens. Eine vorübergehende Annäherung an die USA ließ schnell wieder nach, weil Washington dem Land zunächst nur nachgeordnete geostrategische Bedeutung beimaß.¹² Denn anders als der Iran besaß das nur dünn besiedelte, durch

⁷ Einen kurzen Überblick über die Geschichte Pakistans bietet der Sammelband von Bernhard Chiari/Conrad Schetter (Hrsg.), *Pakistan*, Paderborn u. a. 2010.

⁸ Vgl. dazu auch Dietmar Rothermund, *Konfliktherd Kaschmir*, in: Chiari/Schetter, *Pakistan*, S. 85–97, und Srinath Raghavan, 1971: *A Global History of the Creation of Bangladesh*, Cambridge 2013.

⁹ Nach der Unabhängigkeit und der ersten demokratischen Periode (1947–1958) folgte die erste Militärdiktatur unter Ayub Khan (1958–1971), die zweite demokratische Periode (1971–1977) und die zweite Militärdiktatur unter Zia-ul-Haq (1977–1988). Vgl. dazu Chiari/Schetter, *Pakistan*, S. 228–235.

¹⁰ Vgl. zum Folgenden Immanuel Geiss, *Afghanistan*, in: Ders., *Geschichte Griffbereit*, Bd. 5, München 2002, S. 410–414; Jörg Baberowski, *England und Russland: Afghanistan als Objekt der Fremdherrschaft im 19. Jahrhundert*, in: Chiari, *Afghanistan*, S. 22–31. Einen kurzen Überblick über die Geschichte Afghanistans von der Antike bis heute bietet Schetter, *Kleine Geschichte Afghanistans*.

¹¹ Zur Paschtunistan-Frage vgl. auch ebd., S. 79–83, und Abubakar Siddique, *The Pashtun Question. The Unsolved Key to the Future of Afghanistan*, London 2014.

¹² Vgl. Gibbs, *Die Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979*, S. 294–299; Schetter, *Kleine Geschichte Afghanistans*, S. 84–86, und Baraki, *Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland*, S. 45–69.

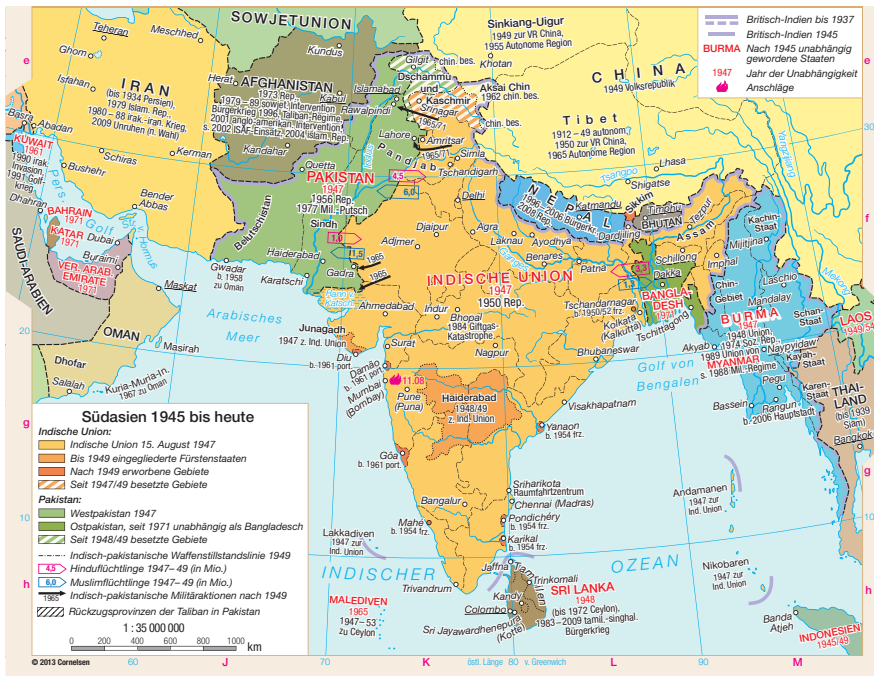


Abb. 10: Afghanistan und seine Nachbarstaaten

Wüsten und Gebirgsketten zerklüftete Land keinen Zugang zum Meer, es gab nur wenige schiffbare Flüsse – Afghanistan war eines der ärmsten Länder der Welt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es vor allem die Sowjetunion, die ihre bilateralen Beziehungen zum Nachbarland Afghanistan durch wirtschaftliche und militärische Kooperationsverträge intensiviert und Infrastrukturprojekte finanzierte. Bis 1954 entwickelte sich Moskau schließlich zum bedeutendsten Geber von Wirtschafts- und Militärhilfe, viele afghanische Offiziere erhielten ihre Ausbildung an sowjetischen Militärakademien.¹³ Umgekehrt wurde das afghanische Militär damit zur wichtigsten Säule sowjetischer Einflussnahme in Afghanistan. Dies führte wiederum dazu, dass sich mit Beginn des Kalten Krieges auch die USA erneut Afghanistan zuwandten. Interessanterweise ergab sich dort zwischen Washington und Moskau weniger eine Konkurrenz als vielmehr eine Art Arbeitsteilung, wie Conrad Schetter darlegt. Die Amerikaner engagierten sich gerade in den Bereichen, die Moskau nicht abdeckte, und investierten in die Infrastruktur im Süden des Landes, während Moskau vor allem im Norden präsent blieb.¹⁴ Kabul hatte

¹³ Gibbs, Die Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979, S. 295, und Robinson/Dixon, Aiding Afghanistan, S. 47–92.

¹⁴ Moskau ließ unter anderem den Flughafen in Bagram und eine Allwetterstraße von Kabul durch den Salang-Tunnel zur sowjetischen Grenze bauen. Die USA bauten die Straße von Kabul nach Kandahar, Stichstraßen zur pakistanischen und iranischen Grenze sowie einen Flughafen bei Kandahar. Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, S. 84–86.

somit das Kunststück vollbracht, Entwicklungshilfe von beiden Supermächten zu erhalten und gleichzeitig seine politische Neutralität zu wahren. Die sechziger Jahre entwickelten sich für Afghanistan zu einer vorübergehenden Blütezeit und wurden im Rückblick immer wieder als „goldenes Zeitalter“ verklärt.¹⁵ Mit der Errichtung einer konstitutionellen Monarchie und der Erarbeitung einer Verfassung zeigten sich erste Ansätze eines westlichen Parlamentarismus.

Die Phase relativer Stabilität endete jedoch abrupt, als Sardar Mohammed Daoud Khan im Juli 1973 mit Unterstützung der kommunistisch orientierten „Demokratischen Volkspartei Afghanistans“ (DVPA) gegen seinen Cousin, König Mohammed Zahir Shah, putschte, Afghanistan zur Republik und sich selbst zum Präsidenten erklärte. Daouds Kooperation mit den Kommunisten blieb jedoch eine brüchige Zweckgemeinschaft.¹⁶ Als Angehöriger des Adels wollte Daoud das verarmte und rückständige Land zwar modernisieren, nicht aber sozialistisch revolutionieren.¹⁷ Obwohl die DVPA die ungerechte Verteilung des Grundeigentums kritisierte und für eine Bodenreform eintrat, konnte sie die Bauern, die den Großteil der Bevölkerung ausmachten, nicht für sich gewinnen – zu sehr stieß die atheistische marxistische Ideologie auf das Misstrauen der tiefreligiösen Landbevölkerung. Das kaum industrialisierte Land besaß keine nennenswerte Arbeiterklasse, weshalb die DVPA ohne Unterstützung durch die Bauern kaum Mitglieder rekrutieren konnte, es fehlten sowohl die theoretischen als auch die praktischen Voraussetzungen für eine sozialistische Umgestaltung. Hinzu kam die chronische innere Zerrissenheit der Partei, die in zwei Lager gespalten war: Parcham („Fahne“) unter Führung von Babrak Karmal und Khalq („das Volk“), geführt von Mohammed Nur Taraki und Hafizullah Amin. Nach Meinung des eher gemäßigten Parcham-Flügels war Afghanistan noch nicht reif für den Sozialismus, weshalb man von einer langen Übergangsperiode ausging. Demgegenüber setzte die Khalq-Fraktion auf einen raschen und radikalen sozialen Wandel.

Mitte der siebziger Jahre versuchte der Iran, gemeinsam mit den USA und Pakistan, Kabul dem sowjetischen Einfluss zu entziehen und zu einem Westkurs zu bewegen.¹⁸ Teheran unterstützte einerseits die afghanische Opposition, die daraufhin diverse Putschversuche gegen Daoud unternahm, dem der Schah andererseits Entwicklungshilfe in weit größerem Umfang anbot, als die Sowjetunion sie bisher geleistet hatte. Daoud gab dem iranischen Druck schließlich nach, schickte afghanische Offiziere zur Ausbildung nicht mehr in die Sowjetunion, sondern nach Ägypten und andere prowestliche Länder und ging mit diversen Razzien gegen die kommunistische DVPA vor.

¹⁵ Vgl. dazu und zum Folgenden ebd., S. 87–95.

¹⁶ Vgl. zum Folgenden Gibbs, Die Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979, S. 299–303.

¹⁷ Zur Einschätzung Daouds durch das Auswärtige Amt vgl. auch das Schreiben der deutschen Botschaft in Kabul an das Auswärtige Amt vom 25.09.1978, Betr.: Politischer Halbjahresbericht, Stand 20.09.1978, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 107441, S. 1.

¹⁸ Vgl. zum Folgenden Gibbs, Die Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979, S. 297–299, und Diego Cordovez/Selig S. Harrison, *Out of Afghanistan. The Inside Story of the Soviet Withdrawal*, New York u. a. 1995, hier: S. 13–16.

Am 27. April 1978 putschten daraufhin die Militärs der um Kabul liegenden Panzer- und Luftwaffenverbände, deren Offiziere zum Teil für die sozialen Reformziele der DVPA hatten gewonnen werden können. Unter Leitung General Abdul Qadirs und Hafizullah Amins wurde nach dem erfolgreichen, als „April-Revolution“ verkündeten Staatsstreich die Demokratische Republik Afghanistan ausgerufen.¹⁹ Die neue „Revolutionsregierung“ in Kabul wurde nun von den Kommunisten gestellt. Noor Mohammed Taraki (Khalq) übernahm die Ämter des Generalsekretärs der DVPA, des Vorsitzenden des Revolutionsrats und des Ministerpräsidenten in Personalunion. Als sein Stellvertreter in allen Ämtern fungierte fortan Babrak Karmal (Parcham), Hafizullah Amin (Khalq) wurde Außen- und General Abdul Qadir Verteidigungsminister. Wenige Tage später übermittelte der sowjetische Generalsekretär, Leonid Breschnew, seine Glückwünsche an die Regierung Taraki und begrüßte den Staatsstreich als wegweisenden Schritt auf dem Weg zur kommunistischen Weltrevolution.²⁰

Schon bald jedoch brach die nur mühsam überdeckte Spaltung der DVPA wieder auf, bei der Taraki letztlich die Oberhand behielt. Die Parcham-Vertreter wurden im Laufe des Sommers auf ausländische Botschaften abgeschoben und wenig später amtsenthoben, zahlreiche Militärs, unter ihnen auch General Qadir, wurden verhaftet. Die Macht lag nun in den Händen von Taraki und Amin.²¹ Die inzwischen ganz vom Khalq-Flügel dominierte DVPA suchte weiter die Anlehnung an Moskau und richtete ihre Parteidoktrin nach dem Vorbild der KPdSU aus. Mit Unterstützung sowjetischer Berater wurde Schritt für Schritt eine straffe Parteiorganisation aufgebaut und erste Schritte zu einer sozialistischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft eingeleitet. Im Dezember 1978 unterzeichnete Taraki den Vertrag „über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit“ mit Moskau, der Afghanistan langfristig an die Sowjetunion binden sollte.

Die radikalen Maßnahmen der DVPA unter Führung Tarakis stießen jedoch auf immer größeren Widerstand der afghanischen Bevölkerung, die in den kommunistischen, antireligiösen Reformen der Partei einen Angriff auf den Islam und eine sowjetische Okkupation sahen. Es mehrten sich Unruhen und Aufstände, an-

¹⁹ Zur Einschätzung der „April-Revolution“ durch das Auswärtige Amt in den Monaten danach vgl. Schreiben der deutschen Botschaft in Kabul an das Auswärtige Amt vom 25. 09. 1978, Betr.: Politischer Halbjahresbericht, Stand 20. 09. 1978, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 107441; Schreiben der deutschen Botschaft in Kabul an das Auswärtige Amt vom 04. 03. 1979, Betr.: Politischer Halbjahresbericht, Stand 01. 03. 1980, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 110423, und Aufzeichnung des Ref. 340 des Auswärtigen Amts vom 05. 06. 1979, Betr.: Afghanistan, Sachstand, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 107441. Zum Verlauf des Putsches vgl. außerdem Boulouque, *Der Kommunismus in Afghanistan*, S. 772–792; Gibbs, *Die Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979*, S. 291–314, und Rasul Bakhsh Rais, *War without Winners*, hier: S. 25–65.

²⁰ Vgl. Heinz Timmermann, *Die USA, Westeuropa und die Dritte Welt: Aspekte des Antwortverhaltens auf die sowjetische Intervention in Afghanistan*, in: Heinrich Vogel (Hrsg.), *Die sowjetische Intervention in Afghanistan*, Baden-Baden 1980, S. 299–318, hier: S. 371.

²¹ So die Einschätzung des Auswärtigen Amts. Vgl. Schreiben der deutschen Botschaft in Kabul an das Auswärtige Amt vom 25. 09. 1978, Betr.: Politischer Halbjahresbericht, Stand 20. 09. 1978, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 107441.

geführt von oppositionellen „Muslimbruderschaften“, die von der Regierung mit brutalen Gegenmaßnahmen vergolten wurden. Mit dem Aufstand von Herat Mitte März 1979 hatte die Widerstandsbewegung schließlich eine neue Stufe erreicht.²² Erst nach über einer Woche konnten die Regierungstruppen die Kämpfe um die Stadt im Nordwesten Afghanistans für sich entscheiden. Immer mehr Angehörige der afghanischen Armee liefen zur Opposition über. Trotz wiederholter Hilfersuchen der DVPA lehnte Moskau die Entsendung eigener Truppen zur Niederschlagung der Aufstände zu diesem Zeitpunkt ab. Im Laufe des Jahres wurde immer deutlicher, dass die DVPA für ihr politisches Überleben auf die Sowjetunion angewiesen blieb. Der Machtkampf innerhalb der Partei ging in eine neue Runde, als Haffizullah Amin seinen Rivalen Taraki am 14. September 1979 stürzte, sich selbst zum Staatspräsidenten und Generalsekretär der DVPA küren ließ und anschließend blutige Säuberungswellen in Gang setzte. Afghanistan befand sich im Bürgerkrieg. In den nächsten drei Monaten eskalierte die Gewalt zwischen Regierungsanhängern und den Widerstandsgruppen zunehmend. Immer mehr Landesteile fielen in die Hand der Aufständischen, der kontinuierliche Machtverlust Amins war mit Händen zu greifen. Am 24. Dezember 1979 marschierten schließlich sowjetische Truppen über die afghanische Grenze und eroberten zwei Tage später Kabul, wobei Amin unter ungeklärten Umständen zu Tode kam.²³ Noch am Abend desselben Tages übernahm Babrak Karmal die Ämter des Vorsitzenden des Revolutionsrats, des DVPA-Generalsekretärs und des Ministerpräsidenten.²⁴

Der Krieg in Afghanistan, der von 1979 bis 1989 andauerte, wurde von der Forschung in unterschiedliche Etappen eingeteilt. Nach Dieter Kläy²⁵ begann die erste dieser insgesamt sieben Phasen bereits in den Monaten des innerafghanischen Bürgerkrieges, spätestens aber im Dezember 1979, und endete im Februar 1980. Bis dahin waren die sowjetischen Truppen nach ihrem Einmarsch vor allem mit der Unterbringung der Garnisonen und dem Schutz ihrer Stationierungsorte beschäftigt. In der zweiten Phase zwischen März 1980 und September 1982 griffen die Aufständischen sowjetische Verbände im ganzen Land an, worauf Moskau gemeinsam mit den afghanischen Streitkräften mit großflächigen Bombardierungen und einer „Taktik der verbrannten Erde“ reagierte. Daran schloss sich bis Februar

²² Zum Aufstand von Herat vgl. auch Gibbs, *Die Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979*, S. 291–314, hier: S. 305–307, und Boulouque, *Der Kommunismus in Afghanistan*, S. 777–781.

²³ Die CIA ging davon aus, dass Amin von den Sowjets ermordet worden war. Ein endgültiger Beweis hierfür konnte jedoch nicht erbracht werden. Vgl. MacEachin, *Predicting the Soviet Invasion of Afghanistan*, S. 33–35.

²⁴ Einen anschaulichen Zeitzeugenbericht des Afghanistan-Konflikts bietet Sir Rodric Braithwaite, damals hochrangiger Diplomat im FCO (1979/80 Head of Planning Staff) und späterer Botschafter in Moskau (1988–1992): Braithwaite, *Afgantsy*.

²⁵ Vgl. zum Folgenden Kläy, *Der sowjetische Krieg in Afghanistan und die Folgen bis heute*, S. 111–113. Abweichend davon spricht Sylvain Boulouque von vier Phasen: (1) Besetzung des ganzen Landes durch sowjetische Truppen (1979–1982), (2) der „totale Krieg“ (1982–1986), (3) schrittweiser Rückzug der sowjetischen Truppen (1986–1989), (4) der neue Regierungschef Mohammed Nadschibullah wird von Moskau weiter an der Macht gehalten. Er stürzte erst, als die UdSSR selbst zerfiel (1989–1992). Vgl. Boulouque, *Der Kommunismus in Afghanistan*, S. 781 f.

1984 eine Interimsperiode an, in welcher Moskau eine strategische Pause für die Reorganisation seiner militärischen Kräfte einlegte, während der vorübergehend regionale und lokale Verhandlungen zwischen den Sowjets und dem Widerstand aufgenommen und kleinere Waffenstillstandsabkommen geschlossen wurden. Dies mündete jedoch in eine erneute Kriegsphase, die im Frühjahr 1985 insoweit modifiziert wurde, als Moskau nun vornehmlich versuchte, die Widerstandsgruppen vom Nachschub aus dem angrenzenden Ausland abzuhalten, die eigenen Truppen zunehmend aus den aktiven Kampfhandlungen zurückzog und die afghanischen Regierungstruppen vor allem durch Luftwaffe, Artillerie- und Pioniereinheiten unterstützte. In der Phase von Januar 1987 bis Januar 1988 fiel schließlich die Entscheidung des Kremls zum Truppenrückzug. Der neue Kremlchef Michail Gorbatschow rief die Widerstandskämpfer auf, sich an der „Politik der nationalen Aussöhnung“ zu beteiligen. Im Mai desselben Jahres begann der sowjetische Abzug aus Afghanistan, der im Februar 1989 abgeschlossen wurde.²⁶ Die unten abgebildete Karte des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) verdeutlicht graphisch den Verlauf der Kampfhandlungen.



Abb. 11: Der Verlauf der Kampfhandlungen während der sowjetischen Besatzung Afghanistans²⁷

²⁶ Zum Entscheidungsprozess innerhalb der sowjetischen Führung, der schließlich zum Truppenrückzug führte, vgl. auch Cordovez/Harrison, *Out of Afghanistan*. Den militärischen Verlauf des Krieges und der Sowjetisierung Afghanistans und deren Auswirkungen auf die afghanische Gesellschaft schildert Antonio Giustozzi, *War, Politics and Society in Afghanistan*. Zu den Auswirkungen des Krieges auf die sowjetische Gesellschaft vgl. Manfred Sapper, *Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft*.

²⁷ Die Karte ist abrufbar auf der Homepage des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) Potsdam unter URL: <http://www.mgfa-potsdam.de/html/einsatzunterstuetzung/downloads/0592404.pdf> (Stand: 13. 11. 2014).

Die nachfolgenden Kapitel analysieren dem Ansatz der vorliegenden Arbeit entsprechend die Politik der Bundesregierung in der Afghanistan-Krise mit einer Schwerpunktsetzung auf die Jahre 1979/80, also die Monate vor und unmittelbar nach der Invasion. Dies war die entscheidende Phase für das Krisenmanagement Hans-Dietrich Genschers und seiner Versuche, die Auswirkungen des sowjetischen Truppeneinmarsches auf die bundesdeutsche Entspannungspolitik zu minimieren.

2. Das Auswärtige Amt, die NATO und der Krieg in Afghanistan

Erwartbare Eskalation: Der Einmarsch sowjetischer Truppen im Dezember 1979

Das Auswärtige Amt beobachtete die Entwicklung in Afghanistan bereits seit der April-Revolution von 1978 mit großer Aufmerksamkeit und diskutierte darüber mit seinen Verbündeten.²⁸ Unsicher waren sie sich, welche konkrete Rolle die Sowjetunion bei der sozialistischen Umgestaltung des Landes spielte. In einem Schreiben von Andreas Meyer-Landrut, Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt, an Genscher vom Juni 1978 heißt es, eine aktive Teilnahme des Kremls am April-Umsturz sei „nicht nachweisbar und eher unwahrscheinlich“; über Moskaus künftige Rolle könne derzeit nur spekuliert werden. Das Interesse der Sowjetunion an einer effektiven Beherrschung Afghanistans sei allerdings offenkundig, auch angesichts der daraus entstehenden Möglichkeiten, auf Iran und Pakistan Einfluss zu nehmen und sich Zugang zum Persischen Golf und Indischen Ozean zu verschaffen. Moskau werde bei seinem Vorgehen jedoch in Rechnung stellen, dass eine Eingliederung Afghanistans in seinen Machtbereich den Widerstand der asiatischen Nachbarstaaten hervorrufen werde, was der „Dritte-Welt“-Politik Moskaus schade und den Ost-West-Entspannungsprozess beeinträchtigen könnte.²⁹

Neben diesen politischen Einschätzungen, die sich größtenteils auf Botschafterberichte und Analysen der zuständigen Referate im Auswärtigen Amt stützten, konnten die Bundesregierung und ihre westlichen Partner auch auf die militärische Aufklärungsarbeit ihrer Nachrichtendienste zurückgreifen. Insbesondere die amerikanische Defense Intelligence Agency (DIA) scheint ausgesprochen gut informiert gewesen zu sein. Regelmäßig wurde die Zahl der sowjetischen Militär-

²⁸ Die Berichte des Auswärtigen Amts zur Entwicklung in Afghanistan befinden sich vor allem im Referat 340 (Süd- und Südostasien) unter Leitung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Hans Alfred Steger, vgl. PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv).

²⁹ Vgl. Schreiben des Leiters der Abt. 3 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Andreas Meyer-Landrut, an das Ministerbüro, Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher vom 03.07.1978, Betr.: Lage in Afghanistan, hier: Besuch des Ministerialdirigenten Jens Petersen in der Demokratischen Republik Afghanistan, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178766. Auch David N. Gibbs geht davon aus, dass Moskau nicht direkt an dem April-Putsch mitgewirkt hat. Vgl. Gibbs, Die Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979, S. 301.

berater in Afghanistan registriert und an Washington weitergeleitet. Waren es im April 1978 noch 350, wuchs ihre Zahl bis Ende Mai auf 500 an, bis Mitte Januar 1979 auf 1000 und bis zum Putsch Amins im September auf 2500. Auch sowjetische Truppenverschiebungen und Teilmobilmachungen einzelner Divisionen wurden kontinuierlich notiert, jedoch stets als Übungen interpretiert.³⁰ Am 18. Dezember informierte Hans-Henning von Ondarza, Brigadegeneral und Militärattaché an der deutschen Botschaft in Washington, das Auswärtige Amt über einen aktuellen Bericht der DIA:³¹ Derzeit befänden sich 5500 sowjetische Soldaten in Afghanistan. Der Großteil von ihnen seien Militärberater und etwa 1000 bis 1200 Soldaten sowjetischer Kampftruppen. Weitere Details über die Verlegung einzelner Truppenverbände und Luftbataillone folgten. Damit befanden sich sowjetische Truppen erstmals seit 1945 außerhalb des Warschauer-Pakt-Gebietes und Kubas. Die DIA ging davon aus, dass die aktuellen Truppenverschiebungen von langer Hand geplant und nicht durch die gegenwärtige innere Lage Afghanistans bedingt seien. Ondarza selbst war der Meinung, dass die Einrichtung eines Hauptquartiers darauf hindeute, dass die Sowjetunion längerfristige Ziele verfolge. Damit scheine eine Verwicklung sowjetischer Truppen in die anhaltenden Kämpfe zwischen afghanischer Regierung und Aufständischen unvermeidlich. Ondarza schloss seinen Bericht mit der Feststellung: „Die USA werden sich wohl abwartend verhalten (there is not much we can do about it) und schließen nicht aus, dass in Afghanistan ein sowjetisches Vietnam entstehen könnte.“³²

Nur einen Tag später meldete der deutsche Botschafter in Washington, Peter Hermes, laut amerikanischen Erkenntnissen sei die sowjetische Truppenstärke nun doch höher als erwartet, man müsse daher davon ausgehen, dass Moskau beabsichtige, langfristig militärisch präsent zu sein. Die US-Administration sei sehr beunruhigt und habe die Sache mit Moskau erörtert. Es gebe aber Gründe, die sowjetischen Truppenverstärkungen nicht mit Nachdruck in der Öffentlichkeit herauszustellen. Welche Gründe dies waren, wurde allerdings nicht näher erläutert.³³ Weitere drei Tage später, am 22. Dezember, kam man in Washington zu der Einschätzung, dass die Sowjets ohne Zweifel in den nächsten 72 Stunden eine große militärische Invasion in Afghanistan beginnen würden.³⁴ Ob diese Erkenntnis auch an die Verbündeten übermittelt wurde, geht aus den Quellen nicht hervor.³⁵ Allerdings fand sich bereits in der Weihnachtsausgabe der *Süddeutschen*

³⁰ Vgl. dazu MacEachin, *Predicting the Soviet Invasion of Afghanistan*.

³¹ Vgl. Schreiben des Brigadegenerals von Ondarza, Washington, an das Auswärtige Amt vom 18. 12. 1979, Betr.: Sowjetische Präsenz in Afghanistan, in: AAPD 1979, Dok. 384, S. 1933–1935.

³² Ebd., S. 1935. Der Vergleich zwischen der sowjetischen Intervention in Afghanistan und der Rolle der USA im Vietnam-Krieg fand nicht nur zeitgenössisch großen Widerhall, sondern beschäftigte auch die geschichtswissenschaftliche Forschung immer wieder. Vgl. beispielsweise Douglas A. Borer, *Superpowers Defeated*.

³³ Vgl. Schreiben des deutschen Botschafters in Washington, Peter Hermes, an das Auswärtige Amt vom 18. 12. 1979, Betr.: Sowjetische Militärpräsenz in Afghanistan, in: AAPD 1979, Dok. 385, S. 1936.

³⁴ MacEachin, *Predicting the Soviet Invasion of Afghanistan*, S. 33.

³⁵ London scheint von der US-Administration gut unterrichtet worden zu sein. Carter sicherte Thatcher in einem Gespräch am 19. 12. 1979 zu, dem britischen Verbündeten

Zeitung vom 24./25./26. Dezember 1979 eine kurze Randnotiz über die Massierung sowjetischer Truppen und Fallschirmjäger an der afghanischen Grenze, die sich nach Angaben aus „Washingtoner Regierungskreisen“ bereithielten, um „möglicherweise gegen die moslemischen Aufständischen in Afghanistan vorzugehen“.³⁶

Insgesamt, so lässt sich resümieren, war das Weiße Haus über Quantität und Qualität der sowjetischen militärischen Präsenz in und um Afghanistan laufend gut unterrichtet. Welche Schlüsse daraus gezogen wurden, hing indes von der jeweiligen politischen Orientierung des Interpreten ab. Beispielsweise hatte Zbigniew Brzezinski, der Sicherheitsberater des Präsidenten, diesen am 19. September, also fünf Tage nach dem Sturz Tarakis durch Amin informiert, dass er entgegen den Einschätzungen der DIA eine sowjetische Invasion für zunehmend wahrscheinlich halte.³⁷ Allerdings hatte Brzezinski schon den Putsch vom April 1978 als Teil einer langfristigen sowjetischen Strategie interpretiert, die Hegemonie über den Mittleren Osten und Zugang zum Persischen Golf zu erlangen.³⁸ Nun, im September 1979, empfahl er, die amerikanisch-afghanischen Beziehungen abubrechen und die sowjetische Strategie durch verdeckte Operationen zu unterlaufen. Dass dadurch eine sowjetische Intervention überhaupt erst provoziert werden könnte, relativierte er mit dem Hinweis, dies sei ohnehin das Ziel Moskaus. Außenminister Vance konnte sich jedoch zu diesem Zeitpunkt mit der Empfehlung durchsetzen, die diplomatischen Beziehungen zu Kabul und moderate wirtschaftliche Hilfsleistungen an Afghanistan aufrechtzuerhalten.³⁹ Anders als Brzezinski kam die amerikanische Intelligence Community⁴⁰ in ihrem Memorandum vom 28. September 1979 zu dem Ergebnis, dass die politischen Kosten einer militärischen Invasion für Moskau zu hoch seien:

“The Soviets will also have to consider the likely prospect that they would be contending with an increasingly hostile and anti-Soviet population. The USSR would then have to consider the likelihood of an adverse reaction in the West, as well as further complications with Iran, India, and Pakistan. Moscow would also have to weigh the negative effects elsewhere in the Muslim world of a massive Soviet military presence in Afghanistan. [...] A conspicuous use of Soviet military force against an Asian population would also provide the Chinese considerable political capital.”⁴¹

regelmäßig Berichte über die amerikanische Einschätzung der Lage zukommen zu lassen. Vgl. Letter from Private Secretary, Alexander, to Walden, FCO, on 19. 12. 1979, Subject: PM's visit to the United States, in: TNA, FCO 37/2132.

³⁶ Moskau bestreitet Anwesenheit von Truppen in Afghanistan, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 297 vom 24./25./26. 12. 1979, S. 11.

³⁷ MacEachin, Predicting the Soviet Invasion of Afghanistan, S. 21.

³⁸ Vgl. dazu und zum Folgenden ebd., S. 9f.

³⁹ Neben Brzezinski zählten Verteidigungsminister Harold Brown und Energieminister James R. Schlesinger zu den „Hardlinern“ in Washington, die schon früh für militärische Gegenmaßnahmen in Afghanistan plädierten, um den sowjetischen Einfluss einzudämmen. Vgl. dazu Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, hier besonders S. 40–46.

⁴⁰ Die Intelligence Community (IC) ist die Dachorganisation verschiedener Geheim- und Sicherheitsdienste der USA. Zu diesen gehören unter anderem die Central Intelligence Agency (CIA) und die Defense Intelligence Agency (DIA), zuständig für militärische Aufklärung im Ausland.

⁴¹ Zitiert nach MacEachin, Predicting the Soviet Invasion of Afghanistan, S. 25.

Auch im Auswärtigen Amt kursierten unterschiedliche Meinungen. Die zuständigen Abteilungsleiter und Staatssekretäre mussten aus einem Wust an widersprüchlichen, teilweise recht spekulativen Botschafterberichten ihre Schlüsse ziehen. Unklar blieb vor allem, wie die innerafghanischen und innersowjetischen Kräfteverhältnisse zu beurteilen waren. Davon hing ab, wie hoch die Wahrscheinlichkeit eines Truppeneinmarsches bewertet wurde. Am 9. Juni 1979 meldete Hans-Georg Wieck, deutscher Botschafter in Moskau, seine neuesten Erkenntnisse nach Bonn: Der pakistanische Außenminister Agha Shahi habe dem französischen Botschafter in Islamabad mitgeteilt, dass er vom sowjetischen Botschafter erfahren habe, die Sowjetunion werde sich im Falle eines Ausufers der Situation in Afghanistan eine militärische Intervention unter Berufung auf die Verträge zwischen den beiden Ländern vorbehalten. Dies sei insofern bemerkenswert, so Wieck, als sowjetische Medienäußerungen eine Erwähnung der sowjetisch-afghanischen Verträge eher vermieden, was für die Absicht Moskaus spreche, sich durch die Entwicklung in Afghanistan nicht unter Zugzwang setzen zu lassen.⁴²

Am selben Tag berichtete Botschafter Franz-Josef Hoffmann aus Kabul, die aggressive sowjetische Haltung gegenüber Pakistan erwecke zunehmend den Eindruck, Moskau wolle einer militärischen Invasion propagandistisch den Boden bereiten. Allerdings dürfte sich der Kreml durchaus im Klaren sein, dass er sich mit einem Truppeneinmarsch eine große Last aufbürde.⁴³ Wenige Wochen später leitete Hoffmann ans Auswärtige Amt die Information weiter, sein ostdeutscher Kollege in Kabul habe ihm mitgeteilt, dass ein Eingreifen von außen für Moskau nicht in Frage komme. Er, Hoffmann, sei sich jedoch bewusst, dass diese Äußerung des DDR-Botschafters schwer einzuschätzen sei.⁴⁴ Am 5. September meldete der deutsche Botschafter in Neu-Delhi, Dirk Oncken, seiner Kenntnis nach gehe Indien davon aus, dass Moskau nicht direkt angreifen werde.⁴⁵ Diese Einschätzung teilte auch Christian Meyer-Plath, Oberst im Generalstab und Militärattaché an der deutschen Botschaft in Teheran, der zu diesem Zeitpunkt eine Dienstreise durch Afghanistan unternommen hatte.⁴⁶ Auch Botschafter Wieck

⁴² Vgl. Schreiben des deutschen Botschafters in Moskau, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 09. 06. 1979, Betr.: Sowjetische Haltung zur Situation in Afghanistan, in: AAPD 1979, Dok. 172, S. 829.

⁴³ Vgl. Fernschreiben Nr. 269 des deutschen Botschafters in Kabul, Franz-Josef Hoffmann, an das Auswärtige Amt vom 09. 06. 1979, Betr.: Lage in Afghanistan, hier: Verhältnis zu Pakistan und zur Sowjetunion, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 110427.

⁴⁴ Vgl. Fernschreiben Nr. 332 der deutschen Botschaft in Kabul an das Auswärtige Amt vom 24. 07. 1979, Betr.: Lage in Afghanistan, hier: Position der Regierung, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 110426.

⁴⁵ Vgl. Fernschreiben Nr. 826 des deutschen Botschafters in Neu-Delhi, Dirk Oncken, an das Auswärtige Amt vom 05. 09. 1979, Betr.: Lage in Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 110426.

⁴⁶ Vgl. Schreiben des Oberst im Generalstab und Militärattaché an der deutschen Botschaft in Teheran, Christian Meyer-Plath, an das Auswärtige Amt vom 11. 09. 1979, Betr.: Lage in Afghanistan, Einzelbericht Nr. 3/79 AFG (V), hier: Reisebericht über die Dienstreise vom 01.-07. 09. 1979, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 110426. Meyer-Plath war zugleich an der deutschen Botschaft in Kabul akkreditiert.

stimmte dieser Ansicht noch Ende September zu, wenige Tage nach dem Sturz Tarakis durch Amin.⁴⁷

In den Konsultationen mit den westlichen Verbündeten erkannte das Auswärtige Amt, dass es den britischen Kollegen ähnlich erging. Am 1. August berichtete der deutsche Botschafter aus London, das FCO könne angesichts der Instabilität der afghanischen Regierung einen sowjetischen Militärschlag in nächster Zeit nicht ausschließen. Direkte Anzeichen hierfür habe man allerdings auch nicht. Für wahrscheinlicher halte London, dass Moskau seine bisherigen Hilfslieferungen und Militärberatung ausweiten werde.⁴⁸ Ende November diskutierten die Kollegen des South Asian Department im FCO, G. R. Archer, M. E. Howell und W. K. K. White, erneut über die Lage. Archer und Howell hielten eine Invasion für unwahrscheinlich, da die Aufständischen zu schwach seien, Amin zu stürzen.⁴⁹ White schätzte die Lage tendenziell etwas bedenklicher ein und betonte, dass Moskau auf jeden Fall einmarschieren werde, falls eine Machtübernahme der Islamisten drohe.⁵⁰ Auch im französischen Außenministerium kursierten verschiedene Ansichten. Zwar war man von Washington gut über sowjetische Truppenverschiebungen informiert worden,⁵¹ dennoch konnte man sich auch am 23. Dezember 1979 nicht vorstellen, dass Moskau direkt in die Kampfhandlungen eingreifen werde. Vielmehr sah man die Verstärkung der militärischen Präsenz lediglich als Unterstützung des schwächelnden Amin-Regimes an.⁵²

Sowohl in Washington als auch in Bonn, Paris und London kam man zu keiner einheitlichen Einschätzung der Lage. Bei den zahlreichen Interpretationen der deutschen Diplomaten wurden stets zwei Gesichtspunkte gegeneinander abgewogen. Es war offensichtlich, dass ein militärisches Eingreifen schwerwiegende außenpolitische Folgen für Moskau haben würde. Umgekehrt hätte ein möglicher Zusammenbruch der kommunistischen Regierung in Kabul einen deutlichen Prestigeverlust für Moskau dargestellt. Wofür würde sich Moskau also im

⁴⁷ Vgl. Fernschreiben Nr. 3614 des deutschen Botschafters in Moskau, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 21. 09. 1979, Betr.: Haltung der Sowjetunion zu Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 110427.

⁴⁸ Vgl. Schreiben der deutschen Botschaft in London an das Auswärtige Amt vom 01. 08. 1979, Betr.: Lage in Afghanistan, hier: britische Beurteilung, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 110427.

⁴⁹ Vgl. Letter from Archer, South Asian Department of the FCO, to White, Head of the South Asian Department, November 23th 1979, in: TNA, FCO 37/2132, und Note from M.E. Howell, FCO, November 28th 1979, Subject: Afghanistan: Mr Mallaby's and Mr White's Minutes, in: TNA, FCO 37/2132.

⁵⁰ Letter from White, Head of the South Asian Department of the FCO, to Mallaby, Eastern European and Soviet Department of the FCO, November 23th 1979, Subject: Afghanistan, in: TNA, FCO 37/2132.

⁵¹ Vgl. Télégramme No. 11534/36 de Washington à Paris le 19 décembre 1979, Objet: Afghanistan, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1963, und Télégramme No. 3189/91 de Washington à Paris le 21 décembre 1979, Objet: Afghanistan, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1963.

⁵² Vgl. Télégramme No. 771/774 de Kaboul à Paris le 23 décembre 1979, Objet: Présence militaire soviétique en Afghanistan, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1963.

Zweifel entscheiden – für die ideologische Gesichtswahrung oder für die außenpolitische Ratio? In Bonn neigte man fälschlicherweise der Ansicht zu, dass Breschnew sich für Letzteres entscheiden würde. Noch heute erklärt Außenminister Genscher rückblickend: „Wir konnten uns einfach nicht vorstellen, dass die Russen diesen Schritt tun würden, dass sich die Russen in ein solches Abenteuer stürzen würden.“⁵³ Schließlich basierte die sozial-liberale Entspannungspolitik auf dem Grundgedanken, dass auch mit einem kommunistischen Regime vernunftbasierte Kommunikation und begrenzte Kooperation möglich seien. Den „Kalten Krieg“ der fünfziger und sechziger Jahre schien man hinter sich gelassen zu haben.

Ein Blick in die Protokolle der Politbürositzungen der KPdSU zeigt, dass die Einschätzungen der deutschen Diplomaten über den Entscheidungsprozess innerhalb der Kreml-Führung keineswegs völlig unzutreffend waren. Mitte März 1979, also während und unmittelbar nach dem Aufstand von Herat, diskutierte das Politbüro der KPdSU über die Lage in Afghanistan.⁵⁴ Diese wurde als äußerst unübersichtlich wahrgenommen. Unklarheit bestand über die Kräfteverhältnisse zwischen Aufständischen und Regierungsanhängern. Die Regierung Taraki wurde als unzuverlässig und inkompetent eingeschätzt, das Politbüro war über deren nicht enden wollende Forderungen nach mehr wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung offensichtlich ungehalten, hatte man doch den Eindruck, in ein Fass ohne Boden zu investieren. Dennoch bestand Einigkeit, dass man Afghanistan schon allein aus Prestige Gründen nicht fallen lassen dürfe. Überdies hatte der Kreml zweifellos ein vitales Interesse daran, die Südgrenze seines Imperiums zu stabilisieren. Wie weit man zu diesem Zeitpunkt allerdings noch von einer Interventionsentscheidung entfernt war, zeigt eine Äußerung des KGB-Chefs Juri W. Andropow:

“It’s completely clear to us that Afghanistan is not ready at this time to resolve all of the issues it faces through socialism. The economy is backward, the Islamic religion predominates, and nearly all of the rural population is illiterate. [...] Therefore, I believe that we can suppress a revolution in Afghanistan only with our bayonets, and that is for us entirely inadmissible. We cannot take such a risk.”⁵⁵

Außenminister Gromyko stimmte dem zu, argumentierte allerdings anders als Andropow weniger ideologisch, sondern stellte die seiner Meinung nach katastrophalen außenpolitischen Folgen eines Truppeneinmarsches in den Vordergrund:

“Comrade Andropov correctly noted that indeed the situation in Afghanistan is not ripe for a revolution. And all that we have done in recent years with such effort in terms of détente, arms reduction, and much more – all that would be thrown back. China, of course, would be given a nice present. All the nonaligned countries will be against us. [...] we must keep in mind that from a legal point of view too we would not be justified in sending troops. According to the UN Charter a country can appeal for assistance, and we could send troops, in case it is subject to external aggression. Afghanistan has not been subject to any aggression. This is its internal affair, a revolutionary internal conflict, a battle of one

⁵³ Interview der Autorin mit Hans-Dietrich Genscher am 26.06.2012 in München.

⁵⁴ Vgl. Transcript of CPSU CC Politburo, Discussions on Afghanistan, 17.–19.03.1979, in: CUIHP Bulletin, Nr. 8/9 (1996/1997), S. 136–145.

⁵⁵ Ebd., hier: S. 141.

group of the population against another. Incidentally, the Afghans haven't officially addressed us on bringing in troops."⁵⁶

Moskau war sich also vollkommen bewusst, dass die außenpolitische Ratio gegen eine Intervention sprach. Erstens war Afghanistan nicht reif für eine sozialistische Umgestaltung (unabhängig davon, wer die Regierung führte) und zweitens würde Moskau mit einem militärischen Eingreifen breite Bevölkerungsschichten gegen sich aufbringen, die sich im Zeichen des Islams gegen die kommunistischen Angreifer wehren würden. Ein solcher Partisanenkrieg war kaum zu gewinnen und könnte noch dazu die muslimische Bevölkerung in den sowjetischen Grenzrepubliken zur Nachahmung anregen. Drittens schließlich würde man damit die jahrelang erfolgreich praktizierte Koexistenzpolitik aufs Spiel setzen und die Länder der Blockfreien-Bewegung gegen sich aufwiegeln.⁵⁷ Angesichts dessen appellierte der Kreml uner-müdlich, jedoch vergeblich an Taraki und Amin, innerhalb der DVPA endlich zu einer geschlossenen Haltung zu finden, um die Früchte der sozialistischen Revolution zu bewahren. Parallel dazu stockte man die Hilfsleistungen für Kabul weiter auf.⁵⁸

An dieser Grundhaltung Moskaus änderte sich auch nach dem Putsch Amins Mitte September nichts. Was sich jedoch änderte, war die sowjetische Wahrnehmung der amerikanischen Politik. Am 29. Oktober berichteten Außenminister Gromyko, Geheimdienstchef Andropow, Verteidigungsminister Ustinow und der für internationale Angelegenheiten zuständige Sekretär des ZK der KPdSU, Ponomarew, dem Politbüro, dass es Anzeichen einer Annäherung Amins an die USA gebe.⁵⁹ Amin scheine einen Kurs der Neutralität anzustreben, was einer Abwendung von Moskau gleichkomme. Dieses Szenario löste geradezu reflexhafte Reaktionen in Moskau aus. Es müsse alles getan werden, um einen Sieg der Konterrevolution in Afghanistan zu verhindern. In der Tat geht die Forschung davon aus, dass die CIA bereits seit Juli 1979, also mehrere Monate vor der sowjetischen Invasion, den anti-kommunistischen Widerstand unterstützte.⁶⁰ Dass Washington ernsthaft erwogen habe, mit einem so wankelmütigen und isolierten Machthaber wie Amin ein Bündnis einzugehen, wurde von David N. Gibbs zu Recht als unwahrscheinlich verworfen. Festzuhalten bleibt, dass sich die sowjetische Bedrohungswahrnehmung durch Meldungen über verstärktes amerikanisches Engagement im Land zuspitzte. Moskau entschied daher, die Zusammenarbeit mit Amin zu intensivieren, um ihm die bedingungslose Solidarität des „Großen Bruders“ zu versichern. Zugleich forcierte der Kreml seine Kontakte zu Babrak Karmal (Parcham) und Asaduallah Sarwari (Khalq), um deren Machtübernahme in Kabul vorzubereiten. Am 12. Dezember entschieden sich Breschnew, Andropow, Gromyko und Ustinow endgültig für die Invasion.⁶¹ Einen Tag später begannen im Verteidigungsministerium mit der Ein-

⁵⁶ Ebd., S. 141 f.

⁵⁷ Vgl. dazu auch Chiari, Kabul 1979, S. 279 f.

⁵⁸ Vgl. beispielsweise CPSU CC Politburo Decisions on Afghanistan, 13.09.1979 (excerpts), in: CWIHP Bulletin, Nr. 8/9 (1996/1997), S. 154.

⁵⁹ Vgl. Gromyko-Andropov-Ustinov-Ponomarev Report to CPSU CC, 29.10.1979, in: CWIHP Bulletin, Nr. 8/9 (1996/1997), S. 157 f.

⁶⁰ Vgl. Gibbs, Die Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979, S. 310.

⁶¹ Vgl. dazu auch Chiari, Kabul 1979, S. 277 f.

richtung einer „operativen Gruppe“ die unmittelbaren Vorbereitungen. Den Befehl zum Einmarsch erteilte Ustinow am 24. Dezember 1979.⁶²

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die westlichen Beobachter, insbesondere die US-Administration, gut über die Entwicklung der militärischen Lage informiert waren, die Aufstockung sowjetischer Berater und Truppenverschiebungen wurden frühzeitig erkannt. In dieser Hinsicht kam der Einmarsch also nicht überraschend. Zugleich blieb in Washington, London, Paris und Bonn aber die Unsicherheit über die politische Bewertung der zahlreichen, teils widersprüchlichen Informationen bis zuletzt bestehen. Allerdings zeigt ein Blick in die Akten des britischen Foreign Office, dass dort wie auch in den USA schon im Herbst darüber gesprochen wurde, welche Vorteile der Westen von einem sowjetischen Truppeneinmarsch haben könnte. C. L. G. Mallaby (Eastern European and Soviet Department) argumentierte gegenüber seinem Kollegen White vom South Asian Department Anfang November, eine Invasion wäre insofern zu begrüßen, als Moskau daraus ein erheblicher Imageschaden und immense militärische und politische Kosten erwachsen würden. „The best outcome for the West might be a slow escalation of the present situation, which will ensure that the Russians are slowly and painfully educated in the limits of imperial power without events reaching any definite conclusion.”⁶³ Dass der sowjetische Vorstoß auch für Washington nicht unbedingt als eine Gegenreaktionen erfordernde Aggression wahrgenommen wurde, zeigt der Kommentar von US-Außenminister Vance gegenüber seinen Amtskollegen François-Poncet, Owen und Genscher am 25. September 1979 in New York: „The West should not overreact if the Soviets feel obliged to intervene. Let them sink into the swamp, while the West responds with more prudence.”⁶⁴ Ob diese Reaktion der westlichen Partner dann tatsächlich von solch großer Klugheit und Besonnenheit geprägt war, sollte sich in den Wochen und Monaten unmittelbar nach der sowjetischen Invasion erweisen.

Koordiniertes Chaos: Das Auswärtige Amt und der Versuch einer gemeinsamen Reaktion der NATO-Partner

Wenige Stunden nach der Besetzung Kabuls und der Machtübernahme Babrak Karmals übergab der sowjetische Botschafter Semjonow am 28. Dezember 1979 um 5.30 Uhr eine Erklärung an das Auswärtige Amt, in der er das Vorgehen des

⁶² Den Entscheidungsprozess der sowjetischen Führung zum Einmarsch in Afghanistan schildert auch Sapper, *Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft*, S. 61–79.

⁶³ Letter from Mallaby, Eastern European and Soviet Department of the FCO, to White, Head of the South Asian Department of the FCO, November 8th 1979, Subject: Afghanistan, in: TNA, FCO 37/2132. Es gab allerdings auch andere Stimmen im FCO. So argumentierte Lavers, Großbritannien habe kein Interesse an einer Invasion. Vgl. Letter from Lavers, South Asian Department of the FCO, to Archer and White, South Asian Department of the FCO, November 29th 1979, Subject: Afghanistan, in: TNA, FCO 37/2132.

⁶⁴ Das Treffen der Außenminister der Vier, François-Poncet (Frankreich), Owen (Großbritannien), Genscher (Bundesrepublik) und Vance (USA), fand am 25.09.1979 in New York statt. Vgl. Begleitaufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge vom 26.10.1979 zur amerikanischen Gesprächsaufzeichnung, in: PA-AA, B 150 (Aktenkopien).

Kremls zu begründen suchte.⁶⁵ Seit längerem gebe es westliche politische und militärische Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten Afghanistans. Kabul habe daher ein Hilfersuchen an Moskau gestellt, dem man im Rahmen des 1978 unterzeichneten Freundschaftsvertrages nachgekommen sei. Ziel sei der Erhalt des Friedens in der Region. Noch am selben Tag gab die Bundesregierung dazu eine Stellungnahme ab:

„Die Bundesregierung hat die Ereignisse in Afghanistan mit großer Sorge zur Kenntnis genommen. Sie sieht im Einmarsch fremder Truppen in Afghanistan eine äußerst ernste Angelegenheit, die grundsätzliche Fragen der internationalen Beziehungen aufwirft. Die Bundesregierung wird diese Fragen mit ihren Verbündeten und Freunden prüfen und auch mit den Ländern der Region, deren vitale Interessen durch diese Ereignisse berührt sind, in Verbindung treten. Die Konsultationen sind eingeleitet. [...] Das Auswärtige Amt hat wegen der Entwicklung in Afghanistan inzwischen zahlreiche Kontakte mit verbündeten und befreundeten Regierungen aufgenommen. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hatte einen telefonischen Meinungsaustausch mit den Außenministern Frankreichs, François-Poncet, Großbritanniens, Lord Carrington und der USA, Vance. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Günther van Well, führt Gespräche mit Botschaftern der asiatischen Region, mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und der Atlantischen Allianz. [...] Im Auswärtigen Amt wurde eine Arbeitsgruppe gebildet [...].“⁶⁶

Von Beginn an vermittelte Außenminister Genscher der Öffentlichkeit so den Eindruck eines wohlüberlegten und zupackenden Aktionismus in der Krise,⁶⁷ während Bundeskanzler Schmidt im Urlaub auf Mallorca weilte.⁶⁸ Zwar wurde der Kanzler laufend per Fernschreiben über die aktuellen Entwicklungen unterrichtet. Die wesentlichen Entscheidungen aber traf Genscher in Bonn, während Schmidt tendenziell die Rolle des Zuschauers einnahm.⁶⁹

⁶⁵ Vgl. Runderlass des Vortragenden Legationsrats Heinz-Dieter Bürger, z.Zt. Moskau, an das Auswärtige Amt vom 28. 12. 1979, Betr.: Lage in Afghanistan, hier: Erklärung des sowjetischen Botschafters, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 110427. Identische Erklärungen Semjonows wurden in Paris, London, Brüssel, Ottawa und Oslo übergeben, vgl. Schreiben der Vortragenden Legationsrätin Marianne Wannow an die Botschaft in Moskau vom 28. 12. 1979, Betr.: Sowjetisch-afghanische Beziehungen, in: AAPD 1979, Dok. 393, S. 1970f., hier: S. 1970.

⁶⁶ Runderlass des Vortragenden Legationsrats Heinz-Dieter Bürger, z.Zt. Moskau, an das Auswärtige Amt vom 28. 12. 1979, Betr.: Lage in Afghanistan, hier: Erklärung des sowjetischen Botschafters, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 110427. Die erste Sitzung der Arbeitsgruppe fand unter Vorsitz von Ministerialdirektor Andreas Meyer-Landrut am 28. 12. 1979 statt. Vgl. Schreiben der Vortragenden Legationsrätin Marianne Wannow an die Botschaft in Moskau vom 28. 12. 1979, Betr.: Sowjetisch-afghanische Beziehungen, in: AAPD 1979, Dok. 393, S. 1970f.

⁶⁷ Dieser Eindruck spiegelte sich auch in der Presseberichterstattung. Vgl. dazu beispielsweise: Botschafter Semjonow informiert Bonn, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 300 vom 29./30. 12. 1979, S. 1.

⁶⁸ Im Anschluss an seinen Urlaub auf Mallorca hielt sich Schmidt vom 07.–09. 01. 1980 in Madrid zu einem offiziellen Regierungsbesuch auf. Er kehrte erst am 10. 01. 1980 nach Bonn zurück, was auch von der deutschen Presse und dem Ausland aufmerksam registriert wurde. Vgl. Schmidt ändert seine Neujahrsansprache, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 301 vom 31. 12. 1979, S. 2, und Telegram No. 31 from the British Embassy at Bonn to the FCO, January 9th 1980, Subject: Afghanistan: FRG views, in: TNA, FCO 37/2240.

⁶⁹ Vgl. beispielsweise Fernschreiben des Ministerialdirigenten von der Gablentz an den Bundeskanzler vom 29. 12. 1979, Betr.: NATO-Sondertreffen auf Ebene der stv. Außenminister

Die diplomatische Maschinerie des Auswärtigen Amts lief auf Hochtouren. Zunächst wurden alle Informationsmöglichkeiten über die politische und militärische Lage ausgeschöpft, die dem Auswärtigen Dienst zur Verfügung standen, mehrfach täglich meldete der deutsche Botschafter aus Kabul den aktuellen Stand der Kampfhandlungen.⁷⁰ Ähnlich intensiv berichteten die deutschen Botschafter aus den Warschauer-Pakt-Ländern über die dortige Einschätzung der Lage nach Bonn. Mit den westlichen Verbündeten führte das Auswärtige Amt auf der Ebene der Botschafter, Staatssekretäre und Außenminister enge Konsultationen. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Invasion, noch am 28. Dezember, telefonierte Genscher persönlich mit seinen Kollegen in Washington, Paris und London, tauschte erste Beurteilungen aus und vereinbarte die Einberufung einer Sonder-sitzung des Ständigen NATO-Rats auf Botschafterebene für den folgenden Tag.⁷¹ Dort fand ein erstes Brainstorming der Verbündeten statt, ohne dass konkrete operative Schlussfolgerungen gezogen worden wären.⁷² Auf amerikanische Anregung trafen sich die Staatssekretäre der sogenannten Sechser-Gruppe (Bundesre-

am 31. 12. 1979 in London, in: BArch, B 136/16584, und Fernschreiben Nr. 1 des Ministerialdirigenten von der Gablentz an den Bundeskanzler vom 01. 01. 1980, Betr.: Ergebnis der Sitzung der 6 stv. Außenminister in London am 31. 12. 1979, in: BArch, B 136/16584. Auch die Rede Genschers auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 06. 01. 1980 in Stuttgart wurde auf telefonische Anforderung an Bundeskanzler Schmidt übermittelt. Vgl. Fernschreiben Nr. 5 des Auswärtigen Amts an die deutsche Botschaft in Madrid vom 07. 01. 1980, Betr.: Rede des Bundesvorsitzenden der F.D.P. Genscher am 6. 1. 1980 in Stuttgart aus Anlass des Dreikönigstreffens, in: BArch, B 136/16584.

⁷⁰ Die Berichte der deutschen Botschaft in Kabul finden sich in dem für Afghanistan zuständigen Referat 340 des Auswärtigen Amts. Vgl. vor allem PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bde. 110426 und 110427. Zur Berichterstattung der Botschaft in den ersten Tagen nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen vgl. u. a. Fernschreiben Nr. 709 der deutschen Botschaft in Kabul an das Auswärtige Amt vom 26. 12. 1979, Betr.: Afghanische Innenpolitik, hier: Landungen sowjetischer Transportflugzeuge, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 110426; Fernschreiben Nr. 4947 der deutschen Botschaft in Moskau an das Auswärtige Amt vom 27. 12. 1979; Fernschreiben Nr. 712 der deutschen Botschaft in Kabul an das Auswärtige Amt vom 27. 12. 1979, Betr.: Afghanische Innenpolitik, hier: Landungen sowjetischer Transportflugzeuge, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 110426; Fernschreiben Nr. 713 der deutschen Botschaft in Kabul an das Auswärtige Amt vom 28. 12. 1979, Betr.: Afghanische Innenpolitik, hier: Staatsstreich, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 110426, und Fernschreiben Nr. 715 der deutschen Botschaft in Kabul an das Auswärtige Amt vom 28. 12. 1979, Betr.: Afghanische Innenpolitik, Laufende Berichterstattung, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 110426.

⁷¹ Zum Telefonat Genschers mit Carter vgl. Letter from Private Secretary, Alexander, to Lever, FCO, December 28th 1979, in: TNA, FCO 37/2135. Zum Telefonat Genschers mit Carrington vgl. Letter from Lever, FCO, to White, Head of the South Asian Department of the FCO, December 28th 1979, Subject: Afghanistan and Iran, in: TNA, FCO 28/3878. Zur Abstimmung mit Paris vgl. Télégramme (COREU) de Bonn à Paris le 28 décembre 1979, Objet: Afghanistan, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1973, und Télégramme No. 5021/23 de Bonn à Paris le 28 décembre 1979, Objet: Situation en Afghanistan, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1969.

⁷² Vgl. Fernschreiben Nr. 1415 aus Brüssel (NATO) an das Auswärtige Amt vom 29. 12. 1979, Betr.: Afghanistan, hier: NATO-Konsultationen vom 29. 12. 1979, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133202, und Télégramme No. 4302/14 de Bruxelles à Paris

publik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, USA) in London zu einer weiteren Besprechung,⁷³ um die für den 1. Januar 1980 einberufene zweite Sitzung des Ständigen NATO-Rats vorzubereiten.⁷⁴

Nach diesem umfassenden multilateralen Informations- und Meinungsaustausch wurden auf britischen Vorschlag schließlich am 4. Januar zwei Arbeitsgruppen gebildet, die sich unter Beteiligung diverser Sachverständiger mit den künftigen Beziehungen des Westens zu den Staaten der Region beziehungsweise zur Sowjetunion befassen sollten.⁷⁵ Neben der politischen Debatte der Verbündeten wurde damit eine weitere Gesprächsebene eröffnet, auf der durch die Zuziehung wissenschaftlicher Expertise ein Beitrag zu einem professionellen und geschlossenen Auftreten der NATO-Partner geleistet werden sollte. Zeitgleich bemühten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) um ein koordiniertes Auftreten, das am 4. Januar in eine erste gemeinsame Erklärung der Neun mündete, in der das Vorgehen der Sowjetunion einhellig verurteilt wurde.⁷⁶

le 29 décembre 1979, Objet: Réunion du Conseil du 29 décembre, événements d'Afghanistan, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1975.

⁷³ Zu den Einzelheiten des Londoner Treffens aus deutscher und britischer Sicht vgl. Note of Cortazzi, FCO, December 29th 1979, Subject: Afghanistan, Meeting on 31 December, in: TNA, FCO 37/2135; Record of a meeting held in the FCO, December 31st 1979, in: Smith/Salmon/Twigge, Documents on British Policy Overseas, No. 11, S. 19–28; Note of the FCO, January 1st 1980, Subject: Record of discussions held in the India Office Council Chamber at the FCO, December 31th 1979, in: TNA, FCO 37/2236, und Aufzeichnung des Ref. 340 des Auswärtigen Amts vom 03.01.1980, Betr.: Lage in Afghanistan, hier: Ergebnisvermerk über die 6er-Gespräche in London am 31. 12. 1979, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113035.

⁷⁴ Zu den Einzelheiten des Treffens aus deutscher, britischer und französischer Sicht vgl. Fernschreiben des deutschen Botschafters bei der NATO, Pauls, an das AA vom 01.01.1980, Betr.: Afghanistan, hier: NATO-Konsultationen am 01.01.1980, in: AAPD 1980, Dok. 1, S. 3–15; Telegram No. 3 from the British Ambassador at Brussels (NATO), Rose, to the FCO, January 1st 1980, Subject: NATO Council Meeting: Afghanistan, in: TNA, FCO 28/3996, und Télégramme de Bruxelles (OTAN) à Paris le 2 janvier 1980, Objet: Réunion du Conseil du 1^{er} janvier, événements d'Afghanistan, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1975.

⁷⁵ Die vom NATO-Rat beigezogenen Experten und Sachverständigen wurden nicht namentlich genannt. Vgl. Schreiben der Abt. 3 des Auswärtigen Amts an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genschow vom 09.01.1980, Betr.: Sowjetische Intervention in Afghanistan, hier: Vorschlag für Vortrag des Bundesministers vor dem Bundessicherheitsrat, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113033, S. 9. Beide Arbeitsgruppen nahmen am 07.01.1980 ihre Arbeit auf. Frankreich weigerte sich, an den beiden NATO-Arbeitsgruppen teilzunehmen. Vgl. dazu Fiche du Ministère des affaires étrangères le 8 janvier 1980, Objet: Afghanistan, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1964.

⁷⁶ Der Wortlaut der EPZ-Erklärung in englischer und französischer Sprache findet sich in Fernschreiben Nr. 135 aus Rom (COREU) an das Auswärtige Amt vom 11.01.1980, Betr.: Statement on Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113035, und Fernschreiben Nr. 42 aus Rom (COREU) an das Auswärtige Amt vom 04.01.1980, Betr.: Déclaration des Neuf sur l'Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113035. Am 15.01.1980 gaben die EG-Außenminister im Rahmen der EPZ erneut eine gemeinsame Erklärung zur Afghanistan-Krise ab. Zum Wortlaut der EPZ-Erklärung vgl. Archiv der Gegenwart (1980), S. 23408f.

Bezeichnend für Genschers taktisches Agieren gegenüber Helmut Schmidt in den Tagen unmittelbar nach der sowjetischen Invasion ist ein Fernschreiben an den Bundeskanzler vom 1. Januar 1980.⁷⁷ Darin unterrichtete das Auswärtige Amt Schmidt über die Ergebnisse des Londoner Außenministertreffens. Abschließend heißt es, in der morgigen Kabinettsitzung werde Genscher nach einem Lagebericht von Staatssekretär van Well eine Bewertung der Ereignisse in Afghanistan vorschlagen, die direkt im Anschluss an die Sitzung der Presse übermittelt werde. Schmidt wurde also vorab unterrichtet, das Heft des Handelns aber lag beim Außenminister. Eine Einflussnahme des Kanzlers auf die Entscheidungen und öffentliche Darstellung Genschers beispielsweise in Form eines Schreibens oder eines Telefonats mit Bonn ist nicht überliefert. Unbestreitbar waren diese zwei Wochen, in denen Schmidt in Spanien weilte, die ideale Gelegenheit für Genscher, als Vizekanzler und Außenminister der bundesdeutschen Haltung auf diplomatischer Ebene, im Kabinett und in der Öffentlichkeit seinen Stempel aufzudrücken.

Während auf der für 15. Januar einberufenen Tagung des Ständigen NATO-Rats über erste gemeinsame Gegenmaßnahmen entschieden werden sollte,⁷⁸ konnte die Analyse der sowjetischen Motive für den Einmarsch erst zehn Tage später auf einer Sitzung der vier Politischen Direktoren in London für vorläufig abgeschlossen erklärt werden. Einig war man sich auf Basis der monatelangen Beobachtung der afghanischen Entwicklung, dass die Invasion vom Kreml gut vorbereitet worden sei.⁷⁹ Moskau habe nicht nur eingegriffen, um der neuen Regierung „in den Sattel“ zu helfen, sondern plane auch eine vollständige militärische Besetzung des Landes.⁸⁰ Umstritten hingegen blieb die Frage, welche längerfristigen Ziele Breschnew mit diesem Militärcoup verfolgte. Musste der Westen das Vorgehen Moskaus als einen vorwiegend ideologisch begründeten, auf die Weltrevolution des Kommunismus zielenden Angriff sehen, der damit auch die Sicherheitsinteressen des Westens berührte? Oder handelte es sich nicht vielmehr um einen Akt defensiver Herrschaftssicherung, mit dem der Kreml versuchte, den drohenden Sturz des schwächelnden Amin-Regimes durch den afghanisch-islamischen Widerstand zu verhindern? Befürchtete Breschnew ein Überschwappen religiös

⁷⁷ Vgl. Fernschreiben Nr. 1 des Ministerialdirigenten von der Gablentz an den Bundeskanzler vom 01.01.1980, Betr.: Sitzung der 6 stv. Außenminister in London am 31.12. zu Afghanistan, in: BArch, B 136/16584.

⁷⁸ Vgl. Rundschreiben des Leiters des Ref. 213 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot, vom 16.01.1980, Betr.: Sowjetische Intervention in Afghanistan, hier: NATO-Beratung vom 15.01.1980, in: AAPD 1980, Dok. 14, S. 85–88. Vgl. auch die Überlieferung des Quai d'Orsay zur NATO-Sitzung: Télégramme de Bruxelles (OTAN) à Paris le 15 janvier 1980, Objet: Réunion du Conseil du 15 janvier. Événements d'Afghanistan, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1975 (5314). Zur britischen Einschätzung vgl. Letter from Sir C. Rose (UKDEL NATO) to FCO, January 16th 1980, Subject: NATO Council Meeting on Afghanistan, in: Smith/Salmon/Twigge, Documents on British Policy Overseas, No. 38, S. 87f.

⁷⁹ Fernschreiben Nr. 1415 der deutschen Botschaft bei der NATO in Brüssel an das Auswärtige Amt vom 29.12.1979, Betr.: Afghanistan, hier: NATO-Konsultationen am 29.12.1979, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133202.

⁸⁰ Aufzeichnung des Ref. 340 des Auswärtigen Amts vom 03.01.1980, Betr.: Lage in Afghanistan, hier: Ergebnisvermerk über die 6er-Gespräche in London am 31.12.1979, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113035.

motivierter Aufstände auf die muslimisch geprägte Bevölkerung in den angrenzenden Südprowinzen des sowjetischen Imperiums? Warum war Moskau ausgerechnet *jetzt* einmarschiert?

Nach vierwöchiger Diskussion einigte man sich darauf, dass es sich beim sowjetischen Vorgehen um eine Mischung aus offensiven und defensiven Motiven handelte.⁸¹ So habe die Besetzung Kabuls zur Sicherung der kommunistischen Herrschaft für Moskau kein unmittelbares militärisches Risiko geborgen, da sich die Nachbarstaaten Afghanistans in einer Schwächeperiode befänden und Afghanistan selbst für die Sicherheit der USA als irrelevant eingeschätzt werde. Hinzu seien rüstungskontrollpolitische Überlegungen gekommen: Das Schicksal des in den USA nicht ratifizierten SALT II-Vertrages sei nach wie vor ungewiss, die sowjetischen Vorschläge zur militärischen Entspannung seien im Westen nicht auf die erhoffte Resonanz gestoßen, die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses würde aus Moskauer Sicht die militärstrategische Lage zugunsten des Westens verschieben. Darüber hinaus habe die fortgesetzte Annäherung zwischen China und den USA der sowjetischen Einkreisungsphobie weiter Nahrung gegeben. Eine langfristig angelegte und gezielte Expansionsstrategie, ein „grand design“ Moskaus sei hingegen nicht zu erkennen.⁸²

Insgesamt zeigen die diplomatischen Aktivitäten des Auswärtigen Amts in den ersten Wochen nach der Invasion ein klares Muster. Alle Konsultationsmechanismen innerhalb der Allianz wurden ausgeschöpft, das heißt, neben den multilateralen Gesprächen des Ständigen NATO-Rats wurden die Weichen im Rahmen der Sechs beziehungsweise der Vier gestellt. Von entscheidender Bedeutung für die Meinungsbildung der Allianz waren also die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die USA, die in all diesen Gremien vertreten waren. Zusätzlich telefonierte Genscher im Vorfeld dieser Treffen mit seinen Kollegen in London, Paris und Washington und schuf so – neben den bürokratisch-administrativ geregelten Sitzungen auf Staatssekretärs-Ebene – eine persönliche Gesprächsbasis zwischen den Außenministern. Die Einsetzung von Expertengruppen zeigt darüber hinaus den Versuch des NATO-Rats, die Entscheidungsfindung der politischen Akteure zu versachlichen und wissenschaftlich zu untermauern.

⁸¹ Vgl. Aufzeichnung des Leiters des Ref. 204 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk, vom 28. 01. 1980, Betr.: Treffen der vier Politischen Direktoren am 24./25. 01. 1980 in London, in: AAPD 1980, Dok. 29, S. 168–191. Vgl. dazu auch die französische Einschätzung: Bordereau d'envoi collectif No. 3 le 10 janvier 1980, Objet: Essai d'analyse des événements d'Afghanistan, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1964. Zur britischen Einschätzung vgl. Minute from Mr Murrell (Research Department) to Mr Mallaby, January 11th 1980, Subject: Afghanistan: Possible Implications for Soviet Foreign Policy and the Leadership, in: Smith/Salmon/Twigge, Documents on British Policy Overseas, No. 33, S. 72–75.

⁸² Auch die Forschung betont überwiegend die defensive Natur der sowjetischen Motive. Vgl. dazu beispielsweise Dieter Braun/Karl Ernst Ziem, Afghanistan. Sowjetische Machtpolitik – Islamische Selbstbestimmung, Baden-Baden 1988; Kläy, Der sowjetische Krieg in Afghanistan und die Folgen bis heute, S. 103–135; Gibbs, Die Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979, S. 291–314; Chiari, Kabul 1979, S. 259–280, und Georges-Henri Soutou, La guerre de Cinquante Ans. Les relations Est-Ouest 1943–1990, Paris 2001, S. 613–621.

Innerhalb des Auswärtigen Amts diente die sofortige Einrichtung des bereits erwähnten Arbeitsstabes der maximalen Bündelung aller Kräfte und der politischen wie administrativen Expertise in der als unübersichtlich wahrgenommenen weltpolitischen Lage. In diversen „Hausbesprechungen“ unter Leitung Genschers legte dieser nochmals persönlich mit seinen Mitarbeitern die jeweilige taktische Linie fest. Diese lautete Anfang Januar: In den jetzt entbrennenden Diskussionen um die Auswirkungen der Afghanistan-Krise auf das Ost-West-Verhältnis „sollten wir uns hier keinem Vorschlag verschließen, aber auch nicht selbst antreiben. Wir sollten erst hören, was die anderen sagen.“⁸³ In der Aufregung der ersten Tage empfahl Genscher also eine Strategie der Zurückhaltung, erhielt sich damit den größtmöglichen Handlungsspielraum und konnte sich zugleich öffentlich als besonnener Krisenmanager inszenieren.

Dieses taktische Vorgehen konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, wie gering der Handlungsspielraum der Allianz und vor allem Bonns insgesamt blieb.⁸⁴ Wenige Wochen zuvor war der NATO-Doppelbeschluss verabschiedet worden, der die Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden vorsah, falls bis Ende 1983 keine Einigung in den rüstungskontrollpolitischen Verhandlungen mit der Sowjetunion erzielt werden konnte.⁸⁵ Diese erfolgreich bestandene Belastungsprobe schien nun in zweifacher Weise gefährdet. Verhandlungen mit Moskau rückten in weite Ferne und die so mühsam wiedergefundene transatlantische Solidarität begann zu bröckeln. Am 8. Januar berichtete der bundesdeutsche Botschafter bei der NATO, Rolf F. Pauls, sorgenvoll nach Bonn, die Allianz sei in keiner guten Verfassung, die Solidarität ihrer Mitglieder sei nach dem Beschluss vom 12. Dezember auseinandergefallen. Hauptziel Moskaus sei es, die Alliierten auseinanderzudividieren. Der Afghanistan-Konflikt stelle den Westen nun vor die Entscheidung zwischen der Wiederherstellung der Solidarität durch gemeinsames Handeln oder die weitere politische Desintegration der Allianz.⁸⁶ Die Bundesregierung hatte ein vitales Interesse an einem geschlossenen Handeln der NATO, musste zugleich jedoch eine Überreaktion der Verbündeten, insbesondere der Amerikaner, vermeiden, um nicht nach den entspannungspolitischen Erfolgen der siebziger Jahre mit einem „Zweiten Kalten Krieg“ konfrontiert zu werden.⁸⁷ Die Afghanistan-Krise stellte die sozial-liberale Koalition vor die

⁸³ Aufzeichnung des Auswärtigen Amts vom 02. 01. 1980, Betr.: Hausbesprechung beim Bundesminister am 02. 01. 1980 über Afghanistan, in: AAPD 1980, Dok. 2, S. 15–18, hier: S. 15.

⁸⁴ Auch London war sich – bereits vor der Invasion – über den geringen Handlungsspielraum des Westens im Klaren. Vgl. dazu Letter from Mallaby, Eastern European and Soviet Department of the FCO, to White, Head of the South Asian Department of the FCO, November 8th 1979, Betr.: Afghanistan, in: TNA, FCO 37/2132, und Letter from White, Head of the South Asian Department of the FCO, to Mallaby, Eastern European and Soviet Department of the FCO, November 23th 1979, in: TNA, FCO 37/2132.

⁸⁵ Zum NATO-Doppelbeschluss vgl. beispielsweise Geiger, Der NATO-Doppelbeschluss. Vorgeschichte und Implementierung, S. 54–70.

⁸⁶ Vgl. Schreiben des deutschen Botschafters bei der NATO in Brüssel, Pauls, an das Auswärtige Amt vom 08. 01. 1980, Betr.: Lage der Allianz in der Afghanistan-Krise, in: AAPD 1980, Dok. 6, S. 39–42.

⁸⁷ Die Gefahr einer Überreaktion der Carter-Administration sah auch Paris sehr deutlich. Vgl. Bordereau d'envoi collectif No. 3 le 10 janvier 1980, Objet: Essai d'analyse des évé-

Wahl, sich zwischen Sicherheit und Entspannung entscheiden zu müssen – und das mitten in einem Wahljahr.⁸⁸

Angesichts dieses Dilemmas plädierte das Auswärtige Amt für ein mehrschichtiges Procedere.⁸⁹ Langfristiges Ziel des Westens sei es, Moskau von einem ähnlich gewaltsamen Vorgehen in anderen instabilen Weltregionen abzuhalten. Als besonders gefährdet galten Polen (!), Jugoslawien und die Türkei.⁹⁰ Die NATO müsse Breschnew durch eine klare Verurteilung des sowjetischen Einmarsches deutlich machen, dass hier eine rote Linie überschritten worden sei. Deshalb sollten die westlichen Forderungen nach dem Rückzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan kontinuierlich wiederholt und das Thema insgesamt in der Öffentlichkeit präsent gehalten werden. Entscheidend sei dabei auch – wie Genscher persönlich immer wieder betonte – eine entsprechende gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit der Verbündeten.⁹¹ Zugleich sei es notwendig, Moskau nicht nur zu kritisieren, sondern auch Anreize zu schaffen, um Breschnew den Weg zu einem gesichtswahrenden Truppenrückzug zu ermöglichen und – auch im Hinblick auf die rüstungskontrollpolitischen Verhandlungen – den Dialog zwischen Ost und West nicht abreißen zu lassen. Ein Übergreifen der weltpolitischen Spannungen auf Europa sollte, wenn irgend möglich, vermieden werden. Grundvoraussetzung dafür, dass diese mittel- bis langfristig angelegte Strategie aufgehen könne, sei, dass der Afghanistan-Konflikt als Ost-Süd- und nicht als Ost-West-Problem behandelt werde.⁹² Mit anderen Worten: Um den „*acquis de détente*“ in Europa zu bewahren, sollten die Länder der „Dritten Welt“ und die N+N-Staaten mobilisiert werden,

nements d'Afghanistan, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1964.

⁸⁸ Zum Dilemma der Bundesregierung vgl. auch Peter, Sicherheit und Entspannung, S. 59–81.

⁸⁹ Vgl. zum Folgenden Aufzeichnung des Ref. 340 des Auswärtigen Amts vom 01.01.1980, Betr.: Sowjetische Intervention in Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113031, und Aufzeichnung des Ref. 340 vom 03.01.1980, Betr.: Lage in Afghanistan, hier: Ergebnisvermerk über die 6er-Gespräche in London am 31.12.1979, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113035.

⁹⁰ Vgl. Schreiben der Abt. 3 des Auswärtigen Amts an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher vom 09.01.1980, Betr.: Sowjetische Intervention in Afghanistan, hier: Vorschlag für den Vortrag des Bundesministers vor dem Bundessicherheitsrat, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113033.

⁹¹ Vgl. dazu Fernschreiben Nr. 1 des Ministerialdirigenten Otto von der Gablentz an Bundeskanzler Schmidt vom 01.01.1980, Betr.: Sitzung der 6 stv. Außenminister in London am 31.12. zu Afghanistan, in: BArch, B 136/27052, und Fernschreiben Nr. 1592 der deutschen Botschaft bei der NATO in Brüssel an das Auswärtige Amt vom 11.11.1980, Betr.: Vorschau auf die NATO-Herbstministertagung im Dezember 1980, in: PA-AA, B 14, Ref. 201 (Zwischenarchiv), Bd. 120207. Zum Appell Genschers für eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit der Verbündeten vgl. auch Télégramme de Bruxelles (COREU) à Paris le 16 janvier 1980, Objet: Conseil du 15 janvier, propositions faites par M. Genscher relatives aux pays du Golfe et à la Turquie, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1973.

⁹² Diese Meinung wurde auch vom französischen Außenministerium geteilt. Vgl. Télégramme de Bruxelles (OTAN) à Paris le 14 janvier 1980, Objet: Projet d'intervention au Conseil atlantique sur les événements d'Afghanistan, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1975.

um in Solidarität mit dem unterdrückten afghanischen Volk gegen Moskau aufzubegehren. Es liege im deutschen, europäischen und amerikanischen Interesse, darauf hinzuwirken, dass die Staaten der Golfregion selbst die Initiative ergreifen, um ein vom Kreml unabhängiges Afghanistan zu schaffen und den Mittleren Osten insgesamt zu stabilisieren.

Als ersten Schritt in diese Richtung verständigte sich Genscher mit den Verbündeten darauf, im Rahmen der Vereinten Nationen aktiv zu werden.⁹³ Nach vorheriger Absprache mit dem Auswärtigen Amt berief London am 2. Januar 1980 eine Sitzung zum Afghanistan-Konflikt ein, an der neben der Gruppe der Sechs⁹⁴ auch Portugal, Norwegen, Pakistan, Singapur und die Philippinen teilnahmen.⁹⁵ Diese breit gestreute Gruppe verfasste einen gemeinsamen Brief an den Präsidenten des UN-Sicherheitsrates mit der Bitte um dessen Einberufung. Pakistan sagte außerdem zu, sich um ein Treffen der Blockfreien-Bewegung zu bemühen und dort für die Unterstützung der Initiative zu werben. Letzteres gelang und so brachten die sechs blockfreien Sicherheitsratsmitglieder am 7. Januar einen Resolutionsentwurf ein, der den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller fremden Truppen aus Afghanistan forderte. Außenminister Genscher kommentierte dies in einer offiziellen Stellungnahme:

„Die eindrucksvolle Mehrheit im Sicherheitsrat für den von den blockfreien Staaten Bangladesch, Jamaika, Niger, Philippinen, Tunesien und Sambia eingebrachten Resolutionsentwurf zeigt die Grundstimmung in den Vereinten Nationen zu der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Die Debatte des Sicherheitsrats in dieser Frage zeigt ferner, welche Bedeutung die Mitgliedsstaaten der Erörterung der Lage in Afghanistan beimessen. Das wird auch deutlich durch die Tatsache, dass einundfünfzig Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, und zwar überwiegend aus der Dritten Welt, das Verlangen auf Einberufung des Sicherheitsrats gestellt haben.“⁹⁶

⁹³ Vgl. zum Folgenden Fernschreiben Nr. 6 des deutschen Gesandten Jelonek, New York (UNO), an das Auswärtige Amt vom 03. 01. 1980, Betr.: SU-Intervention in Afghanistan, hier: Einberufung des Sicherheitsrats, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113030.

⁹⁴ Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, USA.

⁹⁵ Bangladesch war eingeladen, aber verhindert. Vgl. Fernschreiben Nr. 6 des deutschen Gesandten Jelonek, New York (UNO), an das Auswärtige Amt vom 03. 01. 1980, Betr.: SU-Intervention in Afghanistan, hier: Einberufung des Sicherheitsrats, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113030.

⁹⁶ Erklärung des Bundesministers des Auswärtigen zur Abstimmung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 07. 01. 1980, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin der Bundesregierung Nr. 5 vom 10. 01. 1980, S. 34. Zur offiziellen Stellungnahme der Bundesregierung vor dem UN-Sicherheitsrat vgl. Erklärung des deutschen Botschafters Rüdiger von Wechmar am 12. 02. 1980 in der Sondersitzung der VN-Generalversammlung zu Afghanistan, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin der Bundesregierung Nr. 7 vom 16. 01. 1980, S. 57. Darin heißt es: „Die militärische Intervention der Sowjetunion ist nicht nur ein schwerer Schlag gegen Leben und Freiheit des afghanischen Volkes. Das Eingreifen der Sowjetunion bedroht die Stabilität der ganzen Region und verletzt die Grundprinzipien des friedlichen Zusammenlebens der Völker und der Unteilbarkeit der Entspannung. Diese Generalversammlung ist aufgefordert, einem rücksichtslosen Akt der Gewaltanwendung und der hierdurch entstandenen ernsten Bedrohung für den Frieden entgegenzutreten.“

Auch wenn die Resolution erwartungsgemäß am sowjetischen Veto scheiterte,⁹⁷ war die breite und blockübergreifende Kritik an Moskau in der Tat überraschend und beeindruckend. Nichtsdestotrotz stellte sich für die Bundesregierung und ihre Verbündeten ungeachtet aller symbolischen, öffentlichen Verurteilungen der Sowjetunion die Frage, welche unmittelbaren Gegenmaßnahmen nun ergriffen werden sollten. Und hier schieden sich erwartungsgemäß die Geister innerhalb der Allianz.

Über das Vorgehen gegenüber dem neuen afghanischen Regime konnte noch relative Einigkeit erzielt werden. So rief das Auswärtige Amt deutsche Lehrer und Sicherheitskräfte in Kabul aus Sicherheitsgründen vorerst zurück nach Bonn. Gleiches galt für den deutschen Botschafter, der darüber hinaus angewiesen wurde, zunächst keine politischen Kontakte zur neuen kommunistischen Regierung aufzunehmen, um deren diplomatische Anerkennung zu vermeiden. Die bilateralen Beziehungen sollten überprüft werden.⁹⁸ Ähnliche Maßnahmen wurden auch von London, Paris und Washington ergriffen.⁹⁹ Die Westeuropäer beschlossen außerdem, die bisherigen Lebensmittellieferungen der EG an Afghanistan zu suspendieren.¹⁰⁰

Dieses scheinbar harmonische Agieren konnte allerdings nicht die Streitigkeiten innerhalb der Allianz überdecken, die an der Frage angemessener Sanktionen

⁹⁷ Vgl. Fernschreiben Nr. 51 des deutschen Botschafters bei der UNO (New York) an das Auswärtige Amt vom 07. 01. 1980, Betr.: SU-Intervention in Afghanistan, hier: sowjetisches Veto gegen Blockfreien-Resolution, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113037.

⁹⁸ Vermerk des Ref. 340 des Auswärtigen Amts, Steger, vom 07. 01. 1980, Betr.: Lage in Afghanistan, hier: Gespräch mit dem Minister, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113033, und Schreiben der Abt. 3 des Auswärtigen Amts an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher vom 09. 01. 1980, Betr.: Sowjetische Intervention in Afghanistan, hier: Vorschlag für den Vortrag des Bundesministers vor dem Bundessicherheitsrat, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113033.

⁹⁹ Vgl. dazu Fernschreiben Nr. 3 der deutschen Botschaft in Washington an das Auswärtige Amt vom 03. 01. 1980, Betr.: Lage in Afghanistan, hier: amerikanische Reaktion, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113038; Telegram No. 12 from the British Embassy at Paris to the FCO, January 3rd 1980, Subject: Afghanistan, in: TNA, FCO 37/2237; Letter from Mallaby, Eastern European and Soviet Department of the FCO, to Bullard, Head of Eastern European and Soviet Department of the FCO, January 25th 1980, Subject: Afghanistan, in: TNA, FCO 28/4000; Schreiben des Leiters des Ref. 204 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk, an Staatssekretär van Well vom 28. 01. 1980, Betr.: Britische Außenpolitik, hier: Reaktion auf sowjetische Intervention in Afghanistan, in: BArch, B 136/16585.

¹⁰⁰ Vgl. Telegram No. 87 from the British Ambassador at Brussels (EC), Butler, to the FCO, January 9th 1980, Subject: EEC/Afghanistan/Soviet Union, in: TNA, FCO 28/3997, und Télégramme de Bruxelles (COREU) à Paris le 11 janvier 1980, Objet: Comité des représentants permanents du 10 janvier: réactions communautaires aux événements d'Afghanistan, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1973. Afghanistan hatte keinen Kooperationsvertrag mit der EG, sondern profitierte vom EG-Hilfsprogramm für Nichtgebundene Staaten und Lebensmittelhilfe. Afghanistan war ein regelmäßiger, aber kleiner Abnehmer der EG-Lebensmittelhilfe. Vgl. dazu Letter from Vereker, European Department of the FCO, to Rednall, January 2nd 1980, Subject: EEC/Afghanistan, in: TNA, FCO 37/2279.

gegenüber Moskau entbrannt waren.¹⁰¹ Besonders US-Präsident Carter tat sich hier durch unilaterale Maßnahmen hervor. Am 2. Januar 1980 wurde der amerikanische Botschafter in Moskau nach Washington zurückberufen¹⁰² und zwei Tage später verkündete Carter ein umfassendes Paket wirtschaftlicher und politischer Sanktionsmaßnahmen gegenüber Moskau, dessen Umfang mehrfach erweitert wurde.¹⁰³ Die Verbündeten hatte er über dieses Vorgehen nicht konsultiert, sondern lediglich informiert, und dies zum Teil über die Presse statt auf diplomatischem Weg. Dementsprechend ließen die Kontroversen innerhalb der NATO nicht lange auf sich warten. Besonders umstritten war das vom Weißen Haus verhängte Teilembargo für US-Getreidelieferungen an die Sowjetunion, die um 17 Millionen Tonnen gekürzt wurden. Dies entsprach der Hälfte des geschätzten Importbedarfs der Sowjetunion von 35 Millionen Tonnen für das Wirtschaftsjahr 1979/80.¹⁰⁴ Grundsätzlich fand dieser Schritt die Zustimmung der europäischen Bündnispartner.¹⁰⁵ Streit entzündete sich aber an der Frage, ob auch die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft aus Solidarität mit den USA ihre Getreidelieferungen an Moskau aussetzen sollten.

London fiel es angesichts des historischen Tiefstandes der britisch-sowjetischen Beziehungen und der für die britische Wirtschaft geringen Bedeutung des Getreide-Exports leicht, seiner traditionellen Rolle nachzukommen und sich mit Washington solidarisch zu erklären.¹⁰⁶ Frankreich hingegen machte Einwände geltend

¹⁰¹ Zu den deutsch-amerikanischen Differenzen bezüglich Afghanistan vgl. auch Wiegrefe, *Das Zerwürfnis*, S. 328–363; Barbara D. Heep, Helmut Schmidt und Amerika. Eine schwierige Partnerschaft, Bonn 1990, und Timmermann, *Die USA, Westeuropa und die Dritte Welt*, S. 299–317.

¹⁰² Vgl. Fernschreiben Nr. 3 der deutschen Botschaft in Washington an das Auswärtige Amt vom 03.01.1980, Betr.: Lage in Afghanistan, hier: amerikanische Reaktion, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113038.

¹⁰³ Vgl. Fernschreiben Nr. 46 aus Washington an das Auswärtige Amt vom 05.01.1980, Betr.: Erklärung Präsident Carters zu Iran und Afghanistan, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133203. Am 08.01.1980 erhielt Bonn eine aktualisierte Sanktionsliste. Vgl. dazu Vermerk des Ref. 213 des Auswärtigen Amts vom 08.01.1980, Betr.: Amerikanische Reaktion auf die sowjetische Intervention in Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113038. Vgl. dazu außerdem Müller, *Der Erdgas-Röhrenkonflikt*, S. 512.

¹⁰⁴ Washington hatte am 20. 10. 1975 ein langfristiges Wirtschaftsabkommen mit der Sowjetunion unterzeichnet. Dies erlaubte Moskau über fünf Jahre (1976–1981) den Import von jährlich 6 bis 8 Millionen Tonnen Getreide zu Marktpreisen, ohne die Notwendigkeit weiterer offizieller Genehmigungen. In den 1980er Jahren wurde die Sowjetunion zum größten Getreideimporteur der Welt. Vgl. dazu Christian Gerlach, *Das US-amerikanisch-sowjetische Getreidegeschäft 1972*, in: Greiner/Müller/Weber, *Ökonomie im Kalten Krieg*, S. 480–500, und Claudia Wörmann, *Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland. Politische Rahmenbedingungen und ökonomische Bedeutung*, Frankfurt a. M./New York 1982, S. 250–270.

¹⁰⁵ Vgl. zum Folgenden Runderlass des Leiters des Ref. 213 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot, vom 16.01.1980, Betr.: Sowjetische Intervention in Afghanistan, hier: NATO-Beratung vom 15.01.1980, in: AAPD 1980, Dok. 14, S. 85–88.

¹⁰⁶ Vgl. dazu Letter from Vereker, European Department of the FCO, to Rednall, January 2nd 1980, Subject: ECC/Afghanistan, in: TNA, FCO 37/2279, und Schreiben des Leiters des Ref. 204 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk, an Staatssekretär van Well vom 28.01.1980, Betr.: Britische Außenpolitik, hier: Reaktion

– sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen.¹⁰⁷ Zwar war die Europäische Gemeinschaft kein maßgeblicher Getreidelieferant der UdSSR, die durchschnittliche jährliche Liefermenge umfasste lediglich 0,5 Millionen Tonnen, die aber kamen fast ausschließlich aus Frankreich. Giscard weigerte sich deshalb, den amerikanischen Solidaritätsforderungen blind zu folgen, zumal er über die mangelnde Informationspolitik Carters verärgert war und traditionell allen Formen multilateralen Handelns unter Führung der USA skeptisch gegenüberstand.¹⁰⁸ Die Solidaritätsbekundungen Londons wertete er als weiteren Beleg für die Krise der – durch die Streitigkeiten um den EG-Haushalt vorbelasteten – britisch-französischen Beziehungen.¹⁰⁹ So fiel der Bundesregierung die Aufgabe zu, hier vermittelnd tätig zu werden. Unmittelbar nach Bekanntwerden der amerikanischen Sanktionsmaßnahmen wandte sich das Auswärtige Amt an die EG-Kommission, um gemeinsam einen Kompromiss zu finden.¹¹⁰ Auf dem NATO-Gipfel Mitte Januar wurden die Maßnahmen der USA schließlich offiziell „begrüßt“¹¹¹ und parallel im Rahmen der EPZ vereinbart, dass die Europäische Gemeinschaft

auf sowjetische Intervention in Afghanistan, in: BArch, B 136/16585. Daniel James Lahey argumentiert allerdings, dass London trotz der geringen Bedeutung der britisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen als traditionelle Handelsmacht und aufgrund der schlechten Wirtschaftslage Großbritanniens weitreichenden Sanktionen skeptisch gegenüberstand. Vgl. Daniel James Lahey, *The Thatcher Government's Response to the Soviet Invasion of Afghanistan 1979–1980*, in: *Cold War History* 13/1 (2013), S. 21–42, hier: S. 27–29.

¹⁰⁷ Vgl. beispielsweise *Télégramme de Bruxelles (COREU) à Paris le 16 janvier 1980*, *Objet: Conseil du 15 janvier. Suite aux événements d'Afghanistan*, in: AMAE, *Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan*, 455INVA/1973.

¹⁰⁸ So war Frankreich zwar einverstanden, auf dem NATO-Gipfel vom 15.01.1980 über mögliche westliche Gegenmaßnahmen zu diskutieren, lehnte jedoch jede konzertierte Aktion der NATO-Partner ab. Vgl. *Telegram No. 44 from the British Ambassador at Bonn, Wright, to the FCO, January 12th 1980, Subject: Mr Hurds visit to Bonn: Afghanistan, Ost/West Considerations*, in: TNA, FCO 28/3998. Vgl. dazu auch *Télégramme de Bruxelles (OTAN) à Paris le 14 janvier 1980, Objet: Projet d'intervention au Conseil atlantique sur les événements d'Afghanistan*, in: AMAE, *Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan*, 455INVA/1975.

¹⁰⁹ Vgl. dazu u. a. Brian Harrison, *Finding a Role? The United Kingdom 1970–1990*, Oxford 2010, S. 20–38; Kathleen Burk, *The British Isles since 1945*, Oxford u. a. 2003, S. 170–173; James Ellison, *Britain and Europe*, in: Paul Addison/Harriet Jones (Hrsg.), *A Companion to Contemporary Britain 1939–2000*, Malden, Mass./Oxford 2005, S. 517–538; Roger Morgan, *Die bilateralen Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich*, in: Hans Kastendiek/Karl Rohe/Angelika Volle (Hrsg.), *Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Bonn 2006, S. 374–382; Julie Smith/Geoffrey Edwards, *British-West German Relations 1973–1989*, in: Klaus Larres (Hrsg.), *Uneasy Allies. British-German Relations and European Integration since 1945*, Oxford 2000, S. 45–62, und Hans-Dieter Lucas, *Politik der kleinen Schritte – Genscher und die deutsche Europapolitik 1974–1983*, in: Ders., *Genscher, Deutschland und Europa*, S. 85–113, hier: S. 98–100.

¹¹⁰ Vgl. Schreiben des Ref. 421 an Staatssekretär van Well und Bundesminister vom 15.01.1980, Betr.: Deutsch-amerikanisches Gespräch, StS Lautenschlager/Cooper über Afghanistan, in: PA-AA, B 32, Ref. 204 (Zwischenarchiv), Bd. 115951.

¹¹¹ Vgl. Runderlass des Leiters des Ref. 213 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot, vom 16.01.1980, Betr.: Sowjetische Intervention in Afghanistan, hier: NATO-Beratung vom 15.01., in: AAPD 1980, Dok. 14, S. 85–88.

die amerikanischen Sanktionen „nicht unterminieren“ werde.¹¹² Deren Auswirkungen auf die sowjetische Wirtschaft wurden von der NATO weiter aufmerksam beobachtet und regelmäßig diskutiert.¹¹³ Am Ende des Jahres kam man zu dem Ergebnis, dass das Getreideembargo eine enttäuschend begrenzte Wirkung gezeigt habe.¹¹⁴

Der unkoordinierte Aktionismus der Carter-Administration in der Sanktionsfrage hatte freilich auch innenpolitische Gründe. Mit der Afghanistan-Invasion schien sich für Carter die Möglichkeit aufzutun, trotz des beachtlichen Image-Schadens durch die Iran-Krise im Wahljahr doch noch die von der amerikanischen Öffentlichkeit gewünschte Führungsstärke zu zeigen.¹¹⁵ Ende Januar band Carter diesen außenpolitischen Kurswechsel in seiner Rede zur Lage der Nation in ein umfassendes strategisches Konzept ein, das schon bald als „Carter-Doktrin“ bezeichnet wurde. Dessen Kernaussage lautete: „Die USA werden jeden Versuch einer auswärtigen Macht, Kontrolle über die Region des Persischen Golfs zu gewinnen, als Angriff auf ihre vitalen Interessen ansehen, der unter Einsatz aller erforderlichen Mittel, einschließlich militärischer Gewalt, zurückgewiesen wird.“¹¹⁶

Dies war eine klare Kampfansage an die Sowjetunion und sollte sie von weiteren Abenteuern à la Afghanistan abschrecken. Der darin ebenfalls enthaltene weltweite Führungsanspruch der Vereinigten Staaten führte jedoch zu weiteren Verwerfun-

¹¹² Vgl. Telegram No. 248 from the British Ambassador at Brussels (EC), Butler, to the FCO, January 15th 1980, Subject: Foreign Affairs Council/Political Cooperation Meeting, in: TNA, FCO 28/4000, und Letter from Manning, Eastern European and Soviet Department of the FCO, to Fletcher, October 6th 1980, Subject: SPC Report to Council on the Afghan Crisis, in: TNA, FCO 28/4007.

¹¹³ Vgl. Aufzeichnung des Leiters des Ref. 204 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat Schenk, vom 28.01.1980, Betr.: Treffen der vier Politischen Direktoren am 24./25.01.1980 in London, in: AAPD 1980, Dok. 29, S. 168–191; Telegram No. 77 from the British Ambassador at Brussels (NATO), Rose, to the FCO, January 31st 1980, Subject: Afghanistan and East/West relations, in: TNA, FCO 28/4001; Fernschreiben Nr. 497 der deutschen Botschaft in Paris an das Auswärtige Amt vom 27.02.1980, Betr.: US-Vorschlag betr. Ausfuhr von Embargowaren nach Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113038; Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Sieger, an Staatssekretär van Well vom 07.03.1980, Betr.: US-Vorschlag zur Behandlung Afghanistans bei der Ausfuhr von Embargomaßnahmen [sic!], in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113038, und Letter from Gunn, FCO, to Creswell, October 1st 1980, Subject: Afghanistan, trade restrictions, in: TNA, FCO 37/2280.

¹¹⁴ Vgl. Letter from Walker, Ministry of Agriculture, Fisheries and Food, to Carrington, March 21st 1980, in: TNA, FCO 37/2280, und Letter from Gunn, FCO, to Creswell, October 1st 1980, Subject: Afghanistan, trade restrictions, in: TNA, FCO 37/2280.

¹¹⁵ So auch die Einschätzung des Bundeskanzleramts. Vgl. Schreiben des Gruppenleiters 23, Oberst im Generalstab Genschel, an den Leiter der Abt. 2 im Bundeskanzleramt, Ministerialdirektor von Staden, vom 31.01.1980, Betr.: Einige Gedanken zur gegenwärtigen Krisensituation, in: BArch, B 136/16585, S. 1–9, hier: S. 1f.

¹¹⁶ Schreiben des deutschen Botschafters in Washington, Hermes, an das Auswärtige Amt vom 25.01.1980, Betr.: Rede des Präsidenten zur Lage der Union, hier: sicherheitspolitische Aspekte, in: PA-AA, B 14, Ref. 201 (Zwischenarchiv), Bd. 120163. Vgl. dazu auch Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, hier besonders S. 40–46. Zum Wortlaut der Rede vgl. Botschaft Carters über die Lage der Nation, in: Archiv der Gegenwart 50 (1980), S. 23225–23237.

gen mit den westlichen Verbündeten, insbesondere mit Frankreich.¹¹⁷ Dies sollte sich beim zweiten Hauptstreitpunkt zeigen, dem von Carter geforderten Boykott der 1980 in Moskau stattfindenden Olympischen Sommerspiele.¹¹⁸ Die Idee war nicht neu. Bereits im Herbst 1978 war diese Frage angesichts der Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion im Kontext der KSZE-Nachfolgekonzferenz von Belgrad diskutiert worden.¹¹⁹ Nun brachte Carter diese Möglichkeit erneut ins Spiel. Schnell waren die Olympischen Spiele 1936 in Berlin als Argument zur Hand. Damals sei ein Boykott gegenüber Deutschland gescheitert – mit katastrophalen Folgen. Dies dürfe sich nun im Falle der Sowjetunion nicht wiederholen. Demonstrativ sollte durch ein geschlossenes Fernbleiben der westlichen Staaten die Ablehnung des sowjetischen Vorgehens in Afghanistan zum Ausdruck gebracht und das internationale Prestige Moskaus empfindlich getroffen werden. Paris sprach sich kategorisch gegen eine solche Maßnahme aus.¹²⁰ Frankreich denke nicht daran, sich der amerikanischen selbsterklärten Führungsrolle willenlos zu unterwerfen. Als souveräner Nationalstaat führe Paris eine eigenständige und von amerikanischen Postulaten unabhängige Außenpolitik.¹²¹ Paris versuchte nun, sich als Vorreiter der Entspannungspolitik zu inszenieren, und griff dabei auf bewährte Handlungsmuster zurück. In Ablehnung der amerikanischen Führungsrolle und den Prinzipien der Strategie der doppelten Sicherheit folgend sollten die privilegierten Beziehungen zur Sowjetunion hervorgehoben und die Bedeutung Frankreichs für die Beilegung internationaler Krisen demonstriert werden.¹²²

¹¹⁷ Auch das FCO zeigte sich besorgt ob dieses Vorstoßes der USA: Es müsse klar definiert werden, in welchem Falle die USA bereit seien, militärisch in den Konflikt einzugreifen. Vgl. Telegram No. 434 from the British Ambassador at Washington, Sir Nicholas Henderson, to the FCO, January 28th 1980, Subject: US Foreign Policy – practical implications, in: TNA, FCO 28/4001.

¹¹⁸ Zur medialen Wahrnehmung der amerikanischen Forderung nach einem Boykott der Olympischen Spiele vgl. Holger Ohmstedt, Von der Propaganda zur Public Diplomacy. Die Selbstdarstellung der Vereinigten Staaten von Amerika im Ausland vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende des Kalten Krieges, München, Univ. Diss., 1993, S. 178–192. Ein weiterer Streitpunkt war die von Carter geforderte Suspendierung der jeweiligen bilateralen Kreditabkommen mit Moskau. Zur Diskussion innerhalb der NATO vgl. beispielsweise Fernschreiben Nr. 434 aus Brüssel (NATO) an das Auswärtige Amt vom 06. 02. 1980, Betr.: 623. Tagung des Rates der Außenminister am 05. 02. 1980, hier: Exportkredite UdSSR, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113035.

¹¹⁹ Vgl. Schreiben der deutschen Botschaft in Moskau an das Auswärtige Amt vom 05. 04. 1979, Betr.: XXII. Olympische Sommerspiele in Moskau, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133154.

¹²⁰ Vgl. Note du Ministre des affaires étrangères le 11 juin 1980, Objet: Jeux Olympiques. Les centres de décision et la problématique, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1975, und Letter from Ricketts, British Embassy at Brussels (NATO), to Broucher, East European and Soviet Department of the FCO, February 27th 1980, Subject: SPC discussion on Afghanistan and Est/West relations, in: TNA, FCO 28/4004.

¹²¹ Vgl. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Edler von Braunmühl vom 26. 02. 1980, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit Außenminister François-Poncet am 04. 02. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 39, S. 235–238.

¹²² Vgl. dazu auch Vaïsse, *Le chemin de Varsovie*, S. 169–187, und Alfred Grosser, *Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute*, München/Wien 1986, S. 354–359.

Prinzipiell war diese französische Haltung zwar im Interesse der Bundesregierung, allerdings kritisierte der deutsche Botschafter in Paris, Herbst, die „partielle Blindheit“ Frankreichs. Die Sorge vor einer politisch-moralischen Abkoppelung Europas von Amerika sei ein Gesichtspunkt, dessen sich die französische Politik wohl erst dann bewusst werde, wenn sich die Gefahr kriegesischer Verwicklungen verdichte.¹²³ Es dürfe kein „Riss“ durch die freie Welt gehen.¹²⁴ Die Bundesregierung geriet so zwischen die Stühle der transatlantischen Gemeinschaft, zumal sich die britische Regierung auch beim Olympia-Boycott mit den USA solidarisch erklärte.¹²⁵ Erneut gab Genscher deshalb im Auswärtigen Amt die Devise aus, sich gegenüber den Verbündeten zunächst bedeckt zu halten und keine eindeutige Position einzunehmen, um am Ende doch noch eine gemeinsame Kompromisshaltung zu finden.¹²⁶ Genscher selbst führte zu diesem Zweck bilaterale Gespräche mit seinen Kollegen in Paris, London, Washington und Moskau, in denen er die Lage sondierte und deren Kompromissbereitschaft auslotete, um anschließend für eine gemeinsame europäische Erklärung zu werben, die mit der kategorischen Haltung der USA wenn nicht identisch, so doch kompatibel sein sollte.¹²⁷

In einem Gespräch mit dem französischen Außenminister François-Poncet Anfang Februar 1980 in Paris unterbreitete Genscher schließlich folgenden Formulierungsvorschlag:¹²⁸ Die Entscheidung über Teilnahme oder Nichtteilnahme an den Spielen könnten nicht die Regierungen, sondern nur die Nationalen Olympischen Sportkomitees (NOK) treffen. Man hoffe, dass die Sowjetunion bis zum Beginn der Spiele entsprechende Voraussetzungen schaffe, um die Teilnahme der

¹²³ Schreiben des deutschen Botschafters in Paris, Herbst, an das Auswärtige Amt vom 12. 01. 1980, Betr.: französische Haltung zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, in: AAPD 1980, Dok. 11, S. 68–71.

¹²⁴ Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Siefker, an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher vom 22. 01. 1980, Betr.: Olympische Sommerspiele in Moskau, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113038.

¹²⁵ Vgl. Note of the FCO, March 1980, Subject: The Moscow Olympics 1980, in: TNA, FCO 28/4221. Allerdings gab es in dieser Frage erhebliche Differenzen innerhalb der britischen Regierung. Während Thatcher und die Conservative Party den Boycott befürworteten, bewertete Carrington dessen Erfolgsaussichten deutlich skeptischer. Vgl. Paul Corthorn, *The Cold War and British Debates over the Boycott of the 1980 Moscow Olympics*, in: *Cold War History* 13/1 (2013), S. 43–66.

¹²⁶ Vgl. Note of the FCO, January 15th 1980, Subject: Afghanistan, The Olympic Games, in: TNA, FCO 28/4220, und Telegram No. 67 from the British Ambassador at Bonn, Wright, to the FCO, January 18th 1980, Subject: Relocation of the Olympic Games, in: TNA, FCO 28/4220.

¹²⁷ Vgl. Telegram No. 11 of the British Embassy at Bonn to the FCO, January 8th 1980, Subject: Afghanistan, in: TNA, FCO 37/2239; Schreiben des deutschen Botschafters in Washington, Hermes, an das Auswärtige Amt vom 22. 01. 1980, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit Carter, in: AAPD 1980, Dok. 21, S. 124–128; Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 25. 01. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 26, S. 154–163, und Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Edler von Braunmühl, vom 06. 02. 1980, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit Außenminister François-Poncet am 04. 02. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 39, S. 235–238.

¹²⁸ Vgl. vor allem ebd., S. 236f.

westlichen Staaten zu ermöglichen. Sei dies nicht der Fall, werde man dem NOK die Nichtteilnahme empfehlen. Anders als Washington wolle Bonn nicht den Rückzug aus Afghanistan als ultimative Bedingung nennen. Wenn beispielsweise Amerikaner und Sowjets in Verhandlungen über den Truppenrückzug einträten, könne dies möglicherweise auch für die USA eine ausreichende Bedingung sein, um von einem Boykott abzusehen. Diese Formel sei vermutlich auch für die Briten konsensfähig, so Genscher. Zeitgleich warb Schmidt bei Gesprächen mit dem FCO um Verständnis für die französische Haltung.¹²⁹ In der Tat war diese diplomatische Doppelstrategie der Bundesregierung von Erfolg gekrönt. Ende Februar signalisierte Außenminister Carrington gegenüber Genscher Kompromissbereitschaft und die bisherigen inhaltlichen Differenzen konnten auf minimale sprachliche Nuancen reduziert werden.¹³⁰

Allerdings scheiterten all diese diplomatischen Bemühungen an dem entscheidenden Punkt, der in der deutschen Kompromissformel benannt worden war: Die Entscheidung für oder gegen einen Boykott konnte nicht von der Politik, sondern nur von den NOK getroffen werden.¹³¹ In der Sitzung der Nationalen Olympischen Komitees Westeuropas in Brüssel am 22. März 1980 entschieden sich neben Belgien, Finnland, Irland, Italien, Schweden und Spanien auch Frankreich und Großbritannien für eine Teilnahme. Dies war vor allem für die britischen Diplomaten eine herbe Enttäuschung, hatten die Sportverbände damit doch einer politischen Geste der Solidarität mit den USA eine klare Absage erteilt.¹³² Das deutsche NOK verhielt sich hingegen abwartend, und auch Genscher blieb in seinen Gesprächen mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow bei seiner Verzögerungstaktik: Die Entscheidung könne vom NOK erst im Mai getroffen werden.¹³³ Da Moskau weiterhin keine Bereitschaft zum Truppenrückzug zeigte, entschied sich die Bundesregierung in ihrer Kabinettsitzung vom 23. April 1980 für eine solidarische Haltung gegenüber den USA und empfahl dem deutschen NOK, nicht

¹²⁹ Vgl. Telegram No. 136 from the British Ambassador at Bonn, Wright, to the FCO, February 8th 1980, Subject: Afghanistan, FRG views, in: TNA, FCO 37/2263.

¹³⁰ Deutsche Formulierung: Sowjetunion muss Voraussetzungen schaffen, die eine Teilnahme aller Länder ermöglichen; Britische Formulierung: Gegenwärtig existieren nicht die Bedingungen, um nach Moskau zu fahren. Vgl. Aufzeichnung des Ref. 204 des Auswärtigen Amtes vom 27.02.1980, Betr.: Sprechzettel für die Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder am 29.02.1980, in: PA-AA, B 32, Ref. 204 (Zwischenarchiv), Bd. 115968.

¹³¹ Vgl. dazu auch Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 01.04.1980, Betr.: Olympische Sommerspiele in Moskau, hier: Gegenwärtige Lage, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113032.

¹³² Auch das FCO war verständlicherweise enttäuscht von der Entscheidung des britischen NOC. Vgl. Letter from Sharland, Cultural Relations Department of the FCO, to Private Secretary Lord Lennox, February 13th 1980, Subject: The Olympics, in: TNA, FCO 28/4220, und Note of the FCO, February 4th 1980, Subject: Call by Mr Cutler on Mr Hurd and Mr Munro: The Olympics, in: TNA, FCO 28/4220. Zu den kontroversen Debatten um den Olympia-Boykott in der britischen Öffentlichkeit vgl. Corthorn, *The Cold War and British Debates*, S. 43–66.

¹³³ Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 31.03.1980, Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow in Hamburg, in: AAPD 1980, Dok. 97, S. 539–545.

an den Olympischen Spielen teilzunehmen.¹³⁴ Dieser Empfehlung kam nur ein Teil der deutschen Sportverbände nach.¹³⁵ Die Olympischen Sommerspiele in Moskau wurden damit weniger zu einem Imageschaden für Moskau als vielmehr zum weltweit sichtbaren Symbol westlicher Differenzen.

Charakteristisch für die transatlantische Krise war das deutsch-amerikanische Gipfeltreffen in Bonn am 20. Februar 1980, bei dem US-Außenminister Vance jeweils getrennt mit Schmidt und Genscher über Afghanistan sprach. Beispielhaft wurden bei diesen Unterredungen die Unterschiede im politischen Verhandlungsstil des Kanzlers und seines Außenministers sichtbar.¹³⁶ Genscher lud seinen Kollegen am Vorabend zu sich nach Hause ein und versuchte, eine persönliche Gesprächsebene und Vertrautheit mit dem wichtigsten Verbündeten der Bundesrepublik Deutschland herzustellen. Beim offiziellen Meeting am darauffolgenden Tag tauschten die beiden ruhig und sachlich die Standpunkte ihrer Regierungen aus, wobei Genscher seinen unbedingten Willen zu engsten Konsultationen und vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den Verbündeten betonte, um eine gemeinsame westliche Gesamtstrategie zu entwickeln. Das Gespräch zwischen Vance und Schmidt drehte sich um dieselbe Thematik. Allerdings akzentuierte der Kanzler den bisher unbefriedigenden Konsultationsprozess innerhalb der NATO. Fast zwei Monate nach Ausbruch der Krise sei noch immer kein westliches Konzept erkennbar und in Bonn bestehe der Eindruck, dass die Verbündeten über schwerwiegende, auch die Interessen der Europäer unmittelbar berührende Entscheidungen des Weißen Hauses ungenügend und nicht rechtzeitig konsultiert worden seien. Unübersehbar traten hier die Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Schmidt und der US-Regierung einerseits und das taktisch geschickte, diplomatisch versierte Agieren Genschers andererseits zutage. Während Ersterer das Trennende hervorhob, konzentrierte sich Letzterer auf die einigenden Elemente. Die inhaltlichen Differenzen konnte freilich auch Genscher in diesem Fall nicht überbrücken.

So waren die ersten sechs Monate nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan geprägt von den internen und öffentlich ausgetragenen Kontroversen der NATO-Bündnispartner. Unzählige gemeinsame Konsultationsrunden und Lageanalysen konnten nicht verhindern, dass über konkrete Gegenmaßnahmen mehr gestritten als beraten wurde. Die Quantität der bilateralen und multilateralen Ge-

¹³⁴ Vgl. Aufzeichnung des Staatssekretärs Schüler, Bundeskanzleramt, vom 14.04.1980, Betr.: Ministergespräch unter Vorsitz des Bundeskanzlers mit den Bundesministern Genscher, Apel und Graf Lambsdorff am 13.04.1980, in: AAPD 1980, Dok. 109, S. 599–601.

¹³⁵ Einzelheiten dazu vgl. Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 01.04.1980, Betr.: Olympische Sommerspiele 1980, hier: gegenwärtige Lage, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113032.

¹³⁶ Vgl. zum Folgenden Aufzeichnung des Leiters des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Hansen, vom 20.02.1980, Betr.: Gespräch des Bundesministers Genscher mit US-Außenminister Vance, in: AAPD 1980, Dok. 55, S. 311–321, und Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Höynck, an Bundeskanzler Schmidt, Betr.: Ihr Gespräch mit Secretary Vance am 20.02.1980, in: BArch, B 136/17050. Vgl. dazu auch Henning Behrens, *Die Afghanistan-Intervention der UdSSR. Unabhängigkeit und Blockfreiheit oder Mongolisierung Afghanistans: Eine Herausforderung für das internationale Krisenmanagement*, München 1982, S. 158–175.

sprache, Telefonate und Treffen stand in keinem adäquaten Verhältnis zur Qualität der erzielten Ergebnisse. Statt die Kohärenz des westlichen Bündnisses zu festigen, dynamisierte Afghanistan die schwelenden Krisenerscheinungen und Fliehkräfte innerhalb der Allianz.

3. Zwischen kommunikativer Harmonisierung und realpolitischen Interessen: Internationales Krisenmanagement à la Genscher

Die Bundesregierung auf der Suche nach dem entspannungspolitischen Status quo ante

Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan stürzte die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition in ihre bis dahin tiefste Krise. Der konzeptionelle Grundgedanke der deutschen Ostpolitik seit 1969, dass trotz der ideologischen Gegensätze eine vernunftbegabte Kommunikation mit den kommunistischen Machthabern in Moskau möglich sei, schien sich als Illusion erwiesen zu haben. Stattdessen zeigte die von der deutschen Bevölkerung als „Überraschungscoup“ wahrgenommene Invasion¹³⁷ die anhaltende Unberechenbarkeit, Unkontrollierbarkeit und Unmenschlichkeit einer ideologisch durchdrungenen Außenpolitik. Ein Scheitern der bundesdeutschen Entspannungspolitik, dem großen, gemeinsamen Projekt von SPD und FDP, hätte im Wahljahr 1980 wohl auch ein Ende der sozial-liberalen Ära bedeutet. Die Bundesregierung hatte somit ein existenzielles Eigeninteresse daran, die Richtigkeit und Kontinuität ihrer Außenpolitik glaubhaft zu machen. Schmidt und Genscher in ihrem Krisenmanagement eine Verkürzung auf wahltaktische Überlegungen zu unterstellen, wäre indes verfehlt. In der Tat hatte das geteilte Deutschland, das durch seine exponierte Stellung an der Nahtstelle zwischen den Blöcken am unmittelbarsten vom Kalten Krieg betroffen war, auch am meisten von den Erfolgen der Entspannung profitiert. Das Ziel der Bundesregierung lautete deshalb, den Rückfall in einen „Zweiten Kalten Krieg“ zu verhindern und den entspannungspolitischen *Status quo ante invasionem* wiederherzustellen.

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Einmarsches in der bundesdeutschen Öffentlichkeit setzten Bundeskanzler und Außenminister gemeinsam auf eine Strategie der Deeskalation und versuchten, die Dramatik der Ereignisse herunterzuspielen. So blieb Schmidt demonstrativ weiter auf Mallorca im Urlaub, was für Genscher den angenehmen Nebeneffekt hatte, sich in Bonn als alleiniger Krisenmanager inszenieren zu können. Zum umstrittenen Schlüsselbegriff der deutschen Post-Afghanistan-Strategie avancierte die sogenannte Unteilbarkeit der Entspannung. Die Errungenschaften der Détente und „die Anwendung des sich entwickelnden Instrumentariums der Konfliktbeherrschung zwischen Ost und

¹³⁷ Vgl. dazu beispielsweise: Afghanistan: Wir werden sie hinausjagen, in: Der Spiegel Nr. 53 vom 31. 12. 1979, S. 63f., und Moskaus Griff nach Afghanistan, in: Der Spiegel Nr. 1/2 vom 07. 01. 1980, S. 71–85.

West¹³⁸ dürften sich dieser Lesart zufolge nicht auf Europa beschränken, sondern beanspruchten weltweite Geltung. Die Ausnutzung von Instabilitäten in Regionen außerhalb des „alten“ Kontinents zu einseitigem Vorteil unter Einsatz militärischer Machtmittel lief diesem Grundsatz zuwider.

Unter Berufung auf die deutsch-sowjetische Deklaration vom Mai 1978, in der sich beide Seiten für die „Unteilbarkeit des Friedens und der Sicherheit“ ausgesprochen hatten,¹³⁹ forderte Bonn Moskau auf, nun nicht wortbrüchig zu werden. Wer Frieden in Europa wolle, müsse sich weltweit an die Spielregeln der Détente halten. Außenminister Genscher und seine Diplomaten wiederholten ihre Appelle unermüdlich in öffentlichen Statements und unzähligen direkten Gesprächen mit der Sowjetunion,¹⁴⁰ die meist nach demselben Muster abliefen. Der deutsche Vertreter erklärte, die Bundesregierung lehne in Einklang mit ihren Verbündeten in EG und NATO die sowjetische Invasion in Afghanistan ab, durch die ein schwerer Schatten auf die Entspannung zwischen Ost und West gefallen sei, und forderte Moskau zum sofortigen Truppenrückzug auf. Der sowjetische Vertreter wies dies umgehend zurück, gab die Standardantwort vom 28. Dezember zum Besten, nach welcher Moskau auf ein Hilfersuchen der afghanischen Regierung aktiv geworden sei und es sich somit um eine bilaterale Angelegenheit zwischen zwei befreundeten Staaten handle, in die sich der Westen nicht einzumischen habe. Nach diesem rituellen Schlagabtausch kam man auf das eigentliche Anliegen zu sprechen: die Entspannungspolitik und die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa. Genscher wandte immer dieselbe Gespr chstaktik an. Er beteuerte, die Politik der Bundesregierung sei langfristig angelegt und an ihren Grundlagen habe sich nichts geändert, mit anderen Worten, die sozial-liberale Koalition trete nach wie vor für die Fortsetzung des KSZE-Prozesses, der MBFR-Konferenz und der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen ein. Um diese gemeinsamen deutsch-sowjetischen Ziele zu erreichen, sei es gerade jetzt in der Krise der internationalen Beziehungen notwendiger denn je, die Kontakte auf allen Ebenen nicht nur fortzusetzen, sondern zu intensivieren: „Wenn man aufrichtig miteinander spreche, könne man einander verstehen und vielleicht auch Lösungen finden.“¹⁴¹

Persönliche Gespräche waren für Genscher also nicht nur ein Weg, auf dem im Idealfall Fortschritte zur Beilegung der Afghanistan-Krise erzielt werden könnten. Vielmehr bildete die Kommunikation in seinem Verständnis von Krisenmanagement einen Wert an sich. Das Vertrauensverhältnis, das durch den Einmarsch in Afghanistan zerstört worden war, könne langfristig nur über die Erfahrung gegen-

¹³⁸ Aufzeichnung des Ref. 212 des Auswärtigen Amts vom 08.03.1979, Betr.: KSZE und Vorbereitung auf Madrid, in: PA-AA, B 28, Ref. 212 (Zwischenarchiv), Bd. 133358, S. 5.

¹³⁹ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 06.05.1978 anlässlich des Besuchs des Generalsekretärs der KPdSU, Breschnew, vom 04. bis 07.05.1978 in Bonn vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin der Bundesregierung Nr. 44 vom 09.05.1978, S. 429f.

¹⁴⁰ In den ersten Monaten nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan fanden deutsch-sowjetische Gespräche auf unterschiedlichen diplomatischen Ebenen durchschnittlich mindestens einmal pro Woche statt.

¹⁴¹ Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 25.01.1980, in: AAPD 1980, Dok. 26, S. 154–163, hier: S. 159.

seitiger Verlässlichkeit neu aufgebaut werden.¹⁴² Geradezu mantraartig wiederholte Genscher, dass dafür persönliche Kontakte unabdingbar seien, wie beispielhaft an seinem Treffen mit Botschafter Semjonow vom 25. Januar 1980 gezeigt werden kann. Bei einer Gesprächsdauer von siebzig Minuten betonte er nicht weniger als sechzehn Mal, wie entscheidend es sei, auf allen zur Verfügung stehenden Kommunikationskanälen miteinander zu sprechen.

„Selbst wenn man – wie jetzt in puncto Afghanistan – einen Dissens konstatieren müsse, hätten persönliche Begegnungen doch einen Wert an sich insofern, als sie es ermöglichen, den Standpunkt des anderen kennenzulernen und einschätzen zu können. Deshalb wiederhole er noch einmal: Der Dialog dürfe nicht abreißen; das sei heute wichtiger als je zuvor.“¹⁴³

Dies gelte auch für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Er halte es für einen schwerwiegenden Fehler, wenn die Supermächte nur über die Medien miteinander verkehrten. Daraufhin erwiderte Semjonow, daran sei man sehr interessiert; wenn Genscher am Zustandekommen eines solchen Gesprächs mitwirken könne, „würde er das sehr begrüßen“.¹⁴⁴ Seinen eindringlichen Appell zum Dialog unterlegte Genscher am Ende des jeweiligen Gesprächs häufig mit einer individuellen Note: „Er wolle eine persönliche Bemerkung anfügen: Er schätze die Unterredungen mit Semjonow sehr, auch wenn man unter Umständen am Ende keine Übereinstimmung konstatieren könne, auch wenn der Botschafter ohne spezifische Weisungen in konkreten Fragen zu ihm komme. Er wolle Semjonow versichern, dass er jederzeit für ihn zu sprechen sei.“¹⁴⁵

Die unbedingte Notwendigkeit, den Dialog aufrechtzuerhalten, betonte auch der bundesdeutsche Botschafter in Moskau, Wieck, in einem Schreiben an das Auswärtige Amt:

„Insgesamt zeigen die [...] sowjetischen Äußerungen erneut die Dringlichkeit und Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des politischen Ost-West-Dialogs, damit eine realistische Beurteilung der Interessen – und auch Befürchtungen – der Gegenseite in die eigene politische Planung einbezogen und damit die Gefahr einer Konfrontation in Folge von Fehleinschätzungen verringert wird.“¹⁴⁶

Wieck sah die Gefahr eines amerikanisch-sowjetischen Krieges in Mittelost, an dem keine der beiden Supermächte ein Interesse haben konnte, der jedoch aufgrund von Missverständnissen ausbrechen könnte.

Zugleich diskutierten die Allianzpartner darüber, ob durch das sowjetische Vorgehen in Afghanistan auch die Wahrscheinlichkeit eines Krieges in Europa gestie-

¹⁴² Zur Bedeutung von Vertrauensbildung in den internationalen Beziehungen vgl. auch Wilfried Loth, *Angst und Vertrauensbildung*, in: Ders./Dülffer, *Dimensionen internationaler Geschichte*, S. 29–46.

¹⁴³ Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 25. 01. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 26, S. 154–163, hier: S. 161.

¹⁴⁴ Ebd., S. 160.

¹⁴⁵ Ebd., S. 162.

¹⁴⁶ Fernschreiben Nr. 344 des deutschen Botschafters in Moskau, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 25. 01. 1980, Betr.: Gefahr einer möglichen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den USA und der SU in Mittelost, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133141.

gen sei. Bundesverteidigungsminister Apel kam in einem Schreiben an den Kanzler zu dem Schluss, dass ein vergleichbarer „Überraschungsangriff“ auf die NATO, ergo auf Deutschland, nicht möglich sei:

„Die Nordatlantische Allianz geht angesichts der politischen, militärischen und geographischen Gegebenheiten zu Recht davon aus, dass ein Angriff gegen sie ohne Vorbereitungen, d. h. ohne entsprechende Indikationen für das Bündnis wie z. B. Truppenaufmärsche, Mobilisierungsvorbereitungen, Maßnahmen zum Schutz des eigenen Landes, Abstimmung mit anderen Pakt- und Nachbarstaaten, nur unter Inkaufnahme eines untragbar hohen Risikos für den Angreifer erfolgen könnte. Diese Vorbereitungen würden dem Bündnis nicht verborgen bleiben und uns daher eine begrenzte, aber zur Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit ausreichende Warn- und Reaktionszeit geben.“¹⁴⁷

Unabhängig von der militärischen Beurteilung der Lage spiegelt dies die zeitgenössische Bedrohungswahrnehmung wider. In der Hochphase sozial-liberaler Ostpolitik Anfang der siebziger Jahre hatte man gehofft, sich mit dem Kreml auf einen Modus Vivendi in Europa verständigen zu können. Aber konnte man mit dem sowjetischen Riesen angesichts seines Vorgehens in Afghanistan und der Aufrüstung mit nuklearen Mittelstreckenraketen nun noch vertrauensvoll verhandeln? Oder zeigte Breschnew jetzt sein wahres Gesicht? Das Auswärtige Amt kam gemeinsam mit seinen Verbündeten zu dem Ergebnis, dass in Europa Jugoslawien, Finnland und besonders West-Berlin als gefährdet einzustufen seien.¹⁴⁸ Drohte also eine neue Berlin-Krise? Am 11. Januar meldete Freiherr von Richthofen, Leiter des für Berlin und „Deutschland als Ganzes“ zuständigen Referats im Auswärtigen Amt, an Staatssekretär Klaus Blech, bislang könne er keine Auswirkungen des Afghanistan-Konflikts auf die geteilte Stadt erkennen. Allerdings seien sich auch die Verbündeten unsicher, inwiefern man die sowjetische Berlin-Politik noch als kalkulierbar bezeichnen könne. In jedem Fall dürfe dem Kreml kein Anlass geboten werden, um die internationalen Spannungen von Kabul nach Berlin umzulenken.¹⁴⁹ London war allerdings der Meinung, dass Breschnew jede Ausweitung des Konflikts vermeiden wolle.¹⁵⁰ Je länger die Lage in Berlin

¹⁴⁷ Schreiben von Bundesverteidigungsminister Apel an Bundeskanzler Schmidt vom 15.01.1980, Betr.: Afghanistan, in: AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009063. Bundeskanzler Schmidt ging auf die Frage eines möglichen sowjetischen Überraschungsangriffs auf Westeuropa auch in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 17.01.1980 ein. Vgl. dazu Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin der Bundesregierung Nr. 8 vom 18.01.1980, S. 61–65.

¹⁴⁸ Zur Einschätzung des FCO vgl. Note of the East European and Soviet Department of the FCO, Broucher, January 11th 1980, Subject: Afghanistan and East-West relations, in: TNA, FCO 28/3997, und Letter from Vereker, Western European Department of the FCO, to Broucher, East European and Soviet Department of the FCO, January 11th 1980, Subject: Afghanistan and East-West relations, in: TNA, FCO 28/3999.

¹⁴⁹ Schreiben des Leiters des Ref. 210 des Auswärtigen Amts, Freiherr von Richthofen, an Staatssekretär van Well vom 11.01.1980, Betr.: Sowjetische Intervention in Afghanistan, hier: Einfluss auf die Lage in und um Berlin, in: PA-AA, B 38, Ref. 210 (Zwischenarchiv), Bd. 132458.

¹⁵⁰ Vgl. Letter from Vereker, Western European Department of the FCO, to Broucher, East European and Soviet Department of the FCO, January 11th 1980, Subject: Afghanistan and East-West relations, in: TNA, FCO 28/3999, und Note of the East European and

ruhig blieb, umso deutlicher unterstützte auch das Auswärtige Amt diese Sichtweise.¹⁵¹

Nichtsdestotrotz hatte Staatssekretär Blech dem Foreign Office schon früh deutlich gemacht, wie die Prioritäten bundesdeutscher Entspannungspolitik verteilt waren. Bei aller notwendigen Solidarität mit den NATO-Partnern müsse aus deutscher Sicht immer auch bedacht werden, dass westliche Sanktionen gegen Moskau unter Umständen entsprechende sowjetische Gegenreaktionen hervorrufen könnten. Im Zweifelsfall sei die Sicherheit West-Berlins für die Bundesregierung selbstverständlich immer wichtiger als diejenige Kabuls. In der Praxis also sei die Entspannung „teilbar“, auch wenn in öffentlichen Statements das Gegenteil behauptet werde. Tatsächlich „unteilbar“ sei hingegen die durch Afghanistan entstandene Glaubwürdigkeitslücke gegenüber der Sowjetunion.¹⁵²

Das Auswärtige Amt erkannte recht schnell, dass das bisherige Postulat der „Unteilbarkeit der Entspannung“ aufgegeben werden musste. Dies war schon im Frühjahr 1979 bei den Vorbereitungen auf das KSZE-Folgetreffen von Madrid im zuständigen Referat 212 des Auswärtigen Amts konstatiert worden. „Gerade weil die Instabilität weltweit zunimmt, muss die (relative) Stabilität, die in Europa erreicht werden konnte, erhalten bleiben.“¹⁵³ In einem umfangreichen Schreiben an Außenminister Genscher vom 9. Januar 1980 drängte Ministerialdirektor Niels Hansen, Leiter des Planungsstabes, erneut darauf, vom Konzept der „Unteilbarkeit“ der Entspannung Abschied zu nehmen:

„In der gegenwärtigen Lage erscheinen Formulierungen wie ‚die Entspannung fortsetzen‘, ‚die Entspannung ist unteilbar‘ nicht zu genügen: Sie geben keine Antwort auf die Fragen einer verunsicherten Öffentlichkeit; sie geben keine Antwort auf die Frage, wie die Sowjetunion von weiteren Interventionen in der Dritten Welt abgeschreckt werden kann; sie geben keine Antwort, wie die Solidarität des Bündnisses bewahrt werden kann.“¹⁵⁴

Eine veränderte westliche Strategie müsse sich am Entspannungskonzept der Sowjetunion orientieren, die sich nie zur weltweiten „Unteilbarkeit“ bekannt, sondern stets für die Beschränkung auf den Raum der beiden militärischen Bündnisse, NATO und Warschauer Pakt, ausgesprochen habe. Im Bereich der „Dritten Welt“ wollte sie sich stets den notwendigen Handlungsspielraum erhalten, dem „historisch gesetzmäßigen Prozess der Weltrevolution“ zur Not nachzuhelfen. Eine realistische westliche Entspannungspolitik müsse sich an diesen Gegebenhei-

Soviet Department of the FCO, Broucher, January 22nd 1980, Subject: Afghanistan: Possible Soviet reactions to Western counter measures, in: TNA, FCO 28/4000.

¹⁵¹ Vgl. Schreiben der Unterabt. 21 des Auswärtigen Amts an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher vom 22.02.1980, Betr.: Entwicklung der internationalen Lage in ihren Auswirkungen auf Berlin, in: PA-AA, B 38, Ref. 210 (Zwischenarchiv), Bd. 132458.

¹⁵² Letter from Whitehead, FCO, January 8th 1980, Subject: Afghanistan, German reactions, in: TNA, FCO 37/2240.

¹⁵³ Aufzeichnung des Ref. 212 vom 08.03.1979, Betr.: KSZE und Vorbereitung auf Madrid, in: PA-AA, B 28, Ref. 212 (Zwischenarchiv), Bd. 133358.

¹⁵⁴ Schreiben des Leiters des Planungsstabes, Ministerialdirektor Niels Hansen, an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher vom 09.01.1980, Betr.: Erwägungen zur Entspannungspolitik nach Afghanistan, in: PA-AA, B 9, Pl.02 (Zwischenarchiv), Bd. 178431.

ten orientieren, sich für Entspannung und Zusammenarbeit in Europa einsetzen sowie dem sowjetischen Expansionsstreben in der „Dritten Welt“ entschlossen und wirksam entgegentreten. Diese Strategieänderung sei zwar nicht ideal, aber „besser als nichts. Es scheint weder klug noch notwendig, auf begrenzte Verbesserungen zu verzichten, weil man die gewünschte Totallösung nicht erhalten kann.“¹⁵⁵ Außerdem könnte sie die drei oben gestellten Fragen beantworten: Sie würde erstens das Gefühl abschwächen, die Entspannungspolitik sei in ihrer Gänze gescheitert; die Sowjetunion könnte zweitens von Invasionen à la Afghanistan nur abgeschreckt werden, wenn der Westen bereit sei, an Ort und Stelle einzugreifen; es wäre drittens leichter, für ein solches Konzept die Unterstützung der NATO-Bündnispartner zu erhalten.

Diese Ministervorlage kann mit Recht als Schlüsseldokument für die entspannungspolitische Strategieanpassung des Auswärtigen Amts bezeichnet werden, die zur Grundlage des bundesdeutschen Krisenmanagements in der Afghanistan-Krise avancierte. Wie schmerzhaft sich dieser Anpassungsprozess gestaltete, zeigte ein Gespräch zwischen Genscher und seinem amerikanischen Amtskollegen Vance am 21. Januar 1980. Genscher gestand ein, dass das Konzept der „Unteilbarkeit“ der Entspannung auch in der Bundesrepublik nicht unumstritten sei, und fügte im selben Atemzug hinzu, „der Grundsatz von der Unteilbarkeit der Entspannung [müsse] immer wieder in alle Köpfe hineingehämmert werden, insbesondere in die der sowjetischen Führung“.¹⁵⁶ Das starre Festhalten Genschers führte zu den von Hansen vorhergesagten Irritationen in der Öffentlichkeit und zwang ihn schließlich zu einer semantischen Flexibilisierung (vgl. auch Kapitel III.5.). Er interpretierte die „Unteilbarkeit“ der Entspannung fortan als „Postulat an die Sowjetunion“ und als „Mittel in der fortbestehenden politischen Auseinandersetzung mit ihr, nicht als eine Bedingung, die eine automatische Unterbrechung der Entspannung auslöst“.¹⁵⁷

Ausgehend von dem Strategiepapier des Planungsstabes ergriff das Auswärtige Amt entwicklungspolitische Maßnahmen, um – wie noch zu zeigen sein wird – über das unmittelbare Krisenmanagement hinaus eine dauerhafte Stabilisierung des Mittleren Ostens zu erreichen.¹⁵⁸ Da die USA und die NATO als sicherheitspolitischer Kontrapart der Sowjetunion und des Warschauer Paktes für eine Vermittlerrolle in der Golf-Region nicht in Frage kamen, betrat nun ein multilaterales Gremium die internationale Bühne, das bereits in den KSZE-Verhandlungen eine wichtige Rolle eingenommen hatte: die Europäischen Politische Zusammen-

¹⁵⁵ Ebd.

¹⁵⁶ Schreiben des Ministerialdirigenten Lücking, z.Zt. New York, an das Auswärtige Amt vom 21. 01. 1980, Betr.: Gespräche Bundesminister mit Außenminister Vance am 21. 01. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 20, S. 123.

¹⁵⁷ Schreiben des Ref. 212 des Auswärtigen Amts an Staatssekretär von Staden, Staatsminister Möllemann und Staatsminister Mertes vom 31. 03. 1983, Betr.: „Unterbrechbarkeit“ der Entspannung?, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-151/3, S. 1.

¹⁵⁸ Vgl. dazu grundlegend Aufzeichnung des Ref. 212 des Auswärtigen Amts vom 24. 04. 1979, Betr.: Stand der Ost-West-Beziehungen, in: PA-AA, B 28, Ref. 212 (Zwischenarchiv), Bd. 133358.

Um ein gemeinsames Vorgehen der EG im Mittleren Osten zu ermöglichen, musste Bonn zunächst seine eigenen politischen Vorstellungen mit denen der wichtigsten europäischen Partner, Frankreich und Großbritannien, abstimmen. Diese notwendige Harmonisierung gestaltete sich, wie die NATO-Debatten bereits gezeigt hatten, nicht einfach. Die Post-Afghanistan-Strategie Frankreichs zeichnete sich anfangs durch Sprunghaftigkeit aus. Am 28. Dezember 1979 hatte das französische Außenministerium eine Presseverlautbarung veröffentlicht, in der eine diplomatische Einschätzung der Lage abgegeben wurde: „[Das französische Außenministerium] ist der Meinung, dass die so geschaffene Situation geeignet ist, legitime Sorgen für den Frieden und die Stabilität der Region auszulösen ebenso wie für das Schicksal des afghanischen Volkes, dem sich Frankreich durch eine traditionelle Freundschaft verbunden fühlt.“¹⁵⁹

Drei Tage später zeichnete Präsident Giscard d'Estaing in seiner Silvesteransprache ein deutlich dramatischeres Szenario. Er diagnostizierte eine unmittelbare Kriegsgefahr: „Le danger de guerre existe“.¹⁶⁰ Umso bedeutsamer sei nun eine besonnene, parteiübergreifende Reaktion der politischen Entscheidungsträger. Mit ihm sei Frankreich in sicheren Händen. Der bundesdeutsche Botschafter in Paris, Herbst, war sich zwar mit seinem britischen Kollegen Hibbert einig, dass der Präsident sich aus innenpolitischen Gründen die latent vorhandene Kriegsangst der Bevölkerung zunutze gemacht habe.¹⁶¹ Doch auch die Presseerklärung Giscard vom 9. Januar 1980 klang besorgniserregend: Die Ereignisse in Afghanistan hätten der Entspannungspolitik Schaden zugefügt, einer Politik, „die Frankreich ehrlich, aber nicht bedingungslos unterstützt“.¹⁶² Ende Januar/Anfang Februar aber wandelte sich die französische Strategie, was als Reflex auf die strikte Sanktionspolitik Washingtons und die öffentliche Meinung zu werten ist, in die sich zunehmend

¹⁵⁹ Diese deutsche Übersetzung der französischen Ansprache findet sich in Fernschreiben Nr. 31 des deutschen Botschafters in Paris, Herbst, an das Auswärtige Amt vom 06. 01. 1980, Betr.: Afghanistan, hier: Äußerungen von Staatspräsident Giscard, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113031.

¹⁶⁰ Botschafter Herbst übermittelte am 06.01.1980 die übersetzte Silvesteransprache des Präsidenten. Darin hieß es: „Wird uns 1980 Frieden oder Krieg bringen? Wird es eine Verschärfung der Krise oder die Bewahrung unserer Lebensweise bringen? Frieden oder Krieg? Ich hoffe, den Frieden, und dafür wollen wir arbeiten. Die Kriegsgefahr besteht jedoch. Wir leben in einer der Perioden, in der das Gleichgewicht der Welt auf der Kaltblütigkeit einiger Männer beruht. Ich hoffe, dass die Weisheit der Führer die Oberhand behalten wird. Frankreich arbeitet für den Frieden.“, in: Fernschreiben Nr. 31 des deutschen Botschafters in Paris, Herbst, an das Auswärtige Amt vom 06.01.1980, Betr.: Afghanistan, hier: Äußerungen von Staatspräsident Giscard, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113031.

¹⁶¹ Vgl. Telegram No. 12 from the British Ambassador at Paris, Hibbert, to the FCO, January 3rd 1980, Subject: Afghanistan, in: TNA, FCO 37/2237; Drahtbericht Nr. 29 des deutschen Botschafters in Paris, Herbst, an das Auswärtige Amt vom 05.01.1980, in: AAPD 1980, Dok. 1, Anm. 46, und Note du Ministre des affaires étrangères le 3 janvier 1980, Objet: Intervention soviétique d'Afghanistan. Position française, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1964.

¹⁶² Fernschreiben Nr. 53 des deutschen Botschafters in Paris, Herbst, an das Auswärtige Amt vom 09.01.1980, Betr.: Afghanistan, hier: französische Politik, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113031.

anti-amerikanische Untertöne mischten.¹⁶³ Unabhängig von der „Ultimatenpolitik“ der USA solle keine Politik der Bestrafung stattfinden, sondern eine Rückkehr zur Entspannung gesucht werden, hieß nun die Devise Frankreichs.¹⁶⁴

Dieser Kurswechsel war prinzipiell im Interesse Bonns, allerdings bestanden nicht unerhebliche Differenzen zwischen dem deutschen und dem französischen Entspannungskonzept. So sprach Paris nicht von der „Unteilbarkeit“, sondern vom „globalen Charakter“ der Détente, die durch Afghanistan nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfe. Dies meinte in erster Linie, dass die als privilegiert verstandenen französisch-sowjetischen Beziehungen nicht gefährdet und die eigene Souveränität und Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten demonstriert werden sollten, wie eine Aufzeichnung des Quai d'Orsay vom 3. Januar 1980 belegt:

„L'action, éminemment [sic!] politique, que nous pouvons conduire pour la détente dans le cadre de dialogue franco-soviétique n'est certes pas exclusive de la concertation avec nos alliés ou d'autres partenaires. En ce qui concerne nos alliés (les Neuf ou les Quinze) nous devrions toutefois veiller à éviter deux écueils: [1] La solidarité nécessaire ne doit pas conduire nous laisser entraîner à des mesures de rétorsion à priori discutables et peut-être inefficaces. [...] [2] Nous devons éviter de nous laisser enfermer au nom de la solidarité occidentale dans une 'politique de bloc'. En aucun cas nous devons aliéner notre liberté de décision.“¹⁶⁵

Frankreich selbst sah sich als *global player*, der zwar die sicherheitspolitische Notwendigkeit eines solidarischen Handelns der NATO-Partner erkannte,¹⁶⁶ sich jedoch nicht in das Korsett der Blockkonfrontation zwingen lassen wollte. Für eine konzertierte Aktion der Allianz gebe es keinerlei Anlass, weil Afghanistan außerhalb des NATO-Bündnisgebiets liege.¹⁶⁷ Mit einer „NATOisierung“ des Konflikts würde der Westen vielmehr Moskau in die Hände spielen und die Staaten der

¹⁶³ Vgl. Telegram No. 109 from the British Ambassador at Paris, Hibbert, to the FCO, January 23th 1980, Subject: Afghanistan: French public reaction, in: TNA, FCO 37/2262. Vgl. dazu auch die Presseschau des französischen Außenministeriums: Note du Ministère des affaires étrangères le 4 janvier 1980, Objet: La crise afghane dans la presse française, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1966.

¹⁶⁴ Vgl. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats, Edler von Braunmühl, vom 26. 02. 1980, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit Außenminister François-Poncet am 04. 02. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 39, S. 235–238, hier: S. 235.

¹⁶⁵ Note du Ministère des affaires étrangères le 3 janvier 1980, Objet: Intervention soviétique en Afghanistan, position française, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1966. Zur Ostpolitik Frankreichs vgl. auch Georges-Henri Soutou, L'historiographie actuelle de la Guerre froide entre révisionnisme et nouvelles recherches, in: Revue d'histoire diplomatique 122 (2008), S. 187–192, und Michael Meimeth/Werner Link, Frankreichs Entspannungspolitik der 70er Jahre. Zwischen Status quo und friedlichem Wandel. Die Ära Georges Pompidou und Valéry Giscard d'Estaing, Baden-Baden 1990.

¹⁶⁶ Vgl. beispielsweise Fernschreiben Nr. 53 des deutschen Botschafters in Paris, Herbst, an das Auswärtige Amt vom 09. 01. 1980, Betr.: Afghanistan, hier: französische Politik, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113031.

¹⁶⁷ Vgl. Bordereau d'envoi collectif No. 3 le 10 janvier 1980, Objet: Essai d'analyse des événements d'Afghanistan, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1964.

„Dritten Welt“ gegen sich aufbringen.¹⁶⁸ So war es aus französischer Sicht nur folgerichtig, dass der erste Besuch des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko in den Westen seit der Afghanistan-Invasion Ende April 1980 nach Paris führte.¹⁶⁹ Diese bilaterale Krisendiplomatie fand ihre Fortsetzung, als Giscard d'Estaing und Breschnew am 19. Mai in Warschau zu einem Meinungsaustausch zusammentrafen. Die Intention dieses Gesprächs erläuterte Außenminister François-Poncet wenig später in einer Regierungserklärung vor der Nationalversammlung. Das Gipfeltreffen füge sich „in den Dialog zwischen Frankreich und der Sowjetunion ein, der seit dem Beginn der Krise praktisch nicht abgerissen ist“. Diesen Gedankenaustausch allein den Supermächten zu überlassen, halte er für falsch. „Frankreich verfolgt eine unabhängige Außenpolitik. Es führt Gespräche, mit wem es will und wann es will. Es braucht dazu die Erlaubnis von niemandem.“¹⁷⁰

Mit einer solchen entspannungspolitischen Führungsrolle Frankreichs in Europa konnte sich Großbritannien freilich nur schwer abfinden. Bereits Mitte Dezember 1979, also *vor* der sowjetischen Invasion in Afghanistan, hatte das britische Außenministerium eine Aufzeichnung über das bundesdeutsche Entspannungskonzept und seine Bedeutung für Großbritannien anfertigen lassen. Darin kam Oliver Wright zu dem wenig überraschenden Schluss, dass London anders als Bonn kein vitales Eigeninteresse an einer Entspannung zwischen Ost und West habe.¹⁷¹ Großbritanniens Beziehungen zur Sowjetunion und dem Ostblock befanden sich auf einem historischen Tiefstand und Thatchers Motivation, daran etwas zu ändern, hielt sich in engen Grenzen.¹⁷² Angesichts der geringen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Warschauer-Pakt-Staaten für Großbritannien war es für die

¹⁶⁸ Wörtlich heißt es darin: „OTANiser cette crise, reagir comme s'il agissait d'un conflit est-ouest serait en réalité jouer dans la main des soviétiques, qui prétendent lutter, à Kaboul, non contre des patriotes afghans, mais contre l'imperialisme.“, in: Télégramme de Buxelles (OTAN) à Paris le 14 janvier 1980, Objet: Projet d'intervention au Conseil atlantique sur les événements d'Afghanistan, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1975, S. 5.

¹⁶⁹ Vgl. dazu auch Arbeitsbesuch Gromykos in Paris, in: Archiv der Gegenwart 50 (1980), S. 23481.

¹⁷⁰ Beide Zitate finden sich in „Treffen Giscard – Breschnew bei Warschau“, in: Archiv der Gegenwart 50 (1980), S. 23562f. Zum entspannungspolitischen Führungsanspruch Frankreichs vgl. auch Schreiben des Ref. 212 des Auswärtigen Amts an Ref. 202 vom 08. 08. 1979, Betr.: Deutsch-französische Beziehungen, hier: Entspannungs- und KSZE-Politik, in: PA-AA, B 28, Ref. 212 (Zwischenarchiv), Bd. 133358. Die bilaterale Krisendiplomatie Frankreichs gegenüber der Sowjetunion wurde in der deutschen Presse von Anfang an argwöhnisch beobachtet, vgl. beispielsweise: Milde Töne aus Paris, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 19 vom 23. 01. 1980, S. 4.

¹⁷¹ Grundlegend zur britischen Außenpolitik der 1970er und 1980er Jahre vgl. Keith Robbins, *The Eclipse of a Great Power. Modern Britain 1870–1992*, London u. a. 1994, S. 376–395; David Sanders, *Losing an Empire, Finding a Role. British Foreign Policy since 1945*, Basingstoke u. a. 2001; Sean Greenwood, *Britain and the Cold War, 1945–1991*, Basingstoke u. a. 2000, und Dominik Geppert, *Die Rolle Deutschlands und Europas in Margaret Thatchers politischem Weltbild*, in: Jürgen Luh (Hrsg.), *Preußen, Deutschland und Europa 1701–2001*, Groningen 2003, S. 234–250.

¹⁷² Zu den britisch-sowjetischen Beziehungen vgl. beispielsweise Paul Sharp, *Thatcher's Diplomacy. The Revival of British Foreign Policy*, London 1997, S. 183–201.

Regierung Thatcher nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan ein Leichtes, der amerikanischen Konfrontationslinie solidarisch zu folgen.¹⁷³ Allerdings hatte London durchaus ein Interesse an stabilen Ost-West-Beziehungen und der Einbindung Bonns in eine gemeinsame westliche Entspannungspolitik, die mögliche nationalistische Alleingänge der Deutschen verhindern sollte.

“It is clear from what I have written that the German interest in détente is very much more immediate, serious and based on self-interest than the British interest. For us, our admitted absence of a concept of détente suggests that it is almost an optional extra for us rather than a necessity. As seen from here, a major British interest is that any concept of détente which we evolve for ourselves need not necessarily be identical but should be compatible with the German concept. [...] We do not share the specific German interest in reunification (although we are formally committed to it) but we do share their interest in a stable East-West relationship and their endorsement of the view that the way to achieve this as being to bind the Soviet Union into many mutually advantageous agreements and relationships with the West as possible. And it is a common UK/FRG interest that the German question should be kept open and gradual progress on it seen to be made. Otherwise the Germans may feel that they have gone up *cul-de-sac*; a feeling that could lead them eventually into nationalist adventures.”¹⁷⁴

Großbritannien verfolgte eine rein pragmatische Ostpolitik, erkannte nun jedoch das Fehlen einer langfristigen Strategie als wesentliches Defizit an. So appellierte E. A. J. Fergusson, Superintending Under-Secretary des „Eastern Europe and Soviet Department“ des FCO, an seinen Vorgesetzten Sir Julian Bullard, sich für eine gemeinsame europäische politische Konzeption der Entspannung einzusetzen, die sich allerdings nicht gegen die USA richten dürfe. Dem britischen Verständnis von Ostpolitik käme es entgegen, diese Strategie mit einem eher technischen Begriff wie „the management of East-West relations“ zu umschreiben.¹⁷⁵

Über den Umweg der intergouvernemental angelegten EPZ wollte Außenminister Carrington die eigene Machtstellung im westlichen Bündnis und Londons internationalen Handlungsspielraum ausweiten.¹⁷⁶ Schon unmittelbar nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan war deutlich erkennbar, dass sich Großbritannien um eine Annäherung an seine wichtigsten westeuropäischen Partner, Bonn und Paris, bemühte.¹⁷⁷ Zugleich beobachteten die Briten mit Argusaugen

¹⁷³ Vgl. Diplomatic Report Nr. 2/80 from the British Ambassador at Bonn, Wright, December 12th 1979, Subject: The Federal German Concept of Détente, in: TNA, FCO 33/3989, S. 4f.

¹⁷⁴ Ebd.

¹⁷⁵ Letter from Fergusson, Superintending Under-Secretary of the East European and Soviet Department of the FCO, to Bullard, Head of East European and Soviet Department of the FCO, January 9th 1980, Subject: East-West relations: British policy and the FRG role, in: TNA, FCO 28/3997.

¹⁷⁶ Bei der britischen Annäherung an die EG und politischen Initiativen im Afghanistan-Konflikt übernahm Außenminister Carrington die Führungsrolle, während Premierministerin Thatcher die strikte Solidarität mit den USA und eine dementsprechend harte Gangart forderte. Vgl. dazu auch Sharp, *Thatcher's Diplomacy*, hier besonders: S. 30–33 und S. 42–49.

¹⁷⁷ Vgl. dazu auch Diplomatic Report Nr. 2/80 from the British Ambassador at Bonn, Wright, December 12th 1979, Subject: The Federal German Concept of Détente, in: TNA, FCO 33/3989.

jedes Anzeichen für bilaterale deutsch-französische Absprachen. Geradezu empört berichtete der britische Botschafter in Paris, Reginald Hibbert, am 9. Januar nach London, Bundeskanzler Schmidt habe auf seiner Rückreise aus Mallorca einen Zwischenstopp in Paris eingelegt. Beim dortigen Treffen mit Giscard sei zwar kein förmliches Kommuniqué verabschiedet worden; dennoch erwecke die anschließend veröffentlichte französische Presseerklärung den Eindruck, als hätten Kanzler und Präsident – ohne Einbeziehung Großbritanniens – den Grundstein für eine gemeinsame Haltung der Neun gelegt.¹⁷⁸ In der Tat zeigt die Überlieferung des Auswärtigen Amts, dass Schmidt und Giscard in Paris, wie von London befürchtet, ein bilaterales Treffen des deutschen und französischen Außenministers vereinbart hatten. Genscher und François-Poncet sollten das am 15. Januar stattfindende Ministertreffen der EPZ und eine Erklärung der Neun zu Afghanistan vorbereiten.¹⁷⁹

Ähnlich skeptisch registrierte das FCO die deutsch-französischen Konsultationen Anfang Februar, die mit einer gemeinsamen Deklaration endeten. Giscard und Schmidt erklärten darin, dass die Entspannung „einem neuen Schlag gleicher Art nicht standhalten würde“, und hielten damit die Tür offen für weitere Gespräche mit Moskau.¹⁸⁰ Botschafter Hibbert fürchtete, dass sich eine innereuropäische Kluft zwischen Paris und Bonn einerseits und London andererseits auf tun könnte.¹⁸¹ Eine derartige Isolation Großbritanniens bei gleichzeitigem Machtzuwachs Frankreichs sei inakzeptabel:

“[...] the Afghan crisis has made it possible for President Giscard to appear more independent than ever. The interesting aspect of the situation has been the support he has received from Chancellor Schmidt, the high point being reached in the Franco-German declaration in Paris on 5 February. Since that the Federal German government has shown more awareness of the indivisibility of western security world-wide because of its dependence on US military power, and this has modified its views on the divisibility of détente. [...] French uncooperativeness in the Afghan crisis is no different from all the other manifestations of French uncooperativeness with allies since 1966. But it is more dangerous for three reasons: first because the international tension is greater than for the last fifteen years and the lack of a positive contribution from France is therefore more keenly felt; second because the Nine have become an important factor in world politics and France's attitude

¹⁷⁸ Vgl. Telegram No. 49 from the British Ambassador at Paris, Hibbert, to the FCO, January 10th 1980, Subject: Afghanistan: Meeting between President Giscard and Chancellor Schmidt, in: TNA, FCO 98/893. Vgl. dazu auch Behrens, *Die Afghanistan-Intervention der UdSSR*, S. 158–175.

¹⁷⁹ Vgl. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt, vom 11. 01. 1980, Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Giscard d'Estaing am 09. 01. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 9, S. 56–62.

¹⁸⁰ Zum Wortlaut der deutsch-französischen Erklärung vom 05. 02. 1980 vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), *Bulletin der Bundesregierung* Nr. 15 vom 08. 02. 1980, S. 117f. Vgl. außerdem Waechter, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing, S. 134f.

¹⁸¹ Vgl. Telegram No. 50 from the British Ambassador at Paris, Hibbert, to the FCO, January 10th 1980, Subject: Britain, the Community and the Afghan Crisis, in: TNA, FCO 28/3997, und Letter from Gladstone, Western European Department of the FCO, to Fergusson, Superintending Under-Secretary of the Eastern Europe and Soviet Department of the FCO, January 17th 1980, Subject: Anglo-French relations: Afghanistan, in: TNA, FCO 33/4392.

comes near to ham-stringing the Nine; and third because France has to dismaying extent 'captured' the Federal Republic of Germany and so acquired a weight for French attitudes which they did not have before. The obvious way to weaken France's position is to reduce the monopoly which she claims in détente, and to make it unnecessary for the FRG to turn to France to secure reassurance about its own détente policies."¹⁸²

Großbritannien fühlte sich im Konzert der europäischen Mächte übergangen. Um den entspannungspolitischen Alleinvertretungsanspruch Frankreichs zu brechen und nationalistische Alleingänge Bonns zu verhindern, setzte London auf eine neue Taktik. Auf dem Weg gemeinsamer Initiativen der Neun im Rahmen der EPZ wollte sich das Foreign Office dem deutschen Verbündeten als ebenbürtiger Entspannungspartner anbieten, um so die enge Anlehnung Bonns an Paris durch die deutsch-britische Zusammenarbeit wenn nicht zu ersetzen, so doch zu ergänzen.

In der Tat war dies ein erfolversprechender Weg. Denn für die Bundesregierung blieb das multilaterale Forum der EPZ die einzige Möglichkeit, den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern und Einfluss auf das westeuropäische und transatlantische Krisenmanagement zu nehmen. Für eine Stabilisierungsstrategie des Mittleren Ostens stellten die regionalen Kenntnisse der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien einen unschätzbaren Wert dar. Und da sich der Quai d'Orsay unter Rekurs auf die Unabhängigkeit französischer Außenpolitik gegen verbindliche Erklärungen der Neun und der NATO entschieden sträubte,¹⁸³ wurde das britische Foreign Office in der Afghanistan-Krise mehr und mehr zum europäischen Ansprechpartner Nummer eins für das Auswärtige Amt.

Ein neutrales Afghanistan? Konfliktlösungsstrategien des Auswärtigen Amts im Rahmen der EPZ

Wie dem Strategiepapier des Auswärtigen Amts vom 9. Januar 1980 zu entnehmen war, musste eine realistische Entspannungspolitik nicht nur die Kommunikation mit Moskau aufrechterhalten, sondern auch die sowjetische Intervention in Afghanistan selbst bekämpfen.¹⁸⁴ Das Auswärtige Amt arbeitete deshalb an einem Konzept zur umfassenden Deeskalation und langfristigen Stabilisierung

¹⁸² Letter from McLaren, Western European Department of the FCO, to Fergusson, Superintending Under-Secretary of the Eastern Europe and Soviet Department of the FCO, and Bullard, April 17th 1980, Subject: Afghanistan and the concept of détente, in: TNA, FCO 33/4392.

¹⁸³ Vgl. beispielsweise Runderlass des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Stabreit, vom 21. 02. 1980, Betr.: EPZ, hier: 93. PK am 12./13. 02. und 37. Ministertreffen am 19. 02. in Rom, in: AAPD 1980, Dok. 57, S. 326–330. Zu den trilateralen Beziehungen zwischen Bonn, London und Paris vgl. auch Lisbeth Aggestam, *A European Foreign Policy? Role Conceptions and the Politics of Identity in Britain, France and Germany*, Stockholm 2004, und Mairi Maclean/Jean-Marc Trouille (Hrsg.), *France, Germany and Britain. Partners in a Changing World*, Basingstoke u. a. 2001.

¹⁸⁴ Schreiben des Leiters des Planungsstabes, Ministerialdirektor Niels Hansen, an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher vom 09. 01. 1980, Betr.: Erwägungen zur Entspannungspolitik nach Afghanistan, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178431.

der Lage in und um Afghanistan – das entspannungspolitische Krisenmanagement in Europa fand nun seine entwicklungspolitische Fortsetzung.¹⁸⁵ Das entscheidende politische Gremium hierfür bildete die Europäische Gemeinschaft, konkret das Forum der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ). Denn jede Initiative der NATO wäre angesichts der amerikanischen Führungsposition von Moskau, Kabul und dem Iran, dessen Beziehungen zu Washington angesichts der fortdauernden Geiselafläre zum Zerreißen gespannt waren, automatisch abgelehnt worden. Neben der NATO und den USA fielen auch die Vereinten Nationen als Akteur aus. Mit den dort verabschiedeten Resolutionen wurde der sowjetische Einmarsch zwar mit beeindruckend eindeutigem Votum abgelehnt und Moskau damit ein erheblicher internationaler Imageschaden zugefügt, der UN-Sicherheitsrat aber blieb aufgrund des sowjetischen Vetorechts handlungsunfähig. Die EPZ, deren Akteure nicht die Staats- und Regierungschefs, sondern die europäischen Außenminister waren, bildete somit die einzige Möglichkeit für die Bundesregierung, ihrer Stimme auf weltpolitischer Ebene Gehör zu verschaffen und ihren begrenzten internationalen Handlungsspielraum zu erweitern.

Das Auswärtige Amt stand nun vor der Aufgabe, Initiativen zu entwickeln, um die Forderungen der westlichen Gemeinschaft nach sowjetischem Truppenrückzug, das bundesdeutsche Bemühen um die Wiederherstellung des entspannungspolitischen Status quo ante und die Stabilisierung des Mittleren Ostens in Einklang zu bringen. Die bundesdeutschen Diplomaten unterbreiteten deshalb den Vorschlag, Afghanistan solle den Status eines blockfreien Landes erhalten.¹⁸⁶ Dies beinhalte den Abzug der sowjetischen Truppen ebenso wie die freie Wahl einer Regierung auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts des afghanischen Volkes. Aufgabe der Bundesregierung und ihrer europäischen Partner sollte es sein, ihre politischen und ökonomischen Beziehungen zu den Staaten des „arc of crisis“ zu intensivieren und die Lage durch diverse Hilfsleistungen zu stabilisieren. Den vom Auswärtigen Amt entwickelten Ideen lag der Gedanke zugrunde, die Staaten der „Dritten Welt“, konkret die Bewegung der Blockfreien, als Akteur auf die internationale Ebene zu hieven und als Partner für die EG zu gewinnen. Als ermutigendes Zeichen wertete man die überwältigende Zustimmung der Blockfreien zu den UN-Resolutionen, aber auch die Außenministerkonferenz der Mitgliedstaaten der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), die Ende Januar 1980 in Islamabad tagte.¹⁸⁷ Dort wurde eine für westliche Beobachter überraschend scharfe Erklärung verabschiedet. Die Außenminister der OIC verurteilten die sowjetische militärische Aggression ausdrücklich als völkerrechtswidrig, verlangten den sofortigen und bedingungslosen Abzug der sowjetischen Truppen, suspendierten die Mitgliedschaft Afghanistans in der OIC und forder-

¹⁸⁵ Vgl. zum Folgenden Letter from Lavers, South Asian Department of the FCO, to Private Secretary, Alexander, March 16th 1980, Subject: Afghanistan, German paper, in: TNA, FCO 37/2272.

¹⁸⁶ Vgl. ebd.

¹⁸⁷ Zur Geschichte der 1969 gegründeten OIC vgl. Ellinor Schöne, *Islamische Solidarität: Geschichte, Politik, Ideologie der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) 1969–1981*, Berlin 1997.

ten ihre Mitgliedstaaten auf, die diplomatischen Beziehungen zu Kabul abzubrechen.¹⁸⁸

Trotz dieser positiven Signale musste die Bundesregierung zunächst ihre europäischen Partner für die Idee eines blockfreien Afghanistans gewinnen. Auf offene Ohren traf man in Großbritannien, wo vor allem der pro-europäische Außenminister Carrington den Respekt der Bundesregierung genoss.¹⁸⁹ Auch das FCO hatte Pläne für ein neutrales Afghanistan entwickelt.¹⁹⁰ Ähnlich wie Bonn sah London ein geschlossenes Vorgehen der EPZ-Mitglieder als unabdingbare Voraussetzung dafür, die Stabilität der Region ebenso wie den eigenen weltpolitischen Einfluss zu vergrößern. Mitte Februar unterbreitete das Foreign Office dem Auswärtigen Amt einen Vorschlag, der auf die „Neutralisierung“ Afghanistans abzielte. Ins Auge gefasst wurde eine Paketlösung, die den Rückzug der sowjetischen Truppen und militärischen Berater sowie die Einrichtung einer repräsentativen afghanischen Regierung umfasste. Letztere sollte nach österreichischem Muster ihre Neutralität erklären, während die betroffenen Nachbarstaaten (Pakistan, Iran, Indien, China) und die beiden Supermächte entsprechende Garantieerklärungen abzugeben hätten, in denen sie versicherten, die Souveränität, territoriale Integrität, politische Unabhängigkeit und Nichtgebundenheit Afghanistans zu respektieren und jede Einmischung in dessen innere Angelegenheiten zu unterlassen. Offen ließ das Papier die Reihenfolge dieser Maßnahmen und den konkreten Zeitplan ihrer Umsetzung.¹⁹¹

Die britischen Vorstellungen gingen indes weit über diejenigen ihrer deutschen und französischen Kollegen hinaus. Zum einen kritisierten Bonn und Paris, dass die Lage Afghanistans nicht mit derjenigen Österreichs gleichgesetzt werden könne. Zum anderen hielt man eine Zustimmung Moskaus zu einem solchen Plan für ausgeschlossen. Für den Kreml hätte dies einen Rückschritt hinter die afghanische „April-Revolution“ von 1978 bedeutet, die „Unumkehrbarkeit der sozialistischen Weltrevolution“ in Frage gestellt und damit einen erheblichen Gesichtsverlust für die Sowjetunion mit sich gebracht.¹⁹² Außenminister Genscher versuchte außer-

¹⁸⁸ Vgl. Drahtbericht Nr. 119 des deutschen Botschafters in Islamabad, Scheske, an das Auswärtige Amt vom 30.01.1980, Betr.: Außerordentliche Islamische Außenministerkonferenz, 27.01.–29.01.1980 in Islamabad, in: PA-AA, Ref. 340 (Zwischenarchiv), Bd. 113188. Vgl. dazu auch Schöne, *Islamische Solidarität*, S. 198–204.

¹⁸⁹ Vgl. Vermerk des Ref. 211 des Bundeskanzleramts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Zeller, vom 21.02.1980, Betr.: Elemente für ein Gespräch über die britische Stellung in Westeuropa, hier: EPZ-crisis management und EG, in: BArch, B 136/17114.

¹⁹⁰ Vgl. Letter from Secretary of State, Lord Carrington, to Prime Minister, February 1st 1980, Subject: Afghanistan, The next steps, in: TNA, FCO 28/4001. Zur britischen Haltung vgl. auch Gabriella Grasselli, *British and American Responses to the Soviet Invasion of Afghanistan*, Aldershot u. a. 1996, S. 65–119, und Richard Smith, *The UK Response to the Soviet Invasion of Afghanistan. Proposals for a Neutral and Non-Aligned Afghanistan, 1980–1981*, in: *Cambridge Review of International Affairs*, 26/2 (2013), S. 355–373, hier: S. 359–362.

¹⁹¹ Vgl. Vermerk des Auswärtigen Amts vom 29.02.1980, Betr.: Neuner-Positionen zu einem „neutralen Afghanistan“, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113036, und Aufzeichnung des Auswärtigen Amts vom 03.03.1980, Betr.: „Neutrales Afghanistan“, Sachstand, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113036.

¹⁹² Vgl. Schreiben des Leiters des Planungsstabes des Auswärtigen Amts, Hansen, an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher vom 17.02.1980, Betr.: Briti-

dem deutlich zu machen, dass der Begriff „Neutralisierung“ unbedingt vermieden werden müsse.¹⁹³ Er erwecke den Eindruck, als wollten die Westeuropäer den Staaten der „Dritten Welt“ eine Lösung aufzwingen. Durch einen solch imperialistischen Beigeschmack verspiele der Westen innerhalb kürzester Zeit deren gerade erst gewonnenes Wohlbefinden. Ziel sei die selbstgewählte Blockfreiheit Afghanistans. Trotz dieser Meinungsunterschiede im Detail ist unübersehbar, wie intensiv FCO und Auswärtiges Amt auf der Suche nach einem gemeinsamen Lösungsvorschlag zusammenarbeiteten, noch *bevor* die EPZ mit dem Thema befasst wurde.¹⁹⁴ Zu diesem konstruktiven Arbeitsklima trug nicht zuletzt das gute persönliche Vertrauensverhältnis zwischen den beiden Außenministerien bei. Sir Michael Palliser, Permanent Under-Secretary of State and Head of the Diplomatic Service, äußerte sich in einem Schreiben an seine Kollegen im FCO geradezu überschwänglich über das kompetente und sympathische Auftreten von Staatssekretär van Well.¹⁹⁵ Ähnlich positiv fiel das Urteil des britischen Botschafters Wright über Staatssekretär von Staden aus.¹⁹⁶

Am 19. Februar gelang es den Außenministern der Neun, auf einer Tagung in Rom eine gemeinsame Erklärung zu verabschieden, in welcher sie den Wunsch äußerten, „Wege und Möglichkeiten zu finden, welche die Herstellung einer Lage in Afghanistan ermöglichen, die der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14. Januar 1980 entspricht“. Man wolle konstruktive Möglichkeiten zur Überwindung der Krise erarbeiten.¹⁹⁷ Intensiv beratschlagten FCO und Auswärtiges Amt nun, wie Frankreich davon überzeugt werden könne, im Rahmen der EPZ daran mitzuwirken, den britischen Vorschlag zu konkretisieren. Recht frustriert erzählte Außenminister Carrington einige Tage später

scher Plan, eine „Neutralisierung“ Afghanistans vorzuschlagen, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113036, und Note du Ministère des affaires étrangères, le 22 février 1980, Objet: Comparaison des circonstances qui ont entraîné la signature de traités de neutralité ou de non agression impliquant l'URSS avec les données de l'affaire afghane, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1973.

¹⁹³ Vgl. Letter from Palliser, Under-Secretary of State and Head of the Diplomatic Service, to Private Secretary, Alexander, February 22nd 1980, Subject: Visit of State Secretary van Well, in: TNA, FCO 37/2263.

¹⁹⁴ Zu den sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland vgl. Quinlan, Michael, „The Silent Alliance“. UK/FRG Defence Relationships, 1968–89, in: Manfred Görtemaker (Hrsg.), Britain and Germany in the Twentieth Century, Oxford/New York 2006, S. 185–196; Beatrice Heuser, Partners in NATO: Britain, Germany and the „Nuclear Issue“, in: Ebd., S. 145–183; Simon Ball, British Defence Policy, in: Addison/Jones, A Companion to Contemporary Britain, S. 539–555, und Günther Heydemann, Großbritannien und Deutschland: Probleme einer „stillen Allianz“ in Europa, in: Kastendiek/Rohe/Volle, Länderbericht Großbritannien, S. 363–373.

¹⁹⁵ Vgl. Letter from Palliser, Permanent Under-Secretary of State and Head of the Diplomatic Service, February 22nd 1980, Subject: Visit of State Secretary van Well, in: TNA, FCO 37/2263.

¹⁹⁶ Vgl. Telegram No. 139 from the British Ambassador at Bonn, Wright, to the FCO, February 8th 1980, Subject: Afghanistan, FRG views, in: TNA, FCO 37/2263.

¹⁹⁷ Vgl. Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 03.03.1980, Betr.: „Neutrales Afghanistan“, Sachstand, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113036.

Genscher am Telefon, dass der französische Kollege François-Poncet den britischen Vorschlag als zu wenig substanziell verworfen habe. Genscher äußerte daraufhin die Vermutung, dass die Ablehnung wohl direkt von Giscard komme, der die Initiative allein deshalb zurückweise, weil diese nicht aus Frankreich komme. Er selbst sei schon überrascht gewesen, dass sich Paris überhaupt an der Gemeinsamen Erklärung von Rom beteiligt habe. Als Geste gegenüber Frankreich empfahl Genscher ein trilaterales Treffen auf der Ebene der Politischen Direktoren im Vorfeld des nächsten EPZ-Treffens.¹⁹⁸ Klaus Blech, Leiter der Politischen Abteilung 2 im Auswärtigen Amt, äußerte sich gegenüber dem Leiter des „East European and Soviet Department“ des FCO, Sir Julian Bullard, allerdings skeptisch, ob eine solche Zusammenkunft angesichts der klaren Haltung der Franzosen wirklich gewinnbringend sein würde – er sollte Recht behalten.¹⁹⁹ Als Großbritannien seinen Neutralitätsvorschlag Ende Februar in die zuständige „Arbeitsgruppe Asien“ der EPZ (Asia Working Group) einbrachte,²⁰⁰ zog Frankreich die Sinnhaftigkeit eines gemeinsamen Neuner-Papiers grundsätzlich in Zweifel und pochte auf eine souveräne, eigenständige und unabhängige Außenpolitik, die sich nicht in das Korsett eines gemeinsamen EPZ-Papiers zwängen lasse.²⁰¹ So spiegelte das Pariser Verhalten beispielhaft die britisch-französischen Differenzen der späten siebziger und frühen achtziger Jahre wider, die weniger den konkreten Fragen der Afghanistan-Krise, sondern vielmehr den Streitigkeiten um den EG-Haushalt geschuldet waren.²⁰²

¹⁹⁸ Vgl. Letter from Lever, FCO, to Private Secretary, Maitland, February 27th 1980, Subject: Afghanistan, Neutrality, in: TNA, FCO 98/898. Auch van Well sicherte Palliser und Maitland ausdrücklich zu, sich gegenüber Paris für ein trilaterales Treffen einzusetzen, um eine entsprechende Neuner-Erklärung gemeinsam vorzubereiten. Vgl. Letter from Palliser, Permanent Under-Secretary of State and Head of the Diplomatic Service, to Private Secretary, February 22nd 1980, Subject: Visit of State Secretary van Well, in: TNA, FCO 37/2263, und Note of the FCO, February 21st 1980, Subject: Record of a conversation between the Permanent Under-Secretary of State and the State Secretary in the FRG Foreign Ministry held in the Foreign and Commonwealth Office, in: TNA, FCO 37/2264. Vgl. dazu auch Smith, *The UK Response to the Soviet Invasion of Afghanistan*, S. 362f.

¹⁹⁹ Letter from Bullard, Head of Eastern European and Soviet Department of the FCO, to Private Secretary, February 28th 1980, Subject: Afghanistan, Neutrality, in: TNA, FCO 98/898.

²⁰⁰ Vgl. Schreiben des Leiters des Planungsstabes an StS van Well und Bundesminister Genscher vom 17.02.1980, Betr.: Britischer Plan, eine „Neutralisierung“ Afghanistans vorzuschlagen, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113036. Die Asia Working Group war auf Basis einer Erklärung der EG-Außenminister vom 19.02.1980 in Rom gebildet worden. Dort hatten die Neun den Wunsch geäußert, „Wege und Möglichkeiten zu finden, welche die Herstellung einer Lage in Afghanistan ermöglichen, die der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14. Januar 1980 entspricht“. Man wolle konstruktive Möglichkeiten zur Überwindung der Krise erarbeiten. Vgl. Aufzeichnung des Auswärtigen Amts vom 03.03.1980, Betr.: „Neutrales Afghanistan“, Sachstand, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113036.

²⁰¹ Vgl. Runderlass des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Stabreit, vom 21.02.1980, Betr.: EPZ, hier: 93. PK am 12./13.02. und 37. Ministertreffen am 19.02. in Rom, in: AAPD 1980, Dok. 57, S. 326–330.

²⁰² Vgl. dazu beispielsweise Sharp, *Thatcher's Diplomacy*, S. 20–38, und Burk, *The British Isles*, S. 170–173.

Durch den Widerstand Frankreichs gelang es nicht, ein gemeinsames EPZ-Papier zu verabschieden. Inhaltlich konnte man sich lediglich auf folgende Elemente einigen:²⁰³ Der Begriff „Neutralisierung“ müsse – wie von Genscher angemahnt – vermieden werden.²⁰⁴ Stattdessen solle für die „Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Blockfreiheit Afghanistans“ geworben werden. Kabul selbst müsse seine Absicht erklären, eine solche Politik der Unabhängigkeit und der guten Beziehungen zu allen Nachbarstaaten führen zu wollen. Wesentliche Voraussetzung hierfür sei das Bestehen einer repräsentativen afghanischen Regierung „auf Grundlage der vorhandenen sozialen Strukturen“. Freie, demokratische Wahlen wären also nicht zwingend erforderlich, wenn nur gesichert sei, dass oppositionelle Kräfte in die Regierung einbezogen würden. Der Vorschlag von Garantieerklärungen und die Forderung nach Truppenrückzug wurden beibehalten. Um dem französischen Verlangen nach einer souveränen, unabhängigen Politik entgegenzukommen, sollten diese grundlegenden Ziele der Europäer nicht von der EG-Ratspräsidentschaft,²⁰⁵ sondern von jedem Land selbstständig in bilateralen Gesprächen mit Moskau vertreten werden.²⁰⁶

Frankreich setzte alles daran, um weiterhin sein Desinteresse an einer einheitlichen europäischen Haltung zu demonstrieren.²⁰⁷ Schon im Januar hatte Giscard in einem Fernsehinterview eine internationale Afghanistan-Konferenz unter Vor-

²⁰³ Vgl. zum Folgenden Aufzeichnung des Auswärtigen Amts vom 03.03.1980, Betr.: „Neutrales Afghanistan“, Sachstand, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113036; Schreiben der Abt. 3 des Auswärtigen Amts an Staatssekretär van Well vom 10.03.1980, Betr.: Neutrales Afghanistan, hier: Harmonisierung unserer Gesprächsführung, in: PA-AA, B 32, Ref. 204 (Zwischenarchiv), Bd. 115943, und Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Steger, an den Beauftragten für Asienpolitik, Ministerialdirigent Petersen, und das Ref. 012 des Auswärtigen Amts vom 31.03.1980, Betr.: Ortex über Lösungsvorschlag der Neun „Neutrales und blockfreies Afghanistan“, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113030.

²⁰⁴ Insgesamt zeigte sich das Auswärtige Amt recht zufrieden, dass die deutschen Bedenken in den EPZ-Diskussionen angemessen berücksichtigt worden waren. Vgl. Schreiben des Leiters der Abt. 3 des Auswärtigen Amts, Meyer-Landrut, an Staatssekretär van Well vom 10.03.1980, Betr.: Neutrales Afghanistan, hier: Harmonisierung unserer Gesprächsführung, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113036.

²⁰⁵ Ursprünglich hatten FCO und Auswärtiges Amt angedacht, dass Italien in seiner Funktion als EG-Ratspräsident das gemeinsame EPZ-Papier der Sowjetunion unterbreiten sollte. Vgl. Record of a meeting between the Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs, Lord Carrington, and the FRG Minister for Foreign Affairs, Genscher, on February 27th 1980, in: TNA, FCO 98/898.

²⁰⁶ Vgl. Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Steger, an den Beauftragten für Asienpolitik, Ministerialdirigent Petersen, und das Ref. 012 des Auswärtigen Amts vom 31.03.1980, Betr.: Ortex über Lösungsvorschlag der Neun „Neutrales und blockfreies Afghanistan“, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113030.

²⁰⁷ Vgl. Letter from the British Ambassador at Paris, Hibbert, to the FCO, April 9th 1980, in: TNA, FCO 37/2274; Letter from Bullard, Head of Eastern European and Soviet Department of the FCO, April 15th 1980, Subject: Tripartite consultations: Afghanistan, in: TNA, FCO 37/2275, und Schreiben des Beauftragten für Asienpolitik des Auswärtigen Amts, Petersen, an Ministerialdirektor Blech und Ministerialdirektor Meyer-Landrut vom 21.04.1980, Betr.: Nächste Sitzung des PK im Rahmen der EPZ, hier: Bericht über die letzte Sitzung der Asien-Arbeitsgruppe am 14./15.04.1980 in Rom, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113036.

sitz der Vereinten Nationen vorgeschlagen, was zu allgemeiner Irritation der Verbündeten führte. Das FCO war erst wenige Stunden vor Ausstrahlung der Sendung vom französischen Botschafter darüber unterrichtet worden und wandte sich postwendend an das Auswärtige Amt, um mehr über diese Initiative zu erfahren. Dort hörte man jedoch zum ersten Mal davon. Weder Klaus Blech, Günther van Well, Otto von der Gablentz noch die deutsche Botschaft in Paris waren informiert worden. Dies sei umso erstaunlicher, so Blech, als er am selben Tag ein Gespräch mit Robin geführt, dieser das Interview aber mit keiner Silbe erwähnt habe. Das Auswärtige Amt reagierte relativ gelassen auf diesen Vorfall, da man das Vorgehen Giscard als taktisches Manöver im laufenden Präsidentschaftswahlkampf deutete.²⁰⁸

Diese Episode unterstrich ebenso wie das sprunghafte, unkooperative Verhalten Frankreichs in NATO und EPZ die Absicht Giscard, die Sonderrolle Frankreichs im westlichen Bündnis und die „privilegierten“ französisch-sowjetischen Beziehungen zu betonen. Insofern war es nur folgerichtig, dass er sich im Frühjahr 1980 erfolgreich um High-Level-Kontakte mit der Sowjetunion bemühte. Ende April besuchte Gromyko Paris und wenige Wochen später traf Giscard als erster westlicher Staatschef nach der Afghanistan-Invasion mit Breschnew in Warschau zu einem Gipfeltreffen zusammen.²⁰⁹ Giscard sprach sich dort für die Aufrechterhaltung des Ost-West-Dialogs aus und versuchte zugleich seine eigene Bedeutung für die Fortsetzung der Entspannungspolitik zu demonstrieren. Parallel verweigerte sich Paris weiter jeder Kooperation im Rahmen der EPZ. Daran konnten auch diverse deutsch-britische Bemühungen, durch trilaterale Treffen eine Einigung zu erreichen, nichts ändern.²¹⁰

Die französische Haltung war somit den Grundlinien der Pariser Außen- und Sicherheitspolitik ebenso wie wahltaktischen Überlegungen geschuldet. Letzteres hatte Giscard mit Helmut Schmidt gemein. Wie von Staden seinem britischen Kollegen Wright unumwunden mitteilte, sei es für den Kanzler in der derzeitigen Lage äußerst schwierig, Sicherheits- und Entspannungspolitik in Einklang zu halten und die Unterstützung seiner eigenen Partei für diesen Kurs zu erhalten. Dies

²⁰⁸ Vgl. Letter from Godall, FCO, to Head of Chancery, January 28th 1980, Subject: President Giscard's proposal for an international conference on Afghanistan, in: TNA, FCO 33/4771, und Letter from Private Secretary, Alexander, to Francis Richards, FCO, February 2nd 1980, Subject: President Giscard's proposal for an international conference on Afghanistan, in: TNA, PREM 19/387.

²⁰⁹ Vgl. Aufzeichnung des Ref. 213 des Auswärtigen Amts, Betr.: Treffen Breschnew/Giscard in Warschau, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133139, und Telegram No. 225 from the Secretary of State, Carrington, to the British Embassy at Paris, Subject: Giscard/Brezhnev meeting, in: TNA, FCO 28/4005.

²¹⁰ Die Differenzen hielten auch im April 1980 weiter an. Vgl. Letter from Bullard, Head of Eastern European and Soviet Department of the FCO, to Maitland, Private Secretary, April 15th 1980, Subject: Tripartite consultations: Afghanistan, in: TNA, FCO 37/2275; Vermerk des Auswärtigen Amts vom 15. 04. 1980, Betr.: Informelles Treffen des Leiters der Abt. 2, Ministerialdirektor Blech, mit den Politischen Direktoren des Quai d'Orsay und des FCO am 14. 04. 1980, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113033, und Telegram No. 284 from the British Ambassador at Paris, Hibbert, to the FCO, March 11th 1980, Subject: French contacts with Moscow, in: TNA, FCO 28/4020.

sei gerade in einem Wahljahr eine äußerst prekäre Situation. Aufgrund der harten Haltung Carters gegenüber Moskau und der instinktiven britischen Anlehnung an die USA sei in Schmidts innenpolitischem Kalkül kein Platz für Großbritannien.²¹¹ Stattdessen suchte der Bundeskanzler Unterstützung in Paris. Während Schmidt und Giscard so ihre deutsch-französische Männerfreundschaft inszenierten²¹² und London mehr oder weniger ignorierten, entwickelten sich auf Ebene der Außenministerien politisch und persönlich intensive deutsch-britische Beziehungen.

Im Frühjahr 1980 waren die Konsultationen zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik von weiteren Diskussionen über die Konkretisierung des Neutralitäts-Plans geprägt. Auswärtiges Amt und FCO tauschten sich darüber aus, welche Erfahrungen sie bei der Unterbreitung des Vorschlags in Moskau gemacht hatten. Schnell wurde deutlich, dass die Frage der Garantieerklärungen und der konkrete Zeitplan die Hauptprobleme darstellten.²¹³ Moskau misstraute amerikanischen Deklarationen und Carter bestand darauf, dass Breschnew zuerst seine Truppen zurückziehen müsse, bevor Amerika irgendwelche Erklärungen unterschreibe.²¹⁴ Die westliche Diplomatie schien damit weiter denn je von einer politischen Lösung des Afghanistan-Konflikts entfernt zu sein. Um aus dieser Sackgasse zu entkommen, verlegte sich Genscher deshalb Ende März auf eine für ihn typische Taktik.²¹⁵ Er plädierte dafür, zunächst von weiteren prozeduralen Präzisionen des Plans abzusehen, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich

²¹¹ Vgl. Telegram No. 139 from the British Ambassador at Bonn, Wright, to the FCO, February 8th 1980, Subject: Afghanistan, FRG views, in: TNA, FCO 37/2263, und Telegram No. 136 from the British Ambassador at Bonn, Wright, to the FCO, February 8th 1980, Subject: Afghanistan, FRG views, in: TNA, FCO 37/2263.

²¹² Vgl. Waechter, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing.

²¹³ Das FCO berichtete dem Auswärtigen Amt über seine Gespräche mit Moskau. Vgl. Letter from Fell, FCO, to Lavers, South Asian Department of the FCO, March 5th 1980, Subject: Afghanistan, Neutral Proposal, in: TNA, FCO 28/4019. Umgekehrt berichtete Klaus Blech dem FCO über die deutschen Gespräche mit Moskau. Vgl. Telegram No. 215 from British Ambassador at Bonn, Wright, to the FCO, March 4th 1980, Subject: Afghanistan, Neutral Proposal, in: TNA, FCO 98/899.

²¹⁴ Vgl. Schreiben des Ständigen Vertreters bei der NATO in Brüssel, Pauls, an das Auswärtige Amt vom 27.03.1980, Betr.: Vorschlag der Neun zur Neutralisierung Afghanistans, hier: Diskussion im NATO-Rat am 26.03.1980, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133202. Allerdings lehnte Moskau den europäischen Vorschlag in einer diplomatischen Form ab, welche die Möglichkeit weiterer Verhandlungen offenhielt. Vgl. Schreiben des Leiters der Abt. 3 im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Meyer-Landrut, an Staatssekretär van Well vom 10.03.1980, Betr.: Neutrales Afghanistan, hier: Harmonisierung unserer Gesprächsführung, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113036.

²¹⁵ Vgl. dazu Schreiben des Beauftragten für Asienpolitik des Auswärtigen Amts, Ministerialdirigent Petersen, an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher vom 27.03.1980, Betr.: Afghanistan-Krise, hier: Britischer Plan für ein neutrales und blockfreies Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113036, und Schreiben des Leiters des Ref. 340 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirigent Steger, an den Beauftragten für Asienpolitik des Auswärtigen Amts, Ministerialdirigent Petersen, und Ref. 012 des Auswärtigen Amts vom 31.03.1980, Betr.: Ortex über Lösungsvorschlag der Neun „Neutrales und blockfreies Afghanistan“, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113030.

für alternative Vorschläge flexibel zu zeigen. Auf jeden Fall müsse verhindert werden, dass der EPZ-Plan zu einem Vorschlag der NATO werde.²¹⁶ Für diese dilatorische Strategie erhielt Genscher erwartungsgemäß Unterstützung aus Paris. Auch der französische Botschafter in Bonn, Robin, plädierte wiederholt gegen eine weitere Konkretisierung des britischen Konzepts.²¹⁷

Genscher setzte sich dafür ein, zunächst in der „Dritten Welt“ für die prinzipielle Idee der Blockfreiheit Afghanistans zu werben. Wenn es gelänge, dass der Neutralitätsplan nicht nur von den Europäern, sondern auch von den Blockfreien Staaten an Moskau herangetragen werde, steige der Druck auf den Kreml. Zugleich sei es für Breschnew dadurch leichter, dem Vorschlag zuzustimmen, ohne sein Gesicht zu verlieren.²¹⁸ Genscher versuchte, auf diese Weise die Blockfreien als aktiven Spieler auf die Bühne der internationalen Politik zu ziehen. Schon am 28. Dezember 1979 hatte Staatssekretär van Well die Botschafter Pakistans, Indiens und Chinas konsultiert, also derjenigen Länder des „arc of crisis“, denen Genscher eine Schlüsselrolle für eine friedliche Konfliktlösung beimaß.²¹⁹ Zudem nahm die Bundesregierung zur Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) Kontakt auf.²²⁰ Dies schien umso erfolversprechender, als deren Mitglieder (mit Ausnahme der Türkei als NATO-Mitglied) alle der Blockfreien-Bewegung angehörten. Wenn die OIC, zu der auch der Iran und Pakistan zählten, von den Vorschlägen der EPZ hätten überzeugt werden können, wäre dies zweifellos ein großer Erfolg gewesen. Auch Großbritannien setzte sich auf einem EPZ-Treffen Ende April dafür ein, bei den islamischen und ungebundenen Staaten für den Neutralitäts-Plan zu werben, um den Druck auf Moskau aufrechtzuerhalten.²²¹

²¹⁶ Vgl. Schreiben des Ständigen Vertreters bei der NATO in Brüssel, Pauls, an das Auswärtige Amt vom 27. 03. 1980, Betr.: Vorschlag der Neun zur Neutralisierung Afghanistans, hier: Diskussion im NATO-Rat am 26. 03. 1980, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133202, und Note of the Eastern European and Soviet Department of the FCO, February 25th 1980, Subject: Secretary of State's visit to Bonn, February 26th 1980, in: TNA, FCO 28/4003.

²¹⁷ Vgl. Bordereau collectif No. 76 le 10 mars 1980, Objet: Réunion des Directeurs politiques français et allemand à Paris le 25 février 1980, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1973, und Letter from the British Ambassador at Paris, Hibbert, April 9th 1980, Subject: Gespräch mit M. Robin, in: TNA, FCO 37/2274.

²¹⁸ Schreiben des Beauftragten für Asienpolitik des Auswärtigen Amts, Ministerialdirigent Petersen, an Staatssekretär van Well vom 10. 03. 1980, Betr.: Neutrales Afghanistan, hier: Harmonisierung unserer Gesprächsführung, in: PA-AA, B 32, Ref. 204 (Zwischenarchiv), Bd. 115943, und Runderlass des Leiters der Abt. 3, Ministerialdirektor Meyer-Landrut, vom 11. 03. 1980, Betr.: Neutrales und blockfreies Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113036.

²¹⁹ Vgl. Vermerk des Ref. 340 des Auswärtigen Amts, Hehenberger, vom 29. 12. 1979, Betr.: Gespräche des Staatssekretärs van Well am 28. 12. 1979 mit den Botschaftern von Pakistan, Indien, China und Bangladesch, je einzeln, wegen des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 110427.

²²⁰ Vgl. Drahterlass des Leiters der Abt. 3 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Meyer-Landrut, vom 03. 07. 1980, Betr.: Besuch des Bundeskanzlers und Bundesministers in Moskau, 30. 06.-01. 07. 1980, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113033.

²²¹ Vgl. Letter from Coper, FCO, to White, Head of the South Asian Department, April 24th 1980, Subject: European Political Cooperation: Political Committee, Rome, April 23rd 1980: Afghanistan, in: TNA, FCO 98/896.

Tatsächlich schien Mitte Mai Bewegung in die Verhandlungen zu kommen. Der Neuner-Vorschlag war von den Ländern der „Dritten Welt“ mit Interesse aufgenommen worden,²²² und die Regierung Karmal veröffentlichte am 14. Mai 1980 ein Sieben-Punkte-Programm,²²³ das wenig später von Moskau befürwortet wurde.²²⁴ Darin erläuterte Kabul seine Vorstellungen von einer friedlichen Beilegung des Konflikts. Eine Normalisierung der Lage könne durch bilaterale Verträge Afghanistans mit dem Iran und Pakistan erreicht werden, die wiederum von den Supermächten garantiert werden sollten. Anschließend könne über einen Rückzug der sowjetischen Truppen verhandelt werden. Grundsätzlich sei eine politische Lösung nur unter Teilnahme der afghanischen Regierung möglich – Kabul zielte also offensichtlich auf die diplomatische Anerkennung des Karmal-Regimes.

Zur selben Zeit verabschiedeten die Staaten des Ostblocks auf einer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes am 14./15. Mai 1980 eine Erklärung, in welcher sie die Einberufung einer Gipfelkonferenz „zwischen den führenden Repräsentanten von Staaten aller Regionen der Welt“²²⁵ vorschlugen. Darüber hinaus erklärte die Sowjetunion ihre Bereitschaft, mit dem Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan zu beginnen – vorausgesetzt die „Einmischung von außen“ werde beendet.²²⁶ Die sowjetische Erklärung war in Bonn mit Spannung erwartet worden, zumal die deutschen Diplomaten zwei Wochen zuvor noch geglaubt hatten, erste Anzeichen erkennen zu können, wonach Moskau die politische Isolation überwinden und zum Dialog zurückkehren wolle.²²⁷ Dies schien sich zu bestätigen, als Breschnew am 21. Juni über die staatliche Nachrich-

²²² Schreiben des Beauftragten für Asienpolitik des Auswärtigen Amts, Ministerialdirigent Petersen, an den Leiter der Abt. 3, Ministerialdirektor Meyer-Landrut, und den Leiter der Abt. 2, Ministerialdirektor Blech, vom 21. 04. 1980, Betr.: Nächste Sitzung des PK im Rahmen der EPZ, hier: Bericht über die letzte Sitzung der Asien-Arbeitsgruppe am 14./15. 04. 1980 in Rom, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113036.

²²³ Zum Wortlaut vgl. Erklärung der afghanischen Regierung zur Außenpolitik vom 14. 05. 1980 (gekürzt), in: Europa-Archiv 1980, S. D496–498.

²²⁴ Vgl. Schreiben der deutschen Botschaft in Moskau, Huber, an das Auswärtige Amt vom 27. 05. 1980, Betr.: 25. Jahrestag des Warschauer Paktes, hier: Rede Rusakows am 21. 05. 1980 zu außenpolitischen Positionen der Sowjetunion, in: PA-AA, B 14, Ref. 201 (Zwischenarchiv), Bd. 120116.

²²⁵ Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages vom 15. 05. 1980, in: Europa-Archiv 1980, S. D321.

²²⁶ Vgl. Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages vom 15. 05. 1980, in: Europa-Archiv 1980, S. D321–334, hier: S. D330.

²²⁷ Schreiben des Leiters des Ref. 213 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot, an Staatssekretär van Well vom 29. 04. 1980, Betr.: Rückkehr sowjetischer Diplomatie zum Ost-West-Dialog, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133139. Das FCO war bezüglich der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft von Beginn an skeptischer und machte gegenüber Moskau keinen Hehl aus seiner Enttäuschung. Vgl. Letter from Sir Curtis Keeble, FCO, to Mallaby, Eastern European and Soviet Department of the FCO, April 30th 1980, Subject: Afghanistan, in: TNA, FCO 28/4005, und Telegram No. 318 of the British Embassy at Moscow, Turner, to the FCO, May 13th 1980, Subject: Approach to USSR about Afghanistan, in: TNA, FCO 28/4005.

tenagentur TASS einen Teilabzug der sowjetischen Truppen ankündigte.²²⁸ Auch in den bilateralen Gesprächen mit Genscher beteuerten die sowjetischen Vertreter wiederholt ihr ernsthaftes Interesse an einem baldigen Rückzug aus Afghanistan.²²⁹ Ähnlich erging es Außenminister Carrington in seinen Gesprächen mit Gromyko.²³⁰ Die Bundesregierung kam jedoch – gemeinsam mit ihren britischen und französischen Partnern – zu dem Schluss, dass es sich bei den Beteuerungen der sowjetischen Vertreter um ein Propagandamanöver Moskaus handeln musste.²³¹ Zum einen, weil das afghanisch-sowjetische Angebot keine neuen Elemente enthielt, die ernsthafte Fortschritte in den Verhandlungen hätten erwarten lassen. Zum anderen war der Zeitpunkt für eine solche Initiative vom Kreml auffallend geschickt gewählt worden. Der Weltwirtschaftsgipfel der G7 in Venedig,²³² auf dem auch über Afghanistan beraten werden sollte, stand unmittelbar bevor, eine Woche später würden Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher zum Staatsbesuch in Moskau eintreffen und in vier Wochen sollten die so stark umstrittenen Olympischen Sommerspiele beginnen. Das deutsch-sowjetische Gipfeltreffen Ende Juni 1980 brachte denn auch keinen Durchbruch in der Afghanistan-

²²⁸ Vgl. Schreiben des Leiters des Ref. 213 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot, an Ministerialdirigenten Lücking und Ref. 011 vom 24. 06. 1980, Betr.: Kabinettsitzung 25. Juni, TOP 3 „Internationale Lage“, hier: Ankündigung sowjetischen Teilrückzugs aus Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113033. Dort findet sich auch der Wortlaut der TASS-Erklärung: „Laut Mitteilung des Oberkommandos der in Afghanistan befindlichen sowjetischen Truppenkontingente werden in diesen Tagen im Benehmen mit der afghanischen Regierung einige Truppeneinheiten, deren Verbleib in Afghanistan zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht notwendig ist, auf das Territorium der UdSSR zurückgezogen.“

²²⁹ Vgl. Fernschreiben Nr. 2612 des deutschen Botschafters in Moskau, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 13. 06. 1980, Betr.: Gespräch mit dem stv. Abteilungsleiter im ZK, Falin, am 11. 06. 1980, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133133, und Letter from Fell, FCO, to Broucher, East European and Soviet Department of the FCO, June 17th 1980, Subject: Soviet/German exchange on Afghanistan, in: TNA, FCO 28/4006.

²³⁰ Vgl. Telegram No. 117 from the British Embassy at Vienna, Gordon, to the FCO, May 17th 1980, Subject: Secretary of State's meeting with Mr Gromyko, in: TNA, FCO 37/2255.

²³¹ Vgl. Schreiben des Leiters des Ref. 213 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot, an Ministerialdirigenten Lücking und Ref. 011 vom 24. 06. 1980, Betr.: Kabinettsitzung 25. Juni, TOP 3 „Internationale Lage“, hier: Ankündigung sowjetischen Teilrückzugs aus Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113033; Letter from Sir Curtis Keeble, FCO, to Bullard, Head of Eastern European and Soviet Department of the FCO, June 25th 1980, Subject: Afghanistan troop withdrawal, in: TNA, FCO 37/2259; Schreiben des deutschen Botschafters in Moskau, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 10. 06. 1980, Betr.: Besuch des Bundeskanzlers und des Bundesministers in Moskau, Beiträge zur Gesprächsmappe, hier: deutsch-sowjetische Beziehungen, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113037; Aufzeichnung des Auswärtigen Amts vom 30. 06. 1980, Betr.: Deutsch-sowjetisches Regierungsgespräch in Moskau, in: AAPD 1980, Dok. 192, S. 1016–1033, und Bordereau collectif No. 58 le 20 mai 1980, Objet: Crise afghane, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1965.

²³² Zur Erklärung der G7 zum Afghanistan-Konflikt vgl. Wirtschaftsgipfelkonferenz in Venedig am 22./23. 06. 1980, in: Archiv der Gegenwart 50 (1980), S. 23653–23657, hier: S. 23656.

Frage.²³³ Stattdessen setzte durch die Wiederholung der immer gleichen Argumente eine Ritualisierung der Gespräche ein, die in den Folgejahren anhielt.²³⁴ Angesichts dieser Blockadehaltung der Sowjetunion richtete die Bundesregierung ihre Aufmerksamkeit mehr und mehr auf die Krisenregion selbst.

Stabilisierung der Instabilität: Pakistan, der islamistische Widerstand und das Engagement der Bundesregierung im „arc of crisis“

Die langfristige politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Stabilisierung der gesamten Krisenregion im Mittleren Osten war ein wesentlicher Eckpunkt der veränderten entspannungspolitischen Strategie der Bundesregierung zur Absicherung Europas vor einem „Zweiten Kalten Krieg“. ²³⁵ Dieser „arc of crisis“ umfasste die unmittelbaren Nachbarstaaten Iran und Pakistan wie auch die einflussreichen Regionalmächte Indien, China und die Golfstaaten. Die dafür notwendigen politischen Kontakte und Konsultationen mit den betreffenden Staaten waren bislang sträflich vernachlässigt worden. Teheran fiel als strategischer Partner in der Region aus, zu belastet waren die Beziehungen durch die iranisch-amerikanische Krise um die Geiselnahme von US-Botschaftsangehörigen.²³⁶ Um die Beziehungen zu den Golfstaaten zu stärken, brachten die bundesdeutschen Vertreter beim Treffen der EPZ am 15. Januar 1980 eine Initiative ein, die ein Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den arabischen Golfstaaten vorschlug. Pate stand hierbei die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Ende der sechziger Jahre gegründeten Organisation südostasiatischer Staaten (ASEAN).²³⁷

²³³ Vgl. dazu Aufzeichnung des Auswärtigen Amts vom 30. 06. 1980, Betr.: Deutsch-sowjetisches Regierungsgespräch in Moskau, in: AAPD 1980, Dok. 192, S. 1016–1033.

²³⁴ Vgl. dazu die Gespräche Genschers mit Breschnew, Gromyko und Botschafter Semjonow: Aufzeichnung des Auswärtigen Amts vom 24. 09. 1980, Betr.: Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in New York, in: AAPD 1980, Dok. 281, S. 1445–1454; Schreiben des Ref. 02 des Auswärtigen Amts, Kapitän zur See Maurer, an den Leiter des Planungsstabes, Ministerialdirektor Hansen, vom 05. 11. 1980, Betr.: Gespräch mit dem 1. Sekretär der Botschaft der UdSSR, Piskowoj, in Bonn am 03. 11. 1980, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178819, und Vermerk des Leiters des Ministerbüros des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Wallau, vom 26. 08. 1981, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Semjonow am 26. 08. 1981, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178844. 1982 schien die Diplomatie mit dem Beginn der Genfer Verhandlungen unter UN-Aufsicht eine neue Chance zu ergreifen, eine Einigung wurde allerdings erst 1988 erzielt. Vgl. dazu auch Braun/Ziem, Afghanistan, S. 215–230.

²³⁵ Vgl. zum Folgenden Letter from Lavers, South Asian Department of the FCO, to Private Secretary, Alexander, March 16th 1980, Subject: Afghanistan, German paper, in: TNA, FCO 37/2272.

²³⁶ Den Begriff „arc of crisis“ hatte US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski bereits in seiner Ansprache vor der Foreign Policy Association in New York am 20. 12. 1978 in die öffentliche Diskussion eingeführt. Vgl. Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 41.

²³⁷ Vgl. zum Folgenden Aufzeichnung des Ref. 340 des Auswärtigen Amts vom 12. 02. 1980, Betr.: Politik der Bundesregierung gegenüber den Staaten der Region nach der sowjeti-

Eine Schlüsselrolle für die Stabilisierung der Region kam Pakistan zu, das sich in einer prekären innen- und außenpolitischen Lage befand. Seine Beziehungen zu Moskau waren äußerst gespannt, fühlte sich Islamabad doch seit der kommunistischen Machtübernahme in Kabul 1978, spätestens aber seit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in seiner Existenz gefährdet. Die Regierung Zia-ul-Haqs fürchtete, Breschnew könne auf seinem Weg zu den warmen Meeren den Krieg auf Pakistan ausweiten. Auch das Auswärtige Amt meinte in Belutschistan, der an Afghanistan angrenzenden Provinz im Südwesten Pakistans, Ansätze einer sowjetischen Unterwanderungspolitik feststellen zu können – eine Entwicklung, die die These von Moskaus „Sprung zum Persischen Golf“ zu untermauern schien.²³⁸ An seiner Ostgrenze fühlte sich Pakistan durch Indien und dessen undurchsichtige Beziehungen zur UdSSR latent bedroht.²³⁹ Einerseits hatte Neu-Delhi 1971 einen Freundschaftsvertrag mit Moskau unterzeichnet und auch der Regierung Indira Gandhis schien offensichtlich an guten Beziehungen zum Kreml gelegen zu sein.²⁴⁰ Andererseits konnte Indien kein Interesse an einem weiteren expansionistischen Ausgreifen der Sowjetunion bis an die indische Westgrenze haben. Zu groß war die Sorge, bei einer solchen Entwicklung von den beiden kommunistischen Riesen, Moskau und Peking, erdrückt zu werden.²⁴¹ Auch die Beziehungen Pakistans zu China waren durch die langjährigen Grenzstreitigkeiten und den Konflikt um Kaschmir vorbelastet (vgl. Abb. 12).

Dieses durch gegenseitiges Misstrauen und Einkreisungsängste geprägte Beziehungsgeflecht zwischen Pakistan, Indien und China musste das Auswärtige Amt bei seinem Krisenmanagement berücksichtigen. Das zuständige Referat 340 emp-

schen Intervention in Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113037. Zu Genschers Engagement für den Aufbau institutioneller Dialogstrukturen zwischen der EG und anderen Regionen der Welt vgl. außerdem Wolfgang Wessels, Hans-Dietrich Genscher: Initiator des interregionalen Dialogs – Architekt einer Zivilmacht Europa, in: Lucas, Genscher, Deutschland und Europa, S. 185–200, und Wolfram Kaiser, „Weltordnung der Partnerschaft“: Genschers Ansätze einer westdeutschen Globalpolitik 1974–1982, in: Lucas, Genscher, Deutschland und Europa, S. 201–221.

²³⁸ Vgl. Aufzeichnung des Ref. 340 des Auswärtigen Amts vom 12.02.1980, Betr.: Politik der Bundesregierung gegenüber den Staaten der Region nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113037.

²³⁹ Zu den pakistanisch-indischen Beziehungen vgl. Martin Stimmmler, Machtspiele am Hindukusch. Afghanistan und die indisch-pakistanische Rivalität, in: Sebastian Buciak/Rüdiger von Dehn (Hrsg.), Indien und Pakistan – Atomkräfte im Spannungsfeld regionaler und globaler Veränderungen, Berlin 2010, S. 303–315, und Christian Wagner, Außenpolitik Pakistans zwischen Kaschmir und Afghanistan, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 39 (2007), S. 32–39.

²⁴⁰ 1971 schloss Indien mit der Sowjetunion einen Freundschaftsvertrag ab. Vgl. Klaus Fritsche, Die indisch-pakistanische Rivalität und Zentralasien, Köln 1994, S. 9. Zu den indisch-sowjetischen Beziehungen vgl. auch Dietmar Rothermund, Indien und die Sowjetunion. Historische Perspektiven ihrer Beziehungen, in: Joachim Glaubitz/Dieter Heinzig (Hrsg.), Die Sowjetunion und Asien in den 80er Jahren. Ziele und Grenzen sowjetischer Politik zwischen Indischem Ozean und Pazifik, Baden-Baden 1988, S. 169–184, und Amit Das Gupta, Indiens sicherheitspolitische Wende zwischen 1962 und 1974, in: Buciak/Dehn, Indien und Pakistan, S. 93–118.

²⁴¹ Vgl. K. N. Tennyson, Political Developments in Afghanistan. Implications for India, New Delhi 2012, S. 63–101.

fahl deshalb folgendes Vorgehen:²⁴² Alle Maßnahmen zur politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Stabilisierung Pakistans müssten auch mit Neu-Delhi intensiv diskutiert werden, um keine neuen Bedrohungsängste zu schüren und Indien weiter in die Arme der Sowjetunion zu treiben. Auch die Interessen Chinas gelte es zu berücksichtigen, eine direkte Teilhabe Peking's an den westlichen Beratungen wurde jedoch ausgeschlossen.²⁴³



Abb. 12: Pakistan und seine Nachbarstaaten²⁴⁴

Bereits am 28. Dezember 1979 hatte Staatssekretär van Well die Botschafter Pakistans, Indiens und Chinas konsultiert,²⁴⁵ knapp zwei Wochen später hatte das Auswärtige Amt diplomatische Gespräche mit 29 ungebundenen Staaten des asiati-

²⁴² Vgl. zum Folgenden Aufzeichnung des Ref. 340 des Auswärtigen Amtes vom 12.02. 1980, Betr.: Politik der Bundesregierung gegenüber den Staaten der Region nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113037.

²⁴³ Auch das FCO sprach sich ausdrücklich dafür aus, die Position Chinas im westlichen Krisenmanagement ausreichend zu berücksichtigen. Panagotis Dimitrakis, The Soviet Invasion of Afghanistan. International Reactions, Military Intelligence and British Diplomacy, in: Middle Eastern Studies 48/4 (2012), S. 511–536, hier: S. 519.

²⁴⁴ Die Karte ist abrufbar auf der Homepage des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) Potsdam unter URL: <http://www.mgfa-potsdam.de/html/einsatzunterstuetzung/downloads/pakistan.pdf> (Stand: 13.11.2014).

²⁴⁵ Vgl. Vermerk des Ref. 340 des Auswärtigen Amtes, Hehenberger, vom 29. 12. 1979, Betr.: Gespräche des Staatssekretärs van Well am 28. 12. 1979 mit den Botschaftern von Pakistan, Indien, China und Bangladesch, je einzeln, wegen des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 110427.

schen, arabischen und afrikanischen Raumes aufgenommen.²⁴⁶ Darüber hinaus reiste Staatssekretär Lautenschlager nach Indien, Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff nach Saudi-Arabien und Genscher selbst besuchte Mitte Februar 1980 Islamabad und einen Monat später Neu-Delhi.²⁴⁷ Wie berechtigt die deutsche Sorge um die Rolle Indiens war, zeigen die Schreiben des Botschaftsrats Jürgen Gehl, der Ende Dezember 1979 an Bonn telegraphierte. Neu-Delhi habe zwar seine ablehnende Haltung gegenüber ausländischen Interventionen deutlich gemacht. Hauptthema in der indischen Regierung und Presse sei allerdings die als überstürzt wahrgenommene Reaktion der USA. Eine mögliche Wiederaufnahme amerikanischer Waffenlieferungen an Pakistan war die Hauptsorge des indischen Außenministeriums, denn es sei in der Vergangenheit immer so gewesen, „dass Pakistan die von U[nited] S[tates] für andere Zwecke erworbenen Waffen gegen Indien eingesetzt habe“.²⁴⁸ Auch Hans-Georg Wieck, deutscher Botschafter in Moskau, unterhielt sich mehrfach innerhalb weniger Wochen mit seinen dortigen Kollegen aus Indien und Pakistan. In einem Schreiben an den Bundeskanzler plädierte Wieck dafür, alle diplomatischen Anstrengungen darauf zu richten, die Interessen Indiens und Pakistans „ungeachtet unterschiedlicher gesamtstrategischer Verhältnisse auf den gemeinsamen Nenner zu harmonisieren, die Integrität Pakistans als wichtigstes Ziel bei der Lösung der gegenwärtigen Krise anzuerkennen“.²⁴⁹ Das Auswärtige Amt erkannte in der sowjetischen Invasion auch eine Gelegenheit für Islamabad und Neu-Delhi, sich angesichts der kommunistischen Bedrohung zu einer begrenzten Zusammenarbeit zu überwinden.

Mit seinem diplomatischen Aktionismus rannte Genscher bei seinem britischen Amtskollegen, Lord Carrington, offene Türen ein. Auch Carrington war bereits am 9. Januar 1980 zu einer Reise in die Krisenregion aufgebrochen,²⁵⁰ was

²⁴⁶ Vgl. dazu und zum Folgenden Schreiben der Abt. 3 des Auswärtigen Amts an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher vom 09.01.1980, Betr.: Sowjetische Intervention in Afghanistan, hier: Vorschlag für Vortrag des Bundesministers vor dem Bundessicherheitsrat, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113033.

²⁴⁷ Vgl. Note of the FCO, March 18th 1980, Subject: Record of the conversation between the Secretary of State of the Foreign and Commonwealth Affairs and the Foreign Minister of the Federal Republic of Germany at the Council of Ministers (Foreign Affairs), Brussels, March 18th 1980, in: TNA, FCO 37/2272.

²⁴⁸ Fernschreiben Nr. 1176 der deutschen Botschaft in Neu-Delhi, Botschaftsrat I. Klasse Gehl, an das Auswärtige Amt vom 31. 12. 1979, Betr.: Afghanistan, hier: indische Reaktion, in: BArch, B 136/16584. Vgl. dazu auch Fernschreiben Nr. 1175 der deutschen Botschaft in Neu-Delhi, Botschaftsrat I. Klasse Gehl, an das Auswärtige Amt vom 29. 12. 1979, Betr.: Afghanistan, hier: indische Reaktion, in: BArch, B 136/16584.

²⁴⁹ Aufzeichnung des deutschen Botschafters in Moskau, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 13. 03. 1980, Betr.: Kräftebalance am Persischen Golf, in: AdSD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA006634.

²⁵⁰ Carrington besuchte Ankara, Muscat, Riyad, Islamabad und Neu-Delhi. Vgl. Telegram No. 8 of the British Foreign Minister, Lord Carrington, to the British Embassy at Bonn, January 6th 1980, Subject: My Tour of the Middle East, in: TNA, FCO 28/3996. Am 21. 01. 1980 unterrichtete Carrington die Neun über seine Reise. Vgl. Fernschreiben Nr. 145 der deutschen Botschaft in London an das Auswärtige Amt, Betr.: Reise des britischen Außenministers nach Nah- und Mittelost, Pakistan und Indien, hier: Unterrichtung der Missionschefs der Neun durch Lord Carrington, in: BArch, B 136/29793. Vgl. dazu auch Smith, *The UK Response to the Soviet Invasion of Afghanistan*, S. 356–359.

Bonn²⁵¹ und Paris²⁵² ausdrücklich begrüßten. Zwischen Auswärtigem Amt und FCO begann auf Ebene der Außenminister, Staatssekretäre und Botschafter ein reger Meinungsaustausch, der an die konstruktiven Gespräche über eine mögliche Neutralisierung Afghanistans anknüpfen konnte.²⁵³ Carrington und Genscher erkannten gleichermaßen die Chance für die Europäer, eine gemeinsame Krisenstrategie zur Konsolidierung Pakistans und des Mittleren Ostens zu entwickeln und sich so als eigenständiger Akteur auf internationaler Bühne zu profilieren.²⁵⁴ Dieses Ansinnen wurde dadurch begünstigt, dass Washington als politischer Stabilisierungsanker in der Region weitgehend ausfiel.

Die Ambitionen Großbritanniens gingen freilich noch ein Stück weiter als diejenigen Bonns. Neben den europäischen trat der nationale, postimperiale Impetus: Als ehemalige Kolonialmacht schien London geradezu prädestiniert zu sein, um seine engen Beziehungen zu Indien und Pakistan zu nutzen und die Rolle des Vermittlers zwischen den zerstrittenen Nachbarn zu übernehmen. Die Überlegungen des FCO gingen sogar so weit, Pakistan wieder in den Commonwealth einzugliedern, was von Islamabad allerdings mit skeptischer Zurückhaltung quittiert wurde.²⁵⁵ Nichtsdestotrotz übernahm Großbritannien in Reminiszenz an die verloren gegangene Weltmachtstellung eine gewisse Führungsrolle im Krisenmanagement der Westeuropäer.

In den zahlreichen Gesprächen der westlichen Diplomaten mit der pakistanischen Regierung standen finanzielle, wirtschaftliche und militärische Hilfsmaß-

²⁵¹ Vgl. Telegram No. 22 from the British Ambassador at Bonn, Wright, to the FCO, January 8th 1980, Subject: Your visit to the Middle East: regional aspects, in: TNA, FCO 28/3996. In der bundesdeutschen Presse stieß die Reise Carringtons allerdings auf verhaltene Kritik: Carrington reist ins Konfliktgebiet, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 4 vom 05./06. 01. 1980, S. 2.

²⁵² Vgl. Telegram No. 8 of the British Foreign Minister, Lord Carrington, to the British Embassy at Bonn, January 6th 1980, Subject: My Tour of the Middle East, in: TNA, FCO 28/3996. Die Besuchsdiplomatie Frankreichs auf Außenministerebene setzte etwas später ein: Am 14. 03. 1980 besuchte der pakistanische Außenminister Paris, am 16. 03. 1980 weilte dort der indische Außenminister. Vgl. dazu *Bordereau collectif* No. 90, le 21 mars 1980, Objet: Réunion des Directeurs politiques français et allemand (Bonn, le 18 mars 1980), in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1973.

²⁵³ Genscher selbst hatte bereits am 28. 12. 1979 mit Lord Carrington telefoniert. Vgl. hierzu und zum deutsch-britischen Meinungsaustausch Vermerk des Ref. 213 des Auswärtigen Amts vom 28. 12. 1979, Betr.: Sowjetische Intervention in Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 110427; Letter from Lever from the British Ambassador at Bonn, Wright, December 28th 1979, Subject: Afghanistan and Iran, in: TNA, FCO 37/2135, und Telegram No. 22 from the British Ambassador at Bonn, Wright, to the FCO, January 8th 1980, Subject: Your visit to the Middle East: regional aspects, in: TNA, FCO 28/3996.

²⁵⁴ Vgl. ebd.

²⁵⁵ Vgl. Note of the British Embassy at Islamabad, April 2nd 1980, Subject: Record of a meeting held in Islamabad on April 2nd 1980 in the Office of the Advisor on Foreign Affairs, in: TNA, FCO 37/2275. Vgl. dazu außerdem Gerhard Altmann, Abschied vom Empire. Die innere Dekolonisation Großbritanniens 1945–1985, Göttingen 2005, S. 271–346; Franz Ansprenger, Erbe des Empire – Bedeutungswandel des Commonwealth, in: Kastendiek/Rohe/Volle, Länderbericht Großbritannien, S. 336–348; W. David McIntyre, The Significance of the Commonwealth, 1965–90, London 1991, und Thomas Mergel, Großbritannien seit 1945, Göttingen 2005, S. 99–111.

nahmen im Vordergrund. Pakistan befand sich in einer labilen innenpolitischen Lage.²⁵⁶ Premierminister Zia-ul-Haq hatte seit seinem Putsch 1977 weder eine ökonomische Konsolidierung des Landes erreicht, noch konnten die historisch bedingten Disparitäten zwischen den westlichen und den benachteiligten östlichen Landesteilen in Wirtschaft, Verwaltung, Finanzen und Militär ausgeglichen werden. Stattdessen fand eine schrittweise Islamisierung der Gesellschaft statt und die demokratische Opposition gegen das Militärregime wuchs.²⁵⁷ Diese unbeständige innere Lage Pakistans verschlechterte sich kontinuierlich, weil seit der kommunistischen Machtübernahme in Kabul 1978 die afghanischen Widerstandskämpfer im bergigen, schwer kontrollierbaren Grenzgebiet zu Pakistan Unterschlupf suchten und immer mehr afghanische Flüchtlinge ins Nachbarland strömten. Der Einmarsch sowjetischer Truppen und der anschließende, bis 1989 andauernde Krieg in Afghanistan lösten den weltweit größten Massenexodus seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges aus.²⁵⁸ Am 31. Dezember 1979, drei Tage nach der Besetzung Kabuls, stieg die Zahl der in Pakistan registrierten Flüchtlinge auf 370 000,²⁵⁹ sie erhöhte sich bis Mitte Januar 1980 auf 700 000,²⁶⁰ überschritt im April die Millionengrenze und erreichte Ende Januar 1981 mit rund 1 500 000 Flüchtlingen einen ersten Höhepunkt.²⁶¹ Im Herbst desselben Jahres zählte die UNO bereits rund 2,4 Millionen Flüchtlinge,²⁶² Tendenz steigend. Hinzu kamen zu diesem Zeitpunkt 400 000 Afghanen, die in den Iran geflohen waren.²⁶³ Mitte der achtziger Jahre war mehr als ein Viertel der afghanischen Gesamtbevölkerung auf der Flucht.²⁶⁴

Angesichts dieser alarmierenden Entwicklung richteten sich die Bemühungen der Bundesregierung ab Januar 1980 auf die politische und wirtschaftliche Stabi-

²⁵⁶ Vgl. Schreiben des Bundesministeriums für Verteidigung an das Auswärtige Amt vom 17. 01. 1980, Betr.: Unterlagen über Pakistan und Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 110427.

²⁵⁷ Zur innenpolitischen Entwicklung Pakistans vgl. Michael Mann, *Geschichte Indiens*. Vom 18. bis zum 21. Jahrhundert, Paderborn u. a. 2005, S. 126–131.

²⁵⁸ Vgl. Schetter, *Kleine Geschichte Afghanistans*, S. 104–106.

²⁵⁹ Vgl. Telegram No. 869 of the British Ambassador at Islamabad, Forster, to the FCO, December 31st 1979, Subject: Afghan refugees in Pakistan, in: TNA, FCO 37/2135.

²⁶⁰ Die pakistanische Regierung zählte nur 500 000 Flüchtlinge, allerdings kam die deutsche Botschaft in Islamabad übereinstimmend mit der EG auf eine Zahl von 700 000. Vgl. Telegram No. 248 of the British Embassy at Brussels (EC), Butler, to the FCO, Subject: Foreign Affairs Council/Political Cooperation Meeting, January 1st 1980, in: TNA, FCO 28/4000, und Telex No. 91544 Gordeon-Walker, Peshawar, to FCO, January 16th 1980, Subject: Lord Carrington sees plight of Afghan refugees, in: TNA, FCO 28/3998.

²⁶¹ Vgl. Note of the FCO, March 1980, Subject: Afghanistan – The refugees, in: TNA, FO 973/159.

²⁶² Vgl. Note of the FCO, October 1981, Subject: Afghanistan report, in: TNA, FO 973/198; Note of the FCO, December 1981, Subject: Afghanistan report, in: TNA, FO 973/211, und Note of the FCO, October 8th 1980, Subject: Council of Europe Assembly, in: TNA, FCO 33/5136.

²⁶³ Vgl. Note of the FCO, October 1981, Subject: Afghanistan report, in: TNA, FO 973/198, und Note of the FCO, December 1981, Subject: Afghanistan report, in: TNA, FO 973/211.

²⁶⁴ Vgl. Boulouque, *Der Kommunismus in Afghanistan*, S. 784, und Schetter, *Kleine Geschichte Afghanistans*, S. 104–106.

lisierung Pakistans in drei parallelen Schritten: erstens in Form humanitärer Hilfe für die Flüchtlinge, zweitens durch eine Aufstockung der Entwicklungshilfe und drittens durch den Beginn von Umschuldungsverhandlungen. Bis Mitte Januar hatte die Bundesregierung 1,25 Millionen DM Soforthilfe für die Flüchtlingslager in Pakistan gezahlt und stellte weitere fünf Millionen DM bereit.²⁶⁵ Diese Summen wurden vorwiegend für unmittelbar benötigte Hilfsgüter wie Zelte, Decken, warme Kleidung, Nahrungsmittel und Medikamente verwendet. Die deutsche Botschaft in Islamabad berichtete Anfang Februar allerdings über enorme Verteilungsschwierigkeiten.²⁶⁶ Ein besonderes Problem stelle der Transport der Hilfsgüter dar – weder Luft-, noch Straßen- und Schienenverkehr funktionierten ausreichend. Die Sachmittellieferungen anderer Staaten und internationaler Organisationen seien noch immer nicht in den Lagern eingetroffen. Obwohl bereits vor zwei Jahren Flüchtlingscamps in Pakistan eingerichtet worden waren, sei Islamabad weiterhin damit beschäftigt, eine funktionsfähige Organisation inklusive einer Koordinierungsstelle aufzubauen. Zudem werde das Programm des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees), des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen, erst im Frühjahr greifen. Ab März müsse jedoch mit einer veränderten Bedarfsstruktur gerechnet werden. Wegen des Wetterumschwungs würden dann nicht mehr warme Kleidung und dicke Steppdecken vorrangig benötigt, sondern Medikamente, Nahrungsmittel und vor allem Trinkwasser. Wegen ihrer guten und vergleichsweise reibungslosen Organisation habe sich die deutsche Botschaft vor Ort bereits das Ansehen der pakistanischen Regierung und anderer Geberländer erworben. Abgesehen von dieser Soforthilfe wurden die weiteren Leistungen der Bundesregierung und ihrer westlichen Partner überwiegend über den UNHCR und das Internationale Rote Kreuz abgewickelt und durch umfangreiche Nahrungsmittellieferungen der Europäischen Gemeinschaft ergänzt.²⁶⁷

Die zweite Säule der bundesdeutschen Stabilisierungsstrategie betraf die deutschen Leistungen an Pakistan im Rahmen der Entwicklungshilfe. Nachdem diese bereits vor Dezember 1979 erhöht worden waren,²⁶⁸ beschloss die Bundesregierung nun eine Aufstockung um rund 130 Millionen DM, was einer Verdoppelung im Vergleich zum Jahr 1979 entsprach. Die Hilfsleistungen bestanden zum überwiegenden Teil aus finanziellen Zuwendungen und zu einem geringen Pro-

²⁶⁵ Vgl. Aufzeichnung des Oberregierungsrats im Ref. 213 des Bundeskanzleramts, Christian Neumann, vom 09.01.1980, Betr.: Hilfe an Pakistan, in: BAArch, B 136/16585.

²⁶⁶ Vgl. zum Folgenden Fernschreiben Nr. 124 des stv. deutschen Botschafters in Islamabad, Eberhard Nöldeke, an das Auswärtige Amt vom 01.02.1980, Betr.: Humanitäre Hilfe für afghanische Flüchtlinge in Pakistan, hier: Zwischenbericht, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113033.

²⁶⁷ Christian Neumann, Oberregierungsrat im Ref. 213 des Bundeskanzleramts, bezifferte Anfang Januar 1980 die bisher geleisteten Nahrungsmittellieferungen Bonns auf 170 000 Tonnen Weizen im Wert von rund 74 Millionen DM. Vgl. Aufzeichnung des Oberregierungsrats im Ref. 213 des Bundeskanzleramts, Christian Neumann, vom 09.01.1980, Betr.: Hilfe an Pakistan, in: BAArch, B 136/16585.

²⁶⁸ Vgl. Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Sieger, an Staatssekretär Lautenschlager und Bundesminister Genscher vom 15.01.1980, Betr.: Deutsch-amerikanisches Gespräch Staatssekretär Lautenschlager/Cooper über Afghanistan, in: PA-AA, B 32, Ref. 204 (Zwischenarchiv), Bd. 115951.

zentsatz aus den Kosten für technische Zusammenarbeit.²⁶⁹ Drittens schließlich sprach sich die Bundesregierung im Kreis ihrer Partner für die Aufnahme der von Pakistan gewünschten Umschuldungsverhandlungen aus.²⁷⁰ Die Verbündeten einigten sich schließlich darauf, den pakistanischen Haushalt um jährlich etwa 90 Millionen DM zu entlasten.²⁷¹

Bedenken, ob es für den Westen moralisch vertretbar war, ein undemokratisches Militärregime wie dasjenige Zia-ul-Haqs derart intensiv zu unterstützen, mussten in Genschers Konzept einer „realistischen“ Außenpolitik geostrategischen Interessen weichen. In einem Gespräch mit dem amerikanischen Senator Tower am 20. Februar 1980 appellierte er eindringlich an die USA, sich ebenfalls in Pakistan zu engagieren. Pakistan nehme als „Riegel vor einem sowjetischen Vordringen zum Persischen Golf“²⁷² eine Schlüsselstellung ein. „Unabhängig davon, ob einem das Militärregime Zia-ul-Haqs gefalle oder nicht“, müsse dem Land größere Hilfe zukommen und vor allem die Provinz Belutschistan stabilisiert werden. Washington befürwortete die Bonner humanitären Hilfsleistungen,²⁷³ forderte im Februar 1980 allerdings von der Bundesregierung statt der geleisteten Verdoppelung eine Verdreifachung der Hilfszahlungen. Dies lehnten Schmidt und Genscher aus haushaltspolitischen Gründen ab,²⁷⁴ zumal sie über

²⁶⁹ Von den 130 Millionen DM Entwicklungshilfe waren 110 Millionen DM für finanzielle Zusammenarbeit und die verbleibenden 20 Millionen DM für technische Zusammenarbeit vorgesehen. Vgl. Aufzeichnung des Oberregierungsrats im Ref. 213 des Bundeskanzleramts, Christian Neumann, vom 09.01.1980, Betr.: Hilfe an Pakistan, in: BArch, B 136/16585, und Telegram No. 26 from the British Ambassador at Brussels (NATO), Rose, to the FCO, January 11th 1980, Subject: Afghanistan and East/West relations, in: TNA, FCO 28/3997. Eine Aufzeichnung des Quai d'Orsay bezifferte Ende November 1980 die bisher von Bonn geleistete (einschließlich der über UNHCR und Internationales Rotes Kreuz abgewickelte) bilaterale Hilfe an Pakistan auf ca. 3,83 Millionen US-Dollar. Vgl. dazu Fiche du Ministère des affaires étrangères le 28 novembre 1980, Objet: Aide internationale aux réfugiés afghans en territoire pakistanais, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 2882TOPO/2818.

²⁷⁰ Vgl. Telegram No. 26 from the British Ambassador at Brussels (NATO), Rose, to the FCO, January 11th 1980, Subject: Afghanistan and East/West relations, in: TNA, FCO 28/3997, und Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Sieger, an Staatssekretär Lautenschlager und Bundesminister Genscher vom 15.01.1980, Betr.: Deutsch-amerikanisches Gespräch Staatssekretär Lautenschlager/Cooper über Afghanistan, in: PA-AA, B 32, Ref. 204 (Zwischenarchiv), Bd. 115951.

²⁷¹ Vgl. Schreiben der Abt. 3 des Auswärtigen Amts an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher vom 09.01.1980, Betr.: Sowjetische Intervention in Afghanistan, hier: Vorschlag für Vortrag des Bundesministers vor dem Bundessicherheitsrat, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113033, S. 7.

²⁷² Aufzeichnung des Leiters des Ref. 204 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat Schenk, vom 20.02.1981, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit Senator Tower am 20.02.1981, in: PA-AA, B 14, Ref. 201 (Zwischenarchiv), Bd. 125581, S. 7.

²⁷³ Vgl. Schreiben der Abt. 3 des Auswärtigen Amts an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher vom 09.01.1980, Betr.: Sowjetische Intervention in Afghanistan, hier: Vorschlag für Vortrag des Bundesministers vor dem Bundessicherheitsrat, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113033.

²⁷⁴ Vgl. Letter from Palliser, Permanent Under-Secretary of State and Head of the Diplomatic Service, to Private Secretary, February 22nd 1980, Subject: Visit of State Secretary van Well, in: TNA, FCO 37/2263; Note of the FCO, February 21st 1980, Subject: East-

die vergleichsweise geringen Nahrungsmittellieferungen der USA verärgert waren.²⁷⁵

Washington selbst bot Pakistan Entwicklungshilfe im Wert von 400 Millionen US-Dollar an, wovon je die Hälfte für Wirtschafts- und Militärhilfe verwendet werden sollte. Dies war insofern folgerichtig, als ein 1959 geschlossenes amerikanisch-pakistanisches Abkommen die USA verpflichtete, im Falle eines Angriffs auf Pakistan „geeignete Maßnahmen, einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt“ zu ergreifen. Allerdings hatte Carter im April 1979 mit Ausnahme von Nahrungsmittellieferungen alle militärische und wirtschaftliche Hilfe an Pakistan wegen des geheimen Atomprogramms der Regierung Zia eingestellt.²⁷⁶ Das von Carter erlassene Symington Amendment, das der amerikanischen Regierung finanzielle oder militärische Hilfe an Staaten verbietet, die Nuklearwaffen außerhalb internationaler Kontrollen und geltender Verträge entwickeln, wurde nun – wenige Jahre nach seiner Inkraftsetzung – durch einen entsprechenden Senatsbeschluss umgangen.²⁷⁷

Islamabad aber lehnte das amerikanische Angebot offiziell und öffentlichkeitswirksam ab, schließlich wollte man sich angesichts der sowjetischen Bedrohung nicht den Anschein eines amerikanischen Vasallen geben.²⁷⁸ Nichtsdestotrotz erhielt Pakistan umfangreiche Unterstützung aus Washington, die Ende 1981 nochmals deutlich aufgestockt wurde.²⁷⁹ Hatte die US-Administration noch wenige Monate vor der sowjetischen Invasion von Bonn gefordert, aus Solidarität mit den Vereinigten Staaten die deutsch-pakistanischen Beziehungen abubrechen, falls Islamabad weiter an seinem Nuklearprogramm festhalten

West relations in the light of events in Afghanistan, in: TNA, FCO 37/2264, und Vermerk des Leiters des Ref. 340 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Steger, vom 25. 03. 1980, Betr.: Gespräch mit der amerikanischen Begleitung von Außenminister Vance bei Ministerialdirektor Meyer-Landrut am 20. 02. 1980, hier: Afghanistan und Pakistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113033.

²⁷⁵ Während Bonn im Jahr 1979 Nahrungsmittelhilfe im Wert von 65 Millionen US-Dollar (entspricht rund 97 Millionen DM) zugesagt hatte, ließ es Washington bei 40 Millionen US-Dollar (entspricht rund 60 Millionen DM) bewenden. Vgl. dazu Aufzeichnung des Ref. 340 des Auswärtigen Amts vom 20. 02. 1980, Betr.: Pakistan, in: BArch, B 136/17114.

²⁷⁶ Vgl. dazu auch: Carter droht den Sowjets mit ernsten Konsequenzen, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 1 vom 02. 01. 1980, S. 1.

²⁷⁷ Telegram No. 39 from the British Ambassador at Washington, to the FCO, January 3rd 1980, Subject: Nuclear South Asia, in: TNA, FCO 37/2237.

²⁷⁸ Vgl. Fiche pour le Ministre des affaires étrangères le 22 janvier 1980, Objet: Afghanistan, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1964, und Aufzeichnung des Lagezentrums im Bundeskanzleramt vom 12. 03. 1980, Betr.: Entwicklung der Lage in Afghanistan, in: BArch, B 136/29794.

²⁷⁹ Im September 1981 verständigten sich Washington und Islamabad auf ein wirtschaftliches und militärisches Hilfsprogramm im Wert von 3,2 Milliarden US-Dollar für die kommenden sechs Jahre. Seither betrug die jährliche amerikanische Unterstützung für Pakistan durchschnittlich 600 Millionen US-Dollar. Vgl. dazu Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 80f. Zu den laufenden amerikanisch-pakistanischen Verhandlungen vgl. Fernschreiben Nr. 415 des deutschen Botschafters in Islamabad, Noeldecke, an das Auswärtige Amt vom 07. 07. 1981, Betr.: Amerikanische Militär- und Wirtschaftshilfe an Pakistan, in: PA-AA, B 14, Ref. 201 (Zwischenarchiv), Bd. 125575.

sollte,²⁸⁰ drang sie nun auf eine Beteiligung der Bundesregierung an der militärischen Unterstützung Pakistans.²⁸¹ Letzteres lehnte das Auswärtige Amt aus verfassungsrechtlichen Gründen ab, da das Grundgesetz deutsche Waffenexporte in Spannungsgebiete untersagte.

Stattdessen plädierte Bonn für ein langfristiges wirtschaftliches und militärisches Hilfsprogramm zugunsten der Türkei, die als Vorposten der NATO im Nahen und Mittleren Osten dringend der Stabilisierung bedürfe.²⁸² Durch die Krisen im Iran und in Afghanistan sei nicht nur die Türkei selbst, sondern die ganze Nordatlantische Allianz gefährdet. Bonn war „geschockt“, wie Staatssekretär van Well dem FCO vertraulich mitteilte, dass Washington Milliarden-Beträge an Pakistan überweise und gleichzeitig erklärte, für den eigenen Partner in Ankara könne man vor Oktober 1980 sicherlich nichts tun.²⁸³ Unter Berufung auf den Grundsatz des *burden sharing* startete die Bundesregierung daher ein bilaterales Hilfsprogramm für die Türkei.²⁸⁴

Vor dem Bundessicherheitsrat gab Genscher zu bedenken, dass – anders als militärische Unterstützungsmaßnahmen für Ankara – eine Modernisierung und Aufstockung des pakistanischen Arsenal automatisch neue Bedrohungsängste in Indien schüren würde und unter Umständen zu einer Eskalation des Konflikts beitragen könnte.²⁸⁵ Für Moskau wäre dies ein willkommener Anlass, um den Westen erneut der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans zu bezichti-

²⁸⁰ Télégramme de Bonn à Paris le 9 janvier 1980, Objet: Politique ouest-allemande de non-prolifération, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1969.

²⁸¹ Vgl. Schreiben des Ref. 421 des Auswärtigen Amts an Staatssekretär Lautenschlager und Bundesminister vom 15. 01. 1980, Betr.: Deutsch-amerikanisches Gespräch Staatssekretär Lautenschlager/Cooper über Afghanistan, in: PA-AA, B 32, Ref. 204 (Zwischenarchiv), Bd. 115951, und Vermerk des Leiters des Ref. 340 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse, Steger, vom 25. 03. 1980, Betr.: Gespräch mit der amerikanischen Begleitung von Außenminister Vance bei Ministerialdirektor Meyer-Landrut am 20. 02. 1980, hier: Afghanistan und Pakistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113033.

²⁸² Zur strategischen Rolle der Türkei für die NATO vgl. Albert Wohlstetter, Die Türkei und die Sicherung der Interessen der NATO, in: Europa-Archiv 16 (1985), S. 507–514.

²⁸³ Vgl. Note of the FCO, February 21st 1980, Subject: East-West relations in the light of events in Afghanistan, in: TNA, FCO 37/2264.

²⁸⁴ Vgl. Letter from Palliser, Permanent Under-Secretary of State and Head of the Diplomatic Service, to Private Secretary, February 22nd 1980, Subject: Visit of State Secretary van Well, in: TNA, FCO 37/2263, und Telegram No. 125 of the British Ambassador at Brussels (NATO), Rose, to the FCO, March 6th 1980, Subject: Strategic implications of Afghanistan, in: TNA, FCO 46/2178. Die Türkei hatte bereits seit 1964 von der Bundesrepublik rund 800 Millionen DM militärische Hilfe erhalten. Vgl. dazu: USA denken an schnellere Nachrüstung, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 24 vom 29. 01. 1980, S. 2.

²⁸⁵ Eine Aufzeichnung des Bundeskanzleramts enthält eine Übersicht zu den Rüstungsexporten der Bundesrepublik an Pakistan zwischen 1975–1978 und erwähnt, dass Pakistan den Wunsch vorgetragen habe, 1983/84 von der Bundeswehr auszusondernde Kampfpanzer M-48 zu übernehmen. Das Vorhaben werde derzeit vom Bundesverteidigungsministerium geprüft. Ob Bonn im Zeitraum 1979/80 Waffen nach Pakistan exportierte, geht aus den Quellen nicht hervor. Vgl. Vermerk der Gruppe 23 des Bundeskanzleramts vom 09. 01. 1980, Betr.: Rüstungsexporte Pakistan, in: BArch, B 136/16585.

gen.²⁸⁶ Letzteres umso mehr, als die Alliierten nicht nur über Militärhilfe für Pakistan zur defensiven Sicherung der Westgrenze diskutierten, sondern auch über die Frage, ob den afghanischen Widerstandsgruppen, die sich im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet aufhielten, Waffen geliefert werden sollten. Amerikaner, Briten und Franzosen plädierten dafür.²⁸⁷ Jacques Pierre Dupont, stellvertretender Abteilungsleiter im Quai d'Orsay, wies bei einem Treffen der vier Politischen Direktoren in London Ende Januar 1980 recht offenherzig darauf hin, dass es „durchaus eine Versuchung sei, die S[owjet]U[nion] im afghanischen Sumpf versinken zu lassen“.²⁸⁸ Bonn lehnte eine deutsche Beteiligung an der militärischen Unterstützung der afghanischen Oppositionellen wiederum aus verfassungsrechtlichen Gründen ab.²⁸⁹ Doch auch im Auswärtigen Amt gab es starke Befürworter westlicher Waffenlieferungen. Denn, so die Einschätzung des Auswärtigen Amts, mit einem Abzug der sowjetischen Truppen sei „bei realistischer Einschätzung der Lage“ in absehbarer Zeit nicht zu rechnen.²⁹⁰ Noch drastischer formulierte dies der bundesdeutsche Botschafter bei der NATO, Pauls, in einem Schreiben an das Auswärtige Amt vom 8. Januar 1980: „Afghanistan ist ohnehin verloren.“²⁹¹

Horst-Dieter Maurer, deutscher Kapitän zur See und Mitarbeiter im Planungstab des Auswärtigen Amts, verfasste am 29. Januar gemeinsam mit seinem Kollegen Wilhelm Schönfelder einen Bericht mit dezidiert „realistischem“ Anspruch. „Die Motive für die sowjetische militärische Besetzung Afghanistans sind wahr-

²⁸⁶ Vgl. Schreiben der Abt. 3 des Auswärtigen Amts an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher vom 09.01.1980, Betr.: Sowjetische Intervention in Afghanistan, hier: Vorschlag für Vortrag des Bundesministers vor dem Bundessicherheitsrat, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113033.

²⁸⁷ Vgl. Letter of the Secretary of State, Lord Carrington, to Prime Minister, February 1st 1980, Subject: Afghanistan, The next steps, in: TNA, FCO 28/4001. Insbesondere die amerikanische Unterstützung für die „Mudschahedin“ nahm stetig zu und soll im Jahr 1987 den jährlichen Betrag von 600 Millionen US-Dollar überschritten haben. Vgl. die veröffentlichten Schätzungen über die amerikanische Hilfe: Für das Jahr 1983: 30 Millionen US-Dollar; 1984: 120 Millionen US-Dollar; 1985: 250 Millionen US-Dollar; 1986: 470 Millionen US-Dollar; 1987: 630 Millionen US-Dollar. Zahlen nach Selig S. Harrison, Inside the Afghan Talks, in: Foreign Policy Nr. 72 (1988), S. 31–60, hier: S. 50, und Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 70.

²⁸⁸ Aufzeichnung des Leiters des Ref. 204 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk, vom 28.01.1980, Betr.: Treffen der vier Politischen Direktoren am 24./25.01.1980 in London, in: AAPD 1980, Dok. 29, S. 168–191, hier: S. 173. Dupont spielte damit auf eine Äußerung von Vest vom 25.9.1979 an, vgl. AAPD 1980, Dok. 29, Anm. 16.

²⁸⁹ Vgl. Letter from Garside, Planning Staff of the FCO, to Mallaby, Eastern European and Soviet Department of the FCO, November 12th 1980, Subject: Afghanistan: Future policy, in: TNA, FCO 49/893. Zur Diskussion des Bundestages zu Waffenexporten in dieser Phase vgl. Schreiben des Leiters der Abt. 3 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Walter Gorenflos, an MdB Alois Mertes vom 30.01.1981, Betr.: Waffenlieferungen an den afghanischen Widerstand, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-164/3.

²⁹⁰ Aufzeichnung des Ref. 340 des Auswärtigen Amts vom 12.02.1980, Betr.: Politik der Bundesregierung gegenüber den Staaten der Region nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113037, S. 1.

²⁹¹ Vgl. Fernschreiben des deutschen Botschafters bei der NATO, Pauls, an das Auswärtige Amt vom 08.01.1980, Betr.: Lage der Allianz in der Afghanistan-Krise, in: AAPD 1980, Dok. 6, S. 39–42.

scheinlich sehr vielfältig. Für die westliche Politik kommt es aber vor allem auf Tatsachen an.²⁹² Letztere wurden im Folgenden benannt und mit einer Handlungsempfehlung versehen: Die Sowjetunion habe durch ihren Einmarsch in den zu erwartenden Verteilungskämpfen um das für alle Industrienationen so wichtige Erdöl geostrategische Vorteile erzielt und werde sich in absehbarer Zeit nicht aus Afghanistan zurückziehen. Ziel sei es deshalb, den Preis der Intervention für die Sowjetunion so hoch wie möglich zu halten. Dies gelinge nur durch Waffenlieferungen an die afghanischen Befreiungsbewegungen. Diese würden zwar auch mit westlicher Unterstützung keinen Sieg über Moskau davontragen. Doch sei es im westlichen Interesse, die Sowjetunion in einen möglichst lang andauernden Guerilla-Kampf zu verwickeln. Dies werde Moskau Unmengen an Rohstoffen kosten, große Truppenteile dauerhaft binden und könnte so dazu führen, dass Moskau die erzielten geostrategischen Vorteile nicht nutzen könne. Naheliegender wäre es, so Maurer, diese Waffen und Ausrüstungshilfen im Rahmen der Entwicklungshilfe an islamische Staaten, allen voran Pakistan, zu liefern. Sinnvoll wäre die Zustellung sowjetischer Waffensysteme an die Widerstandsgruppen, da die Afghanen im Umgang mit Waffen dieses Typs bereits Übung hätten.²⁹³ Die Bereitschaft des Auswärtigen Amts, die Aufständischen mit Waffenlieferungen zu unterstützen, hielt auch in den folgenden Monaten an.²⁹⁴

Für Washington, London und Paris stellte sich die Frage, wie die Waffenlieferungen an die afghanischen Widerstandsgruppen konkret abgewickelt werden konnten. Da Letztere ihr Rückzugsgebiet an der Westgrenze Pakistans hatten und von Islamabad unterstützt wurden, war klar, dass die westlichen Waffen über Pakistan an die Aufständischen gelangen mussten. Eine direkte, öffentlich bekannte Lieferung des militärischen Geräts an Islamabad war jedoch ausgeschlossen. Die Unterstützung der Widerstandsgruppen durch den Westen musste „mit außerordentlich großer Diskretion“²⁹⁵ behandelt werden, da waren sich die Alliierten einig. Das FCO sprach sich für Saudi-Arabien als Mittler aus.²⁹⁶ Auch das französi-

²⁹² Aufzeichnung des Kapitäns zur See, Maurer, vom 29.01.1980, Betr.: Unterstützung der afghanischen Befreiungsbewegungen, in: AAPD 1980, Dok. 31, S. 196–201, hier: S. 196. Zum Folgenden vgl. ebd.

²⁹³ Vgl. Schreiben des Leiters des Planungsstabes des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Hansen, an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher vom 14.01.1980, Betr.: Militärische Aspekte der Intervention in Afghanistan, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178431.

²⁹⁴ Vgl. Schreiben des Leiters des Planungsstabes des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Hansen, an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher vom 20.06.1980, Betr.: Afghanistan, hier: Neubewertung der Interessenlage und der Zielsetzung des Westens, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178431. Zur weiteren Diskussion des Auswärtigen Amts über die Frage der Waffenlieferungen an die afghanischen Widerstandsgruppen in den kommenden Jahren vgl. PA-AA, B 37, UA 34, Bde. 136772 und 136773.

²⁹⁵ Vgl. Aufzeichnung des Leiters des Ref. 204 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk, vom 28.01.1980, Betr.: Treffen der vier Politischen Direktoren am 24./25.01.1980 in London, in: AAPD 1980, Dok. 29, S. 168–191, hier: S. 173.

²⁹⁶ Vgl. Letter from Lever, FCO, to White, Head of the South Asian Department of the FCO, January 21st 1980, Subject: Secretary of State's conversation with the US Ambassador, in: TNA, FCO 98/893, und Letter from Secretary of State, Lord Carrington, to Prime Minister, January 19th 1980, Subject: Afghanistan, in: TNA, FCO 98/894.

sche Außenministerium plädierte dafür, die Lieferungen über die mit Pakistan befreundeten islamischen Staaten laufen zu lassen. „Insgesamt müsse angestrebt werden, dass die Sache der afghanischen Rebellen zu einer Sache des Islam werde“, so Dupont.²⁹⁷

In der Tat bildete der gemeinsame Kampf gegen die sowjetische Fremdbestimmung unter dem Banner des Islam das einzig einigende Band für die Aufständischen, deren Charakteristikum vor allem die Zersplitterung in zahlreiche Einzelgruppen war. Das Auswärtige Amt erstellte eine Liste der wichtigsten afghanischen Widerstandsgruppen, die weitestgehend mit den Erkenntnissen des FCO und des Quai d'Orsay übereinstimmte. In der pakistanischen Grenzstadt Peshawar wurden sechs, meist konkurrierende Gruppen lokalisiert, die sich überwiegend aus verschiedenen Stämmen der Paschtunen rekrutierten.²⁹⁸ Führer der „Islamistischen Partei Afghanistans“ (hezb-i islami) war Goldbud-Din Hekmatyar, ein Mitglied des Stammes der Kharot-Ghilzai aus Nordafghanistan.²⁹⁹ Die IPA war radikal-islamisch ausgerichtet und die einzige der Widerstandsgruppen, die parteiähnliche Strukturen aufbauen konnte. Davon hatte sich bereits 1979 die „Islamische Partei Afghanistans II“ unter Yunus Khales wegen eines Führungsstreits mit Hekmatyar abgespalten.³⁰⁰ Sie war in den paschtunischen Stammesgebieten Südostafghanistans beheimatet. Als dritte Gruppe wurde die „Islamische Gemeinschaft Afghanistans“ (jam'iat islami-ye afghanistan) unter Führung des Tadschiken Borhanud-Din Rabbani ermittelt, die aus diesem Grund häufig auch unter dem Namen „Tadschiken-Partei“ firmierte.³⁰¹ Die „Islamische Revolutionsbewegung“ (harakat-i enqelab-i islami) wurde geführt von Maulawi Mohammad Nabi Mohammadi, einem prominenten Geistlichen aus dem Gihlzaï-Stamm.³⁰² Diese Partei der sunnitischen Geistlichen vertrat eine Synthese aus islamischer Orthodoxie und paschtunischer Tradition und hatte ihre Hochburg im Süden des Landes. Die „Nationale Rettungsfront Afghanistans“ (jebheh-ye melli nejat-i afghanistan) unter Führung von Sebqatullah Mojaddedi³⁰³ und die „Nationale Islamische Front“ (mahaz-i melli-ye islami-i afghanistan) von Sayed-Ahmad Gailani³⁰⁴ waren traditionalistisch-gemäßigte Parteien, die familiär organisiert waren, dem

²⁹⁷ Vgl. Aufzeichnung des Leiters des Ref. 204 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk, vom 28. 01. 1980, Betr.: Treffen der vier Politischen Direktoren am 24./25. 01. 1980 in London, in: AAPD 1980, Dok. 29, S. 168–191, hier: S. 174. Welchen Weg die Waffen letztendlich im Detail nahmen, geht aus den vorliegenden Quellen nicht zweifelsfrei hervor.

²⁹⁸ Vgl. dazu und zum Folgenden Letter from Eldon, FCO, to Featherstone, South Asian Department of the FCO, December 18th 1980, Subject: Afghan resistance leaders, in: TNA, FCO 37/2217, und Bordereau collectif No. 700 le 8 août 1980, Objet: Résistance afghane, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 2882TOPO/2798. Diese Eingruppierung wird außerdem gestützt von Schetter, *Kleine Geschichte Afghanistans*, S. 108–111.

²⁹⁹ Zur Person Hekmatyars vgl. auch Ludwig W. Adamec, *Dictionary of Afghan Wars, Revolutions and Insurgencies*, Lanham/London 1996, S. 120 f.

³⁰⁰ Zur Person von Khales vgl. auch ebd., S. 145.

³⁰¹ Zur Person Rabbanis vgl. auch ebd., S. 188.

³⁰² Zur Person Mohammadis vgl. auch ebd., S. 162.

³⁰³ Zur Person Mojaddedis vgl. auch ebd., S. 165.

³⁰⁴ Zur Person Gailanis vgl. auch ebd., S. 104.

Establishment des „alten“ Afghanistan entstammten und für die Wiederinthronisierung Zahir Shahs eintraten. Im März gründete Abdul Rasul Sayyaf außerdem die „Islamische Union für die Befreiung Afghanistans“ (itehad-i islami bara-ye azadi-ye afghanistan), die ihre Mitglieder vor allem aus dem Stamm der Kharot-Ghilzai rekrutierte. Hinzu kamen zwei weitere Gruppen, die sich im Iran aufhielten: die „Afghanistan Islamic Movement Association“ unter Asif Mohsani³⁰⁵ und die „An-Naar“ (Sieg) mit Mir Hoseyn Sadeqi an der Spitze.³⁰⁶

Um ihren politischen Einfluss zu vergrößern, gründeten die sechs Peshawar-Parteien im Januar 1980 – unmittelbar vor der Konferenz der islamischen Außenminister in Islamabad – eine gemeinsame Dachorganisation, die unter dem Namen „Islamic Alliance for the Liberation of Afghanistan“ beziehungsweise „United Islamic Liberation Front“ auftrat. Kurze Zeit später allerdings verließ Goldbud-Din Hekmatyar und seine „Islamistische Partei Afghanistans“ die gerade erst gebildete Allianz, als klar wurde, dass nicht er selbst, sondern Sayed-Ahmad Gailani von der „Nationalen Islamischen Front“ die Leitungsposition übernehmen würde.³⁰⁷ Die Repräsentanten der Allianz (Rabbani, Mojadeddi, Gailani, Mohammadi, Khales) und auch Hekmatyar³⁰⁸ nahmen als Teil der iranischen Regierungsdelegation an der islamischen Außenministerkonferenz Ende Mai 1980 teil.³⁰⁹ Dort wurde ein Drei-Mann-Komitee gegründet, bestehend aus den Außenministern Pakistans, Agha Shahi, und Irans, Sadegh Ghotbzadeh,³¹⁰ sowie Habib Chatty, dem Generalsekretär der OIC. Sie erhielten den Auftrag, sich international für die Umsetzung der Januar-Resolution der OIC zu engagie-

³⁰⁵ Zur Person Mohsanis vgl. auch ebd., S. 164.

³⁰⁶ Vgl. Letter from Lavers, South Asian Department of the FCO, to Hurd, Private Secretary, July 23rd 1980, Subject: Afghanistan, resistance groups, in: TNA, FCO 37/2216. Anfang der achtziger Jahre entstanden sieben weitere, überwiegend vom Iran unterstützte Parteien, die den „Revolutionsrat der islamischen Einheit“ in Zentralafghanistan bekämpften. Vgl. dazu Schetter, *Kleine Geschichte Afghanistans*, S. 111.

³⁰⁷ Wenige Wochen später bildete die Allianz einen Revolutionsrat aus 35 Mitgliedern, dessen Zielsetzung Generalsekretär Abdul Rasul Sayaf Ende April vor der Presse bekannt gab: „Our patient fight is a lesson for the world to follow; our fighters have proved that bombs and guns can never destroy our belief and faith [...] Our aim is great and long-term. Our struggle is to create firm defence positions in Afghanistan for the advancement of Islam to Soviet Central Asia and Europe.“, in: Letter from Clark, Overseas Information Department of the FCO, to Archer, South Asian Department of the FCO, August 29th 1980, Subject: OID background paper: „Afghanistan, opposition groups“, in: TNA, FCO 37/2216, S. 4. Vgl. auch Letter from Lavers, South Asian Department of the FCO, to Hurd, Private Secretary, July 23rd 1980, Subject: Afghanistan, resistance groups, in: TNA, FCO 37/2216.

³⁰⁸ An der OIC-Konferenz nahmen außerdem die Führer der beiden im Iran befindlichen Widerstandsparteien (Mohsani, Sadeqi) teil. Diese verloren jedoch in den Folgemonaten rasch an Bedeutung.

³⁰⁹ Zum Verlauf und zu den Ergebnissen der 11. Außenministerkonferenz der OIC vom 17.–22.05.1980 in Islamabad vgl. auch Schöne, *Islamische Solidarität*, S. 207–230, hier besonders: S. 214–218, und 11. Islamische Außenministerkonferenz, in: *Archiv der Gegenwart* 50 (1980), S. 23564f.

³¹⁰ Am 03.08.1980 übernahm Mohammad Karim Khodapanahi das Amt des iranischen Außenministers, gefolgt von Mohammad Ali Radschā'i (11.03.1981–15.08.1981) und Mir Hossein Mussawi (15.08.1981–15.12.1981).

ren.³¹¹ Bei einem weiteren Treffen im Juni bekräftigten alle Beteiligten ihren Willen zur Bildung einer „Afghanisch-islamischen Widerstandsbewegung“. Diese sollte international als legitime Vertretung des afghanischen Volkes und als Mitglied der Blockfreien-Bewegung anerkannt werden und eine UN-Sonderkonferenz zu Afghanistan erwirken. Als Zeichen der Solidarität wurden von der OPEC und den islamischen Staaten finanzielle Hilfe sowie der Abbruch aller Beziehungen zur Sowjetunion eingefordert. Durch die Eröffnung von Büros in New York, Genf und in den Hauptstädten der OIC-Mitgliedstaaten sollte die dauerhafte Einflussnahme der Widerstandsbewegung auf die Lage in Afghanistan gesichert werden.³¹²

Das britische Außenministerium nahm im Frühsommer 1980 Gespräche mit Gailani auf,³¹³ den das FCO als moderat einschätzte. Sein Ziel sei eine demokratische Lösung für Afghanistan.³¹⁴ Bezeichnenderweise trat Gailani jedoch nicht als Vorsitzender der „Allianz für die Befreiung Afghanistans“, sondern als Führer seiner eigenen Partei, der „Nationalen Islamischen Front“, auf. Sein Hauptanliegen war stets die Bitte um weitere Waffenlieferungen³¹⁵ verbunden mit Klagen über die Korruption der pakistanischen Regierungsbeamten, welche die Überstellung der militärischen Ausrüstung an den Widerstand erheblich erschwerten. Er kritisierte außerdem, dass zu viel Geld an die radikalen Widerstandsgruppen fließe, vor allem an Rabbani und Hekmatyar.³¹⁶ Solchen islamischen Fundamentalisten, die die kommunistische Diktatur lediglich durch eine religiöse ersetzen wollten, misstraue er zutiefst. Dies zeigte schlaglichtartig, wie schlecht es um die Solidarität und die Vertrauensbasis innerhalb der afghanischen Widerstandsbewegung bestellt war. Problematisch an den Schilderungen Gailanis war außerdem, dass er sich persönlich seit Dezember 1979 nicht mehr in Afghanistan aufgehalten hatte.

³¹¹ Vgl. Letter from Clark, Overseas Information Department of the FCO, to Archer, South Asian Department of the FCO, August 29th 1980, Subject: OID background paper: „Afghanistan, opposition groups“, in: TNA, FCO 37/2216, S. 4; Note of the FCO, June 1980, Subject: Afghanistan report, in: TNA, FCO 973/99, und Note of the FCO, July 1980, Subject: Afghanistan report, in: TNA, FCO 973/103.

³¹² Vgl. Letter from Clark, Overseas Information Department of the FCO, to Archer, South Asian Department of the FCO, August 29th 1980, Subject: OID background paper: „Afghanistan, opposition groups“, in: TNA, FCO 37/2216, S. 5.

³¹³ Letter from Copleston, FCO, to Lavers, South Asian Department of the FCO, June 19th 1980, Subject: Pir Syed Ahmad Ali Gailani, in: TNA, FCO 37/2215, und Note of the FCO, June 24th 1980, Subject: Quatripartite Foreign Minister's Dinner, Ankara, 24 June 1980, in: TNA, FCO 37/2216.

³¹⁴ Zur Charakterisierung Gailanis vgl. Letter from Lavers, South Asian Department of the FCO, to Hurd, Private Secretary, July 23rd 1980, Subject: Afghanistan, resistance groups, in: TNA, FCO 37/2216.

³¹⁵ Vgl. Letter from Lavers, South Asian Department of the FCO, to Archer, South Asian Department of the FCO, July 3rd 1980, Subject: Afghanistan, Sayed Ahmed Gailani at Chatham House, in: TNA, FCO 37/2216, und Note of the FCO, July 1980, Subject: Afghanistan report, in: TNA, FCO 973/103.

³¹⁶ Note of the FCO, November 12th 1980, Subject: Summary record of a call of the Minister of State for Foreign Affairs and Commonwealth Affairs, the Hon Douglas Hurd CDE MP, by the leader of the National Islamic Front of Afghanistan, Sayed Ahmed Gailani, at the FCO at 3.30 pm on 12 November, in: TNA, FCO 37/2217.

Seine Berichte über die dortigen Machtverhältnisse blieben dementsprechend vage.³¹⁷ Ob Gailani selbst auf die Entwicklung vor Ort tatsächlich so viel Einfluss hatte, wie er vorgab, musste ebenfalls offenbleiben.³¹⁸ Nichtsdestotrotz wurden die Gespräche weitergeführt, bei denen das FCO stets um Diskretion gegenüber den Medien bemüht blieb. Denn, wie Außenminister Carrington Mitte August an seine Premierministerin schrieb:

“Public admission or even suspicion that we were considering or were actually supplying arms would not be helpful to the Afghans themselves, would embarrass the Pakistanis and could provoke reactions from the Russians. Our main tactic of bolstering Islamic and non-aligned opposition to the Russians will be spoilt if the conflict in Afghanistan takes on the appearance of an East/West confrontation. Our public line which has been used on several occasions in Parliament should therefore be that it is desirable that the Afghan resistance should have the wherewithal to oppose the Soviet invasion; that arms appear to be getting through; and that it is not helpful to the Afghans themselves to be specific about the sources.”³¹⁹

Auch Außenminister Genscher erklärte sich Ende Juni 1980 prinzipiell bereit, Gailani zu empfangen. Allerdings stand das Auswärtige Amt derartigen Kontakten skeptischer gegenüber als die britischen und französischen Kollegen. Keine der Widerstandsgruppen hatte eine im westlichen Sinne organisierte Partei- und Militärstruktur, geschweige denn ein Programm für den politischen Aufbau Afghanistans nach einem Abzug der sowjetischen Truppen. Statt ein gemeinsames Konzept für eine postkommunistische Ära zu entwickeln, waren sie vor allem damit beschäftigt, ihre ethnischen, religiösen und persönlichen Rivalitäten auszutragen. Gespräche mit den verschiedenen islamistischen Parteien oder der „Allianz zur Befreiung Afghanistans“ erschienen dem Auswärtigen Amt daher wenig vielversprechend, um eine dauerhafte Stabilisierung des „arc of crisis“ zu erreichen. Wie das Auswärtige Amt Mitte Dezember 1980 gegenüber dem FCO verlauten ließ, habe man noch immer keinen vollwertigen Ansprechpartner für den afghanischen Widerstand finden können. Die deutsche Politik verfolgte deshalb einen Kurs, der zwar eine allgemeine moralische Unterstützung für die Widerstandsgruppen, jedoch keine materielle Hilfe vorsah.³²⁰

Anfang Februar 1981 wandte sich Alois Mertes, der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wegen einer Kontaktaufnahme mit dem afghanischen Widerstand an Genscher. Hekmatyar befinde sich derzeit auf Einladung der unionsnahen Konrad-Adenauer- und der Hans-Seidel-Stiftung in Deutschland. Er empfehle dem Bundesaußenminister daher dringend, diese Gelegenheit zu einem direkten Gespräch mit einem „Vertreter des tapferen afghani-

³¹⁷ Das FCO erhielt außerdem Berichte über die militärische Lage vor Ort von Hassan Gailani, dem Neffen Sayyed Gailanis und Militärkommandeur der „Nationalen Islamistischen Front“ in Afghanistan. Vgl. Letter from Young to Hurd, Private Secretary, September 3rd 1980, Subject: The military situation in Afghanistan, in: TNA, FCO 37/2216.

³¹⁸ Vgl. Letter from Lever, FCO, to Alexander, Private Secretary, July 4th 1980, Subject: Sayed Ahmed Gailani, in: TNA, PREM 19/387.

³¹⁹ Vgl. Note of the Secretary of State, Lord Carrington, August 19th 1980, Subject: FCS/80/141: Help for the Afghan resistance, in: TNA, PREM 19/387, S. 1.

³²⁰ Vgl. Letter from Eldon, FCO, to Featherstonde, South Asian Department of the FCO, December 18th 1980, Subject: Afghan resistance leaders, in: TNA, FCO 37/2217.

schen Widerstands“³²¹ wahrzunehmen. Genscher nahm eine Reise nach Paris zum Vorwand, um einem solchen persönlichen Kontakt zu entgehen. Allerdings beauftragte er Staatssekretär van Well, an seiner Stelle an dem Treffen Hekmatyars mit der CDU/CSU-Fraktion teilzunehmen.³²² Von dieser Zusammenkunft ist ein Bericht des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion, Rupert Dirnecker, überliefert, den Mertes an Helmut Kohl weiterleitete. Darin heißt es, Hekmatyar, der „von manchen Seiten“³²³ als ein „afghanischer Khomeini“ beschrieben werde, habe sich in Wahrheit als ein „besonnener, prinzipiell denkender, ruhig und klug argumentierender Vertreter des afghanischen Widerstandes“ erwiesen. Er sei kein radikaler Moslemführer, sondern ein „tiefgläubiger, bescheidener und religiös-toleranter Moslem“.³²⁴ Abgesehen davon, dass Dirnecker hier einer nachhaltigen Fehleinschätzung unterlag, zeigt diese Episode, dass die Union versuchte, jede der wenigen sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen, die ihr als Oppositionspartei zur Verfügung stand, um sich selbst ein Bild zu machen und Einfluss auf die Entwicklung zu nehmen. Genscher hingegen setzte als Bundesaußenminister auf einen klassisch intergouvernementalen Kurs, vermied direkte Kontakte zum Widerstand und führte Gespräche mit dem Afghanistan-Komitee der OIC.³²⁵

Gleichwohl war sich das Auswärtige Amt darüber im Klaren, dass derartige diplomatische Bemühungen nur begrenzten Erfolg haben konnten. Hauptakteur war und blieb die Sowjetunion, die mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Neutralitätsvorschlägen der Europäer wenig Hoffnung auf eine baldige Deeskalation machte. In einem Schreiben an Bundesminister Genscher analysierte der Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, Hansen, die Lage Ende Juni 1980 und verband dies mit Empfehlungen für das weitere Vorgehen.

„Der Westen hat somit folgenden zwei, vor sechs Monaten noch nicht in dem Maße absehbaren Grundtatsachen Rechnung zu tragen: (a) weder der militärische Widerstand der Afghanen noch der politische Druck des Westens und der Dritten Welt sind kurzfristig geeignet, die SU zum Rückzug ihrer Truppen zu bewegen. Damit ist auch das westliche Teilziel

³²¹ Schreiben des außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Alois Mertes, an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vom 03.02.1980, Betr.: Gulbuddin Hekmatyar, Vorsitzender der afghanischen Widerstandsgruppe Hezb-i-Islami, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-164/3.

³²² Vgl. Vermerk für Herrn Todenhöfer vom 05.02.1980, Betr.: Besuch Hekmatyars, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-164/3.

³²³ Dirnecker bezieht sich hier auf eine Formulierung des zuständigen Referatsleiters im Auswärtigen Amt, Vortragender Legationsrat I. Klasse Steger. Vgl. Aufzeichnung des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion, Alois Mertes, o. D. [vermutlich Anfang Februar 1980], Betr.: Auskunft des Auswärtigen Amtes zu Hekmatyar, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-164/3.

³²⁴ Schreiben des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion, Alois Mertes, an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Helmut Kohl, vom 04.02.1980, Anhang: Gespräch mit Herrn Hekmatyar, Repräsentant der moslemisch-fundamentalistischen Widerstandsgruppe Afghanistans am 4.2.1981 in Bonn, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-164/3.

³²⁵ Vgl. Drahterlass des Leiters der Abt. 3 des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Meyer-Landrut, vom 03.07.1980, Betr.: Besuch des Bundeskanzlers und Bundesministers in Moskau, 30.06.–01.07.1980, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113033.

der ‚echten Ungebundenheit‘ nicht erreichbar. (b) Solange ein empfindlicher Widerstand anhält, überwiegen für die Sowjets die Nachteile ihres militärischen Engagements. Daraus folgt: (a) Truppenrückzug und echte Ungebundenheit Afghanistans bleiben die langfristigen strategischen Ziele des Westens und sollten deshalb weiterhin nachdrücklich artikuliert werden. Voraussetzung für die Durchsetzung dieser beiden Ziele ist, dass sich die Position der SU in Afghanistan nicht konsolidiert. (b) Es ist deshalb mittelfristig notwendig, dass die gegenwärtige militärische Verstrickung der SU in Afghanistan erhalten bleibt. (c) Der Westen unterstützt dementsprechend den afghanischen Widerstand in geeigneter Weise mit größerem Nachdruck.“³²⁶

Dieser Ansatz habe im Gegensatz zur bisherigen Gesamtstrategie, die auf die Wiederherstellung des Status quo ante und damit des globalen Gleichgewichts zwischen Ost und West zielte, vielfältige Vorteile, fuhr Hansen fort:

„Er orientiert sich an realistischen Zielen. Er unterscheidet zwischen langfristiger Zielsetzung und mittelfristigen Notwendigkeiten. Er ändert nicht das sowjetische Interesse an einer Fortsetzung der Entspannung in Europa. Er trägt dazu bei, amerikanische und europäische konzeptionelle Vorstellungen einander anzunähern und erleichtert Washington gegenüber die Argumentation zugunsten der Fortsetzung einer realistischen Entspannungspolitik. Er lässt erwarten, dass nach negativen Erfahrungen die SU in Afghanistan in Zukunft in der Dritten Welt eine größere Zurückhaltung übt. Er diskreditiert weiterhin den Anspruch der SU, ‚natürlicher Verbündeter‘ der Blockfreien zu sein und erhöht die Glaubwürdigkeit westlicher Dritte-Welt-Politik.“³²⁷

Bereits ein halbes Jahr nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan gestand sich das Auswärtige Amt also die Erfolglosigkeit seiner bisherigen diplomatischen Bemühungen ein. Auch wenn diese fortgeführt wurden, setzte sich der Planungsstab – unter Berufung auf einen dezidiert „realistischen“ Anspruch bundesdeutscher Außenpolitik – für die militärische Unterstützung des afghanischen Widerstands ein, um den Krieg in die Länge zu ziehen. Geprägt von den politischen Kategorien des Ost-West-Konflikts hatte die Wiederherstellung der westlichen Solidarität und die Fortsetzung der Entspannungspolitik in Europa absolute Priorität. Dies galt umso mehr, als der Bundestagswahlkampf nun in seine heiße Phase eintrat und die sozial-liberale Koalition zwang, ihr gemeinsames Prestigeprojekt gegen die Kritik der Opposition zu verteidigen und dem Wähler gegenüber glaubhaft zu machen.

4. Frieden durch Sicherheit *und* Entspannung: Genscher und die Zähmung der parlamentarischen Opposition

Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan kam für die Bundesregierung zur Unzeit. Ausgerechnet zu Beginn des Wahljahrs wurde das große gemeinsame Projekt

³²⁶ Schreiben des Leiters des Planungsstabes des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Hansen, an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher vom 20.06.1980, Betr.: Afghanistan, hier: Neubewertung der Interessenlage und der Zielsetzung des Westens, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178431, S. 4. Hervorhebungen im Original.

³²⁷ Ebd., S. 4f. Hervorhebungen im Original.

der sozial-liberalen Koalition seit 1969, die Entspannungspolitik gegenüber dem Ostblock, vor ihre bis dahin größte Herausforderung gestellt. Hatte man sich einer Illusion hingeeben? War eine Verständigungspolitik mit den kommunistischen Machthabern in Moskau eine reine Wunschvorstellung gewesen? Zeigte Breschnew nun sein wahres Gesicht? Umgekehrt stellte das sowjetische Vorgehen für die CDU/CSU eine ideale Steilvorlage dar, um die Ostpolitik der Bundesregierung in ihren Grundsätzen zu kritisieren.³²⁸

In dieser schwierigen Lage verlegte sich Genscher auf eine Taktik der „Umar-mung“. Bereits am 3. Januar 1980 unterbreitete er dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Gerhard Schröder (CDU/CSU-Fraktion), das Angebot, in den nächsten Tagen eine Sondersitzung einzuberufen, in welcher er über die aktuelle Lage in Afghanistan und die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen informieren werde. Zugleich gab das Auswärtige Amt eine Pressemitteilung heraus, um der Öffentlichkeit unverzüglich die vorbildliche Kooperationsbereitschaft des Bundesministers mit dem Parlament mitzuteilen.³²⁹ Am Vormittag des 7. Januar 1980 führte Genscher außerdem, begleitet von Staatssekretär van Well, ein Gespräch mit den beiden außenpolitischen Sprechern der CDU/CSU-Fraktion, Richard Jäger und Werner Marx.³³⁰ Er berichtete ausführlich über die Ergebnisse der bisherigen westlichen Konsultationen und Pläne zum weiteren Vorgehen der Bundesregierung. Am 10. Januar werde eine Sitzung des Bundessicherheitsrates stattfinden, über dessen Beschlüsse er in der Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses tags darauf Auskunft geben werde. Darüber hinaus versprach Genscher, Werner Marx die Drahtberichte der deutschen Botschaft in Kabul, also die unmittelbare Informationsquelle des Auswärtigen Amts vor Ort, zukommen zu lassen. Dies erfolgte zwei Tage später durch den zuständigen Leiter des Parlaments- und Kabinettsreferats, Carl Heinz Neukirchen, der sämtliche Fernschreiben aus Kabul seit dem sowjetischen Einmarsch an Marx weiterleitete.³³¹ Vereinbart wurde außerdem, dass die Inhalte dieses Acht-Augen-

³²⁸ Dieser Ansicht war auch Ministerialdirigent von der Gablentz, der in einem Schreiben an den Bundeskanzler davor warnte, dass eine innenpolitische Diskussion über das Konzept und die Teilbarkeit der Entspannung „unerschöpfliche Munition“ für parteipolitische Auseinandersetzungen über zehn Jahre sozial-liberale Ostpolitik biete und bis zur Bundestagswahl im Oktober wohl auch weiter anhalten werde. Vgl. dazu Schreiben des Leiters der Gruppe 21 im Bundeskanzleramt, Ministerialdirigent von der Gablentz, an Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 24.01.1980, Betr.: Gespräch über die weltpolitische Lage mit Spitzenpolitikern der Opposition, in: BArch, B 136/29793.

³²⁹ Vgl. Information Nr. 1001/80 des Pressereferats des Auswärtigen Amts vom 03.01.1980, Betr.: Unterrichtung des Auswärtigen Ausschusses, in: PA-AA, B 37, UA 34 (Zwischenarchiv), Bd. 113030.

³³⁰ Vgl. zum Folgenden Schreiben des MdB Dr. Werner Marx an Dr. Helmut Kohl, Dr. Fritz Zimmermann, Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Dr. Richard Jaeger und Dr. Alois Mertes vom 07.01.1980, Betr.: Gespräch zwischen Außenminister Genscher, Staatssekretär van Well und den beiden Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion, Richard Jaeger und Werner Marx am 07.01.1980, in: ACDP, Nachlass Werner Marx, 01-356-035/6, S. 1–11.

³³¹ Schreiben des Leiters des Parlamentsreferats des Auswärtigen Amts, Dr. Neukirchen, an MdB Werner Marx vom 09.01.1980, in: ACDP, Nachlass Werner Marx, 01-356-A0/157. Demgegenüber beschwerte sich das Bundesverteidigungsministerium beim Bundes-

Gesprächs „so wie bei früheren ähnlichen Gesprächen auch“³³² ausschließlich Helmut Kohl als Fraktions- und Parteivorsitzenden, Friedrich Zimmermann als stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Landesgruppenvorsitzenden der CSU sowie Franz Josef Strauß als Vorsitzenden der CSU und Kanzlerkandidaten der Union zur Kenntnis gebracht werden sollten.

Außer an die genannten Personen sandte Marx den Bericht auch an den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion, Alois Mertes, was zu einem bemerkenswerten Briefwechsel führte.³³³ Mertes beschwerte sich darüber, dass nicht auch er zu diesem exklusiven Gespräch eingeladen worden sei. Derartige Störungen „sinnvoller außenpolitischer Sacharbeit“ und angemessener „parlamentarischer Urteilsbildung“ innerhalb der eigenen Fraktion müssten endlich behoben werden. Er persönlich halte weiter an seiner Linie fest, dass in essenziellen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik ein nationaler Konsens über Parteigrenzen hinweg anzustreben sei. Daraufhin antwortete Marx „äußerst frap-piert“, er könne die dargelegten Unterstellungen nur zurückweisen. „Es sieht so aus, als ob du annehmen würdest, ich sei nicht oder nur schwerlich in der Lage, den Darlegungen der Regierung zu folgen und die richtigen Fragen zu stellen.“³³⁴ Den Appell zum Konsens konterte er mit den Worten:

„Wir sind auch in dieser Sache gar nicht weit auseinander, aber ich kann immer noch keinen Sinn darin sehen, dass wir ständig und öffentlich den Außenminister loben, der zugleich FDP-Vorsitzender ist und den wir im Wahlkampf (und nicht nur im Wahlkampf) als politischen Gegner bekämpfen sollen. Es wird immer schwerer fallen, dem Publikum klarzumachen, weshalb ein Mann und eine Politik, die wir so loben, sich in der Koalition mit der SPD wohler fühlt und warum wir ihn, den wir loben, nicht zur Wahl empfehlen.“³³⁵

Dieser Briefwechsel zeigt – neben offensichtlichen persönlichen Antipathien zwischen Marx und Mertes – das Dilemma der Union Anfang Januar 1980. Sachlich hatte man der Post-Afghanistan-Strategie Genschers wenig Konstruktives entge-genzusetzen, die Zustimmung zum Kurs der Bundesregierung aber schwächte die eigene Position im Wahlkampf. Genau dies machte sich Genscher zunutze. Wie

kanzler über die mangelhafte Informationspolitik des Auswärtigen Amts. Wiederholt seien Fernschreiben aus Kabul über die militärische Lage in Afghanistan gar nicht oder nur bruchstückhaft weitergeleitet worden. Vgl. dazu Schreiben des Leiters der Gruppe 23 im Bundeskanzleramt, Oberst im Generalstab Genschel, an den Leiter der Abt. 2 des Bundeskanzleramts, Ministerialdirektor von Staden, vom 10. 01. 1980, Betreff: Krise um Afghanistan, hier: Information des BMVg durch das Auswärtige Amt, in: BArch, B 136/16585.

³³² Vgl. zum Folgenden Schreiben des MdB Dr. Werner Marx an Dr. Helmut Kohl, Dr. Fritz Zimmermann, Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Dr. Richard Jaeger und Dr. Alois Mertes vom 07. 01. 1980, Betr.: Gespräch zwischen Außenminister Genscher, Staatssekretär van Well und den beiden Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion, Richard Jaeger und Werner Marx am 07. 01. 1980, in: ACDP, Nachlass Werner Marx, 01-356-035/6, S. 1–11, hier: S. 1.

³³³ Vgl. zum Folgenden Schreiben des MdB Werner Marx an MdB Alois Mertes vom 07. 01. 1980, in: ACDP, 01-356-055/2, und Schreiben des MdB Alois Mertes an MdB Werner Marx vom 08. 01. 1980, in: ACDP, Nachlass Werner Marx, 01-356-055/2.

³³⁴ Schreiben des MdB Werner Marx an MdB Alois Mertes vom 07. 01. 1980, in: ACDP, Nachlass Werner Marx, 01-356-055/2, S. 1.

³³⁵ Ebd., S. 2.

angekündigt berichtete er am 11. Januar in einer dreieinhalbstündigen Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses über den aktuellen Stand der Dinge und stellte sich den Fragen der Parlamentarier.³³⁶ Fünf Tage später fand eine weitere Ausschusssitzung statt, in der BND-Chef Klaus Kinkel ausführlich zu den militärischen Einzelheiten der sowjetischen Invasion und den sie betreffenden nachrichtendienstlichen Erkenntnissen der Bundesregierung Stellung nahm.³³⁷

Genscher behielt seine offensive Informationsstrategie bei, als er Ende Januar von seiner USA-Reise zurückkehrte. Unmittelbar nach seiner Ankunft informierte er zunächst das Kabinett, woraufhin der Regierungssprecher eine Presseerklärung abgab. Genscher habe mit US-Präsident Carter und in Übereinstimmung mit den europäischen Verbündeten vereinbart, im Rahmen der NATO eine gemeinsame Deeskalationsstrategie zu entwerfen. Genscher selbst erklärte außerdem, das Treffen sei in ausgesprochen freundschaftlicher Atmosphäre abgelaufen. Bonn und Washington stimmten in prinzipiellen Fragen vollständig überein. Das weitere Procedere innerhalb der Allianz werde nun entsprechend dem Grundsatz der Lastenteilung mit den Partnern abgestimmt. Die Presseberichterstattung fiel dementsprechend wohlwollend aus. Der Bundesaußenminister habe die Solidarität mit den Vereinigten Staaten wiederhergestellt und gleichzeitig ein positives Gesprächsklima erzeugt – was angesichts der anhaltenden Differenzen zwischen Carter und Schmidt keine Selbstverständlichkeit war. Mit dem Hinweis auf das *burden sharing* innerhalb der NATO erhielt sich der Bundesaußenminister den notwendigen taktischen Spielraum, um Unterschiede im deutschen und amerikanischen Vorgehen auch künftig rechtfertigen zu können.³³⁸ Mit diesem Presseecho im Rücken benachrichtigte Genscher zwei Tage später den Auswärtigen Ausschuss und lud gemeinsam mit Helmut Schmidt die Oppositionsführer zu einem Gespräch ein.³³⁹ Genscher hatte auf diese Weise zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Seine vorbildliche Informationspolitik gegenüber der Union bot dieser keinerlei Angriffsfläche für Kritik, selbst Franz Josef Strauß musste widerwillig einräumen, dass die Information durch die Bundesregierung „sehr offen und umfassend“ gewesen sei.³⁴⁰

Dieses Dilemma der Opposition spiegelte sich auch in den Debatten des Auswärtigen Ausschusses wider. Ernsthaftige Differenzen über das unmittelbare Krisen-

³³⁶ Vgl. zum Folgenden Protokoll der 65. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 11. 01. 1980, in: Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (Hrsg.), *Der Auswärtige Ausschuss*, S. 1381–1417.

³³⁷ Protokoll der 66. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 16. 01. 1980, in: Ebd., S. 1417–1445.

³³⁸ Vgl. Telegram No. 88 from the British Ambassador at Bonn, Wright, to the FCO, January 24th 1980, Subject: Visit of Genscher to Washington, in: TNA, FCO 98/894.

³³⁹ Vgl. dazu Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 24. 01. 1980, Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Strauß, Kohl und Zimmermann, in: AAPD 1980, Dok. 23, S. 144–147, und Schreiben des Gruppenleiters 21 des Bundeskanzleramts, Ministerialdirigent von der Gablentz, vom 24. 01. 1980, Betr.: Gespräch über die weltpolitische Lage mit Spitzenvertretern der Opposition, in: BArch, B 136/29793.

³⁴⁰ Vgl. dazu dpa-Meldung vom 24. 01. 1980, Betr.: Kanzler beriet mit Opposition über weltpolitische Lage, in: ACDP, Pressearchiv, Afghanistan.

management des Auswärtigen Amtes waren nicht zu erkennen. Kontrovers diskutiert wurde vielmehr über Grundsätzliches, wie die Motive der Sowjetunion, die Frage der „Vorhersehbarkeit“ einer solchen Invasion und über unterschiedliche Interpretationen des Entspannungsbegriffs. Wenig überraschend waren es vor allem die Kollegen Amrehn, Czaja und Marx, die versuchten, der Bundesregierung ein Scheitern ihrer Politik zu diagnostizieren. Entgegen der Behauptung, die Koalition führe eine „realistische“ Entspannungspolitik, zeige Afghanistan, dass die sozial-liberale Ostpolitik sich von Beginn an der Illusion hingegeben habe, Breschnew hätte ernsthaftes Interesse an Frieden und Entspannung. Unterschwellig richtete sich dieser Vorwurf allerdings weniger an Genscher als an die Sozialdemokraten, denen die Union wegen ihrer vermeintlichen ideellen Nähe zum Kommunismus stets ungehörlichen Idealismus und mangelndes Bewusstsein für verteidigungspolitische Notwendigkeiten vorwarf.

Viel auffälliger hingegen ist, dass Genscher bei seinen wortgewandten Antworten immer wieder zustimmende Zwischenrufe gerade von Seiten der Opposition erhielt. Diese erfolgten vor allem bei jenen Passagen, bei denen Genscher die unbedingte Notwendigkeit strikter Solidarität mit den Vereinigten Staaten hervorhob. Zwischen den Verbündeten bestehe weitgehende Einigkeit und dort, wo dies noch nicht der Fall sei, müsse mit allen zur Verfügung stehenden Kräften daran gearbeitet werden, diese herzustellen. Um den „Realismus“ und die Kontinuität der sozial-liberalen Entspannungspolitik zu verdeutlichen, verband Genscher die Afghanistan-Krise mit dem wenige Wochen zuvor verabschiedeten NATO-Doppelbeschluss, um sich die Zustimmung der Union zu sichern:

„Die Tatsache, dass es für mich und die ganze Regierung – ich spreche hier für die Bundesregierung – nie zweifelhaft war, dass Entspannungspolitik nur auf der Grundlage eines handlungsfähigen Bündnisses möglich ist, unterstreicht die Überzeugung der Bundesregierung – davon ging sie aus, und davon geht sie aus –, dass die Sowjetunion nicht mit bloßem Zureden zur Zurückhaltung in expansiver Politik zu bewegen ist. Die Sowjetunion wird vielmehr dort Zurückhaltung üben, wo sie erhebliche Risiken einkalkulieren muss. [...] Deshalb kann ich nur sagen: Für mich ist Entspannung unteilbar, und zwar in jeder Beziehung. Ich habe daran nie einen Zweifel gelassen. [...] Der NATO-Doppelbeschluss macht das sehr deutlich.“³⁴¹

Genscher beharrte auf dem umstrittenen Begriff der „Unteilbarkeit“ der Détente, suggerierte damit entspannungspolitische Kontinuität und interpretierte ihn gleichzeitig neu. Nicht mehr die geographische Zusammengehörigkeit europäischer und weltweiter Détente stand zur Debatte, sondern der innere Zusammenhang zwischen Entspannung und Sicherheit. Da diese Doppelstruktur die Grundlage des Harmel-Berichts und Nachrüstungsbeschlusses der NATO bildete, konnten die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion sie schwerlich ablehnen. Auf den Vorwurf, die Bundesregierung habe die sowjetische Invasion sehenden Auges in Kauf genommen, antwortete Klaus Kinkel ausführlich in der Sitzung vom 16. Ja-

³⁴¹ Vgl. zum Folgenden Protokoll der 65. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 11. 01. 1980, in: Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (Hrsg.), Der Auswärtige Ausschuss, S. 1381–1417, hier: S. 1414.

nuar und wies bezüglich etwaiger Versäumnisse darauf hin, dass die amerikanischen Sicherheitsbehörden über weit bessere nachrichtendienstliche Möglichkeiten verfügten.³⁴² Ein entsprechend frühzeitiger Hinweis Washingtons sei jedoch in Bonn nicht eingegangen. Eine Kritik am BND sei somit eine Kritik an den Vereinigten Staaten. Wieder fiel es der Unionsfraktion schwer, überzeugend gegen Genschers Politik Position zu beziehen, ohne sich dem Vorwurf mangelnder Bündnistreue auszusetzen.

Neben diesen inhaltlichen und terminologischen Diskussionen verstand es Genscher, durch humorvolle Repliken ein positives Gesprächsklima im Ausschuss zu erzeugen. Während er gerade über die Notwendigkeit eines blockfreien Afghanistans dozierte, rief beispielsweise der liberale Abgeordnete Kurt Jung dazwischen: „Auf die innenpolitische Situation bezogen: die FDP als Blockfreie!“ Genscher konterte: „Das spricht für mein Argument, dass die Blockfreiheit ein Element der Stabilität ist, Herr Kollege Jung“,³⁴³ was zu allgemeiner Heiterkeit unter den Anwesenden führte.

Im Auswärtigen Ausschuss hatte Genscher somit – noch bevor Helmut Schmidt überhaupt aus dem Urlaub zurückgekehrt war – eine relativ breite parlamentarische Zustimmung zur Afghanistan-Politik der Bundesregierung und ihrer Verbündeten erzielt. Am 9. Januar 1980 bekräftigte Alois Mertes, unterstützt von Helmut Kohl, in einem Interview mit dem Bonner *General-Anzeiger* offiziell, dass die CDU den Kurs der Bundesregierung mittrage.³⁴⁴ Dies war für das politische Profil der Union umso verheerender, als Werner Marx in seiner Funktion als außenpolitischer Sprecher der Fraktion einen Tag zuvor ein Interview mit dem NDR geführt hatte, in dem er mit Nachdruck eine Kurskorrektur der deutschen Außenpolitik forderte.³⁴⁵ Noch irritierender wirkte dies, als er im selben Augenblick erklärte, er bekenne sich dazu, dass die Entspannung global und folglich unteilbar sei. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan habe deshalb der Weltöffentlichkeit das Scheitern der sozial-liberalen Ostpolitik seit 1969 vor Augen geführt. Marx übernahm also die Wortwahl der Bundesregierung, legte dieselben Begrifflichkeiten jedoch anders aus. In der Öffentlichkeit musste dies nahezu zwangsläufig zu mehr Verwirrung statt zur Klärung diplomatischer Semantiken führen. Ein schärferes außenpolitisches Profil konnte die Union damit jedenfalls nicht gewinnen.³⁴⁶

³⁴² Vgl. Protokoll der 66. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 16. 01. 1980, in: Ebd., S. 1417–1445, hier: S. 1419f.

³⁴³ Vgl. zum Folgenden Protokoll der 65. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 11. 01. 1980, in: Ebd., S. 1381–1417, hier: S. 1414.

³⁴⁴ Vgl. Telegram No. 31 of the British Ambassador at Bonn, Wright, to the FCO, January 19th 1980, Subject: Afghanistan, hier: FRG reactions, in: TNA, FCO 28/3997.

³⁴⁵ Vgl. Aufzeichnung der BPA-Nachrichtenabteilung vom 08. 01. 1980, Betr.: Interview des MdB Dr. Werner Marx mit dem NDR II für die Sendung „Kurier am Morgen“ am 08. 01. 1980, 7.47 Uhr, in: ACDP, Pressearchiv, 0/073 Allg. S-2 CDU, Bl. 18–20.

³⁴⁶ Zu den widersprüchlichen Äußerungen der Unionsabgeordneten zur Frage einer gemeinsamen Außenpolitik mit der Bundesregierung vgl. auch die Presseberichterstattung: Regierung findet Rückhalt bei der CDU: Bonn will die Politik der Entspannung fortführen, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 8 vom 10. 01. 1980, S. 1, und: Nach tagelangem Schwanken: Die Opposition macht Front gegen die Ostpolitik der Bundesregierung, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 9 vom 11. 01. 1980, S. 1f.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Bundestagsdebatte vom 17. Januar, in welcher die Afghanistan-Politik der Bundesregierung diskutiert wurde, wird deutlich, wie sehr die parlamentarische Auseinandersetzung eine Bühne des beginnenden Wahlkampfes bildete. Zudem wurden die dort gehaltenen Reden in manchen Zeitungen, beispielsweise in der *Welt* und der *Süddeutschen Zeitung*, in umfangreichen Auszügen wörtlich abgedruckt. Mehr als heute, wo lediglich Minutenbruchteile durch die *Tagesschau*-Nachrichten flimmern, konnte der zeitgenössische Wähler die Aussagen der verschiedenen Parteien ausführlich und kontextgebunden lesen. Dem Auftritt des Einzelnen in der Plenardebatte kam damit erhebliche Bedeutung zu.³⁴⁷ Helmut Schmidt entwarf in seiner Rede zunächst einen Bedrohungshorizont, um anschließend für ein nüchternes, wohlüberlegtes Krisenmanagement zu plädieren. Mit der militärischen Besetzung Afghanistans habe sich die Sowjetunion

„bis auf wenige hundert Kilometer an den Indischen Ozean, an den Persischen Golf und an die Erdöllagerstätten herangeschoben. Sie hat zusätzlich politische Hebel gegenüber den anderen Staaten der Region gewonnen. [...] Kein Zweifel: In der Weltpolitik ist ein schweres Wetter aufgezogen. Deshalb müssen wir unsere deutsche Interessenlage und die westliche Interessenlage insgesamt mit ruhigem Blick prüfen. Wir müssen unser Land mit sicherer Hand durch die Turbulenzen hindurchsteuern. Wir können dazu keine Nervosität brauchen, kein Krisengeschrei, auch keine aufgeregten oder gar scharfmacherischen Reden. Vielmehr brauchen wir statt dessen ein sorgfältig überlegendes, ein sorgfältig überlegtes ‚Crisis Management‘.“³⁴⁸

Insgesamt aber blieb der Bundeskanzler relativ blass, während die Mitglieder der Unionsfraktion die Politik der Bundesregierung und vor allem die Haltung der SPD attackierten. Den Sozialdemokraten wurde vorgeworfen, die sowjetischen Ziele, Absichten und Methoden illusionär und damit eben nicht realistisch einzuschätzen sowie den aggressiven Charakter kommunistischer Politik übersehen zu wollen.³⁴⁹ Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Helmut Kohl, richtete sei-

³⁴⁷ Zur Bedeutung des Parlaments für die medial vermittelte Interaktion zwischen Politikern und Wählern vgl. Werner J. Patzelt, Das Parlament als Kommunikationsraum. Funktionslogik und analytische Kategorien, in: Andreas Schulz/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum*, Berlin 2012, S. 45–73; Thomas Mergel, Funktionen und Modi des Sprechens in modernen Parlamenten. Historische und systematische Überlegungen, in: Ebd., S. 229–246; Armin Burkhardt, Debattieren im Schaufenster. Zu Gebrauch und Pervertierung einiger parlamentarischer Sprachformen im Deutschen Bundestag, in: Ebd., S. 301–331; Stefan Marschall, „Forum der Nation“? Die Volksvertretung, die Medien und die Publizität parlamentarischer Arenen, in: Schatz, Politische Akteure in der Mediendemokratie, S. 147–162, und Heinrich Oberreuter, Parlament und Medien in der Bundesrepublik Deutschland, in: Uwe Thyssen/Roger H. Davis/Robert G. Livingstone (Hrsg.), *US-Kongress und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich*, Opladen 1988, S. 500–515.

³⁴⁸ Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt vor dem Deutschen Bundestag am 17. 01. 1980, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), *Bulletin der Bundesregierung Nr. 8 vom 18. 01. 1980*, S. 61–65, hier: S. 62.

³⁴⁹ Vgl. 196. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 17. 01. 1980, in: *Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte*, 8. Wahlperiode, Bd. 113, Bonn 1980, S. 15577A–15661C.

ne Worte direkt an den Bundesaußenminister: „Herr Kollege Genscher, wenn Sie Gemeinsamkeit wollen, dann sorgen Sie dafür, dass dieses Vermögen einer realistischen Lageeinschätzung zum Wohle unseres Volkes bei Ihrem Koalitionspartner einkehrt!“³⁵⁰ Da die Mitglieder der Unionsfraktion wie zuvor im Ausschuss jedoch keine konstruktive Alternative anbieten konnten, wiederholten sie gebetsmühlenartig die Notwendigkeit unbedingter Solidarität mit den Vereinigten Staaten.

Genscher wiederum appellierte an eine parteiübergreifende, sachliche Politik für den Frieden:

„Jedem wird in dieser Lage bewusst, was es bedeutet – was gestern noch als selbstverständlich genommen wurde –, dass wir hier in Europa seit 35 Jahren keinen Krieg haben. Meine Damen und Herren, alle, wo immer sie politisch stehen mögen, sind vereint in dem Willen, alles zu tun, damit das nicht gefährdet wird. Denn ohne Frieden geht nichts.“³⁵¹

Die von Helmut Kohl geäußerte Kritik am Begriff der „realistischen Entspannungspolitik“ konterte Genscher wie immer gut vorbereitet:

„Nicht nur der Frieden muss gesichert werden, auch die Ergebnisse der Vertragspolitik und die Voraussetzungen für weitere Fortschritte dürfen von uns nicht aufs Spiel gesetzt werden. Das meinen wir, wenn wir sagen: Wir wollen unsere realistische Entspannungspolitik fortsetzen. Herr Kollege Kohl, wir wollen hier einen Dialog führen. Ich habe heute morgen, fast vorausahnend, dass Sie sagen würden, ich sagte zum erstenmal ‚realistische Entspannungspolitik‘, einen Mitarbeiter gebeten, einmal schnell herauszusuchen, wie viele Erklärungen es von mir dazu gibt. [...] Sie sagten, Sie hätten das von mir sozusagen zum erstenmal gehört. Es waren 23 Male, und zum erstenmal war es am 23. August 1974.“³⁵²

Damit versuchte Genscher – wie immer penibel – sozusagen schwarz auf weiß die Kontinuität seiner Politik zu demonstrieren. Wie auf diplomatischer Ebene verband er den Slogan einer „realistischen Entspannungspolitik“ mit dem Begriff des Friedens, die Vertreter der CDU/CSU-Fraktion koppelten diesen hingegen stets mit der Gefahr des Krieges. Wenn man die sowjetischen Motive falsch einschätzte – wie dies die blauäugig agierende SPD tue – verleite man Moskau dazu, ungestraft Krieg zu führen.³⁵³

Wie sehr der Bundesaußenminister mit seinem Appell an den Frieden den Ton der Zeit traf, zeigt die Auswertung entsprechender, vom Bundespresseamt in Auftrag gegebener Meinungsumfragen für Januar und Februar 1980.³⁵⁴ Insgesamt

³⁵⁰ Ebd., S. 15586D.

³⁵¹ Ebd., S. 15593D–15594A.

³⁵² Ebd., S. 15595C. Zum Wortlaut des Interviews vgl. Genscher: *Entspannung allein schafft noch keine Sicherheit*. Interview des Bonner General-Anzeigers mit Bundesaußenminister Genscher vom 23.08.1974.

³⁵³ Die Bundestagsdebatte vom 28.02.1980 ergibt ein ähnliches Bild, vgl. 203. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 28.02.1980, in: *Deutscher Bundestag* (Hrsg.), *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*. Stenographische Berichte, 8. Wahlperiode, Bd. 114, Bonn 1980, S. 16167D–16222D.

³⁵⁴ Vgl. Schreiben des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung an Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 14.01.1980, Betr.: *infra*-Wochenberichte (Zeitraum: 17.–30.12.1979 und 24.12.79–6.1.1980), in: *AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv*, 1/HSA009145; Schreiben des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung an Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 01.02.1980, Betr.: *infra*-Wochenberichte (Zeitraum: 14.–27.01.

waren die bislang optimistischen Zukunftserwartungen der deutschen Bevölkerung deutlich pessimistischer geworden, die Angst vor einem Krieg stieg. Mitte Januar waren laut Umfrage etwa 41 Prozent der Bundesbürger davon überzeugt, dass „ein dritter Weltkrieg früher oder später unvermeidbar sei“.³⁵⁵ Gleichzeitig blieb die politische Stimmung für die Bundesregierung unverändert günstig. Unabhängig davon, wie man die empirische Belastbarkeit derartiger Umfragen beurteilt, konnte sich Genscher in seiner Taktik bestätigt sehen. Die Mehrheit der Bundesbürger unterstützte nach wie vor den Kurs der Regierung, die sozial-liberale Entspannungspolitik hatte trotz Afghanistan bislang keinen nachhaltigen Schaden genommen. Das Wahlprogramm der FDP trug denn auch den Titel „Das Wichtigste ist der Frieden. Die Herausforderung der Zukunft.“³⁵⁶

Dagegen appellierte Helmut Kohl in einer Fraktionssitzung fast verzweifelt an seine Parteikollegen, die Union müsse sich endlich die Kriegsangst der deutschen Bevölkerung zunutze machen. Dort liege die große Chance, die sozial-liberale Ostpolitik endlich vom Sockel zu stoßen.³⁵⁷ Ähnlich äußerte sich auch Manfred Wörner vor der Fraktion:

„Der entscheidende gedankliche und politische Ansatz der CDU bleibt es, zu verhindern, dass durch eine falsche Außen- und Sicherheitspolitik der Weg in den Dritten Weltkrieg beschritten wird. Wir wollen und machen eine Politik, die den Dritten Weltkrieg verhindert, während der Weg, den die Regierung gegangen ist – und er wird auch fortgesetzt – in den dritten Weltkrieg führen muss! So muss man das, glaube ich, der Bevölkerung auch darstellen.“³⁵⁸

Wie weit die Opposition von ihrer „Chancenverwertung“ allerdings noch entfernt war, zeigte die parlamentarische Debatte um die Frage, ob sich die Bundesrepu-

1980), in: Ebd., und Schreiben des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung an Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 15.02.1980, Betr.: infra-Monatsbericht (Zeitraum: 31.12.1979–03.02.1980), in: Ebd. Zu Bedeutung der Demoskopie für die parteipolitische und mediale Auseinandersetzung in der Bundesrepublik in den 1970er Jahren vgl. Anja Kruke, Der Kampf um die politische Deutungshoheit. Meinungsforschung als Instrument von Parteien und Medien in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 293–326.

³⁵⁵ Schreiben des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung an Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 03.03.1980, Betr.: infra-Wochenberichte (Zeitraum: 21.01.–10.02.1980), in: AdSD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009146, S. 2.

³⁵⁶ Zum Wahlprogramm der FDP vgl. Günter Verheugen (Hrsg.), Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P., Baden-Baden 1980, S. 597–691. Zur Entwicklung des Wahlkampfes insgesamt vgl. Marco Michel, Die Bundestagswahlkämpfe der FDP 1949–2002, Wiesbaden 2005, S. 155–167. Bereits in seiner Rede beim traditionellen Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart am 06.01.1980 hatte Genscher die „Verantwortung für den Frieden“ zum zentralen Schlagwort der Liberalen im Wahlkampf erklärt. Vgl. Rede des Bundesvorsitzenden der Freien Demokratischen Partei, Hans-Dietrich Genscher. Dreikönigstreffen Stuttgart, 06.01.1980, in: freie demokratische korrespondenz Nr. 5 (1980), S. 1–22.

³⁵⁷ Vgl. Aufzeichnung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 12.02.1980, Betr.: Protokoll der Fraktionssitzung vom 12.02.1980, in: ACDP, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 08-001-1060/1.

³⁵⁸ Vgl. Aufzeichnung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 15.01.1980, Betr.: Protokoll der Fraktionssitzung vom 15.01.1980, in: ACDP, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 08-001-1060/1, S. 15.

blik am Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau beteiligen sollte. In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 11. Januar hatte Genscher erklärt, er empfinde es als unglücklich, dass dieses Thema bereits Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden sei. Er selbst halte „offen gesagt nicht viel von einem Boykott“.³⁵⁹ Allerdings, so fügte er hinzu, könne es „in der Politik manchmal auch so sein, dass man eine Maßnahme, auch wenn man sie innerlich nicht für tauglich hält, als Option in der Öffentlichkeit stehen lässt“.³⁶⁰ Genschers kritische Haltung gegenüber einem Olympia-Boykott schien der Opposition eine der wenigen Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden und ihre Solidarität mit den USA zu demonstrieren.³⁶¹ Seit Ende Januar arbeitete die Unionsfraktion deshalb an einem entsprechenden Antrag und beschloss am 15. April dessen Einbringung in die nächste Plenarsitzung des Deutschen Bundestages.³⁶² Wenige Stunden vor der Parlamentsdebatte, am Vormittag des 23. April 1980, entschied die Bundesregierung allerdings in ihrer Kabinettsitzung, dem amerikanischen Druck nachzugeben und ebenfalls für einen Olympia-Boykott zu votieren.³⁶³ So brachte die Union am Nachmittag zwar ihren Antrag ein,³⁶⁴ verabschiedet aber wurde angesichts der übereinstimmenden Haltung eine Gemeinsame Entschließung aller Fraktionen.³⁶⁵ Diese enthielt nicht nur den Hinweis, dass eine solche Empfehlung ausschließlich aus Gründen der Solidarität mit den Vereinigten Staaten ausgesprochen werde, sondern auch den exakten Wortlaut derjenigen Formulierung, die Genscher in den Verhandlungen mit den Verbündeten durchgesetzt und gegenüber der Sowjetunion wiederholt verwendet hatte: Moskau müsse „die Voraussetzungen schaffen“, dass Sportler aller Ländern an den Spielen teilnehmen könnten.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Friedrich Zimmermann, versuchte in der Plenardebatte wenig erfolgreich zu retten, was zu retten

³⁵⁹ Protokoll der 65. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 11. 01. 1980, in: Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (Hrsg.), Der Auswärtige Ausschuss, S. 1381–1417, hier: S. 1416.

³⁶⁰ Ebd.

³⁶¹ Vgl. Finessen im Schachspiel um Olympia, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 19 vom 23. 01. 1980, S. 3.

³⁶² Vgl. Aufzeichnung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 22. 01. 1980, Betr.: Protokoll der Fraktionssitzung vom 22. 01. 1980, in: ACDP, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 08-001-1060/1, S. 1–30, und Aufzeichnung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 15. 04. 1980, Betr.: Protokoll der Fraktionssitzung vom 15. 04. 1980, in: ACDP, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 08-001-1061/1, S. 15.

³⁶³ Vgl. Aufzeichnung des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt, Schüler, vom 14. 04. 1980, Betr.: Ministergespräch unter Vorsitz des Bundeskanzlers mit den Bundesministern Genscher, Apel und Graf Lambsdorff am 13. 04. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 109, S. 599–601.

³⁶⁴ Vgl. dazu Antrag der Fraktion der CDU/CSU vom 15. 04. 1980, Betr.: Nichtteilnahme der deutschen Sportler an den Olympischen Spielen in Moskau, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Drucksachen, 8. Wahlperiode, Bonn 1980, Drucksache 8/3904.

³⁶⁵ Vgl. 213. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 23. 04. 1980, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 8. Wahlperiode, Bd. 113, Bonn 1980, S. 17097C–17109C. Der Gemeinsame Entschließungsantrag findet sich in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Drucksachen, 8. Wahlperiode, Bonn 1980, Drucksache 8/3940.

war, und betonte, dass es die Union gewesen sei, die als Erste für einen Boykott geworben habe.³⁶⁶ Gutgeschrieben wurde dieser Erfolg jedoch nicht der Union, sondern der Regierungskoalition. Ihr war es erneut gelungen, der Opposition das Heft des Handelns aus der Hand zu nehmen. Allerdings war dies nicht ohne beträchtliche Widerstände innerhalb der FDP gelungen. Die Rede des Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick ließ daran keinen Zweifel.³⁶⁷ Er kritisierte zum einen das Verhalten der US-Administration, die eigenmächtig Entscheidungen ohne Konsultationen mit den Verbündeten treffe, von diesen anschließend aber Solidarität erwarte. Zum anderen betonte er, dass es den Vorstellungen der Liberalen widerspreche, wenn die Politik meine, den Sportverbänden Entscheidungen aufzwingen zu können. Bei dem vorliegenden Entschließungsantrag handle es sich daher um eine reine Empfehlung des Bundestages – das Nationale Olympische Komitee sei weiterhin frei, seine eigenen Entscheidungen zu treffen. Wenige Tage später erhielt Mischnick wütende Post einiger FDP-Mitglieder. Beispielfhaft soll hier ein derartiges Schreiben von Sibylle F. angeführt werden:

„Ich bedaure sehr das Abstimmungsergebnis zur Olympia-Boykott-Empfehlung am 23.4.80. Als aktives F.D.P.[-]Mitglied weiß ich sehr wohl, wie wichtig Parteidisziplin ist, doch bei dieser Abstimmung ging es weder um den Bestand der Koalition noch um eine Vertrauenserklärung für die Bundesregierung, deshalb ist es für mich unbegreiflich, dass nicht ein F.D.P.[-]Abgeordneter gegen den Boykott votierte. Da doch auch die C.D.U. den Entschließungsantrag akzeptierte, wären Gegenstimmen möglich gewesen! [...] Gerade meiner Generation, die nach dem Krieg geboren wurde, sind die jahrelangen, zähen Bemühungen Willi [sic!] Brandts und vieler F.D.P.[-]Politiker bewusst. Durch den bedingungslosen Treueschwur mit Carter und dieser Boykott[-]Empfehlung werden alle Anstrengungen in Frage gestellt, und die Konflikte verschärft. Gab es wirklich keinen F.D.P.[-]Abgeordneten, der nicht die gleichen Ängste wie ein großer Teil der Bundesbürger hat? [...] Abstimmungsergebnisse ohne Gegenstimmen einer Fraktion im Bundestag zu einem so zwiespältigen Thema lehne ich, ein zutiefst liberal denkender Mensch, als undemokratisch ab.“³⁶⁸

Auch wenn ein direkter Beleg nicht vorliegt, so besteht doch kein Zweifel, dass Genscher hier in seiner Funktion als Parteivorsitzender entsprechenden Druck auf die Fraktion ausgeübt hatte, um ein geschlossenes Abstimmungsergebnis zu erzielen. Dass Mischnick Genschers Drängem nur ungern gefolgt war, zeigt sein Antwortschreiben an Sibylle F.:

„In dem vom Deutschen Bundestag angenommenen Entschließungsantrag, mit einer Empfehlung an das NOK zur Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen verbunden, kommt das ehrliche und alle Möglichkeiten ausschöpfende Bemühen der Fraktionen von FDP und SPD sowie der Bundesregierung zum Ausdruck, der UdSSR einen Weg zu öffnen, Voraussetzungen für die Teilnahme der Mannschaft aus der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen. Wie schwer trotzdem einigen meiner Kollegen und mir die getroffene Ent-

³⁶⁶ Vgl. 213. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 23.04.1980, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 8. Wahlperiode, Bd. 113, Bonn 1980, S. 17097C–17109C, hier: S. 17099D–17103D.

³⁶⁷ Vgl. ebd., S. 17106D–17109C.

³⁶⁸ Schreiben des FDP-Mitglieds Sibylle F. an den Fraktionsvorsitzenden der FDP, Wolfgang Mischnick, vom 07.05.1980, in: AdL, Bestand Mischnick, A38-471, Bl. 137VS–137RS.

scheidung gefallen ist, werden Sie beim Lesen meiner Rede, deren Text ich im Auszug aus dem Sitzungsprotokoll beifüge, spüren.“³⁶⁹

Diplomatisch versuchte Mischnick, den Ärger der Parteimitglieder aufzufangen. Genscher hatte seine Position im Afghanistan-Konflikt, die sich nach den Erfordernissen seiner außenpolitischen Strategie richtete, gegen erhebliche Widerstände in der Fraktion durchsetzen können und zeichnete in der Öffentlichkeit ein Bild der Kontinuität und Verlässlichkeit seiner Politik und seiner Person. Zugleich verschaffte ihm dies auch größeren Handlungsspielraum auf diplomatischer Ebene.³⁷⁰ Nach beiden Seiten – im Atlantischen Bündnis und gegenüber Moskau – konnte er seinen größten Trumpf ausspielen: die Berechenbarkeit deutscher Außenpolitik unter seiner Führung bei gleichzeitiger Bereitschaft zum Kompromiss und fairen Ausgleich der Interessen. Bei den Sozialdemokraten hatten hingegen acht Fraktionsmitglieder die Zustimmung verweigert. „Wenn das Schule macht“, werde „die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung belastet“, erklärte Genscher verärgert.³⁷¹ Schlaglichtartig zeigten sich hier die unterschiedlichen Voraussetzungen außenpolitischen Handelns im zweiten Kabinett Schmidt. Während der Außenminister als unangefochtene Nummer eins seine FDP zu führen wusste, hatte der Kanzler weder in Partei noch Fraktion eine vergleichbare Machtstellung – die SPD begann ihm zu entgleiten. Bereits hier zeichnete sich in Ansätzen eine Entwicklung ab, die 1982 zum Ende der sozial-liberalen Ära beitragen sollte.

Im Frühjahr 1980 konnte Genscher jedoch verhindern, dass aus der Krise der Entspannung auch eine Regierungskrise wurde. Geschickt hatte er die Opposition bereits unmittelbar nach der sowjetischen Invasion durch eine umfassende Informationspolitik für seine Zwecke eingebunden. Die Abwesenheit des Kanzlers hatte ihm einen größeren Handlungsspielraum innerhalb des Kabinetts verschafft. Als dieser wieder in Bonn eintraf, waren die entscheidenden Weichen für eine parlamentarische Zähmung der Union bereits gestellt. In den Folgemonaten gelang es Schmidt und Genscher dann gemeinsam, auch die hochumstrittene Frage des Olympia-Boykotts parlamentarisch für sich zu entscheiden, so dass die Union von der Afghanistan-Krise nicht profitieren konnte.

Innerhalb der FDP nahm Genschers Machtposition zu diesem Zeitpunkt keinen Schaden, im Gegenteil, er war die unumstrittene Führungsfigur und das stärkste Zugpferd „seiner“ Partei. Im stark polarisierten Wahlkampf nutzte er geschickt die in der Mitte des Wählerspektrums entstandene Lücke zwischen der vermeintlich rein idealistischen Ostpolitik der Sozialdemokraten und der verteidigungspolitisch dominierten Politik der Stärke eines Franz Josef Strauß. Die Botschaft der FDP lautete: Mit Hans-Dietrich Genscher, dem personifizierten Garanten einer realistischen Friedenspolitik, könne der Wähler beides haben: Sicherheit *und* Entspannung.

³⁶⁹ Schreiben des Fraktionsvorsitzenden der FDP, Wolfgang Mischnick, an Sibylle F. vom 23.05.1980, in: AdL, Bestand Mischnick, A38-471, Bl. 136.

³⁷⁰ Vgl. dazu auch Joachim Krause, Die Rolle des Bundestages in der Außenpolitik, in: Eberwein u. a., Deutschlands neue Außenpolitik, S. 137–152.

³⁷¹ Zitiert nach dem Spiegel-Artikel Olympia-Boykott: „Warum sollen wir opfern?“, in: Der Spiegel Nr. 18 vom 28.04.1980, S. 20–24, hier: S. 20.

5. Vertrauen durch Öffentlichkeit: Mediale Kommunikation als Mittel der Deeskalation

„Moskaus Griff nach Afghanistan“ titelte der *Spiegel* in seiner ersten Ausgabe des Jahres 1980 – kein Zweifel, die sowjetische Invasion beherrschte die Schlagzeilen der bundesdeutschen Presselandschaft. Der Kreml schien der Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition den Totenschein ausgestellt zu haben. Einen besseren Auftakt ins Wahljahr hätte wohl kein Parteistrategie von CDU und CSU inszenieren können. Eine Auswertung der Presseberichterstattung für das erste Halbjahr 1980 führte zu folgenden Ergebnissen:

Erwartungsgemäß hob der regierungsnahe *Spiegel* die umsichtige Zurückhaltung der Bundesregierung hervor und versuchte dabei, den im Urlaub weilenden Kanzler als zentralen Akteur in Szene zu setzen, was jedoch nur bedingt gelang.³⁷² Kritische Stellungnahmen von CDU und CSU wurden in dem Hamburger Blatt entweder mit Nichtachtung gestraft, als Kriegstreiberei gebrandmarkt oder schlicht belächelt.³⁷³ Dagegen stellte die rechtskonservative *Welt* den Kanzler als handlungsunwilligen Zauderer hin, der sich zunächst weigerte, seinen Urlaub abzubrechen und auch nach seiner Rückkehr nur unzureichend zur Afghanistan-Krise Stellung nahm.³⁷⁴ Stattdessen überlasse er dem linken Flügel seiner Partei, namentlich Willy Brandt, Egon Bahr und Herbert Wehner, das Feld, die den wachsenden Trend zum Antiamerikanismus kräftig anheizten. Wasser auf die Mühlen der Opposition spülten Äußerungen des Parteivorsitzenden Brandt, der in einem *Spiegel*-Interview vor der Gefahr warnte, in einen Krieg „hineinzuschlittern“. Egon Bahr zeichnete gegenüber der *Zeit* ein ähnlich düsteres Bild. Im Mittleren Osten bahne sich ein Konflikt an, der „weder überschaubar noch beherrschbar“ wirke, vorrangiges Ziel sei daher, einen Krieg zu vermeiden.³⁷⁵ Schmidt selbst bemühte gar einen Vergleich der aktuellen Krise mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914. Damals wie heute bestehe die Möglichkeit, dass ein Weltkrieg entflammt werde, weil die Großmächte, in diesem Fall Washington und Moskau, keine Konfliktverhinderungsstrategie hätten.³⁷⁶ Von Spanien aus kritisierte Schmidt

³⁷² Berlin ist wichtiger als Kabul, in: Der Spiegel Nr. 1/2 vom 07.01. 1980, S. 19.

³⁷³ Vgl. dazu beispielsweise die Artikel „Wer sich wärmen will, wird sich verbrennen“, in: Der Spiegel Nr. 3 vom 14. 01. 1980, S. 19–22, und „Olympia-Boykott. So deprimierend“, in: Der Spiegel Nr. 5 vom 28. 01. 1980, S. 22f.

³⁷⁴ Beispielsweise forderte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Werner Marx, er erwarte vom Bundeskanzler, dass dieser angesichts der außenpolitischen Krisensituation seinen Urlaub in Spanien abbreche. Vgl. dpa-Meldung vom 06.01.1980, in: ACDP, Pressearchiv. Vgl. außerdem die Artikel Schmidt-Schweigen, in: Die Welt Nr. 38 vom 14.02.1980, S.6, und Vor neuer Bonner Debatte über Entspannung, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 5 vom 07.01.1980, S. 2.

³⁷⁵ Bonn und die Afghanistankrise: „...Ob wir an einem Krieg vorbeikommen“. SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr und die Zukunft der Entspannung, in: Die Zeit Nr. 4 vom 18.01.1980.

³⁷⁶ Schmidts Vergleich mit der „Krieg-in-Sicht-Krise“ 1914 führte zu einem Briefwechsel mit dem Historiker Immanuel Geiss, der Schmidts Äußerungen hart kritisierte. Vgl. dazu Schreiben von Prof. Dr. Immanuel Geiss an Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 10.07.1980, Betr.: Afghanistan und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, sowie das Ant-

öffentlich das unilaterale Vorgehen der US-Administration³⁷⁷ und forderte vom amerikanischen Präsidenten zugleich Führungsstärke. Da sich die Kritik der führenden Köpfe der SPD nicht allein an Moskau, sondern auch an Washington richtete, hatte sie meist einen antiamerikanischen Beigeschmack – diesen Eindruck vermittelte zumindest die Presseberichterstattung. Selbst wenn Schmidt öffentlich die Solidarität mit den Vereinigten Staaten hervorhob – was er regelmäßig tat –, wurde das wegen seiner persönlichen Differenzen mit Carter als nicht authentisch wahrgenommen.³⁷⁸ Beispielsweise wurde dies an der Diskussion um die Olympischen Sommerspiele in Moskau deutlich, die breiten Raum in allen Zeitungen einnahm. Besonders in der *Welt* und der *FAZ* fanden sich unzählige Kommentare der Oppositionsparteien, die die Entscheidung des Kabinetts, die Boykott-Empfehlung an das NOK bis Ende April hinauszuzögern, statt sich sofort mit Washington solidarisch zu erklären, hart kritisierten. So monierte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, dass die Zustimmung des Bundestages zum Boykott nur noch als reine „Pflichtübung gegenüber den Vereinigten Staaten“ wahrgenommen worden sei.³⁷⁹

Bezeichnenderweise wurde diese als antiamerikanisch interpretierte Positionierung der Bundesregierung nahezu ausschließlich dem Kanzler angelastet und nicht dem Außenminister, der die Haltung der Bundesregierung nicht weniger konsequent verteidigte. Genscher war mit seiner diplomatischen, formelhaften Sprache schwer zu fassen. Mantraartig wiederholte er, man hoffe, dass die Sowjetunion bis zum Beginn der Spiele entsprechende Voraussetzungen schaffe, um die Teilnahme der westlichen Staaten zu ermöglichen. Sei dies nicht der Fall, werde man dem NOK die Nichtteilnahme empfehlen. Genscher hielt sich damit alle Türen offen. Im Falle eines westlichen Boykotts konnte er sich darauf berufen, diesen schon immer unterstützt zu haben. Sollte Letzterer ausbleiben, konnte er sich rühmen, mit seiner umsichtigen, diplomatischen Haltung an der Verhinderung einer Eskalation mitgewirkt zu haben, während die Opposition durch eine Politik der Stärke alles aufs Spiel gesetzt habe. Schmidt und seine gespaltene SPD hingegen boten eine ideale Angriffsfläche, auf die Medien und Opposition ihre Kritik richten konnten, zumal der Kanzler auch nach seiner Rückkehr aus dem Spanienurlaub in der öffentlichen Darstellung merkwürdig blass geblieben war.³⁸⁰ Obwohl er selbst in der Bundestagsdebatte vom 17. Januar dezidiert ein „crisis management“ gefordert hatte, gelang es Regierungssprecher Klaus Bölling und seiner

wortschreiben des Bundeskanzlers an Prof. Geiss vom 14.07.1980, in: AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA006545.

³⁷⁷ Vgl. Spiegel-Artikel vom 14.01.1980: Wer sich wärmen will, wird sich verbrennen, in: Der Spiegel Nr. 3 vom 14.01.1980, S. 19–22.

³⁷⁸ Vgl. beispielsweise Bonn und die Krise im Mittleren Osten: Des Kanzlers Dilemma. Die Zweifler üben sich in Solidarität, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 15 vom 18.01.1980, S. 3.

³⁷⁹ So CDU-Generalsekretär Geißler in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: Bonn empfiehlt den Verzicht auf eine Teilnahme an den Spielen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.04.1980, S. 1. Vgl. außerdem Warum Schmidt so lange wie möglich die Olympia-Entscheidung hinauszögern möchte, in: Die Welt Nr. 45 vom 22.02.1980, S. 3.

³⁸⁰ Vgl. beispielsweise den Artikel Schmidt-Schweigen, in: Die Welt Nr. 38 vom 14.02.1980, S. 6, und Ein Händedruck von möglichst langer Dauer, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 21 vom 25.01.1980, S. 3.

PR-Abteilung nicht mehr, Schmidts Image als kraftvoll-entschlossener Krisenmanager zu reaktivieren.³⁸¹ Seine gesundheitlichen Probleme mögen hierzu ihren Teil beigetragen haben,³⁸² die Differenzen innerhalb der SPD, die ihm immer mehr zu entgleiten drohte, und seine Auseinandersetzungen mit US-Präsident Carter taten ein Übriges.

Ein Blick auf die Berichterstattung der *Zeit*, der *Süddeutschen Zeitung* und der *FAZ* insgesamt zeigt, dass diese einen deutlichen Schwerpunkt auf die Regierungstätigkeit legten. Das Krisenmanagement der sozial-liberalen Koalition wurde kritisch begleitet, mal mehr, mal weniger scharf unter die Lupe genommen. Artikel, die das Ende der Entspannungspolitik diagnostizierten,³⁸³ standen neben solchen, die vehement für deren Fortsetzung eintraten. Keines der drei Blätter aber schoss sich auf eine Person ein, stattdessen dominierten sachliche Hintergrundberichte etwa über das den meisten Deutschen unbekannte Land Afghanistan, den Verlauf der Kampfhandlungen und Ähnliches. Interviews mit verantwortlichen Politikern fanden sich dort zweifelsohne seltener als etwa in der *Welt* und im *Spiegel*. Insgesamt nahm die Berichterstattung über die Aktivitäten der Regierung, ihre Gespräche und Gipfeltreffen mit Verbündeten und anderen zentralen Akteuren erkennbar breiteren Raum ein als Aussagen der Oppositionsparteien.

Letztere standen also zunächst vor dem grundlegenden Problem, sich außerhalb des konservativen Leserspektrums in der überregionalen Presse überhaupt ausreichend Gehör zu verschaffen. Dabei vermochten sie es nicht, in der Öffentlichkeit ein Bild der Geschlossenheit zu erzeugen und politischen Gewinn aus der sowjetischen Afghanistan-Invasion zu ziehen – vielmehr wurde das Dilemma der Opposition deutlich, in einer weltpolitischen Krise zwischen staatsmännischem Burgfrieden mit der Regierung und einem aggressiven Wahlkampfauftakt wählen zu müssen. Alois Mertes hatte sich schon früh für eine parteiübergreifende, gemeinsame Außenpolitik mit Sozial- und Freidemokraten ausgesprochen.³⁸⁴ Kohl und Strauß unterstützten die Position von Mertes,³⁸⁵ behaupteten jedoch gleichzeitig, die Sicherheit Deutschlands und der Frieden in Europa seien durch die illusionäre Politik der Bundesregierung, insbesondere der Sozialdemokraten, ernsthaft gefährdet und forderten eine „außenpolitische Wende“.³⁸⁶ In einem Interview mit der *Bild-*

³⁸¹ Zur Öffentlichkeitsarbeit Helmut Schmidts vgl. auch Müller/Walter, Graue Eminenzen der Macht, S. 117–135, und Rosumek, Die Kanzler und die Medien, S. 134–156.

³⁸² Nach seiner Rückkehr aus Spanien war Bundeskanzler Schmidt aus gesundheitlichen Gründen tagelang außer Gefecht gesetzt und nahm deshalb an der Aussprache der Plenarsitzung des Deutschen Bundestages am 17.01.1980 nicht teil. Vgl. hierzu: Was war los mit Schmidt? Genscher kam ihm zu Hilfe, in: *Die Welt* vom 18.01.1980, S. 1, und Schmidt warnt vor Scharfmacherei, Strauß: Ende der Entspannungseuphorie, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 15 vom 18.01.1980, S. 1f., hier: S. 2.

³⁸³ Vgl. beispielsweise: Die rote Armee in Kabul: Ende der Entspannung?, in: *Die Zeit* Nr. 3 vom 11.01.1980.

³⁸⁴ Vgl. beispielsweise: Mertes für gemeinsame Außenpolitik, in: *Die Welt* Nr. 304 vom 31.12.1979, S. 1f.

³⁸⁵ Vgl. beispielsweise: Regierung findet Rückhalt bei der CDU: Bonn will die Politik der Entspannung fortführen, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 8 vom 10.01.1980, S. 1f.

³⁸⁶ Vgl. beispielsweise: Nach tagelangem Schwanken: Die Opposition macht Front gegen die Ostpolitik der Bundesregierung, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 9 vom 11.01.1980, S. 1f.

Zeitung vom 6. Januar 1980 erklärte Strauß beispielsweise, die sozial-liberale Koalition habe „dem deutschen Volk eine Dunstwolke von Sicherheit vorgegaukelt. [...] Einer Wortkanone gegen die Politik der Sowjets folgte ein tollpatschiges Bekenntnis zur Entspannungspolitik der Illusionen.“³⁸⁷ Ähnlich polemisch äußerte er sich Ende Januar vor der Presse. Er wende sich vehement gegen das „Geschwätz, die Opposition suche die gefährliche Konfrontation mit den Staaten des Warschauer Paktes“. Mit dieser „verleumderischen Vergiftungsformel“ müsse endlich Schluss gemacht werden.³⁸⁸ Forderungen von Manfred Wörner (CDU), die NATO müsse ihren Einflussbereich auf das Gebiet des Mittleren Ostens ausweiten und gegenüber Moskau auch militärische Druckmittel einsetzen, heizten jedoch die weitverbreitete Sorge vor einem neuen Weltkrieg weiter an.³⁸⁹ Diese Polarisierung zwischen Union und SPD hielt bis zum Wahlabend am 5. Oktober 1980 an.³⁹⁰

Sozial- und Christdemokraten hatten eines gemeinsam: Die permanente Warnung vor einer gewaltsamen Eskalation des Konflikts, die vom Wähler als bedrohlich empfunden werden musste. Diese Wirkung verstärkte sich dadurch, dass die Diskussion um Afghanistan inhaltlich stets mit dem NATO-Doppelbeschluss verbunden wurde und damit nicht nur die Entspannungs-, sondern vor allem auch die gesamte Sicherheitspolitik der Bundesregierung zur Debatte stand. Während die einen im Doppelbeschluss der Allianz einen der Auslöser für die Invasion sahen und sich damit dem Vorwurf des Antiamerikanismus aussetzten, interpretierten die anderen das sowjetische Vorgehen als Beleg für die Notwendigkeit westlicher Nachrüstung. Beide Seiten schürten also Unsicherheit und die Angst vor einem neuen Krieg in Europa und erweckten somit nicht den Eindruck, über die viel zitierte Fähigkeit zum „besonnenen Krisenmanagement“ zu verfügen.

In diese Lücke stieß die medienpolitische Strategie Genschers. Im Gegensatz zu Schmidt und dem Kanzlerkandidaten Strauß hatte er einen entscheidenden Vorteil: Er hatte seine Partei im Griff, es gab keine ernsthaften Differenzen zur Fraktion, er allein war es, der die außenpolitische Position der Freien Demokraten in der Öffentlichkeit absteckte. Kein anderes Parteimitglied wurde, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zur Entspannungspolitik der Bundesregierung in den Medien zitiert. Dementsprechend kohärent war das Bild, das Genscher und „seine“ FDP in der Presse boten. Als Vizekanzler, Außenminister und Parteivorsitzender war Genscher der Ansprechpartner Nummer eins für sämtliche Pressevertreter

³⁸⁷ Vgl. dpa-Meldung vom 06.01.1980, in der aus dem Interview mit der Bild-Zeitung wörtlich zitiert wurde, in: ACDP, Pressearchiv, Afghanistan.

³⁸⁸ Vgl. dpa-Meldung vom 26.01.1980, in der Strauß wörtlich zitiert wurde, in: ACDP, Pressearchiv, Afghanistan.

³⁸⁹ Vgl. dazu CDU: NATO muss die Ölversorgung sichern, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 10 vom 12./13.01.1980, S. 2; Kontroverse über Folgen der sowjetischen Intervention: Koalitionsparteien gegen Aktionen der NATO im Mittleren Osten, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 11 vom 14.01.1980, S. 1f., und Interview des Hessischen Rundfunks mit Hans-Dietrich Genscher für die Sendung „Frankfurter Gespräch“ am 13.01.1980, 11.00 Uhr, in: ACDP, Pressearchiv, Afghanistan.

³⁹⁰ Bester Beleg hierfür ist die Diskussionsrunde „3 Tage vor der Wahl“ am 02.10.1980. Vgl. Bundeszentrale für Politische Bildung und WDR (Hrsg.), Kämpfe ums Kanzleramt. 60 Jahre Bundestagswahlen + DDR-Volkskammerwahl 1990. Elefantenrunden, Reportagen, Interviews, Bonn 2012, DVD 2, Trailer 4.

und schien zumindest vorübergehend die absolute Interpretationshoheit innezuhaben. Letztere nutzte er, um für die Fortsetzung der Entspannungs- und Friedenspolitik auf dem „sicheren Fundament“ des Atlantischen Bündnisses zu plädieren und sich selbst als umsichtigen Krisenmanager zu inszenieren. Die FDP unter ihm als unbestrittener Führungsfigur sei die einzige Partei, die eine verantwortungsbewusste, vernunftbegabte, realistische und damit berechenbare Außenpolitik betreibe.³⁹¹

Wie erfolgreich er damit war, zeigt sich daran, dass ausgerechnet die beiden dem konservativen Spektrum zuzurechnenden Zeitungen, *Welt* und *FAZ*, ausführlich die diplomatischen Aktivitäten des Auswärtigen Amts, seine Bemühungen um eine einheitliche Reaktion der Verbündeten und die transparente Informationspolitik des Vizekanzlers gegenüber den Oppositionsparteien würdigten.³⁹² Auch nach der Rückkehr Schmidts aus Spanien blieb Genscher derjenige, der in den Medien als geradlinig wahrgenommen wurde, während alle negativen Entwicklungen – vor allem die Differenzen innerhalb der NATO – dem Kanzler und seinem mangelnden Durchsetzungsvermögen innerhalb der SPD angelastet wurden. Dies registrierte auch das Ausland aufmerksam, wie die Bestände des britischen Foreign Office belegen. Während Genschers öffentliche Äußerungen positive Beachtung fanden, konnte man in London die verschiedenen Statements von Vertretern der Sozialdemokratie nur schwer einschätzen.³⁹³ Diese negative Perzeption der SPD wusste Genscher als eigenen strategischen Vorteil zu nutzen. Dies bedeutete jedoch nicht, dass Genscher unmittelbare Kritik an Bundeskanzler Schmidt übte, mit dem er ja die Regierungskoalition auch nach der Bundestagswahl weiterführen wollte. Wenn er etwas beanstandete, dann die pazifistischen Tendenzen des linken SPD-Flügels. Die entspannungspolitischen Ansichten Genschers und Schmidts wurden in der Afghanistan-Krise durchaus als kompatibel wahrgenommen. Dennoch wurde Genscher als der Agierende und Schmidt als ein von den internationalen Entwicklungen und der eigenen Partei Getriebener dargestellt.

Für den Nachmittag des 2. Januar 1980 hatte Genscher eine Pressekonferenz angesetzt, in welcher der stellvertretende Regierungssprecher, Armin Grünewald,³⁹⁴ die Ergebnisse der eben unter Leitung des Außenministers und Vizekanzlers zu Ende gegangenen Kabinettsitzung darlegte.³⁹⁵ Nachdem Grünewald eine Erklärung Genschers zur sowjetischen Intervention in Afghanistan verlesen hatte, konn-

³⁹¹ Vgl. dazu auch: Ein Händedruck von möglichst langer Dauer, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 21 vom 25.01.1980, S. 3. In diesem Artikel heißt es unter anderem: „Dem FDP-Vorsitzenden und Außenminister erlaubt es die Krise, einen separaten Part zu spielen.“

³⁹² Vgl. dazu beispielsweise: Genscher, Moskau gefährdet Frieden und Stabilität, in: *Die Welt* Nr. 2 vom 03.01.1980, S. 1, und Genscher: Das Vorgehen der Sowjetunion in Afghanistan ist nicht zu rechtfertigen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 03.01.1980, S. 2.

³⁹³ Vgl. Telegram No. 52 of the British Embassy at Bonn, January 14th 1980, Subject: Afghanistan, FRG views, in: TNA, FCO 28/3998.

³⁹⁴ Zur Rolle Grünewalds als stellvertretender Regierungssprecher Helmut Schmidts vgl. Zipfel, Helmut Schmidt und die Medien, S. 196–202.

³⁹⁵ Vgl. Pressekonferenz Nr. 1/80 am Mittwoch, 02.01.1980, 14.30 Uhr, Pressehaus I, Betr.: Afghanistan, in: BArch, B 136/16854.

ten die Journalisten gezielte Nachfragen stellen. Obwohl nicht persönlich anwesend, war Genscher in dieser Pressekonferenz der Hauptakteur. Erst am Ende fragte einer der Journalisten nach, ob die Erklärung Genschers denn mit dem Bundeskanzler abgestimmt worden sei und ob dieser gedenke, seinen Urlaub auf Mallorca abzubrechen. Letzteres verneinte Grünewald und erklärte zu den Abstimmungsmechanismen zwischen Schmidt und Genscher:

„Nicht Wort für Wort, aber die beiden Herren haben miteinander telefoniert und haben einen Meinungsaustausch darüber gehabt. Im übrigen darf ich Sie darauf hinweisen, dass es sich um eine Erklärung außenpolitischen Inhalts handelt und die Zuständigkeit von Herrn Genscher hierfür ja wohl ganz unbestritten ist. Im übrigen ist er der Stellvertreter des Bundeskanzlers.“³⁹⁶

Im Anschluss an die Pressekonferenz erging ein Bericht an die Deutsche Presseagentur (dpa), die ihrerseits eine entsprechende Meldung verbreitete. Darin erschien Genscher als alleiniger Akteur des bundesdeutschen Krisenmanagements, Helmut Schmidt wurde mit keinem Wort erwähnt.³⁹⁷

Wenige Tage später lud Genscher ausgewählte Medienvertreter zum Hintergrundgespräch ins Gästehaus des Auswärtigen Amts ein.³⁹⁸ Einleitend wies er ausdrücklich darauf hin, dass er diese Zusammenkunft als Hintergrundgespräch verstanden wissen wolle, „was heißen soll, dass ich nicht von Ihnen wörtlich zitiert werden möchte, aber dass das, was ich gesagt habe, meine Meinung ist, brauchen Sie nicht zu verschweigen“.³⁹⁹ Nachdem er nochmals die Politik der Bundesregierung skizziert hatte, ging er ausführlich auf die Fragen der Journalisten ein. Intensiv erörterte er die Unterstützung Bonn für ein blockfreies Afghanistan und die Notwendigkeit der Solidarität mit den Vereinigten Staaten. Auf Nachfrage erläuterte er auch die Gründe für mögliche Kontroversen zwischen den NATO-Partnern:

„Ich will einmal etwas hier wiedergeben, was ich aber nicht einmal unter drei sozusagen aufzunehmen bitte. Das ist der Punkt – das haben wir schon bei der Vorbereitung des Nachrüstungsbeschlusses und des Verhandlungsbeschlusses gesehen –, dass natürlich in unserem Lande Öffentlichkeit, politische Parteien und Regierung sich mit spezifischen Fragen des Ostwestverhältnisses [sic!] mit viel intensiverer gedanklicher Vorbereitung befassen als in anderen Ländern. So kommt es auch, dass z. B. bei solchen Beratungen, wie sie jetzt in Brüssel stattfinden, die Instruktionspräzisionen für die einzelnen Vertreter dort völlig unterschiedlich sind. Da gibt es Leute, die erst einmal zuhören, um dann ihrer Regierung zu berichten [...], während ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, das im Ost-West-Verhältnis so viel stärker involviert ist, mit ihren gedanklichen Vorbereitungen für solche Dinge meist viel weiter gediehen ist. Aber die Meinungsbildung der Gruppe hängt ja wie immer von allen Teilnehmern des Geleitzuges, wenn ich das so sagen darf, ab. Deshalb darf man auch, wenn hier ein Meinungsbildungsvorgang nicht über Nacht stattfindet im Bündnis, das nicht ansehen als etwas, was nun Unentschlossenheit bei einzelnen wäre, sondern das hat auch etwas zu tun einfach mit der Problemnähe, Problemvertrautheit, mit den Meinungsbildungen in diesen Ländern.“⁴⁰⁰

³⁹⁶ Vgl. ebd., S. 14.

³⁹⁷ Vgl. dpa-Meldung vom 02. 01. 1980, Betr.: Afghanistan/Reaktionen/Bundeskabinett, in: ACDP, Pressearchiv, Afghanistan.

³⁹⁸ Vgl. Hintergrundgespräch am Dienstag, 08. 01. 1980, 13.45 Uhr, Gästehaus des Auswärtigen Amts, Thema: Afghanistan, in: BArch, B136/16584.

³⁹⁹ Ebd.

⁴⁰⁰ Ebd.

Genscher warb um Verständnis für die offensichtlichen Differenzen innerhalb der NATO, indem er die komplexen Mechanismen des Meinungsbildungsprozesses in einem multilateralen Gremium erörterte. Damit stimmte er die Presse bereits auf mögliche Kontroversen in der Allianz ein und stellte zugleich die Bundesregierung als besonders informiert und kompetent dar – etwaige Verzögerungen in der Entscheidungsfindung waren folglich den Verbündeten anzulasten. Sollten ernsthafte Meinungsverschiedenheiten ausbleiben, könnte er sich selbst als Gewinner inszenieren, der den diplomatischen Widrigkeiten zum Trotz eine rasche Einigung herbeigeführt habe. Geschickt gab er diese Information „nicht einmal unter drei“ preis, gestattete also weder wörtliches Zitieren noch indirekte inhaltliche Wiedergabe des Gesagten. Damit schuf er einerseits eine Atmosphäre exklusiver Vertrautheit mit den anwesenden Medienvertretern und vermied gleichzeitig potenzielle Unstimmigkeiten mit den NATO-Partnern, die durch eine entsprechende Presseberichterstattung hätten entstehen können.

Neben diesen informellen Gesprächen kam den zahllosen Interviews, die Genscher mit Zeitungen, Radio- und Fernsehsendern führte, herausragende Bedeutung zu. Für deren quantitative Auswertung war es selbstverständlich nicht möglich, alle von Genscher gegebenen Interviews lückenlos zu erfassen. Um quantitative Verzerrungen zu verhindern, wurden aus diesem umfangreichen Quellenfundus nur diejenigen Interviews ausgewählt, die sich ausschließlich oder größtenteils mit der Afghanistan-Krise befassten. Gespräche, die allgemein die aktuelle außenpolitische Lage behandelten und die Entwicklungen in Afghanistan nur am Rande streiften, wurden nicht in die Untersuchung einbezogen. Gleiches gilt für Interviews zu anderen Themen wie beispielsweise den EG-Haushaltsstreit zwischen Frankreich und Großbritannien, Wirtschaftspolitik, Landtags- und Bundestagswahlkämpfe, parteipolitische Fragen oder andere innenpolitische Auseinandersetzungen. Auch Gespräche mit ausländischen Medien anlässlich von Staatsbesuchen oder Äußerungen Genschers in den Medien, die lediglich als kurze Statements und nicht als vollwertige Interviews bezeichnet werden können, wurden aus der Analyse ausgeschlossen. Die Auswertung führte zu folgenden Erkenntnissen:

Erstens nahm die Anzahl der Interviews, die Genscher zur Afghanistan-Krise führte, parallel zur gesamten Presseberichterstattung im Laufe des Jahres 1980 kontinuierlich ab, wie Abb. 13 verdeutlicht. Von insgesamt 50 Interviews zur Afghanistan-Krise bis zur Bundestagswahl im Oktober 1980 gab Genscher allein im Januar elf. Bis September sank deren Zahl auf null ab. Die mediale Aufmerksamkeit ließ angesichts der fehlenden Fortschritte in den diplomatischen Bemühungen um eine Beilegung der Krise Stück für Stück nach.⁴⁰¹ Da die Sowjetunion wie auch der Westen ihre bereits bekannten Forderungen gebetsmühlenartig wiederholten, gab es nichts Neues zu berichten. Auch die Diskussionen um den Olympia-Boykott schleiften sich im Laufe der Monate ab.

⁴⁰¹ Zur medialen „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ vgl. Georg Frank, *Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf*, München 1998. Kritisch dazu Ulrich Sarcinelli, *Strategie und politische Kommunikation. Mehr als die Legitimation des Augenblicks*, in: Raschke/Tils, *Strategie in der Politikwissenschaft*, S. 267–298, hier: S. 287.

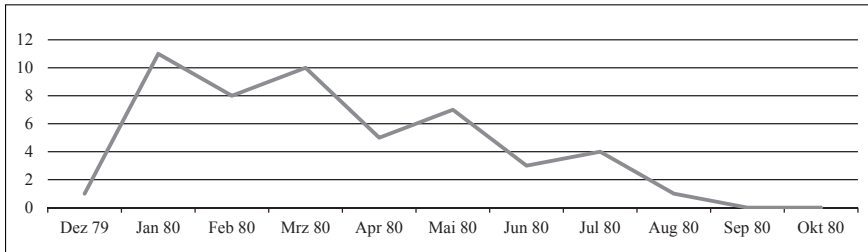


Abb. 13: Interviews Genschers zur Afghanistan-Krise (Dezember 1979–Oktober 1980)

Quelle: Eigene Berechnungen

Zweitens können die für das Jahr 1980 in die Analyse einbezogenen Interviews nach Medienarten differenziert werden. Bei denjenigen Gesprächen, die Genscher mit Vertretern der Printmedien führte, sticht ins Auge, dass hier *Die Welt* und Blätter mit lokalem beziehungsweise regionalem Einzugskreis besonders häufig zum Zug kamen. Bereits am 30. Dezember, wenige Tage nach der Invasion, druckte die *Welt am Sonntag* ein Exklusiv-Interview mit Genscher ab. Bis Ende Februar folgten drei weitere. Auf diese Weise war Genscher also ausgerechnet bei Zeitungen des Springer-Konzerns besonders präsent, die den Oppositionsparteien nahestanden. Durch die wörtliche Wiedergabe des Gesagten konnte Genscher direkter als in Hintergrundgesprächen Einfluss auf die Berichterstattung nehmen. Vergleichsweise häufig konnte auch die *Bild-Zeitung* mit Exklusiv-Interviews des Außenministers aufwarten. Gezielt ging Genscher auch auf lokale Blätter und Illustrierte aus dem gesamten Bundesgebiet zu, die ihre Leser weniger mit umfangreichen Hintergrundberichten als mit einem Exklusiv-Interview des Außenministers anziehen konnten. So druckten im Untersuchungszeitraum Zeitungen aus allen Ecken der Bonner Republik wie beispielsweise die *Heilbronner Stimme*, die *Rhein-Neckar-Zeitung*, die *Kieler Nachrichten*, die *Schwäbische Zeitung*, der *Schwarzwälder Bote*, die *Saarbrücker Zeitung*, die *Westfälische Rundschau* oder die Illustrierte *Die Bunte* Interviews mit Genscher zur Afghanistan-Krise ab.

Die quantitative Auswertung zeigt darüber hinaus, dass Genscher bei einer Gesamtzahl von 50 allein 22, also knapp die Hälfte aller Interviews, im Hörfunk gab. Zeitung und Fernsehen lagen mit nur 15 beziehungsweise 13 Interviews in etwa gleichauf. Genscher setzte in seiner Öffentlichkeitsarbeit offensichtlich bewusst auf das Radio und berücksichtigte damit gezielt die aktuelle Entwicklung des medialen Kommunikationssystems. Mit dem Radio erreichte er Ende der 1970er Jahre ein breites Publikum unabhängig von Alter, Geschlecht und sozialer Herkunft.⁴⁰² Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die regionale Verteilung der Sender, die – proportional zu Fläche und Bevölkerungsanteil des jeweiligen Bundeslandes – eine relativ regelmäßige Streuung über das gesamte Bundesgebiet aufweist, wie Abb. 14 verdeutlicht. In NDR und WDR, die gemeinsam Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein abdeckten, wurden 32 Prozent der Radiointerviews ausgestrahlt. Im SDR, SWF und SWR, die in Rhein-

⁴⁰² Vgl. dazu Kapitel I.3. und Halefeldt, Programmgeschichte des Hörfunks, S. 211–230.

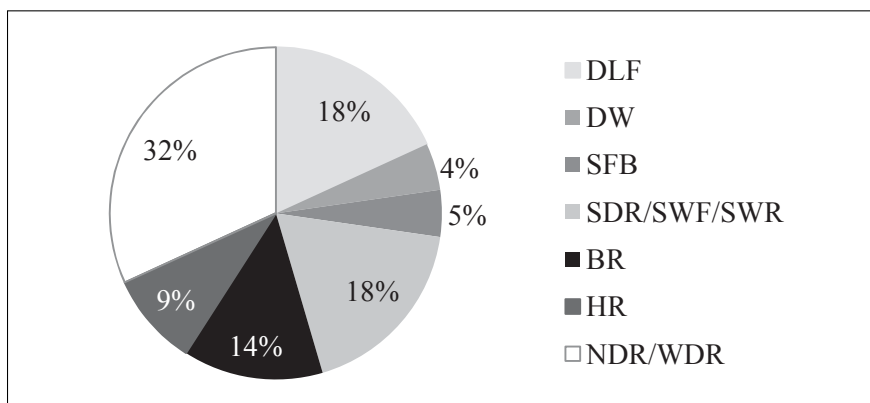


Abb. 14: Radiointerviews Genschers zur Afghanistan-Krise: Binnendifferenzierung nach Radio-sendern (Dezember 1979–Oktober 1980)

Quelle: Eigene Berechnungen

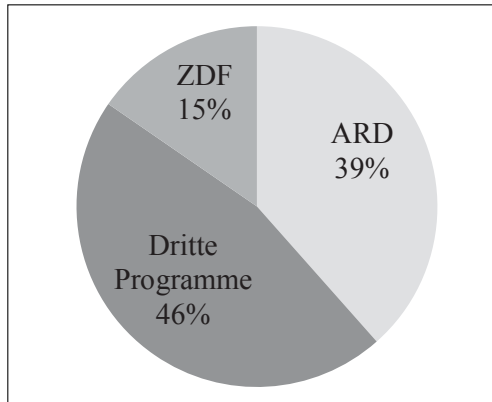
land-Pfalz und Baden-Württemberg empfangen werden konnten, waren insgesamt 18 Prozent der Interviews zu hören, im Bayerischen Rundfunk 14 Prozent. Auf den Hessischen Rundfunk kamen 9 Prozent. Darüber hinaus gab Bundesminister Genscher dem Deutschlandfunk, der Deutschen Welle und dem SFB, also denjenigen Sendern, die auch in der DDR beziehungsweise in Berlin und im Ausland empfangen werden konnten, zwischen Januar und Juli 1980 sechs Interviews, was einem doch beachtlichen Anteil von 27 Prozent aller Radiointerviews zur Afghanistan-Krise entspricht.

Genscher erreichte mit seinen Interviews ein breites Publikum und gerade auch diejenigen Wähler, die nicht regelmäßig Zeitung lasen. Zudem platzierte er seine Interviews gezielt in den Morgen- und Mittagsmagazinen der Radiosender, also genau zur besten Sendezeit des Hörfunks. Beispielsweise führte er am 16. Januar 1980 um 7.18 Uhr in der Sendung „Musik und Information“ des Deutschlandfunks ein Gespräch zur Afghanistan-Sondersitzung der EG-Außenminister, das den ganzen Tag über wiederholt werden konnte.⁴⁰³ Über entsprechende Meldungen der dpa und der fdk wurde der Wortlaut auch allen anderen Medienvertretern zugänglich, die ihrerseits über die Stellungnahme Genschers berichteten. Diese Multiplikatoreneffekte sind quantitativ schwer zu messen, zeigen jedoch, dass mit einer relativ geringen Anzahl an Interviews – wenn sie geschickt platziert wurden – eine breite Welle der Berichterstattung ausgelöst werden konnte.

Während Hörfunksendungen morgens und mittags die besten Einschaltquoten hatten, war das Fernsehen Anfang der achtziger Jahre vorwiegend für das Abendprogramm zuständig. Analog zum Radio galt auch dort die Devise: Ein Statement,

⁴⁰³ Vgl. Interview des Deutschlandfunks (DLF) mit Hans-Dietrich Genscher für die Sendung „Musik und Information“ am 16.01.1980, 07.18 Uhr, Thema: Tagung der EG-Außenminister im Zusammenhang mit der sowjetischen Intervention in Afghanistan, in: ACDP, Pressearchiv, Afghanistan.

Abb. 15: Fernsehinterviews Genschers zur Afghanistan-Krise: Binnendifferenzierung nach Fernsehsendern (Dezember 1979–Oktober 1980)
Quelle: Eigene Berechnungen



das Genscher abends im Fernsehen zum Besten gab, konnte tags darauf in Morgenzeitungen und dpa-Meldungen wiedergegeben werden. So liegt es auf der Hand, dass Genscher seine TV-Interviews fast ausschließlich für Sendungen gab, die zwischen 19.30 und 22.30 Uhr, also zur Prime Time, ausgestrahlt wurden. Deutlich häufiger als im ZDF war er in der ARD und ihren Dritten Programmen zu sehen – also jenen Sendern, die wechselseitige Programmwiederholungen und zeitweise parallele Sendungen ausstrahlten (vgl. Abb. 15).⁴⁰⁴

Diese kurze quantitative Analyse vermittelt einen ersten Eindruck über die mediale Omnipräsenz Genschers in der Afghanistan-Krise. Wer morgens oder mittags seine Zeitung las und/oder Radio hörte und abends fernsah, kam gar nicht umhin, von Genschers Ansichten zur Fortsetzung der Entspannungspolitik regelrecht dauerbeschallt zu werden.

Neben dieser quantitativen Auswertung stellt sich nun die Frage, welche Inhalte Genscher der Öffentlichkeit zu vermitteln suchte. Eine derartige qualitative Analyse zeigt unübersehbar, dass Genscher in all seinen Interviews und Stellungnahmen dieselben Argumente verwandte wie auf diplomatischer und parlamentarischer Ebene. Praktisch ohne Ausnahme finden sich dieselben Textbausteine wieder, die mal in der einen, mal in der anderen Reihenfolge aneinandergefügt wurden: die Forderung nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan; die unermüdliche Betonung bundesdeutscher Solidarität mit den Vereinigten Staaten und die Einigkeit der NATO-Partner (unabhängig davon, ob diese gegeben war oder nicht); der Wille der Bundesregierung, eine „realistische“ Entspannungspolitik fortzusetzen und mit Moskau im Dialog zu bleiben; die Berechenbarkeit und Überparteilichkeit deutscher Außenpolitik unter seiner Führung. Nur mit dieser Strategie sei es möglich, den Frieden in Deutschland, Europa und der Welt zu sichern.

⁴⁰⁴ Vgl. außerdem Knut Hickethier (Hrsg.), *Geschichte des Fernsehens der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1: Institutionen, Technik und Programm. Rahmenaspekte der Programmggeschichte des Fernsehens, München 1993, und Nicole Prüsse, *Konsolidierung, Durchsetzung und Modernisierung. Geschichte des ZDF, Teil II (1967–1977)*, Münster 1995.

Beispielhaft kann dies anhand eines Interviews mit der Wochenzeitung *Die Zeit* vom 31. Januar 1980 illustriert werden, das aus diesem Grund im Folgenden ausführlicher zitiert werden soll.

„Gerade jetzt sind Vernunft, Standfestigkeit, Nüchternheit und Weitblick unentbehrlich. Und das alles kann es nur geben, wenn nicht Emotionen die Szene beherrschen. [...] Außerdem ist es nicht nur für die Meinungsbildung in unserem Lande, sondern auch für unsere Partner im Westen und für diejenigen, mit denen wir im Osten zu tun haben, sehr wichtig, dass die deutsche Außenpolitik auch in krisenhafter Zeit absolut berechenbar bleibt. Gelingt uns das, dann ist das ein großer Dienst, den wir der Friedenssicherung und der Stabilität in Europa leisten können. [...] Zur Berechenbarkeit der Außenpolitik von Staaten gehört es aber, dass auch ihre Reaktionen einigermaßen berechenbar sind. Deshalb bin ich der Meinung, dass gerade in einer krisenhaften Zeit Kontakte nicht verkümmern dürfen, sondern genutzt werden müssen. [...] auf jeden Fall sollte vermieden werden, dass Konflikte durch Missverständnisse entstehen. Das zeigt, wie groß die Verantwortung von Politikern innerhalb und außerhalb von Regierungen bei öffentlichen Äußerungen und bei vertraulichen Gesprächen ist. [...] Ich sehe aber Bemühungen der Sowjetunion, den Europäern zu suggerieren, sie hätten andere Interessen als die Vereinigten Staaten, sie sollten sich deshalb auch anders verhalten. Im Interesse der Berechenbarkeit unserer Politik erscheint es mir wichtig, jedes Missverständnis und jede Illusion in Moskau über die Aussichtslosigkeit solcher Bemühungen von vornherein auszuschließen. [...] Ich traue auch der Sowjetunion zu, aus ihren Fehlern zu lernen.“⁴⁰⁵

Überdeutlich sandte Genscher hier eine Botschaft an die NATO-Partner, vor allem aber an den Kreml: Wir wollen keine Eskalation der Lage, wir wollen die Entspannungspolitik fortsetzen und sind zu Gesprächen bereit. Darauf könnt ihr euch ebenso verlassen wie auf unsere Solidarität mit den Vereinigten Staaten. Der Versuch Moskaus, einen Keil zwischen Bonn und Washington zu treiben, sei von vornherein zum Scheitern verurteilt, da die Bundesrepublik ein existenzielles Eigeninteresse an guten deutsch-amerikanischen Beziehungen habe. Die Tatsache, dass die Äußerungen Genschers in den diplomatischen Verhandlungen mit Moskau mit dem übereinstimmten, was er vor dem Bundestag und in den Medien erklärte, erweckte den Eindruck einer kohärenten und berechenbaren außenpolitischen Linie mit dem Ziel der Friedenssicherung und erzeugte das wohl wertvollste Instrument erfolgreicher Politik: Vertrauen.

Im selben *Zeit*-Interview auf Äußerungen von Unionspolitikern angesprochen, die das Krisenmanagement der Regierung befürwortet hatten, erklärte Genscher:

„[...] in einem Augenblick, in dem die Außen- und Sicherheitspolitik so stark in das öffentliche Bewusstsein rückt wie nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan, ist es sicher vernünftig, gemeinsame Positionen der Regierungskoalition und der Oppositionsparteien sichtbar zu machen. [...] In einer so ernsten Situation nach innenpolitischen Opportunitäten außenpolitische Entscheidungen zu treffen, wäre nicht nur falsch, sondern auch gefährlich.“

Während sich also SPD und CDU/CSU gegenseitig Kriegstreiberei vorwarfen, stellte sich Genscher – wie schon vor dem Deutschen Bundestag – als ein verantwortungsbewusster Minister dar, der auch im Wahlkampf eine überparteiliche, weil sachlich richtige Politik für den Frieden betrieb.

⁴⁰⁵ Bonn braucht ein stärkeres Engagement für die Staaten der Dritten Welt. Moskau hat sich zweimal getäuscht. *Zeit*-Gespräch mit Außenminister Genscher, in: *Die Zeit* Nr. 6 vom 01.02.1980.

Warum wurde Genscher im Inland zugleich auch als schillernde, schwer festzulegende Person eingeschätzt? Dies erklärt sich vor allem dadurch, dass er zwar die genannten Textbausteine formelhaft aneinanderfügte, allerdings mal die Übereinstimmung mit den westlichen Partnern,⁴⁰⁶ mal die Notwendigkeit von Gesprächen mit Moskau stärker betonte.⁴⁰⁷ Die zentrale Frage der parteipolitischen Auseinandersetzung um die Ost- und Entspannungspolitik der Bundesregierung, dem angemessenen Verhältnis zwischen Westbindung und atlantischer Solidarität einerseits und der Gesprächsbereitschaft gegenüber dem Ostblock andererseits, beantwortete Genscher auch in der Afghanistan-Krise mit dem für ihn typischen Sowohl-als-auch. Bei diesem Drahtseilakt wollten Medienvertreter und Wähler natürlich wissen, wofür er sich im Zweifelsfall entscheiden würde, wollten seine abstrakten Formeln in konkrete, anschauliche Maßnahmen gekleidet sehen. Auf eine entsprechende Frage des Hessischen Rundfunks am 13. Januar 1980 erklärte Genscher zunächst einmal seinen Standpunkt, dass die Entspannung unteilbar sei.⁴⁰⁸ Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan sei

„eine Verletzung des Grundsatzes der Unteilbarkeit der Entspannungspolitik. Deshalb sind wir in gleicher Weise [wie die Länder der Dritten Welt] betroffen. Und deshalb ist auch das Ost-West-Verhältnis berührt. [...] Deshalb ist eine Solidarität nicht nur eine freundschaftliche Bekundung gegenüber den Vereinigten Staaten, sondern die richtige Wahrnehmung eigener Interessen. [...] und deshalb kann es auch gar keinen Zweifel geben, dass die Bundesregierung und auch die anderen europäischen Partner sich auch solidarisch verhalten mit den Vereinigten Staaten. Es wird nichts geschehen aus Europa, was die von der amerikanischen Regierung ergriffenen Maßnahmen in irgendeiner Weise unterläuft oder zu untauglichen Instrumenten macht.“

Nach dieser Solidaritätshymne an die Adresse der Vereinigten Staaten äußerte sich Genscher im selben Interview zur Frage, ob die Bundesregierung mit Moskau weiter im Gespräch bleiben werde:

„Ich glaube, niemand in unserem Land wird der Sowjetunion unterstellen, dass sie einen Krieg zwischen Ost und West will. Aber sie ist bereit, auch offensiv ihr Rüstungspotential einzusetzen, wo sie glaubt, unterhalb der Schwelle einer solchen militärischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West – ich sage noch einmal – wirkliche oder vermeintliche Vorteile zu erreichen. [...] Das ändert nichts an der Tatsache, dass der Dialog, d. h. der Kontakt, das Gespräch natürlich mit den Staaten auch des Warschauer Paktes fortgesetzt werden muss. [...] hier gilt unverändert der Satz: wer nicht schießen will, muss reden und verhandeln. Verzicht auf Dialog, auf Reden und Verhandeln, würde bedeuten, Verzicht auf Politik.“

⁴⁰⁶ Vgl. beispielsweise das Interview des DLF mit Hans-Dietrich Genscher für die Sendung „Musik und Information“ am 23.01.1980, in: ACDP, Pressearchiv, und Genscher: Ohne USA gibt's für uns keine Sicherheit. Interview mit Hans-Dietrich Genscher, in: Die Welt Nr. 29 vom 04.02.1980, S. 1.

⁴⁰⁷ Vgl. beispielsweise: „Die Vorschläge des Westen liegen auf dem Tisch“. Moskau sollte über Abrüstungsangebot sprechen. Interview mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, in: Saarbrücker Zeitung vom 16.04.1980, und „Wir wollen jeden Gesprächskanal nutzen“. Interview mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, in: Westfälische Rundschau vom 17.05.1980.

⁴⁰⁸ Vgl. Interview des Hessischen Rundfunks mit Hans-Dietrich Genscher für die Sendung „Frankfurter Gespräch“ am 13.01.1980, 11.00 Uhr, in: ACDP, Pressearchiv. Beide Zitate finden sich ebd.

Dieses Beispiel veranschaulicht, dass sich Genscher auch bei hartnäckigen Nachfragen von Seiten der Journalisten nicht einseitig auf eine Position festlegen ließ, sondern stur an seinem Konzept des Sowohl-als-auch festhielt, was nicht wenige Leser ratlos zurückließ. Dies brachte ihm den Ruf eines mäandernden, schwer fassbaren Strategen ein, der sich immer ein Hintertürchen offenhielt, um sich im letztmöglichen Augenblick für diejenige Option zu entscheiden, die gerade opportun erschien.

Alles in allem gelang Genscher jedoch mit seiner Medienstrategie während der Afghanistan-Krise ein beachtlicher Kunstgriff. Er brachte zwei elementare Bestandteile erfolgreicher demokratischer Außenpolitik, Vertrauen und Öffentlichkeit, in Einklang, ja er erzeugte das eine durch das andere. Das Vertrauen der Pressevertreter erarbeitete er sich in intensiven Hintergrundgesprächen und seiner ständigen Bereitschaft, ein Interview zu geben. Er erhielt das Vertrauen vieler Wähler auch deshalb, weil diese sich – anders als bei SPD und CDU/CSU – darauf verlassen konnten, dass die Aussagen Genschers identisch mit der gesamten Parteimeinung waren, denn Genscher „war“ die FDP. Genau dieser Aspekt fehlte dem Bundeskanzler, der gemeinsam mit dem Außenminister für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik und die Solidarität mit den Vereinigten Staaten eintrat, der jedoch weniger überzeugend wirkte, weil der Wähler nur schwer einschätzen konnte, wie es um die Kräfteverhältnisse innerhalb der SPD bestellt war. Das feste parteipolitische Fundament war somit einer der wichtigsten Trümpfe Genschers.

Das Vertrauen der Verbündeten und des Auslandes erwarb sich Genscher schließlich dadurch, dass er – anders als Bundeskanzler Helmut Schmidt – in den diplomatischen Gesprächen unter Ausschluss der Öffentlichkeit bis in einzelne Worte hinein denselben Standpunkt vertrat wie in den Medien. Genscher behielt die schwammige, oft platitude Sprache der Diplomatie auch gegenüber der Presse bei, was ihm innenpolitisch den Ruf des schwer kalkulierbaren Taktikers einbrachte. Außenpolitisch war dies ein klug kalkulierter Schachzug. Anders als bei Besuchen von Bundeskanzler Helmut Schmidt in den USA, die häufig in einem PR-Desaster endeten,⁴⁰⁹ konnten sich die amerikanischen Gesprächspartner bei Genscher darauf verlassen, dass dieser nach einem solchen Treffen die Solidarität mit den Vereinigten Staaten und die Übereinstimmung der deutsch-amerikanischen Grundsatzpositionen betonen würde, selbst wenn die Meinungen im Detail weit auseinanderlagen, wie zum Beispiel beim Streit um den Olympia-Boycott. So antwortete Genscher nach einem Gespräch mit US-Außenminister Vance in einem Interview mit der *Saarbrücker Zeitung* vom 16. April 1980 auf die Frage, wie es denn nun um die Meinungsbildung im Atlantischen Bündnis bestellt sei: „Die Politik der Bundesregierung ist sehr klar. Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, dass wir die gemeinsamen Interessen auch gemeinsam mit unseren Partnern vertreten werden. Das tun wir durch unsere Beiträge zur Konfliktüberwindung.“

⁴⁰⁹ So beispielsweise beim Besuch Schmidts in den USA im März 1980, das durch entsprechende öffentliche Stellungnahmen beider Seiten die deutsch-amerikanischen Differenzen betonte, statt wie erhofft eine Annäherung herbeizuführen. Vgl. dazu Letter from Gladstone, Western European Department of the FCO, to Maitland, Private Secretary, March 17th 1980, Subject: Strategy in the light of the Afghanistan crisis, in: TNA, FCO 28/4005.

Nach dieser wenig zufriedenstellenden Antwort hakte der Journalist nochmals nach, was dies konkret bedeute, woraufhin Genscher etwas weiter ausholte, ohne jedoch Neues preiszugeben:

„Wir hatten auf meinen Antrag in Lissabon am 9. April 1980 eine Zusammenkunft der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft. Inzwischen sind die meisten Botschafter zur Berichterstattung zurückgekehrt. Auf der Grundlage der Berichterstattung werden wir uns über eine gemeinsame Position am 21./22. April 1980 bemühen, und ich werde da mit sehr klaren Vorstellungen hingehen, mit denen ich unsere Partner – sozusagen über die Öffentlichkeit – nicht überraschen möchte.“

Für den Leser war diese Auskunft wenig erhellend, er wusste im Grunde genommen nicht mehr als zuvor. Wichtig aber war die Botschaft, die Genscher damit an die Verbündeten sandte: Er, Genscher, werde auch bei hartnäckigen Nachfragen von Seiten der Presse die notwendige Vertraulichkeit des diplomatischen Abstimmungsprozesses wahren und nicht verfrüht öffentlich Position beziehen, nur um sich im Wahlkampf innenpolitisch zu profilieren. Genscher hatte also die Bedeutung der Medien für die innenpolitische Durchsetzung, aber auch für die außenpolitische Vertrauensbildung erkannt. In der Melange aus medialer Dauerpräsenz, in der die bundesdeutsche Entspannungspolitik als berechenbar, der westlichen Solidarität verpflichtet und offen für den Verständigungsprozess mit der Sowjetunion gekennzeichnet wurde, und der schillernden Faszination des Nichtfestlegbaren bestand das Kapital und zugleich das Risiko der Genscher'schen „media diplomacy“.

IV. Demokratisierung durch Dialog: Die Politik der Bundesregierung in der Polen-Krise (1980–1982)

Die Geschichte Polens im Ost-West-Konflikt war von dessen politischer und wirtschaftlicher Sonderrolle innerhalb des sozialistischen Lagers geprägt.¹ Nach der nationalsozialistischen Besatzung während des Zweiten Weltkrieges erfolgte 1945 die Westverschiebung des Landes und seine Eingliederung in den sowjetisch beherrschten Ostblock. Stärker als in den kommunistischen „Bruderstaaten“ waren in der polnischen Bevölkerung Abneigung und Widerstand gegen deutsche und sowjetische Gebietsansprüche verankert, hatten diese doch eine lange Tradition. Wichtigste Klammer für das Selbstverständnis der polnischen Nation und ihren Freiheitswillen bildete seit der Zeit der polnischen Teilungen die katholische Kirche.

1956 begehrte die polnische Bevölkerung erstmals gegen das kommunistische System auf, gefolgt von weiteren Protestbewegungen in den Jahren 1968, 1970 und 1976. Ausgangspunkt der Unruhen in den siebziger Jahren war stets die Unzufriedenheit weiter Bevölkerungsteile mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes. So traten im Juni 1976, nachdem die Regierung Gierek eine drastische Erhöhung der Lebensmittelpreise verfügt hatte, mehrere zehntausend Fabrikarbeiter in Streik.² Wie so oft in der Geschichte Volkspolens ließ die Staatsmacht daraufhin gewaltsam die öffentliche Ordnung wiederherstellen und bewies damit ihre Unfähigkeit, die Krise des sozialistischen Wirtschaftssystems mit politischen Mitteln zu lösen.

In den folgenden Monaten und Jahren bildeten sich indes verschiedene Bürgerrechtsbewegungen wie das „Komitee der Verteidigung der Arbeiter“ (Komitet Obrony Robotników, KOR). Deren Mitglieder, unter ihnen namhafte Intellektuelle wie Jacek Kuroń, versuchten unter Berufung auf die KSZE-Schlussakte, ihren engen Handlungsspielraum auszuweiten. Die dort verankerte Informations- und Meinungsfreiheit nutzten sie, um zahlreiche Schriften, Bücher und Zeitschriften, die sogenannten Samsdat-Veröffentlichungen, unzensuriert in Umlauf zu bringen. So stieg die Zahl derer, die auf dem schmalen Grat zwischen Legalität und Untergrund für die Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte in Polen eintraten.

In diesem Klima aufkeimender politischer Opposition und wachsender Frustration über Misswirtschaft und sinkenden sozialen Lebensstandard gründeten Arbeiter der Fabrik „Elektromontaz“ in Danzig im Januar 1980 eine Arbeiterkommission, die sich für die Belange schikasierter Kollegen einsetzte. Deren Führungsfigur, Lech Wałęsa,³ und andere prominente Mitglieder wurden daraufhin entlassen. Als die Staatsführung am 1. Juli 1980 erneut eine drastische Steigerung der Lebensmit-

¹ Vgl. zum Folgenden u. a. Manfred Alexander, *Kleine Geschichte Polens*, Stuttgart 2003; Bingen/Ruchniewicz, *Länderbericht Polen*, und Borodziej, *Geschichte Polens*.

² Vgl. hierzu und zum Folgenden ebd., S. 353–368.

³ Zur Rolle Wałęsas vgl. auch Krzysztof Ruchniewicz, Lech Wałęsa, in: Bingen/Ruchniewicz, *Länderbericht Polen*, S. 121–128.

telpreise bekannt gab, lief das Fass der gärenden Unzufriedenheit über. Ausgehend von der Danziger Lenin-Werft breiteten sich Proteste, Massenstreiks und Demonstrationen rasch über weite Teile des Landes aus. Mitte August bildete sich schließlich unter Leitung Wałęsas ein Überbetriebliches Streikkomitee (Międzyzakładowy Komitet Strajkowy, MKS), das der Regierung einen Katalog mit 21 Punkten vorlegte. An erster Stelle stand dabei die Forderung nach Zulassung freier Gewerkschaften, allgemeinem Streikrecht sowie voller Meinungsfreiheit in Wort und Schrift. Die ursprünglich sozialen Proteste erhielten damit eine spezifisch politische Dimension, forderte die Streikbewegung auf diese Weise doch das Macht- und Meinungsmonopol der regierenden „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“ (PVAP) heraus.

Regierungschef Edward Gierek stand damit vor einem schier unlösbaren Dilemma. Den politischen Forderungen konnte er nicht nachgeben, ohne die Grundfesten des sozialistischen Systems zu gefährden. Angesichts der polnischen Erfahrungen 1956, dem Prager Frühling 1968 und der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979 schien kein Zweifel daran zu bestehen, dass Moskau in Polen einmarschieren würde, um die kommunistische Partei an der Macht zu halten – mit unabsehbaren Konsequenzen für die angespannten Ost-West-Beziehungen. Um die Ruhe im Land wiederherzustellen, musste Gierek also wenigstens die sozialen Forderungen der Streikenden erfüllen, was allerdings eine umfassende Reform und schnelle Stabilisierung der Wirtschaft vorausgesetzt hätte. Ein überzeugendes ökonomisches Reformkonzept aber war nicht einmal in Ansätzen zu erkennen, zumal eine grundlegende Abkehr von der sozialistischen Planwirtschaft erneut die Systemfrage gestellt hätte.

Um eine gewaltsame Niederschlagung der Proteste und eine Eskalation der Lage zu vermeiden, begann die Regierung – vermittelt über die katholische Kirche – Gespräche mit Wałęsa und unterzeichnete am 31. August 1980 ein Kompromisspapier.⁴ In diesem historischen „Danziger Abkommen“ erklärte Gierek die Zulassung freier Gewerkschaften für rechtens und garantierte ein allgemeines Streikrecht. Unter Führung Wałęsas gründete sich daraufhin am 22. September 1980 die „Unabhängige und sich selbst verwaltende Gewerkschaft Solidarność“ (NSZZ).⁵ Wałęsa hatte im Gegenzug zugesagt, die Streiks in den Betrieben zu beenden und die Arbeit wieder aufzunehmen. Mit diesem, in der Geschichte des Ostblocks einmaligen Vorgang war Gierek den Forderungen der Arbeiter weit entgegengekommen, weshalb er noch im September sein Amt als Erster Sekretär der PVAP für Stanisław Kania räumen musste. Der grundlegende Konflikt aber war damit nicht gelöst – entscheidend für dauerhaften sozialen Frieden blieb die wirtschaftliche Gesundung des Landes.

Die folgenden Monate mussten nun zeigen, ob der historische Kompromiss von Danzig tragfähig war.⁶ Die Solidarność forderte die Umsetzung der Reform-

⁴ Entsprechende Abkommen wurden in Stettin bereits am 30.08.1980 und in Jastrzebie am 03.09.1980 unterzeichnet.

⁵ Im September folgten das Gründungskomitee des NSZZ der Landwirte und eine „Unabhängige Studentenvereinigung“. Vgl. Smolorz, Die Freie sich selbst verwaltende Gewerkschaft „Solidarność“, S. 231.

⁶ Vgl. zum Folgenden Büscher, Solidarność, S. 64–74.

versprechen und drohte mit neuen Streiks, wobei Wałęsa mit wachsenden Radikalisierungstendenzen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen hatte. Eine klare politische Einordnung der *Solidarność*, die sich je nach Betrieb, Milieu und Region unterschied und die „zugleich sozialistisch, sozialdemokratisch und katholisch, fundamentalistisch und reformorientiert, Gewerkschaft und nationale Partei, antikommunistische Protestbewegung, Debattierclub und institutionalisierte Bürgergesellschaft in einem“⁷ war, fiel der Regierung ebenso schwer wie westlichen Beobachtern. Die Heterogenität der Bewegung nahm Anfang 1981 neue Dimensionen an, als sich eine eigene Gewerkschaft der Bauern („Land-*Solidarność*“) gründete und ihre Mitgliederzahl bis Mitte des Jahres auf 9,5 Millionen anstieg.⁸ Regierungschef Kania forderte immer nachdrücklicher ein Ende der Protestaktionen, welche die desolate wirtschaftliche Lage weiter schädigen und den Prozess der Erneuerung verlangsamen würden. Auch er sah sich genötigt, den Anliegen der gemäßigten Kräfte und Hardlinern innerhalb der PVAP gleichermaßen Rechnung zu tragen, um sich im Amt halten zu können. Beide, Kania und Wałęsa, waren sich bewusst, dass sie mit ihrem Wechselspiel aus Dialog- und Konfrontationsbereitschaft stets am Abgrund einer sowjetischen Invasion balancierten.

Den Verlauf der polnischen Entwicklung bis zur Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 teilte Paweł Machcewicz in vier Etappen der Eskalation ein.⁹ In den Sommermonaten des Jahres 1980 stand die PVAP vor der Entscheidung, den Dialog mit den Streikenden zu suchen oder die Proteste gewaltsam niederzuschlagen. Diese erste Phase endete mit der Unterzeichnung des Danziger Abkommens. Einen zweiten Spannungshöhepunkt erkannte Machcewicz im November und Dezember 1980. Zu diesem Zeitpunkt bestand nach Meinung zeitgenössischer politischer Akteure des Westens die größte Gefahr eines Einmarsches sowjetischer Truppen. Wichtiger Indikator hierfür war eine Kommandostabsübung des Warschauer Paktes auf polnischem Territorium mit der Bezeichnung „Waffenbruderschaft '81“ (*Sojus '81*), die parallel zu einem Treffen der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 stattfand.¹⁰

Ob Moskau tatsächlich beabsichtigte, militärisch in Polen einzugreifen, ist in der Forschung allerdings nach wie vor umstritten. Während Mark Kramer diese Frage unter Berufung auf die strategische Bedeutung des Landes für das sowjetische Imperium klar bejaht,¹¹ argumentiert Hermann Wentker, dass Breschnew

⁷ Vgl. Borodziej, *Geschichte Polens*, S. 365.

⁸ Vgl. ebd.

⁹ Vgl. Machcewicz, *Die polnische Krise von 1980/81*, S. 477–504. Diese Chronologie wird durch die Akten des Auswärtigen Amtes gestützt.

¹⁰ Die umfangreichen Vorbereitungen Moskaus für eine mögliche Intervention in Polen schildert Mark Kramer auf Basis sowjetischer Akten. Vgl. Mark Kramer, „In Case Military Assistance is Provided to Poland“. *Soviet Preparations for Military Contingencies*, August 1980, in: *CWIHP Bulletin* 11 (1998), S. 102–107. Dort findet sich u. a. das ins Englische übertragene Wortprotokoll der Sitzung der Warschauer-Pakt-Staaten vom 05. 12. 1980.

¹¹ Vgl. Kramer, *Das Verhalten der UdSSR und des Warschauer Paktes in der polnischen Krise 1980/81*, S. 167–211.

mit seinen Drohgebärden lediglich politischen Druck auf Warschau ausüben wollte.¹² Matthew J. Ouimet erkennt im sowjetischen Interventionsverzicht einen Sieg der „requirements of realpolitik“ über „ideological commitments“.¹³ Eine solche Trennung in Real- und Ideologiepolitik vermag jedoch nur bedingt zu überzeugen, schließlich war auch das gewaltsame Vorgehen in den Ostblock-Krisen 1953, 1956 und 1968 ideologischen und realpolitischen Motiven gleichermaßen geschuldet.¹⁴ Wilfried Loth vertritt die Auffassung, dass der Interventionsverzicht Moskaus eine Folge der westlichen Entspannungspolitik gewesen sei. Mit ihrer Hilfe hätten führende Politiker im Kreml ihre Einkreisungsängste überwunden und eine realistischere Haltung eingenommen.¹⁵ Auch diese These muss hinterfragt werden, schließlich standen die frühen achtziger Jahre mit dem NATO-Doppelbeschluss und der Afghanistan-Krise im Zeichen wachsender, nicht nachlassender weltpolitischer Konfrontation.¹⁶ Diesen Aspekt greift Douglas Selvage auf, wenn er argumentiert, Moskau habe die Option eines Truppeneinmarsches aus sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gründen verworfen, um die Implementierung des westlichen Nachrüstungsbeschlusses zu verhindern und die mit der Entspannungspolitik gewonnenen ökonomischen Vorteile nicht zu gefährden.¹⁷ Auch William Tompson führt ökonomische Gründe an, wenn er die immensen Folgekosten der Afghanistan-Invasion dafür verantwortlich macht, dass Breschnew in Polen auf ein militärisches Eingreifen verzichtete.¹⁸ Ungeachtet dieser Forschungskontroversen ist für die vorliegende Arbeit von entscheidender Bedeutung, dass die führenden Politiker des Westens eine sowjetische Invasion als reale Gefahr wahrnahmen und ihr Krisenmanagement danach ausrichteten.

War eine gewaltsame Eskalation im Dezember 1980 ausgeblieben, spitzte sich die Lage im März/April 1981 ein weiteres Mal kritisch zu.¹⁹ Partei und Regierung hatten sich mehr und mehr in Flügelkämpfe verstrickt und drohten in Orientierungslosigkeit zu versinken, von einer Entspannung der wirtschaftlichen Situation konnte keine Rede sein. Mitte Februar wurde deshalb General Wojciech Jaruzelski zum Premierminister ernannt. Er legte ein Zehnpunkte-Programm zur Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage vor und forderte die Gewerkschafter zum Streikverzicht auf. Als es im März in Bromberg zu einigen Übergriffen der Polizei auf Funktionäre der Solidarność kam, fühlte sich diese von Jaruzelski betrogen und drohte erneut mit Generalstreik. Dennoch gelang es ein weiteres Mal, eine gewaltsame Eskalation durch Gespräche zu verhindern.²⁰

¹² Wentker, *Entsattellisierung oder Machtverfall?*, S. 244–249.

¹³ Ouimet, *The Rise and Fall of the Breshnev Doctrine*, S. 5 und S. 131–203.

¹⁴ Zur Kritik an Ouimet vgl. auch Wentker, *Entsattellisierung oder Machtverfall?*, S. 247f.

¹⁵ Vgl. Loth, *Moscow, Prague and Warsaw*, S. 103–118.

¹⁶ Zur Kritik an Loth vgl. auch Wentker, *Entsattellisierung oder Machtverfall?*, S. 247f.

¹⁷ Vgl. Douglas Selvage, *The Superpowers and the Conference on Security and Cooperation in Europe, 1977–1983*, in: Peter/Wentker, *Die KSZE im Ost-West-Konflikt*, S. 15–58, hier: S. 36–40.

¹⁸ Vgl. William Tompson, *The Soviet Union under Brezhnev*, London 2003, S. 58f.

¹⁹ Vgl. zum Folgenden Machcewicz, *Die polnische Krise von 1980/81*, S. 477–504, und Smolorz, *Die Freie sich selbst verwaltende Gewerkschaft „Solidarność“*, S. 236f.

²⁰ Vgl. zum Folgenden ebd., S. 239–242, und Büscher, *Solidarność*, S. 259–356.

Die Parteiführung der PVAP zog für sich die Konsequenz aus der bisherigen Entwicklung, verabschiedete noch im März 1981 die grundlegende Konzeption für eine Verhängung des Ausnahmezustandes und begann in den Folgemonaten mit den logistischen, legislativen und exekutiven Vorbereitungen.²¹ Ob die polnische Führung auf Basis des Märzbeschlusses gezielt auf eine Zuspitzung der Lage hinarbeitete, wie Hartmut Kühn konstatiert,²² ist schwer zu prüfen. Auf jeden Fall war Warschau nun für alle Eventualitäten gerüstet.

Mitte Oktober begann die vierte Phase der Eskalation, als General Jaruzelski neben seinem Amt als Premierminister auch dasjenige des Verteidigungsministers und des Ersten Sekretärs der PVAP übertragen wurde. Der nun mächtigste Mann im Staate schlug eine gemeinsame „Front der Nationalen Verständigung“ unter Beteiligung der Solidarność und der katholischen Kirche vor und forderte Wałęsa unter Androhung der Verhängung des Ausnahmezustandes ultimativ zur Mitarbeit auf. Auf der Sitzung des Präsidiums der Landeskommission der Solidarność Ende November 1981 in Radom, die von Manövern der Warschauer-Pakt-Truppen an der polnischen Grenze begleitet wurde,²³ stritten Gemäßigte und Radikale um die richtige Antwort auf das Angebot Jaruzelskis. In der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember 1981 beschloss die Solidarność unter ihrem Vorsitzenden Wałęsa in Generalstreik zu treten, sollte die Regierung auf Konfrontationskurs gehen. Wenige Stunden später rief General Jaruzelski den Kriegszustand aus.

Das Auswärtige Amt und seine westlichen Alliierten beobachteten die Entwicklung in Polen seit Juli 1980 aufmerksam, schließlich stellte sich wenige Monate nach dem Afghanistan-Konflikt erneut die Frage einer sowjetischen Invasion, und das mitten im hochgerüsteten Europa. Die gewaltsame Eskalation der polnischen Krise unter aktiver Beteiligung des Kremls hätte ungleich größere Auswirkungen auf die Entspannung gehabt als dessen militärisches Eingreifen im weit entfernten Kabul. Die sicherheitspolitischen Zwänge des Kalten Krieges, denen sich die Bundesregierung ausgesetzt sah, griffen im Lichte der sich zuspitzenden Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluss ungleich stärker. Gleichzeitig musste das Bonner Krisenmanagement die historischen Belastungen der deutsch-polnischen Beziehungen ebenso berücksichtigen wie den deutschlandpolitischen Impetus der Ostpolitik und damit verbundene Neutralisierungsvorwürfe der westlichen Verbündeten. Mit der polnischen Krise stellte sich die grundsätzliche Frage nach der Reformierbarkeit sozialistischer Systeme. Gerade angesichts der kritischen Zuspitzung der Ost-West-Beziehungen begaben sich dabei alle Beteiligten auf weitgehend unbekanntes Terrain.

²¹ Mark Kramer geht davon aus, dass Warschau mit Unterstützung Moskaus bereits im Sommer 1980 begann, die Verhängung des Kriegsrechts zu planen. Vgl. Kramer, Das Verhalten der UdSSR und des Warschauer Paktes in der polnischen Krise, S. 178–180.

²² Vgl. Kühn, Das Jahrzehnt der Solidarność, S. 265.

²³ Vgl. ebd., und Borodziej, Geschichte Polens, S. 367 f.

1. Die polnische Krise als Krise des Westens

Das Auswärtige Amt, die NATO und die schrittweise Eskalation der Krise bis zur Verhängung des Kriegsrechts

Am 7. August 1980 berichtete der deutsche Botschafter in Warschau, Georg Neger, nach Bonn, dass die Streikbewegung beständig anwachse und die Möglichkeit einer „umfassende[n] innenpolitische[n] Krise latent gegeben [sei], unmittelbare Gefahr dazu besteht jedoch noch nicht“. Eine sowjetische militärische Invasion sei wegen der „unkalkulierbaren Risiken“ und den „Negativerfahrungen mit Afghanistan“ in der momentanen Lage nicht zu erwarten.²⁴

Ab Ende August wurden – neben den üblichen Botschaftsberichten – von dem für Polen zuständigen Referat 214 des Auswärtigen Amts wöchentlich, teils sogar täglich neue Berichte verfasst und an den Planungsstab weitergeleitet.²⁵ Diese gliederten sich wie folgt: Beschreibung der aktuellen Lage in Polen und Bewertung der entsprechenden Folgen für das politische System Warschau; Wiedergabe der Entwicklungen innerhalb der Streikbewegung einerseits und der Reaktionen der polnischen Regierung, der PVAP und der Sicherheitskräfte andererseits; Beobachtung möglicher Truppenbewegungen in und um Polen sowie – mehr oder weniger fundierte – Spekulationen über das mutmaßliche zukünftige Verhalten Moskaus; schließlich Empfehlungen für das weitere Vorgehen der Bundesregierung.

Aus der Vielzahl an Meldungen, Analysen und Berichten geht eindeutig hervor, dass man in Bonn von Beginn an einen Einmarsch sowjetischer Truppen in Betracht zog. Für diese Einschätzung maßgebend waren sowohl die Erfahrungen des Prager Frühlings 1968 und damit verknüpft die Frage einer erneuten Anwendung der Breschnew-Doktrin, als auch der Schock der seit Dezember 1979 andauernden Afghanistan-Krise. Vor diesem Hintergrund war unumstritten, dass die Sowjetunion aus ideologischen und sicherheitspolitischen Gründen einmarschieren würde, wenn sie ihre Hegemonie über Osteuropa und das sozialistische System als gefährdet ansah. Im Zweifelsfall würde sich der Kreml also für Polen und gegen die Entspannung entscheiden.²⁶ Dennoch ging das Auswärtige Amt davon aus, dass Moskau prinzipiell an der Fortsetzung der Entspannungspolitik interessiert blieb und eine Invasion Polens lediglich als Ultima Ratio in Betracht zog. In der Folge wurde daher permanent erörtert, wann genau wohl der Zeitpunkt erreicht sein würde, an dem Moskau ein militärisches Eingreifen für unumgänglich hielt.

²⁴ Fernschreiben aus Warschau an das Auswärtige Amt vom 07.08.1980, Betr.: Treffen Erster Sekretär Gierek – Bundeskanzler am 19./20.08.1980, hier: innenpolitische Lage Polens, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132904, S. 1–4.

²⁵ Die Berichte finden sich v.a. in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bde. 132904–132917, 132931 und 132932.

²⁶ Aufzeichnung des Ref. 213 des Auswärtigen Amts vom 23.10.1980, Betr.: Sowjetische Haltung gegenüber der Entwicklung in Polen, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133222, S. 1–4.

Am 27. August 1980, zwei Tage vor dem Danziger Abkommen, kamen die EG-Außenminister zu einem informellen Treffen der EPZ zusammen, um die Lage in Polen zu erörtern und zu einer gemeinsamen Haltung zu finden.²⁷ Genscher war überzeugt, dass ein direkter Zusammenhang zwischen der bislang friedlichen Entwicklung in Polen und der Entspannungspolitik bestand. Seiner Meinung nach gingen die Forderungen der polnischen Arbeiter deutlich über die für ein kommunistisches Regime erträgliche Reizschwelle hinaus. Wenn die polnische Regierung überraschenderweise trotzdem Zurückhaltung übe, sei dies erstens eine Folge der „Politik der Kooperation in Europa, die durch eine sowjetische Intervention in ihren Grundfesten erschüttert würde“, und zweitens Ergebnis der „erhöhten Sensibilität seit Afghanistan“.²⁸ Aus bundesdeutscher Sicht mussten sich deshalb alle Anstrengungen darauf richten, ein Eingreifen Moskaus zu verhindern und eine friedliche Normalisierung der Lage herbeizuführen. Genscher appellierte an seine Partner, sich gemäß dem Prinzip der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ in strenger politischer Zurückhaltung zu üben.²⁹

Die Minister waren sich einig, dass der Schlüssel zur Lösung der polnischen Krise im ökonomischen Bereich lag. Eine wirtschaftliche Gesundung des Landes könnte den Spielraum der polnischen Regierung vergrößern und die sozialen Proteste der Bevölkerung verringern helfen, während sich mit der voranschreitenden ökonomischen und finanziellen Talfahrt die Gefahr einer politischen Radikalisierung und gewaltsamen Eskalation zuspitze. Genscher plädierte deshalb dafür, die seit Mitte der siebziger Jahre gewachsenen wirtschaftlichen Beziehungen zu intensivieren und Warschau weitere Kredite zu gewähren.³⁰ Allerdings, so räumte Genscher ein, gebe es auch „kritische Gegenstimmen, dass durch eine solche Kreditgewährung das kommunistische Regime stabilisiert würde“.³¹ Genschers Vorschlag eines kombinierten Vorgehens aus politischer Zurückhaltung und finanzpolitischer Unterstützung der polnischen Regierung fand zu diesem Zeitpunkt

²⁷ Schreiben des Leiters der Abt. 2 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Klaus Blech, an Bundesminister Genscher vom 29. 08. 1980, Betr.: Informelles EPZ-Ministertreffen am 27. 8. 1980 in New York, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132904, S. 1.

²⁸ Ebd. Vgl. auch Vermerk des Ref. 202 des Auswärtigen Amts vom 11. 09. 1980, Betr.: Deutsch-französische Gipfelkonsultationen am 9. September 1980 in Paris, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132906, S. 1–4.

²⁹ Sein Plädoyer zur politischen Zurückhaltung hielt Genscher auch in den folgenden Monaten aufrecht. Vgl. beispielsweise Schreiben des Leiters des Planungsstabes, Ministerialdirektor Hansen, an Bundesminister Genscher vom 10. 12. 1980, Betr.: Westliche Reaktionen für den Fall einer militärischen Intervention der SU in Polen, in: PA-AA, B 9, Pl. 02 (Zwischenarchiv), Bd. 178427.

³⁰ Vgl. Bingen, Ostpolitik und demokratischer Wandel in Mittel- und Osteuropa, S. 117–140, und ders., Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl. 1949–1991, Baden-Baden 1998, S. 199–220. Zu den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und der EWG vgl. Dagmara Jajesiak-Quast, Polen, die ČSSR und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft während des Kalten Krieges, in: Greiner/Müller/Weber, Ökonomie im Kalten Krieg, S. 370–394.

³¹ Schreiben des Leiters der Abt. 2 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Klaus Blech, an Bundesminister Genscher vom 29. 08. 1980, Betr.: Informelles EPZ-Ministertreffen am 27. 8. 1980 in New York, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132904.

sowohl die Zustimmung der Franzosen³² und Briten³³ als auch die der amerikanischen Administration.³⁴ Alle Beteiligten sahen darin den besten, wenn nicht gar einzig gangbaren Weg, einen sowjetischen Einmarsch zu vermeiden. Als besonders pragmatisch erwies sich das FCO. Eine wirtschaftliche Unterstützung Warschaws sei ratsam, auch wenn sie teuer sei. Denn, so die Argumentation, wenn eine Stabilisierung der Lage misslinge und Moskau doch noch einmarschiere, müsse der Westen umso tiefer in die Tasche greifen wegen der dann unumgänglichen Ausrüstungsprogramme:

“It would of course cost money: and no-one has any spare. But we may as well face the fact that there is no way we are going to get shot of the Polish problem without putting our hands deep into our pockets. If the Russians go in, we shall all be faced with demands for substantial rearmament programmes. Better to find the money for preventing the worst than for reacting to it.”³⁵

So beschloss der Europäische Rat Mitte Dezember 1980 angesichts der zunehmenden Nahrungsmittelknappheit und des bevorstehenden Winters die verbilligte Lieferung von Grundnahrungsmitteln wie Butter, Fleisch und Zucker aus den Beständen der EG im Umfang von 450 Millionen DM. Der bundesdeutsche Anteil hieran belief sich auf 131 Millionen DM, also etwa ein Drittel der Gesamtkosten.³⁶

³² Vgl. hierzu Fernschreiben Nr. 1736 der deutschen Botschaft in Paris an das Auswärtige Amt vom 21. 08. 1980, Betr.: Lage in Polen, hier: Französische Beurteilung, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132904; Vermerk des Ref. 202 des Auswärtigen Amts vom 11. 09. 1980, Betr.: Deutsch-französische Direktorenkonsultationen am 09. 09. 1980 in Paris, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132906, S. 1–4, und Fernschreiben Nr. 2032 des deutschen Botschafters in Paris, Herbst, an das Auswärtige Amt vom 09. 10. 1980, Betr.: Zur sowjetischen Außenpolitik, hier: Polen und Nahostkonflikt, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133222, S. 1f.

³³ Vgl. Schreiben des deutschen Botschafters in London, Ruhfus, an das Auswärtige Amt vom 06. 09. 1980, Betr.: Lage in Polen, hier: Haltung des FCO, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132905; Letter from Lever, FCO, to Mallaby, Eastern European and Soviet Department of the FCO, September 18th 1980, Subject: Poland: Contingency Plans against the possibility of Soviet intervention, in: TNA, FCO 46/2191, und Letter from Pridham, FCO, to the Secretary of State, Lord Carrington, October 16th 1980, Subject: The Polish crisis: Should we help?, in: TNA, FCO 28/4165.

³⁴ Vgl. Fernschreiben Nr. 3297 aus Washington an das Auswärtige Amt vom 27. 08. 1980, Betr.: Gespräch Bundesminister Genscher mit Außenminister Muskie am 26. 08. 1980, in: PA-AA, B 14, Ref. 201 (Zwischenarchiv), Bd. 120208, S. 1–4; Aufzeichnung des Ref. 204 des Auswärtigen Amts vom 28. 08. 1980, Betr.: Gespräch Bundesminister Genscher mit Außenminister Muskie am 26. 08. 1980 in Washington, in: PA-AA, B 14, Ref. 201 (Zwischenarchiv), Bd. 120208, S. 1–6, und Aufzeichnung des Ref. 204 des Auswärtigen Amts vom 17. 09. 1980, Betr.: Gespräch Staatssekretär von Well und Außenminister Christopher am 16. 09. 1980, in: PA-AA, B 14, Ref. 201 (Zwischenarchiv), Bd. 120201, S. 1–9.

³⁵ Vgl. Telegram No. 886 of the British Ambassador at Bonn, Wright, to the FCO, December 1st 1980, Subject: Poland, in: TNA, FCO 28/4040.

³⁶ Vgl. Schreiben des Leiters des Ref. 411 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Randemann, an Staatsminister von Dohnanyi vom 13. 05. 1981, Betr.: EG-Hilfe für Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132911, S. 1–3, und Aufzeichnung des Ref. 411 des Bundeskanzleramts vom 28. 04. 1981, Betr.: Gespräch von Staatsminister Huonker mit einer Gruppe des polnischen Ökumenischen Rates, hier: EG-Nahrungsmittelhilfe für Polen, in: BArch, B 136/17463.

Parallel zu den Abstimmungsprozessen im Rahmen der EPZ konferierten die NATO-Außenminister der Vier (BRD, USA, Frankreich, Großbritannien) seit Herbst 1980 regelmäßig, um sich über den aktuellen Stand der Entwicklungen abzustimmen. Sie wollten aus dem bündnispolitischen Koordinationsdesaster der Afghanistan-Krise Konsequenzen ziehen und begannen auf Initiative Großbritanniens mit einer sogenannten Eventualfallplanung („Contingency Planning“), um im Falle eines Einmarsches sowjetischer Truppen schnell und geschlossen handeln zu können. Ein erster Entwurf für eine solche Eventualfallplanung wurde vom Auswärtigen Amt Ende November vorgelegt und in den nächsten Monaten weiter ausdifferenziert.³⁷ Immer wieder sprach Außenminister Genscher in den allianz-internen Beratungen zwei kritische Punkte an. Erstens bedürfe der schillernde Begriff der Intervention, die den Ausgangspunkt aller NATO-Planungen bildete, einer klaren, unmissverständlichen Definition, damit es darüber zum entscheidenden Zeitpunkt nicht zu Interpretationsdifferenzen komme – schließlich verletze Moskau bereits die Prinzipien der KSZE-Schlussakte, wenn es durch die Androhung von Gewalt Druck auf Warschau ausübe. Es müsse also festgelegt werden, wann diejenige Stufe der Intervention erreicht sei, an welcher die Eventualfallplanung der NATO zu greifen beginne.³⁸ Zweitens dürfe der Schwerpunkt der westlichen Bemühungen nicht auf der Festlegung reaktiver Sanktionsmaßnahmen liegen, sondern müsse sich auf die präventive Verhinderung des Worst-case-Szenarios konzentrieren. Genschers Appelle verhallten jedoch ungehört und so konzentrierte sich die NATO-Eventualfallplanung zunächst auf den konkreten Fall des Einmarsches sowjetischer Truppen.³⁹ Alle Allianzpartner waren übereinstimmend der Meinung, dass eine Intervention Moskaus – anders als in Afghanistan – als ein defensiver Akt der Herrschaftssicherung, nicht aber als Zeichen eines ungebremsen sowjetischen Expansionismus zu interpretieren sei.⁴⁰ Eine militärische Reak-

³⁷ Vgl. Aufzeichnung des Leiters der Unterabt. 21 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirigent Lücking, vom 28. 11. 1980, Betr.: Reaktion auf eine sowjetische militärische Intervention in Polen, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133222, S. 1–5. Auf der NATO-Frühjahrskonferenz Anfang Mai 1981 wurde das Contingency Planning für vorläufig abgeschlossen erklärt. Vgl. Schreiben des Leiters des Ref. 214 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil, an das Ref. 201 vom 21. 04. 1981, Betr.: NATO-Frühjahrsministerkonferenz in Rom am 04./05. 05. 1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132911, S. 1–3.

³⁸ Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington, dem französischen Außenminister François-Poncet und dem amerikanischen Außenminister Muskie in Brüssel am 10. 12. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 357, S. 1843–1855, hier: S. 1849f.

³⁹ Vgl. Schreiben des Leiters der Abt. 2 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Blech, an Bundesminister Genscher vom 08. 12. 1980, Betr.: Polen, hier: Reaktion der Bundesrepublik Deutschland auf eine militärische Intervention der Sowjetunion in Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132907.

⁴⁰ Vgl. Schreiben des deutschen Botschafters bei der NATO in Brüssel, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 12. 12. 1980, Betr.: NATO-Ministertagung, hier: Sitzung im kleinsten Kreise am 11. 12. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 363, S. 1879–1881, und Ortex Nr. 158 des Ref. 201 des Auswärtigen Amts, Steinkühler, vom 15. 12. 1980, Betr.: Zu den NATO-Herbstministerkonferenzen, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133222, S. 1–5.

tion von Seiten des Westens schlossen sie von Beginn an kategorisch aus, weder ein konventioneller noch atomarer Krieg auf europäischem Boden stand jemals zur Debatte.

Die NATO fokussierte ihre Planungen deshalb auf wirtschaftliche Sanktionsmöglichkeiten. Großbritannien, Frankreich und vor allem die USA forderten die Erarbeitung eines konkreten Maßnahmenkatalogs, auf den im Falle einer militärischen Intervention Moskaus zurückgegriffen werden sollte. Denkbar waren selektive Beschränkungen beispielsweise beim Handel mit Nahrungsmitteln und bei Exportkrediten sowie Sanktionen in den Bereichen Technologie, Luftverkehr, Schifffahrt, Fischerei, Energie und Währungsfragen.⁴¹ Das Auswärtige Amt hingegen wollte einen starren Maßnahmenkatalog vermeiden, um flexibel auf die jeweiligen Entwicklungen reagieren zu können. Eine zu frühzeitige, gleichsam automatisch greifende Reaktion würde den Handlungsspielraum des Westens schlagartig verringern und die durch Ostverträge und KSZE-Prozess erreichten Verbesserungen gefährden, betonte Genscher.⁴² Das Auswärtige Amt wies den bundesdeutschen Vertreter bei der NATO in Brüssel deshalb an, bezüglich wirtschaftlicher Sanktionen möglichst jede Festlegung zu vermeiden.⁴³ Modellhaft zeigte sich in dieser Order Genschers Hang zum Taktieren und seine Strategie, konkrete Entscheidungen hinauszuzögern, um sich damit möglichst lange möglichst viele Handlungsoptionen offenzuhalten.

Wie weit man noch von einem koordinierten Vorgehen entfernt war, zeigte die geradezu chaotisch anmutende Reaktion des Westens auf die Zuspitzung der Lage Ende 1980.⁴⁴ Der deutsche Botschafter bei der NATO in Brüssel, Wieck, meldete, die PVAP verliere mehr und mehr die Kontrolle und die Alarmbereitschaft der

⁴¹ Vgl. Aufzeichnung des Leiters der Abt. 4 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Fischer, vom 16. 12. 1980, Betr.: „Contingency Planning“ für Polen, hier: Gespräche der Wirtschaftsdirektoren der Vier am 15. 12. 1980 in London, in: AAPD 1980, Dok. 367, S. 1899–1904, und Aufzeichnung des Leiters der Abt. 5 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Fleischhauer, vom 23. 12. 1980, Betr.: „Contingency Planning“ für Polen, hier: Gegenmaßnahmen im Falle der Intervention; rechtliche Überlegungen, in: AAPD 1980, Dok. 374, S. 1935–1942.

⁴² Auch im Auswärtigen Ausschuss argumentierte Genscher gegen einen solchen mechanischen Reaktionskatalog. Vgl. Protokoll der 2. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 17. 12. 1980, in: BT ParLA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 10.

⁴³ Vgl. Schreiben des Leiters der Abt. 2 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Blech, an den deutschen Botschafter bei der NATO in Brüssel, Wieck, vom 03. 12. 1980, Betr.: NATO-Konsultationen über Polen, hier: Politische Reaktion, in: AAPD 1980, Dok. 346, S. 1796–1798. Vgl. dazu außerdem Telegram No. 245 of the Secretary of State, Lord Carington, to the British Embassy at Brussels (NATO), December 22nd 1980, Subject: Poland: Economic measures, in: TNA, FCO 46/2190.

⁴⁴ Zur Zuspitzung der Lage vgl. die regelmäßige Bestandsaufnahme des Ref. 214 des Auswärtigen Amts, hier v.a. Aufzeichnung des Ref. 214 vom 30. 09. 1980, Betr.: Innenpolitische Lage in Polen (Polenpapier Nr. 13), in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132931; Aufzeichnung des Ref. 214 vom 20. 10. 1980, Betr.: Innenpolitische Lage in Polen (Polenpapier Nr. 15), in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132931; Aufzeichnung des Ref. 214 vom 04. 11. 1980, Betr.: Innenpolitische Lage in Polen (Polenpapier Nr. 18), in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132931, und Aufzeichnung des Ref. 214 vom 11. 11. 1980, Betr.: Innenpolitische Lage in Polen (Polenpapier Nr. 19), in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132931.

Warschauer-Pakt-Truppen nehme kontinuierlich zu.⁴⁵ Als weiteres Indiz für einen möglicherweise bevorstehenden Einmarsch wurde das für den 5. Dezember geplante Treffen des Warschauer Paktes interpretiert.⁴⁶ Unstrittig war, dass ein militärisches Eingreifen des Kremls vom Westen nicht verhindert werden konnte. Sowohl eine Intervention Moskaus als auch die mögliche Eskalation der Auseinandersetzungen in einen polnischen Bürgerkrieg hätte der Westen zwangsläufig in Kauf nehmen müssen.

In dieser kritischen Situation taten sich vor allem Washington und Paris durch nationale Alleingänge hervor. US-Präsident Carter sandte ohne Einbeziehung seiner Verbündeten ein Telegramm an Breschnew, in dem er erklärte:

„Ich möchte Ihnen die feste Absicht der Vereinigten Staaten übermitteln, die Ereignisse in Polen nicht auszunutzen und die legitimen sowjetischen Sicherheitsinteressen in dieser Region nicht zu bedrohen. [...] Gleichzeitig muss ich erklären, dass es von höchst nachteiligem Einfluss auf unser Verhältnis wäre, sollte der polnischen Nation mit Gewalt eine Lösung aufgezwungen werden.“⁴⁷

Ähnlich agierte der französische Außenminister François-Poncet, der ebenfalls ohne Konsultation der Verbündeten, parallel zum zeitgleich stattfindenden Manöver des Warschauer Paktes, öffentlich vor einer sowjetischen Intervention in Polen warnte und zudem erklärte, er wolle das Wort Entspannung von nun an nicht mehr in den Mund nehmen.⁴⁸ Die Bundesregierung hielt sich hingegen, unterstützt von Großbritannien,⁴⁹ weiter an das Prinzip der politischen Zurückhaltung und warnte auch ihre Partner, dass öffentliche Verurteilungen zu einer Eskalation der Lage beitragen könnten. Mit dieser Haltung zog sich Bonn den Ärger des amerikanischen Partners zu. US-Verteidigungsminister Brown erklärte, angesichts der Moskauer Überrüstung, der Afghanistan-Krise und des sowjetischen Expansionismus sollten die Europäer, insbesondere die Bundesregierung, endlich

⁴⁵ Am 3. Dezember 1980 hatten die sowjetischen Divisionen in der DDR den Befehl erhalten, sich auf eine Verlegung nach Polen zwischen dem 5. und 8. 12. 1980 vorzubereiten. Vgl. Machcewicz, *Die polnische Krise von 1980/81*, S. 490.

⁴⁶ Vgl. Schreiben des deutschen Botschafters bei der NATO in Brüssel, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 12. 12. 1980, Betr.: NATO-Ministertagung, hier: Sitzung im kleinsten Kreise am 11. Dezember 1980, in: AAPD 1980, Dok. 363, S. 1879–1881.

⁴⁷ Zitiert nach Machcewicz, *Die polnische Krise von 1980/81*, S. 490 f., Anm. 39.

⁴⁸ Fernschreiben Nr. 2392 des deutschen Botschafters in Paris, Herbst, an das Auswärtige Amt vom 05. 12. 1980, Betr.: Ost-West-Beziehungen, hier: Französische offizielle Stellungnahme zu Polen und der SU, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132907, S. 1 f., und Note du Ministère des relations extérieures le 5 décembre 1980, Objet: Attitude de la France en cas d'intervention militaire soviétique en Pologne, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5415. Eine entsprechend harte Haltung nahm Frankreich auch auf der NATO-Herbstministerkonferenz am 12. Dezember ein. Vgl. Schreiben des deutschen Botschafters bei der NATO in Brüssel, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 12. 12. 1980, Betr.: NATO-Ministertagung, hier: Sitzung im kleinsten Kreise am 11. Dezember 1980, in: AAPD 1980, Dok. 363, S. 1879–1881. Zur Erklärung des NATO-Rats vom 12. 12. 1980 vgl. Archiv der Gegenwart (1980), S. 24106–24108.

⁴⁹ Schreiben des Leiters des Planungsstabes, Ministerialdirektor Hansen, an Staatssekretär van Well vom 29. 05. 1981, Betr.: Deutsch-britische Planungsstabsgespräche vom 26. 05. 1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132911.

ihre „Appeasement-Politik“ aufgeben – ein Vorwurf, den Bonn brüskiert zurückwies.⁵⁰

Statt den durch die Polen-Krise in die Defensive geratenen Ostblock auf der NATO-Gipfelkonferenz Mitte Dezember durch westliche Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit zu beeindrucken, wurden nach dem Konsultationsdesaster im Afghanistan-Konflikt nun einmal mehr die tiefen Trennlinien innerhalb der Atlantischen Allianz sichtbar.⁵¹ Dennoch arbeitete die Vierergruppe weiter an der Konkretisierung ihrer Eventualfallplanung und verabschiedete am 15. Januar 1981 schließlich ein umfangreiches Maßnahmenpaket.⁵² Alle Ausfuhren unter neuen Verträgen, sämtliche staatliche Kreditlinien und -subventionen sowie öffentliche Bürgschaften sollten unverzüglich eingestellt, der Export fortgeschrittener Technologien in die Sowjetunion gedrosselt werden. Die Luft- und Seeverbindungen mit Moskau würden soweit wie möglich eingeschränkt und sowjetischen Fischeischiffen der Zugang zu EG-Gewässern untersagt werden. Die Entscheidung darüber, ob der Eventualfall eingetreten sei, sollte beziehungsweise der Einschätzung der jeweiligen Regierungen überlassen bleiben.

Damit war die grundlegende Ausrichtung ökonomischer Sanktionen abgesteckt, um deren Details in den folgenden Monaten weiter kontrovers gerungen wurde. Am 9. Februar stellte Großbritannien darüber hinaus eine Liste möglicher Maßnahmen im politischen Bereich zur Diskussion:⁵³ die Verurteilung der sowjetischen Intervention durch die UN-Generalversammlung, die Rückberufung der westlichen Botschafter aus Moskau und anderen osteuropäischen Staaten, die Einschränkung kultureller Aktivitäten, den Abbruch der KSZE-Nachfolgekonferenz von Madrid und der Rüstungskontrollverhandlungen.

Über die Einberufung der UN-Generalversammlung und Sanktionen im bilateralen kulturellen Bereich bestand weitgehender Konsens. Allen anderen Vorschlägen aber widersprach die deutsche Delegation nachdrücklich. Zwar sei es wohl

⁵⁰ Ortex Nr. 158 des Ref. 201 des Auswärtigen Amts, Steinkühler, vom 15. 12. 1980, Betr.: Zu den NATO-Herbstministerkonferenzen, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133222. Die Unzufriedenheit der US-Administration mit der NATO-Eventualfallplanung machte der amerikanische Botschafter Stoessel auch in einem Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt deutlich. Vgl. Schreiben des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, van Well, an den deutschen Botschafter in Washington, Hermes, und den deutschen Botschafter bei der NATO in Brüssel, Wieck, Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit amerikanischem Botschafter Stoessel am 19. 12. 1980 wegen Polen, in: AAPD 1980, Dok. 371, S. 1918–1922.

⁵¹ Angesichts des historischen Tiefstandes der deutsch-amerikanischen Beziehungen war es kein Zufall, dass gerade Bonn und Washington bei diesem Konflikt die Hauptakteure waren. Vgl. dazu grundlegend Wiegrefe, *Das Zerwürfnis*.

⁵² Vgl. Aufzeichnung des Leiters der Abt. 4 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Fischer, vom 16. 01. 1981, Betr.: Viererkonsultationen über Polen, hier: Gespräch der Wirtschaftsdirektoren der Vier am 15. 01. 1981 in Washington, in: AAPD 1981, Dok. 8, S. 41–45.

⁵³ Vgl. Aufzeichnung des Leiters der Unterabt. 21 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirigent Bräutigam, vom 10. 02. 1981, Betr.: Eventualfallplanung Polen, hier: Konsultation der vier Politischen Direktoren in London am 09. 02. 1981, in: AAPD 1981, Dok. 36, S. 183–195. Vgl. dazu außerdem *Télégramme de Paris à Washington le 13 février 1981*, *Objet: Réunion quadripartite des directeurs politiques*, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5418.

unvermeidlich, die MBFR- und SALT-Verhandlungen abubrechen. Die INF-Gespräche hingegen müssten – wenn irgend möglich – fortgesetzt werden, unterstrich Ministerialdirektor Blech. Andernfalls werde die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses erheblich erschwert. Einen Abbruch der Madrider KSZE-Folgekonferenz lehnte die bundesdeutsche Seite rundweg ab. Gerade in Krisenzeiten sei es entscheidend, möglichst alle Kommunikationsforen zu nutzen, sonst schränke man den Informationsfluss in beide Richtungen und damit die eigenen Handlungsmöglichkeiten ein. Weder könnten wichtige Einschätzungen der Lage vor Ort durch die Botschaft nach Bonn gelangen, noch könnte man der Gegenseite die eigene Haltung zum Ausdruck bringen. Eine Störung der Kommunikationskanäle könnte vielmehr eine weitere Eskalation der Krise mit sich bringen.⁵⁴ Angesichts dieser Meinungsunterschiede vertagten die vier Politischen Direktoren die endgültige Entscheidung über politische Sanktionen.

Abschließend wurden verschiedene Szenarien über den möglichen Ablauf des westlichen Entscheidungsprozesses nach Eintreten des Eventualfalls durchgespielt.⁵⁵ Am meisten Anklang fand die Variante, noch am Tag der Intervention selbst eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats einzuberufen, am Tag darauf ein Treffen der vier Politischen Direktoren und des Politischen Komitees der EG abzuhalten und schließlich am dritten Tag im Anschluss an ein Treffen der Vier eine Sitzung der zehn Außenminister der EG und eine Sondertagung der 15 NATO-Außenminister anzuberaumen.

Wenige Tage, nachdem das Contingency Planning der NATO für den Fall einer sowjetischen Invasion weitgehend abgeschlossen war,⁵⁶ kamen beunruhigende Nachrichten aus London. In einem Gespräch mit seinen deutschen und französischen Kollegen berichtete der britische Außenminister, Lord Carrington, von einer überraschenden Mitteilung Warschaus. Der polnische Botschafter in London, Bisztyga, hatte angekündigt, dass wegen der katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Lage in Kürze eine Regierungsumbildung anstehe. Außenminister Józef Czyrek sei es wichtig zu wissen, wie der Westen reagieren würde, wenn Warschau den Notstand ausriefe und die Miliz mobilisiere, um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen.⁵⁷

⁵⁴ Vgl. Schreiben des Leiters der Abt. 2 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Blech, an den deutschen Botschafter in London, Ruhfus, vom 12. 02. 1981, Betr.: Stellungnahme der Bundesregierung zu den am 09. 02. 1981 vorgelegten vier britischen Papieren, in: AAPD 1981, Dok. 36, S. 183–195, Anm. 33.

⁵⁵ Vgl. Aufzeichnung des Leiters der Unterabt. 21 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirigent Bräutigam, vom 10. 02. 1981, Betr.: Eventualfallplanung Polen, hier: Konsultation der vier Politischen Direktoren in London am 09. 02. 1981, in: AAPD 1981, Dok. 36, S. 183–195.

⁵⁶ Am 10. 03. 1981 wurde das Contingency Planning der NATO mit Verabschiedung des Dokuments PO/80/133 (revised) für endgültig abgeschlossen erklärt. Vgl. Schreiben des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, van Well, an den deutschen Botschafter bei der NATO in Brüssel, Wieck, vom 10. 03. 1981, Betr.: Eventualfallplanung Polen, hier: Verabschiedung des Dokuments PO/80/133 (revised), in: AAPD 1981, Dok. 67, S. 367f.

⁵⁷ Vgl. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Edler von Braunmühl, vom 13. 02. 1981, Betr.: Gespräch des Ministers mit AM François-Poncet und AM Lord Carrington am 12. 02. 1981, in: AAPD 1981, Dok. 40, S. 222–225, Anm. 2.

Bereits Mitte Februar 1981 hatte Warschau die Westeuropäer also offen darüber in Kenntnis gesetzt, dass eine Verhängung des Kriegszustands wahrscheinlicher wurde. Warum Czyrek ausgerechnet London informierte, nicht aber Paris und Bonn, konnte anhand der eingesehenen Akten nicht geklärt werden. Zweifellos aber ging Warschau davon aus, dass Carrington unverzüglich mit seinen Partnern darüber diskutieren würde. Aufgeschreckt von diesen beunruhigenden Nachrichten ließ Genscher tags darauf den polnischen Gesandten in Bonn, Mirosław Wojtkowski, einbestellen und appellierte nachdrücklich an ihn, den Weg des innerpolnischen Dialogs fortzusetzen.⁵⁸ Mit Carrington und François-Poncet vereinbarte Genscher, sich schnellstmöglich darüber abzustimmen, welche Sanktionen Westeuropäer und Amerikaner ergreifen sollten, wenn Warschau den Ausnahmezustand verhing. Alle drei waren sich einig, dass sich die öffentliche Stimmung gegenüber Polen verändern und eine Fortsetzung der westlichen Wirtschaftshilfe daher nur schwer durchzusetzen sein werde. Erneut war es der deutsche Außenminister, der trotz des zu erwartenden Stimmungsumschwungs vor einer reflexhaften Überreaktion warnte. Die im NATO-Contingency-Planning vereinbarten Maßnahmen dürften nur bei einer sowjetischen Intervention angewandt werden.⁵⁹ Noch konkreter formulierte Ministerialdirektor Klaus Blech die deutsche Haltung in einem Schreiben an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel am 16. Februar:

„Westliche Maßnahmen gegen Polen im Falle innerpolnischer Repression wäre ein Abrücken von der bisherigen Politik der strikten Zurückhaltung gegenüber den inneren Angelegenheiten Polens. Sie können nur bei gravierenden Verletzungen der Menschenrechte und der Prinzipien der KSZE-Schlussakte gerechtfertigt werden.“⁶⁰

Die dann zu ergreifenden Maßnahmen „sollten inhaltlich und zeitlich so dosiert werden, dass der polnischen Führung die Rückkehr zu einer Politik der friedlichen Stabilisierung und innerer Reformen nicht verbaut oder erschwert würde“.⁶¹

In den nächsten Monaten konzentrierten sich die Beratungen der Vierer-Gruppe auf die Frage, welche Sanktionen verhängt werden sollten, falls Warschau den Kriegszustand ausriefe. Gleichzeitig wuchs der Widerstand gegen weitere wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen an Polen. Bis zu welchem Grad dienten diese humanitären Zwecken und konnten deeskalierende Wirkung entfalten? Wann begannen die westlichen Kredit- und Umschuldungsverhandlungen mit der polnischen Regierung ein kommunistisches Unrechtsregime am Leben zu erhalten? Wo verlief die Grenze zwischen friedenssichernder Stabilisierung und systemerhaltender Kollaboration?

In der Tat hatte die westliche Unterstützung inzwischen einen beachtlichen Umfang erreicht. Im April 1981 hatte die EG ihre bisherige Nahrungsmittelhilfe von 450 Millionen DM um eine zweite Tranche von 424 Millionen DM aufge-

⁵⁸ Vgl. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Edler von Braunmühl, vom 13.02.1981, Betr.: Gespräch des Ministers mit AM François-Poncet und AM Lord Carrington am 12.02.1981, in: AAPD 1981, Dok. 40, S. 222–225, Anm. 5.

⁵⁹ Vgl. ebd., Anm. 8.

⁶⁰ Drahterlass Nr. 907 des Leiters der Abt. 2 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Blech, an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel vom 16.02.1981, in: AAPD 1981, Dok. 43, S. 240–246, Anm. 5.

⁶¹ Ebd.

stockt, wovon die Bundesrepublik 150 Millionen übernahm. Fünf Wochen später stimmte der Europäische Rat einer „Ergänzungslieferung“ zur zweiten Tranche im Umfang von 135 Millionen DM zu.⁶² Auch war schon Ende 1980 deutlich geworden, dass Warschau seine wachsenden Auslandsschulden nicht würde begleichen können. Die Westverschuldung Polens belief sich im November 1980 auf 21 Milliarden US-Dollar und war innerhalb weniger Wochen auf 24 Milliarden US-Dollar im Dezember 1980 angestiegen. Bereits Ende des Monats nahmen die 15 wichtigsten Gläubigerstaaten deshalb Umschuldungsverhandlungen mit Polen auf. Nach drei Verhandlungsrunden konnte schließlich im April 1981 in Paris ein Schuldenprotokoll unterzeichnet werden, das eine Umschuldungsquote von 90 Prozent vorsah.⁶³ Die gestundete Summe belief sich auf rund 1,5 Milliarden US-Dollar, wovon Bonn 0,54 Milliarden, also etwa ein Drittel, übernahm. Die Bundesrepublik war damit noch weit vor den USA der wichtigste Gläubiger Polens.⁶⁴

Da sich die wirtschaftliche Lage in Polen auch im Sommer weiter verschlechterte und ein Ende der Krise nicht absehbar war, gewannen die Kritiker einer Stabilisierungspolitik innerhalb der NATO mehr und mehr an Gewicht.⁶⁵ Besonders in der Reagan-Administration wurden Stimmen laut, die forderten, dass die vom Ostblock selbstverschuldete Krise auch von diesem wirtschaftlich gelöst werden müsse.⁶⁶ Genscher jedoch beharrte auf dem Grundsatz, dass eine wirtschaftliche

⁶² Vgl. Schreiben des Leiters des Ref. 411 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse, Randemann, an Staatsminister von Dohnanyi vom 13. 05. 1981, Betr.: EG-Hilfe für Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132911, S. 1–3.

⁶³ Zu den Einzelheiten der Umschuldungsverhandlungen vgl. Aufzeichnung des Ref. 421 des Bundeskanzleramts vom 25. 03. 1981, Betr.: Polnische Versorgungslage, Westverschuldung und wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen, in: BArch, B 136/16675. Vgl. dazu außerdem die Studie des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOST), Die Wirtschaftskrise Polens – ein Dilemma sowjetischer Hegemonie, auf die das Auswärtige Amt zurückgriff: Schreiben des Leiters des Ref. 214 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil, an Staatssekretär van Well vom 04. 08. 1981, Betr.: Studie des BIOST zur Wirtschaftslage Polens, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132932; Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Sieger, an das Auswärtige Amt vom 04. 05. 1981, Betr.: Wirtschaftshilfe für Polen, in: PA-AA, B 41, Ref. 212 (Zwischenarchiv), Bd. 133222, S. 1–3; Aufzeichnung des Ref. 421 des Auswärtigen Amts vom 02. 06. 1981, Betr.: Polnische Wirtschaftshilfe, Westverschuldung und wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132911, S. 1–6; Aufzeichnung des Ref. 421 des Bundeskanzleramts vom 24. 09. 1981, Betr.: Vergleich der westlichen und östlichen Hilfsleistungen an Polen, in: BArch, B 136/16675, und Aufzeichnung des Ref. 421 des Bundeskanzleramts vom 27. 11. 1980, Betr.: Wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen für Polen, in: BArch, B 136/16674.

⁶⁴ Vgl. auch Archiv der Gegenwart (1981), S. 24509–24511, hier: S. 24509, und Gregory F. Domber, Transatlantic Relations, Human Rights, and Power Politics, in: Villaume/Westad, Perforating the Iron Curtain, S. 195–214, hier: S. 199–201.

⁶⁵ Vgl. Note du Ministère des affaires étrangères le 29 septembre 1981, Objet: Réunion quadripartite des Directeurs politiques à Washington, le 18 septembre, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5418.

⁶⁶ Vgl. Fernschreiben Nr. 3089 des deutschen Botschafters in Washington, Dannenbring, an das Auswärtige Amt vom 06. 08. 1981, Betr.: Lage in Polen, hier: amerikanische Haltung, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132912, und Aufzeichnung des Leiters der Abt. 4 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Fischer, vom 10. 08. 1981, Betr.: Viererkonsultationen über Polen in Paris am 07. 08. 1981, hier: Bewertung des Ergebnis-

Gesundung Polens der Schlüssel zur Lösung der politischen Krise war. Neben politischen Gesprächen mit Warschau schien dies die einzige Möglichkeit, die der Westen überhaupt besaß, konstruktiv auf den Entwicklungsprozess Einfluss zu nehmen. Unterstützt wurde er in diesem Bemühen von seinen westeuropäischen Verbündeten.⁶⁷

Neben der desolaten ökonomischen Lage Polens schien dem Auswärtigen Amt die eigentliche Gefahr für die Reformbewegung, je länger die Krise andauerte, auch von der *Solidarność* und den anhaltenden Flügelkämpfen innerhalb der PVAP auszugehen. Innerhalb der *Solidarność* war ein Kräftemessen zwischen dem gemäßigten Flügel um Lech Wałęsa und einer sich radikalisierenden Strömung entstanden, die eine friedliche Einigung zwischen Gewerkschaft und Regierung zu gefährden schien.⁶⁸ In den folgenden Monaten waren die Lageanalysen des Auswärtigen Amts daher weiterhin geprägt von den Schwankungen und der Labilität der polnischen Entwicklung sowie mehr oder minder tragfähigen Spekulationen über die anhaltenden Richtungskämpfe innerhalb von *Solidarność* und PVAP. Als Indikator für eine möglicherweise gewaltsame Eskalation der Krise galt wie bereits zuvor neben etwaigen Truppenverschiebungen die Entwicklung der polnischen und vor allem der sowjetischen Propaganda. Je drastischer diese eine angebliche westliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens verurteilte, umso plausibler erschien die Vermutung, dass Moskau eine Intervention argumentativ vorbereitete.

Die erneute Regierungsumbildung in Warschau am 18. Oktober 1981 und die Übernahme der Ämter des Ministerpräsidenten, Verteidigungsministers und Oberkommandierenden der Streitkräfte durch General Wojciech Jaruzelski wurde unterschiedlich bewertet.⁶⁹ Paris sah in diesem Regierungswechsel einen „halben Sieg für die Sowjetunion“. Etwas gelassener und betont pragmatisch reagierten die Briten. Die Wahl Jaruzelskis bedeute nicht automatisch eine Abkehr von der Reform- und Dialogpolitik.⁷⁰ Nur wenn dies das allerletzte Mittel Warschaus sei, um eine sowjetische Intervention zu verhindern, könne das polnische Militär dafür gewonnen werden, auf das eigene Volk zu schießen, so das FCO.⁷¹

ses der Sitzung der vier Wirtschaftsdirektoren, in: AAPD 1981, Dok. 229, S. 1216–1218. Zu den deutsch-amerikanischen Unstimmigkeiten in dieser Phase vgl. auch Bingen, *Die Polenpolitik der Bonner Republik*, S. 207.

⁶⁷ Vgl. Schreiben des Leiters des Planungsstabes, Ministerialdirektor Hansen, an Staatssekretär van Well vom 29.05.1981, Betr.: Deutsch-britische Planungsstabgespräche vom 26.05.1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132911. Vgl. dazu außerdem Schmidt, *Die Deutschen und ihre Nachbarn*, S. 259–261.

⁶⁸ Fernschreiben Nr. 1490 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 21.09.1981, Betr.: Innere Lage Polens, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132912. Vgl. dazu außerdem Kühn, *Das Jahrzehnt der Solidarność*, S. 231–265, und Büscher, *Solidarność*, S. 259–356.

⁶⁹ Vgl. dazu auch Alexander, *Kleine Geschichte Polens*, S. 354–357.

⁷⁰ Fernschreiben Nr. 1587 der deutschen Botschaft in London an das Auswärtige Amt vom 23.10.1981, Betr.: Lage in Polen, hier: britische Einschätzung, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132912.

⁷¹ Fernschreiben Nr. 1408 des deutschen Botschafters in London, Ruhfus, an das Auswärtige Amt vom 21.09.1980, Betr.: Entwicklung der Lage in Polen, hier: Einschätzung des FCO, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132912.

Aus Sicht des deutschen Botschafters in Warschau, Georg Negwer, zeigte der Regierungswechsel, dass „der Partei die Sicherungen durchbrennen“ und man sich „an die Armee als letzten Strohalm klammere“.⁷² Militärische territoriale Einsatzgruppen seien eingerichtet worden, die – offiziell – die Verteilung der Nahrungsmittel kontrollieren sollten, um so den Zusammenbruch der Versorgungsstruktur zwischen Stadt und Land zu verhindern. Nach bisherigem Eindruck, so Negwer, solle damit die Präsenz der Regierung im ländlichen Raum demonstriert werden. Für eine Militäradministration seien die Einsatzgruppen wohl nicht bestimmt, theoretisch wäre dies aber im Notstandsfall möglich.⁷³ Am 14. November meldete Negwer schließlich, die Isolation der PVAP, die sich durch zahlreiche Parteiaustritte und interne Flügelkämpfe in einem desolaten Zustand befinde, nehme zu. Angesichts der Unfähigkeit und Hilflosigkeit des Regierungs- und Verwaltungsapparates greife Jaruzelski daher verstärkt auf die Ordnungsstruktur der Armee zurück. Dies täte er in einem Ausmaß, „dass bereits Vermutungen über den letzten Übergang zu einer Militärregierung ernsthaft angestellt werden“.⁷⁴ Die Möglichkeit einer sowjetischen Intervention wurde zu diesem Zeitpunkt hingegen als unwahrscheinlich verworfen. Grundlage dieser Einschätzung war eine im Auftrag des Auswärtigen Amts erstellte Studie des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Forschung (BIOST), wonach der Kreml den günstigsten Augenblick für ein militärisches Eingreifen im Dezember 1980 verpasst hatte.⁷⁵

Noch expliziter als das Auswärtige Amt war Washington darüber informiert, dass die Verhängung des Kriegsrechts zunehmend wahrscheinlich wurde.⁷⁶ Nach Paweł Machcewicz war die CIA über einen in den polnischen Offiziersstab eingeschleusten Agenten detailliert über die Planungen Warschaws in Kenntnis gesetzt worden. Ob die amerikanische Administration ihre Verbündeten darüber in Kenntnis setzte, kann auf Grundlage der vorliegenden Akten nicht geklärt werden. Bereits Ende September hatte der amerikanische Vertreter im NATO-Rat erklärt, die Verhängung des Kriegsrechts sei eine ins Auge zu fassende Möglichkeit. Allerdings sei diese wegen ihrer unvorhersehbaren Konsequenzen unwahrscheinlich. Denn auf die polnische Armee, in der jetzt jene Wehrpflichtigen dienten, die 1980 auf der Straße demonstriert hätten, sei kein Verlass.⁷⁷

⁷² Fernschreiben Nr. 1558 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 19. 10. 1981, Betr.: Ablösung Kanas als Erster Sekretär durch Jaruzelski auf dem IV. ZK-Plenum, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132912, S. 2.

⁷³ Fernschreiben Nr. 1650 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 06. 11. 1981, Betr.: Innenpolitische Lage Polens, hier: militärische territoriale Einsatzgruppen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132912.

⁷⁴ Fernschreiben Nr. 1703 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 14. 11. 1981, Betr.: Innere Lage Polens, hier: Perspektive der Politik der neuen Führung, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132912, S. 3.

⁷⁵ Vgl. Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Keil, an Staatssekretär van Well vom 04. 08. 1981, Betr.: Studie des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOST) zur Wirtschaftslage Polens, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv) Bd. 132932.

⁷⁶ Vgl. zum Folgenden Machcewicz, Die polnische Krise von 1980/81, S. 497–504.

⁷⁷ Fernschreiben Nr. 1526 des deutschen Botschafters bei der NATO in Brüssel, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 22. 09. 1981, Betr.: Polen, hier: Behandlung im Rat vom 22. 09. 1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132912.

Dennoch setzte sich die NATO ab September 1981 damit auseinander, wie der Westen reagieren sollte, falls Warschau den Notstand ausrief. Verbindliche Entscheidungen wurden – auch weil Genscher weiter auf eine flexible Reaktion beharrte – wieder einmal nicht getroffen.⁷⁸ Auch wenn der genaue Zeitpunkt unklar blieb, so war es doch für keinen der westlichen Partner eine Überraschung, als Jaruzelski Mitte Dezember den Kriegszustand über Polen verhängte. Angesichts der Alternativen – die Eskalation des Konflikts in einen polnischen Bürgerkrieg oder der Einmarsch sowjetischer Truppen – schien dies das kleinere Übel zu sein. Zugleich führte diese Entwicklung den westlichen Verbündeten vor Augen, wie gering ihre Einflussmöglichkeiten und wie eng ihr Handlungsspielraum bemessen war.

Polen als Katalysator europäisch-amerikanischer Differenzen

In den frühen Morgenstunden des 13. Dezember 1981 erklärte die polnische Regierung unter General Jaruzelski die Verhängung des Ausnahmezustands und richtete einen „Militärrat zur nationalen Errettung“ (Wojskowa Rada Ocalenia Narodowego, WRON) ein, dessen Vorsitzender ebenfalls Jaruzelski wurde.⁷⁹ Sondereinheiten von Armee, Polizei und Sicherheitsdienst hatten in der Nacht in einer Blitzaktion tausende Funktionäre und Mitglieder, Berater und Sympathisanten der Solidarność sowie Vertreter der verschiedenen Oppositionsgruppen und viele Intellektuelle, die der Bewegung nahestanden, verhaftet. Lech Wałęsa hielt man seitdem an wechselnden Orten unter Hausarrest. Polen wurde hermetisch von der Außenwelt abgeriegelt, die Grenzen geschlossen, Telefon- und Telexleitungen unterbrochen. In die größeren Städte rückten Panzerkolonnen ein, Radio und Fernsehgebäude wurden umstellt. Untermalt von der Nationalhymne schilderte Jaruzelski in seiner Ansprache die Lage in dramatischen Tönen: „Chaos und Demoralisierung haben ein katastrophales Ausmaß erreicht. Die Nation steht an der Grenze ihrer psychischen Belastbarkeit. Viele Menschen packt die Verzweiflung. Nicht Tage mehr, sondern nur noch Stunden trennen uns von einer Katastrophe nationalen Ausmaßes.“⁸⁰ Uniformierte Sprecher verlasen im Fernsehen die Liste der vom Militärrat angeordneten Maßnahmen. Alle öffentlichen Versammlungen wurden untersagt, die Tätigkeit der Gewerkschaften und Studentenorganisationen suspendiert, Telefongespräche und der Postverkehr der Zensur unterworfen, zwischen 22 und 6 Uhr eine Ausgangssperre verhängt. Jaruzelski bezichtigte die Solidarność, für die wirtschaftliche Katastrophe Polens verantwortlich zu sein, und erklärte, der Ausnahmezustand diene der wirtschaftlichen Erneuerung

⁷⁸ Vgl. Note du Ministère des affaires étrangères le 29 septembre 1981, Objet: Réunion quadripartite des Directeurs politiques à Washington, le 18 septembre, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5418, und Télégramme de Washington à Paris le 29 octobre 1981, Objet: Pologne, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5418.

⁷⁹ Zu den weiteren Mitgliedern des Militärrats und zum Folgenden vgl. Kühn, *Das Jahrzehnt der Solidarność*, S. 269–272; Büscher, *Solidarność*, S. 357–424, und Borodziej, *Geschichte Polens*, S. 368–371.

⁸⁰ Zitiert nach Kühn, *Das Jahrzehnt der Solidarność*, S. 270.

Polens, die bei weiteren Streiks nicht durchführbar sei. Durch Erlass des Staatsrats und per Anordnung durch den WRON wurden auf alle wichtigen Posten in Verwaltung und Wirtschaft Militärkommissare berufen.

Aus westlicher Sicht schien die Lage unmittelbar nach der Verhängung des Kriegsrechts zunächst sehr unübersichtlich und verwirrend, was vor allem der schlechten Informationslage vor Ort geschuldet war.⁸¹ Die Reaktionen der ersten Tage waren gekennzeichnet durch eine Mischung aus Unsicherheit und hektischem Aktionismus einerseits, durch beschwichtigende Stellungnahmen und politische Kontrollversuche andererseits.⁸² Noch am selben Tag richtete das Auswärtige Amt einen Krisenstab ein und traf sich wie im Contingency Planning vorgesehen im Rahmen der Vier Politischen Direktoren in Brüssel, um über die Lage zu beraten.⁸³ Gemeinsam entwarfen sie Richtlinien für eine geschlossene westliche Haltung, die tags darauf in der informellen Sitzung der EG-Außenminister und der zeitgleich tagenden NATO-Ratssitzung erörtert wurden.⁸⁴ Am 15. Dezember veröffentlichten die Außenminister der Zehn eine Erklärung, in der sie sich betroffen über die Entwicklung in Polen zeigten und alle Signatarstaaten der KSZE-Schlussakte von Helsinki aufforderten, von jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens abzusehen. Polen müsse seine Probleme selbst und ohne Gewaltanwendung lösen, damit der Prozess der Reform und Erneuerung fortgesetzt werden könne.⁸⁵ Auch im NATO-Rahmen war man sich einig, dass die Kontakte zu Warschau zunächst beibehalten werden sollten, um auf die polnische Regierung positiv einwirken zu können.⁸⁶

Diese gemäßigte, zurückhaltende und eng koordinierte Haltung der westlichen Allianz zeigte jedoch schon in ihren Ansätzen erste Risse. Meinungsverschieden-

⁸¹ So erklärte Botschafter Negwer in einem Schreiben an das Auswärtige Amt, man sei auf Berichte Dritter angewiesen, weil Warschau eine schlechte Informationspolitik betreibe. Vgl. Fernschreiben Nr. 2003 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 21. 12. 1981, Betr.: Lage in Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132917. Vgl. dazu außerdem Aufzeichnung des Leiters der Abt. 2 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Blech, vom 17. 12. 1981, Betr.: Lage in und um Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132932.

⁸² Vgl. dazu auch die rückblickenden Schilderungen Negwers, der erneut das Verhalten Genschers kritisierte: Georg Negwer, Schwierige Mission. Botschafter in der Zeit der Solidarność und des Kriegsrechts, in: Friedbert Pflüger/Winfried Lipscher (Hrsg.), Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft, Bonn 1993, S. 193–203, hier: S. 201.

⁸³ Vgl. Aufzeichnung des Leiters der Abt. 2 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Pfeffer, vom 13. 12. 1981, Betr.: Treffen der vier Politischen Direktoren in Brüssel vom 13. 12. 1981, in: AAPD 1981, Dok. 366, S. 1968–1972.

⁸⁴ Vgl. ebd., S. 1969. Zur NATO-Ratssitzung vgl. Schreiben des deutschen Botschafters bei der NATO in Brüssel, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 14. 12. 1981, Betr.: Polen, hier: Ratssitzung am 14. 12. 1981, in: AAPD 1981, Dok. 370, S. 1984–1987.

⁸⁵ Vgl. Erklärung der EG-Außenminister vom 15. 12. 1981, in: Schreiben des Leiters des Ref. 214 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil, an Staatssekretär van Well vom 16. 12. 1981, Betr.: Auswärtiger Ausschuss am 17. 12. 1981, hier: Lage in Polen, Anlage, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132932.

⁸⁶ Vgl. Schreiben des deutschen Botschafters bei der NATO in Brüssel, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 14. 12. 1981, Betr.: Polen, hier: Ratssitzung am 14. 12. 1981, in: AAPD 1981, Dok. 370, S. 1984–1987, hier: S. 1985.

heiten gab es vor allem in der Einschätzung der sowjetischen Verantwortung für die Ausrufung des Kriegsrechts und der Frage wirtschaftlicher Sanktionsmaßnahmen. Fieberhaft bemühte sich das Auswärtige Amt um weitere Informationen zur Rolle des Kremls⁸⁷ und beobachtete aufmerksam mögliche Truppenverschiebungen des Warschauer Paktes.⁸⁸ Würde Moskau doch noch einmarschieren, wenn Warschau trotz des Militäreinsatzes die Lage nicht in den Griff bekäme? Von der Einschätzung dieser Frage hing es ab, welche Maßnahmen nun ergriffen werden sollten, ob sich mögliche Sanktionsmaßnahmen nur gegen Polen oder auch gegen Moskau richten sollten und welcher Härtegrad anzuwenden sei.

Angesichts der unüberhörbaren Erleichterung Moskaus⁸⁹ und in Übereinstimmung mit seinen westeuropäischen Partnern kam das Auswärtige Amt schließlich zu der Einschätzung, dass es sich um eine Art „Stellvertreterintervention“ handle. Jaruzelski habe auf starken sowjetischen Druck hin agiert und glaubte zugleich im nationalen Interesse zu handeln.⁹⁰ London, Bonn und Paris sprachen sich daher für eine Weiterführung der Nahrungsmittellieferungen an Polen und gegen Sanktionsmaßnahmen aus.⁹¹ Letztere würden lediglich die Abhängigkeit Warschaus

⁸⁷ Dies führte zu verschiedensten Spekulationen. Vgl. beispielsweise Schreiben des Leiters des Ref. 214 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil, an den Staatssekretär van Well vom 15. 12. 1981, Betr.: Lage in Polen, hier: Mögliche Gründe für die Ausrufung des Ausnahmezustandes in Polen am 13. 12. 1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132932; Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Treskow, an Staatssekretär van Well vom 27. 12. 1981, Betr.: Lage in und um Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132932, und Aufzeichnung des Ref. 214 des Auswärtigen Amts vom 28. 12. 1981, Betr.: Lage in und um Polen (Polenpapier Nr. 75), in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132932. Am 30. 12. 1981 meldete Botschafter Negwer schließlich, man sei nun überzeugt, dass nicht die Solidarność, sondern die Entschlossenheit der PVAP, ihr Machtmonopol nicht aufzugeben, der Grund für die Verhängung des Kriegszustands sei. Vgl. Fernschreiben Nr. 2116 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 30. 12. 1981, Betr.: Lage in und um Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132932. Dennoch wurde in den nächsten Wochen weiter über die Gründe für die Ausrufung des Kriegsrechts spekuliert. Vgl. dazu beispielsweise Aufzeichnung des Ref. 214 des Auswärtigen Amts vom 01. 01. 1982, Betr.: Lage in und um Polen (Polenpapier Nr. 76), in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132932, und Aufzeichnung des Ref. 214 des Auswärtigen Amts vom 08. 01. 1982, Betr.: Lage in und um Polen (Polenpapier Nr. 77), in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132932.

⁸⁸ Washington meldete am 15. Dezember, dass nach ihren Informationen keine ungewöhnlichen Truppenverschiebungen des Warschauer Paktes stattgefunden hätten. Vgl. Fernschreiben Nr. 5051 des deutschen Botschafters in Washington, Hermes, an das Auswärtige Amt vom 15. 12. 1981, Betr.: Lage in Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132920.

⁸⁹ Vgl. Schreiben des Leiters des Ref. 213 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot, an Staatssekretär van Well vom 18. 12. 1981, Betr.: Sowjetische Haltung nach der Ausrufung des Kriegszustandes, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133222.

⁹⁰ Vgl. Schreiben des stv. Leiters des Planungsstabes, Vortragender Legationsrat Libal, an Bundesminister Genscher vom 21. 12. 1981, Betr.: Entwicklung in Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132932, S. 3.

⁹¹ Vgl. Schreiben der Abt. 213 des Auswärtigen Amts an das Ref. 214 vom 31. 12. 1981, Betr.: EG-Außenministertreffen am 04. 01. 1982, hier: politische Maßnahmen gegenüber der SU, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133233.

von der Sowjetunion stärken und wären somit kontraproduktiv.⁹² Stattdessen plädierten sie in Fragen der Umschuldung, Kreditvergabe und langfristigen Wirtschaftsbeziehungen für eine „Wait-and-see“-Strategie. Der Westen müsse abwarten, bis er genügend Übersicht über die weitere Entwicklung der Lage habe.⁹³ Die EPZ-Mitgliedstaaten lagen somit völlig auf Genschers Linie und übermittelten Warschau am 22. Dezember eine gemeinsame Demarche, in der sie die Verletzung der Menschenrechte und die Missachtung der KSZE-Schlussakte anprangerten.⁹⁴

Die USA hatten hingegen schon beim Treffen der Vier am 13. Dezember angekündigt, die Hilfslieferungen an Polen zumindest vorübergehend zu stoppen.⁹⁵ Der amerikanische Ständige Vertreter bei der NATO appellierte an die Verbündeten, der von Reagan vorgegebenen Linie solidarisch zu folgen, die er in seiner Presseerklärung vom 17. Dezember weiter ausführte.⁹⁶ Die dort ausgesprochene Drohung an Warschau und Moskau, wirtschaftliche Gegenmaßnahmen zu ergreifen, lehnten die Westeuropäer jedoch ab.⁹⁷ Deutlich verärgert berichtete Per Fischer, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, von einem Treffen der vier Politischen und Wirtschaftsdirektoren:

„Es wurde deutlich, dass amerikanische Delegation allein in Kategorie Supermacht gegen Supermacht dachte. (Eindruck amerikanischer Schwäche werde sowjetischen Expansionsdrang ermutigen, deshalb müssten jetzt starke Signale an SU abgesandt werden). Situation in Polen spielte dabei nur die Rolle eines zum eigenen Nutzen geformten Demonstrationsobjekts. Gleichzeitig bestätigte amerikanisches Drängen Eindruck, dass US Unterstützung seitens europäischer Verbündeter benötigt, weil sonst gewünschte Demonstration der Stärke gegenüber SU in ihr Gegenteil verkehrt wird. Umgekehrt argumentierten westeuropäische Delegationen in Begriffen der europäischen Friedenssicherung und der Verbundenheit mit Polen.“⁹⁸

⁹² Vgl. dazu auch Fernschreiben Nr. 2055 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 24. 12. 1981, Betr.: Politischer Hintergrund, Konzept und Perspektive des Militärregimes – erste Bestandsaufnahme und Zukunftsprognose, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132916.

⁹³ Vgl. Schreiben des deutschen Botschafters bei der NATO in Brüssel, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 18. 12. 1981, Betr.: Entwicklung in Polen, hier: Beratung des NATO-Rats am 18. 12. 1981, in: AAPD 1981, Dok. 379, S. 2024–2027, hier: S. 2025, Anm. 9.

⁹⁴ Vgl. Fernschreiben Nr. 2039 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 23. 12. 1981, Betr.: Lage in Polen, hier: Zehner-Demarche, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132930, und Archiv der Gegenwart (1981), S. 25231.

⁹⁵ Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 13. 12. 1981, Betr.: Treffen der vier Politischen Direktoren in Brüssel vom 13. 12. 1981, in: AAPD 1981, Dok. 366, S. 1968–1972, hier: S. 1968f.

⁹⁶ Vgl. Schreiben des deutschen Botschafters bei der NATO in Brüssel, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 18. 12. 1981, Betr.: Entwicklung in Polen, hier: Beratung des NATO-Rats am 18. 12. 1981, in: AAPD 1981, Dok. 379, S. 2024–2027, Anm. 9.

⁹⁷ Schreiben des Leiters der Unterabt. 21 des Auswärtigen Amts, Bräutigam, an Staatssekretär vom 18. 12. 1981, Betr.: Pressekonferenz von Präsident Reagan am 17. 12. 1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132920.

⁹⁸ Aufzeichnung des Leiters der Abt. 4 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Fischer, vom 24. 12. 1981, Betr.: Vierertreffen der Politischen und Wirtschaftsdirektoren am 22. 12. 1981 in Brüssel, in: AAPD 1981, Dok. 385, S. 2046–2051, hier: S. 2047. Zu Reagans „Politik der Stärke“ vgl. auch Loth, *Overcoming the Cold War*, S. 165–172, und Thomas Meier, *Die Reagan-Doktrin. Die Feindbilder. Die Freundbilder. Afghanistan, Angola, Kambodscha, Nicaragua*, Bern, Univ. Diss., 1998.

Die allianzinternen Konflikte brachen offen aus, als Washington am 23. Dezember ohne Abstimmung mit seinen Partnern einseitige Wirtschaftssanktionen gegen Polen öffentlich bekannt gab. Eine Woche später verhängte Reagan – erneut ohne die Verbündeten zu konsultieren – unilaterale Sanktionen gegen Moskau.⁹⁹

In der gemeinsamen Erklärung der EG-Außenminister vom 4. Januar 1982 konnte die Spaltung der NATO dann auch nicht mehr überdeckt werden. Man habe die Sanktionen der USA zur Kenntnis genommen und die Aufnahme von Konsultationen innerhalb der Allianz vereinbart, so die spröde Mitteilung an die Presse.¹⁰⁰ Darüber hinaus appellierten die Westeuropäer an die polnische Regierung, das Kriegsrecht aufzuheben, die Verhafteten und Internierten zu entlassen sowie zum innerpolnischen Dialog mit Kirche und Solidarność zurückzukehren.¹⁰¹ Auf dem NATO-Gipfel am 11. Januar wurden diese drei Forderungen übernommen.¹⁰² Mit Blick auf die Sanktionsfrage konnten sich die Verbündeten lediglich auf die Formel einigen, dass niemand „die Maßnahmen der anderen Partner unterterminieren“ werde.¹⁰³ Die Auslegung dieses dehnbaren Begriffs führte in den folgenden Monaten zu andauernden und ermüdenden Kontroversen,¹⁰⁴ wobei sich

⁹⁹ Ein Überblick über die amerikanischen Sanktionen findet sich in: Fernschreiben Nr. 5235 der deutschen Botschaft in Washington, Dannenbring, an das Auswärtige Amt vom 29. 12. 1981, Betr.: Wirtschaftsbeziehungen USA/Polen, hier: US-Maßnahmen zur Einschränkung der Wirtschaftsbeziehungen mit Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132920, und Fernschreiben Nr. 445 des deutschen Botschafters in Washington, Hermes, an das Auswärtige Amt vom 30. 01. 1982, Betr.: Amerikanische Maßnahmen aus Anlass der Polenkrise, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132920. Zum Wortlaut der Erklärung Reagans vom 23. 12. 1981 vgl. Archiv der Gegenwart (1981), S. 25235 f.

¹⁰⁰ 76. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. 01. 1982, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 9. Wahlperiode, Bd. 120, Bonn 1982, S. 4424. Vgl. auch Schlusskommuniqué des Außenminister-Treffens der EG in Brüssel vom 04. 01. 1982, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin der Bundesregierung Nr. 2 vom 08. 02. 1982, S. 7. Zum Wortlaut der Erklärung vgl. Archiv der Gegenwart (1982), S. 25229 f.

¹⁰¹ Vgl. Fernschreiben Nr. 10 des deutschen Botschafters in Washington, Hermes, an das Auswärtige Amt vom 04. 01. 1982, Betr.: Sitzung der AG-Außenminister am 04. 01. 1982, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132920, und Runderlass des Leiters der Abt. 2 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Pfeffer, vom 05. 01. 1982, Betr.: Sondersitzung der Außenminister der Zehn über Polen vom 4. 1. 1982 in Brüssel, in: AAPD 1982, Dok. 7, S. 27–29. Zum Wortlaut der Erklärung vgl. Archiv der Gegenwart (1981), S. 25231 f.

¹⁰² Vgl. Fernschreiben Nr. 60 der deutschen Botschaft bei der NATO in Brüssel an das Auswärtige Amt, Betr.: Sondertagung des Nordatlantikrats auf Ministerebene am 11. 01. 1982 zu Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132914. Vgl. auch Erklärung zu den Ereignissen in Polen auf der Sondertagung des Nordatlantikrats auf Ministerebene am 11. 01. 1982, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin der Bundesregierung Nr. 4 vom 13. 02. 1982, S. 21–23.

¹⁰³ Zum Wortlaut der Erklärung vgl. Archiv der Gegenwart (1982), S. 25271 f.

¹⁰⁴ So blieb beispielsweise die Suspendierung der Meistbegünstigungsklausel, die die Bundesregierung ablehnte, Washington aber befürwortete, ein ständiger Zankapfel. Vgl. Aufzeichnung des Ref. 411 des Auswärtigen Amts vom 31. 12. 1981, Betr.: Mögliche EG-Wirtschaftsmaßnahmen gegen SU, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133223.

Schmidt und Genscher gleichermaßen bewusst waren, dass bei Ausbleiben positiver Signale der polnischen Regierung der amerikanische Druck auf Bonn steigen werde.¹⁰⁵

Einen der zentralen transatlantischen Konfliktpunkte stellte das westeuropäisch-sowjetische Erdgas-Röhren-Geschäft dar. Die damit verbundenen Kontroversen zwischen Bonn und Washington hatten eine lange Vorgeschichte.¹⁰⁶ Bereits Anfang der 1960er Jahre war es zu einem solchen „Röhrenkonflikt“ gekommen. Nach dem Abschluss eines Handelsabkommens zwischen Bonn und Moskau 1958 hatte die westeuropäische Stahlindustrie damals in großem Stil Aufträge für die Lieferung von Röhren für Öl- und Gaspipelines in die Sowjetunion erhalten, 80 Prozent der Aufträge gingen an westdeutsche Unternehmen. Parallel dazu stiegen die sowjetischen Ölexporte nach Westeuropa, insbesondere in die Bundesrepublik, deutlich an. Die Kennedy-Regierung, die dieses Abkommen aus wirtschafts- und sicherheitspolitischen Gründen ablehnte, verhängte daraufhin ein Röhrenembargo, dessen strategischer Effekt allerdings gegen null tendierte und schließlich 1966 wieder aufgehoben wurde.

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen 1979 und 1981 wurde schließlich ein westeuropäisch-sowjetisches Erdgas-Röhren-Geschäft von bis dahin ungekannten Ausmaßen abgeschlossen.¹⁰⁷ Westeuropäische Firmen lieferten Großröhren, Turbinen und Kompressoren für den Bau einer 4500 Kilometer langen Pipeline von Urengoi in Nordwestsibirien bis nach Uschgorod an der tschechoslowakisch-sowjetischen Grenze, die nach ihrer Fertigstellung 1984 von der UdSSR mit Gaslieferungen bezahlt werden sollten. Für die Bundesregierung war dieses Abkommen sowohl aus wirtschafts- als auch aus entspannungspolitischen Gründen von großer Bedeutung. Zum einen sollte die deutsche Abhängigkeit von Erdöl aus dem notorisch unruhigen Nahen Osten reduziert werden, zum anderen sollte die Vertiefung der Energiekooperation mit Moskau ein Zeichen für die Fortsetzung der Entspannungspolitik setzen, das zugleich eine klare Absage an die amerikanische Linkage- und Wirtschaftskriegsstrategie implizierte.¹⁰⁸ Die Westeuropäer, insbesondere Bonn und Paris, argumentierten, dass der Pipelinebau die wechselseitige Abhängigkeit erhöhen und Moskau diese lukrativen Geschäftsbeziehungen nicht leichtfertig aufs Spiel setzen würde. Dieser Grundsatzstreit brach offen aus, als am 29. Dezember 1981 die von Washington verhängten unilateralen Sanktionen auch den Energiesektor umfassten. Alle bestehenden Exportlizenzen für

¹⁰⁵ Vgl. Schreiben des Leiters der Abt. 2 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Pfeffer, an Bundesminister Genscher vom 09.01.1982, Betr.: Ihr Ferngespräch mit dem Bundeskanzler zur Sondersitzung der NATO-Außenminister, in: BArch, B 136/29887. Zu den deutsch-amerikanischen Differenzen vgl. auch Domber, *Transatlantic Relations, Human Rights, and Power Politics*, S. 195–214.

¹⁰⁶ Vgl. dazu und zum Folgenden Müller, *Der Erdgas-Röhren-Konflikt, 1981/82*, in: Greiner/Müller/Weber, *Ökonomie im Kalten Krieg*, S. 501–520, und Wörmann, *Osthandel als Problem der atlantischen Allianz*, Bonn 1986.

¹⁰⁷ Vgl. zum Erdgas-Röhren-Geschäft auch Aufzeichnung des Ref. 421 des Bundeskanzleramts vom 19. 11. 1981, Betr.: Erdgas-Geschäft, in: BArch, B 136/17365.

¹⁰⁸ Vgl. dazu Claus Hofhansel, *Commercial Competition and National Security. Comparing U.S. and German Export Control Policies*, Westport/CT 1996, S. 182.

Hightech-Güter sollten aufgehoben und keine neuen mehr erteilt werden. Für sämtliche Ausrüstungen zum Transport und zur Verarbeitung von Erdöl und Erdgas bedurfte der Export nun spezieller Genehmigungen. Insbesondere mit der rückwirkenden Einbeziehung bereits bestehender Verträge gingen die amerikanischen Sanktionen weit über das hinaus, was innerhalb der NATO im Rahmen des Contingency Plannings für den Fall einer militärischen sowjetischen Intervention vereinbart worden war, wie vor allem auch das Auswärtige Amt kritisierte.¹⁰⁹

Das Drängen der Reagan-Administration, sich der amerikanischen Politik des *economic containment* anzuschließen, blieb daher ohne Erfolg.¹¹⁰ Die Bundesregierung verweigerte sich mit Verweis auf den Grundsatz „*pacta sunt servanda*“. Bestehende Verträge, also auch das Erdgas-Röhren-Geschäft, mussten eingehalten und dürften von den US-Embargomaßnahmen nicht betroffen werden. Neben rechtlichen Fragen¹¹¹ sahen sich die EG-Mitgliedstaaten vor das Problem gestellt, dass sie selbst wegen der engen wechselseitigen wirtschaftlichen Verflechtungen von Wirtschaftssanktionen gegenüber der Sowjetunion wesentlich härter getroffen wurden, als dies bei den USA der Fall war. Washington konnte also großzügig Sanktionen verhängen, die jedoch ohne Beteiligung der EG nahezu wirkungslos bleiben mussten.¹¹²

Auf Grundlage eines Kompromissvorschlags Großbritanniens, das sich immer wieder aktiv um eine Vermittlung zwischen Amerikanern und Europäern bemühte, kam die NATO Ende Februar 1982 überein, dass für künftige Vereinbarungen im Einzelfall geprüft werden sollte, ob ein Anwendungsfall der Nichtunterminierungsklausel vorliege und gegebenenfalls Konsultationen mit den Verbündeten aufgenommen werden müssten. Symptomatisch für den Zustand der Allianz bot der Formelkompromiss breiten Interpretationsspielraum. Die Frage des Zeit-

¹⁰⁹ Vgl. Schreiben des deutschen Botschafters bei der NATO in Brüssel, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 29. 12. 1981, Betr.: Westliche Politik gegenüber Polen, hier: NATO-Rats-Beratung am 30. 12. 1981, in: AAPD 1981, Dok. 393, S. 2072–2075.

¹¹⁰ Vgl. auch Michael Mastanduno, *Economic Containment. CoCom and the Politics of East-West Trade*, New York 1992.

¹¹¹ Zu den rechtlichen Möglichkeiten der EG, handelspolitische Sanktionen zu erlassen, vgl. Vermerk des Ref. 411 des Auswärtigen Amts vom 11. 01. 1982, Betr.: Evtl. handelspolitische Sanktionsmaßnahmen der EG gegenüber der SU im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133223.

¹¹² Die Sanktionsmaßnahmen der Bundesregierung blieben auf niedrigem Niveau: Einschränkungen bei der Bewegungsfreiheit des Personals der sowjetischen Botschaft, vorläufig keine Reisen von Parlamentariern in die Sowjetunion und möglichst keine bilateralen öffentlichen Veranstaltungen. Vgl. dazu Schreiben des Ref. 213 an den Leiter der Abt. 2 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Pfeffer, vom 29. 01. 1982, Betr.: Ihr Gespräch mit US-Gesandtem Woessner, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133223. London setzte sich wiederholt für gemeinsame Sanktionen aller NATO-Staaten ein und lehnte bilaterale Sanktionen ab. Vgl. dazu Fernschreiben Nr. 215 des deutschen Botschafters in London, Ruhfus, an das Auswärtige Amt vom 15. 02. 1982, Betr.: Britisch-sowjetische Beziehungen, hier: britische Maßnahmen gegen die SU, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132930. Eine tabellarische Auflistung der Maßnahmen der einzelnen NATO-Staaten findet sich in Aufzeichnung des Ref. 421 des Auswärtigen Amts vom 09. 02. 1982, Betr.: Polen, hier: Maßnahmen der übrigen Partner der Allianz gegenüber Polen und der Sowjetunion, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132930.

punkts, zu dem diese Konsultationen in die Wege geleitet werden sollten, blieb bezeichnenderweise offen.¹¹³

Der Streit war damit jedoch keineswegs beigelegt. Vielmehr sollte er erst in der zweiten Jahreshälfte seinen Höhepunkt erreichen, als Präsident Reagan am 18. Juni 1982 die Sanktionen auch auf alle Tochtergesellschaften und Lizenzunternehmen amerikanischer Firmen in Europa ausweitete.¹¹⁴ Die Regierungen in Bonn, London, Paris und Rom fühlten sich brüskiert und bezeichneten das amerikanische Vorgehen in einer Erklärung des Rats der EG-Außenminister öffentlich für unvereinbar mit internationalem Recht.¹¹⁵ Nach monatelangen Auseinandersetzungen beschloss Reagan am 13. November 1982 schließlich die Aufhebung der Sanktionen und handelte sich damit eine empfindliche diplomatische Niederlage ein.¹¹⁶

Trotz der berechtigten Kritik an der amerikanischen Sanktionsstrategie mussten sich auch die Westeuropäer Ende Dezember 1981 mit der Frage auseinandersetzen, wie sie die Lage stabilisieren konnten, ohne sich dem Vorwurf der Kollaboration mit dem Jaruzelski-Regime auszusetzen. Eine Aufstellung des Bundeskanzleramts vom 12. Januar 1982 kam zu dem Ergebnis, dass sich die polnischen Schulden allein bei den fünf größten westlichen Gläubigern¹¹⁷ auf 13,8 Milliarden US-Dollar beliefen, wovon allein die Bundesrepublik 4,4 Milliarden US-Dollar übernommen hatte. Gemeinsam mit den Kosten für die Nahrungsmittelhilfe und die Bürgschaften im Rahmen der Umschuldungsverhandlungen wurde der bundesdeutsche Haushalt des Jahres 1981 mit rund 3,02 Milliarden DM belastet.¹¹⁸ Diese beachtlichen finanziellen Aufwendungen Bonns für Polen wogen umso schwerer, als die angespannte bundesdeutsche Budgetsituation seit Monaten für erheblichen Konfliktstoff innerhalb der sozial-liberalen Koalition sorgte. Bereits im Oktober 1981 hatte die Bundesregierung ihre Beteiligung an weiteren EG-

¹¹³ Vgl. Schreiben der Abt. 4 des Auswärtigen Amts an Bundesminister Genscher vom 19.02.1982, Betr.: Definition des „Nichtunterminierens“ der Maßnahmen anderer Partnerstaaten, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132917.

¹¹⁴ Vgl. dazu und zum Folgenden Müller, *Der Erdgas-Röhren-Konflikt*, S. 514–520.

¹¹⁵ Zum Wortlaut der EPZ-Erklärung vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), *Bulletin der Bundesregierung* Nr. 66 vom 30.06.1982, S. 572.

¹¹⁶ Zur Wirkungslosigkeit der amerikanischen Sanktionsstrategie vgl. auch Gregory F. Domber, *Rumblings in Eastern Europe. Western Pressure on Poland's Moves towards Democratic Transformation*, in: Frédéric Bozo u. a. (Hrsg.), *Europe and the End of the Cold War. A Reappraisal*, New York 2008, S. 51–63.

¹¹⁷ Die fünf größten Gläubiger waren die Bundesrepublik Deutschland (4,4 Milliarden US-Dollar), USA (3,1 Milliarden US-Dollar), Frankreich (2,5 Milliarden US-Dollar), Großbritannien (2,1 Milliarden US-Dollar) und Österreich (1,7 Milliarden US-Dollar). Vgl. dazu Vermerk des Ref. 421 des Bundeskanzleramts vom 12.01.1981, Betr.: Westverschuldung Polens, Hilfsmaßnahmen für Polen im Jahre 1981, in: BAArch, B 136/16920.

¹¹⁸ Diese 3,02 Milliarden DM setzten sich laut Angaben des Bundeskanzleramts wie folgt zusammen: 700 Mio. DM Haushaltsbelastung durch öffentliche Umschuldung; 720 Millionen DM Ausfuhrbürgschaften (davon 236 Millionen DM Nahrungsmittelhilfe im Rahmen der EG), 130 Millionen DM Ausfuhrbürgschaften für nationales Nahrungsmittelgeschäft, 354 Millionen DM für Halberzeugnisse, 120 Millionen DM Überbrückungshilfe und 1000 Millionen DM Bürgschaften für deutsche Lieferungen aus Verträgen früherer Jahre. Vgl. dazu Vermerk des Ref. 421 des Bundeskanzleramts vom 12.01.1981, Betr.: Westverschuldung Polens, Hilfsmaßnahmen für Polen im Jahre 1981, in: BAArch, B 136/16920.

Nahrungsmittellieferungen ablehnen müssen, weil „für die notwendige nationale Komplementärfinanzierung keine Haushaltsmittel zur Verfügung“ standen.¹¹⁹

Ende Januar/Anfang Februar 1982 sah sich Bonn deshalb auch aus budgetrechtlichen Gründen zu einer Strategieanpassung gezwungen. Entscheidend aber war der zunehmende (bündnis)politische Druck auf die Bundesregierung. Um sich dem Vorwurf der Kollaboration mit dem Jaruzelski-Regime zu entziehen, beschlossen die EG-Außenminister, die verbilligte Lieferung von Nahrungsmitteln an Polen einzustellen.¹²⁰ Die damit freiwerdenden Mittel sollten stattdessen für „humanitäre Hilfe“ zugunsten der polnischen Bevölkerung verwendet werden. Die Lieferung von Hilfsgütern, Nahrungsmitteln, Babykost, Medikamenten und medizinischen Geräten wurde von nun an ausschließlich über Nichtregierungsorganisationen abgewickelt. Letztere hatten sich in vier Konsortien organisiert (katholisch, protestantisch, Rotes Kreuz und ungebundene Vereinigungen), die je einen konkreten Ansprechpartner für die EG-Kommission benannten.¹²¹ Diese konzertierte Aktion der Westeuropäer fand auch die Zustimmung der USA.¹²²

Angesichts ausbleibender „positiver Signale“ billigte das Bundeskabinett Mitte Februar 1982 außerdem die Entscheidung des „Pariser Clubs“, alle weiteren Umschuldungsverhandlungen in der Schwebe zu halten.¹²³ Zwar waren sich alle Gläubigerländer einig, dass diese wirtschaftlich sinnvoll seien und früher oder später wieder aufgenommen werden müssten, dennoch wollten sie ihrem zunehmenden Unwillen darüber Ausdruck verleihen, dass Jaruzelski keinerlei Anstalten machte, wenigstens einen Teil der drei westlichen Forderungen zu erfüllen.¹²⁴ Wenige Wochen später beschlossen die EG-Mitgliedstaaten zudem Einfuhrbeschränkungen für sowjetische Exportartikel. Genscher setzte sich indessen öffentlich weiter dafür ein, die Bedeutung des gemeinsamen Vorgehens als ein Signal an Moskau und nicht als Embargo zu verstehen.¹²⁵

Auf diese demonstrative Verständigungspolitik Genschers, die bereits im Januar in der französischen Presse hart kritisiert worden war, reagierte nun auch der

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ Vgl. dazu auch Archiv der Gegenwart (1982), S. 25408f.

¹²¹ Vgl. Ortex Nr. 10 des Ref. 410 des Auswärtigen Amts, Steinkühler, vom 29. 01. 1982, Betr.: EG-Außenministerrat am 26. 01. 1982 in Brüssel, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133223; Aufzeichnung des Ref. 214 des Auswärtigen Amts vom 15. 01. 1982, Betr.: Humanitäre Hilfe für Polen, in: BArch, B 136/16676, und Bordereau d'envoi du ministère des relations extérieures le 6 avril 1982, Objet: Aide d'urgence de la Communauté Européenne en faveur des populations polonaises, in: AMAE, Direction d'Europe, Pologne, 1930INVA/5423.

¹²² Vgl. Fernschreiben Nr. 445 des deutschen Botschafters in Washington, Hermes, an das Auswärtige Amt vom 30. 01. 1982, Betr.: Amerikanische Maßnahmen aus Anlass der Polenkrise, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132920.

¹²³ Vgl. Drahterlass des Leiters der Abt. 4 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Fischer, vom 17. 02. 1982, Betr.: Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion und Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132917. Vgl. dazu auch Note du Ministère des relations extérieures le 14 janvier 1982, Objet: Pologne: Réunion des pays créanciers (Paris, 14 janvier), in: AMAE, Direction d'Europe, Pologne, 1930INVA/5443.

¹²⁴ Vgl. Aufzeichnung des Ref. 214 des Auswärtigen Amts vom 18. 10. 1982, Betr.: Lage in und um Polen (Nr. 101), in: BArch, B 136/16677.

¹²⁵ Vgl. Archiv der Gegenwart (1982), S. 25417f.

Quai d'Orsay zunehmend allergisch.¹²⁶ Genscher beklage das Kriegerrecht, halte es aber letztlich für die bessere Alternative zu einem Bürgerkrieg und verstecke sich hinter der fraktionsübergreifenden Entschließung des Bundestages vom 18. Dezember (vgl. Kapitel IV.4.). Mit seinen ständigen Appellen zu Dialog und Deeskalation zeige er eine „beunruhigende Gefälligkeit gegenüber Moskau und eine große Lauheit in der Verteidigung der Interessen und Ideen des Westens“.¹²⁷ Genscher, der besorgt sei über eine mögliche Isolierung der Bundesrepublik innerhalb des westlichen Lagers, versuche, dies zu überspielen und sich als Initiator in Szene zu setzen, indem er zu weiteren EPZ-Sitzungen aufrufe.¹²⁸ Dieses Bedürfnis, ein harmonisches Bild zu zeichnen, das derzeit auch bei Schmidt erkennbar sei, liege in der Instabilität der sozial-liberalen Koalition begründet. Die Bundesregierung brauche den Rückhalt der Verbündeten, um sich innenpolitisch rechtfertigen zu können.¹²⁹

Geradezu reflexhaft ließ sich in Paris trotz aller deutsch-französischen Freundschaft das tief verankerte, historisch bedingte Misstrauen gegen Deutschland reaktivieren.¹³⁰ Statt Bonn die Initiative zu überlassen, wollte sich Frankreich deshalb auf seine entspannungspolitische Führungsrolle in Europa besinnen und die Beziehungen zum Ostblock grundlegend überdenken. Ziel des Quai d'Orsay war es, eine „neue Ostpolitik“¹³¹ zu erarbeiten, die weder aggressiv wie die amerikani-

¹²⁶ Vgl. zur französischen Presseberichterstattung dpa-Meldung vom 07.01.1982: Frankreich über Bonns Haltung unverändert beunruhigt, in: ACDP, Pressearchiv, Polen. Auszüge der internationalen Presseberichterstattung druckte Die Welt Nr. 291 vom 15.12.1981 ab. Auch Helmut Kohl nahm in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 04.01.1982 auf die negative internationale Presseberichterstattung Bezug. Vgl. dazu 76. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 14.01.1982, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 9. Wahlperiode, Bd. 120, Bonn 1982, S. 4413B–4422A, hier: S. 4414C–4416B.

¹²⁷ Wörtlich: „Les dirigeants de Bonn sont apparus d'une inquiétante complaisance envers Moscou et d'une grande tiédeur dans la défense des intérêts et des idéaux de l'occident“, in: Télégramme de Bonn à Paris le 12 janvier 1982, Objet: La R.F.A. et la Pologne (II), in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5422, S. 3.

¹²⁸ Vgl. ebd. Genscher hatte sich um ein EPZ-Treffen am 30.12.1981 bemüht, das jedoch nicht zustande gekommen war und stattdessen am 04.01.1982 nachgeholt wurde. Vgl. dazu Vermerk des Leiters des Ministerbüros des Auswärtigen Amts, Gerold Edler von Braunmühl, vom 29.12.1981, Betr.: Telefongespräch des Bundesministers mit Lord Carrington und Außenminister Tindemans am 29.12.1981, in: BArch, B 136/29887, und Télégramme de Paris à Bonn le 30 décembre 1981, Objet: Message à H. D. Genscher, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5428.

¹²⁹ Vgl. Note du Ministère des affaires étrangères le 21 décembre 1981, Objet: Pologne: moyen terme, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5419, und Télégramme de Bonn à Paris le 12 janvier 1982, Objet: La R.F.A. et la Pologne, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5422.

¹³⁰ Vgl. dazu u. a. Georges-Henri Soutou, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996*, Paris 1996, und ders., Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und die deutsche Frage, in: Klaus Hildbrand/Horst Möller (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart*, München 2008, S. 373–382.

¹³¹ Wörtlich: „Il est possible définir une ‚nouvelle politique à l'Est‘“, in: Note du Ministère des affaires étrangères le 2 février 1982, Objet: La France et la crise polonaise, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5421, S. 5.

sche noch anbiedernd wie die deutsche sei. Gleichzeitig war sich der Quai d'Orsay darüber im Klaren, dass Paris diese Leitfunktion nur dann würde ausfüllen können, wenn es nicht gegen, sondern mit der NATO arbeite. Angesichts der großen Herausforderungen in den Ost-West-Beziehungen auf außenpolitische Unabhängigkeit zu beharren, sei „illusorisch und lächerlich“.¹³²

Die Vorstellung, durch Entspannung eine Transformation des sowjetischen Gesellschaftssystems zu bewirken, sei allerdings schlicht naiv und müsse durch ein realistisches Konzept ersetzt werden.¹³³ Die französische Bevölkerung und das Selbstverständnis der politisch Verantwortlichen verlangten den lautstarken Einsatz Frankreichs für Menschen- und Freiheitsrechte und eine harte Haltung gegenüber dem Jaruzelski-Regime. Das Bild Frankreichs in der Welt könne sonst Schaden nehmen, so die alarmierenden Warnungen des Quai d'Orsay.¹³⁴ Zudem musste Mitterrand, der als erster sozialistischer Präsident Frankreichs eine Koalition mit dem kommunistischen PCF eingegangen war, den Bündnispartnern die Sorge vor einer zu weitgehenden Annäherung an den Kommunismus nehmen.¹³⁵ Ein willkommenes öffentlichkeitswirksames Forum für diese Strategie erkannte Paris in der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid, wo Frankreich keine Gelegenheit ungenutzt ließ, die sowjetischen Menschenrechtsverletzungen offen zu kritisieren.¹³⁶

Während die französische Strategie sprunghaft zwischen nationalem Profilierungsstreben und bündnispolitischer Solidarität hin- und herpendelte, traten das britische und bundesdeutsche Außenministerium aktiv für einen Verständigungskurs ein. Zwar hatte Premierministerin Thatcher in ihrer Rede vor dem Unterhaus am 22. Dezember 1981 eine harte Sprache geführt und an ihrer Solidarität mit den Vereinigten Staaten keinen Zweifel gelassen, der britische Außenminister Lord Carrington aber agierte – wie schon in der Afghanistan-Krise – äußerst behutsam und suchte den Schulterchluss mit Bonn.¹³⁷ Immer wieder plädierte er für gemeinsame multilaterale Maßnahmen, warnte vor einer weite-

¹³² Ebd., S. 6.

¹³³ Vgl. ebd.

¹³⁴ Vgl. auch Note du Ministère des affaires étrangères le 21 décembre 1981, Objet: Pologne: moyen terme, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5419, und die Rede des französischen Premierministers Mauroy vor der Nationalversammlung am 23. 12. 1981, in: Archiv der Gegenwart (1981), S. 25246f. Zu den besonderen französisch-polnischen Beziehungen vgl. auch Artur Borzeda, Die französisch-polnischen Beziehungen. Das Gewicht der Geschichte und die wirtschaftlichen Realitäten, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, 58/3 (2002), S. 59–64.

¹³⁵ So auch die Einschätzung des Auswärtigen Amts. Vgl. Vermerk des Arbeitsstabes Polen im Auswärtigen Amt vom 04. 01. 1982, Betr.: Internationale Reaktion auf Ereignisse in und um Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132924.

¹³⁶ Vgl. Fernschreiben Nr. 292 des deutschen Botschafters in Paris, Herbst, an das Auswärtige Amt vom 08. 02. 1982, Betr.: Maßnahmen und Demarchen gegenüber der SU und Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132930.

¹³⁷ Vgl. Aufzeichnung des Ref. 211 des Bundeskanzleramts vom 14. 01. 1982, Betr.: Britische Haltung zu Polen, in: BArch, B 136/29887. Zu den Differenzen zwischen Thatcher und Carrington vgl. auch Smith, The UK Response to the Soviet Invasion of Afghanistan, S. 361.

ren Zersplitterung der NATO¹³⁸ und versuchte, durch die Vorlage von Kompromisspapieren aktiv zu einer Konsensfindung zwischen Bonn und Washington beizutragen. Wie schon im Afghanistan-Konflikt sah das FCO in seiner selbstgewählten Rolle als transatlantischer Mittler den besten Weg, um den bündnisinternen und weltpolitischen Einfluss Großbritanniens zu vergrößern.¹³⁹ Wieder profitierte London davon, dass die Détente für das Vereinigte Königreich ökonomisch und politisch keinen vergleichbar hohen Stellenwert besaß wie für Bonn oder Paris, was der britischen Haltung die notwendige Flexibilität verlieh.¹⁴⁰

Von einer entspannungspolitischen Interessenkonvergenz der Westeuropäer in der Polenkrise konnte somit nicht die Rede sein, wohl aber waren ihre Ziele komplementär. Sie b ndelten sich in der Erkenntnis, dass nur über gemeinsame Positionen der Handlungsspielraum der Westeuropäer innerhalb der Allianz und gegenüber dem Ostblock vergrößert werden konnte. Wie schon in der Afghanistan-Krise bildeten die Konsultations- und Kommunikationsmechanismen der EPZ angesichts der r stungspolitisch aufgeheizten Konfrontationspolitik der Supermächte das entscheidende Forum für konstruktive Krisenl sungsstrategien.

Die Trennlinien innerhalb der NATO verliefen nicht zwischen dem deutsch-französischen Tandem einerseits und der britisch-amerikanischen *special relationship* andererseits, sondern zwischen Westeuropäern und Amerikanern.¹⁴¹ Statt den krisengeschüttelten Ostblock durch ein gemeinsames und entschlossenes Agieren des Westens zu beeindrucken, zeigte die Allianz ein Bild innerer Zerrissenheit. Im Frühjahr 1982 erschien die Entwicklung in Polen daher nicht nur als Symptom für die Strukturschwäche des kommunistischen Systems, sondern auch als Katalysator einer tiefgreifenden Krise der Nordatlantischen Allianz.

¹³⁸ Vgl. Fernschreiben Nr. 365 der deutschen Botschaft in Washington an das Auswärtige Amt vom 26. 01. 1982, Betr.: Botschafter-EPZ am 25. 01. 1982, hier: Polen, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133223, und Fernschreiben Nr. 2162 der deutschen Botschaft in London an das Auswärtige Amt vom 29. 12. 1983, Betr.: Britisch-polnische Beziehungen, hier: künftige Haltung gegenüber Polen, in: BAArch, B 136/29887. Vgl. dazu außerdem Sjursen, *The United States, Western Europe and the Polish Crises*, S. 126–132.

¹³⁹ Grundlegend hierzu vgl. ebd.; Andy Beckett, *When the Lights Went out. Britain in the Seventies*, London 2009; George Lucy Bernstein, *The Myth of Decline. The Rise of Britain since 1945*, London 2004; Richard Coopey/Nicholas Woodward, *Britain in the 1970s. The Troubled Decade*, New York 1996; Jonathan Hollowell, *Britain since 1945*, Oxford 2003, und Sanders, *Losing an Empire, Finding a Role*.

¹⁴⁰ Auch die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Großbritanniens zur DDR hatten einen vergleichsweise geringen Stellenwert für die britische Außenpolitik. Vgl. Klaus Larres, *Britain and the GDR: Political and Economic Relations, 1949–1989*, in: Ders., *Uneasy Allies*, S. 63–98, und Stefan Berger/Norman LaPorte, *Ein zweiter Kalter Krieg? Die Beziehungen zwischen der DDR und Großbritannien 1979–1989*, in: Peter Barker/Marc-Dietrich Ohse/Dennis Tate (Hrsg.), *Views from Abroad. Die DDR aus britischer Perspektive*, Bielefeld 2007, S. 163–172.

¹⁴¹ Zu den Differenzen und unterschiedlichen Zielsetzungen innerhalb der westlichen Gemeinschaft vgl. auch Sjursen, *The United States, Western Europe and the Polish Crises*.

2. Kommunikation als Krisenlösungsmechanismus: Genschers Dialogpolitik mit dem Osten

Deutsch-polnische Interessengemeinschaft für den Frieden

Für das Auswärtige Amt bestand kein Zweifel daran, dass die Gretchenfrage nach gewaltsamer Eskalation oder friedlicher Konfliktregulierung in Moskau entschieden werde. Wenn der Kreml sich nicht mehr dazu bereitfinde, die Entspannungspolitik fortzusetzen, sei diese gescheitert.¹⁴² Der Westen hatte daher „kein Interesse daran, Öl ins Feuer zu gießen und die friedliche Beilegung der Krise in Polen zu erschweren“,¹⁴³ wie ein Bericht der deutschen Botschaft in Moskau vom 22. August 1980 festhielt. Eine sowjetische Intervention würde dadurch nur wahrscheinlicher und Moskau könnte etwaige westliche Forderungen nach innenpolitischen Veränderungen als entspannungsfeindlich disqualifizieren. Die Bundesregierung solle daher präventiv klarstellen, dass die polnische Entwicklung alleinige Angelegenheit Warschaus sei und „kein negativer Zusammenhang mit der europäischen Entspannungspolitik“ konstruiert werden könne.

Zugleich aber gab der stellvertretende Botschafter in Moskau, Hermann Huber, zu bedenken, dass die bundesdeutsche Entspannungspolitik gegenüber den osteuropäischen Völkern nur dann glaubwürdig bleiben könne, wenn man nicht nach dem Grundsatz handle: „In Osteuropa ist Ruhe die erste Bürgerpflicht.“¹⁴⁴ Schließlich liege eine Liberalisierung und größere Selbstständigkeit der einzelnen Warschauer Pakt-Staaten im Interesse Bonns, da langfristig betrachtet nur so der politische und militärische Druck der Sowjetunion auf Westeuropa gemildert werden könne. Bislang seien jedoch alle Hoffnungen auf Lockerung der sowjetischen Hegemonie durch die Entspannungspolitik enttäuscht worden. Die Möglichkeit, dass Moskau eine echte Demokratisierung innerhalb eines Warschauer Pakt-Staates tolerieren würde, wurde vom Auswärtigen Amt aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit der Sowjetunion als unrealistisch verworfen.¹⁴⁵

Das Auswärtige Amt suchte deshalb aktiv den Kontakt zum Kreml. In den Gesprächen zeigte sich allerdings recht schnell, dass der bilaterale Manövrierraum durch die sicherheitspolitischen Systemzwänge des Ost-West-Konflikts stark begrenzt blieb. So befasste sich keines der deutsch-sowjetischen Gespräche ausschließlich mit der polnischen Entwicklung. Stattdessen standen immer auch rüs-

¹⁴² Vgl. Ressortbesprechung am 24. 10. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 300, S. 1554–1560.

¹⁴³ Vgl. Fernschreiben Nr. 3725 der deutschen Botschaft in Moskau an das Auswärtige Amt vom 22. 08. 1980, Betr.: Polnische Krise und europäische Entspannungspolitik, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132904.

¹⁴⁴ Ebd.

¹⁴⁵ Vgl. Schreiben des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, van Well, an die deutsche Botschaft in Moskau vom 09. 10. 1980, Betr.: Lage in Polen und sowjetisches Verhalten, in: AAPD 1980, Dok. 289, S. 1500–1502; Aufzeichnung des Ref. 214 des Auswärtigen Amts vom 25. 05. 1981, Betr.: Lage in und um Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132931, und Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam vom 27. 01. 1982, Betr.: Ziele und Methoden der westlichen Polenpolitik, in: AAPD 1982, Dok. 33, S. 162–170.

tungspolitische Fragen und die Afghanistan-Krise auf der Tagesordnung, wodurch die Atmosphäre chronisch vorbelastet war. Der Gesprächsablauf folgte einem recht ritualisierten Schema. Bonn bemängelte die fehlende Verhandlungsbereitschaft des Kremls in der Frage der Mittelstreckenwaffen, Moskau warf dem Westen umgekehrt vor, durch den NATO-Doppelbeschluss den Rüstungswettlauf zu forcieren. Die Bundesregierung mache sich dabei zum Handlanger des amerikanischen Imperialismus. Anschließend verurteilte Bonn den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und wiederholte die diesbezüglichen westlichen Forderungen. Der sowjetische Gesprächspartner gab daraufhin die standardisierte Replik auf derartige Vorwürfe zum Besten. Kam die Sprache schließlich auf Polen, so warnte man sich gegenseitig vor der Einmischung in innere Angelegenheiten.¹⁴⁶

Moskau verfolgte eine zweigleisige Gesprächsführungsstrategie von „Zuckerbrot und Peitsche“. Einerseits wurde in teilweise sehr harter Sprache wiederholt hervorgehoben, dass Moskau Polen um jeden Preis als sozialistisches Land im Warschauer Pakt halten werde. Die westliche Warnung, dass die Entspannung im Falle einer sowjetischen Intervention am Ende sei, könne Moskau nicht schrecken. Die Détente habe ohnehin dem Westen mehr Vorteile gebracht als dem Osten.¹⁴⁷ Warnungen an die Adresse des Kremls seien deshalb kontraproduktiv und würden die Lage nur verschärfen. Andererseits versuchte Moskau, dem deutschen Gesprächspartner das eigene ideologische und sicherheitspolitische Dilemma vor Augen zu führen. Beispielsweise erklärte Piskowoj, Erster Sekretär der sowjetischen Botschaft in Bonn, am 3. November 1980, Moskau müsse natürlich dafür sorgen, dass Polen sozialistisch bleibe. Der Kreml beabsichtige aber nicht, militärisch tätig zu werden, sondern sei in erster Linie daran interessiert, dass Ruhe einkehre.¹⁴⁸ Auch wolle man die Politik der Verständigung mit dem Westen fortsetzen. Unabhängig davon, ob die sowjetischen Gesprächspartner ihre politische und militärische Macht demonstrierten oder ihre Verhandlungsbereitschaft bekundeten, appellierte Genscher unablässig für die Weiterführung des Dialogs, gerade

¹⁴⁶ Vgl. beispielsweise Vermerk des Ref. 213 des Auswärtigen Amts vom 18. 12. 1980, Betr.: Unterredung des Bundesministers mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 17. 12. 1980, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132908; Vermerk des stv. Leiters des Ministerbüros des Auswärtigen Amts, Gerold Edler von Braunmühl, vom 23. 01. 1981, Betr.: Gespräch Bundesminister – Botschafter Semjonow beim Abendessen am 22. 01. 1981 im Hause Semjonows, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178844; Aufzeichnung des Ref. 213 des Auswärtigen Amts vom 16. 04. 1981, Betr.: Gespräche von Bundesminister Genscher mit Außenminister Gromyko und Generalsekretär Breschnew in Moskau (02.-04. 04. 1981), in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132911, und Vermerk des Leiters des Ministerbüros des Auswärtigen Amts, Wallau, vom 26. 08. 1981, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Semjonow am Mittwoch, 26. 08. 1981, um 9 h, im AA, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178844.

¹⁴⁷ So W. Awerjanow in einem Gespräch mit Wolfgang Schollwer am 03. 12. 1980. Vgl. Schreiben Wolfgang Schollwers an den Leiter des Planungsstabes, Ministerialdirektor Hansen, vom 03. 12. 1980, Betr.: Gespräch mit dem 1. Sekretär der sowjetischen Botschaft, W. Awerjanow, am 03. 12. 1980, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133222.

¹⁴⁸ Vgl. Schreiben des Ref. 02 des Auswärtigen Amts, Kapitän zur See Maurer, an den Leiter des Planungsstabes vom 05. 11. 1980, Betr.: Gespräch mit dem 1. Sekretär der Botschaft der UdSSR in Bonn, Herrn Piskowoj, am 03. 11. 1980, in: PA-AA, B 1, MB, Bd. 178819.

auch auf persönlicher Ebene: „Ich glaube, dass persönliche Kontakte zwischen den Politikern wichtig sind und zur Stabilisierung der Lage beitragen. Wir nennen das die Politik des Dialogs.“¹⁴⁹

Anders als die deutsch-sowjetischen waren die deutsch-polnischen Beziehungen durch Afghanistan kaum belastet. Zwar hatte sich Warschau gezwungen gesehen, die sowjetische Interpretation des Einmarsches offiziell zu übernehmen, doch machte es unmissverständlich deutlich, dass man diesen letztlich missbilligte.¹⁵⁰ Zwar wurde auch zwischen Bonn und Warschau über die Entwicklung der weltpolitischen Lage debattiert, doch richtete man den Fokus vor allem auf Polen und wandte sich den konkreten Problemen der Krise zu. Die bilateralen Gespräche unter Führung Genschers folgten einem klar erkennbaren Muster. Genscher betonte zunächst, dass die Bundesregierung weiterhin ihre Politik der Zurückhaltung ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens fortsetzen werde, aber strikt für eine friedliche Lösung der polnischen Krise plädiere. Der polnische Gesprächspartner dankte daraufhin für das Verständnis des deutschen Außenministers, berichtete über den aktuellen Stand der Entwicklung, beteuerte das eigene Interesse an einer friedlichen Beilegung des Konflikts ohne sowjetische Intervention und bat schließlich um wirtschaftliche Unterstützung durch die Bundesrepublik. Genscher wiederum versprach, sich in Bonn und bei den westlichen Partnern dafür einzusetzen, und erklärte nochmals das Interesse an einer Stabilisierung der innenpolitischen Lage. Ohne Einschränkung wurde in jedem Gespräch von beiden Seiten die Notwendigkeit einer Fortführung der Entspannungspolitik und des KSZE-Prozesses betont. Anders als in den deutsch-sowjetischen Gesprächen führte dieser ritualisierte Gesprächsablauf allerdings nicht zu einer konfrontativen Pattsituation, sondern bot den geeigneten Rahmen, innerhalb dessen gemeinsam konstruktiv an Problemlösungsstrategien gearbeitet werden konnte.

Die deutsch-polnischen Gespräche wiesen im Vergleich zu den deutsch-sowjetischen weitere Besonderheiten auf. Die Häufigkeit der Begegnungen belegt den Aktionismus des Auswärtigen Amts, das den Dialog auf Ebene der Abteilungsleiter, Staatssekretäre, Botschafter und Minister suchte. Auch wurden alle damals zur Verfügung stehenden technischen und diplomatischen Kommunikationsmittel ausgeschöpft, das heißt, neben Briefen, Fernschreiben, Drahterlassen kam auch das Telefon wiederholt zum Einsatz. Im Zentrum aber standen die persönlichen Gespräche. Allein von 22. August 1980 bis zum 13. Dezember 1981 sind mindestens 26 längere persönliche Treffen zwischen deutschen und polnischen Diplomaten belegt.¹⁵¹ An rund einem Drittel dieser Gespräche nahm Genscher persönlich

¹⁴⁹ Aufzeichnung des Leiters der Abt. 2 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Pfeffer, vom 23. 11. 1981, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit Außenminister Gromyko am 23. 11. 1981, in: PA-AA, B 14, Ref. 201 (Zwischenarchiv), Bd. 125568.

¹⁵⁰ Vgl. dazu auch Christian Meier, Die sowjetische Intervention in Afghanistan und die Reaktion im Warschauer Pakt, in: Vogel, Die sowjetische Intervention in Afghanistan, S. 273–298.

¹⁵¹ Vgl. u. a. Drahterlass des Vortragenden Legationsrats Scheel vom 01. 09. 1980, Betr.: Gespräch des Botschafters Chylinski mit Bundesminister Genscher am 01. 09. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 253, S. 1324–1329; Schreiben des Ministerialdirektors Blech, z. Zt. New York, an das Auswärtige Amt vom 24. 09. 1980, Betr.: Gespräch des Bundesminis-

teil, alle anderen wurden auf der Ebene der Staatssekretäre und Botschafter geführt. Zwischen der Verhängung des Kriegsrechts und Ende Januar 1982, in einem Zeitraum von nur fünf Wochen, fanden acht solcher Kontakte statt, an vier dieser Sitzungen war Genscher selbst anwesend.¹⁵² Der engagierte Einsatz des Bundesaußenministers für die Aufrechterhaltung des Dialogs untermauert, dass die

ters mit polnischem Außenminister Czyrek am 23.09.1980 am Rande der 35. Generalversammlung in New York, in: AAPD 1980, Dok. 282, S. 1455–1458; Vermerk des Ministerbüros des Auswärtigen Amts vom 13.02.1981, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit dem polnischen Gesprächsträger Wojtkowski, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132909; Aufzeichnung des Auswärtigen Amts vom 19.03.1981, Betr.: Plenarsitzung Bundesminister/polnischer Außenminister, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133222; Fernschreiben Nr. 420 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 21.03.1981, Betr.: Besuch des Bundesministers in Warschau, hier: Gesprächsprotokolle, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178843; Schreiben der deutschen Botschaft in Warschau an das Auswärtige Amt vom 23.03.1981, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit Jablonski, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178843; Vermerk des Ministerbüros des Auswärtigen Amts vom 23.03.1981, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit dem stv. polnischen Ministerpräsident Rakowski am 19.03.1981, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178843; Vermerk des Ministerbüros des Auswärtigen Amts vom 23.03.1981, Betr.: Vieraugengespräch des Bundesministers mit dem polnischen Außenminister Czyrek am 19./20.03.1981, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178843; Vermerk des Leiters des Ref. 214 des Auswärtigen Amts, Keil, vom 31.03.1981, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit dem polnischen Botschafter Chylinski am 31.03.1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132945, und Schreiben des Ref. 212 des Bundeskanzleramts an Bundeskanzler Schmidt vom 21.08.1981, Betr.: Besuch des polnischen Außenministers Czyrek in der Bundesrepublik und in Frankreich vom 17.–19.08.1981, in: BArch, B 136/17463.

¹⁵² Vgl. Schreiben des Ref. 214 des Auswärtigen Amts an Staatssekretär von Staden und Bundesminister Genscher vom 16.12.1981, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit dem polnischen Geschäftsträger Wojtkowski am 16.12.1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132917; Fernschreiben Nr. 2003 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 21.12.1981, Betr.: Lage in Polen, hier: Rückwirkungen auf bilaterale Beziehungen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132917; Schreiben des Ref. 214 des Auswärtigen Amts an Staatssekretär von Staden und Bundesminister Genscher vom 21.12.1981, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit dem polnischen Geschäftsträger Wojtkowski am 21.12.1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132917; Aufzeichnung des Auswärtigen Amts vom 30.12.1981, Betr.: Vieraugengespräch des Bundesministers mit dem stv. Ministerpräsidenten der VR Polen, Rakowski, am 30.12.1981, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133222; Aufzeichnung des Leiters der Unterabt. 21 des Auswärtigen Amts, Bräutigam, vom 09.01.1982, Betr.: Gespräch mit dem polnischen Geschäftsträger Wojtkowski am 07.01.1982, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132917; Fernschreiben Nr. 105 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 11.01.1982, Betr.: Demarche bei der polnischen Regierung, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132917; Schreiben des Leiters der Abt. 2 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Pfeffer, an das Auswärtige Amt vom 14.01.1982, Betr.: Einbestellung des polnischen Geschäftsträgers Wojtkowski am 13.02.1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132917, und Fernschreiben Nr. 219 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 21.01.1982, Betr.: Polnische Haltung zur Erörterung der polnischen Frage in Madrid, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132916.

Intensität seiner Kommunikationspolitik parallel zur unmittelbaren Eskalationsgefahr nicht abnahm, sondern exponentiell anstieg.

Zweitens bestachen die Kontakte durch ihr positives Gesprächsklima.¹⁵³ Beide Seiten drängten auf permanenten Informationsaustausch und demonstrierten ihre ständige Gesprächsbereitschaft, die häufig mit einer starken persönlichen Einfärbung verbunden wurde.¹⁵⁴ Erstaunlich offen berichtete Warschau über die desolate Wirtschaftslage und die eigene Handlungsunfähigkeit zur Beilegung der Krise. Beispielsweise äußerte der polnische Botschafter in Bonn, Chylinski, gegenüber Staatssekretär van Well am 9. April 1981 zu den dringend benötigten Nahrungsmittellieferungen der Europäischen Gemeinschaft:

„Wir schätzen den von Bundesminister Genscher geleisteten Beitrag hoch ein. Es gibt Klarheit, was die Liste der Waren anlangt, die nach Polen geliefert werden sollen. Auch gibt es Einigkeit hinsichtlich der Dringlichkeit der Lieferungen. Offen ist [sic!] noch die Aufteilung der Liste und die Frage der Kreditierung. Es ist für uns angesichts der in Paris und London noch laufenden Verhandlungen über eine Gesamtlösung schwierig mit Privatbanken zu einer Lösung über die Finanzierung der Lebensmittellieferungen zu kommen, wenn die EG-Länder keine Entscheidungen zu den beiden noch offenen Fragen treffen.“¹⁵⁵

Wenige Wochen später sprach der polnische Botschafter erneut mit Staatssekretär van Well über die Frage der Kreditierung. Trotz der Beschränkung der Westimporte werde Warschau einen Negativsaldo haben, so Chylinski, weil die Kreditkosten zu hoch seien. Auch wenn sich die Vereinbarungen von Paris hoffentlich auf die

¹⁵³ Beispielsweise hielt das Auswärtige Amt zum Besuch des polnischen Außenministers Czyrek in Bonn am 21.08.1980 fest, dass „das weitgehend unter vier Augen geführte Gespräch“ mit Genscher „in außerordentlich guter Atmosphäre verlaufen“ sei. Czyrek habe sich „besonders beeindruckt gezeigt von der freundschaftlichen und verständnisvollen Haltung gegenüber Polen [...]“. Schreiben des Ref. 212 des Bundeskanzleramts an Bundeskanzler Schmidt vom 21.08.1981, Betr.: Besuch des polnischen Außenministers Czyrek in der Bundesrepublik und in Frankreich vom 17.–19.08.1981, in: BArch, B 136/17463.

¹⁵⁴ So erklärte beispielsweise der polnische Botschafter Chylinski in einem Gespräch mit Staatssekretär van Well vom 03.11.1980, er dürfe Genscher von Außenminister Czyrek herzlich grüßen lassen und betonen, dass das, was sie in New York besprochen hätten, weiter seine Gültigkeit besitze. Vermerk des Leiters des Ref. 214 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil, vom 03.11.1980, Betr.: Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem polnischen Botschafter Chylinski am 31.10.1980, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133222. Umgekehrt bat Genscher am 13.02.1981 in einem Gespräch mit dem polnischen Geschäftsträger Wojtkowski, Außenminister Czyrek mitzuteilen, „dass er ihn jederzeit telefonisch erreichen könne, wenn er dies wünsche.“, in: Vermerk des Ministerbüros des Auswärtigen Amts vom 13.02.1981, Betr.: Gespräch des Ministers mit dem polnischen Geschäftsträger Wojtkowski am 13.02.1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132909. Wenige Wochen später erneuerte Genscher sein Angebot an Czyrek, vom Telefon Gebrauch zu machen. Vgl. dazu Schreiben des Leiters des Ref. 214 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil, an das Ministerbüro, Betr.: Besuch des polnischen Botschafters Chylinski am 27.03.1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132945.

¹⁵⁵ Schreiben des Leiters des Ref. 214 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil, an das Büro Staatssekretäre vom 09.04.1981, Betr.: Gespräch Staatssekretär van Well mit dem polnischen Botschafter Chylinski am 08.04.1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132945.

Verhandlungen mit den Privatbanken in London auswirkten, bedeute dies „nur eine Verschiebung der Belastung“. Zwar habe Polen inzwischen die westlichen Kredite erhalten, um den Markt mit Lebensmitteln und die Industrie mit Material versorgen zu können. Selbst die so günstigen Konditionen dieser Kreditverträge aber könne Warschau nicht erfüllen, weil die Banken keine kurzfristigen Handelskredite mehr gewährten.¹⁵⁶ In einem weiteren Gespräch Ende Oktober berichtete Chylinski über die dramatische Versorgungslage, in der sich Polen befand:

„Die Menschen reagieren nervös, nachdem nun die Lohnerhöhungen schon ausgezahlt werden, ohne dass die Marktversorgung verbessert ist. Die Lage der Landwirtschaft ist in diesem Jahre auch schlecht. Die Kartoffelernte war noch schlechter als erwartet. Wir werden nur die Hälfte einer Durchschnittsernte haben, da Regen und Überschwemmungen große Schäden angerichtet haben. Bei der Aussaat des Wintergetreides können große Flächen nicht bestellt werden, weil sie zu nass sind. Die Regierung versucht, die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern. Natürlich gibt es bei dieser Marktlage auch Panikreaktionen und Hamsterkäufe. Dies verschlechtert die Lage noch weiter. Es gibt schon Mangel bei Waren, die an sich vorhanden sind, z. B. Salz oder Zucker. In der Industrie ist die Atmosphäre weiter schwierig. Es wird diskutiert, vielleicht zu viel diskutiert, und die Arbeitsproduktivität ist immer noch nicht normal.“¹⁵⁷

Diese Offenheit sorgte auch im Auswärtigen Amt für Überraschung. Sie zeigt nicht nur die offensichtlich katastrophale Lage, in der sich Polen befand, sondern auch das Vertrauensverhältnis, das zwischen Bonn und Warschau entstanden war.

Letzteres speiste sich auch aus dem Engagement führender bundesdeutscher Politiker für eine Wiederannäherung zwischen Deutschen und Polen, die in der Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition und den Vereinbarungen der KSZE-Schlussakte konkrete Formen angenommen hatte. Schmidt nannte – wie andere Mitglieder der „Erlebnissgeneration“ des Zweiten Weltkrieges – die Verständigung mit Polen in einem Atemzug mit der deutsch-französischen Aussöhnung.¹⁵⁸ Besonders Edward Gierek hatte sich in den Verhandlungen um die Schlussakte den Respekt des Bundeskanzlers erworben, als um den Freikauf von Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen gerungen wurde.¹⁵⁹ Entschie-

¹⁵⁶ Schreiben des Leiters des Ref. 214 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil, an das Büro Staatssekretäre vom 15. 05. 1981, Betr.: Gespräch Staatssekretär van Well mit dem polnischen Botschafter Chylinski am 15. 05. 1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132945.

¹⁵⁷ Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem polnischen Botschafter Chylinski am 31. 10. 1981, in: AAPD 1981, Dok. 310, S. 1598–1605, hier: S. 1601.

¹⁵⁸ Vgl. Dieter Bingen, Versöhnung, Aussöhnung, Normalisierung – Perspektiven der Entspannungspolitik in den 1960er- und 1970er Jahren aus deutscher und polnischer Sicht, in: Friedhelm Boll/Wiesław Wysocki/Klaus Ziemer (Hrsg.), Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre und die Entspannungspolitik, Bonn 2009, S. 245–268, hier: S. 261. Vgl. außerdem Oliver Bange/Tim Geiger, Die kirchlichen Versöhnungsinitiativen und die Polenpolitik der deutschen Volksparteien 1965–1972, in: Ebd., S. 269–295, hier: S. 278–283, und Helmut Schmidt, Schwieriger Besuch in Warschau 1966, in: Pflüger/Lipscher, Feinde werden Freunde, S. 40–50.

¹⁵⁹ Vgl. Schmidt, Die Deutschen und ihre Nachbarn, S. 480f., und Gunter Dehnert, Entspannung gegen das Volk – Sanktionen für das Volk? Die Solidarność nach Ausrufung des Kriegsrechts und die Nachfolgekonzferenz von Madrid, in: Peter/Wentker, Die KSZE im Ost-West-Konflikt, S. 249–266, hier: S. 250.

dener als seine Vorgänger trieb Schmidt die Ökonomisierung der deutsch-polnischen Beziehungen seit Mitte der siebziger Jahre voran.¹⁶⁰ Er gab zwar unumwunden zu, dass der polnische Ministerpräsident seiner Meinung nach nichts von Wirtschaftspolitik verstehe, setzte sich aber nach dessen Absetzung und Inhaftierung nachdrücklich für einen milden Umgang der polnischen Behörden mit Gierek ein.¹⁶¹ Auch das Verhältnis Genschers, der stets die moralische Fundierung seiner Polenpolitik betonte,¹⁶² zu seinem Amtskollegen Wojtaszek war von gegenseitigem Respekt gekennzeichnet. Im Sommer 1980 teilte der polnische Botschafter Chylinski dem Bundesaußenminister mit, „Wojtaszek habe ihn gebeten, Genscher persönlich seine Wertschätzung für dessen Engagement für Frieden und Entspannung zu übermitteln. Polen und die Bundesregierung hätten hier dieselben Ziele“.¹⁶³

Die persönlich guten Beziehungen zwischen führenden politischen Entscheidungsträgern in Bonn und Warschau gehörten zu den besonderen subjektiven Faktoren, die das Krisenmanagement der sozial-liberalen Koalition in der polnischen Krise bestimmten. Das verbindende Element deutsch-polnischer Interessen bildete aufgrund der gemeinsamen geostrategischen und sicherheitspolitischen Lage an der Nahtstelle zwischen den Blöcken das Bemühen um Stabilität und Frieden in Europa. Genscher und seine Gesprächspartner appellierten unablässig an die historische Verantwortung beider Völker für den Frieden in Europa.¹⁶⁴ Gerade weil Deutsche und Polen am meisten unter dem Zweiten Weltkrieg gelitten hatten, teilten sie das besondere Interesse an Rüstungskontrollverhandlungen und der Aufrechterhaltung der Entspannung.¹⁶⁵ Anders als bisher führte die Vergegenwärtigung der Erinnerung an die historischen Belastungen der bilateralen Beziehungen nicht zu einer öffentlichkeitswirksamen Täter-Opfer-Diskussion, sondern entwickelte sich unter dem Signum des Friedens zu einem Katalysator gemeinsamer Interessen.

¹⁶⁰ Vgl. Bingen, Ostpolitik und demokratischer Wandel in Mittel- und Osteuropa, S. 126.

¹⁶¹ Vgl. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 15.02.1982, in: AAPD 1982, Dok. 54, S. 263–272; Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, am 27.04.1982, in: AAPD 1982, Dok. 128, S. 627–641; Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp, in Düsseldorf am 02.09.1982, in: AAPD 1982, Dok. 236, S. 1246–1251, hier: S. 1248, und Genscher, Erinnerungen, S. 259. Zur Inhaftierung des ehemaligen Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vgl. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 15.02.1982, in: AAPD 1982, Dok. 54, S. 263–272, Anm. 33.

¹⁶² Vgl. Genscher, Erinnerungen, S. 254–258.

¹⁶³ Aufzeichnung des Ref. 214 des Auswärtigen Amts vom 03.06.1980, Betr.: Gespräch des polnischen Botschafters Chylinski mit dem Bundesminister am 03.06.1980, in: PA-AA, B 43, Ref. 221 (Zwischenarchiv), Bd. 116936.

¹⁶⁴ Paradigmatisch dafür ist ein Gespräch Genschers mit Kania in Warschau am 20.03.1981. Vgl. Fernschreiben Nr. 420 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 21.03.1981, Betr.: Besuch des Bundesministers in Warschau, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178843.

¹⁶⁵ Vgl. Aufzeichnung des Leiters der Abt. 2 des Bundeskanzleramts, Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, vom 19.12.1981, Betr.: Gespräch mit Außenminister Wojtaszek am 19.12.1979, in: AAPD 1979, Dok. 386, S. 1937–1945.

Diese freundschaftliche Gesprächsatmosphäre, die in keiner Weise mit dem rauen Klima deutsch-sowjetischer Kontakte zu vergleichen war, ließ zeitweise den Eindruck entstehen, als seien Polen und die Bundesrepublik nicht Angehörige verfeindeter Militärrallianzen, sondern langjährige Bündnispartner, die gemeinsam versuchten, den Einmarsch sowjetischer Truppen zu verhindern. So erklärte Genscher, als er im März 1981, auf dem Höhepunkt der Bromberger Krise, Polen besuchte, in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrats der Volksrepublik Polen, Henryk Jabłoński: „Wir sitzen beide in einem Boot [...] und wir müssen beide rudern, damit das Boot nicht untergeht.“¹⁶⁶ Obwohl sie Mitglieder unterschiedlicher Bündnisse waren, teilten sie die gleiche Bedrohungswahrnehmung: Die Gefahr ging von der Sowjetunion aus.

Gemeinsam spekulierten sie über die Wahrscheinlichkeit einer Intervention, was auf polnischer Seite allerdings zu widersprüchlichen Aussagen führte. Am 19. März berichtete der stellvertretende polnische Ministerpräsident Mieczysław Rakowski an Genscher, die Lage sei aussichtslos, letztlich sei das ganze Verhalten der polnischen Führung ideologische Häresie, die „brüderliche Hilfe sei näher als zuvor“.¹⁶⁷ Zwei Tage später aber beteuerte Kania, eine solche Gefahr bestehe derzeit nicht,¹⁶⁸ was von Außenminister Czyrek bestätigt wurde.¹⁶⁹ Im September 1981 wurden die Gespräche schließlich noch deutlicher. Chylinski teilte van Well mit, die derzeitige Lage sei außerordentlich ernst, woraufhin Letzterer unverschlüsselt vor den „harten Konsequenzen einer Intervention“¹⁷⁰ warnte. Chylinski wiederum betonte, dass man die *Solidarność* als Gewerkschaft akzeptiere, nicht aber als politische Opposition. Sollte sich die Gewerkschaftsbewegung radikalisieren, würden die „Ordnungskräfte rechtmäßig intervenieren“.¹⁷¹ Van Well fragte nach, ob seine Interpretation richtig sei, dass die Regierung also Einzelmaßnahmen ergreifen, nicht aber den Ausnahmezustand ausrufen werde. Chylinski antwortete darauf: „Wenn es zu einer Massenbewegung kommt, können wir den

¹⁶⁶ Schreiben der deutschen Botschaft in Warschau an das Auswärtige Amt vom 23.03. 1981, Betr.: Besuch Bundesaußenministers Genscher in Polen am 20.03. 1981, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178843. Diese Formulierung griff Außenminister Czyrek nach dem 13.12. 1981 auf, als er gegenüber dem deutschen Botschafter Negwer erklärte: „Polen und die Bundesrepublik saßen noch immer in einem Boot“. Schreiben des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 26.12. 1981, Betr.: Lage in Polen, in: AAPD 1981, Dok. 389, S. 2058–2060, hier: S. 2059.

¹⁶⁷ Vermerk des Ministerbüros des Auswärtigen Amts vom 23.03. 1981, Betr.: Gespräch des Ministers mit dem stv. polnischen Ministerpräsidenten Rakowski in Warschau am 19.03. 1981, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178843.

¹⁶⁸ Vgl. Fernschreiben Nr. 420 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 21.03. 1981, Betr.: Besuch des Bundesministers in Warschau, hier: Gespräch mit Kania am 20.03. 1981, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178843.

¹⁶⁹ Vgl. Vermerk des Ministerbüros vom 23.03. 1981, Betr.: Vieraugengespräche des Bundesministers mit dem polnischen Außenminister Czyrek am 19./20.03. 1981, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178843.

¹⁷⁰ Drahterlass Nr. 4831 des Leiters des Ref. 214 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil, Betr.: Gespräch Staatssekretär von Staden mit dem polnischen Botschafter Chylinski am 22.09. 1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132945.

¹⁷¹ Ebd.

Ausnahmезustand nicht ausschließen.“¹⁷² Erneut verblüfft die geradlinige Offenheit in der sonst so verklausulierten Diplomatensprache. Bonn war aus erster Hand über die jeweils aktuelle Entwicklung unterrichtet. Umgekehrt berichtete Genscher ähnlich offen über die laufenden deutsch-sowjetischen Gespräche.¹⁷³ Trotz dieses engen Informationsaustausches herrschte große Unsicherheit über die Haltung des Kremls. Dies war der Tatsache geschuldet, dass das Politbüro der KPdSU keinen stringenten Kurs vorgab, sondern selbst von den Flügelkämpfen zwischen Interventionsbefürwortern und -gegnern geprägt blieb.¹⁷⁴

Trotz dieser beeindruckenden deutsch-polnischen Harmonie ließ Warschau zu keinem Zeitpunkt einen Zweifel daran, dass Polen ein sozialistischer Staat und ein Mitglied des Warschauer Paktes bleiben werde.¹⁷⁵ Darüber bestand auch im Auswärtigen Amt Klarheit. Eine Aufzeichnung des Referats 214 hielt fest, dass sich „in Polen seit August 1980 Veränderungen von historischem Ausmaß“ vollzogen hätten. „Allerdings wird Polen auch weiterhin dem sowjetischen Blocksystem angehören und das sozialistische Wirtschaftssystem beibehalten. Beides setzt der Weiterentwicklung Grenzen. [...] Eine Liberalisierung nach westlichem Vorbild ist nicht zu erwarten.“¹⁷⁶

Auch als General Jaruzelski schließlich am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht verhängte, hielt Genscher an seiner Strategie der Entspannung durch Kommunikation fest. Bereits am selben Tag wurde Botschafter Negwer persönlich von Außenminister Czyrek über die getroffenen Maßnahmen unterrichtet.¹⁷⁷ Einen Tag spä-

¹⁷² Ebd.

¹⁷³ Vgl. Schreiben des Leiters des Ref. 214, Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil, an das Büro Staatssekretäre vom 09.04.1981, Betr.: Gespräch Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher mit dem polnischen Botschafter Chylinski am 08.04.1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132945.

¹⁷⁴ Zur sowjetischen Haltung vgl. u. a. Ouimet, *The Rise and Fall of the Brezhnev Doctrine*, S. 99–204; Dieter Bingen, *Die Rolle der Sowjetunion in der Polen-Krise 1980–1983*, Köln 1983, und Allan/Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, S. 117–241.

¹⁷⁵ Vgl. dazu beispielsweise Drahterlass des stv. Leiters des Ref. 214 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat Hans-Dieter Scheel, vom 01.09.1980, Betr.: Gespräch des Botschafters Chylinski mit Bundesminister am 01.09.1980, hier: innenpolitische Lage in Polen, in: AAPD 1980, Dok. 253, S. 1324–1329, und Fernschreiben Nr. 516 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 25.02.1982, Betr.: Wirtschaftspolitische Entwicklung in Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132917. Allgemein zur polnischen Politik gegenüber der Bundesrepublik vgl. Wanda Jarzabek, *Zwischen Eiszeit und Verständigungssuche. Der Standpunkt der polnischen Regierung in den Beziehungen mit der BRD in den Jahren 1956–1981*, in: Mike Schmeitzner/Kararzyna Stoklosa (Hrsg.), *Partner oder Kontrahenten? Deutsch-polnische Nachbarschaft im Jahrhundert der Diktaturen*, Berlin 2008, S. 137–154, und Borgan Koszel, *Die Außenpolitik der Volksrepublik Polen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989*, in: Jan-Pieter Barbian/Marek Zybura (Hrsg.), *Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 1999, S. 57–75.

¹⁷⁶ Aufzeichnung des Ref. 214 des Auswärtigen Amts vom 25.05.1981, Betr.: Lage in und um Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132931.

¹⁷⁷ Vgl. Fernschreiben Nr. 1656 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 13.12.1981, Betr.: Ausnahmезustand in Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132916.

ter schilderte der polnische Geschäftsträger Wojtkowski Genscher die derzeitige Lage und begründete das Vorgehen Jaruzelskis.¹⁷⁸ Dieser habe einen Bürgerkrieg verhindern wollen, der Ausnahmezustand sei nur vorübergehend und diene dem europäischen Frieden. Genscher bedankte sich zunächst für die schnelle Information und das Zustandekommen der Gespräche. Dann fuhr er fort:

„Wir verfolgen die Lage in Polen mit Anteilnahme und Besorgnis. [...] Wir hoffen weiter, dass Polen seine Probleme ohne Einmischung von außen wird lösen können, dass dies ohne Gewalt geschieht und dass die Reformen fortgesetzt werden. [...] Wir sind befriedigt darüber, dass Polen die Zusammenarbeit fortsetzen will und dass Polen in Verantwortung für den Frieden in Europa handeln will. [...] Ich bitte Sie, mich auf dem Laufenden zu halten; ich stehe für Gespräche jederzeit zur Verfügung.“¹⁷⁹

Nur zwei Tage später ließ sich Genscher erneut von Wojtkowski den neuesten Stand der Dinge berichten und wieder zeigt sich ein ähnliches Bild. Genscher betonte, wie sehr sich die Bundesregierung sowohl innerhalb der EG als auch vor dem Deutschen Bundestag für eine Position der Zurückhaltung eingesetzt habe. Und natürlich fehlte auch jetzt nicht der Hinweis, dass „wir in dieser schwierigen Zeit immer einen Termin für Gespräche finden“.¹⁸⁰ Die demonstrative Gesprächsbereitschaft Genschers machte selbst vor den Weihnachtsfeiertagen nicht Halt,¹⁸¹ und so war es kein Zufall, dass der erste Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski im Westen nach der Verhängung des Kriegsrechts zu Genscher führte.¹⁸² Zurück in Warschau resümierte Rakowski seine Eindrücke mit den

¹⁷⁸ Vgl. zum Folgenden Schreiben des Leiters des Ref. 214 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil, an das Ministerbüro vom 14. 12. 1981, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit dem polnischen Geschäftsträger Wojtkowski am 14. 12. 1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132917.

¹⁷⁹ Ebd.

¹⁸⁰ Schreiben des Leiters des Ref. 214 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil, an das Büro Staatssekretäre vom 16. 12. 1981, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit dem polnischen Geschäftsträger Wojtkowski am 16. 12. 1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132917.

¹⁸¹ Vgl. Schreiben des Ref. 214 des Auswärtigen Amts an das Büro Staatssekretäre und das Ministerbüro vom 21. 12. 1981, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit dem polnischen Geschäftsträger Wojtkowski am 21. 12. 1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132917, und Schreiben des Leiters des Ministerbüros, Bräutigam, an Staatssekretär van Well und den Leiter der Abt. 2 des Auswärtigen Amts, Blech, vom 28. 12. 1981, Betr.: Rakowski-Besuch, hier: Unterrichtung der Alliierten und anderer westlicher Partner, in: Ebd.

¹⁸² Der Besuch Rakowskis in Bonn fand am 30. 12. 1981 statt. Vgl. Aufzeichnung des Ref. 105 (Sprachendienst) des Auswärtigen Amts, Maria Hameriak-Hermesdorf, vom 30. 12. 1981, Betr.: Vieraugengespräch des Bundesministers mit dem stv. Ministerpräsidenten der VR Polen, Rakowski, am 30. 12. 1981, hier: Dolmetscheraufzeichnung, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133222. Das Auswärtige Amt sorgte dafür, dass Warschau und Moskau in persönlichen Gesprächen ausführlich über die westliche Haltung informiert wurden, um etwaige Missverständnisse von Anfang an ausräumen zu können. Vgl. Drahterlass Nr. 180 des Auswärtigen Amts vom 19. 02. 1982, Betr.: Maßnahmen der BR Deutschland gegenüber der SU wegen der Vorgänge in Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132917, und Fernschreiben Nr. 810 des deutschen Botschafters in Moskau, Meyer-Landrut, an das Auswärtige Amt vom 26. 02. 1982, Betr.: Maßnahmen der BR Deutschland gegenüber der SU wegen der Vorgänge in Polen, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133223.

Worten: „Er [Genscher], wie wahrscheinlich Schmidt, [...] ist ein Freund Polens.“¹⁸³

In der Tat blieb der Gesprächsmodus unverändert freundlich. Man tauschte unterschiedliche Standpunkte aus, war aber an konstruktiven Ergebnissen interessiert. Genscher ging es vor allem darum, die Motive der polnischen Führung zu verstehen, um adäquat auf die Entwicklung reagieren zu können, wie er rückblickend berichtete:

„Unser Ziel war ja, eine weitere Verschärfung der Lage zu verhindern. Jaruzelski verhing das Kriegerrecht ja nicht, weil ihm das Spaß machte. Wir mussten also versuchen, die Motive der Polen zu verstehen. Und um diese Motive verstehen zu können, musste man Gespräche führen. Das gilt ganz allgemein, auch mit Blick auf den KSZE-Prozess. Nur wenn man miteinander spricht, kann man verstehen, warum ein Mensch so und nicht anders handelt. Wichtig ist, dass man sich kennenlernt, dass man ein Klima schafft, in dem man miteinander sprechen kann. Dann kann man auch versuchen, die Widerstände, die möglicherweise vorhanden sind, zu lösen oder zu umgehen, um zu einem konstruktiven Ergebnis zu kommen.“¹⁸⁴

Geradezu idealtypisch zeigte sich hier die Empathiefähigkeit Genschers, die ein wesentliches Merkmal seiner Gesprächsdiplomatie bildete. Unabhängig davon, ob er das Vorgehen seines Gegenübers billigte oder ablehnte, versuchte er sich in dessen Lage zu versetzen, um den polnischen Entscheidungsfindungsprozess nachvollziehen zu können. Die im persönlichen Dialog gewonnenen Erkenntnisse glich Genscher anschließend mit den bundesdeutschen Interessen ab, um aufbauend darauf nach Möglichkeiten der Konfliktregulierung zu suchen. Die Fortsetzung der Gespräche kam nicht nur Jaruzelski zugute, sondern bildete auch eine der wenigen Möglichkeiten für Bonn, zumindest geringen Einfluss auf die Entwicklung zu nehmen.¹⁸⁵

Gleichwohl unterlagen das Auswärtige Amt und Genscher persönlich in seinem Krisenmanagement einer grundlegenden Fehleinschätzung. Er gestand dem polnischen Regime die Fähigkeit zu, sich selbst zu reformieren. Im Rückblick erkannte auch Außenminister Genscher, dass dies ein Irrtum war.¹⁸⁶ Doch im Januar 1982 kam das Auswärtige Amt noch zu der Einschätzung, es könne

„[...] kein Zweifel bestehen, dass zumindest der europäische Westen bei seiner Zielvorstellung für die Lösung der Polenfrage heute vom Fortbestand der sozialistischen Gesellschaftsordnung in Polen sowie der Zugehörigkeit des Landes zum Warschauer Pakt und RGW-System ausgehen muss. Angestrebt wird nicht eine Revolutionierung im tatsächlichen Machtbereich der Sowjetunion, sondern die Ermöglichung einer Evolution, die den legitimen Anliegen der Bevölkerung Rechnung trägt und ständig wiederkehrende Destabilisierungen damit vermeidet. Es geht der westlichen Polenpolitik, anders ausgedrückt, nicht um ein Herausbrechen Polens aus dem tatsächlichen sowjetischen Machtbereich – weil dies nach Lage der Dinge unmöglich ist –, sondern um die Erhaltung der wesentlichen Elemen-

¹⁸³ Zitiert nach Dehnert, *Entspannung gegen das Volk – Sanktionen für das Volk?*, S. 249.

¹⁸⁴ Interview der Autorin mit Hans-Dietrich Genscher am 26.06.2012 in München.

¹⁸⁵ Vgl. beispielhaft Drahterlass Nr. 188 des Auswärtigen Amtes vom 07.09.1982, Betr.: Polen nach den Ereignissen des 31.08.1982, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132914.

¹⁸⁶ So äußerte sich Genscher in einem Interview mit der Autorin am 26.06.2012 in München.

te der polnischen Erneuerung, die die vorgegebenen politischen Rahmenbedingungen nicht sprengen.“¹⁸⁷

Während Genscher versuchte, durch seine fortgesetzte Dialogpolitik mit Warschau die negativen Auswirkungen auf die Détente gering zu halten, braute sich an anderer Stelle ein entspannungspolitisches Gewitter zusammen. Ausgerechnet als General Jaruzelski am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht verhängte, weilte der Bundeskanzler auf einem deutsch-deutschen Gipfeltreffen mit Erich Honecker am Werbellinsee, um über die weitere Gestaltung der bilateralen Beziehungen zu verhandeln. Ursprünglich hätte dieses Treffen bereits im August 1980 stattfinden sollen, war aber wegen der Zuspitzung der internationalen Lage verschoben worden.¹⁸⁸

Seit Beginn der polnischen Krise war in Ost-Berlin die Sorge vor dem  bergreifen des „polnischen Bazillus“ auf die eigene Bevölkerung gewachsen. Honecker ließ deshalb die Grenzen zu Polen bereits im September 1980 weitgehend abriegeln, schaffte die Visumfreiheit für Besuche nach und aus Polen ab und bereitete die Truppen der NVA auf den Einmarsch ins sozialistischen Bruderland vor („Aktion Wintermarsch“).¹⁸⁹ Die Sorge der SED-Führung vor der Ansteckung der eigenen

¹⁸⁷ Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam vom 27.01.1982, Betr.: Ziele und Methoden der westlichen Polenpolitik, in: AAPD 1982, Dok. 33, S. 162–170, hier: S. 163. Dieselbe Argumentation findet sich in einem Namensartikel Genschers: „Von ihrem Ideal der Freiheit her und vom Ziel der Friedenssicherung in Europa her gesehen, können und dürfen die westlichen Demokratien zu der Unterdrückung der Freiheit in Mittel- und Osteuropa nicht schweigen, sie müssen auch hier Verwirklichung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts fordern. Aber sie müssen auf einen *evolutionären* Wandel des sowjetischen Herrschaftssystems hinwirken.“ Hans-Dietrich Genscher, Eine westliche Gesamtstrategie für Frieden, Freiheit, Fortschritt, in: Außenpolitik. German Foreign Affairs Review 33 (1982), S. 315–336, hier: S. 330. Hervorhebung im Original.

¹⁸⁸ Grundlegend zu dieser Phase der deutsch-deutschen Beziehungen vgl. Potthoff, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1969–1990, Berlin 1999, S. 173–201; ders., Bonn und Ost-Berlin; Nakath, Deutsch-deutsche Grundlagen; Oliver Bange, „Keeping Détente Alive“. Inner-German Relations under Helmut Schmidt and Erich Honecker, 1974–1982, in: Nuti, The Crisis of Détente in Europe, S. 230–243, und Klaus Schroeder, Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1999, S. 227–278.

¹⁸⁹ Vgl. Stach, „Solidarno  ? Nein, danke...“, S. 80f. Zur Politik der DDR in der Polenkrise insgesamt vgl. Reinhardt Gutsche, Nur ein Erfüllungsgehilfe? Die SED-Führung und die militärische Option zur Niederschlagung der Opposition in Polen in den Jahren 1980/81, in: Klaus Schroeder (Hrsg.), Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994, S. 166–179; Michael Kubina/Manfred Wilke, Das „Mosaiksteinchen“ Polen 1980/81. Verantwortungsgemeinschaften in Deutschland, in: Ebd., S. 149–165; Manfred Wilke/Reinhardt Gutsche/Michael Kubina, Die SED-Führung und die Unterdrückung der polnischen Oppositionsbewegung 1980/81, in: German Studies Review 17 (1994), S. 105–152; Wlodzimierz Borodziej/Jerzy Kochanowski, Der DDR-Staatssicherheitsdienst und ein befreundetes Nachbarland: Das Beispiel Volksrepublik Polen, in: Diess./Bernd Schäfer (Hrsg.), Grenzen der Freundschaft. Zur Kooperation der Sicherheitsorgane der DDR und der Volksrepublik Polen 1956 und 1989, Dresden 2000, S. 9–36, und Ludwig Mehlhorn, Zwangsverordnete Freundschaft? Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949–1990, in: Wolf-Dieter Eberwein/Basil Kerski (Hrsg.), Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949–2000. Eine Werte- und Interessengemeinschaft?, Opladen 2001, S. 61–73.

Bevölkerung mit dem polnischen „Virus der Freiheit“ war indes weitgehend unbegründet. Das Auswärtige Amt registrierte vielmehr einen „antipolnischen Affekt“ in Ostdeutschland. Alte Ressentiments vom „faulen Polen“ bestimmten das politische Klima, man befürchtete, dass letztlich die DDR für die schlechte polnische Wirtschaftslage würde aufkommen müssen. Streiks der *Solidarność* wurden als Arbeitsverweigerung abgelehnt. Von einer Solidarisierung der ostdeutschen Bevölkerung mit der Gewerkschaftsbewegung konnte daher keine Rede sein, vielmehr dominierte ein widersprüchliches Gemisch aus Apathie und Resignation, das sich auch aus den Negativerfahrungen von 1953 und 1961 speiste.¹⁹⁰

Dennoch löste die Vorstellung, Polen könne unter Umständen seinen Platz im Bündnisgefüge des Warschauer Paktes verlassen, bei der DDR-Führung inmitten der öffentlichen Debatte um den NATO-Doppelbeschluss gleichsam „Zangensyndrome“ aus.¹⁹¹ Fühlte sich Warschau durch die Möglichkeit einer militärischen Intervention bedroht, so fürchtete Ost-Berlin umgekehrt, dass diese unterbleiben könne. Ost-Berlin (und Prag) setzte sich deshalb innerhalb des Warschauer Paktes am vehementesten für den Einmarsch sowjetischer Truppen in Polen ein.¹⁹² Honecker konnte sich jedoch auf dem Treffen der Warschauer Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 nicht durchsetzen, Breschnew lehnte ein militärisches Eingreifen zu diesem Zeitpunkt ab.¹⁹³ Dennoch drängte Honecker das ganze Jahr 1981 weiter unermüdlich auf einen militärischen Einmarsch in Polen.¹⁹⁴

Wenige Tage bevor Schmidt im Dezember 1981 in die DDR reiste, war Honecker über die bevorstehende Ausrufung des Ausnahmezustands in Polen informiert worden und ließ daraufhin die Teilstreitkräfte und Grenztruppen der DDR in erhöhte Alarmbereitschaft versetzen, um im Zweifelsfalle mithilfe ostdeutscher Militärverbände selbst eingreifen zu können.¹⁹⁵ Am Morgen des 13. Dezember er-

¹⁹⁰ Vgl. Schreiben von Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt vom 04.09.1980, Betr.: Reaktionen in der DDR auf die Entwicklung in Polen sowie mögliche Auswirkungen auf die DDR, in: AAPD 1980, Dok. 259, S. 1352–1358, und Schreiben des Leiters der Unterabt. 21 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirigent Bräutigams, an Staatssekretär van Well vom 03.02.1981, Betr.: Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132909. Vgl. auch Konstantin Hermann, „Die Polen sind genial im Erfinden von Ausflüchten“, Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Polen und der DDR in der Zeit der Krise (1977–1982), in: Ders. (Hrsg.), Die DDR und die *Solidarność*. Ausgewählte Aspekte einer Beziehung, Dresden 2013, S. 39–64, und Daniel Logemann, Polenfeindlichkeit und Polenbegeisterung. Leipziger Reaktionen auf die *Solidarność*, in: Ebd., S. 65–79.

¹⁹¹ Vgl. Wilke/Gutsche/Kubina, Die SED-Führung und die Unterdrückung der polnischen Oppositionsbewegung 1980/81, S. 121.

¹⁹² Vgl. dazu und zum Folgenden Gutsche, Nur ein Erfüllungsgehilfe?, S. 166–179; ders./Kubina/Wilke, „Hart und kompromisslos durchgreifen!“, und Manfred Wilke u. a. (Hrsg.), SED-Politbüro und polnische Krise 1980–82. Aus den Protokollen des Politbüros des ZK der SED zu Polen, den innerdeutschen Beziehungen und der Wirtschaftskrise der DDR, Berlin 1993.

¹⁹³ Vgl. Kubina/Wilke, Das „Mosaiksteinchen“ Polen 1980/81, S. 152.

¹⁹⁴ Vgl. Gutsche, Nur ein Erfüllungsgehilfe?, S. 174–179.

¹⁹⁵ Vgl. Kubina/Wilke, Das „Mosaiksteinchen“ Polen 1980/81, S. 161, und Detlev Brunner, „...eine große Herzlichkeit“? Helmut Schmidt und Erich Honecker im Dezember 1981, in: Deutschland-Archiv 11/12 (2011), URL: <http://www.bpb.de/themen/OZ9PWX.html> (Stand: 13.11.2014).

hielten Honecker und Schmidt schließlich am Werbellinsee die offizielle Nachricht über die erfolgte Verhängung des Kriegsrechts durch General Jaruzelski. In einem Bericht an das Politbüro schilderte Honecker die unmittelbare Reaktion Schmidts: „Die jüngste Entwicklung in der VR Polen wurde von Schmidt im Grunde gelassen aufgenommen. Er erläuterte dazu, es müsse einmal Ordnung geschaffen werden; das sollten die Polen allein tun. Er hoffe auf eine friedliche Regelung.“¹⁹⁶ Schmidt bestritt ex post, sich solcherart geäußert zu haben und erklärte, die ihm in den Mund gelegten Worte seien frei erfunden.¹⁹⁷ In seinen Erinnerungen schilderte er seine Sicht der Dinge: Am frühen Morgen des 13. Dezember erfuhr die bundesdeutsche Delegation

„die erschreckende und bedrückende Nachricht von der Verhängung des Kriegsrechts in Polen. Honecker und ich sprachen beim Frühstück darüber, ehe ich zur Pressekonferenz mit westdeutschen Journalisten fuhr, die sich in großer Zahl in der Uckermark eingefunden hatten. Honecker war offensichtlich betroffen über die Nachricht, die zu diesem Zeitpunkt noch kurz und unvollständig war. Wahrscheinlich war er jedoch auch erleichtert, dass von einem Eingreifen sowjetischer Truppen keine Rede war. Dies bedeutete jedenfalls eine große Erleichterung für mich. Im Falle einer sowjetischen Intervention wäre Honecker zumindest gezwungen gewesen, diese öffentlich zu begrüßen – wenn nicht mehr.“¹⁹⁸

Diese Fehleinschätzung Schmidts über die Motive und Absichten Honeckers überrascht, bestand doch im Auswärtigen Amt kein Zweifel daran, dass der SED-Chef der entscheidende Antreiber innerhalb des Warschauer Paktes war, wenn es um die Frage einer militärischen Intervention ging. Doch Schmidt schien insgesamt der Überzeugung zu sein, dass Honecker im Rahmen seiner ideologischen und machtpolitischen Grenzen jemand war, der sich „ein Quentchen mitmenschlicher Solidarität“ und „ein gewisses Gefühl für die Nöte der Menschen bewahrt“¹⁹⁹ hatte.

In dieser schwierigen Situation entschied der Bundeskanzler, seinen Besuch nicht abubrechen, da dies womöglich eine weitere Eskalation der internationalen Lage, sicher aber einen tiefen Rückschlag in den so mühsam gepflegten deutsch-deutschen Beziehungen zur Folge gehabt hätte. Noch am 13. Dezember gab er eine gemeinsame Presseerklärung mit Honecker ab. Dabei kommentierte Schmidt die Verhängung des Kriegsrechts in Polen mit einer Formulierung, die in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung auslösen sollte: „Herr Honecker war genauso bestürzt wie ich, dass dies nun notwendig war.“²⁰⁰ Beide seien sich einig, dass „von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern immer nur Frieden ausgehen“²⁰¹ dürfe. Die Bundesregierung werde sich nach wie vor

¹⁹⁶ Zitiert nach Wilke/Kubina, *Das „Mosaiksteinchen“ Polen* 1980/81, S. 162.

¹⁹⁷ Über die Glaubwürdigkeit der SED-Akten entbrannte Anfang der 1990er Jahre ein heftiger Streit zwischen Manfred Wilke, Reinhardt Gutsche und Michael Kubina einerseits und Helmut Schmidt andererseits. Vgl. dazu Kubina/Wilke, *Das „Mosaiksteinchen“ Polen* 1980/81, S. 162–165.

¹⁹⁸ Schmidt, *Die Deutschen und ihre Nachbarn*, S. 73 f.

¹⁹⁹ Ebd., S. 40.

²⁰⁰ Ebd., S. 74.

²⁰¹ Nakath, *Deutsch-deutsche Grundlagen*, S. 269. Zum Wortlaut der Presseerklärung und des Gemeinsamen Kommuniqués vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), *Bulletin der Bundesregierung* Nr. 121 vom 15. 12. 1981, S. 1033–1035 und S. 1039–1041.

an den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Polens halten.²⁰² Aus Genschers Sicht war weniger die Tatsache problematisch, dass Schmidt den Besuch nicht abbrach, sondern welche Formulierung er gewählt hatte: „Da saß ich mit meiner Frau vor dem Fernseher und hörte diese Presseerklärung und dachte mir, oh, das war ein böser Schnitzer! Nicht sein Verhalten an sich, sondern seine Formulierung war angreifbar.“²⁰³

Die nun einsetzende innenpolitische Auseinandersetzung kreiste um die von Honecker und Schmidt postulierte deutsch-deutsche „Verantwortungsgemeinschaft“ für den Frieden.²⁰⁴ Konnte davon wirklich die Rede sein? Agierten die beiden deutschen Staaten im Bewusstsein der besonderen deutschen Schuld für den Zweiten Weltkrieg für eine friedliche Deeskalation der Lage in Polen? Zweifellos hatten Bonn und Ost-Berlin ein gemeinsames Interesse am Erhalt des Friedens in Europa, schließlich wäre neben Polen vor allem Deutschland zum Schlachtfeld eines nuklearen oder konventionellen Kräfteressens der Supermächte geworden. Auch bestand eine Gemeinsamkeit darin, dass beide auf Spitzendiplomatie als Mittel zur Herstellung einer entspannungsfreundlichen Atmosphäre setzten, wie Heinrich Potthoff konstatiert.²⁰⁵

Dennoch darf eine solche Sichtweise nicht vernachlässigen, dass hier – anders als in den Gesprächen zwischen Bonn und Warschau – weder ein gemeinsames Verantwortungsgefühl noch eine gemeinsame Bedrohungswahrnehmung vorhanden war. Denn, wie Oliver Bange treffend feststellte, Bonn und Ost-Berlin verstanden unter „Verantwortung“ jeweils etwas Anderes.²⁰⁶ Für die Bundesregierung bildeten nach wie vor der Einmarsch sowjetischer Truppen und eine mögliche kriegerische Eskalation die größte Gefahr für den Weltfrieden. Verhindert werden sollte ein polnischer Bürgerkrieg ebenso wie ein polnisch-sowjetischer Krieg oder gar eine militärische Auseinandersetzung zwischen NATO und Warschauer Pakt. Für die SED-Führung hingegen stellte die Solidarność-Bewegung die entscheidende, existenzielle Bedrohung dar, weshalb Honecker wiederholt auf eine sowjetische Invasion gedrängt hatte und auch nicht davor zurückschreckte, im Zweifelsfall unter dem Primat einer ideologisch und blockpolitisch verstandenen Sicherheitspolitik ostdeutsche Truppen in Polen einmarschieren zu lassen.²⁰⁷

Während Helmut Schmidt in den ersten Wochen nach der Ausrufung des Kriegsrechts vorrangig mit innenpolitischer Schadensbegrenzung beschäftigt war,

²⁰² Eine ausführliche zeitgenössische Berichterstattung zum deutsch-deutschen Gipfeltreffen und der Verhängung des Kriegsrechts in Polen findet sich in: *Süddeutsche Zeitung* vom 14. 12. 1981, S. 1–3 und S. 6–9.

²⁰³ Interview der Autorin mit Hans-Dietrich Genscher am 26. 06. 2012 in München.

²⁰⁴ Vgl. Bange, „Keeping Détente Alive“, S. 230. Zur Kritik der Opposition und Presse an Bundeskanzler Schmidt vgl. auch Schmidt, *Die Deutschen und ihre Nachbarn*, S. 73–80.

²⁰⁵ Vgl. Potthoff, Bonn und Ost-Berlin, hier v.a. S. 80–86, und Marianne Howarth, *Die Westpolitik der DDR zwischen internationaler Aufwertung und ideologischer Offensive (1966–1989)*, in: Ulrich Pfeil (Hrsg.), *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*, Berlin 2001, S. 81–98.

²⁰⁶ Vgl. Bange, „Keeping Détente Alive“, S. 230–243, und Burkhard Olschowski, *Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen 1980–1989*, Osnabrück 2005, S. 155–163.

²⁰⁷ Vgl. Gutsche, *Nur ein Erfüllungsgehilfe?*, S. 166–179.

übernahm Genscher das entspannungspolitische Krisenmanagement der Bundesregierung. Auch in den folgenden Monaten sah die polnische Regierung in ihm ihren prominentesten westlichen Fürsprecher. Wiederholt baten Außenminister Czyrek beziehungsweise seine Diplomaten darum, Bonn möge sich für eine Rücknahme der Sanktionen einsetzen. Durch sie werde die Krise verschärft und Polen sei auf die wirtschaftliche Unterstützung des Westens angewiesen.²⁰⁸ Schließlich wandte sich Rakowski in einem persönlichen Schreiben an den Bundeskanzler, um zu erklären, warum der Ausnahmezustand weiter aufrechterhalten werde. Es sei wohl nicht jedem westlichen Politiker klar, dass die in Polen vollzogene Wirtschaftsreform ein revolutionärer Vorgang sei. Um ihr zum Erfolg zu verhelfen, seien Ruhe und Ordnung notwendig, die nur durch das Kriegsrecht gewährleistet werden könnten. Der permanente Druck des Westens führe daher nicht zum Ziel, sondern sei kontraproduktiv, denn „niemand begeht Selbstmord jemandes Wünschen nach“.²⁰⁹ Schmidt antwortete daraufhin wenig verständnisvoll, für eine wirtschaftliche Konsolidierung brauche man kein Kriegsrecht, schließlich habe auch der Westen seine ökonomischen Krisen ohne die Verhängung eines Ausnahmezustands gelöst.²¹⁰

Die Tonlage in den deutsch-polnischen Gesprächen, in die sich zunehmend auch der Kanzler einmischte, wurde ab Mitte des Jahres 1982 zunehmend rauer, weil keine Besserung der Lage in Sicht war, im Gegenteil. Die Einschätzungen der bundesdeutschen Botschaft in Warschau wurden immer pessimistischer und die für Mai geplanten Konsultationen mussten wegen neuerlicher Unruhen verschoben werden. Um dem Westen das so oft geforderte „politische Signal“ zu geben, kündigte Jaruzelski an, anlässlich des Nationalfeiertags am 22. Juli das Kriegsrecht in ein Notstandsgesetz umzuwandeln.²¹¹ Die geweckten Hoffnungen erfüllten sich allerdings nicht, vielmehr war die polnische Bevölkerung von der Dimension

²⁰⁸ Vgl. beispielsweise Fernschreiben Nr. 1474 des Ministerialdirektors van Well, New York, an das Auswärtige Amt vom 16.06.1982, Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit Außenminister Czyrek am 14.06.1982, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132913, und Vermerk des Ref. 214 des Auswärtigen Amts vom 26.08.1982, Betr.: Gespräch mit dem polnischen Geschäftsträger Wojtkowski, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132914.

²⁰⁹ Schreiben des Bundeskanzleramts, Zeller, an den Leiter des Büros Staatssekretäre des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg, vom 15.06.1982, Betr.: Schreiben des polnischen stv. Ministerpräsidenten Rakowski, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132913. Zur Wirtschaftspolitik der Regierung Jaruzelski vgl. auch Peter von der Lippe, Die Wirtschaftspolitik der Regierung Jaruzelski 1982–1984, in: Dieter Bingen (Hrsg.), Polen 1980–1984. Dauerkrise oder Stabilisierung?, Baden-Baden 2005, S. 265–310, und Dieter Bingen, Polen 1982–1984: Verschärfung der Krise oder Stabilisierung?, in: Ders., Polen 1980–1984. Dauerkrise oder Stabilisierung?, S. 345–395.

²¹⁰ Fernschreiben Nr. 1474 des Ministerialdirektors van Well, z.Zt. New York (UNO), an das Auswärtige Amt vom 16.06.1982, Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit dem polnischen Außenminister Czyrek am 14.06.1982, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132913.

²¹¹ Vgl. Schreiben des Leiters des Ref. 214 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil, an Staatssekretär von Staden vom 01.07.1982, Betr.: Deutsch-polnische Konsultationen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132913.

der angekündigten Amnestie enttäuscht: 913 Internierte wurden entlassen und 314 Internierten hatte man „Urlaub gegeben“.²¹² Am 31. August, dem Jahrestag des Danziger Abkommens, kam es daher erneut zu Protesten. Bei der größten illegalen Demonstration der Geschichte Volkspolens gingen fast 120 000 Menschen auf die Straße. Etwa 5000 davon wurden verhaftet, fünf Teilnehmer kamen ums Leben.²¹³

In der NATO wurde die Entwicklung im Sommer 1982 entlang der bereits bestehenden Konfliktlinien unterschiedlich beurteilt. Das Auswärtige Amt war mit den Maßnahmen des Jaruzelski-Regimes vom 22. Juli zwar nicht zufrieden, sah darin jedoch ein „halbes Signal“ für die Reformbereitschaft Warschaus. Nun gelte es, von Seiten des Westens Anreize zu geben, damit Jaruzelski endgültig auf den Weg der Erneuerung zurückkehre.²¹⁴ Die gemeinsame Erklärung der NATO, die weiter die Aufhebung des Kriegsrechts, die Freilassung aller Internierten und die Wiederaufnahme des innerpolnischen Dialogs forderte, ergänzte der deutsche Regierungssprecher deshalb um den Hinweis, die Bundesregierung begrüße die getroffenen Maßnahmen, die „einen Schritt in die richtige Richtung“²¹⁵ darstellten. Ohne die drei westlichen Forderungen aufzugeben, müssten die Umschuldungsverhandlungen aus wirtschaftlichen und politischen Gründen wieder aufgenommen werden, so das Auswärtige Amt.²¹⁶ Unterstützt wurde Bonn bei seinem Plädoyer für eine Strategie aus Druck und Anreizen wiederum von Großbritannien.²¹⁷

²¹² Kühn, *Das Jahrzehnt der Solidarność*, S. 313.

²¹³ Vgl. Borodziej, *Geschichte Polens*, S. 370. Die Zahlenangaben variieren geringfügig. Vgl. dazu auch Kühn, *Das Jahrzehnt der Solidarność*, S. 313 f., und Andrzej Paczkowski, *Polen, der „Erbfeind“*, in: Courtois u. a., *Das Schwarzbuch des Kommunismus*, S. 427.

²¹⁴ Vgl. Fernschreiben Nr. 1356 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 21. 07. 1982, Betr.: Sjem-Sitzung vom 21. 07. 1982, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132914; Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Fournes, an Staatssekretär von Staden vom 21. 07. 1982, Betr.: Polen, hier: Rede von Ministerpräsident Jaruzelski vor dem Sjem am 21. 07. 1982, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132914; Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Fournes, an Staatssekretär von Staden und Bundesminister Genscher vom 22. 07. 1982, Betr.: Bewertung der Rede des Ministerpräsidenten Jaruzelski am 21. 07. 1982 und unsere Haltung bei weiterer Abstimmung mit Verbündeten, in: Ebd., und Aufzeichnung des Ref. 214 des Auswärtigen Amts vom 26. 08. 1982, Betr.: Polen, hier: Konsultationen mit Polen, in: Ebd.

²¹⁵ Runderlass des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Fournes, vom 21. 07. 1982, Betr.: Rede Jaruzelskis am 21. 07. 1982, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132914. Vgl. dazu außerdem *Télégramme de Bonn à Paris le 12 octobre 1982, Objet: Texte intégral de la Déclaration à la presse de M. Genscher au sujet de la dissolution de „Solidarité“*, in: AMAE, *Direction d'Europe, sous-série Pologne*, 1930INVA/5427.

²¹⁶ Vgl. Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Fournes, an Bundesminister Genscher vom 22. 07. 1982, Betr.: Bewertung der Rede des Ministerpräsidenten Jaruzelski vom 21. 07. 1982 und unsere Haltung bei weiterer Abstimmung mit Verbündeten, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132914.

²¹⁷ Vgl. Fernschreiben Nr. 3152 aus Kopenhagen (COREU) an das Auswärtige Amt vom 18. 08. 1982, Betr.: Poland, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132914; Fernschreiben Nr. 1506 der deutschen Botschaft in London, Ruhfus, an das Auswärtige Amt vom 06. 09. 1982, Betr.: Lage in Polen, hier: Einschätzung des FCO, in: Ebd., und Note du Ministère des relations extérieures le 27 octobre 1982, Objet: Le Royaume Uni et la Pologne, in: AD, *Direction d'Europe, sous-série Pologne*, 1930INVA/5419.

Als Jaruzelski am 9. Oktober das neue Gewerkschaftsgesetz verkündete, das de facto ein Verbot der Solidarność nach sich zog, lief das Fass der mühsam unterdrückten Streitigkeiten zwischen den NATO-Partnern endgültig über. US-Präsident Reagan erklärte bereits am nächsten Tag – ohne Konsultation der Bündnispartner –, Amerika werde härtere Maßnahmen gegen Polen ergreifen.²¹⁸ Konkret betraf dies die Aufhebung der sogenannten Meistbegünstigungsklausel, die der Sowjetunion von den EG-Staaten eingeräumt worden war.²¹⁹ Damit eröffneten die USA neben der Debatte um energiepolitische Sanktionen (Erdgas-Röhren-Geschäft) ein weiteres allianzinternes Konfliktfeld.

Wieder war es London, das sich um eine gemeinsame Haltung der NATO bemühte. Am 20. Oktober tagte der Nordatlantikrat auf britische Initiative, um sich über die künftige Politik gegenüber Polen auszutauschen.²²⁰ Ziel des Westens müsse weiterhin sein, so das FCO, eine sowjetische Intervention zu verhindern, Jaruzelski eine Rückkehr zum Reformkurs nicht zu verbauen, nichts zu unternehmen, was eine Rückzahlung der polnischen Schulden an den Westen erschweren könne, und das „polnische Fenster“²²¹ Richtung Westen offenzuhalten. Aus diesem Grund plädierte London für eine Anpassung der bisherigen westlichen Strategie, die sich als zunehmend unrealistisch erweise.²²² Die Verbündeten müssten eine Evolution im kommunistischen Polen anvisieren, nicht aber eine Revolution.²²³ Dem pflichtete das Auswärtige Amt bei und erklärte seine Bereitschaft, die im Januar aufgestellten Forderungen nach Aufhebung des Kriegsrechts, Freilassung der Gefangenen und Internierten und der Rückkehr zum Dialog zu über-

²¹⁸ Vgl. Rundfunkansprache Reagans vom 09. 10. 1982, in: Archiv der Gegenwart (1982), S. 26037f.

²¹⁹ Die Meistbegünstigungsklausel ist ein in zwischenstaatlichen Handelsverträgen genutztes Instrument, mit welchem dem Vertragspartner die gleichen Bedingungen eingeräumt werden wie dem meistbegünstigten Land. Damit verbunden waren vor allem Zollvorteile für sowjetische Importe in die EG. Die USA forderten nun von ihren europäischen Verbündeten die Suspendierung dieser Meistbegünstigungsklausel, was von den Europäern abgelehnt wurde. Vgl. Fernschreiben Nr. 1808 des deutschen Botschafters bei der NATO in Brüssel, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 12. 10. 1982, Betr.: Polen, hier: westliches Verhalten gegenüber dem Verbot der Solidarität, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132915, und Fernschreiben Nr. 1832 des deutschen Botschafters bei der NATO in Brüssel, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 13. 10. 1982, Betr.: Polen, hier: weitere Allianzberatungen zum westlichen Verhalten, in: Ebd.

²²⁰ Vgl. Note du Ministère des affaires étrangères le 25 octobre 1982, Objet: Réunion du Conseil de l'Alliance Atlantique consacrée à la Pologne le 20. 10. 1982, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5426.

²²¹ Ebd.

²²² Vgl. Fernschreiben Nr. 1712 des deutschen Botschafters in London, Ruhfus, an das Auswärtige Amt vom 13. 10. 1982, Betr.: Polen, hier: britische Beurteilung, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132915; Télégramme du Londres à Paris le 15 octobre 1982, Objet: La Grand-Bretagne et la situation en Pologne, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5427, und Note du Ministère des relations extérieures le 27 octobre 1982, Objet: Le Royaume-Uni et la Pologne, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5419.

²²³ Vgl. zum Folgenden Note du Ministère des affaires étrangères le 25 octobre 1982, Objet: Réunion du Conseil de l'Alliance Atlantique consacrée à la Pologne le 20 octobre 1982, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5426.

denken. Geradezu entsetzt reagierte das State Department auf diese Vorschläge. Eine Abkehr von den bisherigen Forderungen sei absolut inakzeptabel, die Erklärung vom 11. Januar müsse das Herzstück westlicher Polenpolitik bleiben.

Auf dem Treffen der EPZ am 3. und 4. November schloss sich schließlich auch Paris den deutsch-britischen Überlegungen an, im Rahmen der Zehn „mit größter Diskretion“²²⁴ über eine Flexibilisierung der westlichen Haltung zu diskutieren, ohne dass vollständig von den drei Forderungen Abstand genommen werden sollte.²²⁵ Die von Jaruzelski angekündigte Suspendierung des Kriegsrechts zum 31. Dezember 1982 wurde von den Westeuropäern denn auch in einer gemeinsamen Erklärung als positives Signal gewürdigt,²²⁶ auch wenn das Auswärtige Amt seine Enttäuschung über diesen „halben Schritt“ und die Sackgasse, in die die westliche Polenpolitik de facto geraten war, nur schwer verbergen konnte.²²⁷

Obwohl sich Genscher, unterstützt von Großbritannien und Frankreich, weiter für Gespräche mit Warschau einsetzte,²²⁸ war der deutsch-polnische Handlungsspielraum im Verlauf des Jahres 1982 zunehmend enger geworden. Je länger das Kriegsrecht andauerte und eine Verbesserung der Lage nicht in Sicht war, umso stärker griffen die Zwänge des Systemkonflikts. Die sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West hatten eine Dynamik gewonnen, dem eine deutsch-polnische Interessengemeinschaft kaum mehr etwas entgegenzusetzen hatte. Die Chancen, die Nachrüstung der NATO mit nuklearen Mittelstreckenwaffen durch eine rüstungskontrollpolitische Vereinbarung der Supermächte zu umgehen, verringerten sich zusehends. Aus eigenen sicherheitspolitischen Überlegungen, vor allem aber, um das bis zum Zerreißen gespannte Verhältnis zu Moskau nicht zusätzlich zu belasten, passte sich Warschau der sowjetischen Strategie an. Es begann, die Interessenunterschiede zwischen Westeuropäern und

²²⁴ Fiche du Ministère des relations extérieures le 24 novembre 1982, Objet: La Pologne, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5419.

²²⁵ Vgl. auch Note du Ministère des relations extérieures le 8 novembre 1982, Objet: Compte-rendu: Groupe de travail de l'Est de la coopération politique européenne (Copenhague 3 et 4 novembre 1982), in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5419; Télégramme à Paris (COREU) le 9 novembre 1982, Objet: Eastern European Working Group meeting 3–4.11.1982, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5428, und Fiche du Ministère des relations extérieures le 24 novembre 1982, Objet: La Pologne, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5419.

²²⁶ Vgl. Note du Ministère des relations extérieures le 10 décembre 1982, Objet: Conseil Affaires Générales des 13 et 14 décembre des Dix sur la Pologne, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5428, und Fiche du Ministère des relations extérieures le 24 novembre 1982, Objet: La Pologne, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5428. Zum Wortlaut der Erklärung Jaruzelskis vgl. Archiv der Gegenwart (1982), S. 26237f.

²²⁷ Vgl. Aufzeichnung des Ref. 214 des Auswärtigen Amts vom 13. 12. 1982, Betr.: Lage in und um Polen (Nr. 106), in: BArch, B 136/16677.

²²⁸ Vgl. beispielsweise Aufzeichnung des Ref. 214 des Auswärtigen Amts vom 26. 08. 1982, Betr.: Polen, hier: Konsultationen mit Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132914, und Drahterlass Nr. 189 des Auswärtigen Amts vom 07. 09. 1982, Betr.: Polen nach den Ereignissen des 31. 08. 1982, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132914.

Amerikanern hervorzuheben und die vom Kreml protegierten Friedensbewegungen zu unterstützen, um den Stationierungsbeschluss der NATO doch noch zu verhindern.²²⁹

So hatte sich auch die bis dahin so auffällig freundschaftliche Atmosphäre zwischen Bonn und Warschau verschlechtert. Mit dem sich abzeichnenden Verfall der sozial-liberalen Koalition wuchs in Warschau die Sorge vor einer Regierungsübernahme durch die Union, die nach wie vor die Oder-Neiße-Linie nicht anerkannte und damit das vitale Sicherheitsbedürfnis Polens ignorierte. Das verhältnismäßig positive Deutschlandbild wurde abgelöst durch propagandistische Parolen vom deutschen Revanchismus. Der „Konfrontationskurs des Imperialismus“ beschwöre mehr denn je die Gefahr eines neuen Krieges herauf, so General Jaruzelski in seiner Sjem-Rede vom 9. Oktober 1982.²³⁰ Explizit warnte er Bonn vor „kriegslüsternten Erklärungen“ und „germanischen Gebietsansprüchen“.²³¹ Geradezu reflexartig wurden alte Feindbilder und die im kollektiven Gedächtnis der Polen verankerte „Angst vor den Deutschen“ („German syndrom“)²³² reaktiviert.

Selektive Gesprächsdiplomatie unter „realistischen“ Vorzeichen: Genscher, Solidarność und katholische Kirche

Neben der Warschauer Regierung und der Solidarność als ihrem Kontrapart entwickelte sich die katholische Kirche zum wichtigsten innerpolnischen Akteur in der Krise der achtziger Jahre. In keinem anderen europäischen Land war die Kirche auf vergleichbar enge Weise mit den Begriffen „Nation“ und „Freiheit“ verbunden.²³³ In der Zeit der polnischen Teilungen hatte sie mit der Verteidigung des katholischen Glaubens zugleich dem nationalen Überleben gedient, indem sie die polnische Sprache und Tradition gegen Russifizierungs- und Germanisierungsbestrebungen verteidigte. Sie bildete die Klammer des geteilten Landes und wurde zum Symbol für den Kampf gegen Unterdrückung und Unfreiheit. Diese Rolle hatte der polnische Klerus abermals im Zweiten Weltkrieg unterstrichen, als sich zahlreiche Geistliche dem Widerstand gegen die deutschen Besatzer anschlossen.

²²⁹ Vgl. Wettig, Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss, S. 217–259.

²³⁰ Fernschreiben Nr. 1807 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 09.10.1982, Betr.: Rede Jaruzelskis im Sjem am 09.10.1982, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132915, S. 3.

²³¹ Fernschreiben Nr. 103 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 21.01.1983, Betr.: Deutsch-polnische Beziehungen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 133222.

²³² Schreiben des Leiters des Ref. 214 des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil, an Staatssekretär von Staden vom 25.01.1983, Betr.: Stand der deutsch-polnischen Beziehungen vor und nach dem 13. 12. 1981, in: PA-AA, B 41, Ref. 213 (Zwischenarchiv), Bd. 133222.

²³³ Zur Rolle der katholischen Kirche in der Geschichte Polens vgl. Theo Mechtenberg, Polens katholische Kirche zwischen Tradition und Moderne, Dresden 2011, und Zbigniew Waleszczuk, Zwischen Kommunismus und Demokratie. Das Verhältnis von Kirche und Staat in Polen, Bayreuth 2004.

Die Eingliederung des Landes in den kommunistischen Ostblock nach 1945 musste angesichts der Unvereinbarkeit der marxistisch-leninistischen Ideologie mit den Wertvorstellungen des Katholizismus zwangsläufig zu neuen Konflikten zwischen Staat und Kirche führen.²³⁴ In der stalinistischen Epoche hatte die Kirche daher mit erheblichen Repressionen zu kämpfen, die 1953 in der Verhaftung des polnischen Primas, Kardinal Wyszyński, gipfelten. Anders als von der Partei intendiert, führte die Verfolgung des Klerus jedoch nicht zu einem Bedeutungsverlust des katholischen Glaubens in der Bevölkerung, im Gegenteil: Der Widerstand gegen das Regime, seine Kultur- und Religionspolitik wuchs. Bezeichnenderweise begannen 1956 die Massenstreiks in Posen gegen die politischen und sozialen Zustände im Land während einer Messe und veranlassten die Regierung zu einem grundlegenden Strategiewechsel. Statt die Kirche weiterhin zu unterdrücken, sah sich die kommunistische Führung auf ihre Unterstützung angewiesen, um den eigenen Machterhalt zu sichern, und bemühte sich um eine Normalisierung der Beziehungen. Der neue Parteichef Edward Gierek zollte Wyszyński ausdrücklich Anerkennung, als dieser in den Unruhen des Jahres 1970 erneut zur Beruhigung der Lage beitrug.

In diese Phase der vorsichtigen gegenseitigen Annäherung platzte am 16. Oktober 1978 die unerwartete Nachricht, dass das Konklave in Rom den Krakauer Erzbischof Karol Wojtyła zum neuen Papst gewählt hatte.²³⁵ Diese Sensation löste in der polnischen Bevölkerung quer durch alle sozialen Schichten eine Welle der Begeisterung aus und bildete den Anfang einer neuen Ära für Polens Kirche und Nation. Bereits bei seiner Amtseinführung fand Johannes Paul II. wegweisende Worte: „Habt keine Angst! Öffnet, ja reißt die Tore weit auf für Christus! Seine rettende Macht öffnet die Grenzen der Staaten, die wirtschaftlichen und die politischen Systeme, die weiten Bereiche der Kultur, der Zivilisation und des Fortschritts.“²³⁶

Die erste Reise Johannes Paul II. in sein Heimatland im Juni 1979 demonstrierte eindrucksvoll die Wiederbelebung des polnischen Nationalstolzes, des gesellschaftlichen Zusammengehörigkeitsgefühls und Selbstbewusstseins im Zeichen des Katholizismus. Mehrere hunderttausend Menschen besuchten die zahlreichen Gottesdienste unter freiem Himmel, die der Papst unter anderem auch im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz hielt. Hauptbotschaft der päpstlichen Ansprachen waren das unzerstörbare Band zwischen der römisch-katholischen Kirche und der polnischen Nation, die Forderung nach Respektierung der Menschen-

²³⁴ Zum Folgenden vgl. Waleszczuk, *Zwischen Kommunismus und Demokratie*, S. 33–82; Mechtenberg, *Polens katholische Kirche zwischen Tradition und Moderne*, S. 65–75; Jan Siedlarz, *Kirche und Staat im kommunistischen Polen 1945–1989*, Paderborn u. a. 1996, S. 33–190, und Karl-Joseph Hummel (Hrsg.), *Vatikanische Ostpolitik unter Johannes XXIII. und Paul VI., 1958–1978*, Paderborn u. a. 1999.

²³⁵ Zur Bedeutung der Papstwahl für die katholische Kirche in Polen vgl. Mechtenberg, *Polens katholische Kirche zwischen Tradition und Moderne*, S. 77–82, und Karl Hartmann, *Polen nach dem Papstbesuch*, in: *Osteuropa* 30/3 (1980), S. 245–260.

²³⁶ Predigt Johannes Paul II. bei der offiziellen Amtseinführung auf dem Petersplatz in Rom am 22. 10. 1978, in: Heinz-Joachim Fischer, *Die Jahre mit Johannes Paul II. Rechenschaft über ein politisches Pontifikat*, Freiburg/Basel/Wien 1998, S. 17.

und Freiheitsrechte sowie die Stärkung der geistigen Einheit Europas auf der Grundlage christlicher Werte.²³⁷ Für Gierek war dieses politische Sendungsbewusstsein des Pontifikats nicht nur ein Ärgernis, sondern eine ernstzunehmende Herausforderung mit unvorhersehbaren Konsequenzen für das kommunistische System Polens.

Als im Sommer 1980 in Danzig und Stettin Massenstreiks ausbrachen, vermied der Episkopat zunächst eine eindeutige Parteinahme.²³⁸ Am 17. August setzte sich Kardinal Wyszyński erstmals für das Recht auf Redefreiheit ein, betonte aber gleichzeitig, dass für Ruhe und Ausgleich im Lande Arbeit und Sparsamkeit vonnöten seien. Angesichts der drohenden Konfrontation zwischen Arbeitern und Regierung bot der Primas mit Unterstützung des Papstes dem Politbüro der PVAP an, unter seiner Leitung eine Vermittlungskommission einzusetzen, um die festgefahrenen Danziger Verhandlungen aus der Sackgasse zu führen – ein Vorschlag, dem die Parteiführung schließlich zustimmte.²³⁹ Damit hatte sich die Kirche selbst die Funktion eines Mittlers zwischen Staatsmacht und Arbeiterschaft zugeschrieben.

Aufgrund dieses neuen Machtdreiecks in Polen suchte das Auswärtige Amt schon früh den Kontakt mit dem Klerus. Am 28. August 1980 bat der bundesdeutsche Botschafter beim Vatikan, Walter Gehlhoff, den Außenminister des Papstes,²⁴⁰ Achille Silvestrini, um seine Einschätzung der Lage.²⁴¹ Silvestrini erklärte, der Heilige Stuhl teile die Ansicht der Bundesregierung, dass die Gefahr einer sowjetischen Intervention bestünde, mit all ihren unabsehbaren Folgen für Europa und die Welt. Wie Genscher war er deshalb der Meinung, dass die Verhinderung eines Truppeneinmarsches und einer gewaltsamen Eskalation Priorität haben müsse, und äußerte sein Interesse an weiterem intensiven Meinungs- und Informationsaustausch mit dem Auswärtigen Amt. In den folgenden Monaten suchte Bonn nachdrücklich den Dialog mit kirchlichen Würdenträgern. Neben dem Vatikan diente Kardinal Wyszyński, der in einem engen Vertrauensverhältnis zum Papst stand, dem Auswärtigen Amt als wichtige Informationsquelle für die Einschätzung der Lage vor Ort. Im Frühjahr 1981 telegraphierte Gehlhoff an das Auswä-

²³⁷ Vgl. Siedlarz, Kirche und Staat im kommunistischen Polen, S. 177–186, und Hartmann, Polen nach dem Papstbesuch, S. 245–260.

²³⁸ Zur Haltung der Kirche gegenüber der Solidarność-Bewegung vgl. Aleksander Szumilas, Die Rolle der katholischen Kirche im polnischen Reformprozess, Stuttgart 2010; Andrzej Micewski/Wolfgang Grycz, Kirche, „Solidarność“ und Kriegszustand in Polen, Mainz 1988; Siedlarz, Kirche und Staat im kommunistischen Polen, S. 226–232; Berenika Szymanski, Theatraler Protest und der Weg Polens zu 1989. Zum Aushandeln von Öffentlichkeit im Jahrzehnt der Solidarność, Bielefeld 2012, S. 103–208; Mechtenberg, Polens katholische Kirche zwischen Tradition und Moderne, S. 83–104, und Waleszczuk, Zwischen Kommunismus und Demokratie, S. 98–129. Vgl. zum Folgenden Bingen, Die polnische Kirche, der Papst und die polnische Krise, Köln 1982, S. 15–20.

²³⁹ Vgl. Siedlarz, Kirche und Staat im kommunistischen Polen, S. 230 f.

²⁴⁰ Die offizielle Amtsbezeichnung Silvestris lautete „Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche beim Staatssekretariat des Heiligen Stuhls (zuständig für Auswärtige Angelegenheiten)“.

²⁴¹ Vgl. Schreiben des deutschen Botschafters in Rom (Vatikan), Walter Gehlhoff, an das Auswärtige Amt vom 28.08.1980, Betr.: Die Streiks in Polen, hier: Beurteilung durch den Heiligen Stuhl, in: AAPD 1980, Dok. 249, S. 1306–1309, hier: S. 1308 f.

tige Amt, dass Wałęsa fast ständig zwei Berater der polnischen Geistlichkeit in seiner Nähe habe und bisher weitgehend den Ratschlägen Wyszyńskis zur Mäßigung gefolgt sei.²⁴² Letzterer habe darüber hinaus aufgrund seiner jahrelangen Erfahrung großes Vertrauen in Parteichef Kania, der als polnischer Patriot „die Sowjets ganz bestimmt nicht ins Land rufen“²⁴³ werde. Gleichwohl versuchte der Vatikan das Auswärtige Amt davon zu überzeugen, „dass der politische Entwicklungsprozess in Polen (im Sinne größerer Unabhängigkeit und von mehr Demokratie im Innern) mühsam sei und nur mit Behutsamkeit vorangetrieben werden könne“.²⁴⁴ Der Vatikan warb in Bonn für eine besonnene Haltung der westlichen Verbündeten, während das Auswärtige Amt seinerseits darum bat, die mäßigenden Kräfte der *Solidarność* um Lech Wałęsa zu stärken.

Allerdings schien die stabilisierende Wirkung der katholischen Kirche in Polen durch zwei Entwicklungen gefährdet.²⁴⁵ Am 13. Mai 1981 wurde in Rom ein Attentat auf den Papst verübt, bei dem er lebensgefährlich verletzt wurde. Der Anschlag löste eine spontane und einmütige Reaktion des Entsetzens in der polnischen Bevölkerung aus. War die Wahl Wojtyłas 1979 mit Begeisterung gefeiert worden, machte sich nun Resignation und Niedergeschlagenheit breit. Zwei Wochen später starb Primas Wyszyński, der die Geschicke der katholischen Kirche Polens seit 1948 geleitet und wegen seines Einsatzes für den polnischen Widerstand im Zweiten Weltkrieg und seine Verfolgung durch das kommunistische Regime in den fünfziger Jahren schon zu Lebzeiten zu einem Mythos geworden war. Der Vatikan hatte Gehlhoff bereits am 30. April 1981 vertraulich mitgeteilt, dass Kardinal Wyszyński schwer an Krebs erkrankt sei und keine Aussicht auf Heilung bestehe. Nach dem Urteil der Ärzte sei nur noch mit einer kurzen Lebensdauer zu rechnen.²⁴⁶ Das Auswärtige Amt befürchtete durch den Tod Wyszyńskis eine Schwächung derjenigen Kräfte, „die bisher die prekäre Ordnung aufrecht erhalten“²⁴⁷ hatten. Sein Nachfolger, Erzbischof Józef Glemp, verfügte weder über einen

²⁴² Vgl. Schreiben des deutschen Botschafters in Rom (Vatikan), Walter Gehlhoff, an das Auswärtige Amt vom 03.04.1981, Betr.: Haltung von Papst Johannes Paul II. zur Lage in Polen, in: AAPD 1981, Dok. 98, S. 543f., hier: S. 544. Dies deckte sich mit entsprechenden Informationen aus einem persönlichen Gespräch von Staatssekretär van Well mit Primas Wyszyński. Vgl. dazu Aufzeichnung des Leiters der Unterabt. 21 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirigent Bräutigam, vom 14.04.1981, Betr.: Lage in Polen, in: AAPD 1981, Dok. 108, S. 592–594. Vgl. dazu auch Micewski/Grycz, Kirche, „*Solidarność*“ und Kriegszustand in Polen, S. 72–80.

²⁴³ Aufzeichnung des Leiters der Unterabt. 21 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirigent Bräutigam, vom 14.04.1981, Betr.: Lage in Polen, in: AAPD 1981, Dok. 108, S. 592–594, hier: S. 593.

²⁴⁴ Schreiben des deutschen Botschafters in Rom (Vatikan), Walter Gehlhoff, an das Auswärtige Amt vom 03.04.1981, Betr.: Haltung von Papst Johannes Paul II. zur Lage in Polen, in: AAPD 1981, Dok. 98, S. 543f., hier: S. 544.

²⁴⁵ Vgl. zum Folgenden Siedlarz, Kirche und Staat im kommunistischen Polen, S. 246–251, und Bingen, Die polnische Kirche, der Papst und die polnische Krise, S. 27–30.

²⁴⁶ Vgl. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich) und Haig (USA) in Rom am 03.05.1981, in: AAPD 1981, Dok. 125, S. 694–707, Anm. 4.

²⁴⁷ Schreiben des deutschen Botschafters in Paris, Herbst, an Bundesminister Genscher vom 25.05.1981, Betr.: Besuch des Bundeskanzlers im Élysée am 23./24.05.1981, in: AAPD 1981, Dok. 154, S. 858–862, hier: S. 859.

vergleichbaren politischen Einfluss noch genoss er ein ähnlich hohes moralisches Ansehen in der Bevölkerung und war daher nolens volens zum Epigonentum verdammt.²⁴⁸ Hinzu kam, wie Genscher anmerkte, dass Glemps Vater in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager hingerichtet worden war, weshalb der neue Primas „verständlicherweise nicht sehr deutschfreundlich“²⁴⁹ sei. Seine Beziehungen zur Bundesrepublik trugen die Last der Vergangenheit und ließen eine tief verankerte Skepsis gegenüber jedweden Einmischungsversuchen der Bundesregierung in die inneren Angelegenheiten Polens erwarten.

Die Gespräche zwischen Auswärtigem Amt, Episkopat und Vatikan wurden indes auch weitergeführt, nachdem Jaruzelski im Dezember schließlich das Kriegsrecht über Polen verhängt hatte. In Absprache mit dem Primas forderte der Heilige Stuhl die Beendigung des Ausnahmezustands, die Freilassung der Internierten und die Wiedenzulassung der Tätigkeit der Gewerkschaft *Solidarność*.²⁵⁰ Johannes Paul II. selbst appellierte in einem persönlichen Brief an Jaruzelski, Blutvergießen zu vermeiden und das Kriegsrecht baldmöglichst aufzuheben.²⁵¹ Am 10. Januar 1982 verbreitete schließlich Radio Vatikan eine Stellungnahme des Papstes:

„Die Bevölkerung der ganzen Welt, insbesondere die Nationen Europas und Amerikas, zeigen sich weiterhin über die Lage beunruhigt, die in Polen im Zusammenhang mit der Einführung des Kriegsrechts entstanden ist. Ein solcher Zustand bringt die Verletzung grundlegender Rechte des Menschen und der Nation mit sich. [...] Das Prinzip der Achtung vor dem Gewissen ist ein grundlegendes Menschenrecht, das in Verfassungen und internationalen Abkommen garantiert ist. Ich erhebe meine Stimme zu Gott zusammen mit allen Menschen guten Willens, auf dass dieses Recht in voller Verantwortung respektiert werde!“²⁵²

Johannes Paul II. stellte in seiner Ansprache dezidiert politische Forderungen und erklärte sich öffentlich solidarisch mit der Haltung der westlichen Staaten. Ausdrücklich würdigte der Vatikan in Gesprächen mit dem Auswärtigen Amt außerdem die bisherigen Lebensmittellieferungen der Europäischen Gemeinschaft. Allerdings, so Kardinalssekretär Casaroli gegenüber Botschafter Gehlhoff, müsse der Westen darauf achten, dass diese Hilfe auch tatsächlich bei der polnischen Bevölkerung ankomme, und darauf dringen, dass die vom Militärregime gegebenen Versprechen eingelöst würden. Anders als die Bundesregierung, die ihre humanitäre Hilfe ohne Bedingungen zu leisten bereit war, wollte Rom diese an politische Forderungen geknüpft sehen. Das Oberhaupt der katholischen Kirche besaß in seinen Predigten²⁵³ freilich auch größeren Spielraum als die politischen Entschei-

²⁴⁸ Vgl. dazu auch Waleszczuk, *Zwischen Kommunismus und Demokratie*, S. 106–109.

²⁴⁹ So Genscher in einem Interview mit der Autorin vom 26. 06. 2012 in München.

²⁵⁰ Vgl. hierzu und zum Folgenden Schreiben des deutschen Botschafters in Rom (Vatikan), Walter Gehlhoff, an das Auswärtige Amt vom 29. 12. 1981, Betr.: Lage in Polen, hier: Einschätzung durch den Heiligen Stuhl, in: AAPD 1981, Dok. 394, S. 2076–2079.

²⁵¹ Vgl. Document No. 90: Appeal from Pope John Paul II to Wojciech Jaruzelski, in: Paczkowski/Byrne, *From Solidarity to Martial Law*, S. 480f.

²⁵² Zitiert nach Micewski/Grycz, *Kirche, „Solidarność“ und Kriegszustand in Polen*, S. 66.

²⁵³ Johannes Paul II. kommentierte jeden Mittwoch bei der Generalaudienz die Situation in Polen. Vgl. Waleszczuk, *Zwischen Kommunismus und Demokratie*, S. 112.

dungsträger in Bonn. Während Johannes Paul II. weiterhin Kraft seines Amts die eklatanten Menschenrechtsverletzungen durch das Jaruzelski-Regime anprangernte, blieb das Auswärtige Amt weiter zurückhaltend in seinen öffentlichen Stellungnahmen. Nichtsdestotrotz zeigte der intensive Meinungs austausch in den folgenden Monaten, der im April 1982 in einer Privataudienz Genschers bei Johannes Paul II. gipfelte, die grundlegende Übereinstimmung zwischen Vatikan und Auswärtigem Amt.²⁵⁴

Anders entwickelten sich die Beziehungen zum polnischen Episkopat. Wie befürchtet besaß die Kirche unter dem neuen Primas nicht mehr dieselbe starke Kraft wie noch zu Lebzeiten Wyszyńskis, da Glemp keinen vergleichbar großen Einfluss hatte und sich insgesamt weniger kompromissbereit zeigte. Auch nach Verhängung des Kriegsrechts führte Glemp zwar Gespräche mit dem Jaruzelski-Regime, war aber nach Einschätzung des FCO anders als sein Vorgänger „kein echter Kontrapart“ der Regierung mehr.²⁵⁵ Da sich der Handlungsspielraum der Kirche unter den Bedingungen des Ausnahmezustands zunehmend verringerte, befürchteten London und Paris, dass sich Primas Glemp künftig darauf konzentrieren werde, die so mühsam erworbene Verbesserung der kirchlichen Beziehungen zur Staatsmacht nicht zu gefährden. Die institutionellen Eigeninteressen der polnischen Kirche könnten ihre Funktion als Mittler in den Hintergrund treten lassen.²⁵⁶

Trotz dieser skeptischen Analyse hielt Genscher weiterhin engen Kontakt mit dem Episkopat. Im Sommer 1982 entsandte er Günter Verheugen in seiner Eigenschaft als FDP-Generalsekretär zu einem Gespräch mit dem Sekretär des Primas, Bischof Jerzy Dabrowski. Dieser kritisierte die drei westlichen Forderungen und die Sanktionspolitik der Verbündeten als unrealistisch und kontraproduktiv. Der Westen müsse begreifen, dass in Polen keine Demokratie im westlichen Sinne möglich sei und die Anwendung ihrer Prinzipien hinsichtlich Polens an den Realitäten vorbeiführe. Reform heiße heute vor allem die Wiederherstellung der vollständigen Kontrolle von Staat und Gesellschaft durch die Partei. „Politische Frei-

²⁵⁴ Vgl. Schreiben des deutschen Botschafters in Rom (Vatikan), Walter Gehlhoff, an das Auswärtige Amt vom 17. 04. 1982, Betr.: Privataudienz von Papst Johannes Paul II. für Bundesminister Genscher am 16. 04. 1982, in: AAPD 1982, Dok. 120, S. 593–596.

²⁵⁵ Vgl. *Dépêche d'actualité de l'Ambassade de France en Grande-Bretagne à Paris* le 26 juillet 1982, Objet: Pologne, in: AMAE, Direction d'Europe, Pologne, 1930INVA/5422.

²⁵⁶ Vgl. dazu Letter from Heath, FCO to Gladstone, Western European Department of the FCO, March 26th 1981, Subject: Vatican Assessment on Eastern Europe, in: TNA, FCO 33/5248; Note du Ministère des relations extérieures pour le Ministre le 8 janvier 1982, Objet: L'Eglise dans la tourmente polonaise, in: AMAE, Direction d'Europe, Pologne, 1930INVA/5419; Télégramme du Copenhague (COREU) à Paris le 9 novembre 1982, Objet: Eastern European Working Group meeting, 03./04. 11. 1982, in: AMAE, Direction d'Europe, Pologne, 1930INVA/5428, und Télégramme du Bonn (COREU) à Paris le 12 janvier 1983, Objet: Réunion de groupe de travail „Europe de l'Est“ du 10 janvier, in: AMAE, Direction d'Europe, Pologne, 1930INVA/5428. Die institutionellen Motive der polnischen katholischen Kirche und ihren eingeschränkten Handlungsspielraum während des Kriegsrechts betont auch Bernd Schäfer, *The Catholic Church and the Cold War's End in Europe. Vatican Ostpolitik and Pope John Paul II, 1985–1989*, in: Bozo u. a., *Europe and the End of the Cold War*, S. 64–77. Vgl. außerdem Bingen, *Die polnische Kirche, der Papst und die polnische Krise*, S. 33–45, und Małgorzata Świder, *Die katholische Kirche in Polen und die SPD in den 1980er Jahren*, Bonn 2013.

heiten seien eine Frage des nächsten Jahrhunderts. Insofern sei es nicht so wichtig, ob man von Kriegszustand spreche oder nicht.“²⁵⁷

Auch ein Gespräch des Bundeskanzlers mit Glemp im September 1982 verlief in ähnlich rauem Klima. Schmidt versuchte den Primas von der Notwendigkeit zu überzeugen, der polnischen Regierung die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Westens nahezubringen. Durch ihre Verbindungen in den Westen könne die Kirche Ökonomen mit internationaler Erfahrung zusammenbringen und deren Ratschläge anschließend an Jaruzelski übermitteln. Damit könne Glemp der polnischen Wirtschaft auf die Beine helfen und den Wert der Kirche für das Militärregime unter Beweis stellen.²⁵⁸ Der Primas reagierte reserviert auf diesen Vorstoß Schmidts und argumentierte, die Kirche engagiere sich bereits sehr stark in wirtschaftlicher Hinsicht. In der Tat hatte der Episkopat einen Vorschlag zur Teilprivatisierung des landwirtschaftlichen Sektors unterbreitet und die Bundesregierung um entsprechende Finanzierungshilfen gebeten.²⁵⁹ Dies wiederum hatte Bonn aus budgetrechtlichen Gründen und aus Sorge, sich damit dem Vorwurf der Einmischung auszusetzen, abgelehnt.²⁶⁰

Wie sehr sich der Handlungsspielraum der Kirche zusehends verengte, zeigte auch der eindringliche Appell Glemps an Genscher, ihre gemeinsamen Gespräche mit außerordentlicher Diskretion zu behandeln, um dem Vorwurf der Kollaboration mit dem Westen zu entgehen.²⁶¹ Darüber hinaus machte der Primas wiederholt darauf aufmerksam, dass jede Hilfe „dem grundsätzlichen Anliegen Rechnung tragen [müsse], dass Polen auf keinen Fall noch einmal Ursache für einen neuen Krieg werden dürfe. [...] Äußerungen, die einen begrenzten Nuklearkrieg für denkbar hielten, bestärkten ihn in dieser Sorge“.²⁶² Es sei daher notwendig, dass die Bundesregierung und ihre Partner sich der machtpolitischen Realitäten bewusst blieben.

„Weder die polnische Kirche noch das polnische Volk können völlig außerhalb des Kommunismus und Marxismus stehen. Eine solche Haltung ist zur Zeit nicht akzeptiert und wird auch nicht akzeptiert werden. Jetzt ist allerdings höchste Zeit, die Ordnung in Polen

²⁵⁷ Vgl. Fernschreiben Nr. 1402 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 31.07.1982, Betr.: Innere Lage Polens, hier: Kirchliche Stimmen zu westlichen Forderungen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132914.

²⁵⁸ Vgl. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp, in Düsseldorf am 02.09.1982, in: AAPD 1982, Dok. 236, S. 1246–1251, hier: S. 1249.

²⁵⁹ Vgl. Vermerk des Leiters der Abt. 4 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Fischer, vom 10.07.1982, Betr.: Strukturreform des privatwirtschaftlichen Sektors in Polen, hier: Überlegungen des polnischen Episkopats, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132913. Zu den Bemühungen der katholischen Kirche um eine Reform der polnischen Landwirtschaft vgl. außerdem Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo in Como am 14.08.1982, in: AAPD 1982, Dok. 226, S. 1194–1201, Anm. 27, und Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp, in Rom am 27.10.1982, in: AAPD 1982, Dok. 287, S. 1495–1500, Anm. 12.

²⁶⁰ Vgl. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp, in Rom am 27.10.1982, in: AAPD 1982, Dok. 287, S. 1495–1500.

²⁶¹ Vgl. ebd., S. 1500.

²⁶² Ebd., S. 1497.

wiederherzustellen. Aus dem Sozialismus, den Jaruzelski vorschlägt, kann ein menschlicher Sozialismus entstehen.“²⁶³

Diesen Zweckoptimismus verband Glemp mit einem Strategiewechsel. Politisch und institutionell reduzierte er sein Engagement auf die Bewahrung des Erreichten und legte den Schwerpunkt seiner Aktivitäten auf genuin kirchliche Aufgaben wie seelsorgerische Tätigkeiten und humanitäre Hilfe für die Bevölkerung.

Dementsprechend positiv würdigte der Primas auch die überraschend umfangreiche private Spendenbereitschaft der Westdeutschen,²⁶⁴ die bis Ende Dezember 1981 rund zwei Millionen Pakete mit Nahrungsmitteln und Kleidung nach Polen geschickt hatten. In den ersten zwei Wochen des Jahres 1982 folgten weitere 94 800 Sendungen.²⁶⁵ Am 19. Januar entschied das Bundeskabinett, der Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu folgen und sechs Monate lang die Portokosten für private Geschenksendungen nach Polen zu übernehmen, um die Spendenbereitschaft weiter zu fördern.²⁶⁶ In der Tat stieg die Zahl der Pakete ab Februar nochmals stark an.²⁶⁷ Dieses solidarische Engagement der Deutschen für die polnische Bevölkerung wurde international gewürdigt und war nach Meinung des Auswärtigen Amts von nicht zu überschätzender Bedeutung für den deutsch-polnischen Aussöhnungsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg.²⁶⁸

Auch die Bundesregierung war vom Umfang der deutschen Spendenbereitschaft überrascht worden, was zur Folge hatte, dass die finanzielle Belastung des Bundeshaushalts mit rund 63 Millionen DM deutlich höher ausfiel als ursprünglich erwartet. Eine Verlängerung der Aktion über den 30. Juni hinaus, deren Kosten bislang aus dem Haushalt des Auswärtigen Amts bestritten worden waren, wäre – auch wegen einer Gebührenerhöhung der Deutschen Post – nach den Berechnungen des Bundeskanzleramts allein bis 1. Oktober mit einer weiteren finan-

²⁶³ So Glemp in einem Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt in Düsseldorf am 02. 09. 1982, vgl. AAPD 1982, Dok. 236, S. 1246–1251, hier: S. 1247.

²⁶⁴ Das humanitäre Engagement der Deutschen wurde auch von der polnischen Kirche ausdrücklich gewürdigt. Vgl. beispielsweise Schreiben des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 29. 12. 1981, Betr.: Gespräch mit Primas über innere Lage (29. 12. 1981), in: AAPD 1981, Dok. 392, S. 2070–2072, hier: S. 2071f.

²⁶⁵ Vgl. Rede Schmidts in der 76. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 14. 01. 1982, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 9. Wahlperiode, Bd. 120, Bonn 1982, S. 4405.

²⁶⁶ Vgl. Koalitionsgespräch am 18. 01. 1982, in: AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/ HSAA009384. Der Beschluss wurde am 04. 02. 1982 vom Deutschen Bundestag gebilligt, vgl. 83. Sitzung des Deutschen Bundestages am 04. 02. 1982, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 9. Wahlperiode, Bd. 120, Bonn 1982, S. 4887A–4888A.

²⁶⁷ Zahl der Pakete im Januar 1982: 236 555, Februar 1982: 635 883, März 1982: 829 662, April 1982: 643 655, Mai 1982: 686 000, Juni 1982: ca. 750 000. Vgl. dazu Vermerk des Ref. 34 des Bundeskanzleramts für die Kabinettsitzung am 16. 06. 1982, Betr.: Lage in Polen, hier: Gebührenfreiheit für private Postpakete nach Polen, in: BArch, B 136/29886. Die bislang detailliertesten Berechnungen zu den westdeutschen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Hilfsleistungen findet sich bei Riechers, *Hilfe für Solidarność*, S. 16–24.

²⁶⁸ Vgl. Vermerk des Ref. 34 des Bundeskanzleramts für die Kabinettsitzung am 16. 06. 1982, Betr.: Lage in Polen, hier: Gebührenfreiheit für private Postpakete nach Polen, in: BArch, B 136/29886. Vgl. auch Riechers, *Hilfe für Solidarność*.

ziellen Belastung von 50 Millionen DM zu Buche geschlagen. Hinzu kam die anhaltende Weigerung der Regierungen in Ost-Berlin und Warschau, ihre Postverwaltungen zum Verzicht auf ihre Gebührenanteile zu veranlassen. Schmidt sprach sich deshalb aus budgetrechtlichen Gründen gegen eine Verlängerung der Aktion aus. Er halte es „für unverantwortlich, den Arbeitnehmer in der Bundesrepublik mit weiteren Steuern und Sozialabgaben zu belasten“.²⁶⁹ So sah sich die Bundesregierung gezwungen, die Portofreiheit für Pakete nach Polen zum 1. Juli 1982 auslaufen zu lassen. Lautstarke Kritik hieran kam nicht nur von der Opposition, sondern auch aus den eigenen Reihen. FDP-Fraktionschef Mischnick erhielt zahlreiche Protestbriefe und bemühte sich in seinen Antwortschreiben, die Haltung der Bundesregierung verständlich zu machen, nicht ohne zu betonen, wie schwer diese Entscheidung seiner Partei und ihm persönlich gefallen sei.²⁷⁰

Die Kritik der Opposition und der konservativen Presse entzündete sich außerdem daran, dass die Bundesregierung zwar engen Kontakt mit der Kirche und Jaruzelski pflegte, jedoch keinen Versuch unternahm, Gespräche mit Vertretern der *Solidarność* aufzunehmen und diese materiell zu unterstützen.²⁷¹ So forderte beispielsweise Norbert Blüm (CDU) in einem Hintergrundgespräch mit der *Frankfurter Rundschau* im Herbst 1980 die Bundesregierung und den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) auf, die *Solidarność*-Bewegung direkt finanziell zu unterstützen.²⁷²

In der Tat scheute die sozial-liberale Koalition den direkten Kontakt mit Vertretern der polnischen Opposition.²⁷³ Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt versuchte

²⁶⁹ Vgl. Koalitionsgespräch vom 02.06.1982, in: AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSA009384.

²⁷⁰ Vgl. beispielsweise Schreiben des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick an Ulrich H. vom 09.07.1982, in: AdL, Bestand Wolfgang Mischnick, A38-681, und Schreiben des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick an den Bezirksvorsitzenden der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung, Hans-Werner Rhein, vom 19.07.1982, in: AdL, Bestand Wolfgang Mischnick, A38-700.

²⁷¹ Zur Kritik der CDU/CSU vgl. auch die Plenardebatte in der 106. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 16.06.1982 zum Tagesordnungspunkt „Freilassung des Gewerkschaftsführers Lech Wałęsa und anderer politischer Häftlinge“, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 9. Wahlperiode, Bd. 121, Bonn 1982, S. 6415B-6419D, und Bernd Rother, Zwischen Solidarität und Friedenssicherung. Willy Brandt und Polen in den 1980er Jahren, in: Friedhelm Boll/Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.), Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen, Bonn 2010, S. 220–263.

²⁷² Vgl. Friedhelm Boll, Zwischen politischer Zurückhaltung und humanitärer Hilfe. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und *Solidarność* 1980–1982, in: Ursula Bitzegeio/Michael Schneider (Hrsg.), Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 199–218, hier: S. 214.

²⁷³ Vgl. dazu auch Gerhard Besier, Deutsche Sozialdemokratie und polnische Opposition (1966–1990). Ein Bericht aus den Quellen, in: Schmeitzner/Stokosa, Partner oder Kontrahenten?, S. 155–178; Bingen, Ostpolitik und demokratischer Wandel in Mittel- und Osteuropa, S. 132–134, und Jan Hansen, Der Protest der Mächtigen: Zu den Auswirkungen von Friedensbewegung, Nuclear Weapons Freeze Campaign und *Solidarność* auf das Bonner „Establishment“, in: Hanno Balz/Jan Henrik Friedrichs (Hrsg.), „All We Ever Wanted...“ Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jah-

seine persönliche Haltung und die der Sozialdemokraten insgesamt zu verteidigen, indem er mit Blick auf die Erfahrungen von 1953, 1956 und 1968 erklärte: „Ich fände es unredlich, so zu tun, als könnten wir den Arbeitern, die in Danzig und anderswo für ihre Interessen und Rechte eintreten, von hier aus wirksame Hilfe leisten. [...] Einen neuen Krisenherd im Herzen Europas kann und darf sich die Menschheit nicht leisten.“²⁷⁴ Finanzielle und logistische Hilfe der Bundesregierung oder des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die *Solidarność* seien auch deshalb kontraproduktiv, weil Warschau dies als Beleg für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens werten könnte. Eine direkte Unterstützung der *Solidarność* brächte diese also in erhebliche Legitimationsschwierigkeiten und würde deren Position gegenüber der polnischen Regierung schwächen, statt sie zu stärken.²⁷⁵ Wie berechtigt dieses Argument war, zeigte ein Appell der Warschauer Gründungsgruppe der *Solidarność*, kein Geld aus dem westlichen Ausland zu überweisen.²⁷⁶ Gleichwohl machte sich in den Reihen der *Solidarność* auch Enttäuschung über den Kurs der Bundesregierung breit, was ein weiteres Mal auf die Heterogenität der Gewerkschaftsbewegung verweist, die verallgemeinernde Aussagen erschwert und zur Differenzierung mahnt.²⁷⁷ Brandt sah sich einig mit Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher, der wiederholt betonte, Bonn könne nicht von Moskau die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Polens fordern und selbst eben dieses Prinzip der KSZE-Schlussakte brechen.²⁷⁸

Der den Sozialdemokraten nahestehende DGB hatte die Entspannungspolitik der Bundesregierung seit 1969 loyal mitgetragen und übte sich deshalb zunächst in Zurückhaltung, blieb jedoch nicht untätig.²⁷⁹ Zwar verschob er einen für An-

re, Berlin 2012, S. 231–246, hier: S. 241–245. Sehr kritisch gegenüber der SPD ist der Beitrag von Jerzy Mäcków, Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Entwicklung in Polen in den siebziger und achtziger Jahren, in: *Zeitschrift für Politik* 40/4 (1993), S. 372–383.

²⁷⁴ Zitiert nach Rother, Zwischen Solidarität und Friedenssicherung. Willy Brandt und Polen in den 1980er Jahren, S. 223f.

²⁷⁵ Vgl. dazu auch Robert Brier, Solidarität in unübersichtlichen Zeiten. Zu den kulturhistorischen Kontexten der „Außenpolitik“ polnischer Oppositioneller in den 1980er Jahren, in: Bianka Pietrow-Ennker (Hrsg.), *Russlands imperiale Macht: Integrationsstrategien und ihre Reichweite in transnationaler Perspektive*, Wien/Köln/Weimar 2012, S. 357–382, hier: S. 366f.

²⁷⁶ Vgl. ebd., S. 224.

²⁷⁷ Vgl. Dehnert, Entspannung gegen das Volk – Sanktionen für das Volk?, S. 252–254, und Robert Brier, Adam Michnik's Understanding of Totalitarianism and the West European Left. A Historical and Transnational Approach to Dissident Political Thought, in: *East European Politics and Societies* 25 (2011), S. 197–218.

²⁷⁸ Willy Brandt versicherte Schmidt und Genscher, dass auch der SPD-Parteivorstand den Kurs der Bundesregierung in der Polenkrise uneingeschränkt unterstütze. Vgl. Protokoll der Sitzung des SPD-Präsidiums am 14. 01. 1982, in: AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009467. Quellengestützte Studien zur Haltung der FDP gegenüber der *Solidarność* liegen nicht vor.

²⁷⁹ Zum Engagement des DGB vgl. Boll, Zwischen politischer Zurückhaltung und humanitärer Hilfe; Friedhelm Boll/Małgorzata Swider, The FRG. Humanitarian Support without Big Publicity, in: Idesbald Goddeeris (Hrsg.), *Solidarity with Solidarity. Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980–1982*, Lanham 2010, S. 159–189; Idesbald Goddeeris, *Western Trade Unions and Solidarność: A Comparison from a Pol-*

fang November 1981 anberaumten Besuch Wałęsas auf Druck des Kanzleramts.²⁸⁰ Bereits Anfang des Jahres aber hatte der DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter den Kontakt zu den schwedischen Gewerkschaften gesucht, um über sie Verbindungen zur Solidarność aufzunehmen. Schweden bot sich dafür wegen der Neutralität des Landes, der konfliktfreien schwedisch-polnischen Beziehungen und der Möglichkeit visafreien Reiseverkehrs besonders an. Nach der Verhängung des Kriegsrechts reagierte der DGB mit verschiedenen öffentlichen Protesterklärungen und symbolischen Gesten der Solidarität wie fünfminütigen Streiks in mehreren bundesdeutschen Großstädten und der Einrichtung eines Hilfskomitees „Solidarität mit Polen“, das Lebensmittel- und Medikamentenspenden sammelte.²⁸¹ Wie die sozial-liberale Koalition konzentrierte sich auch der DGB auf konkretes humanitäres Engagement.

Deutlich öffentlichkeitswirksamer verhielt sich die französische Regierung. Anders als Genscher war Außenminister Claude Cheysson bereits am 16. Oktober 1981, also zwei Monate vor der Verhängung des Kriegsrechts, mit Wałęsa in Warschau zusammengetroffen.²⁸² Letzterer besuchte eine Woche später auf Einladung der fünf größten Gewerkschaften Frankreichs Paris, wo er auch ein Gespräch mit Oppositionsführer Jacques Chirac und Premierminister Pierre Mauroy führte.²⁸³ Zweifellos fiel es den französischen Gewerkschaften leichter als dem DGB, sich – von einer breiten Welle öffentlicher Zustimmung getragen – mit den polnischen Freiheitskämpfern zu solidarisieren und sich offen für die Unterstützung der Solidarność einzusetzen. Fasziniert vom „revolutionären Kampf“ des polnischen Volkes fühlten sich große Teile der französischen Bevölkerung mit diesen in einer Art geistiger Verwandtschaft verbunden.²⁸⁴ Die praktische Bedeutung des offenen

ish Perspective, in: *The Polish Review* 52/3 (2007), S. 305–329, und Stefan Müller, DGB und Ostpolitik 1969–1989. Gewerkschaften als parastaatliche Akteure im Entspannungsprozess, in: Michaela Bachem-Rehm/Claudia Hiepel/Henning Türk (Hrsg.), *Teilungen überwinden. Europäische und internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 223–233.

²⁸⁰ Vgl. Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Höynck, an den Chef des Bundeskanzleramts, Staatssekretär Lahnstein, vom 03.08.1981, Betr.: Einladung von Lech Wałęsa in die Bundesrepublik, in: BArch, B 136/17463, und Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schlingensiepen vom 28.10.1981, Betr.: Rolle und Auffassungen der deutschen Gewerkschaften im Ost-West-Verhältnis, in: AAPD 1981, Dok. 311, S. 1653–1659.

²⁸¹ Vgl. Schreiben der Abt. 6 des Bundeskanzleramts an Staatssekretär Huonker vom 04.01.1982, Betr.: Die europäischen Gewerkschaften und Polen, in: BArch, B 136/29887.

²⁸² Vgl. Letter from Arbutnott, FCO, to Gladstone, Western European Department of FCO, October 16th 1981, Subject: France/Poland: M. Cheysson's visit to Warsaw, 08.–10.10.1981, in: TNA, FCO 33/4475.

²⁸³ Vgl. zum Folgenden ebd.; zur Rolle der französischen Gewerkschaften vgl. Natalie Bégin, Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Auswirkungen von Solidarność in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 45 (2005), S. 293–324. Einen Überblick über die Reaktion der westeuropäischen Gewerkschaften in der Polenkrise bietet außerdem Goddeeris, *Solidarity with Solidarity*.

²⁸⁴ Vgl. Bégin, *Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West*, S. 322–324, und Bent Boel, *French Support for Eastern European Dissidence, 1968–1989*, in: Villaume/Westad, *Perforating the Iron Curtain*, S. 215–241.

Besuchsaustauschs mit der Solidarność relativierte der Quai d'Orsay allerdings in einem Schreiben an das FCO. Man habe damit lediglich, auch aus innenpolitischen Gründen, die Verbundenheit mit dem polnischen Volk symbolisch zum Ausdruck bringen und Moskau signalisieren wollen, dass Frankreich und der Westen der Entwicklung in Polen nicht gleichgültig gegenüberstünden.²⁸⁵

Vergleicht man die französische und deutsche Position so fällt auf, dass Paris seinen Einsatz für die Solidarność mit dem Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung des polnischen Volkes zu legitimieren suchte.²⁸⁶ Demgegenüber wirkte es auf den ersten Blick befremdlich, dass sich ausgerechnet ein liberaler deutscher Außenminister, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit das Recht des deutschen Volkes, „in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiederzuerlangen“,²⁸⁷ betonte, dieser Argumentation nicht anschloss. Die Polenpolitik der Regierung Schmidt/Genscher folgte jedoch einer anderen Logik.²⁸⁸ Die Gespräche mit den Verbündeten und der polnischen Kirche hatten gezeigt, dass die Heterogenität der Gewerkschaftsbewegung für das Auswärtige Amt Kommunikationsbarrieren schuf. Unsicher blieb, welchen Einfluss die gemäßigten Kräfte um Lech Wałęsa gegenüber den radikalen Strömungen tatsächlich hatten. Klarheit bestand hingegen darüber, dass die politischen Forderungen der Solidarność die für ein kommunistisches Regime tragbare Reizschwelle überschritten und daher erhebliches Eskalationspotenzial bargen.

Aus dieser Sicht stellte sich also nicht die Frage, ob man das Freiheitsstreben der polnischen Bevölkerung positiv bewertete – das stand außer Zweifel. Für das unmittelbare außenpolitische Krisenmanagement war dies jedoch nicht der springende Punkt. Entscheidend blieb, einen sowjetischen Einmarsch zu verhindern. Das Auswärtige Amt folgte konsequent seiner dezidiert „realistischen“ Strategie der Deeskalation durch Kommunikation mit denjenigen Akteuren, die de facto Einfluss auf die Entwicklung der Lage nehmen konnten – Moskau, die polnische Regierung und mit Einschränkungen auch die katholische Kirche.

3. Die KSZE in Madrid als entspannungspolitisches Kommunikationsinstrument

Am 9. September 1980 begannen in Madrid die Vorbereitungen für die zweite KSZE-Nachfolgekonzferenz, die von Anfang an unter dem Eindruck der Polen-Krise

²⁸⁵ Vgl. Letter from Arbutnott, FCO, to Gladstone, Western European Department of FCO, October 16th 1981, Subject: France/Poland: M. Cheysson's visit to Warsaw, 08.–10. 10. 1981, in: TNA, FCO 33/4475.

²⁸⁶ Vgl. Boel, French Support for Eastern European Dissidence, S. 215–241.

²⁸⁷ Im „Brief zur deutschen Einheit“, der anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vom 12. 08. 1970 im sowjetischen Außenministerium übergeben wurde, stellte die Bundesregierung fest, „dass dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Vgl. Bundesgesetzblatt 1972, Teil II, S. 356.

²⁸⁸ Vgl. dazu auch Bingen, Ostpolitik und demokratischer Wandel in Mittel- und Osteuropa, S. 132 f.

stand.²⁸⁹ In den vorangegangenen Monaten hatten die westlichen Alliierten intensiv darüber diskutiert, wie Madrid zu einem Erfolg geführt werden könnte, schließlich sollten nach dem ernüchternden Belgrader Treffen 1977/78 nun echte Fortschritte erzielt werden. Allerdings hatte bereits die sowjetische Invasion in Afghanistan den Sinn und Zweck einer solchen Konferenz nachhaltig in Frage gestellt. Mit Beginn der Massenproteste in Polen ab Juli 1980 stieg in Bonn daher die Sorge vor einem Scheitern der Madrider Verhandlungen, denn damit hätte die bundesdeutsche Entspannungspolitik ihren wichtigsten „Motor“²⁹⁰ verloren. Dies schien in der angespannten internationalen Situation umso verheerender, als die NATO bereits im Dezember 1979 die strategische Verknüpfung zwischen KSZE, MBFR-Verhandlungen und TNF-Modernisierung festgelegt hatte.²⁹¹ Ein Abbruch der Madrider Konferenz konnte also nicht ohne Auswirkungen auf den sicherheitspolitischen Bereich der Ost-West-Beziehungen bleiben. Polen gefährdete damit auch die für November 1980 anberaumte erste Runde der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollgespräche, die eine Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses abwenden sollten. Zugleich befürchtete das Auswärtige Amt eine Eskalation der explosiven Lage in Polen, falls die Madrider Konferenz ergebnislos verlief.

In einem Schreiben an Genscher vom 5. September 1980 erläuterte der stellvertretende Leiter des Referats 212 im Auswärtigen Amt, Dreher, die Wechselwirkungen zwischen den Entwicklungen in Polen und der KSZE-Schlussakte aus Sicht des Auswärtigen Amts.²⁹² Der Entspannungsprozess habe Rahmenbedingungen geschaffen, die zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Chance von demokratischen Reformen in Osteuropa eröffnet hätten und Ansatzpunkte für eine pluralistische Entwicklung erkennen ließen. Die sozial-liberale Vertragspolitik habe bei der polnischen Bevölkerung das „Feindbild Deutschland“ unglaublich gemacht, verschiedene Gesprächsebenen eingeführt und durch ökonomische Zusammenarbeit die Möglichkeit geschaffen, Polen im Krisenfall schnell beispringen zu können. Die Bedeutung der Schlussakte als „Katalysator für die Hoffnungen der Menschen in Europa“²⁹³ habe sich bestätigt. Diese bedeutende

²⁸⁹ Einen konzisen Überblick über den Verlauf der KSZE-Verhandlungen von 1972 bis 1983 bietet Anja Hanisch, Von Helsinki nach Madrid. Der KSZE-Prozess und der Beginn des Zweiten Kalten Krieges, in: Becker-Schaum/Gassert/Klimke, Entrüstet euch!, S. 38–53. Vgl. dazu außerdem Anja Hanisch, Die DDR im KSZE-Prozess; Wilfried von Bredow, Der KSZE-Prozess. Von der Zähmung zur Auflösung des Ost-West-Konflikts, Darmstadt 1992, S. 73–96, und Peter Schlotter, Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 73–79.

²⁹⁰ So die immer wieder zitierte Formulierung. Vgl. dazu beispielsweise Hans-Dietrich Genscher, Konsequente Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin der Bundesregierung Nr. 133 vom 06. 12. 1983, S. 1205–1209.

²⁹¹ Vgl. Communiqué der NATO-Ministerratstagung vom 13./14. 12. 1979, unter URL: <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c791213a.htm> (Stand: 13. 11. 2014).

²⁹² Vgl. zum Folgenden Schreiben des stv. Leiters des Ref. 212 des Auswärtigen Amts, Johann Georg Dreher, an Bundesminister Genscher vom 05. 09. 1980, Betr.: KSZE-Aspekte der Ereignisse in Polen, in: PA-AA, B 43, Ref. 221 (Zwischenarchiv), Bd. 116936.

²⁹³ Ebd., S. 3. Vgl. dazu auch Schrifterlass des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Joetze, vom 17. 12. 1980, Betr.: KSZE-Folgetreffen in Madrid, hier: Politische Grundorientierung für die Delegation, in: AAPD 1980, Dok. 369, S. 1909–1915.

Errungenschaft für den Westen müsse daher um jeden Preis aufrechterhalten werden. Ganz konkret habe das bevorstehende Madrider Treffen, das in seiner Debatte über die Umsetzung der Grundsätze von Helsinki ja auch die menschenrechtliche Lage in Polen zur Sprache bringen werde, zweifelsohne mäßigenden Einfluss auf die polnische Führung gehabt. Diese Wirkung entfalle, wenn die KSZE unterbrochen werde.

Die KSZE übernahm aus Sicht des Auswärtigen Amts eine Schutzfunktion für die *Solidarność* vor gewaltsamen Übergriffen der polnischen Führung.²⁹⁴ Dieses Argument machte sich Genscher zunutze, um die Verbündeten davon zu überzeugen, dass die Konferenz nun noch wichtiger sei als je zuvor,²⁹⁵ und fing damit geschickt die französischen und amerikanischen Forderungen nach konkreter Unterstützung der Streikbewegung auf. Es liege im vitalen Interesse des Westens, die KSZE-Verhandlungen in Madrid fortzusetzen und der Streikbewegung auf diese Weise unter die Arme zu greifen.²⁹⁶ Genschers Argumentationsstrategie diene dazu, die westdeutsche Position mit derjenigen der Verbündeten kompatibel zu machen und änderte nichts daran, dass der unmittelbare Adressat seiner Entspannungsbemühungen nicht die *Solidarność*, sondern die Regierungen in Warschau und Moskau waren.

Dieser Strategie folgend berief sich Genscher in seinen Gesprächen mit dem Kreml nicht auf das in der Schlussakte verankerte Recht jedes Volkes auf Selbstbestimmung, sondern hob konsequent das Prinzip der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ anderer Staaten hervor. Stets warnte er Moskau vor einer illegitimen Intervention und beteuerte im selben Atemzug, dass auch die Bundesrepublik diesen Grundsatz beachten werde.²⁹⁷ Wenn sich Breschnew an die KSZE-Vereinbarungen hielt, werde auch die Bundesregierung von einer offe-

²⁹⁴ Vgl. Fernschreiben Nr. 1592 des deutschen Botschafters bei der NATO in Brüssel, Wieck, an das Auswärtige Amt vom 11. 11. 1980, Betr.: Vorschau auf die NATO-Herbst-Ministertagung im Dezember 1980, in: PA-AA, B 14, Ref. 201 (Zwischenarchiv), Bd. 120207.

²⁹⁵ Vgl. beispielsweise Runderlass des Vortragenden Legationsrats Steinkühler vom 07. 11. 1980, Betr.: 40. EPZ-Ministertreffen in Luxemburg am 04. 11. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 316, S. 1636–1641.

²⁹⁶ Vgl. Télégramme de Bonn à Paris le 2 juin 1981, Objet: Visite du Ministre à Bonn: Conférence de Madrid et situation en Pologne, in: AMAE, Direction d'Europe, Pologne, 1930INVA/5418.

²⁹⁷ Vgl. beispielsweise Vermerk des Ref. 213 des Auswärtigen Amts vom 18. 12. 1980, Betr.: Unterredung des Bundesministers mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 17. 12. 1980, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132908; Vermerk des stv. Leiters des Ministerbüros des Auswärtigen Amts, Gerold Edler von Braunmühl, vom 23. 01. 1981, Betr.: Gespräch Bundesminister – Botschafter Semjonow beim Abendessen am 22. 01. 1981 im Hause Semjonows, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178844; Aufzeichnung des Ref. 213 des Auswärtigen Amts vom 16. 04. 1981, Betr.: Gespräche von Bundesminister Genscher mit Außenminister Gromyko und Generalsekretär Breschnew in Moskau (02.–04. 04. 1981), in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132911, und Vermerk des Leiters des Ministerbüros des Auswärtigen Amts, Wallau, vom 26. 08. 1981, Betr.: Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Semjonow am Mittwoch, 26. 08. 1981, um 9 h, im AA, in: PA-AA, B 1, MB (Zwischenarchiv), Bd. 178844.

nen Unterstützung der polnischen Oppositionsbewegung Abstand nehmen, so die Botschaft. Verletze Moskau die Schlussakte, könne Bonn seine Verbündeten hingegen nur schwerlich davon abhalten, ebenfalls in den Konflikt einzugreifen. Genscher berücksichtigte bewusst die sowjetische, von Reagans aggressiver Rhetorik genährte Sorge, der Westen könne die Krise in Polen nutzen, um den kommunistischen Ostblock politisch, wirtschaftlich und militärisch in die Knie zu zwingen. Damit versuchte er, Breschnew von der Berechenbarkeit bundesdeutscher Außenpolitik unter seiner Führung zu überzeugen und das Interesse Moskaus an der Fortsetzung der KSZE wachzuhalten. Um die sowjetische Kommunikations- und Kompromissbereitschaft zu fördern, versetzte er sich in die Lage des Kremls, zeigte Verständnis für dessen Intentionen und öffnete den Blick für das gemeinsame deutsch-sowjetische Interesse an einer innerpolnischen Lösung und der Weiterführung des Entspannungsprozesses.

Mit seiner zweiseitigen Konsensfindungsstrategie gelang es Genscher, sowohl mit den Vereinigten Staaten als auch mit der UdSSR ein begrenztes Maß komplexer Interessen zu finden. Genschers Appell an Breschnew, die KSZE-Verhandlungen fortzusetzen, wurde von Warschau nachdrücklich unterstützt. Wiederholt machten die polnischen Gesprächspartner gegenüber dem Auswärtigen Amt deutlich, wie wichtig die Aufrechterhaltung des Entspannungsprozesses für die Zukunft Polens sei. Gerade angesichts der kritischen Lage müsse Madrid erfolgreich abgeschlossen werden.²⁹⁸ Sollten die Verhandlungen scheitern, könnte Moskau versucht sein, „in Polen Ordnung zu schaffen“.²⁹⁹ Erneut wurde hier die gemeinsame Bedrohungswahrnehmung zwischen Bonn und Warschau sichtbar. Beide sahen den KSZE-Prozess als einen Schutzmechanismus gegen einen Einmarsch sowjetischer Truppen und traten deshalb nachdrücklich für die Fortsetzung der Konferenz ein.

Abgesehen davon war Warschau auch deshalb an der Fortsetzung der Konferenz interessiert, weil Polen neben der Bundesrepublik bislang am meisten vom KSZE-Prozess profitiert hatte.³⁰⁰ Zwar hatte Helsinki nicht die erhoffte völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie gebracht, doch mit der Zustimmung zu den Prinzipien der Unverletzlichkeit der Grenzen und dem Gewaltverbot hatten die Teilnehmerstaaten dem Sicherheitsbedürfnis Polens gegenüber Deutschland und der Sowjetunion Rechnung getragen. In Warschau wurde die Schlussakte daher als Ersatzfriedensvertrag zur Bestätigung des nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geschaffenen territorialen Status quo in Europa wahrge-

²⁹⁸ Vgl. Schreiben des Leiters der Unterabt. 21 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirigent Bräutigam, an Staatssekretär van Well vom 29.06.1981, Betr.: Gespräch in Warschau vom 22.–25.06.1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132911, und Fernschreiben Nr. 219 der deutschen Botschaft in Warschau an das Auswärtige Amt vom 21.01.1982, Betr.: Polnische Haltung zur Erörterung der polnischen Frage in Madrid, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132916.

²⁹⁹ Vgl. Fernschreiben Nr. 604 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 24.04.1981, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132954.

³⁰⁰ Zur polnischen KSZE-Politik vgl. Wanda Jarzabek, *Preserving the Status Quo or Promoting Change. The Role of the CSCE in the Perception of Polish Authorities*, in: Bange/Niedhart, Helsinki 1975 and the Transformation of Europe, S. 144–159.

nommen.³⁰¹ Auch der außen(wirtschafts)politische Handlungsspielraum Polens hatte sich durch die KSZE erheblich vergrößert. Warschau und Bonn hatten deshalb über die unmittelbare Krisenbewältigung hinaus beide ein langfristiges Interesse an der Intensivierung des KSZE-Prozesses.

Wenige Tage nachdem General Jaruzelski das Kriegsrecht verhängt hatte, endete die erste Runde der amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen und Madrid wurde auf Februar 1982 vertagt. In jenen zwei Monaten geriet das westliche Krisenmanagement in seine bis dahin tiefste Krise.³⁰² Aufgrund der antikommunistischen und stark emotionalisierten Stimmung in der amerikanischen Öffentlichkeit stellte die US-Regierung die Überlegung in den Raum, gleich die ganze KSZE-Schlussakte aufzukündigen.³⁰³ Zumindest sollte, so Reagan, eine Sondersitzung einberufen werden, um über die Lage in Polen zu debattieren, das Vorgehen der polnischen Führung zu verurteilen und im Anschluss eine Unterbrechung der Konferenz zu beschließen.³⁰⁴ Bonn wies diese Konfrontationsstrategie vehement zurück. Es war Bundesaußenminister Genscher, der in dieser heiklen Phase am intensivsten für die Fortsetzung der KSZE-Verhandlungen eintrat, wie ein Brief an seine westeuropäischen Amtskollegen vom 1. Februar 1982 belegt.

„Ich werde nicht müde zu betonen, dass der Westen nicht als erster vom Verhandlungstisch aufstehen sollte. [...] Gerade der Bereich der Menschenrechte gibt uns die Möglichkeit, in Madrid auf die Sowjetunion permanenten Druck in der polnischen Frage auszuüben. [...] Wir sollten auf keinen Fall das sowjetische Verhalten gegenüber Polen damit belohnen, dass wir die Sowjetunion in Madrid vor der Peinlichkeit bewahren, klar zur Frage der Menschenrechte Stellung nehmen zu müssen. [...] Einmal mehr hängt also alles von einer entschlossenen, weitsichtigen und einheitlichen Position der Zehn ab.“³⁰⁵

Unterstützung fand Genscher in Paris, das ebenfalls an weiteren Verhandlungen interessiert war.³⁰⁶ Schon in Belgrad hatte Frankreich 1978 für die Einberufung

³⁰¹ Vgl. Gunter Dehnert, „Eine neue Beschaffenheit der Lage“. Der KSZE-Prozess und die polnische Opposition 1975–1989, in: Altrichter/Wentker, Der KSZE-Prozess, S. 87–98, hier: S. 87.

³⁰² Zu den Differenzen im westlichen Bündnis bzgl. der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid vgl. Douglas Selva, The Politics of the Lesser Evil. The West, the Polish Crisis and the CSCE Review Conference in Madrid, 1981–1983, in: Nuti, The Crisis of Détente in Europe, S. 41–54.

³⁰³ Vgl. Fernschreiben Nr. 5270 des stv. deutschen Botschafters in Washington, Dannenbring, an das Auswärtige Amt vom 31. 12. 1981, Betr.: Lage in Polen, hier: Anhörung der KSZE-Kommission des US-Kongresses, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132920.

³⁰⁴ Vgl. Fernschreiben Nr. 64 des deutschen Botschafters in Washington, Hermes, an das Auswärtige Amt vom 37. 01. 1982, Betr.: BK/BM-Besuch in Washington, hier: Zehnerunterrichtung, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132920, und Fernschreiben Nr. 456 des deutschen Botschafters in Washington, Hermes, an das Auswärtige Amt vom 30. 01. 1982, Betr.: Reaktion der amerikanischen Außenpolitik auf Entwicklung in Polen, in: Ebd.

³⁰⁵ Vgl. Runderlass des Auswärtigen Amtes vom 01. 02. 1982, Betr.: Meinungsbildung bei den Zehn und im westlichen Lager, in: PA-AA, B 28, Ref. 212 (Zwischenarchiv), Bd. 133413.

³⁰⁶ Vgl. Télégramme de Bruxelles à Paris le 27 janvier 1982, Objet: L'OTAN et la Pologne: Conférence de Madrid, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5426, und Télégramme circulaire de Paris le 13 février 1982, Objet: CSCE Réunion de Madrid: Discours du Ministre, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5428.

einer europäischen Abrüstungskonferenz (KAE) geworben,³⁰⁷ um so seinen Führungsanspruch für die westeuropäische Sicherheitspolitik zu untermauern – schließlich hatte Paris auf die Verhandlungen um den NATO-Doppelbeschluss nur begrenzten Einfluss.³⁰⁸

Zentraler Bestandteil dieser Initiative, die Bonn befürwortete, waren weitergehende Vereinbarungen über die in der Schlussakte von Helsinki vereinbarten Vertrauensbildenden Maßnahmen (VBM). Gerade in einer weltpolitischen Phase, in der militärische Aufrüstung und nukleare Bedrohungsszenarien stärker denn je das Misstrauen zwischen Ost und West schürten, sollte die Möglichkeit geschaffen werden, durch die Ankündigung militärischer Manöver verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen. Zwar hatte die Sowjetunion alle bisherigen westlichen Vorschläge zur Ausdehnung der VBM „vom Atlantik bis zum Ural“ kompromisslos abgelehnt.³⁰⁹ Dennoch war die KAE nach Meinung des Auswärtigen Amts der entscheidende Hebel im Gesamtgefüge von KSZE, MBFR und TNF-Modernisierung, um Moskau am Madrider Verhandlungstisch zu halten.³¹⁰ Denn Breschnew hatte ein vitales Interesse an einer solchen europäischen Abrüstungskonferenz. Sie bot ihm die Möglichkeit, die friedlichen Absichten der Sowjetunion und ihre Bereitschaft zu Rüstungskontrollverhandlungen vor der Weltöffentlichkeit zu unterstreichen.³¹¹ Sollte der Westen vom Madrider Verhandlungstisch aufstehen, wäre dies eine Steilvorlage für die Sowjets, um öffentlich die fehlende amerikanische Verhandlungsbereitschaft zu dokumentieren.³¹²

Als Mittelweg schlugen die Zehn den Amerikanern deshalb vor, die Konferenz nicht abzubrechen, sondern lediglich zu vertagen, um so ihren Protest zu signalisieren und trotzdem die Fortsetzung der Verhandlungen zu gewährleisten.³¹³ Die Neu-

³⁰⁷ Zur Rolle Frankreichs in den KSZE-Verhandlungen von Belgrad vgl. Veronika Heyde, Multilaterale Konferenzdiplomatie unter nationaler Flagge. Die KSZE-Politik von Präsident Giscard d'Estaing 1974–1978, in: Altrichter/Wentker, Der KSZE-Prozess, S. 29–40.

³⁰⁸ Zur Rolle Frankreichs beim NATO-Doppelbeschluss vgl. Georges-Henri Soutou, Mitläufer der Allianz? Frankreich und der NATO-Doppelbeschluss, in: Gassert/Geiger/Wentker, Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, S. 363–376, und Jean-Philippe Baulon, Au risque de l'isolement ou de l'alignement. La politique de la France dans la crise des euro-missiles (1977–1987), in: *Revue d'histoire diplomatique* 124 (2010), S. 163–187.

³⁰⁹ Vgl. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und Pym (Großbritannien) in Luxemburg am 15.05.1982, in: AAPD 1982, Dok. 152, S. 791–802, hier: S. 793.

³¹⁰ Vgl. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington, dem französischen Außenminister François-Poncet und dem amerikanischen Außenminister Muskie in Brüssel am 10.12.1980, in: AAPD 1980, Dok. 357, S. 1843–1855, hier: S. 1849f. Vgl. dazu außerdem Selva, The Politics of the Lesser Evil, S. 45–48, und Jörg Kastl, Das KSZE-Folgetreffen von Madrid. Verlauf und Schlussdokument aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland, in: Volle/Wagner, Das Madrider KSZE-Folgetreffen, S. 45–54, hier: S. 47f.

³¹¹ Vgl. Schreiben des deutschen Botschafters in Madrid (KSZE-Delegation), Jörg Kastl, an das Auswärtige Amt vom 19.03.1981, Betr.: Stand und Aussichten des Madrider KSZE-Folgetreffens, in: AAPD 1981, Dok. 79, S. 426–429, hier: S. 428.

³¹² Vgl. Selva, The Politics of the Lesser Evil, S. 45–48.

³¹³ Vgl. Fernschreiben Nr. 152 des deutschen Botschafters in London, Ruhfus, an das Auswärtige Amt vom 02.02.1982. Betr.: KSZE Madrid, hier: westliche Meinungsbildung, in: PA-AA, B 28, Ref. 212 (Zwischenarchiv), Bd. 133413; Gespräch des Bundesministers

tralen und Nichtpaktgebundenen Staaten sollten diese Initiative in ihrer Rolle als Mittler einbringen, um so eine reflexartige Ablehnung des Ostblocks zu verhindern.³¹⁴ Dieser Strategie stimmte Washington schließlich zu und so einigten sich alle Konferenzteilnehmer am 12. März 1982 darauf, die Gespräche in Madrid am 9. November wieder aufzunehmen.³¹⁵ Vor der Presse erklärte Genscher das Vorgehen:

„Die Konferenz ist nicht abgebrochen, ihre Ziele sind nicht gescheitert. Die getane Arbeit ist nicht verloren. [...] Ich betone heute: Die Chancen für den KSZE-Prozess sind umso größer, je schneller die Menschenrechte und Grundfreiheiten in Polen wiederhergestellt werden, je schneller das Land auf den Weg der Erneuerung zurückkehrt. [...] Die Schlussakte bleibt das europäische Schlüsseldokument, das die richtungsweisenden Antworten auf die Fragen nach der dem Frieden dienenden Entwicklung im Ost-West-Verhältnis gibt. Die Verhaltensregeln der Schlussakte für das Zusammenleben der Teilnehmerstaaten müssen eingehalten werden.“³¹⁶

In dieser Interimsphase zwischen Frühjahr und Herbst 1982 verschlechterte sich die wirtschaftliche und politische Lage Polens weiter, in großen Teilen der polnischen Bevölkerung machten sich Resignation und Hoffnungslosigkeit breit. Im Sommer zeichnete der deutsche Botschafter in Warschau, Georg Negwer, daher ein düsteres, trostloses Bild.³¹⁷ Die breite Mehrheit der Bevölkerung lehne das Jaruzelski-Regime nach wie vor ab, habe aber inzwischen erkannt, dass ihre Hoffnungen auf Reformen irrational gewesen seien. Da Demonstrationen des Widerstands sinnlos geworden seien, beuge sich das Volk den machtpolitischen Realitäten. Gleichzeitig zu dieser deprimierenden Bestandsaufnahme hielt Negwer geradezu prophetisch fest:

„Im tief verwurzelten Geschichtsbewusstsein der Polen aber wird die Phase von August 1980 bis Dezember 1981 einmal einen ähnlichen Platz einnehmen wie die freiheitliche Verfassung vom 3. Mai 1791. [...] Auf Jahre hinaus wird die Ruhe in Polen eine trügerische sein. Der potentielle Sprengsatz für das System ist kaum dauerhaft zu entschärfen.“³¹⁸

Indes stiegen die Spannungen innerhalb der NATO über Sinn und Zweck der KSZE-Nachfolgekonzferenz. Bezeichnend hierfür waren die Reden der westlichen

Genscher mit Präsident Reagan in Washington am 09.03.1981, in: AAPD 1981, Dok. 64, S. 355–358, hier: S. 356, und Fernschreiben Nr. 252 des deutschen Botschafters in Paris, Herbst, an das Auswärtige Amt vom 02.02.1982, Betr.: Französische Haltung zur KSZE, in: PA-AA, B 28, Ref. 212 (Zwischenarchiv), Bd. 133413.

³¹⁴ Vgl. Runderlass des Leiters der Unterabt. 21 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirigent Bräutigam, vom 02.02.1982, Betr.: Fortführung des Madrider KSZE-Folgetreffens, hier: Haltung der Zehn, in: PA-AA, B 28, Ref. 212 (Zwischenarchiv), Bd. 133413, und Télégramme de Bruxelles à Paris le 27 janvier 1982, Objet: L'OTAN et la Pologne: Conférence de Madrid, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5426.

³¹⁵ Vgl. Kastl, Das KSZE-Folgetreffen von Madrid, S. 48, und Hanisch, Von Helsinki nach Madrid, S. 47–50.

³¹⁶ Vgl. Erklärung Genschers zur Vertagung des KSZE-Folgetreffens in Madrid, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin der Bundesregierung Nr. 25 vom 16.03.1982, S. 199.

³¹⁷ Vgl. Fernschreiben Nr. 1407 des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 02.08.1982, Betr.: Lage in Polen nach den Maßnahmen vom 22.07.1982, hier: Reaktion der Bevölkerung, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132914.

³¹⁸ Ebd.

Staats- und Regierungschefs auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Juni 1982. Die Westeuropäer machten die Verknüpfung zwischen militärischer und politischer Entspannung deutlich und plädierten für die Verabschiedung eines ausgewogenen, substanziellen Schlussdokuments in Madrid, das ein Mandat für eine europäische Abrüstungskonferenz enthalten müsse. Reagan hingegen, der eine Rückkehr zum *business as usual* strikt ablehnte, nutzte das Forum der Generalversammlung dazu, die Verletzung der Menschenrechte durch Moskau anzuprangern. KSZE und KAE erwähnte er mit keinem Wort.³¹⁹

Als Jaruzelski Ende Juli 1982 erste Normalisierungsbemühungen ankündigte, interpretierte das Auswärtige Amt dies als Schritt in die richtige Richtung. Genscher drängte die USA nachdrücklich, nun ihrerseits ein „positives Signal“ an Warschau zu senden – etwa die Lockerung politischer Sanktionen.³²⁰ Damit steige die Chance, in Madrid zu einem konstruktiven Ergebnis zu kommen, und der Westen habe schließlich nichts zu verlieren. Vielmehr biete sich die Gelegenheit, der Weltöffentlichkeit klarzumachen, wer die Verantwortung für die schwierige internationale Lage trage.³²¹ Wieder widersetzte sich Genscher der hinlänglich bekannten Haltung der US-Administration, die Solidarność offen zu unterstützen und aus der Krise des Ostblocks Kapital zu schlagen. Das Verhalten Jaruzelskis sei der beste Beleg für den Reformdruck, den die KSZE-Schlussakte erfolgreich auf den Ostblock erzeuge, argumentierte Genscher. Helsinki habe „einen Prozess eingeleitet, der im sowjetisch beherrschten Gebiet den Willen der Völker zur Selbstbestimmung und gegen Vorherrschaft angeregt habe. Die Schlussakte verlange von uns nichts, was wir nicht ohnehin praktizierten, eine Änderung der Politik verlange sie dagegen vom Osten“.³²² Das State Department wies die Appelle Genschers zurück mit dem Argument, Washington sei nicht bereit, in Madrid über eine europäische Abrüstungskonferenz zu diskutieren, solange sich die Lage in Polen nicht signifikant verbessere.³²³

³¹⁹ Vgl. Selva, *The Politics of the Lesser Evil*, S. 47. Ausschnitte der Rede Genschers finden sich in: Archiv der Gegenwart (1982), S. 25678f. Zum Wortlaut der Rede von Bundeskanzler Schmidt vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin der Bundesregierung Nr. 62 vom 21. 06. 1982, S. 537–541.

³²⁰ Vgl. Telegram No. 209240 from Secretary of State, Shultz, to US Mission, Brussels (NATO), July 28th 1982, Subject: FRG Demarche on allied response to Polish events, CSCE, unter URL: <http://foia.state.gov/Search/results.aspx?searchText=csce&beginDate=19820501&endDate=19820801&publishedBeginDate=&publishedEndDate=&caseNumber=> (Stand: 13. 11. 2014).

³²¹ Vgl. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und Pym (Großbritannien) in Luxemburg am 15. 05. 1982, in: AAPD 1982, Dok. 152, S. 791–802, hier: S. 794.

³²² Runderlass des Vortragenden Legationsrats Gerz vom 19. 03. 1982, Betr.: Deutsche Haltung in der Ost-West-Politik, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132917. Vgl. dazu auch Fernschreiben Nr. 456 des deutschen Botschafters in Washington, Hermes, an das Auswärtige Amt vom 30. 01. 1982, Betr.: Reaktion der amerikanischen Außenpolitik auf Entwicklung in Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132920.

³²³ Vgl. Telegram No. 209240 from Secretary of State, Shultz, to US Mission, Brussels (NATO), July 28th 1982, Subject: FRG Demarche on allied response to Polish events, CSCE, unter URL: <http://foia.state.gov/Search/results.aspx?searchText=csce&beginDate=19820501&endDate=19820801&publishedBeginDate=&publishedEndDate=&caseNumber=> (Stand: 13. 11. 2014).

Bei einem Treffen mit US-Außenminister Shultz am 6. Oktober 1982 in New York versuchte Genscher erneut seinen amerikanischen Kollegen davon zu überzeugen, wie wichtig es sei, in Madrid ein Mandat für eine europäische Abrüstungskonferenz zu verabschieden. Sollte sich Washington der gemeinsamen Position der EPZ verweigern, schaffe dies Probleme im Bündnis und würde Moskau aus der Verantwortung entlassen, über Vertrauensbildende Maßnahmen in ganz Europa zu sprechen. Die Fortsetzung des KSZE-Prozesses sei auch im Sinne der USA, weil er den demokratischen Evolutionsprozess in Polen beschleunigen helfe.³²⁴ In seinen Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko ließ Genscher das Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes hingegen unerwähnt und argumentierte stattdessen, dass positive Fortschritte in Polen die Wahrscheinlichkeit deutlich erhöhen würden, in Madrid zu einem substanziellen Abschlussdokument mit KAE-Mandat zu kommen, woran Moskau nachweislich interessiert war.³²⁵ Andernfalls werde es sehr schwer werden, Washington für ein solches Mandat zu gewinnen.

Als Jaruzelski das neue Gewerkschaftsgesetz bekannt gab, verhärtete sich die amerikanische Haltung erwartungsgemäß. US-Botschafter Max Kampelmann machte bei einem Treffen der westlichen KSZE-Delegationsleiter am 13. Oktober klar, eine Wiederaufnahme der Verhandlungen käme unter den gegebenen Umständen nicht in Betracht.³²⁶ Die Westeuropäer sprachen sich hingegen geschlossen für die Weiterführung der Konferenz aus. In einem Gespräch der Vier Politischen Direktoren wenige Tage später erläuterte Ministerialdirektor Pfeffer die bekannte Haltung des Auswärtigen Amts, die sich auch nach dem Koalitionswechsel nicht verändert hatte. Es gehe darum,

„den Dialog mit dem Osten gerade in schwierigen Zeiten aufrechtzuerhalten und ihn zu benutzen, um der anderen Seite unsere Auffassungen klar und deutlich mitzuteilen. Der durchgängige Dialog enthebe die Schwierigkeit, [...] auf die wir in den Bündnisberatungen unmittelbar nach Einführung des Kriegsrechts in Polen hingewiesen hatten: dass bei Verlängerung des Status quo oder gar einer Verschlechterung der Lage die Wiederaufnahme des unterbrochenen Dialogs schwer zu begründen, ein Nicht-Sprechen über Jahre hinweg kaum durchzuhalten und der Sache nicht dienlich sei.“³²⁷

Um den Widerstand der USA doch noch zu brechen, ließen Genscher und seine westeuropäischen Partner das State Department wissen, dass eine ausreichende Unterstützung der deutschen Öffentlichkeit für die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen nicht garantiert werden könne, wenn Washington sich

³²⁴ Vgl. Schreiben des Leiters der Abt. 2, Ministerialdirektor Pfeffer, z.Zt. New York, an das Auswärtige Amt vom 06.10.1982, Betr.: Gespräch Bundesminister Genscher mit Außenminister Shultz am 05.10.1982 in New York, in: AAPD 1982, Dok. 262, S. 1360–1367, hier: S. 1367.

³²⁵ Vgl. Schreiben des Leiters der Abt. 2, Ministerialdirektor Pfeffer, z.Zt. New York, an das Auswärtige Amt vom 06.10.1982, Betr.: Gespräch Bundesminister mit Gromyko am 05.10.1982, in: AAPD 1982, Dok. 263, S. 1368–1373, hier: S. 1372.

³²⁶ Vgl. Aufzeichnung des Leiters der Abt. 2 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Pfeffer, vom 13.10.1982, Betr.: Madrider KSZE-Folgetreffen, hier: Informelles Treffen der westlichen Delegationsleiter in Seteais bei Lissabon am 11.10.1982, in: AAPD 1982, Dok. 270, S. 1403–1407.

³²⁷ Zitiert nach ebd., Anm. 18.

nicht für einen erfolgreichen Ausgang der KSZE-Nachfolgekonferenz, inklusive eines KAE-Mandats, einsetze.³²⁸ Der NATO-Doppelbeschluss wurde damit zur Trumpfkarte, um Washington in Madrid auf Kurs zu halten. In harten Verhandlungen einigten sich die NATO-Außenminister darauf, dass die Amerikaner den Vorschlag einer europäischen Abrüstungskonferenz mittrugen. Im Gegenzug signalisierten die Westeuropäer ihre Unterstützung für die amerikanischen Forderungen nach sowjetischen Konzessionen im Bereich der Menschenrechte, die – wie etwa das Recht zur Bildung freier Gewerkschaften – direkt auf die Polen-Krise Bezug nahmen. Bei der Wiederaufnahme der Konferenz am 9. November 1982 konnte die Atlantische Allianz in Madrid eindrucksvoll ihre Geschlossenheit unter Beweis stellen.

Auf sowjetischer Seite führte der neue Kreml-Chef Juri Andropow die Linie seines Vorgängers konsequent fort.³²⁹ Der KSZE-Prozess und die Verabschiedung eines KAE-Mandats waren aus seiner Sicht unverzichtbar, um die Aufrüstung der NATO zu stoppen, die die Sowjetunion in erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen konnte.³³⁰ Madrid bot die Gelegenheit, den westlichen Friedensbewegungen das ernsthafte Interesse Moskaus an Rüstungskontrollverhandlungen zu demonstrieren und einen Keil zwischen Reagan und seine westeuropäischen Partner zu treiben. Im Frühjahr befand sich die KSZE daher in einer paradoxen Situation. Die USA konnten Madrid nicht abbrechen, um die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses nicht zu gefährden. Moskau musste am Konferenz-tisch sitzen bleiben, um eben diesen Nachrüstungsbeschluss zu verhindern und ein KAE-Mandat zu erreichen. Die Trumpfkarte des Auswärtigen Amts und seiner westeuropäischen Verbündeten begann zu stechen, wenngleich das Spiel noch nicht entschieden war.

Ein Kompromisspapier der N+N-Staaten (RM-39 Revised) und ein amerikanisch-sowjetischer Deal ebneten schließlich den Weg aus der Sackgasse. US-Delegationsleiter Kampelmann forderte die Freilassung einiger prominenter Dissidenten und versprach im Gegenzug die Zustimmung Washingtons zum KAE-Mandat. Andropow erklärte sich mit dieser Absprache einverstanden und Kampelmann gewann daraufhin gemeinsam mit seinem bundesdeutschen Amtskollegen, Jörg Kastl, den neuen spanischen Premierminister und Gastgeber der Konferenz, Felipe González, dafür, Mitte Juni das konsensfähige Papier zur Abstimmung zu stellen. Das KSZE-Schlussdokument von Madrid, das die Außenminister der Teilnehmer-

³²⁸ Vgl. Selva, *The Superpowers and the Conference on Security and Cooperation in Europe*, S. 46. Vgl. außerdem *Télégramme de Bonn à Paris le 12 octobre 1982, Objet: Pologne*, in: AMAE, *Direction d'Europe, sous-série Pologne*, 1930INVA/5427. Auch das Foreign Office warb in Washington für eine flexiblere amerikanische Haltung in KSZE-Fragen. Vgl. dazu Telegram No. 209240 from Secretary of State, Shultz, to US Mission, Brussels (NATO), July 28th 1982, Subject: FRG Demarche on allied response to Polish events, CSCE, unter URL: <http://foia.state.gov/Search/results.aspx?searchText=csce&beginDate=19820501&endDate=19820801&publishedBeginDate=&publishedEndDate=&caseNumber=> (Stand: 13. 11. 2014).

³²⁹ Vgl. zum Folgenden Selva, *The Superpowers and the Conference on Security and Cooperation in Europe*, S. 47–57.

³³⁰ Vgl. ebd., S. 32.

staaten am 8. September 1983 unterzeichneten, enthielt das von den Westeuropäern so vehement geforderte Mandat für eine „Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa“ (KVAE), deren Vorbereitungen bereits Ende Oktober begannen.

Angesichts der bevorstehenden Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses und der damit bevorstehenden sicherheitspolitischen „Eiszeit“ zwischen Ost und West war es für den Entspannungsprozess umso entscheidender, dass mit der KVAE ein multilaterales, blockübergreifendes Kommunikationsforum fortbestand. Im Januar 1984, rund acht Wochen nachdem die ersten amerikanischen nuklearen Mittelstreckenraketen auf bundesdeutschem Territorium stationiert wurden, eröffneten die Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten in Stockholm die KVAE. In einer gemeinsamen Sitzung der CDU/CSU- und FDP-Fraktion berichtete Genscher anschließend vom erfolgreichen Verlauf der Auftaktveranstaltung.³³¹ Erstaunlich offen und verhandlungsbereit hätten sich beide Supermächte in Stockholm präsentiert. Um Moskau nach all den Drohgebärden den Weg an den Verhandlungstisch zu erleichtern, hätten sowohl Reagan als auch der NATO-Rat hervorgehoben, dass die Sowjetunion weiterhin als Weltmacht akzeptiert werde.

Mit ihrer blockübergreifenden, multilateralen Infrastruktur bot die KVAE Washington und Moskau die Möglichkeit, ohne internationalen Prestigeverlust am Verhandlungstisch zusammenzukommen und ihre rüstungspolitische Sprachlosigkeit zu überwinden. In Genschers entspannungspolitischen Strategie der Deeskalation durch Kommunikation hatte sich der KSZE-Prozess als wichtiges diplomatisches Instrument bewährt und barg zugleich Chancen für eine neue Dynamisierung der Ost-West-Beziehungen.

4. Konsenspolitik für den Frieden? Genscher und die Unionsparteien zwischen Umarmung und Abgrenzung

Die Proteste der polnischen Arbeiter und das Danziger Abkommen im Sommer 1980 platzten mitten in die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes. Für die Unionsparteien unter ihrem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß bot sich nach der Afghanistan-Krise nun zum zweiten Mal die Chance, die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition an den Pranger zu stellen. CDU und CSU rückten in der Öffentlichkeit deshalb die Frage in den Vordergrund, ob es moralisch vertretbar sei, dass die Bundesregierung ein bankrotttes kommunistisches Regime durch Wirtschaftshilfe und Kreditabkommen umfangreich stützte. Dieser Vorwurf der Kollaboration war für Schmidt und Genscher angesichts ihres nachdrücklichen Einsatzes für wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen an Polen in der Tat schwer zu entkräften. Allerdings stand auch die Union vor einem Dilemma. Sollte es noch vor der Bundestagswahl zu einer militärischen Intervention sowjetischer Truppen in

³³¹ Vgl. Vermerk des Referenten für Außen- und Deutschlandpolitik im Arbeitskreis I der FDP-Bundestagsfraktion, Wilfried Rupprecht, für Wolfgang Mischnick vom 27. 01. 1984, Betr.: Gemeinsames Treffen der Arbeitskreise I von CDU/CSU und F.D.P.-Fraktion auf Einladung von BM Genscher am 26. 01. 1984, in: AdL, Bestand Mischnick, A41-140.

Polen kommen, könnte dies als endgültiges Scheitern der sozial-liberalen Ostpolitik seit 1969 interpretiert werden, was die Chancen des bayerischen Ministerpräsidenten auf das Bundeskanzleramt vermutlich schlagartig erhöht hätte. Dennoch konnte auch Strauß kein Interesse an einer gewaltsamen Eskalation in Polen haben. Er musste also den politischen Druck auf Schmidt wohl dossieren. Weder sollte eine Eskalation durch unbedachte öffentliche Äußerungen herbeigeredet werden, noch durfte ein friedlicher Verlauf wie ein Erfolg der Bundesregierung aussehen.³³² Die Wahlkampfstrategie der Unionsparteien ging indes nicht auf und so votierte die Mehrheit der westdeutschen Wähler am 5. Oktober für eine Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition.

Nach der Konstituierung des neuen Deutschen Bundestages Anfang November befasste sich der Auswärtige Ausschuss am 17. Dezember 1980 erstmals mit der Polen-Krise. Die unmittelbare Gefahr eines sowjetischen Einmarsches im Umfeld des Warschauer-Pakt-Gipfels lag bei der Tagung des Ausschusses bereits zwei Wochen zurück. Genscher berichtete im Ausschuss über die Abstimmung der Bundesregierung mit ihren Bündnispartnern auf der NATO-Herbstministerkonferenz, die wenige Tage zuvor stattgefunden hatte.³³³ Bonn habe sich im Falle einer Intervention Moskaus gegen einen mechanischen Reaktionskatalog ausgesprochen, um gegebenenfalls flexibel reagieren zu können. Anschließend erläuterte er die bundesdeutsche Strategie aus politischer Zurückhaltung und wirtschaftlicher Hilfe mit dem Ziel, ein sowjetisches Eingreifen zu verhindern. Es fällt auf, wie stark Genscher die „nahtlose Übereinstimmung“³³⁴ der NATO-Partner, insbesondere zwischen Bonn und Washington, betonte und die Notwendigkeit für die Bundesrepublik unterstrich, sich von diesem Konsens nicht zu entfernen.

„Das Gewicht der Bundesrepublik Deutschland wird immer nach seinem Gewicht im westlichen Bündnis und nicht nach der Zahl seiner Differenzen mit den westlichen Partnern beurteilt werden. [...] Mit anderen Worten: Die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten wird auch in der Zukunft ganz entscheidend sein. [...] ich glaube, nichts wäre gefährlicher, als wenn wir unsere Interessen abweichend von den Interessen der anderen Partner definieren würden.“³³⁵

Die Argumentation Genschers verlief also nach demselben stereotypen Muster, das bereits in der Afghanistan-Krise erkennbar geworden war. Zunächst verdeutlichte er die bereits getroffenen, vom Ausschuss unbeeinflussten und durch die offiziellen

³³² Vgl. dazu auch die Einschätzungen des britischen FCO, das die Auswirkungen der polnischen Krise auf den deutschen Wahlkampf genau beobachtete: Letter from Cameron, British Embassy at Bonn, to Battiscombe, East European and Soviet Department of the FCO, August 22nd 1980, Subject: FRG-Polish relations, in: TNA, FCO 28/4143; Letter from Goodall, British Embassy at Bonn, to Gladstone, Western European Department of the FCO, September 5th 1980, Subject: The Polish Crisis and Ostpolitik, in: TNA, FCO 28/4162, und Letter from Gladstone, Western European Department of the FCO, Fergusson, Superintending Under-Secretary of the Eastern Europe and Soviet Department of the FCO, September 6th 1980, Subject: The Polish Crisis and Ostpolitik, in: TNA, FCO 28/4162.

³³³ Vgl. Protokoll der 2. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 17. 12. 1980, in: BT ParlA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss.

³³⁴ Ebd., S. 19.

³³⁵ Ebd., S. 14f.

Kommunikés und Pressemitteilungen der NATO im Großen und Ganzen bereits bekannten Vereinbarungen der Verbündeten. Hinter diesen intergouvernementalen Konsens könne die Bundesregierung nun nicht mehr zurücktreten, um die eigene Glaubwürdigkeit sowohl gegenüber den Allianz-Partnern als auch gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten nicht zu unterminieren. Der Handlungsspielraum der Bundesregierung berechne sich nach der Geschlossenheit im westlichen Bündnis, die vom Ausschuss, dem Bundestag und der Opposition nicht gefährdet werden dürfte. Bereits zu diesem Zeitpunkt setzte Genscher eine grundlegende Kritik an der Polenpolitik der Bundesregierung gleich mit der bewussten und verantwortungslosen Spaltung der Allianz. Von keiner der im Ausschuss vertretenen Parteien kam zur Doppelstrategie der Bundesregierung aus politischer Zurückhaltung und wirtschaftlicher Unterstützung Widerspruch. Die ganze Sitzung glich weniger einem konstruktiven Meinungsaustausch als einer reinen Informationsveranstaltung Genschers, die durch einige wenige Rückfragen ergänzt wurde. Den gleichen Eindruck vermittelte die nächste Ausschusssitzung rund fünf Wochen später, bei der neben Staatssekretär van Well auch Vertreter des BND und des Bundesverteidigungsministeriums anwesend waren, um ihre Einschätzung der Lage kundzutun.

Dieselbe Informations- und Argumentationsstrategie verfolgte Genscher gegenüber FDP und SPD. In den Fraktionssitzungen informierte er in groben Zügen über seine diplomatischen Gespräche, verwies auf den Nachdruck, mit dem er die sozial-liberale Position erfolgreich vertreten habe, und unterstrich die Übereinstimmung der Bundesregierung mit den westlichen Verbündeten. Eine echte Diskussion fand in diesen Fraktionssitzungen nicht statt. Eine darüber hinausgehende Unterrichtung der zuständigen Fraktions- und Parteigremien der FDP, dem außenpolitischen Arbeitskreis und dem Bundesfachausschuss, erfolgte nicht. Deren Mitglieder, die zugleich die außenpolitischen Experten ihrer Fraktion und als solche Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses waren, blieben also zunächst auf die überblicksartigen Darstellungen Genschers als einzige unveröffentlichte regierungsamtliche Quelle angewiesen.³³⁶ In den unmittelbar nach den Fraktionssitzungen anberaumten Beratungen des Auswärtigen Ausschusses hatten die Regierungsmitglieder somit einen nur sehr begrenzten Informationsvorsprung gegenüber der Opposition.³³⁷ Dort gab Genscher beziehungsweise seine Staatssekretäre – unter Ausschluss der Öffentlichkeit und bei wechselnden Geheimhaltungsstufen – weitere Details der aktuellen Entwicklung bekannt.³³⁸ Doch

³³⁶ Im weiteren Verlauf der Krise besuchten Parlamentarier aller Parteien Polen, um sich ein persönliches Bild machen zu können (deutsch-polnischer Parlamentarieraustausch). Zu diesem frühen Zeitpunkt aber konnten die Fraktionen noch nicht auf eigene Erkenntnisse zur aktuellen Lage zurückgreifen.

³³⁷ Vgl. beispielsweise den Bericht Genschers in der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 17.03.1981, in: AdSD, SPD-Bundestagsfraktion, 2/BTFI000015, und sein Bericht vor der FDP-Bundestagsfraktion am 17.03.1981, in: AdL, Bestand Mischnick, A41-68.

³³⁸ Im Gegensatz zu den beamteten Staatssekretären des Auswärtigen Amts bezeichnet Jürgen von Oertzen die Parlamentarischen Staatssekretäre/Staatsminister als „Zwitterwesen“, da sie sowohl Mitglieder des Parlaments als auch des Ministeriums seien und somit dem Grundsatz der Gewaltenteilung widersprächen. Vgl. von Oertzen, Das Expertenparlament, S. 159.

auch hier fanden keine meinungsbildenden Diskussionen statt. Etwa zwei Drittel der Sitzungen nahmen die Berichte des Auswärtigen Amts ein, die verbleibende Zeit wurde durch inhaltliche Rückfragen ausgefüllt.³³⁹ Die Vertreter des Auswärtigen Amts gaben wiederholt an, in dieser oder jener konkreten Einzelfrage nicht ausreichend unterrichtet zu sein, versicherten jedoch, entsprechende Informationen einzuholen und diese dann an den Ausschuss weiterzuleiten.³⁴⁰ Es nimmt daher nicht wunder, dass die Motivation bei den Regierungsparteien, an den Ausschusssitzungen teilzunehmen, nur begrenzt vorhanden war. Der Ausschussvorsitzende, Rainer Barzel, bemängelte deshalb immer wieder, dass die Fraktionen von SPD und FDP im Ausschuss regelmäßig schwach vertreten waren, und rief zu stärkerer parlamentarischer Beteiligung der sozial-liberalen Koalition auf.³⁴¹

Die Verärgerung über Genschers selektive Informationspolitik ließ nicht lange auf sich warten und sie kam nicht nur von der CDU/CSU-Fraktion und vom Koalitionspartner SPD, sondern auch von der FDP. Während Helmut Schäfer, außenpolitischer Sprecher der Fraktion, Vorsitzender des Arbeitskreises und stellvertretender Vorsitzender des BFA 1, noch dezent nachfragte, ob es nicht möglich wäre, dem Ausschuss weitere Daten zukommen zu lassen,³⁴² wurde Horst Ehmke, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, mit seiner Kritik bereits deutlicher:

„Herr Vorsitzender, ich möchte zunächst zu Ihrer Ankündigung, wir würden hier einmal eine Diskussion führen, sagen, dass ich das nur begrüßen würde, wenn wir hier etwas mehr Diskussion und etwas weniger langweilige Informationsstunde hätten, was nicht gegen das Haus geht. [...] Es gibt hier immer [...] ein Ritual: Das Auswärtige Amt und soundso viel Behörden machen eine Berichterstattung und gehen nach Hause, wir tauschen Parteimeinungen aus; ein Hearing findet nicht oder ganz selten statt, eine Diskussion findet nicht statt. Ich kann nur begrüßen, wenn wir wirklich einmal eine Sitzung dafür nehmen, und dann auch nicht eng nach Parteigrenzen gehen, denn das wissen wir alle, sondern einmal untereinander reden, damit auch die Nuancen herauskommen.“³⁴³

³³⁹ Bezeichnenderweise wurde der Besuch des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, in der Sitzung vom 28. 10. 1981 von den Ausschussmitgliedern als herausragendes Ereignis empfunden und das, obwohl dieser lediglich eine Beschreibung der Lage vor Ort vornahm. Vgl. Protokoll der 20. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 28. 10. 1981, in: BT ParLA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss.

³⁴⁰ Vgl. beispielhaft Protokoll der 7. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 01. 04. 1981, in: BT ParLA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 40. Auch diese nachträgliche Unterrichtung erfolgte oft nur schleppend oder gar nicht, vgl. die Unmutsäußerung von Köster (CDU/CSU-Fraktion), in: Protokoll der 16. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 16. 09. 1981, in: BT ParLA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 79.

³⁴¹ So kritisierte Barzel die „Nullanwesenheit“ der Koalition. Vgl. Protokoll der 6. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 18. 03. 1981, in: BT ParLA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 5. Zur Problematik mangelhafter Anwesenheit bei Ausschuss-Sitzungen vgl. auch Carl-Christoph Schweitzer, Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages im außenpolitischen Entscheidungssystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B19 (1980), S. 3–24, hier: S. 19.

³⁴² Vgl. Protokoll der 7. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 01. 04. 1981, in: BT ParLA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 40.

³⁴³ Protokoll der 16. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 16. 09. 1981, in: BT ParLA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 88 f.

Auch Graf Stauffenberg (CSU) machte seinem Ärger am 27. Mai 1981 schließlich unverhohlenen Luft:

„Das große Problem, mit dem wir es, und zwar nicht nur heute, sondern allgemein zu tun haben [...], ist, dass wir uns hier im Auswärtigen Ausschuss bemühen, Informationen zu bekommen, und wir wissen, dass wir sie nicht kriegen. Das, was wir an Informationen kriegen, können wir ohne Schwierigkeiten auch überall sonst kriegen. [...] Warum ist es in diesem Ausschuss nicht möglich, unter ‚vertraulich‘, ‚geheim‘ oder weiß der Teufel was die Informationen so zu kriegen, dass wir uns hier ein Bild machen können? [...] Für uns sind die Informationen, die uns hier gegeben werden, völlig uninteressant, mit ganz, ganz wenigen Ausnahmen völlig uninteressant, was ihren Inhalt angeht, ihren Informationswert. Für uns sind sie nur in der politischen Frage interessant: Was will die Bundesregierung, dass wir glauben? Was will die Bundesregierung, dass sozusagen weiterkommuniziert wird?“³⁴⁴

Der Ärger über die mangelnde inhaltliche Information des Auswärtigen Amtes stand in krassem Gegensatz zur Zahl der Sitzungen, die sich mit der Polen-Krise befassten. Mit Ausnahme der parlamentarischen Sommerpause debattierte der Ausschuss durchschnittlich fast einmal pro Monat über Polen – deutlich häufiger als der Bundestag.³⁴⁵ Die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion versuchten vergeblich, durch ihre Kritik an konkreten Einzelmaßnahmen der Bundesregierung, etwa den Prinzipien der Kreditvergabe oder den Transportmodalitäten der EG-Nahrungsmittelhilfe, Profil zu gewinnen.³⁴⁶ Echte Gegenvorschläge, geschweige denn ein Alternativkonzept waren jedoch nicht zu erkennen.

Interessant waren allerdings die Diskussionen über die Reformierbarkeit sozialistischer Systeme. Punktuell zeichneten sich dabei Gesprächssituationen ab, die von dem Frage- und Antwortspiel zwischen Auswärtigem Amt und Ausschussmitgliedern abwichen. So merkte der stellvertretende Vorsitzende des außenpoli-

³⁴⁴ Protokoll der 11. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 27.05.1981, in: BT ParLA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 50f. Die Problematik der schlechten Informationspolitik Genschers wurde wiederholt auch Gegenstand von Sitzungen der CDU/CSU-Fraktion bzw. ihrer außenpolitischen Arbeitsgruppe. Vgl. beispielsweise das Kurzprotokoll der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion vom 16.06.1981, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-072/1.

³⁴⁵ Von insgesamt 43 Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses in der 9. Wahlperiode beschäftigten sich 19, also knapp die Hälfte, ausführlich mit der Lage in Polen: 2. Sitzung vom 17.12.1980; 3. Sitzung vom 21.01.1981; 4. Sitzung vom 11.02.1981; 5. Sitzung vom 18.02.1981; 7. Sitzung vom 01.04.1981; 13. Sitzung vom 24.06.1981; 16. Sitzung vom 16.09.1981; 20. Sitzung vom 28.10.1981; 22. Sitzung vom 25.11.1981; 26. Sitzung vom 17.12.1981; 27. Sitzung vom 13.01.1982; 28. Sitzung vom 10.02.1982; 29. Sitzung vom 03.03.1982; 30. Sitzung vom 10.03.1982; 33. Sitzung vom 12.05.1982; 35. Sitzung vom 16.06.1982; 36. Sitzung vom 23.06.1982; 39. Sitzung vom 27.10.1982 und 42. Sitzung vom 02.12.1982. Von diesen 19 Sitzungen war Genscher in zehn persönlich anwesend (Sitzung 2, 7, 20, 22, 26, 27, 28, 30, 33, 42), in allen weiteren wurde er von seinen Staatssekretären bzw. Staatsministern vertreten. Der Bundestag führte zwei große Debatten zur Polen-Krise am 18.12.1981 und 14.01.1982, also in den ersten fünf Wochen nach der Verhängung des Kriegsrechts. Hinzu kam eine kurze Aussprache über die Forderung nach Freilassung des Gewerkschaftsführers Lech Wałęsa am 16.06.1982. Vgl. dazu BT ParLA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, Protokolle.

³⁴⁶ Vgl. dazu beispielsweise Protokoll der 5. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 18.02.1981 und Protokoll der 16. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 16.09.1981, in: BT ParLA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 11–16.

tischen Arbeitskreises der FDP-Fraktion, Guido Brunner, am 17. Dezember 1980 relativ skeptisch an, die von Genscher eingeschlagene Strategie der Zurückhaltung setze implizit voraus, dass eine dauerhafte Duldung einer politischen Opposition durch Warschau und Moskau vorstellbar sei. Aber „wird das möglich sein, ist ein solcher Grad des Wandels innerhalb eines solchen Systems denkbar?“³⁴⁷ Vorsichtig-optimistisch äußerte sich Georg Leber (SPD): Falls die Sowjetunion nicht intervenieren sollte, könne eine neue Struktur des kommunistischen Herrschaftssystems entstehen. „Das ist eine totale Wandlung, die zum erstenmal sichtbar wird – wir stehen ja mitten in dem Prozess –, seit es sowjetische Politik, seit es Kommunismus gibt.“³⁴⁸ Ähnlich und fast hoffnungsvoll gestimmt meinte Lebers Fraktionskollege Peter Reuschenbach: Zwar sei die Entwicklung nicht absehbar, aber prinzipiell könne man sich auch vorstellen,

„dass sich am Ende eine halbdemokratische Gesellschaft in Polen entwickle, die ökonomischen Verhältnisse kommen wieder in Ordnung, und die Gewerkschaft ‚Solidarität‘ macht da ihre Sache wie eine richtige Gewerkschaft. Außerdem gäbe es Meinungs- und Pressefreiheit. Wenn ein solcher Punkt einträte, würde es erstmals richtig spannend, wenn ein solcher anziehend wirkender neuer Staat mit neuem Inhalt sich in diesem Imperium auftut.“³⁴⁹

Herbert Czaja von der CDU/CSU-Fraktion verwies hingegen darauf, dass sich „der sowjetische Expansionismus“ offensichtlich in einer wirtschaftlich und gesellschaftlich recht aussichtslosen Lage befinde, was gegebenenfalls erhebliche Gefahren berge. Wenn in Polen und Osteuropa die Grundsätze der Nachkriegsordnung ins Gleiten kämen, könnte sich Moskau zu „massiven Abschreckungsschritten“ gezwungen sehen.³⁵⁰ Umfassende demokratische Reformen in Polen ohne gewaltsame Eskalation und einen Umsturz des Regimes hielten die Abgeordneten von CDU und CSU für nahezu unmöglich. Für sie stand deshalb die Frage im Vordergrund, inwiefern sich die Sicherheitslage Westeuropas durch die Entwicklungen in Polen – ob nun mit oder ohne unmittelbare sowjetische Invasion – verändern werde.³⁵¹ Die Dominanz des sicherheitspolitischen Diskurses, dessen Intensität nach der Verhängung des Kriegsrechts nochmals zunahm, zeigte sich auch in den Sitzungen der Unionsfraktion, wo die Lage in Polen stets in einem Atemzug mit dem NATO-Doppelbeschluss, dem Anschwellen der Friedensbewegungen und der drohenden Spaltung der Allianz genannt wurden.³⁵²

³⁴⁷ Protokoll der 2. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 17. 12. 1980, in: BT ParlA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 26.

³⁴⁸ Ebd., S. 33 f.

³⁴⁹ Protokoll der 3. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 21. 01. 1981, in: BT ParlA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 74 f. Auch nach der Verhängung des Kriegsrechts blieb die SPD-Fraktion bei ihrer Haltung, dass auf eine Demokratisierung Polens durch Reformen gesetzt werden müsse. Vgl. dazu Sitzung des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion vom 16./17. 12. 1981, in: AdSD, SPD-Bundestagsfraktion, 2/ BTFI000039.

³⁵⁰ Protokoll der 28. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 28. 10. 1981, in: BT ParlA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 80.

³⁵¹ Vgl. dazu auch Protokoll der 3. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 21. 01. 1981, in: BT ParlA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 63–65.

³⁵² Vgl. beispielsweise Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 12. 01. 1982, in: ACDP, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 08-001-1066/1.

Genscher selbst stimmte generell zu, dass in Polen Entwicklungen eingeleitet würden, die in ihrer Nachhaltigkeit nicht mit den Unruhen von 1953, 1956 und 1968 vergleichbar seien. „Das ist dieses Mal ein übergreifender Prozess, auch wenn das zunehmend zunächst [sic!] überhaupt nicht in dieser Form deutlich wird. In der Tat liegt da ein Unsicherheitsfaktor.“³⁵³ Diese Aussage Genschers war in ihrer Allgemeinheit prinzipiell mit der Haltung der Sozialdemokraten ebenso kompatibel wie mit den Stellungnahmen der Unionsfraktion. Insgesamt aber überwog auch bei den Liberalen tendenziell eine skeptische Lagebeurteilung, die an den Analysen des Auswärtigen Amts ausgerichtet war.

In einer Sitzung des außenpolitischen Bundesfachausschusses der FDP im April 1981 erläuterte Wolfgang Schollwer, ostpolitischer Experte der FDP im Planungstab des Auswärtigen Amts, seine Einschätzung. Die wachsende politische Instabilität des sowjetischen Herrschaftsgebiets und die Erosionserscheinungen an seinen „Rändern“ stellten seiner Meinung nach eine ernstzunehmende Gefahr für den Frieden dar. „Der Niedergang eines Imperiums vollzieht sich nicht ohne tiefe Erschütterungen in der gesamten Weltpolitik.“³⁵⁴ Schollwer betrachtete einen möglichen Kollaps des Kommunismus nicht in erster Linie als Sieg von Freiheit und Demokratie westlicher Prägung, sondern als Gefahr für die Sicherheit Westeuropas und den Frieden in der Welt.³⁵⁵ Die FDP argumentierte – für eine liberale Partei durchaus überraschend – nicht mit dem Begriff der Freiheit, sondern passte sich der intergouvernemental konzipierten Deeskalationsstrategie Genschers an.

Dessen intensiver Kommunikationspolitik mit den kommunistischen Machthabern standen die Unionsparteien misstrauisch gegenüber. In einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die sich mit Genschers Moskau-Reise im Frühjahr 1981 beschäftigte, artikulierten die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion reflexhaft ihre Sorge vor einer zu weitgehenden Annäherung Bonns an den Kreml – und damit zugleich der Gefahr einer politischen Abkoppelung von den USA.³⁵⁶ Genscher berichtete von seinen ausführlichen Gesprächen mit Breschnew und Gromyko, die von „einer wirklich sachlichen und von Schärfen freien Atmosphäre“³⁵⁷ geprägt gewesen seien. Die Gespräche hätten bestätigt, dass die wirtschaftliche und politische Stabilisierung Polens sowohl im Interesse Bonns als auch im Interesse Moskaus sei, das selbst nicht die nötigen ökonomischen Mittel aufbringen

³⁵³ Protokoll der 2. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 17. 12. 1980, in: BT ParLA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 51.

³⁵⁴ Ergebnisprotokoll der 6. Tagung des Bundesfachausschusses für Außen-, Deutschland- und Europapolitik (BFA 1) der FDP vom 08. 04. 1981, Anhang IV: Referat von Wolfgang Schollwer „Zustand und Zukunft der Ost-West-Beziehungen und die Möglichkeiten zur Weiterführung der Entspannungspolitik“, S. 7, in: AdL, FDP-Bundespartei, BFA Außenpolitik, A44-35.

³⁵⁵ Vgl. dazu auch Ergebnisprotokoll der 2. Sitzung des F.D.P.-BFA 1 am 29./30. 01. 1982 in der Theodor-Heuss-Akademie Gummersbach, Anhang II: Perspektiven der Friedens- und Entspannungspolitik in Europa für Europa, Referat von Wolfgang Schollwer, in: AdL, FDP-Bundespartei, BFA Außenpolitik, A44-37.

³⁵⁶ Vgl. Protokoll der 8. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 08. 04. 1981, in: BT ParLA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss.

³⁵⁷ Ebd., S. 5.

könne. Wegen dieser Andeutung einer deutsch-sowjetischen Interessengemeinschaft warf Carl Otto Lenz (CDU/CSU) dem deutschen Außenminister entrüstet gefährlichen „Etikettenschwindel“ vor und bezichtigte ihn der Zusammenarbeit mit Moskau auf Kosten des polnischen Volkes. Genscher konterte daraufhin betont nüchtern und sachlich: „Wenn man sich bewusst ist, dass die Zielsetzungen der Stabilisierung unterschiedlich sind, dann kann sehr wohl ein gemeinsames Interesse an der Stabilisierung bestehen. Es kann darin bestehen, dass man im Augenblick keine Konfrontation will.“³⁵⁸ Er gestand Breschnew damit ein rationales Interesse am Frieden zu, während die Unionsparteien eine zu weitreichende Kooperation mit einem ideologischen Gegner, der Freiheits- und Menschenrechte mit Füßen trat, als illegitim disqualifizierten. In dieselbe Kerbe schlug die Kritik der Opposition an Genschers intensiver Dialogpolitik mit Warschau und dem Besuch des Bundeskanzlers in der DDR Mitte Dezember 1981. Die Entscheidung Helmut Schmidts, trotz der Verhängung des Kriegsrechts in Polen sein Treffen mit Honecker nicht abzuberechnen, und sein fatales Statement gegenüber der Presse lösten eine Welle der Kritik in der westdeutschen Öffentlichkeit aus. Für die Union kam dieser mediale Patzer des Kanzlers wie gerufen.

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß warf Schmidt „politische Instinktlosigkeit und Unredlichkeit“ vor. Während in Polen das Kriegsrecht verhängt worden sei, bleibe der Bundeskanzler Gast des „Ostblock-Regimeführers, der seit Monaten am schärfsten zu einer harten, notfalls auch gewalttätigen Reaktion gegen ‚Solidarität‘ aufgerufen“ habe.³⁵⁹ Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Alois Mertes, bezeichnete es als einen der deprimierendsten Vorgänge der jüngsten deutsch-polnischen Geschichte, dass der Bundeskanzler sich in den gleichen Begriffen geäußert habe wie der DDR-Staats- und Parteichef.³⁶⁰ In der Bundestagsdebatte vom 18. Dezember 1981 griff Oppositionsführer Helmut Kohl den Kanzler entsprechend scharf an:

„Wenn eine frei gegründete Gewerkschaft [...] mit brutalen Terrormethoden unterdrückt wird, wenn Zehntausende, viele Zehntausende praktisch in Konzentrationslager eingeliefert werden, [...] wenn Menschen wegen ihrer Gesinnung ermordet und erschossen werden – dann, Herr Bundeskanzler, muss man schon begründen, warum man sich so oder so verhält. Das ist doch keine Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder [...]“.³⁶¹

³⁵⁸ Ebd., S. 37.

³⁵⁹ Strauß: Diese Planung ist blanker Zynismus, in: *Die Welt* Nr. 290 vom 14. 12. 1981, S. 4.

³⁶⁰ Legitimitätskrise des Systems in Polen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. 12. 1981. Zur Kritik der CDU/CSU an Bundeskanzler Schmidt vgl. außerdem: Schmidt berichtet dem Bundestag, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 288 vom 15. 12. 1981, S. 1 f.; Schmidt: Große Sorge wegen Polen, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 288 vom 15. 12. 1981, S. 5; Gipfeltreffen Schmidt/Honecker in der Schorfheide: Die Nachricht aus Warschau wirkte wie eine kalte Dusche, in: *Die Welt* Nr. 290 vom 14. 12. 1981, S. 4, und Blüm: Solidarität ist Pflicht zur Einmischung, in: *Die Welt* Nr. 293 vom 17. 12. 1981, S. 3.

³⁶¹ 74. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 18. 12. 1981, in: *Deutscher Bundestag* (Hrsg.), *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte*, 9. Wahlperiode, Bd. 120, Bonn 1982, S. 4289–4320, hier: S. 4296. Vgl. dazu auch Klein (CDU/CSU-Fraktion) in der 76. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 14. 01. 1982, in: *Deutscher Bundestag* (Hrsg.), *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte*, 9. Wahlperiode, Bd. 120, Bonn 1982, S. 4433–4438.

Zwar erklärten auch die Christdemokraten, man hoffe darauf, dass das polnische Volk die Krise aus eigener Kraft überwinden werde, verwiesen jedoch auf „versteckte Formen massiver sowjetischer Einmischung“³⁶² in die inneren Angelegenheiten Polens.

Trotz dieser demonstrativen und öffentlichkeitswirksamen Entrüstung der Unionsfraktion misslang der Versuch, aus der Haltung Schmidts unmittelbares parteipolitisches Kapital zu schlagen, was unter anderem auf das geschickte parlamentarische Agieren Genschers zurückzuführen war. In einer Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses am 17. Dezember 1981 hatte Genscher ausführlich den Verlauf der polnischen Entwicklungen, die momentane Informationslage vor Ort und seine bisherigen diplomatischen Tätigkeiten dargelegt. Besonders Letztere wusste er wirkungsvoll hervorzuheben, indem er seine (zeit)intensive Dialogpolitik mit Warschau, Moskau, Prag³⁶³ und die Abstimmungsversuche im Rahmen von EG und NATO erläuterte. Der mühsam erzielte Kompromiss der Westeuropäer dürfe von der Union nun nicht durch innenpolitische Profilierungssucht zerstört werden, schließlich müsse der Westen ein Signal der Entschlossenheit an den Ostblock senden. In diesem Sinne warb Genscher abschließend dafür, in der am nächsten Tag stattfindenden Plenardebatte des Bundestages eine Gemeinsame Entschließung aller Fraktionen zur Lage in Polen zu verabschieden:

„[...] im Deutschen Bundestag wird sich die Bundesregierung natürlich in der bisherigen Linie äußern. Dann muss jeder selbst abwägen, ob er, wenn er die Motive der Regierung für ihr Verhalten kennt, sagt: ‚Jetzt werde ich die Regierung mal in eine schwierige Lage bringen‘, oder ob er sagt, dass wir im Augenblick, wie immer wir stehen und wie immer wir die Vergangenheit beurteilen, ein gemeinsames Ziel haben. Das gemeinsame Ziel ist für mich auch ein nationales Ziel, nämlich das bisschen, das wir an Mitteln an der Hand haben, einzusetzen, damit wir dem uns wirklich nahestehenden polnischen Volk im Rahmen des Möglichen helfen können, in dem Wissen, dass hinter diesem Land eine Großmacht liegt, die andere Vorstellungen von Freiheit und Demokratie hat, als wir sie haben.“³⁶⁴

Dieses Plädoyer zeigte die beabsichtigte Wirkung. Sowohl der Ausschussvorsitzende, Rainer Barzel, als auch der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Alois Mertes, plädierten für eine gemeinsame „Linie der Besonnenheit“.³⁶⁵ Tags darauf verabschiedete der Bundestag eine fraktionsübergreifende Entschließung, in welcher die Vorgehensweise des Jaruzelski-Regimes einhellig verurteilt wurde.³⁶⁶

³⁶² Legitimitätskrise des Systems in Polen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. 12. 1981.

³⁶³ Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek besuchte die Bundesrepublik vom 17.–19. 12. 1981 und führte Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt und Bundesaußenminister Genscher. Vgl. dazu Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt, vom 17. 12. 1981, in: AAPD 1981, Dok. 374, S. 1999–2001, und Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am 18. 12. 1981, in: AAPD 1981, Dok. 377, S. 2007–2019.

³⁶⁴ Protokoll der 26. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 17. 12. 1981, in: BT ParlA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 59.

³⁶⁵ Ebd., S. 64.

³⁶⁶ Vgl. 74. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 18. 12. 1981, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 9. Wahlperiode, Bd. 120, S. 4289–4320. Zum Wortlaut des Entschließungsantrags vgl. Drucksache 9/1220, URL: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/09/012/0901220.pdf> (Stand: 13. 11. 2014).

Während Genscher als parlamentarischer Mittler in Zeiten außenpolitischer Krisen glänzen konnte, hielt die Kritik der Opposition und der Medien am Bundeskanzler weiter an. Die SPD-Parteiführung versuchte unterdessen eine Sprachregelung zu finden, die einerseits das Vorgehen Schmidts rechtfertigen und andererseits die Partei aus der Defensive bringen sollte. Bereits am 16. Dezember hatte das SPD-Präsidium deshalb zwei getrennte Erklärungen abgegeben. Zu den Vorgängen in Polen wurde der Wunsch formuliert, das polnische Volk möge die Krise in eigener Verantwortung und ohne Blutvergießen meistern. Bezüglich des Treffens zwischen Schmidt und Honecker demonstrierten die Sozialdemokraten in einem zweiten Pressestatement Geschlossenheit:

„Das Präsidium dankt Bundeskanzler Helmut Schmidt dafür, dass er in einer schwierigen internationalen Situation ohne Vorbedingungen einen intensiven und freimütigen Meinungsaustausch mit dem anderen deutschen Staat geführt hat. Sozialdemokratische Deutschlandpolitik hat sich seit je her – verbunden mit dem [sic!] Namen Willy Brandt, Herbert Wehner und Helmut Schmidt – an der Notwendigkeit orientiert, die Deutschen in beiden Staaten in ihrem Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken, die – trotz aller Erfolge der Vertrags- und Entspannungspolitik – nach wie vor bestehenden Härten zu mildern und dafür zu arbeiten, dass vom [sic!] deutschen Boden nie wieder Krieg ausgehen kann.“³⁶⁷

Die SPD versuchte also, das zeitliche Zusammentreffen zwischen dem DDR-Besuch Schmidts und der Verhängung des Kriegsrechts in den Hintergrund treten zu lassen und stattdessen die deutschlandpolitische Zielsetzung des Gipfeltreffens zu betonen. Zugleich stellte man Letzteres in die Kontinuität des seit Ende der sechziger Jahre von der SPD dominierten Feldes der Deutschlandpolitik.

Genscher befand sich in einer deutlich besseren Ausgangsposition als der Kanzler. Erstens lag die Entscheidung, das Gipfeltreffen mit Honecker nicht abubrechen, in der alleinigen Verantwortung Helmut Schmidts – die diesbezügliche Kritik richtete sich folglich nahezu ausschließlich gegen den Bundeskanzler und nicht gegen den Außenminister. Zweitens war es Genscher gelungen, schneller und entschiedener auf die Entwicklung in Polen zu reagieren. Bereits am 14. Dezember, zu einem Zeitpunkt, als die SPD-Parteispitze noch mit ihrer parteiinternen Meinungsbildung beschäftigt war, veröffentlichte das FDP-Präsidium eine offizielle Stellungnahme zur Verhängung des Kriegsrechts und nahm damit die regierungsoffizielle Interpretation vorweg.³⁶⁸ Drittens führte Genscher parallel zu diesen innenpolitischen Verwerfungen seine aktive Dialogpolitik mit der polnischen Regierung fort und konnte sich in der Öffentlichkeit als internationaler Krisenmanager inszenieren, der in Momenten sicherheitspolitischer Gefährdungen mit den entscheidenden polnischen Stellen in Kontakt stand und die deutschen Interessen unmittelbar geltend machen konnte. Als kluger Schachzug erwies sich viertens, dass Rakowski bei seinem Besuch in Bonn am 30. Dezember 1981 auf ausdrücklichen Wunsch Genschers hin auch Gespräche mit Vertretern der drei

³⁶⁷ Schreiben des SPD-Parteivorstands an die Mitglieder des Präsidiums vom 07.01.1982, Betr.: Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 16. 12. 1981, in: AdSD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009467, S. 1 f.

³⁶⁸ Vgl. auch Bingen, Die Polenpolitik der Bonner Republik, S. 210.

Bundestagsfraktionen führte.³⁶⁹ Damit nahm er jenen Kritikern den Wind aus den Segeln, die im Dialog mit polnischen Regierungsvertretern einen Beleg für die Nachgiebigkeit Genschers gegenüber dem Jaruzelski-Regime erblickten. Es entstand der Eindruck, dass Bundesregierung und Opposition im selben Boot saßen, und Genscher konnte sich – entgegen der Kritik an seiner mangelhaften Unterrichtung des Auswärtigen Ausschusses – seiner vorbildlichen Informationspolitik und Transparenz gegenüber dem Parlament rühmen – was er in den Medien auch ausführlich tat.

Nichtsdestotrotz blieben der Öffentlichkeit die zunehmenden westeuropäisch-amerikanischen Differenzen und die drohende Isolierung Bonns innerhalb der NATO nicht verborgen. Umso mehr war Genscher auf die Rückendeckung des Bundestages angewiesen, der sich am 14. Januar erneut mit der Lage in Polen befasste. Am Tag zuvor warb Genscher in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses eindringlicher denn je um die Unterstützung der Opposition:

„Ich möchte hier mit großem Ernst sagen, dass wir uns, wie immer jemand zu etwas steht und wo er innenpolitisch steht, alle bewusst sein müssen: Es wird selten eine Bundestagsdebatte gegeben haben, die so wie die morgige international beachtet wird, nicht nur im Osten, nicht nur speziell in Polen, sondern – ich sage das mit besonderer Unterstreichung – auch im westlichen und verbündeten Ausland. Morgen entscheidet die Bundesrepublik Deutschland über ihre Position in dieser Welt, wo sie steht. [...] Hüten wir uns vor der Gefahr, aus einem Versagen des kommunistischen Systems eine Krise des Westens künstlich herbeizureden.“³⁷⁰

Genscher versuchte, die Verantwortung für die offensichtlichen Differenzen und das nur begrenzt koordinierte Vorgehen der Allianz der Opposition zuzuspielen, sollte diese nicht auf seinen Kurs einschwenken. Diesmal allerdings verhallte Genschers Appell ungehört. In der Sitzung der Unionsfraktion am 12. Januar hatte Kohl die politische Leitlinie ausgegeben, sich die internationale Kritik am Bundeskanzler, die Krise der NATO und die innere Zerrissenheit der SPD endlich zunutze zu machen:

„Wir haben eine großartige Chance durch die Gesamtentwicklung der letzten Monate – so bedrückend sie im Blick auf die polnischen Nachbarn ist – deutlich zu machen, dass eben die Stimme der Freiheit auch die Stimme der Sicherheit sein muss, und dass eben, wer wirklich Frieden will, auch den Preis zu zahlen hat.“³⁷¹

Damit traf Kohl den richtigen Ton gegenüber der Fraktion, in der sich inzwischen erheblicher Ärger gegenüber dem Außenminister angestaut hatte. Hans Huyn

³⁶⁹ Vgl. Aufzeichnung der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Betr.: Gespräch des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe 9, Abg. Dr. Mertes, mit dem stv. Ministerpräsidenten der VR Polen, Mieczysław Rakowski, am 30. 12. 1981, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-139/6, und Aufzeichnung über das Gespräch des stv. Parteivorsitzenden der SPD und Vorsitzenden des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jürgen Wischniewski, mit dem stv. polnischen Ministerpräsidenten Rakowski am 30. 12. 1981, in: AdsD, Willy-Brandt-Archiv, WBA/A.11.3/Mappe 50.

³⁷⁰ 27. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 13. 02. 1982, in: BT ParlA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 16f.

³⁷¹ Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 12. 01. 1982, in: ACDP, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 08-001-1066/1, S. 15.

(CSU) betonte, auf keinen Fall dürfe man sich von Genscher erneut durch irgendwelche Kompromissformeln in die Polenpolitik einbinden lassen.³⁷² Auch Graf Stauffenberg stimmte zu, dass die Gemeinsame EntschlieÙung vom 18. Dezember rückblickend falsch gewesen sei.³⁷³ Stattdessen beschloss die außenpolitische Arbeitsgruppe der Fraktion, von nun an die Sanktionsforderungen der Amerikaner öffentlich zu unterstützen. Die von Reagan angeregte Aktion, am 30. Januar 1982 einen weltweiten „Tag der Solidarität“ mit Solidarność zu veranstalten, müsse „von der CDU/CSU genutzt werden, um die Initiative in der Polenfrage wieder an sich zu reißen“.³⁷⁴

Der amerikanische Vorschlag zielte darauf ab, an diesem Tag parteipolitische, gewerkschaftliche, kirchliche und private Aktionen zu veranstalten, um dem polnischen Volk die Solidarität der westlichen Welt kundzutun. Die westlichen Staatshäupter sollten außerdem Fernsehstatements abgeben, um diese gemeinsam am 31. Januar weltweit auszustrahlen. Auf nachdrückliche Empfehlung Genschers schloss sich Bundeskanzler Schmidt der Aktion an und verlas eine entsprechende Stellungnahme vor den Kameras.³⁷⁵ Auf parteipolitischer Ebene beteiligte sich die SPD durch eine Podiumsveranstaltung mit Parteichef Willy Brandt und unterstützte die zahlreichen Veranstaltungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes.³⁷⁶ Die FDP rief ihre Jugendorganisation dazu auf, einen entsprechenden Beitrag der Solidarität zu leisten.³⁷⁷ CDU und CSU appellierten ebenfalls an ihre Partei- und Jugendorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen, Kundgebungen abzuhalten.³⁷⁸ Angesichts der Beteiligung aller Bundestagsparteien konnten die Unions-

³⁷² Vgl. Vermerk des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion, Rupert Dirnecker, für Prof. Abelein vom 18.01.1982, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-139/6.

³⁷³ Vgl. Aufzeichnung des Arbeitsgruppe 9 der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 03.02.1982, Betr.: Kurzprotokoll der Arbeitsgruppe Außenpolitik vom 02.02.1982, in: ACDP, Bestand CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 08-001-410/1.

³⁷⁴ Vermerk des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion, Rupert Dirnecker, für Prof. Abelein vom 18.01.1982, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-139/6, S. 2. Vgl. dazu auch die Diskussion innerhalb der Unionsfraktion: Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Nr.9/34 vom 18.01.1982, in: ACDP, Bestand CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 08-001-1066/1.

³⁷⁵ Vgl. Schreiben Genschers an Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 18.01.1982, in: BAArch, B 136/16678, und Schreiben des Leiters des Ref.012 Öffentlichkeitsarbeit im Auswärtigen Amt, Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler, vom 19.01.1982, Betr.: Tag der Solidarität mit dem polnischen Volk am 30.01.1982, hier: öffentliche Kundgebungen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132920.

³⁷⁶ Vgl. Schreiben des SPD-Bundesvorstands an die Mitglieder des Präsidiums vom 20.01.1982, Betr.: Protokoll der Präsidiumssitzung vom 18.01.1982 in Bonn, in: AdSD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009467, und Schreiben des Leiters der Abt. 2 des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Pfeffer, vom 21.01.1982, Betr.: „Solidaritäts“-Tag für Polen am 30.01.1982, hier: Zweiminuten-Erklärung des Bundeskanzlers im Fernsehen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132920.

³⁷⁷ Rede des Bundesministers der Freien Demokratischen Partei, Hans-Dietrich Genscher, zum „Tag der Solidarität mit Polen“ am 30.01.1982 in Hannover, freie demokratische Korrespondenz 19 (1982), in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132920.

³⁷⁸ Vgl. Schreiben des Leiters des Ref.012 Öffentlichkeitsarbeit im Auswärtigen Amt, Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler, vom 19.01.1982, Betr.: Tag der Solidarität

parteien auch aus dieser Aktion kein Alleinstellungsmerkmal entwickeln und keinen nachhaltigen Profit ziehen.³⁷⁹ Gleiches galt für den Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion, Geschenkpakete nach Polen kostenfrei zu versenden. Zwar wurde er vom Bundestag gebilligt, aber die Umsetzung des Antrags erfolgte durch die Bundesregierung, die Kosten trug das Auswärtige Amt – der Union blieb lediglich der Hinweis, dass die Initiative von ihr ausgegangen sei.

Insgesamt blieb es für CDU und CSU ausgesprochen schwer, sich von der Politik der Bundesregierung inhaltlich zu distanzieren und sich Genschers Strategie der Umarmung zu entziehen. Kohl und Strauß standen vor dem Dilemma, sich einerseits außenpolitisch überzeugend von SPD und FDP absetzen zu wollen und sich andererseits nicht zu stark vom Kurs Genschers zu entfernen, benötigte man ihn doch im Falle einer Regierungsübernahme als Koalitionspartner.³⁸⁰ Dies unterstrich eine Meinungsumfrage zur außenpolitischen Kompetenz von CDU/CSU im Vergleich zu der von SPD und FDP, die Alois Mertes dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger Anfang Juni 1982 vertraulich zukommen ließ.³⁸¹ Demnach sprachen die bundesdeutschen Wähler der Regierungskoalition in Fragen der Friedenspolitik deutlich mehr Kompetenz (43 Prozent) zu als der Opposition (22 Prozent). Dieser Vertrauensvorsprung gelte vor allem der Bündnis- und Ostpolitik von Bundeskanzler und Außenminister, nicht aber den sie tragenden Parteien SPD und FDP, so Mertes: „Sehr viele potentielle Wähler der Unionsparteien fürchten, dass bei einer Regierungsübernahme durch die CDU/CSU in der Außen- und Sicherheitspolitik eine starke Diskontinuität im Vergleich zu der von ihnen als maßvoll und fest empfundenen Linie Schmidts und vor allem Genschers eintritt.“ Die Union werde im Gegensatz zur Regierung als „Partei der Aufrüstung“ angesehen.

Angesichts dieser Diagnose kamen Mertes und Dregger zu dem Schluss, dass CDU und CSU in außenpolitischen Fragen künftig nicht künstlich die Unterschiede zur Bundesregierung betonen, sondern einen Kurs der Kontinuität bei gleichzeitiger Festigkeit in der Sache und maßvoller Sprache einschlagen sollten.³⁸² Für Genscher war diese Strategieanpassung von Teilen der Unionsfraktion eine notwendige

mit dem polnischen Volk am 30.01.1982, hier: öffentliche Kundgebungen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132920; Vermerk des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion, Rupert Dirnecker, für Prof. Abelein vom 18.01.1982, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-139/6, und Pressemitteilung der CDU vom 25.01.1982, Betr.: Tag der Solidarität mit Polen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132920.

³⁷⁹ Zum Wortlaut der Fernsehstatements der westlichen Staats- und Regierungschefs sowie der öffentlichen Reden von Mitgliedern der Bundestagsparteien vgl. Aufzeichnung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Betr.: Kommentarübersicht zu Polen/Ost-West-Beziehungen, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132920.

³⁸⁰ Während Kohl klar auf eine Koalitionsregierung mit der FDP setzte, liebäugelte Strauß lange mit dem Gedanken einer CDU/CSU-Alleinregierung. Vgl. dazu Jäger, Helmut Kohl setzt sich durch.

³⁸¹ Vgl. zum Folgenden Schreiben des außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an den stv. Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger vom 21.06.1982, in: ACDP, Bestand CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 08-001-530/1.

³⁸² Vgl. Schreiben des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen an den außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alois Mertes, vom 28.06.1982, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-151/3.

Voraussetzung, um nach dem Regierungswechsel zu Helmut Kohl seine außen- und entspannungspolitische Kontinuitätsthese glaubhaft vertreten zu können.

5. Die Medien als Mittel politischer Konfliktregulierung

Seit Beginn der Massenstreiks im Juli 1980 war die polnische Krise in den bundesdeutschen Medien dauerhaft präsent. Um einen möglichst breiten Eindruck von der Presseberichterstattung zur Polen-Krise zu erhalten, wurden analog zur mediopolitischen Analyse des Afghanistan-Konflikts die führenden westdeutschen Tages- und Wochenzeitungen unterschiedlicher politischer Ausrichtung systematisch ausgewertet: *Die Zeit*, *Der Spiegel*, die *Süddeutsche Zeitung*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Die Welt*. Der Untersuchungszeitraum umfasst wie auf diplomatischer Ebene die Phase zwischen Juli 1980 und Dezember 1982.

Ähnlich wie bei der Berichterstattung zu Afghanistan konzentrierte sich der *Spiegel* auf die Haltung der Bundesregierung, insbesondere der SPD, wobei auffallend häufig mit Interviews gearbeitet wurde. Zu Wort kamen Vertreter des linken SPD-Flügels wie Egon Bahr³⁸³ und polnische Oppositionelle wie Lech Wałęsa³⁸⁴, Jacek Kuroń³⁸⁵, Adam Michnik³⁸⁶, Karol Modzelewski³⁸⁷ und Seweryn Blumsztajn³⁸⁸, aber auch Vertreter der polnischen Regierung wie etwa Mieczysław Rakowski³⁸⁹. Die Kritik von CDU und CSU an der Polenpolitik der Bundesregierung wurde so gut wie gar nicht erwähnt. Stattdessen dominierten Artikel über die desolate wirtschaftliche Lage Polens und die drohende Gefahr einer sowjetischen Invasion, die mit dramatischen Bildern und Aufsehen erregenden Schlagzeilen vor Augen geführt wurde.³⁹⁰

³⁸³ Vgl. „Der Westen kann, darf und will nicht eingreifen“. Interview mit Egon Bahr, in: *Der Spiegel* Nr. 36 vom 01.09.1980, S. 21–23.

³⁸⁴ Vgl. „Wir werden am Ende die Sieger sein“. Interview mit Lech Wałęsa, in: *Der Spiegel* Nr. 25 vom 25.06.1981, S. 113–121.

³⁸⁵ Vgl. „Die Wölfe nicht aus den Wäldern locken“. Interview mit dem polnischen Oppositionspolitiker Jacek Kuroń, in: *Der Spiegel* Nr. 51 vom 15.12.1980, S. 105–109.

³⁸⁶ Vgl. Adam Michnik, Die Angst des Ersten Sekretärs vor Reformen, in: *Der Spiegel* Nr. 34 vom 18.08.1980, S. 100–102, und Adam Michnik, „Wir sind alle Geiseln“. Bericht aus einem Gefängnis des polnischen Militärregimes, in: *Der Spiegel* Nr. 10 vom 08.03.1982, S. 128–138.

³⁸⁷ Vgl. „Polen steckt in einer Krise der Hoffnung“. Interview mit „Solidaritäts“-Führer Karol Modzelewski, in: *Der Spiegel* Nr. 46 vom 09.11.1981, S. 151–157.

³⁸⁸ Vgl. „Jaruzelskis Versprechungen sind wertlos“. „Solidarität“-Funktionär Seweryn Blumsztajn über Erfolg und Versagen der polnischen Gewerkschaft, in: *Der Spiegel* Nr. 1 vom 04.01.1982, S. 68–71.

³⁸⁹ Vgl. „Das war die schwerste Krise Polens“. Interview mit dem polnischen ZK-Mitglied und „Polityka“-Chefredakteur Mieczysław Rakowski, in: *Der Spiegel* Nr. 37 vom 08.09.1980, S. 120–125.

³⁹⁰ Vgl. beispielsweise: Aufruhr in Polen. Gefahr für Osteuropa. Titelcover des *Spiegels* Nr. 35 vom 25.08.1980; Polnischer Kraftakt: Revolution im Sowjet-Block. Titelcover des *Spiegels* Nr. 41 vom 05.10.1981; Partei am Ende: Militär soll Polen retten. Titelcover des *Spiegels* Nr. 52 vom 21.12.1981, und Die große Pleite. Wirtschaften im Kommunismus. Titelcover des *Spiegels* Nr. 4 vom 25.01.1982.

Auch die *Zeit* unterstützte die besonnene Haltung der Bundesregierung und plädierte für die Fortsetzung der Entspannungspolitik, blieb im Ton allerdings deutlich sachlicher als der *Spiegel*. Nüchtern wurde die Entwicklung der Lage in Polen beschrieben und die Haltung der Unionsparteien wiedergegeben, in der Regel aber kritisch beurteilt.³⁹¹ Gleiches gilt für die Berichterstattung der *Süddeutschen Zeitung*, die allerdings stärker die Differenzen innerhalb des westlichen Lagers herausstellte. Die polnische Führung war mit der bundesdeutschen Presseberichterstattung weitgehend zufrieden, wie eine Äußerung Rakowskis vom 5. Januar 1982 verdeutlichte. „Die Meinungen der führenden deutschen Sozialdemokraten, wie auch der Chefredakteure des ‚Spiegels‘, der ‚Zeit‘ und des ‚Stern‘ sind ruhig und ausgewogen. Ich nehme sie auf als Unterstützung unserer Politik.“³⁹²

In den konservativ ausgerichteten Blättern *FAZ* und *Welt* nahm die Kritik von CDU und CSU an der sozial-liberalen Koalition deutlich breiteren Raum ein. In den Monaten vor der Bundestagswahl kamen der Kanzlerkandidat der Union, Franz Josef Strauß, und der Fraktionsvorsitzende Helmut Kohl in umfangreichen Leitartikeln ausführlich zu Wort, die nicht selten mit plakativen Schlagzeilen wie „Strauß: Bonn darf nicht die Unterdrücker in Warschau finanzieren“³⁹³ oder „Kohl: Die Idee der Entspannungspolitik schlägt in nackten Opportunismus um“³⁹⁴ unterlegt wurden. Vor allem Strauß hob in seinen Interviews die dramatische Zuspitzung der weltpolitischen Lage mit markanten Formulierungen hervor: Ein eventuelles Eingreifen der Sowjetunion, die bereits in Afghanistan „ein Stück brutaler Unterdrückung und Ausrottungspolitik geübt“ habe, stelle eine „echte Gefahr für den Frieden“ dar.³⁹⁵ Schmidt konfrontierte er mit dem Vorwurf, er zeige im Spannungsfeld zwischen Ost und West eine „erschreckende Wertneutralität“ und geistigen „Neutralismus“.³⁹⁶ Unabhängig von der politischen Ausrichtung der verschiedenen Zeitungen richtete sich die Kritik an der Bundesregierung, ihrer Stabilisierungspolitik gegenüber Polen und den Differenzen in der NATO fast ausschließlich an den Bundeskanzler, nicht aber an Genscher.

Dieser Trend verstärkte sich mit der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981. Schmidts Fauxpas in der gemeinsamen Presseerklärung mit Honecker bei ihrem Gipfeltreffen am Werbellinsee war für die Medien ein gefundenes Fressen,³⁹⁷

³⁹¹ Zur Kritik an der Union vgl. beispielsweise: Revolution in Millimeterarbeit, in: Die Zeit Nr. 36 vom 29. 08. 1980, und: Die Union auf Konfrontationskurs, in: Die Zeit Nr. 3 vom 15. 01. 1982.

³⁹² Zitiert nach Dehnert, Entspannung gegen das Volk – Sanktionen für das Volk?, S. 250.

³⁹³ Vgl. Karl Feldmeyer, Strauß: Bonn darf nicht die Unterdrücker in Warschau finanzieren. Ein Gespräch mit dem Kanzlerkandidaten der Union über die Lage in Polen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 08. 1980, S. 3.

³⁹⁴ Vgl. Kohl: Die Idee der Entspannungspolitik schlägt in nackten Opportunismus um, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. 08. 1980, S. 2.

³⁹⁵ Karl Feldmeyer, Strauß: Bonn darf nicht die Unterdrücker in Warschau finanzieren. Ein Gespräch mit dem Kanzlerkandidaten der Union über die Lage in Polen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 08. 1980, S. 3.

³⁹⁶ Strauß wirft dem Kanzler „geistigen Neutralismus“ vor, in: Die Welt Nr. 204 vom 01. 09. 1980, S. 1.

³⁹⁷ Vgl. Strauß: Diese Planung ist blanker Zynismus, in: Die Welt Nr. 290 vom 14. 12. 1981, S. 4; Legitimitätskrise des Systems in Polen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom

das durch ungeschicktes Verhalten seines Regierungssprechers Becker auf einer Pressekonferenz am 30. Dezember 1981 noch neue Nahrung bekam. Von den Fragen der Journalisten bedrängt erklärte er, die Bundesregierung teile nicht die Auffassung der Amerikaner, die Sowjetunion als „Anstifter“ für die Ausrufung des Notstandes durch Jaruzelski anzusehen.³⁹⁸ Prompt wurde er in eine Diskussion verwickelt, inwieweit die einseitigen Sanktionsmaßnahmen der USA zu Verstimmungen geführt hätten und ob die Bundesregierung dem Kurs Washingtons folgen würde.³⁹⁹ Im Kreuzverhör der Journalisten machte Becker eine recht unglückliche Figur und bot den Unionsparteien eine ideale Angriffsfläche, die in den folgenden Wochen ihren Vorwurf an die Sozialdemokraten genüsslich wiederholten, die SPD hänge wegen ihrer ideologischen Nähe zum Kommunismus Wunschräumen über die angeblich friedlichen Absichten der sowjetischen Außenpolitik nach und zeige mangelnde Bündnistreue gegenüber den Vereinigten Staaten. Die Entscheidung des Kanzlers, trotz der angespannten Lage seinen alljährlichen Weihnachtsurlaub in Florida zu verbringen, veranlasste schließlich selbst den *Spiegel* zur Kritik.⁴⁰⁰

Der Sprecher des Auswärtigen Amts, Karl Theodor Paschke, der ebenfalls bei dieser Pressekonferenz anwesend war, befand sich hingegen in der komfortablen Lage, ausführlich über die diplomatischen Tätigkeiten Genschers berichten zu können. Soeben führe der Bundesaußenminister, so Paschke, mit Rakowski ein etwa dreieinhalbstündiges Gespräch, nach dessen Abschluss Informationen zu Inhalt und Ablauf des Gesprächs schriftlich an die Journalisten verteilt würden. Rakowski sei auf ausdrücklichen Wunsch Genschers bereit, auch Gespräche mit Vertretern der Bundestagsfraktionen zu führen. Anschließend an die Pressekonferenz wurde die Stellungnahme Paschkes an die Nachrichtenagenturen weitergeleitet und war somit allen Medienvertretern zugänglich.

Diese Stellungnahme des Auswärtigen Amts vermittelte dreierlei. Erstens hielt Genscher in dieser kritischen internationalen Lage unmittelbaren Kontakt zur polnischen Regierung, erörterte mit ihr persönlich die bundesdeutschen Forderungen und erhielt gleichzeitig exklusive Informationen über die Lage vor Ort. Zweitens bemühte er sich – wie schon in der Gemeinsamen EntschlieÙung des Bundestages – darum, allen Fraktionen gleichen Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern Warschaws zu verschaffen, führte also eine parteiübergreifende Politik für den Frieden. Drittens gab er den Pressevertretern Planungssicherheit.

16. 12. 1981; Schmidt berichtet dem Bundestag, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 288 vom 15. 12. 1981, S. 1f.; Schmidt: Große Sorge wegen Polen, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 288 vom 15. 12. 1981, S. 5. Vgl. auch: Gipfeltreffen Schmidt/Honecker in der Schorfheide: Die Nachricht aus Warschau wirkte wie eine kalte Dusche, in: *Die Welt* Nr. 290 vom 14. 12. 1981, S. 4, und Blüm: Solidarität ist Pflicht zur Einmischung, in: *Die Welt* Nr. 293 vom 17. 12. 1981, S. 3.

³⁹⁸ Vgl. Pressekonferenz Nr. 156/81 am 30. 12. 1981 zum Thema Polen, in: *BArch, B 136/16678*. Vgl. außerdem: Bonn hält die Sowjets nicht für „Anstifter“ in Polen, in: *Die Welt* Nr. 303 vom 31. 12. 1981/01. 01. 1982, S. 1.

³⁹⁹ Vgl. zum Folgenden Pressekonferenz Nr. 156/81 am 30. 12. 1981 zum Thema Polen, in: *BArch, B 136/16678*.

⁴⁰⁰ Vgl. „Wir wandeln auf dünnem Eis“, in: *Der Spiegel* Nr. 1 vom 04. 01. 1982, S. 17–21.

Sie wussten, wann das Gespräch mit Rakowski endete, und konnten sich darauf verlassen, unmittelbar im Anschluss daran schriftlich informiert zu werden. Damit verfügten sie nicht nur über eine fundierte, regierungsamtliche Quelle, sondern konnten auch zeitlich kalkulieren, um ihren Artikel rechtzeitig vor Redaktionsschluss einzureichen. Diese Zuverlässigkeit und das gute Zeitmanagement des Auswärtigen Amts sicherte Genscher eine ausführliche Berichterstattung und trug zweifelsohne zur Vertrauensbildung gegenüber den Journalisten bei.

Die durch das PR-Desaster des Kanzlers und seines Presseteams in den ersten drei Wochen nach der Verhängung des Kriegsrechts ausgelösten Pressekommentare offenbarten damit frappierende Ähnlichkeiten zur westdeutschen Presseberichterstattung nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan. Das Image Schmidts als Krisenmanager begann langsam, aber stetig zu verblasen. In krassem Gegensatz dazu firmierte Genscher in den Medien erneut als der zentrale Akteur bundesdeutscher Entspannungspolitik. Bereits während des Bundestagswahlkampfes hatte etwa die *FAZ* seine zahlreichen Gespräche mit polnischen Diplomaten⁴⁰¹ und seine dezenten, aber eindeutigen Warnungen an Moskau, sich entsprechend der KSZE-Schlussakte nicht in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen, gewürdigt.⁴⁰² Genscher und seiner These, die Entspannungspolitik habe die Streiks der polnischen Arbeiter und das Danziger Abkommen überhaupt erst möglich gemacht, räumte die *Welt* vergleichsweise breiten Raum ein.⁴⁰³ Als er während der Bromberger Krise im März 1981 in Polen weilte, lobte die *Zeit* seine umsichtige Haltung. Genscher habe durch seine Diskretion und sein diplomatisches Geschick in dieser heiklen Lage „Maßstäbe gesetzt“.⁴⁰⁴ Das „in freundschaftlicher Atmosphäre“ verlaufene Gespräch mit dem polnischen Außenminister Czyrek, den Genscher Mitte August in seinen Urlaubsort Bad Reichenhall eingeladen hatte, wurde in der Presse ebenfalls positiv kommentiert.⁴⁰⁵ Entsprechend breite mediale Anerkennung fand Genschers diplomatischer Aktionismus nach Ausrufung des Kriegsrechts (vgl. Abb. 16),⁴⁰⁶ der auf plakative Weise mit den Urlaubsfotos Schmidts am Strand von Florida kontrastierte (vgl. Abb. 17).

⁴⁰¹ Vgl. beispielsweise: Bonn begrüßt die friedliche Beilegung des Konflikts in Polen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02.09.1980, S. 3.

⁴⁰² Vgl. beispielsweise: Genscher erinnert Moskau an die Schlussakte von Helsinki, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.12.1980, S. 2. Ähnlich auch Die Welt: Genscher erinnert Moskau an das Gebot der Nichteinmischung, in: Die Welt Nr. 212 vom 11.09.1980, S. 2.

⁴⁰³ Vgl. Genscher: Gleichgewicht durch Abrüstung, in: Die Welt Nr. 207 vom 05.09.1980, S. 2.

⁴⁰⁴ Ist Polen doch verloren?, in: Die Zeit Nr. 14 vom 27.03.1981. Vgl. auch Polen: Schulden-Stundung, in: Die Zeit Nr. 35 vom 21.08.1981.

⁴⁰⁵ Vgl. beispielsweise Polen: Schulden-Stundung, in: Die Zeit Nr. 35 vom 21.08.1981, URL: <http://www.zeit.de/1981/35/polen-schulden-stundung> (Stand: 13.11.2014). Zu den Gesprächen Genschers mit Czyrek vgl. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Czyrek in Bad Reichenhall vom 18.08.1981, in: AAPD 1981, Dok. 234, S. 1235–1238, und Aufzeichnung des Leiters des Ministerbüros des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Wallau, vom 19.08.1981, in: AAPD 1981, Dok. 236, S. 1241–1244.

⁴⁰⁶ Vgl. beispielsweise: Bonn widersetzt sich dem Drängen der USA nach Wirtschaftssanktionen gegen Polen, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 295 vom 23.12.1981, S. 1; Vizepremier

Abb. 16: Genscher im Gespräch mit Rakowski am 30. Dezember 1981 in Bonn⁴⁰⁷



Abb. 17: Helmut und Hannelore Schmidt am Strand von Florida⁴⁰⁸



Rakowski bei Genscher. Bonn erwartet von Polens Militärregime „schnellstens“ Aufhebung des Kriegsrechts, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 300 vom 29./30./31. 12. 1981, S. 1; Genscher begleitet Schmidt zu Reagan, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 2 vom 04. 01. 1982, S. 1: Wir wandeln auf dünnem Eis, in: Der Spiegel Nr. 1 vom 04. 01. 1982, S. 17–21; Genscher mahnt Kreml via Chňoupek, in: Die Welt Nr. 295 vom 19. 12. 1981, S. 2; „Sehr ernste“ Mahnung Genschers an Rakowski. Bonn dringt auf Aufhebung des Kriegsrechts in Polen, in: Die Welt Nr. 303 vom 31. 12. 1981/01. 01. 1982, S. 1; Mitte Januar Krisenrat der NATO: Das Thema ist Polen/Genscher unterstützt den amerikanischen Konferenz-Vorschlag, in: Die Welt Nr. 1 vom 02./03. 01. 1982, S. 1.

⁴⁰⁷ Dieses Bild wurde abgedruckt in: Süddeutsche Zeitung Nr. 300 vom 31. 12. 1981/01. 01. 1982, S. 1, und in: Der Spiegel Nr. 1 vom 04. 01. 1982, S. 17.

⁴⁰⁸ Dieses Bild wurde abgedruckt in: Süddeutsche Zeitung Nr. 300 vom 31. 12. 1981/01. 01. 1982, S. 5, und in: Der Spiegel Nr. 1 vom 04. 01. 1982, S. 18.

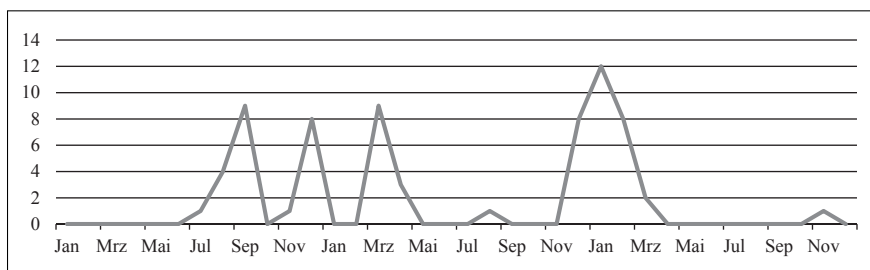


Abb. 18: Interviews Genschers zur Polen-Krise (Januar 1980–Dezember 1982)

Quelle: Eigene Berechnungen

Die mediale Inszenierung Genschers als aktiver Krisenmanager war allerdings nicht ausschließlich die Folge der überraschenden Ungeschicklichkeit des Bundeskanzleramts, sondern Ergebnis gezielter PR-Maßnahmen des Auswärtigen Amts. Persönliche Interviews, die Genscher mit Zeitungen, Radio- und Fernsehsendern führte, übernahmen eine zentrale Kommunikations- und Steuerungsfunktion gegenüber der Öffentlichkeit und den politischen Entscheidungsträgern des Auslandes.

Wie bei der Untersuchung der Afghanistan-Krise war es auch in diesem Fall nicht möglich, alle Interviews Genschers lückenlos zu erfassen. Um quantitative Verzerrungen zu vermeiden, wurden nur diejenigen Interviews ausgewählt, die sich ausschließlich oder größtenteils mit der Polen-Krise befassen. Gespräche, die allgemein die aktuelle außenpolitische Lage behandelten und die Entwicklung in Polen nur am Rande streiften, wurden nicht in die Untersuchung einbezogen. Gleiches gilt für Interviews zu anderen Themen wie etwa der NATO-Doppelbeschluss, die Friedensbewegungen, der Bundestagswahlkampf, partei- und innenpolitische Debatten.

Die allgemeine Berichterstattung zur Polen-Krise nahm – der medialen Eigenlogik folgend – immer dann zu, wenn sich die Lage gefährlich zuspitzte. Analog dazu stieg auch die Zahl der Interviews, die Genscher zum Thema Polen gab, in den einzelnen Phasen der Eskalation signifikant an (vgl. Abb. 18).

Genscher suchte also gerade dann, wenn sich die Lage verschärfte, den Kontakt mit der Presse, um frühzeitig seine Sichtweise in der Öffentlichkeit zu präsentieren und die medienpolitische Berichterstattung wenn nicht zu dominieren, so doch merklich zu beeinflussen. Seine Kommunikationsstrategie auf diplomatischer Ebene, immer dann Gespräche mit den polnischen Machthabern zu suchen, wenn eine Eskalation unmittelbar bevorzustehen schien, fand seine direkte Entsprechung im Bereich der Medien.

Die weitere intermediale Differenzierung zeigt erneut Parallelen zu Genschers medialer Selbstdarstellung in der Afghanistan-Krise. In beiden Fällen gab Genscher den überwiegenden Teil der Interviews nicht in den Printmedien, sondern in Radio und Fernsehen. Von insgesamt 67 ermittelten Interviews zur Polen-Krise entfielen 14,9 Prozent auf die Printmedien, 38,8 Prozent auf das Fernsehen und 46,3 Prozent auf den Hörfunk. Während im Sommer 1980 noch verhältnismäßig

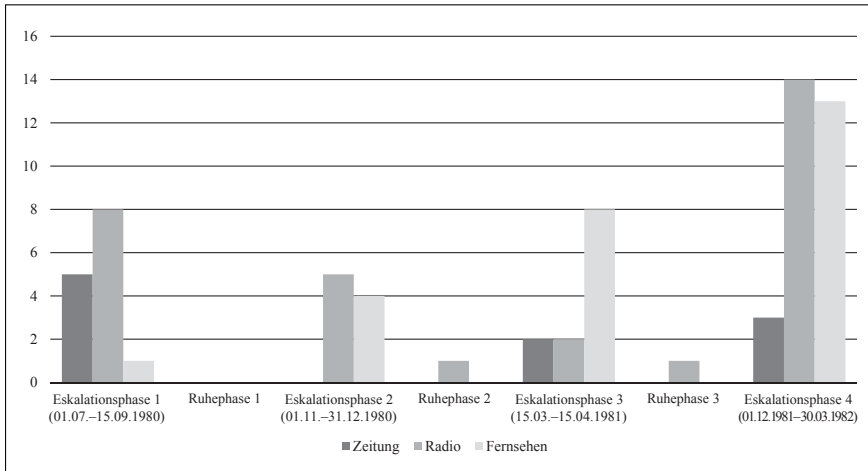


Abb. 19: Interviews Genschers zur Polen-Krise: Binnendifferenzierung nach Medienarten (Juli 1980–März 1982)

Quelle: Eigene Berechnungen

viele Zeitungsinterviews erschienen, nahm deren Zahl in den nachfolgenden Monaten deutlich ab. Die vergleichsweise geringe Anzahl von Fernsehinterviews in der ersten Eskalationsphase erklärt sich durch den Endspurt des Bundestagswahlkampfes. Fernsehauftritte Genschers in diesem Zeitraum standen nahezu ausschließlich in einem wahlkampfpolitischen Kontext und wurden deshalb nicht in die Analyse einbezogen. Sieht man von dieser Ausnahme ab, zeigt die Binnendifferenzierung nach Medienarten eindeutig die Prioritätensetzung Genschers auf Radio und Fernsehen (vgl. Abb. 19).

Dass die Summe der Interviews in absoluten Zahlen pro Eskalationsphase variiert, findet seine Ursache darin, dass diese jeweils einen unterschiedlich langen Zeitraum umfassten. So enthält der Auswertungszeitraum der Bromberger Krise (Eskalationsphase 3) lediglich vier Wochen, während die Phase nach der Verhängung des Kriegsrechts (Eskalationsphase 4) fast vier Monate beträgt. Die deutliche Präferenz für Fernsehinterviews im März 1981 erklärt sich dadurch, dass sich Genscher zu diesem Zeitpunkt in Polen aufhielt. Die große mediale Aufmerksamkeit, die jede Auslandsreise des Bundesaußenministers mit sich brachte, bot sich an, um Interviews mit öffentlichkeitswirksamen Live-Bildern vor Ort direkt in die bundesdeutschen Wohnzimmer zu senden.

Neben dieser Schwerpunktsetzung auf Radio und Fernsehen kann eine weitere Parallele zu Genschers Medienstrategie in der Afghanistan-Krise gezogen werden. Die vergleichsweise wenigen Interviews, die er insgesamt mit den Printmedien führte, wurden vor allem in regionalen und lokalen Zeitungen sowie Boulevardblättern abgedruckt. So kamen in der Polen-Krise neben der *Bild-Zeitung* und der *Welt* auch die *Stuttgarter Zeitung*, die *Saarbrücker Zeitung*, die *Badische Zeitung*, das *Flensburger Tageblatt*, die *Allgemeine Zeitung Mainz* und das *Hamburger Abend-*

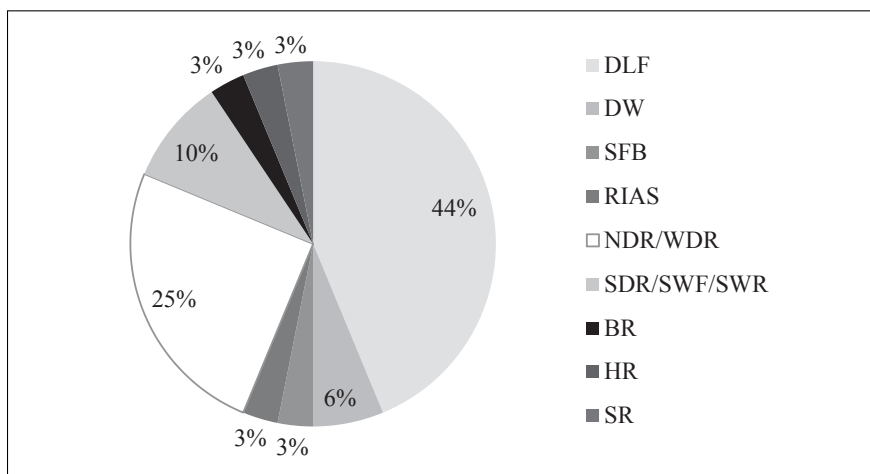


Abb. 20: Radiointerviews Genschers zur Polen-Krise: Binnendifferenzierung nach Radiosendern (Juli 1980–März 1982)

Quelle: Eigene Berechnungen

blatt zum Zug.⁴⁰⁹ Mit dieser nahezu flächendeckenden Streuung seiner Interviews auf Regionalzeitungen des gesamten Bundesgebiets erreichte Genscher eine relativ breite Zielgruppe, die über die akademische Klientel führender, nationaler Qualitätszeitungen hinausreichte.⁴¹⁰

Ein vergleichbares Bild zeigt sich bei der intramedialen Differenzierung der Hörfunk-Interviews. Auch bei den Radiosendern, die meist lokal beziehungsweise regional empfangen wurden, findet sich eine relativ regelmäßige Streuung, das heißt, in jedem Bundesland wurden über die dortigen Sender Interviews mit Genscher verbreitet. Auffällig ist darüber hinaus die extensive Nutzung des Deutschlandfunks und der Deutschen Welle, also jener Sender, die auch im Ausland und der DDR empfangen werden konnten. Rund die Hälfte aller von Genscher gegebenen Radiointerviews erreichte – zumindest was die technische Seite anbelangt – die gesamte west- und ostdeutsche Bevölkerung (vgl. Abb. 20).

Genscher platzierte seine Interviews bewusst in die Morgen- und Mittagsmagazine der Radiosender, also genau zur besten Sendezeit des Hörfunks. Besonders augenfällig ist dies beim Deutschlandfunk, bei dem Genscher stets um 7.00 Uhr morgens präsent war. Damit sicherte er sich die Aufmerksamkeit der Hörer bereits beim Frühstück und blieb durch die ständigen Wiederholungssendungen den ganzen Tag über präsent. Mittels dpa-Meldungen verbreitet, nahmen auch die Printmedien die im Deutschlandfunk getroffenen Aussagen Genschers in ihre Be-

⁴⁰⁹ Vgl. Interview Genschers mit der Bild-Zeitung am 25.08.1980 und 05.04.1981, mit der Welt am 24.10.1980, mit der Stuttgarter Zeitung am 22.08.1980 und 10.03.1982, mit der Saarbrücker Zeitung am 03.09.1980, mit der Badischen Zeitung am 13.09.1980, mit dem Flensburger Tageblatt am 13.09.1980, mit der Allgemeinen Zeitung Mainz am 19.12.1981 und mit dem Hamburger Abendblatt am 13.03.1980.

⁴¹⁰ Vgl. dazu Jürgen Wilke, Leitmedien und Zielgruppenorgane, S. 303–329.

richterstattung auf. So berief sich etwa die *Süddeutsche Zeitung* Ende Dezember 1981 in verschiedenen Leitartikeln zu den deutsch-amerikanischen Differenzen in der Sanktionsfrage beziehungsweise zu Genschers diplomatischen Bemühungen gegenüber Warschau auf ein vorangegangenes Radiointerview.⁴¹¹ Einmal mehr belegt dies die Aussage des ehemaligen Pressesprechers des Auswärtigen Amts, Bettzuege, dass das regelmäßige Interview im Deutschlandfunk unter Genscher zu einem Regierungsinstrument geworden sei.⁴¹²

Bei der Auswertung der Fernsehinterviews zeigte sich ein ähnliches Muster. Auf allen regional wie bundesweit zur Verfügung stehenden TV-Sendern waren Genschers Ansichten zur Polenkrise zu vernehmen, wobei von einer Ausgewogenheit zwischen ARD und den Dritten Programmen einerseits und dem ZDF andererseits gesprochen werden kann. Auch dort trat Genscher zur Prime Time auf, also in den Abendstunden. Derartige Interviews hatten wiederum den Vorteil, dass sie tags darauf in den Morgenzeitungen und dpa-Meldungen häufig wörtlich wiedergegeben wurden und somit eine breite Streuung erfuhren. Beispielsweise berief sich die FAZ in einem Artikel vom 23. März 1981 zu Genschers Polenpolitik auf ein vorangegangenes Interview des Bundesaußenministers mit dem ZDF.⁴¹³ Auch wenn die Multiplikatorenwirkung der Nachrichtenagenturen nur schwer messbar ist, bleibt festzuhalten, dass Genscher das Maximum der zeitgenössisch möglichen medialen Verbreitung seiner Politik ausreizte.⁴¹⁴ Wie schon im Kontext des Afghanistan-Konflikts konnte sich ein Bundesbürger, der Zeitung las, Radio hörte oder fernsah der ständigen Präsenz Genschers und seiner Ansichten zur Polen-Krise kaum entziehen.

An diese quantitative Analyse schließt sich die Frage an, welche Inhalte Genscher in seinen Interviews transportierte. Insgesamt griff er regelmäßig auf drei Argumentationsstränge zurück, die er je nach Bedarf in unterschiedlicher Reihenfolge aneinanderknüpfte und die im Folgenden näher untersucht werden. Erstens betonte er die große innere Anteilnahme der Deutschen an der Entwicklung in Polen aufgrund der „wechselhaften“ Geschichte, die diese beiden Völker miteinander verbinde und die Bundesrepublik auf eine Politik des Friedens verpflichte. Deshalb verfolge die Bundesregierung eine Strategie aus wirtschaftlicher Stabilisierung und politischer Zurückhaltung gemäß dem Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und erwarte, dass auch Moskau sich an die Einhaltung der KSZE-Schlussakte halte. Beispielsweise erklärte er in einem Interview mit dem N/WDR vom 30. August 1980:

„Wir beobachten alle, nicht nur die Politiker, sondern die Bürger unseres Landes, mit großer Anteilnahme das, was sich in diesen Tagen und Wochen in Polen vollzieht [...]. Und

⁴¹¹ Vgl. Bonn widersetzt sich dem Drängen der USA nach Wirtschaftssanktionen gegen Polen, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 295 vom 23. 12. 1981, S. 1, und EG-Minister wollen Reagans Sanktionen gegen Warschau und Moskau nicht folgen, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 3 vom 05./06. 01. 1982, S. 1.

⁴¹² Vgl. auch Kapitel I.

⁴¹³ Vgl. Genscher will auf neue Hilfe für Polen dringen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23. 03. 1981.

⁴¹⁴ Zur Entstehung und Arbeitsweise der deutschen Nachrichtenagenturen vgl. Wilke, *Nachrichtenagenturen*, S. 469–488.

trotzdem sind wir dafür, äußerste Zurückhaltung zu bewahren gegenüber dem, was dort geschieht, weil das polnische Volk selbst und seine Führung die Möglichkeit haben müssen, durch Gespräch und durch Verhandlung die Probleme zu lösen [...]. Und wir erwarten, dass auch alle anderen Staaten sich nicht einmischen in das, was in Polen (sich) vollzieht. Die Achtung vor der Souveränität des polnischen Volkes muss für alle gelten.“⁴¹⁵

Ähnlich äußerte er sich in einem Fernsehinterview vom 22. Dezember 1981, also wenige Tage nach der Verhängung des Kriegsrechts:

„Ich glaube, dass man zunächst sagen muss, dass Deutsche und Polen durch eine wechselvolle Geschichte eng miteinander verbunden sind. Beide Völker – die Deutschen und die Polen – leben im Herzen Europas. [...] Das bedeutet für uns, [...] dass wir jede unserer Erklärungen und jede unserer Handlungen an zwei Fragen entscheiden, nämlich, wie können wir dazu beitragen, dass Polen seine Angelegenheit alleine regeln kann, d. h. ohne Intervention von außen, und zweitens, wie können wir dazu beitragen, dass diese Regelungen der Angelegenheiten der Polen im Wege des Dialogs der nationalen Verständigung erfolgt und nicht mit Gewalt, wie man das jetzt leider beklagen muss.“⁴¹⁶

Genscher stellte – anders als etwa die amerikanische Administration – keine ultimativen Forderungen an Jaruzelski oder Breschnew, sondern versuchte, der Öffentlichkeit zu erklären, welche Motive die Bundesregierung dazu veranlassten, so und nicht anders zu handeln. Damit warb er nicht nur um das Verständnis der bundesdeutschen Wähler, sondern sandte auch eine klare Botschaft an Moskau: Wir sind uns der historischen Verantwortung der Deutschen für den Frieden in Europa bewusst, wir wollen keine Eskalation der Lage, sondern tun alles, was in unserer Macht steht, um Polen politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren. Voraussetzung dafür, dass wir diesen Kurs fortsetzen können, ist jedoch, dass ein Eingreifen sowjetischer Truppen unterbleibt. Obwohl Genscher auf die namentliche Nennung des Kremls verzichtete und damit geschickt die Gefahr einer reflexartigen öffentlichen Abwehrreaktion von sowjetischer Seite umging, bestand kein Zweifel, dass Moskau der Adressat dieser Nachricht war.

Zweitens wurde Genscher nicht müde zu betonen, dass es unabdingbar sei, gerade in Zeiten der Krise den Dialog zwischen Ost und West weiterzuführen, ja zu intensivieren. Es gelte, „alle Gesprächskanäle offenzuhalten“,⁴¹⁷ um durch Kontakte auf bilateraler und multilateraler Ebene die Motive und Beweggründe des jeweils anderen verstehen zu lernen und darauf aufbauend nach einem gemeinsa-

⁴¹⁵ BPA-Nachrichtenabteilung: Interview des N/WDR für die Sendung „Politik am Mittag“ vom 30. 08. 1980 mit Hans-Dietrich Genscher zu aktuellen Fragen der Entspannungs-, Ost- und Deutschlandpolitik, in: ACDP, Pressearchiv, Polen. Vgl. dazu auch BPA-Nachrichtenabteilung: Interview des ZDF für die Sendung „Bonner Perspektiven“ vom 05. 04. 1981 mit Bundesaußenminister Genscher, in: ACDP, Pressearchiv, Polen; BPA-Nachrichtendienst: Interview des DFS vom 19. 03. 1981 mit Bundesaußenminister Genscher, in: ACDP, Pressearchiv, Polen; BPA-Nachrichtenabteilung: Interview des DLF für die Sendung „Musik und Information“ mit Bundesaußenminister Genscher vom 20. 03. 1981, in: ACDP, Pressearchiv, Polen.

⁴¹⁶ BPA-Nachrichtenabteilung: Interview des NDR II vom 22. 12. 1981, Sendung Mittagskurier, mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher.

⁴¹⁷ Diese Formulierung findet sich beispielsweise in einem Interview des NDR vom 22. 12. 1981 mit Bundesaußenminister Genscher, zitiert nach dpa-Meldung vom 22. 12. 1981: Polen – Genscher will alle Gesprächsebenen nutzen, in: ACDP, Pressearchiv, Polen.

men Weg zu suchen, die Krise gewaltfrei beizulegen. Besonderes Gewicht maß Genscher in diesem Zusammenhang der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid bei, weshalb er auch in den Medien permanent für deren Fortsetzung warb:

„[...] bin ich der Überzeugung, dass der gesamte KSZE-Prozess, also die Schlussakte, die Folgekonferenz, die jetzt in Madrid abgehalten wird, auch eine stabilisierende Wirkung in Europa hat, eine stabilisierende Wirkung auch für Polen, denn auch die andere Seite hat ein Interesse daran, dass dieser Prozess fortgesetzt und dass er nicht durch Ereignisse belastet wird, die diesem Prozess wirklich nicht nur einen schweren Schlag versetzen, sondern ihn unterbrechen würden. Deshalb ist es so außerordentlich wichtig, dass wir diese Konferenz in Madrid abhalten [...]“.⁴¹⁸

Auch diese Argumentation war allen Beteiligten aus diplomatischen Verhandlungen und Genschers Reden vor dem Deutschen Bundestag bekannt und war für alle Leser, Hörer und Zuschauer gleich welcher Nationalität und politischer Couleur in höchstem Maße vorhersehbar.

Drittens verteidigte Genscher mit beachtlicher Hartnäckigkeit die These, es bestehe Einigkeit im westlichen Lager über die Einschätzung der Lage in Polen, obwohl dies offensichtlich keineswegs der Fall war. Nachdem Reagan ohne Konsultation der Verbündeten Ende Dezember 1981 unilaterale Sanktionen gegenüber Moskau verkündet hatte, wurde Genscher in einem Interview des Deutschlandfunks auf diese deutsch-amerikanischen Diskrepanzen angesprochen. Daraufhin antwortete er, er sehe „den gegenwärtigen Prozess nicht [...] als eine amerikanische oder eine europäische Linie“, sondern als einen „Diskussionsprozess im westlichen Lager“.⁴¹⁹ Die Tatsache, dass er am 21. Dezember mit dem amerikanischen Unterstaatssekretär Lawrence Eagleburger einen Meinungsaustausch geführt habe⁴²⁰ und Anfang Januar gemeinsam mit dem Bundeskanzler nach Washington reise, sei ein deutlicher Beleg für die „heute viel engeren Konsultationen“⁴²¹ mit den USA. Die Bundesregierung sei sich mit allen Partnern in NATO und EG vollkommen einig hinsichtlich der an Warschau gerichteten Forderungen, die lauteten: Aufhebung des Kriegsrechts, Freilassung der Verhafteten und Internierten sowie Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Regierung, Solidarność und der katholischen Kirche.

Den Vorwurf, die Bundesregierung habe sich mit ihrer Haltung innerhalb des westlichen Bündnisses isoliert, konterte Genscher mit dem Hinweis, das Auswä-

⁴¹⁸ BPA-Nachrichtenabteilung: Interview des DLF für die Sendung „Musik und Information“ vom 09.09.1980 mit Bundesaußenminister Genscher, in: ACDP, Pressearchiv, Polen. Vgl. dazu auch BPA-Nachrichtenabteilung: Interview des ZDF für die Sendung „Bonner Perspektiven“ vom 05.04.1981 mit Bundesaußenminister Genscher, in: ACDP, Pressearchiv, Polen, und BPA-Nachrichtenabteilung: Interview des RIAS für die Sendung „Kommentare und Berichte“ vom 20.02.1982 mit Bundesaußenminister Genscher, in: ACDP, Pressearchiv, Polen.

⁴¹⁹ Mitteilung des Auswärtigen Amtes für die Presse Nr. 1001 B/82: Interview des Bundesaußenministers mit dem DLF vom 04.01.1982, in: ACDP, Pressearchiv, Polen.

⁴²⁰ Vgl. dazu Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, am 21.12.1981, in: AAPD 1981, Dok. 382, S. 2034–2039.

⁴²¹ Interview des NDR vom 22.12.1981 mit Bundesaußenminister Genscher, zitiert nach dpa-Meldung vom 22.12.1981: Polen – Genscher will alle Gesprächsebenen nutzen, in: ACDP, Pressearchiv, Polen.

tige Amt stütze seine Strategie auf die Einschätzungen des polnischen Episkopats und des Vatikans. Mit der Gemeinsamen Entschließung des Bundestages vom 18. Dezember habe er darüber hinaus die Zustimmung aller Fraktionen zu seiner Politik erhalten, die damit auf einer breiten parlamentarischen Basis ruhe. Deshalb dürfe es „auf gar keinen Fall passieren, dass aus der polnischen Tragödie und dem erkennbaren Versagen des kommunistischen Systems, um nichts anderes handelt es sich ja bei den Entwicklungen in der Volksrepublik Polen, eine Krise des Westens möglicherweise künstlich herbeigeredet wird“.⁴²² Diese Argumentation stellte CDU und CSU vor erhebliche Probleme. Kritik am Bundesaußenminister musste nahezu zwangsläufig parteipolitisch motiviert und unglaublich wirken, stellte sie sich doch nach Darstellung Genschers gegen die EG und NATO, gegen die katholische Kirche und gegen die gemeinsam verabschiedete Entschließung des Bundestages.

Insgesamt ergab die inhaltliche Auswertung der Interviews ein ähnliches Resultat wie im Kontext des Afghanistan-Konflikts. Genscher erzeugte durch seine Medienauftritte Glaubwürdigkeit und Vertrauen, weil er sich in der Öffentlichkeit genauso, zum Teil sogar wortgleich wie in den diplomatischen Verhandlungen äußerte und der Versuchung widerstand, aufgrund innenpolitischer Kritik eine härtere Sprache zu führen. Er strahlte in dieser friedensbedrohenden Krise durch seine mantraartige, manchmal einschläfernde Rhetorik eine gewisse Ruhe aus, die sich von den hektischen und zum Teil aggressiven Attacken der Opposition unterschied. Jeder, der ihm zuhörte, konnte aus seinen diplomatisch gehaltenen Formulierungen das herauslesen, was ihm wichtig erschien: die enge Anbindung an die westlichen Partner, der unbedingte Wille, die Gespräche mit dem Osten fortzusetzen und durch eine Politik der Zurückhaltung Blutvergießen oder gar einen Kriegausbruch zu vermeiden, das Plädoyer für eine parteiübergreifende, sachorientierte Politik oder die Bedeutung der katholischen Kirche für die Haltung der Bundesregierung. Kurzum: Er deckte fast jede Position ab. Gleichzeitig barg jene politische und semantische Offenheit das größte Risiko für Genschers Glaubwürdigkeit. Obwohl er im Grunde immer dasselbe sagte, wusste man nie so recht, was er eigentlich konkret meinte, weil er stets im Ungefähren blieb und damit der Opposition wie dem Ausland vielfältige Möglichkeiten bot, ihn falsch zu interpretieren. Die kommenden Monate mussten zeigen, ob Genschers Kommunikations- und Deeskalationsstrategie auch unter neuen koalitionspolitischen Vorzeichen und der sich zuspitzenden sicherheitspolitischen Gesamtlage tragfähig war.

⁴²² BPA-Nachrichtenabteilung: Interview des DLF für die Sendung „Musik und Information“ vom 12.01.1982 mit Bundesaußenminister Genscher, in: ACDP, Pressearchiv, Polen. Vgl. dazu auch Mitteilung des Auswärtigen Amts für die Presse Nr. 1001 B/82: Interview des Bundesaußenministers mit dem DLF vom 04.01.1982, in: ACDP, Pressearchiv, Polen, und BPA-Nachrichtenabteilung: Interview des NDR II vom 22.12.1981, Sendung „Mittagskurier“, mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher.

V. Koalitionspolitische „Wende“ und entspannungspolitische Kontinuität im Schatten von NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung (Herbst 1982–Dez. 1983)

Während sich die Lage in Polen und die Meinungsverschiedenheiten zwischen den NATO-Partnern ab Sommer 1982 zuspitzten, kündigte sich in Bonn das Ende der sozial-liberalen Koalition an. Bis heute diskutiert die geschichtswissenschaftliche Forschung, ob dafür wirtschaftspolitische oder außenpolitische Aspekte ausschlaggebend waren. So betonten Werner Link, Wolfgang Jäger, Klaus Hildebrand, Andreas Rödder und Tim Geiger die außenpolitischen Ursachen,¹ während Andreas Wirsching, Bernd Faulenbach, Friedhelm Boll und Jan Hansen tendenziell wirtschaftspolitische Gründe für das Zerwürfnis der Regierung Schmidt/Genscher hervorhoben.²

Die Streitigkeiten zwischen SPD und FDP begannen schon bald nach der erfolgreichen Bundestagswahl von 1980. Einerseits fehlten große gemeinsame Zukunftsprojekte, andererseits schränkten die ökonomisch-finanziellen Probleme den Handlungsspielraum der Bundesregierung zunehmend ein und machten unpopuläre Maßnahmen notwendig. In Anbetracht von Ölkrise und Rezession, hoher Staatsverschuldung, steigender Arbeitslosigkeit und wachsenden Kosten für den Sozialstaat³ plädierte Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP) für eine radikale Haushaltssanierung. Wegweisende Reformen scheiterten jedoch am Widerstand der Sozialdemokraten, die trotz der angespannten Wirtschaftslage umfangreiche sozialpolitische Einschnitte vermeiden wollten. Mit den anhaltenden sicherheitspolitischen Diskussionen um die Genfer MBFR-Verhandlungen und den NATO-Doppelbeschluss trat ein weiteres koalitionsinternes Konfliktfeld immer weiter in den Vordergrund. Die Dissonanzen zwischen Schmidt und der US-Administration wurden auch nach dem Regierungswechsel von Carter zu Ronald Reagan nicht weniger, zumal Teile der SPD auf Abstand zum amerikanischen

¹ Vgl. Link, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt; Wolfgang Jäger, Die „Wende“ 1982: Bruch der Koalition und Regierungsbildung, in: Historisch-Politische Mitteilungen 19 (2012), S. 167–176; Rödder, Bündnissolidarität und Rüstungskontrollpolitik, S. 123–136; Klaus Hildebrand, Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1982, Bonn 1991, S. 80–91, und Geiger, Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, S. 95–122.

² Vgl. Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 17–26; Bernd Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011, S. 723–734, und Boll/Hansen, Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD, S. 203–228. Vgl. dazu auch Joachim Scholtyseck, Die FDP in der Wende, in: Historisch-Politische Mitteilungen 19 (2012), S. 197–220, hier: S. 197.

³ Vgl. Werner Abelshauser, Markt und Staat. Deutsche Wirtschaftspolitik im „langen 20. Jahrhundert“, in: Reinhard Spree (Hrsg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 117–140, hier: S. 135.

Bündnispartner gingen und erste Absetzbewegungen vom Kurs des Bundeskanzlers erkennbar wurden.

Während Schmidt fest zum NATO-Doppelbeschluss stand, war es in außenpolitischer Hinsicht der linke Flügel der Sozialdemokraten, der mit seiner Annäherung an die Friedensbewegungen und seiner Distanzierung vom offiziellen sicherheitspolitischen Kurs der Bundesregierung die Einheit der Partei und die Regierungsfähigkeit der Koalition in Frage stellte.⁴ Auch Genscher hatte Mühe, die FDP auf Kurs zu halten, wie der Kölner Bundesparteitag Ende Mai 1981 zeigte, als knapp ein Drittel der Delegierten gegen den NATO-Doppelbeschluss votierte.⁵ Gleichwohl besaß Genscher als Parteivorsitzender ein ungleich größeres Gewicht in der FDP als Schmidt bei den Sozialdemokraten. Der Autoritätsverfall des Bundeskanzlers innerhalb der SPD veranlasste Genscher bereits im Sommer 1981, über ein frühzeitiges Ende der Koalition nachzudenken. Er trug wesentlich zu Irritationen in FDP und SPD bei, als er in seinem sogenannten Wendebrief, der formal an seine Partei, realiter aber an die Öffentlichkeit gerichtet war, im August 1981 erklärte: „Eine Wende ist notwendig, im Denken und Handeln.“⁶ Es gehe um eine grundlegende wirtschafts- und sozialpolitische Richtungsentscheidung, die überbordende „Anspruchsmentalität“ müsse endlich neuer Selbstverantwortung weichen. Er sah, so Genscher rückblickend, die Aufgabe der FDP darin, als „Schrittmacher für die strukturelle Anpassung an die neuen ökonomischen Gegebenheiten zu wirken“.⁷

Allerdings identifizierten sich zu diesem Zeitpunkt weite Teile der FDP-Wählerschaft und die Parteimitglieder selbst noch in hohem Maße mit Schmidts Politik, schließlich hatte man mit dem Slogan „Für die Regierung Schmidt/Genscher, gegen die Alleinherrschaft einer Partei, gegen Strauß“ den Wahlkampf gewonnen. Nur ein knappes Jahr nach Beginn der neuen Wahlperiode eine Koalition mit der CDU/CSU einzugehen, schien daher absurd.⁸ In der FDP-Bundestagsfraktion

⁴ Vgl. Faulenbach, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt*, S. 709–722; Boll/Hansen, *Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD*, S. 203–228, und Jan Hansen, *Zwischen Staat und Straße: Die Geschichte des Nachrüstungsstreits in der SPD (1979–1983)*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2012), S. 517–553.

⁵ Vgl. Ergebnisprotokoll der 1. (außerordentlichen) Tagung des F.D.P.-Bundesfachausschusses für Außen-, Deutschland- und Europapolitik (BFA 1) am 26.04.1981, Anhang III: 32. Ordentlicher Bundesparteitag der F.D.P., Köln, 29.–31.05.1981, in: AdL, A44-35; Rede des F.D.P.-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher vor dem F.D.P.-Parteitag in Köln am 29.05.1981 (Auszüge), in: Alfred Mechttersheimer (Hrsg.), *Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum NATO-Doppelbeschluss*, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 170 f., und Bundesparteitag Köln, 29.–31.05.1981, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.), *Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P. 1980 bis 1990*, Baden-Baden 1990, S. 89–231. Zu den sicherheitspolitischen Kontroversen innerhalb der FDP vgl. auch Kapitel I.2.

⁶ Genscher, *Erinnerungen*, S. 447.

⁷ Ebd., S. 448. Vgl. außerdem Wolfgang Bickerich (Hrsg.), *Die 13 Jahre. Bilanz der sozial-liberalen Koalition*. Spiegelbuch, Hamburg 1982, S. 241, und Faulenbach, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt*, S. 744. Die Presse, insbesondere der Spiegel, reagierte darauf mit beißender Kritik, vgl. Wenn es zum Schwur kommt, in: *Der Spiegel* Nr. 35 vom 24.08.1981, S. 19–21.

⁸ Vgl. Johannes Merck, „Klar zur Wende“ – Die FDP vor dem Koalitionswechsel in Bonn 1980–1982, in: *Politische Vierteljahrsschrift* 28 (1987), S. 384–402, hier: S. 387 f.

fand sich zu diesem Zeitpunkt keine Mehrheit für einen Koalitionswechsel. Mischnick selbst hatte das sozial-liberale Bündnis 1969 mitbegründet und seither durch seine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Herbert Wehner maßgeblich zu dessen Erfolg beigetragen. Unterstützt wurde er in seiner Haltung für die Fortsetzung der Koalition durch Politiker wie Gerhard Baum, Helga Schuchardt, Ingrid Matthäus-Maier und Burkhard Hirsch.⁹

Auch FDP-Generalsekretär Günter Verheugen war ein vehementer Befürworter der Regierung Schmidt/Genscher und suchte deshalb Mitte März 1982 den Chef des Bundeskanzleramts, Manfred Lahnstein (SPD), auf. Sie führten ein mehrstündiges, offenes Gespräch über die Lage in der FDP und die Möglichkeiten, das wankende Bündnis zu stabilisieren.¹⁰ Verheugen diagnostizierte steigende Irritationen und Orientierungslosigkeit innerhalb der FDP über den Kurs Genschers. „Er ist sich über die eingeschlagene Linie unklar und pendelt deshalb ständig zwischen ‚sozialliberal‘ und ‚liberal-konservativ‘.“¹¹ Die Bedeutung der Ministerriege in der FDP nehme deutlich ab. „Lambsdorff und Baum gelten nach rechts bzw. links ‚ausgeflippt‘, Ertl als ausgebrannt.“¹² Demgegenüber sei der Stellenwert Mischnicks enorm gestiegen. Verheugen war sich zu diesem Zeitpunkt sicher, mithilfe des Fraktionsvorsitzenden „Genscher und damit die Partei“ auf Linie zu halten, und verband dies mit einer Empfehlung an Schmidt: „Genscher ist für kleine persönliche Gesten ungemein empfänglich. Wenn Sie z. B. am Donnerstag zum nächsten Termin zu ihm nach Hause fahren könnten, würde das lange nachwirken.“¹³ Als die FDP bei den Wahlen zum niedersächsischen Landtag und zum Hamburger Senat im März beziehungsweise Juni 1982 den Einzug ins Parlament verpasste, verstärkten sich allerdings die Absatzbewegungen innerhalb der Partei, zu deren rechtem Flügel neben Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff auch Irmgard Adam-Schwaetzer und Detlef Kleinert zu zählen waren.¹⁴

Wie frostig die Stimmung zwischen FDP und SPD inzwischen war, zeigte ein Koalitionsgespräch am 5. Juli, bei dem über den mühsam erreichten Haushaltskompromiss und die bevorstehende Landtagswahl in Hessen gesprochen wurde. Genscher kritisierte, dass Schmidts *Spiegel*-Interview ihn „an die Parole Kiesingers erinnere, wonach die FDP nach Bruch der Koalition mit der CDU aus den Landtagen hinauskatapultiert werden sollte“.¹⁵ Er hätte sich gewünscht, den gerade erst

⁹ Vgl. ebd., S. 388.

¹⁰ Vgl. Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramts, Staatssekretär Lahnstein, an Bundeskanzler Schmidt vom 14. 03. 1982, Betr.: Gespräch mit Herrn Verheugen, in: AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009384.

¹¹ Ebd., S. 1.

¹² Ebd., S. 3.

¹³ Ebd., S. 2.

¹⁴ Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 19.

¹⁵ Koalitionsgespräch am 12. 07. 1982, in: AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009385, S. 8. Zum Spiegel-Interview Schmidts vgl. Selbstmord aus Angst vor dem Tod?, in: Der Spiegel Nr. 24 vom 14. 06. 1982, S. 21–26. Kurt Georg Kiesinger hatte sich als Bundeskanzler der Großen Koalition (1966–1969) dafür stark gemacht, mithilfe einer Wahlrechtsreform ein Zwei-Parteien-System einzuführen, um eine Destabilisierung der Bonner Demokratie durch das Aufkommen der NPD zu verhindern, den ausschlaggebenden Einfluss der FDP für Koalitionsentscheidungen zu beseitigen und die Große Koalition durch Schaffung kla-

erarbeiteten Kompromiss über den Bundeshaushalt als einen Neuanfang zu verstehen. Schmidt konterte daraufhin, auch er halte es für notwendig, das gemeinsam Vereinbarte durchzusetzen. „Dauernd von der ‚Wende‘ zu reden, sei allerdings wenig hilfreich“¹⁶. Genscher verteidigte sich, dieser Ausdruck sei nicht gegen die SPD gerichtet, sondern ziele darauf ab, dass die Bundesregierung die Fähigkeit haben müsse, die anstehenden sozialpolitischen Entscheidungen den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. Mit leicht unterkühltem Tonfall würgte Schmidt diese Diskussion ab. Jeder der Anwesenden habe nun wohl „sein Soll an Selbstdarstellung“¹⁷ ausreichend erfüllt. Man solle diese Art von Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit künftig nicht fortsetzen.

Die Tendenzen hin zu einem Bruch der sozial-liberalen Koalition verstärkten sich. Gleichwohl sei davor gewarnt, den Blick einseitig auf die trennenden und belastenden Anzeichen, Faktoren und Ereignisse zu verengen. Die Akteure handelten vor einem offenen Horizont, und das Scheitern der Koalition war keineswegs vorprogrammiert. Von echtem Bemühen um einen Erhalt der Koalition zeugt ein persönlicher Brief Schmidts an Genscher vom 25. August 1982. Beide Seiten müssten sich darum bemühen, so der Kanzler, die Arbeit der Bundesregierung durch den hessischen Wahlkampf nicht zusätzlich zu erschweren. Bei der heutigen Kabinettsitzung habe keiner der Beteiligten angedeutet, dass er eine Beendigung der gemeinsamen Arbeit im Kabinett anstrebe. Weiter formulierte Schmidt:

„Deshalb gehe ich davon aus, dass Sie mich ansprechen würden, falls Sie inzwischen anders darüber denken sollten; denn ich unterstelle, dass Sie genau wie ich gerade in schwierigen Zeiten (schwierig für beide Partner und für die Bundesregierung!) gegenseitige Offenheit und gegenseitiges Vertrauen für besonders notwendig halten.“¹⁸

Genscher sicherte ihm daraufhin zu, er würde auf ihn zukommen, sollte er seine Meinung bezüglich des Fortbestehens der sozial-liberalen Koalition ändern.¹⁹

Die Mitglieder des FDP-Präsidiums hatten indes bei einem Treffen im Gästehaus des Auswärtigen Amts auf dem Bonner Venusberg bereits entschieden, bei der anstehenden Hessenwahl eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU und deren Spitzenkandidaten Alfred Dregger zu treffen. Der Widerstand gegen diesen bedeutsamen Schritt blieb schwach. Lediglich Andreas von Schoeler und Günter Verheugen votierten dagegen. Den Ausschlag hatte der Fraktionsvorsitzende Mischnick gegeben, auch wenn er zu diesem Zeitpunkt wohl noch keinen Koalitionswechsel auf Bundesebene anstrebte.²⁰

rer Mehrheiten „institutionell“ zu beenden. Vgl. dazu Rudolf Morsey, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, München 2000, S. 98.

¹⁶ Koalitionsgespräch am 12. 07. 1982, in: AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009385, S. 8.

¹⁷ Ebd., S. 9.

¹⁸ Gespräch zwischen Bundeskanzler Schmidt, Bundesaußenminister Genscher, Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff und Staatsminister Wischniewski am 30. 08. 1982, Anlage: Handschriftlicher Brief Schmidts an Genscher vom 25. 08. 1982, in: AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009385.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Vgl. Merck, „Klar zur Wende“, S. 397f., und Manfred Schell, *Die Kanzlermacher. Erstmals in eigener Sache*, Mainz 1986, S. 73–75.

In den kommenden Wochen bahnte sich das endgültige Ende der Regierung Schmidt/Genscher an, das am 9. September 1982 mit dem sogenannten Wendepapier des Bundeswirtschaftsministers Lambsdorff eingeläutet wurde. In diesem „Scheidungsbrief“ forderte er massive Kürzungen einschlägiger Sozialleistungen, um den Bundeshaushalt zu sanieren – ein Maßnahmenkatalog, der für die Sozialdemokraten untragbar war.²¹ Der SPD-Parteivorstand wies den Vorschlag, der durch „grandiose Einseitigkeit“ gekennzeichnet sei, am 13. September erwartungsgemäß als inakzeptabel zurück.²² Schmidt äußerte gegenüber dem Parteivorstand, Lambsdorff wolle die Koalition lieber heute als morgen beenden und auch Genscher sei für den Wechsel, „traue sich jedoch nicht richtig“.²³ Die Reden Genschers und Mischnicks in der vergangenen Woche zielten darauf ab, die Fraktion auf ein Misstrauensvotum einzustimmen. Schmidt fuhr fort:

„Durch unser öffentliches Auftreten sei deutlich geworden, dass uns nicht die Schuld für ein Scheitern zugeschoben werden könne. Dies sei wichtig für die Zukunft der Sozialdemokratischen Partei. [...] Die Sozialdemokraten dürften die Regierungsverantwortung nicht hinschmeißen. Sie müssten sich vor der geschichtlichen Entwicklung immer rechtfertigen können.“²⁴

Am 17. September kam es schließlich zum Showdown. Um acht Uhr morgens sprachen Schmidt und Lambsdorff „in einer angenehmen Atmosphäre“ über das „Wendepapier“, legten ihren Standpunkt dar und verabschiedeten sich „mit beiderseitigen besten Wünschen“.²⁵ Der Kanzler hatte Lambsdorff wissen lassen, dass er die FDP „nicht schonen“, seinen Hauptangriff aber auf Genscher richten werde.²⁶ Eine Stunde später bestellte Schmidt Genscher ins Kanzleramt ein, der seinen Fraktionsvorsitzenden Mischnick zur Verstärkung mitbrachte. Beide Seiten besiegelten dort das Ende der Koalition, wenngleich Schmidt seinen Außenminister nicht wie erwartet förmlich entließ – ein Schachzug des Kanzlers, der sich auszahlen sollte. Die FDP-Bundesminister Genscher, Lambsdorff, Baum und Ertl zogen die Konsequenz und teilten ihm geschlossen ihren Rücktritt mit.²⁷

Für Genscher und seine Entscheidung, die sozial-liberale Koalition aufzukündigen, kann die Unterstützung Mischnicks in ihrer Bedeutung nur schwer überschätzt werden, da sich nun die Gewichte innerhalb des FDP-Führungsgremiums

²¹ Vgl. Otto Graf Lambsdorff, Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Wendepapier), in: Ders., Frische Luft für Bonn. Eine liberale Politik mit mehr Markt als Staat, Stuttgart 1987, S. 64–89, und Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 19–21.

²² Vgl. Protokoll über Sitzung des SPD-Parteivorstands am 13. 09. 1982, in: AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009802. Vgl. dazu auch Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 733.

²³ Protokoll über Sitzung des SPD-Parteivorstands am 13. 09. 1982, in: AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009802, S. 5 f.

²⁴ Vgl. ebd.

²⁵ Gedächtnisprotokoll über das Gespräch Bundeskanzler/Bundesminister Graf Lambsdorff am 17. 09. 1982 im Bundeskanzleramt, in: AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009385.

²⁶ Ebd.

²⁷ Vgl. Merck, „Klar zur Wende“, S. 400; Schell, Die Kanzlermacher, S. 78 f., und Link, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt, S. 251 f.

verschoben. „Jeder von uns dachte ja, Wolfgang Mischnick, der lässt sich eher erschießen, bevor er die sozialliberale Koalition aufgibt“,²⁸ so Lambsdorff rückblickend. Mischnick selbst war sich seines Gewichts als Fraktionsvorsitzender in diesem Balanceakt durchaus bewusst. Seiner Meinung nach wäre eine Mehrheit in der FDP für eine Koalition mit der CDU/CSU „niemals zustande gekommen“, wenn er „anderer Meinung gewesen wäre“.²⁹ Am 18. September stimmten die Liberalen in Parteivorstand und Fraktion für Koalitionsverhandlungen mit der bisherigen Opposition. Allerdings fiel diese Entscheidung denkbar knapp aus: 18 Mitglieder des Vorstandes stimmten für den Wechsel, 15 votierten dagegen.³⁰

Schmidt hatte indes seinen Abtritt von der politischen Bühne gut vorbereitet. In einer seiner besten Reden vor dem Deutschen Bundestag am 17. September 1982 gelang es ihm, die Schuld am Koalitionsbruch allein der FDP in die Schuhe zu schieben. Wie er Lambsdorff angekündigt hatte, richtete Schmidt seine Kritik fast ausschließlich auf Genscher.³¹ Seit dieser im Sommer 1981 das Wort von der „Wende“ geprägt habe, sei zweifelhaft geworden, ob die FDP bis zum Ende der vierjährigen Wahlperiode „an der vom Wähler 1980 eindrucksvoll bekräftigten Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten“³² festhalten wolle. Wiederholt habe er, Schmidt, die FDP zu einer klaren Stellungnahme aufgefordert, aber weder Genscher noch Mischnick seien dem eindeutig und unmissverständlich „ohne Wenn und Aber“ nachgekommen. „Der eine klare Satz hat immer gefehlt, und er fehlte auch in dieser Woche, die morgen zu Ende geht, nämlich der Satz: Die FDP steht fest zur sozialliberalen Koalition.“³³ Bei Genscher seien offensichtlich „Freude und Lust an vielfach wechselnden Taktiken und Interview-Gefechten je nach tagespolitischer Opportunität“³⁴ stärker ausgeprägt als der ehrliche und uneingeschränkte Wille zur politischen Gemeinsamkeit.

Nach diesem Paukenschlag kreiste die öffentliche Debatte um die Frage, ob nun der „Verrat“ Genschers und der FDP oder die Distanzierung der Sozialdemokraten von ihrem Kanzler den Ausschlag für das Ende der sozial-liberalen Ära gegeben hatten. Der mediale *Shitstorm*, der nun über die Liberalen und ihren Bundesvorsitzenden hereinbrach, zeigte, dass die FDP vor einem erheblichen Glaubwürdigkeitsproblem stand. Dem gab Klaus Bölling, langjähriger Chef des Bundeskanzleramts und Vertrauter Helmut Schmidts, weiter Nahrung, als er im *Spiegel* sein sogenanntes „Tagebuch über die letzten 30 Tage der Regierung Schmidt“ abdrucken ließ.³⁵ Darin berichtete er aus vertraulichen Sitzungen, um den „Dolchstoß“ der

²⁸ Schell, Die Kanzlermacher, S. 21 f.

²⁹ Ebd., S. 80.

³⁰ Vgl. dazu und zum Folgenden Scholtyseck, Die FDP in der Wende, S. 212–216, und Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 21–24.

³¹ Vgl. Rede Schmidts in der 115. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. 09. 1982, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 9. Wahlperiode, Bd. 122, Bonn 1982, S. 7072C–7077A.

³² Ebd., S. 7072C.

³³ Ebd., S. 7072D.

³⁴ Ebd., S. 7073A.

³⁵ Klaus Bölling, Die letzten 30 Tage des Kanzlers Helmut Schmidt. Ein Tagebuch, Reinbek bei Hamburg 1982.

Liberalen gewissermaßen schwarz auf weiß zu dokumentieren. Auch innerhalb der FDP prangerten die Gegner des Wechsels unter Führung des bisherigen Bundesinnenministers Gerhard Baum den Wortbruch an, den die Partei und vor allem die Architekten der „Wende“, Genscher, Lambsdorff und Mischnick, gegenüber der SPD und den Wählern begangen hätten. Bester Beleg hierfür waren die Popularitätswerte Genschers, die in den Meinungsumfragen stets überdurchschnittlich hoch gewesen waren, jetzt aber dramatisch einstürzten.³⁶

In der Tat geriet die FDP in ihre bis dahin tiefste Existenzkrise. Zahlreiche Mitglieder verließen die Partei, unter ihnen prominente wie Generalsekretär Günter Verheugen und William Borm.³⁷ Bereits am 20. September hatte das SPD-Präsidium unter Vorsitz Willy Brandts eine Erklärung verabschiedet, in welcher es „dem sozialen Liberalismus, soweit er in der ‚gewendeten‘ F.D.P. in die Wirkungslosigkeit gedrängt wird, politisches Heimatrecht“³⁸ anbot. Diese Strategie ging auf – nicht wenige linksliberale FDP-Mitglieder traten in den kommenden Monaten in die SPD ein. Es passte ins Bild, dass die bereits totgesagte FDP bei den Landtagswahlen in Hessen am 26. September 1982 mit nur 3,1 Prozent der Stimmen den Einzug in den Landtag deutlich verpasste. Bei den Neuwahlen zur Hamburger Bürgerschaft erhielten die Liberalen nur noch 2,6 Prozent der Stimmen und auch in Bayern, wo am 10. Oktober gewählt wurde, schied die FDP aus dem Landtag aus. In allen drei Bundesländern war sie von den GRÜNEN als dritte Kraft überholt worden.

Bereits im Vorfeld des Regierungswechsels hatte sich Genscher allerdings von Kohl zusichern lassen, sofortige Neuwahlen zum Bundestag zu vermeiden, da die FDP dann vermutlich an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert wäre. Stattdessen vereinbarten die beiden, den Regierungswechsel zunächst durch ein konstruktives Misstrauensvotum herbeizuführen und die Neuwahlen erst einige Monate später abzuhalten.³⁹ Obwohl Franz Josef Strauß die Chance, die FDP und seinen ewigen Konkurrenten Genscher aus dem Bundestag zu vertreiben, nur zu gerne wahrgenommen hätte, hielt sich Kohl an seine Zusage. Denn „in einer solchen Strategie traf sich das Überlebensinteresse der F.D.P. mit dem Machtkalkül der Union, Neuwahlen erst aus einer konsolidierten Regierungsposition heraus zuzulassen, um mit dem Rückenwind eines sicher erwarteten Wahlsiegs in die volle Länge einer Legislaturperiode gehen zu können“.⁴⁰ So wurde Helmut Schmidt am 1. Oktober

³⁶ Vgl. auch Kapitel I.2.

³⁷ Vgl. dazu auch den Brief Borms an Schmidt, in dem er seinen Austritt aus der FDP als „Schritt der Moral und Selbsttadelung“ bezeichnete: Schreiben William Borms an Helmut Schmidt vom 17. 11. 1982, in: AdsD, Willy-Brandt-Archiv, WBA/A.11.2/Mappe 128.

³⁸ Protokoll über die Sitzung des SPD-Präsidiums am 20. 09. 1982, Anlage 1: Sozialdemokratie und Liberalismus, in: AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009469.

³⁹ Die Neuwahlen fanden am 06. 03. 1983 statt und bestätigten bei einer Wahlbeteiligung von 89,1% die christlich-liberale Regierungskoalition im Amt. CDU/CSU erreichten 48,8%, während die SPD mit 38,2% erstmals seit 1965 wieder unter die 40%-Marke rutschte. Die FDP erreichte beachtliche 7%, die GRÜNEN zogen mit 5,6% der Stimmen erstmals in den Bundestag ein. Vgl. Wieland Eschenhagen/Matthias Judt, *Der Fischer Weltatmanach. Chronik Deutschland 1949–2009. 60 Jahre deutsche Geschichte im Überblick*, Bonn 2008, S. 271.

⁴⁰ Wirsching, *Abschied vom Provisorium*, S. 22.

1982 durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt und von Helmut Kohl als neuem Bundeskanzler abgelöst.

Gleichwohl begann mit der „Wende“ – seinem wohl riskantesten machtpolitischen Seiltanz – Genschers Abstieg als Parteivorsitzender.⁴¹ Zwar sicherte er der FDP in der Bundestagswahl vom 6. März 1983 den Wiedereinzug ins Parlament und konnte sich auch auf dem Bundesparteitag im Juni 1984 nochmals mit schwachen 62 Prozent der Stimmen behaupten. Dennoch musste er seinen Posten ein Jahr später für Martin Bangemann räumen. Genscher wollte diesen Wechsel an der Spitze der FDP selbstredend nicht als Abwahl, sondern als frei gewählten Rücktritt verstanden wissen. Er habe Bangemann zwar nicht förmlich als seinen Nachfolger vorgeschlagen, jedoch informell empfohlen.

„Meine Entscheidung [...] erschien mir unverändert richtig, und ich sehe dies auch heute noch so. Gleichwohl war es eine Entscheidung, die zum Innehalten Anlass bot; schließlich hatte ich das Steuer elf Jahre lang in den Händen gehalten. Dennoch: Ich konnte den Vorsitz in dem sicheren Bewusstsein abgeben, dass die Schwierigkeiten, die der Koalitionswechsel gebracht hatte, überwunden waren. [...] Mit der Abgabe des Parteivorsitzes hatte ich den Weg für den Generationenwechsel in der F.D.P.-Führungsspitze freigemacht. [...] Nach meiner Überzeugung gehört es zur Führungsverantwortung in der Demokratie, neuen Führungspersönlichkeiten Platz zu machen. So habe ich in der F.D.P. stets Jüngeren den Weg geebnet. Auch sieben Jahre später machte mein Rücktritt als Außenminister den Weg für einen Generationenwechsel frei.“⁴²

In der Tat hatte die FDP ein handfestes Nachwuchsproblem, das mit dazu beitrug, dass Genscher so lange das Aushängeschild seiner Partei bleiben konnte. Seit Ende der sechziger Jahre, spätestens aber mit dem Beginn der Regierung Schmidt, war die Partei auf Genscher und Mischnick ausgerichtet und erlebte mit dem Ausscheiden prominenter Parteimitglieder im Zuge des Koalitionswechsels 1982 einen erheblichen personellen Aderlass. Nachdem Wirtschaftsminister Lambsdorff im Kontext der Flick-Affäre 1984 zurückgetreten war, blieb die FDP einmal mehr auf ihren – inzwischen wieder sehr populären – Außenminister angewiesen, der auch nach seinem Rücktritt als Bundesvorsitzender ihr Zugpferd blieb. Erst nach der deutschen Wiedervereinigung verabschiedeten sich Mischnick (1991) und Genscher (1992) von der politischen Bühne und machten den Weg frei für eine personelle Erneuerung der Partei.

Die „Wende“, die für Genscher gleichwohl erhebliche Risiken barg, hatte er vorsorglich auch medial gut vorbereitet.⁴³ Seinen Vertrauten und Pressesprecher der FDP, Herbert Schmülling, ließ er ein Treffen mit dem einflussreichen Verleger Axel Springer arrangieren, das bereits am 21. August 1982 in Zürich stattfand. Genscher bestätigte, dass es Tendenzen innerhalb der FDP gebe, ein Ende der sozial-liberalen Koalition ernsthaft in Betracht zu ziehen. In diesem Fall könne er eine Spaltung der Partei nicht ausschließen, die bei den dann anstehenden Neuwahlen erhebliche

⁴¹ Vgl. Walter, *Die Integration der Individualisten*, S. 150f.

⁴² Genscher, *Erinnerungen*, S. 488. Die Zeit kommentierte den Rücktritt Genschers vom Parteivorsitz in ihrem Artikel: Genscher auf der Umlaufbahn. Wachwechsel in der FDP: Mit Martin Bangemann voran zu neuen Wählern?, in: *Die Zeit* vom 04.01.1985.

⁴³ Vgl. zum Folgenden Schwarz, Axel Springer, S. 609f., und Scholtyssek, *Die FDP in der Wende*, S. 208.

Probleme haben könnte, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Die Gretchenfrage lautete daher, wie sich die von der Springer-Presse herausgegebenen rechtskonservativen Zeitungen *Die Welt* und *Bild* zu einer Zweitstimmenkampagne der FDP stellen würden. Springer hielt sich zunächst bedeckt, war schließlich aber bereit, Genscher und der FDP im anstehenden Wahlkampf „Feuerschutz“ zu geben.

Ein Interview Genschers mit der *Welt* am 8. Oktober 1982, rund eine Woche nach dem erfolgreichen Misstrauensvotum, belegt schlaglichtartig die Beihilfe der Springer-Presse.⁴⁴ Die Fragen des Journalisten waren ideale Steilvorlagen für Genscher, der an seinem Narrativ einer parteiübergreifenden, sachorientierten und berechenbaren Außenpolitik festhalten konnte. Die Frage, ob er beim Parteivorsitz der FDP im November auf den Parteivorsitz verzichten wolle, „um sich mit ungeteilter Kraft der auswärtigen Politik widmen zu können“, verneinte er, da er Außenpolitik immer ungeachtet seiner Verpflichtungen als Parteivorsitzender betrieben habe und dies auch in Zukunft tun wolle. Seinen Kritikern empfahl er, die Auseinandersetzung innerhalb der Partei und nicht über die Öffentlichkeit zu suchen, und ergänzte diese Mahnung um den Hinweis, sie müssten erst einmal eine überzeugende personelle Alternative für den Parteivorsitz anbieten. Anschließend fragte die *Welt*, inwiefern unter der neuen Bundesregierung von außenpolitischer Kontinuität gesprochen werden könne und ob der Begriff der „realistischen“ Entspannungspolitik im Sinne von „konstruktiv“ verstanden werden könne. Diesen Ball nahm Genscher bereitwillig auf und erläuterte seine bekannten Thesen zur verlässlichen bundesdeutschen Außenpolitik, die sowohl mit den sicherheitspolitischen Notwendigkeiten des westlichen Bündnisses als auch mit den ostpolitischen Zielen der Bundesregierung kompatibel sei. Die von ihm verfolgte „realistische“ Entspannungspolitik, von der er bereits bei seinem Amtsantritt 1974 gesprochen habe, sei auch im neuen Koalitionspapier verankert worden und stehe in vollem Einklang mit dem von der NATO verwendeten Begriff der „echten“ Entspannungspolitik.

Interessanterweise wandte er dieselbe rhetorische Taktik wie in der Ära Schmidt an. Er betonte die Übereinstimmung mit den Bündnispartnern, seinen diplomatischen Aktionismus im Osten wie im Westen und blieb mit seiner formelhaften Sprache derart vage, dass er für sich in Anspruch nehmen konnte, diese oder jene Position „schon immer“ vertreten zu haben, und verlässlich an seinen einmal eingenommenen Positionen festhalte. Gleichzeitig machte er vor allem die wirtschafts- und sozialpolitischen Differenzen mit der SPD für das Scheitern der Koalition verantwortlich. Vorrangiges Ziel der neuen Bundesregierung sei die Haushaltskonsolidierung, der sich die SPD entzogen habe, die mit ihrer Forderung nach sofortigen Neuwahlen ihrer Verantwortung entfliehen wolle. Die Regierung Kohl/Genscher hingegen habe nicht „den leichteren Weg, sondern den Weg der Verantwortung gewählt. Wir stellen uns der schwierigen Aufgabe, zuerst den Haushalt in Ordnung zu bringen und dann vor die Wähler zu treten“.

Damit lenkte er die Aufmerksamkeit der Presse auf dasjenige Thema, bei dem – auch mit Blick auf die kommenden Neuwahlen – eine Abgrenzung von der SPD und eine gemeinsame Profilbildung mit den Unionsparteien möglich schien.

⁴⁴ Vgl. zum Folgenden Interview Genschers: *Die Welt* vom 08. 10. 1982, in: ACDP, Pressearchiv. Nachfolgende Zitate ebd.

Denn die neue Regierungskoalition konnte nur glaubwürdig bleiben, wenn sie die Kontinuitätsthese Genschers mit der „Wenderhetorik“ Helmut Kohls in Einklang brachte.⁴⁵ Bereits seit Mitte der siebziger Jahre hatte Kohl im Kampf um politische Meinungsführerschaft und als Kampfansage an die sozial-liberale Koalition eine umfassende „geistig-moralische Wende“ gefordert. Mit diesem Konzept suchte er Antworten auf die Krisensymptome, die er in Politik, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft diagnostizierte, und wollte einen neuen Fortschrittsoptimismus unter gleichzeitiger Rückbesinnung auf traditionelle, wertkonservative Inhalte hervorbringen. Ungeachtet des inneren Grundwiderspruchs eines solchen „progressiv“-konservativen Gesellschaftskonzepts und der Frage nach seinem langfristigen Erfolg oder Scheitern, konzentrierte sich Genscher in den ersten Monaten nach dem Rücktritt Schmidts darauf, Wende- und Kontinuitätsthese entlang der verschiedenen Politikfelder rhetorisch zu splitten. Während er Erstere für den sozial- und wirtschaftspolitischen Bereich reklamierte, beanspruchte er Letztere für die durch seine Person repräsentierte Außenpolitik. War die Aufrechterhaltung der Wenderhetorik für Kohls Glaubwürdigkeit maßgebend, musste Genscher aus denselben Gründen auf außenpolitische Kontinuität pochen. Dass diese Strategie letztlich aufging, mag auch dadurch begünstigt worden sein, dass beide Protagonisten, Kanzler wie Minister, eine ausgeprägte Fähigkeit zu semantischer Unverbindlichkeit besaßen, beide in außenpolitischen Fragen die Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der neuen Bundesregierung hervorhoben,⁴⁶ und mit der Verabschiedung des neuen Etats für 1983 tatsächlich erste greifbare Schritte zur Haushaltskonsolidierung getan waren.⁴⁷

Dieselbe rhetorische Taktik wandte Genscher auf diplomatischer Ebene an. Eine erste Gelegenheit bot die UN-Generalversammlung, die von 5. bis 7. Oktober 1982 in New York tagte. In separaten Gesprächen mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko und DDR-Außenminister Fischer betonte er, dass der Regierungswechsel sozial- und wirtschaftspolitische Gründe habe.⁴⁸ Hier stehe die

⁴⁵ Zum Konzept der Wende und zu Kohls „Wenderhetorik“ vgl. Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 49–55; ders., Die mediale „Konstruktion“ der Politik und die „Wende“ von 1982/83, in: Historisch-Politische Mitteilungen 9 (2002), S. 127–139, und Peter Hoeres, Von der „Tendenzwende“ zur „geistig-moralischen Wende“. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 61 (2013), S. 93–119.

⁴⁶ Vgl. dazu Erklärung der Bundesregierung in der 121. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. 10. 1982, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 9. Wahlperiode, Bd. 122, Bonn 1982, S. 7213A–7229B, und Erklärung der Bundesregierung zur Außenpolitik in der 130. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. 11. 1982, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 9. Wahlperiode, Bd. 123, Bonn 1982, S. 8006B–8093D. Vgl. außerdem Bingen, Die Polenpolitik der Bonner Republik, S. 221–225.

⁴⁷ Vgl. Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 27–33.

⁴⁸ Vgl. hierzu und zum Folgenden Schreiben des Ministerialdirektors Pfeffer, z.Zt. New York, an das Auswärtige Amt vom 05. 10. 1982, Betr.: Gespräch Bundesminister mit DDR-Außenminister Fischer in New York am 05. 10. 1982, in: AAPD 1982, Dok. 259, S. 1348–1352, und Schreiben des Ministerialdirektors Pfeffer, z.Zt. New York, an das Auswärtige Amt, Betr.: Gespräch Bundesminister mit Gromyko am 05. 10. 1982, in: AAPD 1982, Dok. 263, S. 1368–1373.

Bundesrepublik vor großen Herausforderungen. Er bedankte sich, dass Moskau beziehungsweise Ost-Berlin zu der realistischen Erkenntnis gekommen seien, den Koalitionswechsel als innere Angelegenheit der Bundesrepublik zu betrachten, und betonte anschließend nachdrücklich, dass die Bundesregierung die bisherige Außen- und Sicherheitspolitik kontinuierlich fortsetzen werde.

Nahezu wortgleich erläuterte er, auch unter Kohl werde Bonn selbstverständlich alle bislang geschlossenen Verträge einhalten und daran arbeiten, die Beziehungen zum Ostblock im Rahmen des Helsinki-Prozesses weiter auszubauen. Gegenüber US-Außenminister Shultz argumentierte Genscher ähnlich, wobei er den sozial- und wirtschaftspolitischen Kurswechsel noch stärker akzentuierte, der bis zur kommenden Bundestagswahl greifbare Ergebnisse aufweisen müsse. Anschließend unterstrich er die Kontinuität bundesdeutscher Außenpolitik unter Beteiligung der FDP und die feste Bindung Bonns an das westliche Bündnis: „Die Parteien, die jetzt wieder eine Koalition bildeten“, hätten „in den 50er Jahren den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO durchgesetzt“,⁴⁹ bekräftigte Genscher. Nach beiden Seiten setzte er auf seine Strategie der Vertrauensbildung durch Kommunikation, führte seine erprobte Taktik des Sowohl-als-auch fort und betonte je nach Gesprächspartner die entspannungs- beziehungsweise sicherheitspolitische Dimension.

Wie immer zogen derartige Gipfeltreffen entsprechende Meldungen in den Nachrichtensendungen von ARD und ZDF, Interviews und eine ausführliche Presseberichterstattung nach sich. Besonders der Deutschlandfunk und das Fernsehen, vereinzelt aber auch Illustrierte wie der *Express*, kamen zum Zug.⁵⁰ Ohne Ausnahme verbreitete Genscher in diesen Interviews unter Berufung auf die Berechenbarkeit und Verlässlichkeit bundesdeutscher Außenpolitik unter seiner Führung seine Kontinuitätsthese. Nicht nur während internationaler Krisen, sondern auch in dieser politischen Existenzkrise setzte Genscher auf diplomatischen Aktivismus gepaart mit medialer Omnipräsenz. Wie bisher waren seine Aussagen inhaltlich so offen nach allen Seiten, dass jeder, der ihm wohlgesonnen war, sich teilweise mit ihnen identifizieren konnte. In der aufgeheizten innenpolitischen Stimmung überwog allerdings beißende Kritik an Genscher. Seine Offenheit und im wahrsten Sinne des Wortes „Wendigkeit“, die zu anderen Zeiten sein größter Trumpf gewesen waren, schienen ihm nun beinahe zum Verhängnis zu werden.⁵¹

Umso wichtiger war es für Genscher, seiner in den Medien vertretenen Politik der Kontinuität diplomatische „Taten“ folgen zu lassen. Rund eine Woche, nach-

⁴⁹ Schreiben des Ministerialdirektors Pfeffer, z.Zt. New York, an das Auswärtige Amt vom 06. 10. 1982, Betr.: Gespräch Bundesminister Genscher mit Außenminister Shultz am 05. 10. 1982 in New York, in: AAPD 1982, Dok. 262, S. 1360–1367, hier: S. 1362.

⁵⁰ Vgl. Übersicht über die Interviews Genschers zur Kontinuität in der Außenpolitik nach dem Regierungswechsel, in: AdL, Depositum Genscher, N52-690. Darin werden aufgeführt: Interviews mit dem DLF 03. 10. 1982, 09. 11. 1982, 12. 11. 1982 und 23. 12. 1982; Interview mit NDR und BR jeweils am 07. 10. 1982 am Rande der UN-Generalversammlung in New York; Interview mit dem ZDF am 15. 10. 1982, mit dem SWF am 12. 12. 1982 und dem *Express* am 22. 10. 1982. Vgl. außerdem Interview Genschers mit dem ZDF am 18. 11. 1982, in: ACDP, Pressearchiv.

⁵¹ Vgl. beispielsweise: „Ändern Sie nie die Koalition“. Spiegel-Redakteur Richard Kiessler über Minister Genscher in New York, in: Der Spiegel Nr. 41 vom 11. 10. 1982, S. 24f.

dem Kohl zum neuen Bundeskanzler gewählt worden war, verkündete General Jaruzelski in Polen das neue Gewerkschaftsgesetz, das ein Verbot der *Solidarność* nach sich zog. Botschafter Negwer wertete dies als „mit den Zusicherungen Jaruzelskis vom 13. 12. unvereinbar und als endgültige Abkehr von jedem echten Dialog“.⁵² Dementsprechend frustriert erklärte Genscher in einem informellen Treffen der EG-Außenminister, diese Entwicklung bestätige seine Überzeugung, dass in Polen keine ernsthaften Fortschritte ohne Mitwirkung der *Solidarność* zu erzielen seien. Man komme nicht umhin, diesen eindeutigen Verstoß gegen die KSZE-Schlussakte in Madrid zur Sprache zu bringen. Der Westen müsse sich allerdings davor hüten, Drohungen auszusprechen, die er anschließend nicht in die Tat umsetzen könne.⁵³ Auch Genschers französische und britische Kollegen waren der Meinung, dass die Handlungsfähigkeit des Westens gegen null tendierte, wie der britische Außenminister Francis Pym festhielt:

„Wenngleich es gewiss nicht eben eine noble Haltung sei, dazustehen und den Lauf der Ereignisse zu beobachten, so sehe er doch keine andere Möglichkeit, keine Möglichkeit zu irgendeinem Handeln. So sei er nicht angetan von den Äußerungen der US, die den Eindruck von Handlungsabsicht erweckten, ohne dass dem Taten folgen könnten.“⁵⁴

Angesichts dieser deprimierenden Erkenntnis einigten sich die Westeuropäer darauf, weiter auf ihren Forderungen nach Aufhebung des Kriegsrechts, Freilassung der Gefangenen und Internierten sowie der Rückkehr zum Dialog zu beharren. Um zumindest eine minimale Chance auf die Fortsetzung des Reformprozesses zu wahren, hielt es das Auswärtige Amt für notwendig, die Amerikaner auf den europäischen Kurs einzuschwören und Moskau davon zu überzeugen, dass auch Washington Polen nicht als Hebel nutzen wolle, um die Sowjetunion global in die Knie zu zwingen.⁵⁵ Dies sei allerdings sehr schwierig, wie Botschafter Meyer-Landrut einräumen musste, da Reagan genau dieser Sorge mit seiner anhaltenden Politik der Stärke weiter Nahrung gebe.⁵⁶

⁵² Schreiben des deutschen Botschafters in Warschau, Negwer, an das Auswärtige Amt vom 06. 10. 1982, in: AAPD 1982, Dok. 259, S. 1348–1352, hier: Anm. 11.

⁵³ Vgl. Schreiben der Vortragenden Legationsrätin Siebourg an das Auswärtige Amt vom 18. 10. 1982, Betr.: Informelles EG-Außenminister-Treffen in Nyborg, Hotel Hesselet, am 16./17. 10. 1982, hier: Dolmetscheraufzeichnung, in: AAPD 1982, Dok. 277, S. 1438–1453, hier: S. 1442, und Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson vom 22. 10. 1982, in: AAPD 1982, Dok. 283, S. 1475–1479, hier: S. 1479.

⁵⁴ Schreiben der Vortragenden Legationsrätin Siebourg an das Auswärtige Amt vom 18. 10. 1982, Betr.: Informelles EG-Außenminister-Treffen in Nyborg, Hotel Hesselet, am 16./17. 10. 1982, hier: Dolmetscheraufzeichnung, in: AAPD 1982, Dok. 277, S. 1438–1453, hier: S. 1443.

⁵⁵ Vgl. zum Folgenden: Schreiben des Ref. 214 des Auswärtigen Amts an Staatssekretär von Staden und Bundesminister Genscher vom 26. 10. 1982, Betr.: Längerfristige Entwicklung unserer Polenpolitik, in: PA-AA, B 42, Ref. 214 (Zwischenarchiv), Bd. 132917. Vgl. auch AAPD 1982, Dok. 298, S. 1556–1559, Anm. 2.

⁵⁶ Vgl. Schreiben des deutschen Botschafters in Moskau, Meyer-Landrut, an das Auswärtige Amt vom 10. 11. 1982, Betr.: Längerfristige Entwicklung unserer Polenpolitik, in: AAPD 1982, Dok. 298, S. 1556–1559. Zu Reagans „Politik der Stärke“ vgl. auch Loth, *Overcoming the Cold War*, S. 165–172, und Meier, *Die Reagan-Doktrin*.

Der neuerliche Tiefpunkt der polnischen Entwicklung war für die noch junge Bundesregierung umso ärgerlicher, als die nach wie vor ausgesetzten Umschuldungsverhandlungen nicht nur die Lage Warschaws weiter verschlechterten, sondern auch die angespannte wirtschaftspolitische Situation der Bundesrepublik zunehmend belasteten.⁵⁷ Eine ökonomisch sinnvolle Wiederaufnahme der Verhandlungen hätte zu diesem Zeitpunkt jedoch ein falsches Signal an Warschau und Moskau gesandt und war deshalb politisch nicht durchsetzbar. Trotzdem oder gerade deshalb beschloss die Regierung Kohl eine erneute Gebührenbefreiung für Geschenksendungen nach Polen, um ihrer Kritik an Schmidt, der diese Maßnahme aus haushaltspolitischen Gründen Ende Juni hatte auslaufen lassen, nun Taten folgen zu lassen. Die Verlängerung der Portofreiheit von 1. November bis 31. Dezember 1982 belastete den bundesdeutschen Fiskus zusätzlich mit rund 66 Millionen DM,⁵⁸ was klar im Widerspruch zu den Plänen der Haushaltskonsolidierung stand und vor allem wahltaktischen Erwägungen geschuldet war.⁵⁹

Umso erleichterter würdigte die Bundesregierung deshalb die Freilassung Wałęsas am 14. November 1982⁶⁰ und die von Jaruzelski in Aussicht gestellte Suspendierung des Kriegsrechts zum 31. Dezember 1982 öffentlich als positives Signal.⁶¹ Intern allerdings blieben das Auswärtige Amt und seine westeuropäischen Partner skeptisch, ob Jaruzelski seine Ankündigung tatsächlich umsetzen werde,⁶² und verordneten sich deshalb – auch mangels Alternativen – weiterhin Zurück-

⁵⁷ Vgl. Télégramme de Bonn à Paris le 19 octobre 1982, Object: Pologne, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5427, und Note du Ministère des relations extérieures le 27 octobre 1982, Objet: Le Royaume Uni et la Pologne, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5419.

⁵⁸ Vgl. Aufzeichnung des Ref. 214 des Auswärtigen Amts vom 11. 11. 1982, Betr.: Lage in und um Polen (Nr. 103), in: BArch, B 136/16677.

⁵⁹ So hatte sich Claus Jäger (CDU) schon in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 07. 09. 1982 für eine Fortsetzung der Gebührenbefreiung ausgesprochen und wahltaktisch argumentiert: „Denn nachher fragen die Bürger nicht mehr, aus welchen postalischen oder anderen Gründen ist das so geschehen, sondern sie stellen fest: Ab dem Sommer 1982 haben die Deutschen nicht mehr viel für Polen getan. Die Gründe sind nachher ziemlich gleichgültig.“ Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 07. 09. 1982, in: ACDP, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 08-001-1068/1, S. 23f.

⁶⁰ Vgl. Schreiben des Leiters des Ministerbüros des Auswärtigen Amts, Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl, z. Zt. Moskau, an das Auswärtige Amt vom 15. 11. 1982, Betr.: Gespräch Bundesminister Genscher mit Politbüro-Mitglied und ZK-Sekretär Czyrek in Moskau am 14. 11. 1982, in: AAPD 1982, Dok. 304, S. 1586–1592.

⁶¹ Vgl. Note du Ministère des relations extérieures le 10 décembre 1982, Objet: Conseil Affaires Générales des 13 et 14 décembre des Dix sur la Pologne, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5428, und Fiche du Ministère des relations extérieures le 24 novembre 1982, Objet: La Pologne, in: AMAE, Direction d'Europe, sous-série Pologne, 1930INVA/5428. Zum Wortlaut der Erklärung Jaruzelskis vgl. Archiv der Gegenwart (1982), S. 26237f.

⁶² Vgl. Schreiben des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Zt. Brüssel, an das Auswärtige Amt vom 09. 12. 1982, Betr.: Treffen der vier Außenminister am 08. 12. 1982 in Brüssel, in: AAPD 1982, Dok. 340, S. 1755–1760, hier: S. 1756f., und Aufzeichnung des Ref. 214 des Auswärtigen Amts vom 13. 12. 1982, Betr.: Lage in und um Polen (Nr. 106), in: BArch, B 136/16677.

haltung.⁶³ Insofern kann mit Blick auf die Polen-Krise zweifellos von einer Kontinuität bundesdeutscher Außenpolitik in den ersten Monaten nach dem Koalitionswechsel gesprochen werden, was allerdings in erster Linie äußeren Zwängen und dem begrenzten Handlungsspielraum Bonns geschuldet war.

Erst Ende Juni 1983 – Kohl war inzwischen in seine neue Rolle als Bundeskanzler hineingewachsen⁶⁴ – deuteten sich erste Schwerpunktverschiebungen an. Wenige Wochen vor Aufhebung des Kriegsrechts nahm Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt, vertrauliche Kontakte zur Solidarność auf und führte ein umfassendes Gespräch mit Artur Hajnicz, einem engen Vertrauten von Tadeusz Mazowiecki, der sich als Journalist für die Belange der Solidarność einsetzte und nach 1989 das Amt des polnischen Ministerpräsidenten innehaben sollte.⁶⁵ Bei diesem Treffen bat Mertes um eine Einschätzung der aktuellen Lage aus Sicht der Solidarność und deren Haltung zur deutschen Frage. Anders als in den Gesprächen Genschers mit der polnischen Führung, in denen stets das unmittelbare Krisenmanagement im Vordergrund gestanden hatte, sprach Mertes die heikelste aller Fragen im deutsch-polnischen Verhältnis an. Die Wiedervereinigung sei für die Solidarność im Prinzip eine offene Frage, so Hajnicz, nicht aber die Oder-Neiße-Grenze.

Offensichtlich hatte die Solidarność damit ihre Feuerprobe aus der Sicht Kohls bestanden, der sich wenig später persönlich mit Hajnicz traf. Anders als die SPD, die nach wie vor keine Gespräche mit der Solidarność führte, suchte der CDU-Parteivorsitzende den direkten Draht zur Opposition und rückte gleichzeitig die deutsche Frage stärker in den Fokus der Bonner Polenpolitik. Unklar bleibt, ob Genscher über die Kontaktaufnahme seines Staatsministers informiert war. Deswegen wiederholte Klagen über seine mangelnde konzeptionelle und praktische Einbeziehung in Genschers Außenpolitik könnten den deutschlandpolitisch hoch aktiven Bundeskanzler dazu veranlasst haben, am Auswärtigen Amt vorbei initiativ zu werden und Mertes eine Bühne außenpolitischer Profilierung zu geben. Ob dem so war und ob Genscher seinerseits Gespräche mit der Solidarność aufnahm, geht aus den eingesehenen Quellen allerdings nicht hervor.

Überliefert ist hingegen, dass der Bundesaußenminister weiter engen Kontakt mit dem Vatikan hielt. In derselben Woche, in der Mertes mit Hajnicz zusammentraf, sandte Genscher über seinen Persönlichen Referenten und Leiter des Ministerbüros im Auswärtigen Amt, Hans Friedrich von Ploetz, eine Anfrage an Rom, ob ein vertraulicher Kurzbesuch beim Papst möglich sei. Anlass waren das bevorstehende Treffen des EG-Ministerrats sowie die Reisen Genschers nach Moskau und Washington.⁶⁶ Da dort wichtige Entscheidungen über die westliche Polenpo-

⁶³ Vgl. Runderlass des Leiters des Ref. 012 Öffentlichkeitsarbeit, Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler, vom 07. 12. 1982, Betr.: Zur 24. Tagung des Europäischen Rates am 03./04. 12. 1982 in Kopenhagen, in: AAPD 1982, Dok. 335, S. 1735–1737, hier: S. 1736.

⁶⁴ Vgl. Rödder, Bündnissolidarität und Rüstungskontrollpolitik, S. 126.

⁶⁵ Vgl. Bingen, Die Polenpolitik der Bonner Republik, S. 225f., und Artur Hajnicz, Polens Wende und Deutschlands Vereinigung. Die Öffnung zur Normalität 1989–1992, München u. a. 1995, S. 33–35.

⁶⁶ Vgl. zum Folgenden Aufzeichnung des Auswärtigen Amts vom 02. 07. 1983, Betr.: Kürzlicher Papstbesuch in Polen, hier: Gespräch zwischen Minister Genscher (und zwei Mit-

litik zu treffen seien, lege er besonderen Wert auf die Lagebeurteilung des Heiligen Vaters, der soeben die Reise in sein Heimatland beendet hatte.⁶⁷ Eine Stippvisite Genschers in Rom lehnte der Vatikan ab, da ein solches Treffen nur schwer vor der Presse geheim gehalten werden und die Kirche in Schwierigkeiten bringen könnte. Der Minister sollte stattdessen einen differenzierten Fragenkatalog schicken, dessen Beantwortung ihm anschließend der Paderborner Bischof Paul Josef Cordes, der seit 1980 im Vatikan tätig war, persönlich erläutern werde. Dieses Gespräch, an dem auch der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Josef Homeyer, teilnahm, fand am 2. Juli 1983 in Genschers Privatwohnung statt. Die entscheidende Frage Bonns an Papst Johannes Paul II. lautete, wie sich der Westen künftig gegenüber dem Jaruzelski-Regime verhalten solle.

„Ist der erfolgreich verlaufene Papst-Besuch ein hinreichender Grund für eine schrittweise (ein ‚Dammbruch‘ ist nicht beabsichtigt) Änderung der bisherigen westlichen Polen-Politik (z. B. Umschuldungsgespräche, Wiederaufnahme hochrangiger Kontakte, Mitgliedschaft Polens im IWF)? Wenn nicht, welche Kriterien müssten erfüllt sein? Ist unsere erste Einschätzung richtig, dass [der] Westen jetzt mit erstem Schritt auf Jaruzelski zu [sic!] beginnen sollte, aber weiteres Entgegenkommen von polnischer Entwicklung abhängig machen sollte?“⁶⁸

Der Vatikan ließ daraufhin mitteilen, das weitere Verhalten Jaruzelskis sei sehr schwer einzuschätzen; unklar bleibe, ob gewisse Lockerungen des Kriegsrechts zum Nationalfeiertag am 22. Juli oder erst im Herbst erfolgen würden. Der Papst halte es indes für sinnvoll, wenn die Bundesregierung jenseits der Öffentlichkeit eine schrittweise Annäherung an die Warschauer Führung suche, allerdings mit einem konsequenten „do ut des“, um so Stück für Stück zu Fortschritten zu kommen. Genscher dankte für diese Einschätzung und bat um eine Empfehlung für einen „vertrauenswürdigen Gesprächspartner in der Warschauer Regierung, mit dem er ein solches Vorgehen absprechen und erörtern könne, und zwar ohne jede Öffentlichkeit“.⁶⁹ Daraufhin diskutierten die Anwesenden über verschiedene Kandidaten, deren Namen das Ergebnisprotokoll des Gesprächs jedoch nicht festhielt. Genscher blieb also auch nach dem Koalitionswechsel bei seiner intergouvernementalen Strategie und suchte den Kontakt mit dem Vatikan und Warschau. Gleichzeitig diene ihm die persönliche Einschätzung des Papstes in den Gesprächen mit den westlichen Partnern als wichtige Legitimationsgrundlage für seine Strategie der stillen Diplomatie.⁷⁰

arbeitern), Bischof Cordes, Pater Orszulik und Dr. Homeyer am 2. Juli 1983 in der Privatwohnung von Minister Genscher, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-145/8.

⁶⁷ Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23.06.1983 zu einer Pilgerreise in Polen auf. Vgl. dazu auch Siedlarz, Kirche und Staat im kommunistischen Polen, S. 303–314.

⁶⁸ Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 02.07.1983, Betr.: Kürzlicher Papstbesuch in Polen, hier: Gespräch zwischen Minister Genscher (und zwei Mitarbeitern), Bischof Cordes, Pater Orszulik und Dr. Homeyer am 2.7.1983 in der Privatwohnung von Minister Genscher, Anhang, S. 2, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01-403-145/8.

⁶⁹ Ebd., S. 1.

⁷⁰ Vgl. beispielsweise Télégramme de Bonn à Paris le 7 janvier 1982, Objet: Interprétation allemande de l'opinion du Vatican sur la Pologne, in: AMAE, Direction d'Europe, Pologne, 1930INVA/5422.

Indes drängten die Debatten um den NATO-Doppelbeschluss immer stärker auf die internationale Tagesordnung und ließen die unmittelbare Entwicklung in Polen vorübergehend in den Hintergrund treten.⁷¹ Grund hierfür waren die amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen, die am 30. November 1981 aufgenommen worden waren, nach wie vor allerdings keine positiven Resultate aufweisen konnten. Die Kritiker des Nachrüstungsbeschlusses innerhalb der SPD und die Anhänger der Friedensbewegungen, die bereits am 10. Oktober 1981 im Bonner Hofgarten massenhaft protestiert hatten, erhielten weiter Zulauf. Die in sich äußerst heterogene gesellschaftliche Bewegung verband die Kritik an der Außenpolitik der Vereinigten Staaten und an deren neuem Präsidenten. Zwar wurde in der Regel erkannt, dass auch Breschnew durch die Aufstellung der SS-20-Raketen, die Besetzung Afghanistans und die polnische Krise erheblichen Anteil an der dramatischen Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen hatte. Die Verantwortung für das Ende der Détente aber trug ihrer Meinung nach vor allem Reagan. Mit seinen Sanktionsmaßnahmen in der Polen-Krise, seinem demonstrativen Desinteresse an einer ernsthaften Verständigungspolitik mit Moskau und der fehlenden Konsultationsbereitschaft gegenüber den NATO-Partnern hatte er den Konfrontationskurs der Regierung Carter nicht nur fortgesetzt, sondern unter dem Diktum einer „Politik der Stärke“ weiter verschärft.⁷²

Während die INF-Verhandlungen weiter stagnierten, traf sich der amerikanische Chefunterhändler Paul Nitze im Sommer 1982 mit seinem sowjetischen Konterpart, Julij Kwisinskij, zu einem Vieraugengespräch außerhalb Genfs, um gemeinsam nach einem Kompromiss zu suchen. Diese Initiative, die als „Waldspaziergang“ berühmt wurde, sah einen weitreichenden Abbau der INF-Potenziale beider Supermächte vor.⁷³ Die SPD-geführte Bundesregierung wurde über diesen Schritt nicht unterrichtet oder gar konsultiert, eine offizielle Information an Bonn erfolgte erst nach der Regierungsübernahme durch Bundeskanzler Kohl – zu einem

⁷¹ Zur Kontroverse um den NATO-Doppelbeschluss vgl. Geiger, Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, S. 95–122, und Joachim Scholtyseck, The United States, Europe and the NATO Dual-Track Decision, in: Matthias Schulz/Thomas Schwartz (Hrsg.), *The Strained Alliance. U.S.-European Relations from Nixon to Carter*, Cambridge 2009, S. 333–352. Grundlegend zur Rolle der Bundesrepublik in der NATO vgl. Tim Geiger, Die Bundesrepublik Deutschland und die NATO in den Siebziger- und Achtzigerjahren, in: Bange/Lemke, *Wege zur Wiedervereinigung*, S. 165–182.

⁷² Für ein differenziertes Bild der hier vereinfacht dargestellten Kritik der Friedensbewegungen und der Nachrüstungsgegner innerhalb der SPD vgl. Boll/Hansen, *Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD*, S. 203–228; Nehring/Ziemann, *Führen alle Wege nach Moskau?*, S. 81–100, und Becker-Schaum/Gassert/Klimke, *Entrüstet euch!*.

⁷³ Die Waldspaziergangsformel vom 16. 07. 1982 sah eine Beschränkung beider Seiten auf je 75 Mittelstreckensysteme in Europa vor, für die UdSSR zudem 90 auf asiatischem Territorium. Das hätte einen Abbau bereits stationierter sowjetischer Raketen und für die USA eine deutlich geringere Dislozierung bei vollständigem Verzicht auf Pershing-II-Raketen bedeutet. Vgl. dazu Geiger, Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, S. 95–122, Anm. 144. Vgl. dazu außerdem Kwisinskij, *Vor dem Sturm*, S. 317, und Christian Tuschhoff, *Der Genfer „Waldspaziergang“ 1982. Paul Nitzes Initiative in den amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgesprächen*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 38 (1990), S. 289–328.

Zeitpunkt, als Washington und Moskau den Vorschlag bereits verworfen hatten.⁷⁴ Ob Genscher und das Auswärtige Amt möglicherweise vorab benachrichtigt worden waren, lässt sich derzeit nicht eindeutig klären.⁷⁵ Da Nitze den westdeutschen Abrüstungsbeauftragten Friedrich Ruth vorab konsultiert hatte,⁷⁶ bestehe die Möglichkeit, so Tim Geiger, dass das Auswärtige Amt informiert war, das sozialdemokratische Kanzleramt aber nicht.⁷⁷

In jedem Fall interpretierten viele Vertreter der Friedensbewegung und des linken SPD-Flügels diesen erneuten amerikanischen Alleingang und die Ablehnung des Verhandlungsangebots, über das im Oktober 1982 erste Gerüchte an die Presse durchsickerten, als weiteren Beleg für die mangelnde Kompromissbereitschaft Reagans.⁷⁸ Die scharfe öffentliche Kritik und die wachsenden Massenproteste gegen die Nachrüstungspläne führten Reagan eindrucksvoll die Empfindlichkeit der Westeuropäer gegenüber jedem amerikanischen Unilateralismus vor Augen. Im Februar stimmte er deshalb einer Mission seines Vizepräsidenten George H. Bush zu, der sich in Europa für das weitere Vorgehen um einen engen Schulterschluss mit den NATO-Verbündeten bemühen sollte. Nach intensiven Konsultationen mit Bonn ließ sich Reagan zu einer flexibleren Haltung bewegen und bot Moskau am 30. März 1983 ein Interimsabkommen an. Er verzichtete darauf, eine Null-Lösung als das einzig mögliche Endziel der INF-Verhandlungen anzustreben und stellte in Aussicht, dass die Pershing-II-Raketen nicht unbedingt in gleicher Zahl wie die Gesamtheit der sowjetischen SS-20-Raketen aufgestellt werden müssten. Da die UdSSR jedoch auf einem völligen Stationierungsverzicht der USA bestand, war ein Scheitern auch dieser letzten Verhandlungsrunde vor der geplanten Stationierung vorprogrammiert.⁷⁹

⁷⁴ Vgl. dazu Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Rostow, am 14.10.1982, in: AAPD, Dok. 272, S. 1410–1415, und Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Rostow, am 15. 10. 1982, in: AAPD 1982, Dok. 274, S. 1421–1426. Der Abrüstungsexperte John Newhouse machte die Waldspaziergangsformel im Februar 1983 in der Zeitschrift *The New Yorker* öffentlich, vgl. Hartmut Soell, Helmut Schmidt, Bd. 2: 1969 bis heute. Macht und Verantwortung, München 2008, S. 915.

⁷⁵ Hierzu sind verschiedene Versionen im Umlauf: Genscher selbst erklärte, die Unterrichtung der Bundesregierung habe bereits vor dem Koalitionswechsel stattgefunden, er habe sich jedoch nicht mehr mit Schmidt darüber austauschen können, vgl. Genscher, *Erinnerungen*, S. 423. Christian Tuschhoff hingegen behauptet, die Unterrichtung der Bundesregierung sei erst nach dem Koalitionswechsel erfolgt, vgl. Tuschhoff, *Der Genfer „Waldspaziergang“* 1982, S. 323.

⁷⁶ Vgl. Josef Holik, *Die Rüstungskontrolle. Rückblick auf eine kurze Ära*, Berlin 2008, S. 51 f. Friedrich Ruth war Mitglied der CDU und seit 1977 „Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle“.

⁷⁷ Geiger, *Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss*, S. 119 f.

⁷⁸ Vgl. hierzu und zum Folgenden Klaus Schwabe, *Verhandlungen und Stationierung: Die USA und die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses 1981–1987*, in: Gassert/Geiger/Wentker, *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung*, S. 65–93, hier: S. 73–80.

⁷⁹ Zur sowjetischen Haltung vgl. Wettig, *Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979–1983*, S. 217–259, und ders., *Sowjetische Euroraketenrüstung und Auseinandersetzung mit den Reaktionen des Westens. Motivationen und Entscheidungen*, in: Gassert/Geiger/Wentker, *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung*, S. 49–64.

Die Sowjetunion blieb dabei, dem Westen Scheinkonzessionen anzubieten, und verband dies mit der Drohung, bei einer Stationierung der Pershing-II ihrerseits verstärkt aufzurüsten. Im sicherheitspolitisch aufgeheizten Klima erreichte die öffentliche Auseinandersetzung um die NATO-Nachrüstung in der Bundesrepublik im Herbst 1983 schließlich ihren Höhepunkt. Die letzte Sitzung der FDP-Fraktion vor dem für 22. November angesetzten Votum des Bundestages verlief kontrovers und hitzig.⁸⁰ Genscher erinnerte daran, dass der Doppelbeschluss 1981 eine breite parlamentarische Basis erhalten habe und die Liberalen stets für beide Teile eingetreten seien. Nun müsse diese Position konsequent zu Ende geführt werden. Die FDP müsse nichts zurücknehmen, was sie entwickelt habe. Eine solche „friedenspolitische Positiv-Bilanz“ könne keine andere Partei aufweisen. „Die F.D.P. stimmt nicht aus Bündnissolidarität für den Doppelbeschluss, sondern weil dieser eine durchgehend von Anfang an richtige Entscheidung zur Friedenssicherung“ gewesen sei. Die SPD befinde sich hingegen „auf dem Weg zurück nach Weimar“.⁸¹ Während die SPD die gemeinsame Linie der Verteidigungspolitik verlassen habe, sei es das Verdienst der FDP, die Unionsparteien auf den Weg der Entspannungspolitik geführt zu haben. Genscher plädierte also in gewohnter Manier für Westbindung *und* Entspannung, für militärisches Gleichgewicht *und* Rüstungskontrollpolitik, für Abschreckung *und* Abrüstung zugleich.⁸²

Gegen das Votum von SPD und GRÜNEN, die seit der Märzwahl erstmals im Bundestag vertreten waren und der US-Administration jeden ehrlichen Verhandlungswillen absprachen, entschied der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Koalition die Implementierung des Doppelbeschlusses.⁸³ Daraufhin begannen die USA mit der Stationierung ihrer nuklearen Mittelstreckenraketen auf westdeutschem und italienischem Boden, woraufhin Moskau wie angekündigt sowohl die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (INF) als auch diejenigen über Interkontinentalsysteme (START) abbrach. Umso bedeutsamer war es, dass es in Madrid unter aktiver Beteiligung Genschers gelungen war, den KSZE-Prozess fortzusetzen, der mit den Vorbereitungen für die „Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa“ (KVAE) bereits in eine neue Phase eingetreten war.

⁸⁰ Vgl. zum Folgenden Kurz- und Beschlussprotokoll der Sitzung der FDP-Fraktion am 20. 11. 1983, in: AdL, Bestand Mischnick, A41-78. Nachfolgende Zitate ebd., S. 5. Zur erwartungsgemäß ebenfalls kontrovers verlaufenden Fraktionssitzung der SPD vgl. Protokoll der SPD-Fraktionssitzung am 20. 11. 1983, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, 2/ BTFJ000017.

⁸¹ Kurz- und Beschlussprotokoll der Sitzung der FDP-Fraktion am 20. 11. 1983, in: AdL, Bestand Mischnick, A41-78, S. 5.

⁸² Vgl. dazu auch Rödder, Bündnissolidarität und Rüstungskontrollpolitik, S. 130–132.

⁸³ Zur zweitägigen Bundestagsdebatte vgl. 35. und 36. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 21./22. 11. 1983, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 10. Wahlperiode, Bd. 126, Bonn 1984, S. 2321–2457 und S. 2459A–2592C.

VI. Frieden durch Kommunikation – ein Fazit

Unter den Bedingungen des „Zweiten Kalten Krieges“ führte Genscher eine Entspannungspolitik, die auf die ostpolitischen Vorleistungen der Regierung Brandt zurückgriff und sich pragmatisch den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen anpasste. Angesichts der deutschlandpolitischen Abhängigkeit Bonns von den westlichen Partnern und der Sowjetunion zielte er nicht auf die einseitige Durchsetzung bundesdeutscher Interessen, sondern auf den Ausgleich scheinbar unvereinbarer Positionen. Mit dezidiert „realistischem“ Anspruch praktizierte er eine Gesprächsdiplomatie, die unabhängig von weltanschaulichen Differenzen eine möglichst große Schnittmenge gemeinsamer Interessen suchte und eine langfristige Entideologisierung von Außenpolitik anstrebte.

Zu seinem persönlichen Schlüsselerlebnis wurden die Verhandlungen um die Schlussakte von Helsinki, mit denen er bei seinem Amtsantritt unvermittelt konfrontiert worden war, und in denen sich das deutschland- und entspannungspolitische Dilemma der Bundesrepublik widerspiegelte. Der KSZE-Prozess bot eine bis dahin ungekannte kommunikative Infrastruktur für einen kontinuierlichen blockübergreifenden Meinungsaustausch und ein einzigartiges Forum des persönlichen Kennenlernens in multilateralem Rahmen. Für die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft entwickelte sich die dort erfolgreich erprobte Zusammenarbeit im Gremium der EPZ zu einem Katalysator kollektiven Handelns auf internationaler Bühne.

Seine Verhandlungsstrategie des nüchternen Interessenausgleichs, die in aufklärerisch-liberaler Tradition auf die Überzeugungskraft rationaler Argumente baute, verband Genscher mit einer stark personalisierten Gesprächsführung. Er war überzeugt, dass häufige Kontakte zwischen den politischen Entscheidungsträgern in Ost und West dazu beitragen konnten, Feindbilder abzubauen und gegenseitiges Vertrauen wachsen zu lassen. Seinen Gesprächspartnern brachte er ein hohes Maß an Empathie entgegen, vermittelte ihnen den Eindruck persönlicher Wertschätzung und signalisierte Verständnis für deren politische Anliegen selbst dann, wenn die Bundesregierung entgegengesetzte Interessen verfolgte. Oftmals erinnerte er an die gemeinsamen existenziellen Erfahrungen der ehemaligen Kriegsgegner und warb mit diesem emotional aufgeladenen Argument für das gemeinsame Ziel, den Frieden in Europa zu sichern. Sich selbst stilisierte er dabei zur personalisierten Garantie für die Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit bundesdeutscher Außenpolitik.

Diesem Verständnis nach entfaltete ein kontinuierlicher Kommunikationsprozess über den Eisernen Vorhang hinweg in ruhigen Phasen der Weltpolitik dynamisierende, in internationalen Krisenzeiten deeskalierende Wirkung. Während die Regierung Brandt nach ersten zögerlichen Schritten der Großen Koalition endlich auf den längst angefahrenen Zug der Entspannungspolitik aufsprang und damit den Anschluss an die westlichen Verbündeten schaffte, agierte Genscher Ende der siebziger Jahre antizyklisch. Gespräche mit dem Osten führte er nicht wegen, sondern *trotz* der Gefahr, damit die Spannungen innerhalb der NATO zu vergrößern. Als sich mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan die sicherheitspolitische

Konfrontation zuspitzte, setzte er sich konsequenterweise für eine Ausweitung des Ost-West-Dialogs und nicht für dessen Abbruch ein.

Im Rahmen der NATO hatten seit der kommunistischen „April-Revolution“ 1978 Konsultationen zur politischen Entwicklung in Kabul stattgefunden. Obwohl die westlichen, insbesondere die amerikanischen Geheimdienste gut über die politische und militärische Lage vor Ort informiert waren, hatten es die NATO-Partner nicht für notwendig erachtet, prophylaktisch einen gemeinsamen Plan für eine adäquate und geschlossene Reaktion des Bündnisses zu entwerfen. Entsprechend chaotisch gestalteten sich deshalb die Koordinationsversuche der Alliierten unmittelbar nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen. Das Auswärtige Amt richtete einen Krisenstab ein, initiierte und beteiligte sich an Konsultationsrunden der EPZ und NATO. Wochenlang zermürbten sich die Bündnispartner in endlosen Diskussionen über die Motive Moskaus. Handelte es sich bei der sowjetischen Invasion um einen defensiven Akt der Herrschaftssicherung oder um ein expansives, ideologisch fundiertes Ausgreifen zum Persischen Golf, das eine Bedrohung des globalen Mächtegleichgewichts darstellte?

Von der Beantwortung dieser Frage hing ab, welche Reaktion Europäer und Amerikaner für angebracht hielten. US-Präsident Carter sah im sowjetischen Vorgehen einen Angriff auf die vitalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten und erkannte unter dem Eindruck der iranischen Geisellaffäre und der bevorstehenden Wahlen eine Chance innenpolitischer Profilierung. Als Ausdruck falsch verstandener Führungsstärke verkündete er deshalb ohne Rücksprache mit den Alliierten unilaterale Sanktionen gegen Moskau. In Paris löste dies reflexhaften Widerstand gegen die von Washington geforderte atlantische Solidarität aus und so verweigerte Valéry Giscard d'Estaing unter Rekurs auf die Souveränität und Unabhängigkeit französischer Außenpolitik ein gemeinschaftliches, von EPZ und NATO getragenes Krisenmanagement. Das Auswärtige Amt erkannte seinerseits im sowjetischen Vorgehen sowohl offensive als auch defensive Motive und arbeitete gemeinsam mit den Briten an einer innerwestlichen Konsensfindung. Der intensive bilaterale Meinungsaustausch zwischen Auswärtigem Amt und Foreign Office, der von gegenseitigem Respekt und persönlicher Sympathie getragen war, brachte konstruktive Kompromisspapiere hervor, die der gemeinsamen deutsch-britischen Sorge um die Kohärenz der Nordatlantischen Allianz Ausdruck verliehen.

Die französische und amerikanische Blockadehaltung verhinderte jedoch die Verabschiedung eines inhaltlich tragfähigen und überzeugenden transatlantischen Maßnahmenpakets. Paris lehnte wegen der anhaltenden Streitigkeiten um den EG-Haushalt jedwede britische Initiative *à priori* ab und gab den Blick frei auf die komplexe Verflechtung bündnis-, europa- und ostpolitischer Gemengelagen. Carter hielt seinerseits unbeirrt an seiner Politik der Bestrafung fest, ließ jegliche Empathie für die Empfindlichkeit seiner europäischen Partner gegenüber amerikanischen Alleingängen vermissen und provozierte damit beinahe zwangsläufig antiamerikanische Untertöne in der deutschen und französischen Öffentlichkeit.

Die Westeuropäer verweigerten sich daher einer bedingungslosen Solidaritätserklärung an die Vereinigten Staaten und sagten im gemeinsamen NATO-Kommunique vom 15. Januar 1980 lediglich zu, die Sanktionsmaßnahmen Carters nicht zu unterminieren. Außerdem sprach sich die Allianz in ihrer Deklaration für den so-

fortigen Rückzug der sowjetischen Truppen und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des afghanischen Volkes aus. Diese Forderungen wurden zur Grundlage der westlichen Post-Afghanistan-Politik gegenüber Moskau, die je länger sie dauerte, umso nachhaltiger in eine Phase der Stagnation mündete. Statt den Zusammenhalt des Westens angesichts der sowjetischen Bedrohung zu festigen, verstärkte der Afghanistan-Konflikt die Fliehkräfte innerhalb der Allianz.

Wie aber versuchte die Bundesregierung den sowjetischen Einmarsch mit ihren entspannungspolitischen Prämissen in Einklang zu bringen? Schmidt erklärte Anfang Februar in einem gemeinsamen Pressecommuniqué mit Frankreichs Präsident Giscard d'Estaing, die Détente zwischen Ost und West habe mit dem sowjetischen Vorgehen in Afghanistan zwar einen schweren Rückschlag erlitten, sie sei jedoch nicht gescheitert. Das demonstrative Festhalten der Bundesregierung an dem einmal eingeschlagenen entspannungspolitischen Kurs war nicht zuletzt innenpolitischen Beweggründen geschuldet, schließlich stand mitten im Wahljahr das Prestigeprojekt der sozial-liberalen Koalition am Pranger. Auch Genscher pochte geradezu mantraartig auf das Postulat von der „Unteilbarkeit“ der Entspannung: Wer Frieden in Europa wolle, könne nicht in anderen Teilen der Welt Krieg führen. Wenig überraschend zog die Bundesregierung mit ihrer starren Haltung Kritik und Spott aus den Reihen der CDU/CSU auf sich. Währenddessen hatte der Planungsstab des Auswärtigen Amts längst erkannt, dass eine Strategieanpassung unumgänglich war, wollte die bundesdeutsche Entspannungspolitik ihre Glaubwürdigkeit nicht einbüßen. Die neue Marschroute, der auch Genscher folgte, lautete deshalb, angesichts der globalen Krisen zumindest Europa vor einem „Zweiten Kalten Krieg“ abzuschirmen und den Afghanistan-Konflikt in der Region selbst einzudämmen.

Gemeinsam mit Londons Außenminister Carrington arbeitete Genscher daran, mithilfe der EPZ den westeuropäischen Handlungsspielraum zu vergrößern und durch Entwürfe für ein „neutrales“ Afghanistan einen konstruktiven Weg aus der Sackgasse zu finden. Das britische Engagement war fraglos weniger entspannungs- als vielmehr sicherheitspolitisch motiviert und folgte einem postimperialen Impetus. Carringtons Vorschläge einer Neutralisierung des Landes nach österreichischem Vorbild, ihre Absicherung durch Garantieerklärungen der Supermächte und Nachbarstaaten sowie seine Idee einer Stabilisierung des Mittleren Ostens durch die Integration Pakistans in den Commonwealth gingen weit über die bundesdeutschen Vorstellungen hinaus. Genscher warnte seinen Amtskollegen deshalb davor, die eben erst gewonnenen Sympathien der „Dritten Welt“ durch Initiativen mit kolonialpolitischem Beigeschmack wieder zu verspielen. Sein Vorschlag zielte auf eine selbstgewählte Blockfreiheit Afghanistans und die Regierungsbeteiligung der Oppositionsbewegung, wobei auch hier im Unklaren blieb, wie die Zustimmung Moskaus für ein solches Procedere hergestellt und dauerhaft gesichert werden sollte. Trotz der nicht unbedenklichen Differenzen im Detail bestand das gemeinsame deutsch-britische Interesse darin, den Zusammenhalt der NATO wiederherzustellen und Konfliktregulierungsmöglichkeiten in der Region selbst zu suchen.

Der britische Entwurf enthielt bereits konkrete Vorschläge für seine praktische Umsetzung und drohte in den westlichen Konsultationsgremien am französischen

und amerikanischen Widerstand zu scheitern. Genscher riet deshalb davon ab, zum jetzigen Zeitpunkt an einer Konkretisierung des Plans zu arbeiten, und plädierte stattdessen dafür, zunächst bei den Staaten der „Dritten Welt“ für die grundlegende Idee eines neutralen Afghanistans zu werben. Wenn die Bewegung der Blockfreien und die Staaten der Krisenregion den westlichen Vorschlag aufgriffen und auf ihre eigene Agenda setzten, wäre es für Moskau ungleich schwerer, ihn als Element westlicher Einmischung in die afghanisch-sowjetischen Beziehungen abzulehnen.

Der diplomatische Vorstoß Genschers belegt symptomatisch seine Strategie, eine ausweglos erscheinende Krisensituation durch die Änderung ihrer Rahmenbedingungen und den Ausgleich divergierender Interessen zu entschärfen. Mit seiner Verzögerungstaktik verminderte er unmittelbar die Spannung innerhalb des westlichen Bündnisses und bot Breschnew die Möglichkeit, mit vergleichsweise geringem Prestigeverlust einen sowjetischen Truppenrückzug anzuordnen. Gleichzeitig war dies ein Versuch, neben der EPZ auch die Staaten der „Dritten Welt“ als Akteur auf die internationale Bühne zu ziehen und den Blockantagonismus der Supermächte ein Stück weit aufzubrechen. Nichtsdestotrotz scheiterte sein Vermittlungsvorschlag an der amerikanischen, sowjetischen und afghanischen Blockadehaltung, zu wirkmächtig waren die sicherheitspolitischen und ideologischen Systemzwänge des Ost-West-Konflikts in dieser global-strategisch so wichtigen Region, aber auch die ethnisch-religiösen Spannungen und das historisch gewachsene Misstrauen zwischen den Staaten des Mittleren Ostens selbst.

In der umstrittenen Frage des von den USA einseitig erklärten Boykotts der Olympischen Sommerspiele in Moskau setzte Genscher ebenfalls auf seine Taktik, bündnisinterne Konflikte durch eine Strategie der Verzögerung zu entschärfen. Während London die von Washington geforderte Solidarität zu leisten bereit war, hatte sich in Bonn und Paris einmal mehr Ärger über das unilaterale Vorpreschen Carters angestaut. Statt sich auf ein klares „Ja“ oder „Nein“ zum Boykott festlegen zu lassen, verwies Genscher auf die Unabhängigkeit der westlichen Nationalen Olympischen Sportkomitees. Gleichzeitig erklärte er seine Hoffnung, Moskau werde die Voraussetzungen für eine Teilnahme bundesdeutscher Sportler an den Spielen schaffen. Mit dieser Kompromissformel nahm er Abstand von der ultimativen amerikanischen Forderung nach einem vollständigen sowjetischen Truppenrückzug als Vorbedingung jedweder westlicher Beteiligung und behielt sich zugleich die Möglichkeit vor, im letzten Moment dem NOK doch noch einen Boykott zu empfehlen. Breschnew spielte er damit den Ball zu und ebnete ihm einen Weg, durch ein „positives Signal“ – etwa einen Teiltrückzug seiner Truppen – einen internationalen Prestigeverlust zu umgehen.

Dennoch war diese Konfliktregulierungsstrategie nicht von Erfolg gekrönt, zu stark war die symbolpolitische Aufladung der Olympischen Spiele als Fest des Friedens und die amerikanisch-sowjetische Kooperationsverweigerung. Genscher hatte zwar formal die Solidarität mit den Vereinigten Staaten gewahrt, zog aber mit seiner abwartenden Taktik und der vergleichsweise „weichen“ Haltung gegenüber Moskau das Misstrauen der US-Administration auf sich und erhielt das Image eines unentschlossenen „Zauderers“. Paradoxerweise war es die von Genscher beschworene Unabhängigkeit des Sports, die letztlich dazu führte, dass die

bundesdeutschen, nicht aber die britischen und französischen Sportler ihre Teilnahme absagten. Olympia avanciert damit zu einem Menetekel für die Zerrissenheit der westlichen Allianz.

So zerstritten die NATO-Partner in diesen Fragen waren, so einig zeigten sie sich in der Erkenntnis, dass eine dauerhafte Stabilisierung der Region nur unter Einbeziehung Pakistans möglich sein würde, bei der sie davon absahen, dass mit General Zia-ul-Haq an der Spitze ein autoritäres Militärregime das Land regierte. Neben humanitärer Soforthilfe für afghanische Flüchtlinge stockte die Bundesregierung ihre Entwicklungshilfe an Islamabad erheblich auf. Die USA legten ein Programm zur wirtschaftlichen und vor allem militärischen Unterstützung Pakistans vor, das offiziell der Sicherung seiner Westgrenze dienen sollte. Warnungen Genschers, dass eine Aufrüstung Pakistans neue Bedrohungsängste in Indien schüren und eine Annäherung Neu-Delhis an die Sowjetunion provozieren könnte, verhallten ungehört.

Gleichzeitig diskutierten die Alliierten darüber, über Pakistan Waffen an den afghanischen Widerstand zu liefern. Gerade auch die französische Regierung, die in der Öffentlichkeit ihre moralische und politische Unterstützung der Widerstandsbewegung mit dem historischen Auftrag Frankreichs, sich für Freiheit und Selbstbestimmung des afghanischen Volkes einzusetzen, begründete, sprach sich hinter verschlossenen Türen aktiv für militärische Hilfslieferungen aus. Paris, Washington und London entschieden daraufhin, die afghanischen Widerstandsgruppen mit Waffen zu versorgen. Weder die französischen noch die britischen und amerikanischen Waffenlieferungen zielten allerdings auf einen schnellen Sieg der afghanischen „Befreiungsbewegungen“, sondern auf einen langandauernden Guerillakrieg, der die wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen der Sowjetunion möglichst lange binden sollte.

Genschers Bedenken, dass dem Westen wegen der fehlenden Homogenität der afghanischen Oppositionsgruppen, ihrer Spaltung in radikale und gemäßigte Flügel und ihrer mangelhaften Selbstorganisation kein adäquater Ansprechpartner für eine politische Lösung zur Verfügung stehe, blieben ohne bündnispolitisches Echo. Stattdessen erkannten die Alliierten die weniger national als ethnisch und religiös begründete Motivation der Widerstandsbewegung als Chance, die ebenfalls moslemisch geprägte Bevölkerung in den angrenzenden Südpervenzen der UdSSR zu einem Aufbegehren gegen die sowjetische Hegemonialmacht anzustacheln. Der aus heutiger Sicht naheliegende Gedanke, dass die Entfesselung radikal-islamischer Kräfte unter Führung regionaler, für die Weltgemeinschaft unkontrollierbarer Stammesfürsten sich eines Tages gegen den Westen richten könnte, wurde interessanterweise nicht diskutiert.

Da es Bonn aus verfassungsrechtlichen Gründen untersagt war, Waffenexporte in Spannungsgebiete zu genehmigen, legte die Bundesregierung im Zeichen des *burden sharing* ein militärisches und wirtschaftliches Hilfsprogramm für den schwächelnden NATO-Partner Türkei auf, um den Vorposten der Allianz im Nahen und Mittleren Osten zu stabilisieren. Gleichwohl bestanden auch im Planungsstab des Auswärtigen Amts anhaltende Sympathien für einen afghanisch-sowjetischen Zermübungskrieg, die unter dezidiert „realistischem“ Anspruch der sicherheitspolitischen und geostrategischen Logik des Ost-West-Konflikts verhaf-

tet blieben: Sowjetisches Militärpotenzial, das im Mittleren Osten dauerhaft gebunden war, konnte nicht gleichzeitig auf Westeuropa gerichtet sein und trug folglich dazu bei, den Frieden in Europa sicherer zu machen.

Diese Strategie stieß an ihre Grenzen, als sich mit der polnischen Krise das Epizentrum des „Zweiten Kalten Krieges“ in die Mitte Europas verlagerte. Mit dem Anschwellen der Streikbewegung im Sommer 1980, dem Danziger Abkommen und der Gründung der freien Gewerkschaft *Solidarność* unter Lech Wałęsa stand die Frage nach der demokratischen Reformierbarkeit sozialistischer Systeme auf der internationalen Tagesordnung. Schmidt und Genscher hielten zu diesem Zeitpunkt eine friedliche Revolution in Polen für ausgeschlossen. Angesichts der unabsehbaren Konsequenzen einer gewaltsamen Eskalation unter sowjetischer Beteiligung richtete sich ihr Krisenmanagement auf die unmittelbare Deeskalation der Lage. Genscher aktivierte seine diplomatischen Kommunikationskanäle und versicherte Warschau und Moskau in unzähligen Gesprächen, dass sich die Bundesregierung konsequent an das KSZE-Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten halten werde. Seinen Versuch, bestehende Bedrohungsängste abzubauen, unterstrich er durch das Angebot, ohne Vorbedingungen umfangreiche Wirtschafts- und Finanzhilfe an Polen zu leisten. Auch unterließ er jedwede regierungsamtliche Unterstützung der *Solidarność*. Mit aktiver Beteiligung Genschers nahmen die fünfzehn wichtigsten Gläubigerstaaten Polens bereits Ende 1980 Umschuldungsverhandlungen auf und unterzeichneten im April 1981 ein Abkommen mit einer Umschuldungsquote von 90 Prozent. Sowohl bei den Kredit- und Umschuldungsverhandlungen als auch bei den Nahrungsmittellieferungen der Europäischen Gemeinschaft hatte die Bundesrepublik rund ein Drittel der Gesamtkosten übernommen und war damit noch weit vor den USA der wichtigste Gläubiger Polens. Wie in Afghanistan bildete die Wirtschafts- und Finanzkraft der Bundesrepublik – trotz der anhaltenden Notwendigkeit, den Bundeshaushalt zu konsolidieren – den Treibstoff ihres entspannungspolitischen Krisenmanagements.

Anders als im Afghanistan-Konflikt trafen sich die NATO-Partner seit Beginn der Streikwellen regelmäßig, um an einer gemeinsamen „Eventualfall-Planung“ zu arbeiten. Sollten sowjetische Truppen in Polen einmarschieren, wollte das westliche Bündnis diesmal vorbereitet sein und mit einer schnellen kollektiven Antwort ein Zeichen der Einigkeit setzen. Waren die Diskussionen um Afghanistan lange von der Frage dominiert worden, ob für Moskaus Interventionsentscheidung defensive oder offensive Motive ausschlaggebend seien, teilten alle NATO-Partner im Falle Polens die Auffassung, dass Breschnew nur dann einen Truppeneinmarsch befehlen werde, wenn er das sozialistische System des Landes und seine Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt als gefährdet ansah. Eine militärische Reaktion des Westens wurde von allen Beteiligten kategorisch ausgeschlossen, allerdings schieden sich die Geister, sobald eine endgültige Festlegung konkreter politischer und wirtschaftlicher Sanktionen anstand. Während Washington einen verbindlichen Maßnahmenkatalog wünschte, der bei einer sowjetischen Invasion quasi automatisch griff, lehnte Genscher dieses Vorgehen ab mit der Begründung, ein solcher Automatismus schränke den Handlungsspielraum des Westens ein und verhindere eine abgestufte, flexible und sachadäquate Reaktion.

Neben diesen Meinungsunterschieden im Detail erwies sich die monatelange Fixierung des Contingency Plannings auf den Fall eines sowjetischen Truppeneinmarsches als die eigentliche Achillesferse im Krisenmanagement der NATO. Nachdem der polnische Außenminister Czyrek London im Frühjahr 1981 darüber informiert hatte, dass Warschau sich gegebenenfalls genötigt sehen werde, den Ausnahmezustand zu verhängen, beschäftigten sich die Alliierten zwar mit dieser Möglichkeit. Verbindliche Entscheidungen über konkrete Gegenmaßnahmen wurden aber – auch wegen Genschers Beharren auf einer flexiblen Reaktion – erneut nicht getroffen.

Als Jaruzelski im Dezember 1981 das Kriegsrecht ausrief, verirrten sich die Alliierten in wochenlangen Diskussionen darüber, ob er den Ausnahmezustand auf eigene Veranlassung oder auf Druck Breschnews verhängt hatte. Reagan, für den Letzteres außer Frage stand und der in der polnischen Krise eine Chance sah, den kommunistischen Ostblock mit einer „Politik der Stärke“ in die Knie zu zwingen, verkündete wie schon sein Vorgänger ohne Rücksprache mit den Verbündeten Sanktionen gegen Moskau und wenig später auch gegen Warschau. Und wieder provozierte die US-Administration damit reflexhafte Abwehrreaktionen in den westeuropäischen Hauptstädten. Auf Initiative Genschers entschieden die EG-Staaten, die von ihnen bereits seit Monaten geleistete Nahrungsmittelhilfe an Polen aus humanitären Gründen fortzusetzen. Die NATO hatte zwar ihrem guten Willen, aus dem Koordinationsdesaster des Afghanistan-Konflikts zu lernen, mit ihrem Contingency Planning Ausdruck verliehen. Ihr chaotisches Agieren im Dezember 1981 ließ jedoch erkennen, dass Außenpolitik eben nur bedingt planbar ist und das unmittelbare Krisenmanagement stets von aktuellen Rahmenbedingungen, weltanschaulichen und machtpolitischen Faktoren abhängig bleibt.

Auch nach der Verhängung des Kriegsrechts setzte der Bundesaußenminister seine Gesprächsdiplomatie gegenüber Warschau fort. Sie belegt die charakteristische Kommunikationsstrategie Genschers, unabhängig von ideologischen Gegensätzen pragmatisch nach gemeinsamen Interessen zu suchen, und sein Geschick, durch eine emotionale Personalisierung der Verhandlungsführung Vertrauen in die Zuverlässigkeit bundesdeutscher Politik zu erzeugen. Seit Beginn der Krise stand er in intensivem persönlichen Austausch mit der polnischen Führung, die bemerkenswert offen über die desolote wirtschaftliche Lage und den Kreditbedarf des Landes Auskunft gab. Gemeinsam diskutierten sie über die Wahrscheinlichkeit eines sowjetischen Einmarsches, den beide gleichermaßen als existenzielle Bedrohung wahrnahmen. In beeindruckend freundschaftlicher Atmosphäre erinnerten sich Genscher und sein polnischer Amtskollege Czyrek an die schrecklichen Erfahrungen beider Völker im Zweiten Weltkrieg und die daraus resultierende Verantwortung beider Staaten für den Frieden in Europa. Statt sich in eine historische Täter-Opfer-Diskussion zu verwickeln, entdeckten sie das gemeinsame deutsch-polnische Interesse an einer gewaltlosen Deeskalation der Lage. Bezeichnend für das entspannungspolitische Verständnis Genschers ist die Tatsache, dass seine Kommunikationsbemühungen bei einer Zuspitzung nicht abnahmen, sondern exponentiell anstiegen. So nimmt es nicht Wunder, dass der erste Besuch des stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten Rakowski im Westen nach der Verhängung des Kriegsrechts ins Auswärtige Amt führte. Genscher appellierte an

ihn, den Ausnahmezustand schnellstmöglich aufzuheben, die Gefangenen und Internierten freizulassen und den nationalen Dialog mit Solidarność und Kirche wiederaufzunehmen – Forderungen, die zur Richtschnur der westeuropäischen und transatlantischen Polenpolitik wurden. Das Fenster deutsch-polnischer Versöhnungspolitik unter entspannungspolitischen Vorzeichen sollte sich erst schließen, als mit dem Einzug Helmut Kohls ins Kanzleramt in Warschau alte Bedrohungssängste ihre Renaissance erlebten.

Im Dezember 1981 erregte Genschers Verständigungspolitik mit Warschau allerdings zunehmend das Misstrauen der Verbündeten, die von Bonn immer drängender ein Zeichen atlantischer Solidarität verlangten. Ende Januar/Anfang Februar 1982 beugte sich die Bundesregierung den bündnispolitischen Zwängen und stimmte einer Aussetzung der Umschuldungsverhandlungen zwischen den fünfzehn wichtigsten westlichen Gläubigerländern und Warschau zu, auch wenn sie diese Entscheidung als ökonomisch kontraproduktiv erachtete. Gleichwohl setzte Genscher weiterhin auf eine aktive Gesprächsdiplomatie und suchte den Kontakt zum Jaruzelski-Regime, aber auch zur polnischen katholischen Kirche, der er eine mäßigende Rolle im Konflikt zwischen Regierung und Solidarność beimaß.

Schon früh hatte das Auswärtige Amt die tragende Rolle der katholischen Kirche für das Nationalgefühl und den gesellschaftlichen Zusammenhalt des Landes erkannt und führte deshalb einen regen Meinungsaustausch mit dem polnischen Episkopat und dem Vatikan. Die Einschätzungen des Erzbischofs Wyszyński und Papst Johannes Paul II. wurden eine wichtige Informationsquelle und Beratungsgrundlage der Bundesregierung. Als Einfluss und Handlungsspielraum des Episkopats unter den Bedingungen des Kriegsrechts abnahmen, fokussierte Genscher seinen Informationsaustausch auf den Vatikan, der seine Kenntnisse über das gesundheitliche und politische Befinden des internierten Solidarność-Führers Lech Wałęsa an die Bundesregierung übermittelte. Die Analysen Roms über die aktuelle Lage im Land, die sich mit den Einschätzungen des Auswärtigen Amts weitestgehend deckten, dienten Genscher als moralische und politische Legitimationsgrundlage in den bündnisinternen Verhandlungen, die angesichts der unverändert kritischen Lage in Polen zunehmend ins Stocken gerieten.

In Washington und Moskau setzte sich Genscher weiterhin für die Fortsetzung des wichtigsten blockübergreifenden Kommunikationsforums, der KSZE, ein. Wie schon im Afghanistan-Konflikt war sein kommunikatives Krisenmanagement durch ein hohes Maß an Empathie und taktische Raffinesse gekennzeichnet. Seine sowjetischen Gesprächspartner umwarb er mit dem Argument, die KSZE sei der Garant dafür, dass sich die Bundesregierung und ihre Partner an das in der Schlussakte verankerte Prinzip der Nichteinmischung hielten. Außerdem appellierte er an das sowjetische Interesse an dem Mandat für eine europäische Abrüstungskonferenz, das in Madrid verabschiedet werden sollte. In Washington verwies er hingegen darauf, dass die KSZE die Entstehung der Solidarność überhaupt erst möglich gemacht habe und ihr gegenüber eine Schutzfunktion erfülle, die bei einem Abbruch der Madrider Verhandlungen entfalle.

Statt die Bonner Eigeninteressen zu betonen, trug er amerikanischen und sowjetischen Argumenten Rechnung, um anschließend deren Schnittmengen mit den bundesdeutschen Zielen positiv herauszustellen. Als Washington weiter jede An-

näherung blockierte, erhöhte er gemeinsam mit seinen westeuropäischen Partnern den Druck auf Reagan, indem er die amerikanische Verhandlungsbereitschaft an die erfolgreiche Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses durch den Deutschen Bundestag koppelte. Sollte die US-Administration die Madrider Konferenz abbrechen und damit vor den Augen der Welt ihre mangelnde Verhandlungsbereitschaft dokumentieren, könne die Unterstützung der bundesdeutschen und westeuropäischen Öffentlichkeit für den NATO-Doppelbeschluss nicht mehr garantiert werden. Genscher hatte hoch gepokert – und gewann: Im Herbst 1983 verabschiedeten die KSZE-Teilnehmerstaaten ein Mandat für die „Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa“ und unterstrichen eindrucksvoll die von Bonn postulierte Einheit politischer und militärischer Entspannung.

Letzteres verweist auf die in der bundesdeutschen Öffentlichkeit hochumstrittene Frage nach Sinn und Zweck des westlichen Nachrüstungsbeschlusses, der stets die sicherheitspolitische Hintergrundfolie für die innenpolitische Auseinandersetzung um das richtige Krisenmanagement in den Konflikten um Afghanistan und Polen bildete. Interessanterweise weilte Bundeskanzler Schmidt sowohl im Dezember 1979 als auch im Dezember 1981 nicht in Bonn. Als sowjetische Truppen Kabul stürmten, verbrachte er gerade seinen Weihnachtsurlaub auf Mallorca, den er in Rücksprache mit Genscher nicht abbrach, um demonstrativ staatsmännische Gelassenheit zur Schau zu tragen und die Stimmung durch eine überstürzte Rückkehr nicht unnötig anzuheizen. Dies bot dem Bundesaußenminister die notwendige Bewegungsfreiheit, um seinen diplomatischen Aktionismus entfalten und sich selbst als internationalen Krisenmanager inszenieren zu können. Ausgerechnet als Jaruzelski knapp zwei Jahre später in Polen das Kriegsrecht ausrief, befand sich Schmidt gemeinsam mit Honecker am Werbellinsee, um das mehrfach verschobene deutsch-deutsche Gipfeltreffen nachzuholen. Wieder entschied sich der Kanzler zu bleiben und zog durch seine zweifelhafte Presseerklärung die Kritik der Medien und der parlamentarischen Opposition auf sich. Bezeichnend für die desaströse Öffentlichkeitsarbeit des Bundeskanzleramts war das ungeschickte Auftreten des Regierungssprechers, der den Journalisten Steilvorlagen für eine Berichterstattung lieferte, die nicht die Krise des kommunistischen Systems, sondern die Zerrissenheit der NATO-Bündnispartner ins Rampenlicht setzte. Die Entscheidung Schmidts, trotz der Erfahrungen zwei Jahre zuvor seinen Weihnachtsurlaub in Florida anzutreten, machte einmal mehr die Bühne frei für Genscher. Dieser wusste seine Profilierungschance zu nutzen, indem er sich medial als internationaler Krisenmanager und parteiübergreifender Sachwalter bundesdeutscher Interessen in Szene setzte.

In beiden Fällen ging er offen auf CDU und CSU zu und bereitete taktisch geschickt den Boden für eine Gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages. Unverzüglich informierte er die außenpolitischen Sprecher der Unionsfraktion und den Auswärtigen Ausschuss über die aktuelle Lage vor Ort und vergaß selbstredend nicht, die Presse über seine vorbildliche, parteiübergreifende Informationspolitik in Kenntnis zu setzen. Allerdings erläuterte er die Haltung der Bundesregierung immer erst dann im Ausschuss, wenn die notwendigen bündnis-internen Entscheidungen bereits gefallen waren. Wenn die Opposition nun hinter diesen Konsens zurücktrete, gefährde sie die mühsam erreichte Kohärenz der Alli-

anz und unterminierte die Berechenbarkeit bundesdeutscher Außenpolitik, so lautete die Argumentation Genschers. Dies wog umso schwerer, als die Union damit ihrer eigenen Kritik an der mangelnden Bündnistreue der Sozialdemokraten den Boden entzogen und ihre eigene Regierungsfähigkeit in Frage gestellt hätte. CDU und CSU kamen gar nicht umhin, der Politik der Bundesregierung zuzustimmen, wollten sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen, in internationalen, friedensbedrohenden Krisen parteipolitischen Kalkülen zu folgen. Eine konstruktive fraktionsübergreifende Diskussion mit offenem Ausgang war im Auswärtigen Ausschuss somit von vornherein nicht möglich, stattdessen nutzte Genscher ihn als „Plenum in Testphase“¹ und Hebel für die parlamentarische Durchsetzung seiner Politik.

Bevor der Bundeskanzler aus Mallorca beziehungsweise Florida zurückkehrte, hatte Genscher die Fraktionen des Deutschen Bundestages bereits hinter sich geschart. Seine Politik der Einbindung rief innerhalb der Union erhebliche Missstimmung hervor und verlor ihre Bindekraft erst, als CDU und CSU Mitte Januar 1982 angesichts der zunehmenden Isolierung Bonns in der NATO die Chance erkannten, in die Offensive zu gehen. Sie entzogen der Bundesregierung ihre parlamentarische Unterstützung und bezichtigten die SPD wegen der fortgesetzten wirtschaftspolitischen Unterstützung Warschaws der ungebührlichen Nähe zum Jaruzelski-Regime. Bezeichnenderweise richtete sich die geballte Kritik der Union fast ausschließlich gegen den Kanzler. Ungleich schwieriger war es für CDU und CSU, sich dem Werben Genschers für eine „realistische“ Entspannungspolitik zu entziehen, zumal man auf ihn bei einem möglichen Regierungswechsel angewiesen blieb.

Den Eindruck seiner Unersetzbarkeit für eine berechenbare bundesdeutsche Außenpolitik erzeugte Genscher mithilfe einer langfristig angelegten PR-Strategie. Seit seinem Amtsantritt im Mai 1974 hatte er die Öffentlichkeitsarbeit des Auswärtigen Amtes institutionell, finanziell und strategisch modernisiert. Die mediale Personalisierung von Außenpolitik verband er in den weltpolitischen Krisen um Afghanistan und Polen mit einer taktisch versierten „media diplomacy“. Unmittelbar nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan beziehungsweise der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen sorgte er mit seinem diplomatischen Aktionismus für das Image eines international anerkannten Krisenmanagers. Die Einrichtung von Krisenstäben im Auswärtigen Amt, Telefonate, Briefwechsel und persönliche Gespräche mit den bundesdeutschen Botschaftern vor Ort, den sowjetischen und polnischen Entscheidungsträgern sowie den Verbündeten in EG und NATO wurden unverzüglich an die Nachrichtenagenturen bekannt gegeben und sicherten ihm die uneingeschränkte Aufmerksamkeit der Presse. Sein zupackendes Engagement für eine friedliche Beilegung der Krise unterstrich er durch Initiativen im Rahmen der EPZ und vermittelte mit seinen unpolemischen, auf Deeskalation zielenden Äußerungen gleichzeitig den Eindruck ruhiger Besonnenheit.

Genschers erfolgreicher Einsatz für fraktionsübergreifende Entschliefungen des Bundestages verlieh seinen Initiativen ihre parlamentarische Basis und erzeugte das Bild einer sachlich-nüchternen, alternativlosen und von parteipolitischem

¹ Von Oertzen, Das Expertenparlament, S. 234f.

Profilierungsstreben freien Außenpolitik unter seiner Führung. Dieses Image unterstrich Genscher in zahlreichen Hintergrundgesprächen mit Journalisten und in Interviews. Letztere platzierte er in Zeitungen, vor allem aber in Hörfunk und Fernsehen, und belegte damit, dass er bzw. seine Berater die strukturellen Veränderungsprozesse der bundesdeutschen Medienlandschaft erkannt hatten und sie zu nutzen verstanden. Radiosender führten in ihren beliebten Morgen- und Mittagsmagazinen Gespräche mit dem Minister, Fernsehanstalten zeigten seine Interviews abends zur Prime Time. Kaum ein Bundesbürger konnte sich der medialen Dauerbeschallung mit Genschers entspannungspolitischen Ansichten entziehen, zu allgegenwärtig waren seine Statements, seine Stimme, sein Gesicht.

Die Schlagzahl seiner Interviews erhöhte er immer dann, wenn sich die internationale Lage gefährlich zuzuspitzen begann und eine gewaltsame Eskalation unmittelbar bevorzustehen schien. Für ihn waren sie nicht nur ein Instrument, um die Bundesbürger von seiner Politik zu überzeugen, sondern integraler Bestandteil seines diplomatischen Krisenmanagements. Vor der Presse wiederholte er nahezu wortgleich das, was er zuvor in den Verhandlungen mit Moskau, Warschau, Washington, London und Paris gesagt hatte, und versuchte auf diese Weise, Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit bundesdeutscher Außenpolitik zu erzeugen. Genscher zeichnete nach Gipfeltreffen stets ein harmonisches Bild, betonte das Verbindende, statt das Trennende hervorzuheben. Zu den immer wiederkehrenden Formeln gehörten die feste Solidarität der Bundesregierung mit den Vereinigten Staaten und die unbedingte Notwendigkeit, den Dialog mit dem Osten gerade in Krisenzeiten nicht abubrechen, sondern zu intensivieren.

Kritische Nachfragen, wofür er sich im Zweifelsfall entscheiden würde, beantwortete er mit dem für ihn typischen Sowohl-als-auch. Die inhaltliche Dehnbarkeit seiner Aussagen ermöglichte ihm, widerstreitende Interessen als kompatibel erscheinen zu lassen und in kritischen Momenten seinen Kurs anpassen zu können, ohne sprachliche Kehrtwendungen vollziehen zu müssen. Seine mangelnde Präzision und semantische Flexibilität waren das größte Kapital seiner „media diplomacy“. Gleichzeitig brachten sie ihm das Misstrauen der Verbündeten und den Vorwurf des Opportunismus ein und bargen damit ein hohes politisches Risiko.

Beim Koalitionswechsel 1982 erleichterte ihm seine sprachliche Wendigkeit, aber auch die parlamentarische Einbindung der CDU/CSU-Opposition in sein entspannungspolitisches Krisenmanagement, die These von der Kontinuität liberaler Außenpolitik. Weil Kohl sich wie schon sein Vorgänger Schmidt vehement für die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses einsetzte, konnte sich Genscher erneut als entspannungspolitisches Korrektiv inszenieren. Nur mit der FDP, die Adenauers Politik der Westbindung ebenso mitgetragen habe wie die Neue Ostpolitik der Regierung Brandt, und ihm als international anerkanntem Chefdiplomat könne der Wähler beides haben: Sicherheit und Entspannung.

Dennoch stürzte Genscher die FDP im Herbst 1982 in ihre bis dahin größte Existenzkrise. Auch konnte er nicht verhindern, dass die Medien, befeuert von der „Verrats“-Kampagne Helmut Schmidts, über ihn herfielen und sich seine Popularitätswerte vorübergehend signifikant verschlechterten. Allerdings hatte er bereits in der sozial-liberalen Ära Kontakte zur Springer-Presse geknüpft, die ihm nun zumindest aus dem rechts-konservativen Lager medialen Feuerschutz gewährte.

Auch als Genscher nach heftigen innerparteilichen Kontroversen 1985 den Bundesvorsitz an Martin Bangemann abtreten musste, blieb er das prominenteste Aushängeschild der FDP. In der Ära Kohl baute er das Auswärtige Amt mehr noch als bisher zu seiner machtpolitischen Schaltzentrale aus und unterstrich damit die Wirkmächtigkeit des „Systems Genscher“. Aus seiner Sicht hatte sich die PR-Strategie der Personalisierung, ja „Genscherisierung“ von Außenpolitik in den Krisen des „Zweiten Kalten Krieges“ als erfolgreich erwiesen und erlebte mit ihrer Entertainisierung in den achtziger Jahren eine stilbildende Dimension.

Abbildungsverzeichnis und Bildnachweis

Abb. 1:	Zuständigkeitsverteilung zwischen Bundeskanzleramt und Auswärtigem Amt in Fragen der Deutschlandpolitik	35
Abb. 2:	Personalstruktur des Auswärtigen Amtes unter Angabe der Parteizugehörigkeit	s. Faltkarte
Abb. 3:	Der Auswärtige Ausschuss	52
Abb. 4:	Genscher als „Reiseaußenminister“: Klaus Pielert (Künstler), © Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn; entnommen aus Lorenz, Gefragt, S. 45.	75
Abb. 5:	Bundesaußenminister Genscher bei der Arbeit: Jupp Wolter (Künstler), © Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn; entnommen aus Nagel, Hans-Dietrich Genscher, S. 47.	75
Abb. 6:	Titelbild der Autobiographie Genschers (Siedler Verlag 1995): © Helmut R. Schulze	77
Abb. 7:	Cover des FDP-Wahlprogramms 1980: © Archiv des Liberalismus, Gummersbach, D1-242	77
Abb. 8:	Titelblatt des Satire-Magazins <i>Titanic</i> , Ausgabe September 1989: © Titanic-Verlag	81
Abb. 9:	„Genschman. Das Plakat für Superhelden“: © Titanic-Verlag	81
Abb. 10:	Afghanistan und seine Nachbarstaaten: © Cornelsen Verlag; entnommen aus Cornelsen, Putzger, S. 227.2.	102
Abb. 11:	Der Verlauf der Kampfhandlungen während der sowjetischen Besatzung Afghanistans: © ZMSBw 05924-05.	106
Abb. 12:	Pakistan und seine Nachbarstaaten: © ZMSBw 06225-07 . .	155
Abb. 13:	Interviews Genschers zur Afghanistan-Krise	189
Abb. 14:	Radiointerviews Genschers zur Afghanistan-Krise	190
Abb. 15:	Fernsehinterviews Genschers zur Afghanistan-Krise	191
Abb. 16:	Genscher im Gespräch mit Rakowski am 30. Dezember 1981 in Bonn: © Bundesregierung/Engelbert Reineke	283
Abb. 17:	Helmut und Hannelore Schmidt am Strand von Florida: © Picture alliance/UPI	283
Abb. 18:	Interviews Genschers zur Polen-Krise	284
Abb. 19:	Interviews Genschers zur Polen-Krise: Binnendifferenzierung nach Medienarten	285
Abb. 20:	Radiointerviews Genschers zur Polen-Krise	286

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
Abg.	Abgeordnete(r)
Abt.	Abteilung
ACDA	Arms Control and Disarmament Agency
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
AdL	Archiv des Liberalismus
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AG	Arbeitsgruppe
AK	Arbeitskreis
AM	Außenminister
AMAE	Archives du Ministère des Affaires Étrangères
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
BArch	Bundesarchiv
BFA	Bundesfachausschuss
BIOST	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien
BK	Bundeskanzler
BKAmt	Bundeskanzleramt
BM	Bundesminister
BMB	Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen
BMF	Bundesfinanzministerium
BMVg	Bundesverteidigungsministerium
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BND	Bundesnachrichtendienst
BPA	Bundespresseamt
BR	Bayerischer Rundfunk
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BT ParLA	Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages
CAB	Cabinet Office
CC	Central Committee
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
Chef BK	Chef des Bundeskanzleramts
CIA	Central Intelligence Agency
CoCom	Coordinating Committee on Multilateral Export Controls
COREU	Correspondance Européenne
CPSU	Communist Party of the Soviet Union
CSCE	Conference on Security and Cooperation in Europe
CSU	Christlich-Soziale Union
CWIHP	Cold War International History Project

DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFS	Deutsches Fernsehen
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DHI	Deutsches Historisches Institut
DIA	Defense Intelligence Agency
DJD	Deutsche Jungdemokraten Deutschlands
DLF	Deutschlandfunk
DM	Deutsche Mark
dpa	Deutsche Presse-Agentur
DRA	Deutsches Rundfunkarchiv
D-Runde	Direktoren-Runde
DVPA	Demokratische Volkspartei Afghanistans
DW	Deutsche Welle
EC	European Community
EEC	European Economic Community
EG	Europäische Gemeinschaft
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ERW	Enhanced Radiation Weapon
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Währungssystem
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FCO	Foreign and Commonwealth Office
fdk	freie demokratische korrespondenz
FDP	Freie Demokratische Partei Deutschlands
FESAD	Fernsehdatenbank der ARD
FRG	Federal Republic of Germany
G7	Group of Seven
GDR	German Democratic Republic
HFDB	Hörfunkdatenbank
HGL	High Level Group
HR	Hessischer Rundfunk
IC	Intelligence Community
IfD	Institut für Demoskopie
INF	Intermediate Range Nuclear Forces
IPA	Islamische Partei Afghanistans
IWF	Internationaler Währungsfonds
JuLis	Junge Liberale
KAE	Konferenz für Abrüstung in Europa

KGB	Komitee für Staatssicherheit
KOR	Komitet Obrony Robotnikow (Komitee der Verteidigung der Arbeiter)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KVAE	Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa
LDP(D)	Liberal-Demokratische Partei (Deutschlands)
LTDP	Long-Term Defence Program
MB	Ministerbüro
MBFR	Mutual Balanced Force Reductions
MdB	Mitglied des Bundestages
MKS	Międzyzakładowy Komitet Strajkowy (Überbetriebliches Streikkomitee)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NOC	National Olympic Committee
NOK	Nationales Olympisches Komitee
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus
NSZZ	Niezależny Samorządny Związek Zawodowy (Unabhängige und sich selbst verwaltende Gewerkschaft Solidarność)
NVA	Nationale Volksarmee
N/WDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
N+N-Staaten	Neutrale und Nichtpaktgebundene Staaten
OIC	Organisation für Islamische Zusammenarbeit
OID	Overseas Information Department, FCO
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
OTAN	Organisation du Traité de l'Atlantique Nord
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PA-AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
PCF	Parti communiste français
PK	Politisches Komitee
Pl.	Planungsstab
PM	Prime Minister
PR	Public Relations
PREM	Prime Minister's Office
PUS	Private Under Secretary
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
RAND	Research AND Development
Ref.	Referat

RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RFA	République fédérale d'Allemagne
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SDR	Süddeutscher Rundfunk
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sender Freies Berlin
SOI	Süd-Ost-Institut
SPC	Senior Political Committee, NATO
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
START	Strategic Arms Reduction Talks
StM	Staatsminister
StS	Staatssekretär
SU	Sowjetunion
SWF	Südwestfunk
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
SWR	Südwestrundfunk
TASS	Telegrafnoe Agentstwo Sowjetskowo Sojusa (Nachrichtenagentur der UdSSR)
taz	Tageszeitung
TNA	The National Archives
TNF	Theater Nuclear Forces
UA	Unterabteilung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UK	United Kingdom
UN	United Nations
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
USSR	Union of Soviet Socialist Republics
VBM	Vertrauensbildende Maßnahmen
VR	Volksrepublik
WBA	Willy-Brandt-Archiv
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WRON	Wojskowa Rada Ocalenia Narodowego (Militärrat zur nationalen Errettung)
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee
ZMSBw	Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Ungedruckte Quellen

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin (PA-AA)

Bestand B 1 Ministerbüro

Bde. 178579–178584, 178664, 178665, 178687–178692, 178703, 17818, 178744, 178747, 178762, 178766–178771, 178804, 178819, 178820, 178841–178845.

Bestand B 2 Büro Staatssekretäre

Bde. 215, 216, 220, 222, 223, 240, 242.

Bestand B 4 Parlaments- und Kabinettsreferat

Bde. 105996, 106004–106007, 115255.

Bestand B 5 Referat Öffentlichkeitsarbeit

Bde. 106070, 106072, 106082, 106483, 106569, 106583, 106585, 108419, 108440, 110863, 111724, 111730, 115435, 115456, 115476, 115739, 115744, 122625, 125988, 125989, 125990.

Bestand B 9 Planungsstab

Bde. 178375, 178378–178381, 178384, 178385, 178390, 178406–178409, 178427, 178431.

Bestand B 14 Atlantisches Bündnis und Verteidigung (Ref. 201)

Bde. 102440, 102444, 102449, 113463, 113491–113493, 113513, 120115, 120116, 120126–120128, 120162–120165, 120168, 120170, 120175, 120178–120184, 120191, 120192, 120200–120202, 120206–120209, 120239–120241, 125557, 125559, 125560, 125565, 125568, 125573–125578, 125581, 125583, 125597.

Bestand B 24 Frankreich (Ref. 202)

Bde. 109186, 109192–109195, 111206, 111207, 113544–113546, 113551, 113558, 113561, 113562, 113564, 113571, 113572, 115638–115640.

Bestand B 28 Ost-West-Beziehungen/KSZE (Ref. 212)

Bde. 111656, 111664–111667, 111672, 111674, 116356–116359, 116361–116363, 116367, 116369, 116370, 116373–116375, 116385, 116387, 133354, 133357, 133358, 133364, 133392, 133393, 133413, 133443.

Bestand B 32 USA/Großbritannien (Ref. 204)

Bde. 101415, 110290, 110296, 110298, 110301, 110304, 110305, 110307, 110333–110339, 110341, 110342, 110344, 110362, 110366, 115936, 115942, 115943, 115950, 115951, 115965, 115968–115972, 115989–115991.

Bestand B 37 Süd- und Südostasien (Ref. 340)

Bde. 103093, 103719, 107441–107443, 110422, 110423, 110426–110428, 113030–113039, 113188, 136772, 136773.

Bestand B 38 Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen (Ref. 210)

Bde. 111567, 111572, 114973–114975, 115033–115035, 115054, 115081, 115085–115087, 115089, 115094, 115095, 115099, 115101, 115107, 115110, 115118, 116416, 116417, 116460, 116481a, 116489, 116559, 132430, 132455, 132456, 132458–132460.

Bestand B 41 UdSSR (Ref. 213)

Bde. 112756, 112767, 112768, 112773, 112774, 133094, 133107, 133108, 133110–133112, 133114, 133117, 133118, 133131, 133133, 133139, 133140, 133141, 133151, 133152, 133154, 133202, 133203, 133222, 133223.

Bestand B 42 Polen (Ref. 214)

Bde. 116603, 116605, 116606, 116608, 116609, 116629, 116739, 116741–116743, 116745, 132765, 132766, 132775, 132806, 132810, 132811, 132813, 132814, 132901, 132904–132917, 132919, 132920, 132924, 132930–132932, 132945, 132954.

Bestand B 43 Sicherheit in Europa, Abrüstung und Rüstungskontrolle (Ref. 221)

Bde. 112975, 116913, 116917, 116919, 116935–116938, 132114.

Bestand B 150 Dokumente für die Edition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ (1974–1981).

Bundesarchiv, Abt. Koblenz (BArch)

Bestand B 136 Bundeskanzleramt

Bde. 6212, 14928, 16584–16586, 16674–16678, 16821–16827, 16833, 16836, 16838, 16916–16921, 17050–17055, 17113–17117, 17136–17169, 17170–17174, 17362–17367, 17463, 17483–17485, 17487, 18092, 18115, 18116, 18148, 29793, 29794, 29886, 29887, 31608.

Archiv des Liberalismus, Gummersbach (AdL)

Bestand FDP-Bundespartei

Bundesparteitag: A1, Bde. 530, 533, 534, 537, 547, 548, 552, 649–652, 705, 715, 725, 4011, 4014, 4015, 6357, 6358.

Bundesvorstand: Bde. 4069–4077, 6169, 6992, 6993, 9491.

Bundespräsidium: Bde. 4090–4095, 5828, 6170, 6171.

Bundeshauptausschuss: A12, Bde. 172, 194.

Bundesfachausschuss für Außenpolitik (BFA 1): A44, Bde. 17, 18, 22, 26, 28–40, 51, 52, 57, 59, 60, 82, 88–90.

Bestand Genscher

N52, Bde. 31, 51, 95, 121, 124, 157, 160–163, 188, 190, 194, 200, 204, 213, 215, 218, 219, 229, 235, 236, 245, 246, 263, 266, 267, 271, 276, 281, 285, 287, 288, 297, 307, 312, 313, 335, 354, 356, 358, 364, 374, 377, 385, 420, 471, 483, 485, 522, 537, 540–545, 548, 551, 553–555, 572, 577, 674–676, 679–693, 696, 718, 725, 731, 752.

Bestand Mischnick, FDP-Bundestagsfraktion

Korrespondenz: A38, Bde. 444, 469, 471, 479, 526, 528, 540, 561, 573, 615, 632, 665, 681, 700, 706, 736.

Arbeitskreis 1: A40, Bde. 347, 448, 450, 607, 667, 677, 680, 682, 683, 702.

Fraktionsprotokolle: A41, Bde. 62, 67, 68, 70, 77–79, 83, 88, 121, 123, 140, 141, 688, 936, 946, 962, 1049, 1099, 1119, 1142, 1148.

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD)

Bestand SPD-Bundestagsfraktion

7. Wahlperiode: Bde. 76, 77, 79, 80, 95, 102, 106, 108, 127, 193, 213, 1538, 1539.

8. Wahlperiode: Bde. 14, 69, 79, 88, 108, 111, 116, 118, 119, 122–124, 127, 147, 172, 212, 223, 225, 226.

9. Wahlperiode: Bde. 9, 14–18, 21, 26, 27, 29, 31, 32, 36–39, 41, 47, 48, 59, 61, 100, 102, 105, 125.

Bestand Bahr

Bde. 42–45, 49, 50, 53–56, 73, 74, 96–98, 119–127, 191, 445, 453, 514–517, 592–595, 712, 713, 745, 746, 763–765, 773, 774, 800, 805–807, 830–832, 855–857, 951–958.

Helmut-Schmidt-Archiv

Bde. 6388, 6393, 6399, 6412, 6514, 6516, 6524, 6545, 6560, 6562, 6572, 6574, 6578, 6579, 6581, 6582, 6585, 6588, 6589, 6592, 6593, 6605, 6611, 6634, 6636, 6655, 6656, 6704, 6738, 6753, 6754, 6759, 6762, 6763, 6766, 6770, 6771, 6780, 6781, 6783, 7102, 7570, 7574, 7579, 8873, 8874, 8899, 8900, 8968, 9003–9005, 9007, 9011, 9062–9064, 9071, 9072, 9140, 9141, 9145, 9146, 9361, 9362, 9366, 9367, 9369, 9370, 9372–9374, 9377–9380, 9383–9385, 9410, 9412, 9413, 9441, 9457, 9460, 9464, 9465, 9567, 9469–9493, 9495, 9496, 9498, 9500, 9802, 9804, 9946.

Nachlass Wischniewski

Bde. 33–35, 172, 235, 259, 261, 323–329, 729, 730, 749, 750, 864, 872, 904, 914, 920, 971, 972, 989.

Willy-Brandt-Archiv

Bde. A11.1/31, 36, 53, 59, 66, 68, 87, 89, 91, 95, 97, 99, 100, 102, 107, 108; A11.2/112, 115, 118, 122–124, 128, 131, 143, 145, 146, 152, 162, 164, 171, 174; A11.3/42, 44–54; A11.4/132, 133, 135, 137, 212.

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP)

Bestand CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Bde. 24/1, 25/1–26, 408/1, 410/1, 410/2, 419/6, 464/2, 474, 475/1, 490/1, 492/1, 497/1, 499/2, 501/1, 510/1, 512/2, 516/2, 518, 530/1–531/1, 556/2–559/2, 587/2, 589/3, 600/1–607/1, 635/1, 729/1, 733/2, 734/1, 735/3, 758/2, 759/2, 767/2, 771/4, 778/2, 778/3, 779/2, 779/3, 811/3, 812/1, 815/2, 817/3, 1036/2–1042/1, 1050/1–1053/1, 1059/1–1068/2, 1070/1–1076/1, 1507/1–1509/1, 1511–1513.

Nachlass Dregger

Bde. 30/2, 31/1, 31/3, 31/4, 32/1, 32/2, 34/1, 41/3, 50/3, 62/2, 64/1, 83/2, 89/2, 97/2, 93/2, 108/2–108/5, 109/1, 109/2, 115/1–115/3, 122/5, 133/3.

Nachlass Marx

Bde. 55/2, 55/3, A067, A071, A072, A080, A106, A127, A152, A157, A159, A161, A169, A173, A204, A208, A210, A219, A225, A232, A252, A253, A262, A268, A319, A352, A380, A390, K005/8, K006/1, K006/2, K009/1–K009/3, K010/2, K012/2, K013/1, K014/4, K019/4, K027/1, K028/1, K031/3, K031/5, K035/6, K038/2.

Nachlass Mertes

Bde. 22, 25/2, 35/2, 36/1, 38/1, 38/2, 38/3, 39/4, 40/1, 40/2, 41/4, 41/5, 42/3, 42/5, 43/1, 43/3, 46, 48, 59/3, 59/4, 65/2, 65/3, 66/1–66/3, 64/4, 67/1–67/3, 68/1, 70/3, 71/1, 71/2, 72/1, 72/5, 72/6, 73/2–73/4, 74/1, 74/2, 75/2, 99/3, 102/2, 193, 104/2, 104/3, 107/1, 108/1, 116/1d, 130/2, 139/3, 145/1, 145/3, 145/6, 145/8, 146/1, 151/3, 164/2, 164/3, 166/3.

Pressearchiv

Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, Berlin (BT ParIA)

Bestand Auswärtiger Ausschuss, Protokolle, 8. und 9. Wahlperiode

Deutsches Rundfunkarchiv, Abt. Frankfurt am Main (DRA)

Fernsehdatenbank (FESAD)

Hörfunkdatenbank (HFDB)

Archives du Ministère des Affaires Étrangères, La Courneuve (AMAE)

Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan

Bde. 455INVA/1963–1973, 1975; 2882TOPO/2798, 2800, 2811, 2818.

Direction d'Europe, sous-série Pologne

Bde. 1929INVA/4586; 1930INVA/5415, 5416, 5418–5423, 5425–5432, 5434, 5442, 5443.

Direction d'Europe, sous-série République fédérale d'Allemagne (RFA)

Bde. 1929INVA/3955, 3957, 3962, 3990–3995; 1930INVA/4885, 4890, 4905–4908, 4911, 4913.

The National Archives, Public Record Office, London (TNA)

Cabinet Office (CAB)

Bde. 128/70/1, 128/70/2, 128/70/4–8.

Foreign and Commonwealth Office and Predecessors (FCO)

Bde. 8/3593, 4031; 15/2588; 28/3878, 3996–4007, 4019, 4020, 4040, 4047, 4142, 4143, 4145, 4146, 4159, 4162–4166, 4196, 4197, 4220–4223, 4285, 4201, 4207, 4269; 33/3985, 3989, 4392, 4595, 4704, 4769, 4771, 4775, 4831, 4832, 4852–4855, 4868, 4998, 5248, 5136; 37/2076, 2131–2133, 2135, 2215–2218, 2223, 2226–2228, 2236–2243, 2254, 2255, 2257–2259, 2262–2264, 2267, 2268, 2272–2281; 46/2178–2180, 2189–2193; 49/893; 58/1873, 1874; 82/1028; 98/893–896, 898–900; FO 973/80, 83, 88, 94, 99, 103, 105, 116, 127, 128, 133, 139, 144, 157, 159, 166, 172, 182, 186, 198, 200, 211, 213, 215, 234, 243, 252, 260, 266, 270.

Prime Minister's Office (PREM)

Bd. 19/387.

2. Zeitzeugengespräch

Interview mit Bundesminister a. D., Dr. Hans-Dietrich Genscher, am 26.06.2012 in München.

3. Gedruckte Quellen, Autobiographien und Memoiren

Ackermann, Eduard: Politiker. Vom richtigen und falschen Handeln, Bergisch Gladbach 1998.

- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD), hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Auswärtigen Amts,
 – 1974, 2 Bde., München 2005
 – 1975, 2 Bde., München 2006
 – 1976, 2 Bde., München 2007
 – 1977, 2 Bde., München 2008
 – 1978, 2 Bde., München 2009
 – 1979, 2 Bde., München 2010
 – 1980, 2 Bde., München 2011
 – 1981, 3 Bde., München 2012
 – 1982, 2 Bde., München 2013
 – 1983, 2 Bde., München 2014
- Alexander, Henrik: Bleiben Sie Schwarz-Rot-Gold. Geschichten und Anekdoten aus dem Auswärtigen Amt, Gelnhausen 2009.
- Allan, Pierre u. a. (Hrsg.): Sowjetische Geheimdokumente zum Afghanistankrieg (1978–1991), Zürich 1995.
- Benedek, Gabor: Der Liberalissimus, München 1988.
- Betzuege, Reinhard: Hans-Dietrich Genscher/Eduard Schewardnadse. Das Prinzip Menschlichkeit, Bergisch Gladbach 1994.
- Ders., Reinhard: Auf Posten... Berichte und Erinnerungen aus 50 Jahren deutscher Außenpolitik, München 1997.
- Bölling, Klaus: Die letzten 30 Tage des Kanzlers Helmut Schmidt. Ein Tagebuch, Reinbek bei Hamburg 1982.
- Braithwaite, Rodric: Afgantsy. The Russians in Afghanistan, 1979–89, London 2012.
- Braun, Jochen: Genscher-Öhrchen und andere politische Rezepte, München 1989.
- Bräutigam, Hans Otto: Ständige Vertretung. Meine Jahre in Ost-Berlin, Hamburg 2009.
- Bricke, Dieter W.: Querdenken in auswärtigen Diensten, Berlin 2008.
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Bd. 9/1, (1. Januar bis 31. Dezember 1963), Frankfurt a. M. 1978.
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, Bonn 1986.
- Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Bundesgesetzblatt, Bonn 1972.
- Bundesregierung (Hrsg.): Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes, Bonn 1976–1983.
- Bundesregierung (Hrsg.): Aspekte der Friedenspolitik. Argumente zum Doppelbeschluss des Nordatlantischen Bündnisses, Bonn 1981.
- Carter, Jimmy: Keeping Faith. Memoirs of a President, Fayetteville 2002.
- Cooper, Chester L.: In the Shadows of History. Fifty Years behind the Scenes of Cold War Diplomacy, Amherst/New Jersey 2005.
- Cornelsen Verlag (Hrsg.): Putzger – Historischer Weltatlas, Kartenausgabe, 104. Auflage, Berlin 2013.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 8.–10. Wahlperiode, Bonn 1976–1983.
- Fastenrath, Ulrich (Hrsg.): KSZE/OSZE: Dokumente der Konferenz und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Neuwied u. a. 1992.
- Ferraris, Luigi Vittorio: Report on a Negotiation. Helsinki – Geneva – Helsinki, 1972–1975, Genève 1979.
- Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P. 1980 bis 1990, Baden-Baden 1990.
- Genscher, Hans-Dietrich: Opposition..., in: liberal 11 (1967), S. 813–815.

- Ders.: Außenpolitik im Dienste von Sicherheit und Freiheit, Bonn 1976.
- Ders.: Aufgaben der Außenpolitik: Entspannung, Kooperation, Integration, in: Ders. (Hrsg.): Liberale in der Verantwortung, München 1976, S. 9–28.
- Ders. (Hrsg.): Liberale in der Verantwortung, München 1976.
- Ders.: Notwendigkeit und Möglichkeit einer europäischen Außenpolitik, in: Europa-Archiv 13 (1976), S. 427–434.
- Ders.: Deutsche Außenpolitik, Bonn 1977.
- Ders.: Bundestagsreden und Zeitdokumente, Bonn 1979.
- Ders.: Deutsche Außenpolitik für die achtziger Jahre, in: Europa-Archiv 12 (1980), S. 371–386.
- Ders.: Eine westliche Gesamtstrategie für Frieden, Freiheit und Fortschritt, in: Außenpolitik. German Foreign Affairs Review 33 (1982), S. 315–336.
- Ders.: Europas Rolle in der Weltpolitik, in: Europa-Archiv 4 (1982), S. 85–94.
- Ders.: Toward an Overall Western Strategy for Peace, Freedom and Progress, in: Foreign Affairs 61/1 (1982), S. 42–66.
- Ders.: Freiheit braucht Mut – Deutschland braucht die Liberalen. Rede auf dem Dreikönigstreffen in Stuttgart am 6. Januar 1983, in: Morlok, Jürgen (Hrsg.): Baden-Württemberg, Stammland der Liberalen, Stuttgart 1983, S. 99–109.
- Ders.: Deutsche Außenpolitik. Ausgewählte Grundsatzreden 1975–1980, Bonn 1985.
- Ders.: Die neue europäische Friedensordnung. Vortrag des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, in: Europa-Archiv 5 (1990), S. 473–478.
- Ders.: Unterwegs zur Einheit. Reden und Dokumente aus einer bewegten Zeit, Berlin 1991.
- Ders.: Erinnerungen, Berlin 1995.
- Gerz, Wolfgang: Unterwegs im Auswärtigen Dienst. 38 Jahre amtsangehörig, Sankt Ottilien 2011.
- Gutsche, Reinhardt/Kubina, Michael/Wilke, Manfred (Hrsg.): „Hart und kompromißlos durchgreifen“. Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, Berlin 1995.
- Hartmann, Rüdiger/Heydrich, Wolfgang/Meyer-Landrut, Nikolaus: Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa. Vertragswerk, Verhandlungsgeschichte, Kommentar, Dokumentation, Baden-Baden 1994.
- Hermes, Peter: Meine Zeitgeschichte 1922–1987, Paderborn u. a. 2007.
- Hershberg, James G. (Hrsg.): U.S.-Soviet Relations and the Turn toward Confrontation, 1977–1980. New Russian & East German Documents, in: CWIHP Bulletin 8/9 (1996/1997), S. 103–184.
- Ders. (Hrsg.): More East-Bloc Sources on Afghanistan, in: CWIHP Bulletin 14/15 (2003/2004), S. 232–250.
- Hertle, Hans-Hermann/Jaraus, Konrad H. (Hrsg.): Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker-Breshnew, 1974 bis 1982, Berlin 2006.
- Hinsch, Wilfried (Hrsg.): John Rawls. Die Idee des politischen Liberalismus. Aufsätze 1978–1989, Frankfurt a. M. 1992.
- Jacobsen, Hans-Adolf/Mallmann, Wolfgang/Meier, Christian (Hrsg.): Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: KSZE. Analyse und Dokumentation 1973–1978, Köln 1978.
- Jaruzelski, Wojciech: Mein Leben für Polen. Erinnerungen, München 1993.
- Juling, Peter: Programmmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente, Meisenheim am Glan 1977.
- Kaack, Heino: Die F.D.P. Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik, Meisenheim am Glan 1979.
- Kinkel, Klaus (Hrsg.): In der Verantwortung. Hans-Dietrich Genscher zum Siebzigsten, Berlin 1997.
- Kohl, Helmut: Erinnerungen 1982–1990, München 2005.
- Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (Hrsg.): Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, Sitzungsprotokolle 1976–1980, bearb. von Wolfgang Hölscher und Joachim Wintzer, Berlin 2013.

- Kwizinskij, Julij A.: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993.
- Kyaw, Dietrich von: Auf der Suche nach Deutschland. Erlebnisse und Begegnungen eines deutschen Diplomaten und Europäers, Berlin 2009.
- Lambach, Frank: Streifzug durch ein Leben im diplomatischen Dienst, Berlin 2009.
- Lambsdorff, Otto Graf: Frische Luft für Bonn. Eine liberale Politik mit mehr Markt als Staat, Stuttgart 1987.
- Lorenz, Jürgen: Gefragt: Hans-Dietrich Genscher, Bornheim 1983.
- Machciewicz, Paweł: "The Assistance of Warsaw Pact Forces is not Ruled out", in: CWHIP Bulletin 11 (1998), S. 40–42.
- Mechtersheimer, Alfred: Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum NATO-Doppelbeschluss, Reinbek bei Hamburg 1981.
- Meyer-Landrut, Andreas: Mit Gott und langen Unterhosen. Erlebnisse eines Diplomaten in der Zeit des Kalten Krieges, Berlin 2003.
- Moersch, Karl: Kurs-Revision. Deutsche Politik nach Adenauer, Frankfurt a. M. 1978.
- Ders.: Immer wieder war's ein Abenteuer. Erinnerungen, Stuttgart/München 2001.
- Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Stuttgart 1974.
- Nagel, Julia (Hrsg.): Genscher, Diagnose: Schlitzohr mit Herz, Bergisch-Gladbach 1990.
- Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, Berlin 1995.
- Negwer, Georg: Schwierige Mission. Botschafter in der Zeit der Solidarność und des Kriegsrechts, in: Pflüger, Friedbert/Lipscher, Winfried (Hrsg.): Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft, Bonn 1993, S. 193–203.
- Ders.: Ost-westliche Wanderjahre. Mitteilungen aus einem Leben, o. O. 2001.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Piel, Edgar (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983, München u. a. 1983.
- Dies./Köcher, Renate (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992, München u. a. 1993.
- North Atlantic Treaty Organization (Hrsg.): Documents Related to Events in Poland (1980–1984), URL: <http://www.nato.int/cps/en/natolive/81233.htm>. (Stand: 13. 11. 2014)
- Ostermann, Christian F. (Hrsg.): New Evidence on the Polish Crisis 1980–1982, in: CWHIP Bulletin 11 (1998), S. 3–133.
- Platz, Klaus Wilhelm: Eine mittelmäßige Karriere. 36 Jahre im Auswärtigen Dienst, Nordstedt 2006.
- Potthoff, Heinrich (Hrsg.): Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995.
- Ders. (Hrsg.): Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Bulletin der Bundesregierung, Bonn 1979–1983.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Jahresberichte der Bundesregierung, Bonn 1979–1983.
- Reiff, Klaus: Polen. Als deutscher Diplomat an der Weichsel, Bonn 1990.
- Rothacker, Jutta: Dokumentation Liberale Europapolitik, Sankt Augustin 1991.
- Ruhfus, Jürgen: Aufwärts. Erlebnisse und Erinnerungen eines diplomatischen Zeitzeugen 1955 bis 1992, St. Ottilien 2006.

- Sahm, Ulrich: „Diplomaten taugen nichts“. Aus dem Leben eines Staatsdieners, Düsseldorf 1994.
- Schindler, Peter/Feldkamp, Michael F. (Hrsg.): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, Baden-Baden 1999.
- Schmidt, Helmut: Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1969.
- Ders.: Menschen und Mächte, Berlin 1987.
- Ders.: Die Deutschen und ihre Nachbarn (Menschen und Mächte Bd. II), Berlin 1990.
- Ders.: Schwieriger Besuch in Warschau 1966, in: Pflüger, Friedbert/Lipscher, Winfried (Hrsg.): Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft, Bonn 1993, S. 40–50.
- Ders.: Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen, Wien 1997.
- Ders.: Die Selbstbehauptung Europas. Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Stuttgart 2000.
- Ders./Bahr, Egon (Hrsg.): Die Erinnerung an Willy Brandt und ein Rückblick auf die gemeinsame Zeit. Gespräch zwischen Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt und Bundesminister a.D. Professor Egon Bahr am 25. September 2008 im Willy-Brandt-Haus Lübeck, Berlin 2009.
- Schollwer, Wolfgang: „Da gibt es in der FDP noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten...“ Aufzeichnungen aus der FDP-Bundesgeschäftsstelle 1966–1970, Bremen 2007.
- Ders./Fassbender, Monika: FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961–1966, München 1994.
- Ders./Frölich, Jürgen: „Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung“. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951–1957, Bremen 2004.
- Schramm, Friedrich-Karl/Riggert, Wolfram-Georg/Friedel, Alois (Hrsg.): Sicherheitskonferenz in Europa. Dokumentation 1954–1972. Die Bemühung um Entspannung und Annäherung im politischen, militärischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technologischen und kulturellen Bereich, Frankfurt a. M. 1972.
- Schuchardt, Helga: Das liberale Gewissen, Reinbek bei Hamburg 1982.
- Staden, Berndt von: Zwischen Eiszeit und Tauwetter. Diplomatie in einer Epoche des Umbruchs, Berlin 2005.
- Trapp, Hans-Georg: Immer auf Empfang. Episoden aus dem diplomatischen Dienst, Berlin 2009.
- Verheugen, Günter (Hrsg.): Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P., Baden-Baden 1980.
- Ders.: Der Ausverkauf. Macht und Verfall der FDP, Reinbek bei Hamburg 1984.
- Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002, München 2002.
- Volle, Hermann/Wagner, Wolfgang (Hrsg.): Das Belgrader KSZE-Folgetreffen. Der Fortgang des Entspannungsprozesses in Europa in Beiträgen und Dokumenten aus dem Europa-Archiv, Bonn 1978.
- Diess. (Hrsg.): Das Madrider KSZE-Folgetreffen. Der Fortgang des KSZE-Prozesses in Europa in Beiträgen und Dokumenten aus dem Europa-Archiv, Bonn 1984.
- Wechmar, Rüdiger von: Akteur in der Loge. Weltläufige Erinnerungen, Berlin 2000.
- Wille, Manfred u. a. (Hrsg.): SED-Politbüro und polnische Krise 1980–82. Aus den Protokollen des Politbüros des ZK der SED zu Polen, den innerdeutschen Beziehungen und der Wirtschaftskrise der DDR, Berlin 1993.
- Wolf, Markus: Freunde sterben nicht, Berlin 2002.

4. Zeitungen und Periodika

Allgemeine Zeitung Mainz
Archiv der Gegenwart

Badische Zeitung
 Bild
 Bild am Sonntag
 Bonner General-Anzeiger
 Die Bunte
 Deutschland-Archiv
 Europa-Archiv
 Express
 Flensburger Tageblatt
 Frankfurter Allgemeine Zeitung
 freie demokratische korrespondenz (fdk)
 Hamburger Abendblatt
 The New Yorker
 Nordsee-Zeitung
 Quick
 Rheinpfalz
 Saarbrücker Zeitung
 Sonntag aktuell
 Der Spiegel
 Stuttgarter Nachrichten
 Stuttgarter Zeitung
 Süddeutsche Zeitung
 Südwestpresse
 Titanic. Das endgültige Satiremagazin
 Die Welt
 Westfälische Rundschau
 Die Zeit

5. Literatur

- Abelshauser, Werner: Markt und Staat. Deutsche Wirtschaftspolitik im „langen 20. Jahrhundert“, in: Spree, Reinhard (Hrsg.): Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 117–140.
- Ders.: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, Bonn 2005.
- Adamec, Ludwig W.: Dictionary of Afghan Wars, Revolutions and Insurgencies, Lanham/London 1996.
- Adam-Schwaetzer, Irmgard: Die Kontinuität liberaler Außenpolitik, in: Dies./Mischnick, Wolfgang (Hrsg.): Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P., Stuttgart 1989, S. 297–307.
- Adamsky, Dima P.: The Conceptual Battles of the Central Front. The Air-land-Battle and the Soviet Military-Technical Revolution, in: Nuti, Leopoldo (Hrsg.): The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985, London/New York 2009, S. 150–162.
- Addison, Paul/Jones, Harriet (Hrsg.): A Companion to Contemporary Britain 1939–2000, Malden/Mass. 2005.
- Adomeit, Hannes: Die Sowjetmacht in internationalen Krisen und Konflikten. Verhaltensmuster, Handlungsprinzipien, Bestimmungsfaktoren, Baden-Baden 1983.
- Agethen, Manfred: Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock, Freiburg im Breisgau 2003.
- Aggestam, Lisbeth: A European Foreign Policy? Role Conceptions and the Politics of Identity in Britain, France and Germany, Stockholm 2004.
- Akram, Assem: Histoire de la guerre d'Afghanistan, Paris 1998.
- Albertin, Lothar: Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, Göttingen 1980.
- Albrecht, Henning: „Pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken“. Helmut Schmidt und die Philosophie, Bremen 2008.

- Albrecht, Ulrich: Kündigt den Nachrüstungsbeschluß! Argumente für die Friedensbewegung, Frankfurt a. M. 1982.
- Alexander, Manfred: Kleine Geschichte Polens, Stuttgart 2003.
- Allan, Pierre/Kläy, Dieter: Zwischen Bürokratie und Ideologie. Entscheidungsprozesse in Moskaus Afghanistankonflikt, Bern 1999.
- Allertz, Robert: Im Visier die DDR. Eine Chronik, Berlin 2006.
- Altermatt, Urs/Garamvölgyi, Judit (Hrsg.): Innen- und Außenpolitik. Primat oder Interdependenz? Festschrift zum 60. Geburtstag von Walther Hofer, Bern 1980.
- Althaus, Marco/Meier, Dominik (Hrsg.): Politikberatung, Praxis und Grenzen, Münster 2004.
- Altmann, Gerhard: Abschied vom Empire. Die innere Dekolonisation Großbritanniens 1945–1985, Göttingen 2005.
- Altrichter, Helmut/Wentker, Hermann (Hrsg.): Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990, München 2011.
- Amstutz, J. Bruce: Afghanistan. The First Five Years of Soviet Occupation, Washington, DC 1986.
- Ansprenger, Franz: Erbe des Empire – Bedeutungswandel des Commonwealth, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hrsg.): Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Bonn 2006, S. 336–348.
- Antola, Esko: Order and Change in the CSCE, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 3 (1986), S. 271–282.
- Appel, Reinhard: Helmut Schmidt. Staatsmann – Publizist – Legende, Köln 2008.
- Armbrrecht, Wolfgang: Image und PR. Kann Image Gegenstand einer Public-Relations-Wissenschaft sein?, Opladen 1993.
- Ders./Zabel, Ulf (Hrsg.): Normative Aspekte der Public Relations. Grundlegende Fragen und Perspektiven. Eine Einführung, Opladen 1994.
- Arndt, Dieter: Zwischen Alarmismus und Argumentation. Die sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierungen zur innenpolitischen Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, München 1988.
- Arnold, Anthony: Afghanistan. The Soviet Invasion in Perspective, Stanford/CA 1985.
- Ders.: The Fateful Pebble. Afghanistan's Role in the Fall of the Soviet Empire, Novato/CA 1993.
- Arnold, Klaus (Hrsg.): Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert, Leipzig 2010.
- Ders./Behmer, Markus/Semrad, Bernd (Hrsg.): Kommunikationsgeschichte. Positionen und Werkzeug: Ein diskursives Hand- und Lehrbuch, Berlin 2008.
- Auten, Brian J.: Carter's Conversion. The Hardening of American Defense Policy, Columbia 2008.
- Axt, Heinz-Jürgen: Die Europäische Politische Zusammenarbeit. Leistungen, Defizite und das „neue Europa“ als Herausforderung, in: Wagenlehner, Günther (Hrsg.): Von der Ost-West-Konfrontation zur europäischen Friedensordnung, München 1992, S. 187–200.
- Baberowski, Jörg: England und Russland: Afghanistan als Objekt der Fremdherrschaft im 19. Jahrhundert, in: Chiari, Bernhard (Hrsg.): Afghanistan, Paderborn u. a. 2006, S. 22–31.
- Bachelier, Eric: L'Afghanistan en guerre. La fin du grand jeu soviétique, Lyon 1992.
- Bachmann, Axel: Die Beziehungen der DDR zu den angelsächsischen Ländern, in: Veen, Hans-Joachim/Weilemann, Peter R. (Hrsg.): Die Westpolitik der DDR. Beziehungen der DDR zu ausgewählten westlichen Industriestaaten in den 70er und 80er Jahren, Melle 1989, S. 129–131.
- Bader, Erik-Michael: Polens lange Krise, in: Europa-Archiv 4 (1981), S. 97–116.
- Baerns, Barbara: Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus – Normen, Berufsbilder, Tat-Sachen, in: Barthenheier, Günter/Haedrich, Günther/Kleinert, Horst (Hrsg.): Öffentlichkeitsarbeit. Dialog zwischen Institutionen und Gesellschaft. Ein Handbuch, Berlin/New York 1982, S. 161–173.

- Bagger, Thomas: Minister, Staatsminister und Staatssekretäre, in: Brandt, Enrico/Buck, Christian (Hrsg.): *Auswärtiges Amt. Diplomatie als Beruf*, Wiesbaden 2005, S. 107–116.
- Baker, David/Seawright, David (Hrsg.): *Britain for and against Europe*, Oxford 1998.
- Bald, Detlef: *Politik der Verantwortung. Das Beispiel Helmut Schmidt. Der Primat des Politischen über das Militärische, 1965–1975*, Berlin 2008.
- Ball, Simon: *British Defence Policy*, in: Addison, Paul/Jones, Harriet (Hrsg.): *A Companion to Contemporary Britain 1939–2000*, Malden/Mass. 2005, S. 539–555.
- Ders.: *The Cold War. An International History, 1947–1991*, London u. a. 2007.
- Balz, Hanno (Hrsg.): „All we ever wanted...“ *Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre*, Berlin 2012.
- Banchoff, Thomas F.: *The German Problem Transformed. Institutions, Politics, and Foreign Policy, 1945–1995*, Ann Arbor 1999.
- Bange, Oliver: Ostpolitik – Etappen und Desiderate der Forschung. Zur internationalen Einordnung von Willy Brandts Außenpolitik, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 46 (2006), S. 713–736.
- Ders.: NATO and the Non-Proliferation Treaty. Triangulations between Bonn, Washington, and Moscow, in: Wenger, Andreas (Hrsg.): *Transforming NATO in the Cold War. Challenges beyond Deterrences in the 1960s*, New York 2007, S. 162–180.
- Ders.: An Intricate Web. Ostpolitik, the European Security System and German Unification, in: Ders./Niedhart, Gottfried (Hrsg.): *Helsinki 1975 and the Transformation of Europe*, New York/Oxford 2008, S. 23–38.
- Ders.: „Keeping détente alive“. Inner-German Relations under Helmut Schmidt and Erich Honecker, 1974–1982, in: Nuti, Leopoldo (Hrsg.): *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985*, London/New York 2009, S. 230–243.
- Ders.: SS-20 und Pershing II. Waffensysteme und Dynamisierung der Ost-West-Beziehungen, in: Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp/Klimke, Martin (Hrsg.): „*Entrüstet Euch!*“ *Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*, Paderborn u. a. 2012, S. 71–87.
- Ders.: Der KSZE-Prozess und die sicherheitspolitische Dynamik des Ost-West-Konflikts 1970–1990, in: Bange, Oliver/Lemke, Bernd (Hrsg.): *Wege zur Wiedervereinigung. Die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970 bis 1990*, München 2013, S. 87–104.
- Ders./Geiger, Tim: Die kirchlichen Versöhnungsinitiativen und die Polenpolitik der deutschen Volksparteien 1965–1972, in: Boll, Friedhelm/Wysocki, Wieslaw/Ziemer, Klaus (Hrsg.): *Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre und die Entspannungspolitik*, Bonn 2009, S. 269–295.
- Ders./Lemke, Bernd (Hrsg.): *Wege zur Wiedervereinigung. Die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970 bis 1990*, München 2013.
- Ders./Niedhart, Gottfried (Hrsg.): *Helsinki 1975 and the Transformation of Europe*, New York/Oxford 2008.
- Banoun, Sylvie/Daun, Rita: *Die deutsch-französischen Beziehungen. Chronologie und Dokumente 1948–1999. Les relations franco-allemandes. Chronologie et documents*, Bonn 2000.
- Baraki, Matin: *Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945–1978*, Frankfurt a. M. 1996.
- Barbian, Jan-Pieter/Zybura, Marek (Hrsg.): *Erlebte Nachbarschaft*, Wiesbaden 1999.
- Barfield, Thomas: *Afghanistan. A Cultural and Political History*, Oxford 2010.
- Baring, Arnulf: *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*, Stuttgart 1982.
- Barker, Peter/Ohse, Marc-Dietrich/Tate, Dennis (Hrsg.): *Views from Abroad. Die DDR aus britischer Perspektive*, Bielefeld 2007.
- Barlett, Christopher J.: „The special relationship“. *A Political History of Anglo-American Relations since 1945*, London/New York 1992.
- Barrass, Gordon S.: *The Great Cold War. A Journey through the Hall of Mirrors*, Stanford 2009.
- Barry, Michael: *La résistance afghane. Du Grand Moghol à l'invasion soviétique*, Paris 1989.
- Barthenheier, Günter/Haedrich, Günther/Kleinert, Horst (Hrsg.): *Öffentlichkeitsarbeit. Dialog zwischen Institutionen und Gesellschaft. Ein Handbuch*, Berlin/New York 1982.

- Bartz, Christina: „Das geheimnisvolle Fenster in die Welt geöffnet“ – Fernsehen, in: Küm-mel, Albert/Scholz, Leander/Schumacher, Eckhard (Hrsg.): Einführung in die Geschichte der Medien, Paderborn 2004, S. 199–223.
- Baulon, Jean-Philippe: Au risque de l'isolement ou de l'alignement. La politique de la France dans la crise des euromissiles (1977–1987), in: *Revue d'histoire diplomatique* 124 (2010), S. 163–187.
- Baumann, Rainer: Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Eine diskursanalytische Untersuchung deutscher Außenpolitik, Baden-Baden 2006.
- Baumgart, Irmgard: Die Perzeption der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland im Spiegel der sowjetischen Presse von 1979–1983. Eine Perzeptionsanalyse der Sicherheitspolitik der BRD im Spiegel der Tages- und Wochenzeitungen „Pravda“, „Krasnaja Zvezda“ und „Literaturnaja Gazeta“ im Untersuchungszeitraum 1979–1983, Frankfurt a. M. 1989.
- Bausch, Hans: Rundfunk in Deutschland, München 1980.
- Beck, Andrea: Die zweite Reihe im Zentrum der Macht. Politikberatung durch Fraktionsreferentinnen und wissenschaftliche Mitarbeiter in Abgeordnetenbüros, in: Falk, Svenja (Hrsg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden 2006, S. 228–240.
- Becker, Peter: Die frühe KSZE-Politik der Bundesrepublik Deutschland. Der außenpolitische Entscheidungsprozess bis zur Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki, Münster u. a. 1992.
- Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp/Klimke, Martin (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“ Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u. a. 2012.
- Beckett, Andy: When the Lights Went out. Britain in the Seventies, London 2009.
- Bégin, Natalie: Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Auswirkungen von Solidarność in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 45 (2005), S. 293–324.
- Behrens, Henning: Die Afghanistan-Intervention der UdSSR. Unabhängigkeit und Blockfreiheit oder Mongolisierung Afghanistans. Eine Herausforderung für das internationale Krisenmanagement, München 1982.
- Bellers, Jürgen/Winking, Mechthild: Europapolitik der Parteien. Konservatismus, Liberalismus und Sozialdemokratie im Ringen um die Zukunft Europas, Frankfurt a. M. 1991.
- Bender, Peter: Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1995.
- Ders.: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, München 1996.
- Ders.: Das ungleichseitige Dreieck. Kräfteverschiebung zwischen Moskau, Ost-Berlin und Bonn, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 49 (2001), S. 525–532.
- Bentele, Günter: Politische Öffentlichkeitsarbeit, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S. 124–145.
- Berg, Manfred (Hrsg.): Deutschland und die USA in der internationalen Geschichte des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2004.
- Berger, Stefan/LaPorte, Norman (Hrsg.): The Other Germany. Perceptions and Influences in British-East German Relations, 1945–1990, Augsburg 2005.
- Diess.: Ein zweiter Kalter Krieg? Die Beziehungen zwischen der DDR und Großbritannien 1979–1989, in: Barker, Peter/Ohse, Marc-Dietrich/Tate, Dennis (Hrsg.): Views from Abroad. Die DDR aus britischer Perspektive, Bielefeld 2007, S. 163–172.
- Berge, Yvan van den: Der Kalte Krieg 1917–1991, Leipzig 2002.
- Berner, Wolfgang: Der Kampf um Kabul. Lehren und Perspektiven, in: Vogel, Heinrich (Hrsg.): Die sowjetische Intervention in Afghanistan. Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise, Baden-Baden 1980, S. 319–366.
- Ders.: Die sowjetische Außenpolitik der Breshnew-Ära, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B48 (1981), S. 35–46.
- Bernstein, George Lurcy: The Myth of Decline. The Rise of Britain since 1945, London 2004.
- Berstein, Serge/Sirinelli, Jean-François (Hrsg.): Les années Giscard. Valéry Giscard d'Estaing et l'Europe, 1974–1981, Paris 2005.
- Bertram, Christoph: Wem dient der Auswärtige Dienst? Erfahrungen von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Opladen 2002.

- Besier, Gerhard: Deutsche Sozialdemokratie und polnische Opposition (1966–1990). Ein Bericht aus den Quellen, in: Schmeitzner, Mike (Hrsg.): Partner oder Kontrahenten? Deutsch-polnische Nachbarschaft im Jahrhundert der Diktaturen, Berlin 2008, S. 155–178.
- Bessler, Hansjörg: Entwicklungsphasen in Angebot und Nachfrage nach Fernsehprogrammen, in: Rundfunk und Fernsehen 26/1 (1978), S. 12–19.
- Bickerich, Wolfram (Hrsg.): Die 13 Jahre. Bilanz der sozialliberalen Koalition, Reinbek bei Hamburg 1982.
- Bierling, Stephan: Geschichte der amerikanischen Außenpolitik. Von 1917 bis zur Gegenwart, München 2003.
- Bilandžić, Vladimir/Dahlmann, Dittmar/Kosanović, Milan: From Helsinki to Belgrade. The First CSCE Follow-up Meeting and the Crisis of Détente, Göttingen 2012.
- Binder, Kristina: Das Starinterview. Eine vergleichende Textanalyse von Presse-, Hörfunk-, Fernseh- und Chatinterview, Würzburg, Univ. Diss., 2005.
- Bingen, Dieter: Die Bonner Deutschlandpolitik 1969–1979 in der polnischen Publizistik, Frankfurt a. M. 1982.
- Ders.: Die polnische Kirche, der Papst und die polnische Krise, Köln 1982.
- Ders.: Solidarność – eine polnische Gewerkschaft und gesellschaftliche Bewegung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B29–30 (1982), S. 3–25.
- Ders.: Die Rolle der Sowjetunion in der Polen-Krise 1981–1983, Köln 1983.
- Ders.: Polen 1982–1984: Stabilisierung oder Dauerkrise?, Köln 1984.
- Ders.: Gab es eine Revolution in Polen (1980–1981)? Versuch der begrifflichen Annäherung an einen historisch-politischen und sozialen Prozess, Köln 1986.
- Ders.: Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl. 1949–1991, Baden-Baden 1998.
- Ders.: Kontinuität und Wandel. Die Bonner Polenpolitik von den Anfangsjahren bis zum Freundschaftsvertrag von 1991, in: Barbian, Jan-Pieter/Zybura, Marek (Hrsg.): Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1999, S. 35–56.
- Ders.: Der lange Weg der „Normalisierung“. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen 1949–1990, in: Eberwein, Wolf-Dieter/Kerski, Basil (Hrsg.): Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949–2000. Eine Werte- und Interessengemeinschaft?, Opladen 2001, S. 35–59.
- Ders.: Realistische Entspannungspolitik: Der mühsame Dialog mit dem Osten – die Bundesrepublik Deutschland und ihre östlichen Nachbarn, in: Lucas, Hans-Dieter (Hrsg.): Genscher, Deutschland und Europa, Baden-Baden 2002, S. 155–184.
- Ders.: Ostpolitik und demokratischer Wandel in Mittel- und Osteuropa. Der Testfall Polen, in: Archiv für Sozialgeschichte 45 (2005), S. 117–140.
- Ders. (Hrsg.): Polen 1980–1984. Dauerkrise oder Stabilisierung?, Baden-Baden 2005.
- Ders.: Polen 1982–1984: Verschärfung der Krise oder Stabilisierung?, in: Ders. (Hrsg.): Polen 1980–1984. Dauerkrise oder Stabilisierung?, Baden-Baden 2005, S. 345–395.
- Ders.: Versöhnung, Aussöhnung, Normalisierung – Perspektiven der Entspannungspolitik in den 1960er- und 1970er Jahren aus deutscher und polnischer Sicht, in: Boll, Friedrich/Wysocki, Wieslaw/Ziemer, Klaus (Hrsg.): Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre und die Entspannungspolitik, Bonn 2009, S. 245–268.
- Ders./Ruchniewicz, Krzysztof (Hrsg.): Länderbericht Polen. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Bonn 2009.
- Ders./Węc, Janusz Józef: Die Deutschlandpolitik Polens, 1945–1991. Von der Status-Quo-Orientierung bis zum Paradigmenwechsel, Kraków 1993.
- Birkner, Thomas: Strategie Schmidt. Strategische Kommunikation in Politik und Publizistik am Beispiel Helmut Schmidt, in: Röttger, Ulrike/Gehrau, Volker/Preusse, Joachim (Hrsg.), Strategische Kommunikation. Umriss und Perspektiven eines Forschungsfeldes, Wiesbaden 2013, S. 151–172.
- Ders.: Mann des gedruckten Wortes. Helmut Schmidt und die Medien, Bremen 2014.
- Birnstiel, Fritz: Krieg oder Frieden in Europa?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B3 (1981), S. 39–54.

- Bispinck, Henrik u. a. (Hrsg.): Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Berlin 2004.
- Diess.: Krisen und Aufstände im realen Sozialismus. Einleitung, in: Diess. (Hrsg.): Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Berlin 2004, S. 9–22.
- Bittorf, Wilhelm: Nachrüstung. Der Atomkrieg rückt näher, Reinbek bei Hamburg 1981.
- Bitzegeio, Ursula/Schneider, Michael (Hrsg.): Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009.
- Blanchard, Philippe: Taktische Kernwaffen – die fragmentierte Abschreckung, Frankfurt a. M. 1987.
- Blech, Klaus: Die KSZE als Schritt im Entspannungsprozess. Bemerkungen zu allgemeinen Aspekten der Konferenz, in: Europa-Archiv 22 (1975), S. 681–692.
- Bleicher, Joan Kristin: Chronik der Institutionengeschichte des deutschen Fernsehens, in: Hickethier, Knut (Hrsg.): Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Institutionen, Technik und Programm. Rahmenaspekte der Programmgeschichte des Fernsehens, München 1993, S. 371–403.
- Blod, Arie (Hrsg.): The Conference on Security and Co-operation in Europe, Dordrecht u. a. 1993.
- Blumenthal, Julia von: Amtsträger in der Parteiendemokratie, Wiesbaden 2001.
- Bluth, Christoph: Die deutsch-britischen Sicherheitsbeziehungen 1953–1990, in: Mommensen, Wolfgang J. (Hrsg.): Die ungleichen Partner. Deutsch-britische Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999, S. 242–256.
- Ders.: The Two Germanies and Military Security in Europe, Basingstoke u. a. 2002.
- Boel, Bent: French Support for Eastern European Dissidence, 1968–1989, in: Villaume, Poul/Westad, Odd Arne (Hrsg.): Perforating the Iron Curtain. European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold War 1965–85, Kopenhagen 2010, S. 215–241.
- Böhm, Enrico: Die Sicherheit des Westens. Entstehung und Funktion der G7-Gipfel (1975–1981), München 2014.
- Bohnsack, Klaus: Regierungsbildung und Oppositionsformierung 1983, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 14 (1983), S. 476–486.
- Bohrmann, Hans: Entwicklung der Zeitschriftenpresse, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 135–145.
- Ders.: Zeitungsstatistik in Deutschland. Entwicklung und gegenwärtiger Stand, in: Arnold, Klaus/Behmer, Markus/Semrad, Bernd (Hrsg.): Kommunikationsgeschichte. Positionen und Werkzeug: Ein diskursives Hand- und Lehrbuch, Berlin 2008, S. 401–412.
- Boll, Friedhelm: Zwischen politischer Zurückhaltung und humanitärer Hilfe. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und Solidarność 1980–1982, in: Bitzegeio, Ursula/Schneider, Michael (Hrsg.): Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 199–218.
- Ders./Hansen, Jan: Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD, in: Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 203–228.
- Ders./Ruchniewicz, Krzysztof/Beule, Peter (Hrsg.): „Nie mehr eine Politik über Polen hinweg“. Willy Brandt und Polen, Bonn 2010.
- Ders./Swider, Małgorzata: The FRG. Humanitarian Support without Big Publicity, in: Goddeeris, Idesbald (Hrsg.): Solidarity with Solidarity. Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980–1982, Lanham 2010, S. 159–189.
- Ders./Wysocki, Wiesław/Ziemer, Klaus (Hrsg.): Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre und die Entspannungspolitik, Bonn 2009.
- Böll, Heinrich/Duve, Freimut/Staeck, Klaus: Verantwortlich für Polen?, Reinbek bei Hamburg 1982.
- Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung, Wiesbaden 2008.
- Borer, Douglas A.: Superpowers Defeated. Vietnam and Afghanistan Compared, London 1999.

- Borodziej, Włodzimierz: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010.
- Ders./Kochanowski, Jerzy: Der DDR-Staatssicherheitsdienst und ein befreundetes Nachbarland: Das Beispiel Volksrepublik Polen, in: Diess./Schäfer, Bernd (Hrsg.): Grenzen der Freundschaft. Zur Kooperation der Sicherheitsorgane der DDR und der Volksrepublik Polen zwischen 1956 und 1989, Dresden 2000, S. 9–36.
- Diess./Schäfer, Bernd (Hrsg.): Grenzen der Freundschaft, Dresden 2000.
- Borzeda, Artur: Die französisch-polnischen Beziehungen, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 3 (2002), S. 59–64.
- Bösch, Frank: Mediengeschichte. Vom asiatischen Buchdruck zum Fernsehen, Frankfurt a. M. 2011.
- Ders. u. a.: Roundtable. Writing (Media) History in the Age of Audio-Visual and Digital Media, in: Journal of Modern European History 10/1 (2012), S. 98–116.
- Bösch, Frank/Frei, Norbert: Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006.
- Botscharow, Gennadi: Die Erschütterung. Afghanistan – das sowjetische Vietnam, Berlin 1991.
- Boulouque, Sylvain: Der Kommunismus in Afghanistan, in: Courtois, Stéphane u. a. (Hrsg.): Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München/Zürich 2004, S. 772–792.
- Bowden, Mark: Guests of the Ayatollah. The First Battle in America's War with Militant Islam, New York 2006.
- Bowker, Mike: Helsinki and West European Security, in: International Affairs 4 (1985), S. 607–618.
- Bozo, Frédéric u. a. (Hrsg.): Europe and the End of the Cold War, London/New York 2008.
- Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.): Politik, Geschichte und Kultur. Wissenschaft in Verantwortung für die res publica. Festschrift für Manfred Funke zum 70. Geburtstag, Bonn 2009.
- Ders./Jäger, Wolfgang/Link, Werner (Hrsg.): Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt, Stuttgart/Mannheim 1996.
- Bräker, Hans: Die Sowjetunion und der Mittlere Osten. Politik im Spannungsfeld von strategischer Zielsetzung und Islam-Frage, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B17/18 (1982), S. 45–62.
- Braml, Josef: Wissenschaftliche Politikberatung durch Think Tanks, in: Falk, Svenja (Hrsg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden 2006, S. 255–267.
- Brand, Alexander: Medien, Diskurs, Weltpolitik. Wie Massenmedien die internationale Politik beeinflussen, Bielefeld 2012.
- Brandt, Enrico/Buck, Christian (Hrsg.): Auswärtiges Amt, Wiesbaden 2005.
- Brandt, Marion: Öffentlichkeit war der Anfang vom Ende. Die Solidarność-Revolution in der Wahrnehmung von Intellektuellen in der DDR, in: Deutschland-Archiv (2004), S. 593–602.
- Dies.: Die Bedeutung der Solidarność für die Demokratiebewegung in der DDR und deren Darstellung in der gegenwärtigen deutschen Publizistik und Historiographie, in: Surynt, Izabela/Zybura, Marek (Hrsg.): „Die Wende“. Die politische Wende 1989/90 im öffentlichen Diskurs Mittel- und Osteuropas, Hamburg 2007, S. 86–94.
- Brauch, Hans Günter: Vertrauensbildende Maßnahmen. Element einer neuen Rüstungskontroll- und Abrüstungsstrategie für Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B19 (1982), S. 22–38.
- Ders.: Die Raketen kommen. Vom NATO-Doppelbeschluss bis zur Stationierung, Köln 1983.
- Brauckhoff, Kerstin/Adam-Schwaetzer, Irmgard (Hrsg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik, Wiesbaden 2015.
- Brauers, Christof: Liberale Deutschlandpolitik 1949–1969. Positionen der F.D.P. zwischen nationaler und europäischer Orientierung, Münster 1993.
- Braun, Dieter/Ziem, Karlernst: Afghanistan. Sowjetische Machtpolitik – islamische Selbstbestimmung. Innerafghanische Prozesse, regionale Konfliktfolgen, internationale Verflechtungen, Baden-Baden 1988.

- Brechtken, Magnus: Geschichte und Erinnerungspolitik bei Helmut Schmidt und Henry Kissinger, in: Bosbach, Franz (Hrsg.): Politische Memoiren in deutscher und britischer Perspektive. Political Memoirs in Anglo-German Context, München 2005, S. 159–193.
- Bredow, Wilfried von: Der KSZE-Prozess. Von der Zähmung zur Auflösung des Ost-West-Konflikts, Darmstadt 1992.
- Bresselau von Bressendorf, Agnes: Rezension von: Sven Biscop, *The European Security Strategy. A Global Agenda for Positive Power*. Burlington 2005, in: Politische Studien 407 (2006), S. 89f.
- Dies.: Hans-Dietrich Genscher und das Ende der Détente, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 23 (2011), S. 257–270.
- Dies.: Rezension von: Hans-Dieter Heumann, Hans-Dietrich Genscher. Die Biographie, Paderborn 2012, in: sehepunkte 12 (2012), Nr. 6, URL: www.sehepunkte.de/2012/06/20796.html (Stand: 13. 11. 2014).
- Dies.: Rezension von: Idesbald Goddeeris (Hrsg.), *Solidarity with Solidarity. Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980–1982*, Lanham/MD 2010, in: sehepunkte 12 (2012), Nr. 1, URL: www.sehepunkte.de/2012/01/20656.html (Stand: 13. 11. 2014).
- Dies.: Mediale Kommunikation in Zeiten internationaler Krisen. Hans-Dietrich Genscher und der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, in: Rundfunk und Geschichte 1/2 (2013), S. 30–40.
- Dies.: Liberale Europapolitik? Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und der Weg zur Einheitlichen Europäischen Akte, in: Brauckhoff, Kerstin/Adam-Schwaetzer, Irmgard (Hrsg.): *Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik*, Wiesbaden 2015, S. 157–175.
- Brier, Robert: Adam Michnik's Understanding of Totalitarianism and the West European Left. A Historical and Transnational Approach to Dissident Political Thought, in: *East European Politics and Societies* 25 (2011), S. 197–218.
- Ders.: Solidarität in unübersichtlichen Zeiten. Zu den kulturhistorischen Kontexten der „Außenpolitik“ polnischer Oppositioneller in den 1980er Jahren, in: Pietrow-Ennker, Bianka (Hrsg.): *Russlands imperiale Macht: Integrationsstrategien und ihre Reichweite in transnationaler Perspektive*, Wien/Köln/Weimar 2012, S. 357–382.
- Brigot, André/Schmidt, Peter: *Sicherheits- und Ostpolitik: deutsch-französische Perspektiven*, Baden-Baden 1989.
- Bröchler, Stephan/Schützeichel, Rainer: *Politikberatung*, Stuttgart 2008.
- Broer, Michael: Zwischen Konsens und Konflikt: Der NATO-Doppelbeschluss, der INF-Vertrag und die SNF-Kontroverse, in: Junker, Detlef (Hrsg.): *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990*, Stuttgart 2001, S. 234–244.
- Broszat, Martin: *Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte*, München 1990.
- Brune, Lester: *Chronology of the Cold War. 1917–1992*, New York u. a. 2006.
- Brunner, Detlev: „... eine große Herzlichkeit“? Helmut Schmidt und Erich Honecker im Dezember 1981, in: *Deutschland-Archiv* 11/12 (2011), URL: <http://www.bpb.de/themen/OZ9PWX.html> (Stand: 13. 11. 2014).
- Bruns, Wilhelm: NATO-Doppelbeschluss und deutsch-deutsche Beziehungen, in: *Neue Gesellschaft* 28 (1981), S. 836–842.
- Ders.: Der KSZE-Prozess geht weiter, in: *Neue Gesellschaft* 10 (1983), S. 952–957.
- Ders.: Die KSZE-Schlussakte von Helsinki – Wege für eine Verbesserung der Ost-West-Beziehungen, in: *Universitas. Orientierung in der Wissenswelt* 6 (1986), S. 615–620.
- Buchanan, Tom: *Europe's Troubled Peace. 1945–2000*, Malden/Mass. 2006.
- Bucher, Hans-Jürgen: Die Medialität des Politischen. Zur Inszenierung der Politik im Fernsehen, in: Frevert, Ute/Braungart, Wolfgang (Hrsg.): *Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte*, Göttingen 2004, S. 268–303.
- Bucherer, Paul/Stahel, Albert: Guerillakrieg und Widerstand in Afghanistan, in: Vogl, Claudia/Sagurna, Michael (Hrsg.): *Der Freiheitskrieg in Afghanistan. Geschichte, Hintergründe, Aktionen*, Bonn 1984, S. 59–63.
- Buciak, Sebastian/Dehn, Rüdiger von (Hrsg.): *Indien und Pakistan – Atommächte im Spannungsfeld regionaler und globaler Veränderungen*, Berlin 2010.

- Buck, Christian: Von der Morgenpresse bis zum Nachtdienst, in: Ders./Brandt, Enrico (Hrsg.): *Auswärtiges Amt. Diplomatie als Beruf*, Wiesbaden 2005, S. 11–28.
- Büger, Christian: Das Auswärtige Amt auf dem Weg zu einer neuen Beratungskultur? Der Dialog zwischen externem Fachwissen und Politik im Feld der Außenpolitik, in: Falk, Svenja (Hrsg.): *Handbuch Politikberatung*, Wiesbaden 2006, S. 508–522.
- Burk, Kathleen: *The British Isles since 1945*, Oxford u. a. 2003.
- Burkhardt, Armin: Auf/Vor/Nach/Entrüstung ist der Preis des Friedens. Eine linguistische Nachlese zur Rede von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in der „Nachrüstungsdebatte“ des Deutschen Bundestages am 21. und 22. November 1983, in: *Muttersprache. Vierteljahresschrift für deutsche Sprache* 5/6 (1986), S. 287–308.
- Ders.: Debattieren im Schaufenster. Zu Gebrauch und Pervertierung einiger parlamentarischer Sprachformen im Bundestag, in: Schulz, Andreas/Wirsching, Andreas (Hrsg.): *Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum*, Düsseldorf 2012, S. 301–331.
- Burrichter, Clemens (Hrsg.): *Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000*, Berlin 2006.
- Büscher, Barbara (Hrsg.): „Solidarność“. Die polnische Gewerkschaft „Solidarität“ in Dokumenten, Diskussionen und Beiträgen 1980 bis 1982, Köln 1983.
- Buschfort, Wolfgang: *Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP*, Berlin 2001.
- Busse, Volker: *Bundeskanzleramt und Bundesregierung. Aufgaben, Organisation, Arbeitsweise*, Heidelberg 2005.
- Buzan, Barry: *International Security. The Cold War and Nuclear Deterrence*, London u. a. 2007.
- Byrne, Malcom/Paczkowski Andrzej (Hrsg.): *From Solidarity to Martial Law. The Polish Crisis of 1980–1981. A Documentary History*, Budapest/New York 2007.
- Campbell, John: *Margaret Thatcher. The Iron Lady*, London 2003.
- Carr, Jonathan: *Helmut Schmidt*, Düsseldorf u. a. 1993.
- Centlivres, Pierre: *Chroniques afghans 1965–1993*, Amsterdam 1998.
- Ders.: État, islam et tribus face aux organisations internationales. Le cas de l’Afghanistan 1978–1998, in: *Annales. Histoire, Sciences, Sociales* 54 (1999), S. 945–965.
- Centlivres-Demont, Micheline: *Afghanistan. La colonisation impossible*, Paris 1984.
- Chiari, Bernhard (Hrsg.): *Afghanistan*, Paderborn u. a. 2006.
- Ders.: Kabul 1979: Militärische Intervention und das Scheitern der sowjetischen Dritte-Welt-Politik in Afghanistan, in: Hilger, Andreas (Hrsg.): *Die Sowjetunion und die Dritte Welt. UdSSR, Staatssozialismus und Antikolonialismus im Kalten Krieg 1945–1991*, München 2009, S. 259–280.
- Ders./Schetter, Conrad (Hrsg.): *Pakistan*, Paderborn u. a. 2010.
- Cole, Alistair: *Franco-German Relations*, Harlow u. a. 2001.
- Colschen, Lars C.: *Deutsche Außenpolitik*, Paderborn 2010.
- Conze, Eckart: Hegemoniale Selbstbehauptung oder partnerschaftliches Gleichgewicht? Frankreich als Problem der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1945–1990, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 51, 7/8 (2000), S. 449–463.
- Ders.: *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009.
- Ders. u. a.: *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2012.
- Ders.: *Das Auswärtige Amt. Diplomatie vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*, München 2013.
- Ders. u. a. (Hrsg.): *Geschichte zwischen Wissenschaft und Politik. Festschrift für Michael Stürmer zum 65. Geburtstag*, Baden-Baden 2003.
- Cook, Timothy E.: *Governing with the News. The News Media as a Political Institution*, Chicago u. a. 1997.
- Coopey, Richard/Woodward, Nicholas (Hrsg.): *Britain in the 1970s. The Troubled Decade*, New York 1996.
- Cordovez, Diego/Harrison, Selig S.: *Out of Afghanistan. The Inside Story of the Soviet Withdrawal*, New York u. a. 1995.

- Corthorn, Paul: The Cold War and British Debates over the Boycott of the 1980 Moscow Olympics, in: *Cold War History* 13/1 (2013), S. 43–66.
- Courtois, Stéphane u. a. (Hrsg.): *Das Schwarzbuch des Kommunismus*, München/Zürich 2004.
- Crome, Erhard (Hrsg.): *Die verschwundene Diplomatie. Beiträge zur Außenpolitik der DDR*, Berlin 2003.
- Cull, Nicholas J.: *The Cold War and the United States Information Agency. American Propaganda and Public Diplomacy, 1945–1989*, Cambridge u. a. 2008.
- Curry, Jane Leftwich: The Solidarity Crisis, 1980–81. The Near Death of Communism, in: Dies./Fajfer, Luba (Hrsg.): *Poland's Permanent Revolution. People versus Elites, 1956 to the Present*, Washington, DC 1996, S. 167–209.
- Dies./Fajfer, Luba (Hrsg.): *Poland's Permanent Revolution. People versus Elites, 1956 to the Present*, Washington, DC 1996.
- Czakainski, Martin: Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1980 im Kontext der außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Verflechtungen, in: Hohensee, Jens/Salewski, Michael (Hrsg.): *Energie – Politik – Geschichte. Nationale und internationale Energiepolitik seit 1945*, Stuttgart 1993, S. 17–33.
- Czempiel, Ernst-Otto: Im Zeichen der Hoffnung. Der KSZE- Prozess und die Schlussakte von Helsinki, in: *Welt- und Kulturgeschichte* 15 (2006), S. 261–275.
- Ders.: Nachrüstung und Systemwandel. Ein Beitrag zur Diskussion um den Doppelbeschluss der NATO, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B5 (1982), S. 22–46.
- Ders.: Multilaterale Entspannungspolitik: KSZE-Prozess und das Ziel einer gesamteuropäischen Friedensordnung, in: Lucas, Hans-Dieter (Hrsg.): *Genscher, Deutschland und Europa*, Baden-Baden 2002, S. 135–154.
- Dagger, Steffen (Hrsg.): *Politikberatung in Deutschland*, Wiesbaden 2004.
- Dahlmeyer, Horst: *Typisch Mischnick. Ein schlagkräftiger Liberaler*, München 1982.
- Dahm, Helmut: Afghanistan als Lehrstück der politischen und militärischen Doktrin Sowjetrusslands, in: Vogel, Heinrich (Hrsg.): *Die sowjetische Intervention in Afghanistan. Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise*, Baden-Baden 1980, S. 181–246.
- Dannenberg, Julia von: *The Foundations of Ostpolitik. The Making of the Moscow Treaty between West Germany and the USSR*, Oxford/New York 2009.
- Das Gupta, Amit: Indiens sicherheitspolitische Wende zwischen 1962 und 1974, in: Buciak, Sebastian/Dehn, Rüdiger von (Hrsg.): *Indien und Pakistan – Atommächte im Spannungsfeld regionaler und globaler Veränderungen*, Berlin 2010, S. 93–118.
- Dašičev, Vjačeslav I.: *Moskaus Griff nach der Weltmacht*, Hamburg u. a. 2002.
- Davis, Christopher M.: Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der sowjetischen Militärausgaben, in: Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Weber, Claudia (Hrsg.): *Ökonomie im Kalten Krieg*, Hamburg 2010, S. 260–278.
- Dehnert, Gunter: „Eine neue Beschaffenheit der Lage“. Der KSZE-Prozess und die polnische Opposition 1975–1989, in: Altrichter, Helmut/Wentker, Hermann (Hrsg.): *Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990*, München 2011, S. 87–98.
- Ders.: Entspannung gegen das Volk – Sanktionen für das Volk? Die Solidarność nach Ausrufung des Kriegsrechts und die Nachfolgekonferenz von Madrid, in: Peter, Matthias/Wentker, Hermann (Hrsg.): *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990*, München 2012, S. 249–266.
- Deibel, Terry L./Roberts, Walter R.: *Culture and Information. Two Foreign Policy Functions*, Newbury Park 1976.
- Delaney, Robert F.: Introduction, in: Hoffmann, Arthur S. (Hrsg.): *International Communication and the New Diplomacy*, Bloomington 1968, S. 3–6.
- Delhaes, Daniel: *Politik und Medien. Zur Interaktionsdynamik zweier sozialer Systeme*, Wiesbaden 2002.
- Depenheuer, Otto (Hrsg.): *Öffentlichkeit und Vertraulichkeit. Theorie und Praxis politischer Kommunikation*, Wiesbaden 2001.

- Derix, Simone: *Bebilderte Politik. Staatsbesuche in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1990*, Göttingen 2009.
- Diedrich, Torsten/Heinemann, Winfried/Osterhammer, Christian F. (Hrsg.): *Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch*, Bonn 2009.
- Ders./Süß, Walter (Hrsg.): *Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten*, Berlin 2010.
- Diesener, Gerald: *Medien und Medienpolitik*, in: Burrichter, Clemens (Hrsg.): *Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000*, Berlin 2006, S. 457–474.
- Diller, Ansgar: *Öffentlich-rechtlicher Rundfunk*, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1999, S. 146–166.
- Dimitrakis, Panagotis: *The Soviet Invasion of Afghanistan. International Reactions, Military Intelligence and British Diplomacy*, in: *Middle Eastern Studies* 48/4 (2012), S. 511–536.
- Dittberner, Jürgen: *Die Freie Demokratische Partei*, in: Stöss, Richard (Hrsg.): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Opladen 1983, S. 1311–1381.
- Ders.: *FDP – Partei des organisierten Liberalismus?*, in: Faber, Richard (Hrsg.): *Liberalismus in Geschichte und Gegenwart*, Würzburg 2000, S. 223–231.
- Ders.: *Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung*, Wiesbaden 2005.
- Dittgen, Herbert: *Deutsch-amerikanische Sicherheitsbeziehungen in der Ära Helmut Schmidt. Vorgeschichte und Folgen des NATO-Doppelbeschlusses*, München 1991.
- Ders.: *Die Ära der Ost-West-Verhandlungen und die Wirtschafts- und Währungskrisen (1969–1981)*, in: Larres, Klaus/Oppelland, Thorsten (Hrsg.): *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert. Geschichte der politischen Beziehungen*, Darmstadt 1997, S. 178–203.
- Dittrich, Denise: *Die FDP und die deutsche Außenpolitik. Eine Analyse liberaler Außenpolitik seit der deutschen Wiedervereinigung*, Potsdam 2009.
- Dobson, Alan P.: *Anglo-American Relations and the Cold War*, in: Ders. (Hrsg.): *Deconstructing and Reconstructing the Cold War*, Aldershot u. a. 1999, S. 69–87.
- Ders. (Hrsg.): *Deconstructing and Reconstructing the Cold War*, Aldershot u. a. 1999.
- Ders.: *Die „Special Relationship“: Zur Entwicklung der britisch-amerikanischen Sonderbeziehungen seit 1945*, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hrsg.): *Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*, Bonn 2006, S. 349–362.
- Dockrill, Michael L.: *The Cold War, 1945–1991*, Basingstoke u. a. 2006.
- Doering-Manteuffel, Anselm: *Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 55 (2007), S. 559–581.
- Ders./Raphael, Lutz: *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008.
- Dolezal, Joseph: *Realpolitik oder Systemüberwindung? Deutschlandpolitischer Alltag 1970–90. Eine Nachlese*, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): *Die DDR. Erinnerungen an einen untergegangenen Staat*, Berlin 1999, S. 381–392.
- Domber, Gregory F.: *Rumblings in Eastern Europe. Western Pressure on Poland's Moves towards Democratic Transformation*, in: Bozo, Frédéric u. a. (Hrsg.): *Europe and the End of the Cold War*, London/New York 2008, S. 51–63.
- Ders.: *Transatlantic Relations, Human Rights and Power Politics*, in: Villaume, Poul/Westad, Odd Arne (Hrsg.): *Perforating the Iron Curtain. European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold War 1965–85*, Kopenhagen 2010, S. 195–214.
- Dombrowsky, Nina: *Solidarität mit Solidarność? Politische Reaktionen aus der Bundesrepublik auf die Entstehung der „Solidarność“ und die Ausrufung des Kriegszustandes in der Volksrepublik Polen 1980–1982*, in: *Deutschland-Archiv* 41/1 (2008), S. 68–75.
- Domin, Gregory Paul: *Jimmy Carter, Public Opinion, and the Search for Values, 1977–1981*, Macon 2003.
- Donsbach, Wolfgang (Hrsg.): *Beziehungsspiele – Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion*, Gütersloh 1993.

- Ders./Jandura, Olaf: Chancen und Gefahren der Mediendemokratie, Konstanz 2003.
- Dreher, Klaus: Helmut Kohl. Leben mit Macht, Stuttgart 1998.
- Dülffer, Jost: Europa im Ost-West-Konflikt 1945–1991, München u. a. 2004.
- Ders.: „Self-sustained conflict“. Systemerhaltung und Friedensmöglichkeiten im Ost-West-Konflikt 1945–1991, in: Hauswedell, Corinna (Hrsg.): Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945, Essen 2006, S. 33–60.
- Ders./Loth, Wilfried (Hrsg.): Dimensionen internationaler Geschichte, München 2012.
- Dumbrell, John: American Foreign Policy. Carter to Clinton, London u. a. 1997.
- Dunbabin, John P. D.: The Cold War. The Great Powers and Their Allies, Harlow u. a. 2008.
- Dussel, Konrad: Deutsche Rundfunkgeschichte, Konstanz 2004.
- Eberwein, Wolf-Dieter u. a. (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 4: Institutionen und Ressourcen, München 1998.
- Ders./Kerski, Basil (Hrsg.): Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949–2000, Opladen 2001.
- Echternkamp, Jörg: Krieg, in: Dülffer, Jost/Loth, Wilfried (Hrsg.): Dimensionen internationaler Geschichte, München 2012, S. 9–28.
- Eckert, Rainer: Die unabhängige Friedensbewegung in der DDR, in: Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp/Klimke, Martin (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“ Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u. a. 2012, S. 200–212.
- Ehrhart, Hans-Georg: Die „deutsche Frage“ aus französischer Sicht (1981–1987). Frankreich zwischen deutschlandpolitischen Befürchtungen, sicherheitspolitischen Nöten und europäischen Hoffnungen, München 1988.
- Eilfort, Michael: Fraktionen und Ausschüsse, in: Falk, Svenja (Hrsg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden 2006, S. 189–197.
- Eilstrup-Sangiovanni, Mette (Hrsg.): Debates on European Integration, Basingstoke 2006.
- Einhorn, Volker/Randow, Gero von: Polen in der Zerreißprobe, Dortmund 1982.
- Eisermann, Daniel: Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955–1972, München 1999.
- Ellison, James: Britain and Europe, in: Addison, Paul/Jones, Harriet (Hrsg.): A Companion to Contemporary Britain 1939–2000, Malden, Mass./Oxford, 2005, S. 517–538.
- Elvert, Jürgen: „Solidarność“. Historische Wurzeln und Strukturen einer Gewerkschaft in Polen, in: Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft 1 (1988), S. 49–77.
- Emadi, Hafizullah: State, Revolution, and Superpowers in Afghanistan, New York 1990.
- Eppler, Erhard: Die tödliche Utopie der Sicherheit, Reinbek bei Hamburg 1983.
- Eschenhagen, Wieland/Judt, Matthias: Der Fischer-Weltalmanach. Chronik Deutschland 1949–1990. 60 Jahre deutsche Geschichte im Überblick, Bonn 2008.
- Faber, Richard (Hrsg.): Liberalismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 2000.
- Falk, Svenja (Hrsg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden 2006.
- Farber, Henry S.: Politics and Peace. U.S. Foreign Policy during the Cold War, in: International Security 20/2 (1995), S. 123–146.
- Fastenrath, Ulrich: Kompetenzverteilung im Bereich der auswärtigen Gewalt, München 1986.
- Faulenbach, Bernd: Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 1–37.
- Ders.: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011.
- Faulstich, Werner: Fernsehgeschichte als Erfolgsgeschichte: Die Sendungen mit den höchsten Einschaltquoten, in: Ders. u. a. (Hrsg.): Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland, München 1993, S. 217–236.
- Ders. (Hrsg.): Die Kultur der siebziger Jahre, München 2004.
- Ders. (Hrsg.): Die Kultur der 80er Jahre. Kulturgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, Paderborn u. a. 2005.
- Ders.: Grundkurs Fernsehanalyse, Paderborn u. a. 2008.
- Favino, Fiorella: Washington's Economic Diplomacy and the Reconstruction of US Leadership, in: Nuti, Leopoldo (Hrsg.): The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985, London/New York 2009, S. 165–176.

- Fesefeldt, Joachim: Der Warschauer Pakt auf dem Madrider KSZE-Folgetreffen und auf der KVAE (ohne Rumänien), Köln 1984, S. 1–71.
- Filmer, Werner/Schwan, Heribert (Hrsg.): Hans-Dietrich Genscher, Düsseldorf 1988.
- Diess.: Die Karriere, in: Diess. (Hrsg.), Hans-Dietrich Genscher, S. 123–132.
- Fink, Carole/Schaefer, Bernd (Hrsg.): Ostpolitik 1969–1974. European and Global Responses, Cambridge u. a. 2009.
- Fischer, Angela: Entscheidungsprozess zur deutschen Wiedervereinigung. Der außen- und deutschlandpolitische Entscheidungsprozess der Koalitionsregierung Kohl/Genscher in den Schicksalsjahren 1989/90, Frankfurt a. M. 1996.
- Fischer, Frank: Von der „Regierung der inneren Reformen“ zum „Krisenmanagement“. Das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik in der sozial-liberalen Ära 1969–1982, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 395–414.
- Fischer, Heinz-Dietrich: Regierungssprecher – zwischen Information und Geheimhaltung. Zur publizistischen und kommunikativen Funktion staatlicher Presseamts-Leiter in Bund, Ländern, Gemeinden, Köln 1981.
- Ders.: Tätigkeitsprofil von Presseattachés im diplomatischen Dienst, in: Fischer, Heinz-Dietrich/Wahl, Ulrike G. (Hrsg.): Public Relations. Geschichte, Grundlagen, Grenzziehungen, Frankfurt a. M. u. a. 1993, S. 345–357.
- Ders./Wahl, Ulrike G. (Hrsg.): Public Relations. Geschichte, Grundlagen, Grenzziehungen, Frankfurt a. M. 1993.
- Fischer, Heinz-Joachim: Die Jahre mit Johannes Paul II. Rechenschaft über ein politisches Pontifikat, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 1998.
- Fischer, Kai: Britische Europapolitik. Von Margaret Thatcher zu John Major, Mosbach 1996.
- Fischer, Thomas: „A Mustard Seed Grew into a Bushy Tree“. The Finnish CSCE Initiative of 5 May 1969, in: Cold War History 9/2 (2009), S. 177–201.
- Flieger, Heinz: Organisatorische Einordnung in Institutionen und Organisationen, in: Barthenheier, Günter/Haedrich, Günther/Kleinert, Horst (Hrsg.): Öffentlichkeitsarbeit. Dialog zwischen Institutionen und Gesellschaft. Ein Handbuch, Berlin/New York 1982, S. 125–365.
- Fontaine, André: La guerre froide, 1917–1991, Paris 2006.
- Fordham, Benjamin O.: Economic Interests, Party, and Ideology in Early Cold War Era U.S. Foreign Policy, in: International Organization 52/2 (1998), S. 359–397.
- Forkmann, Daniela/Schlieben, Michael (Hrsg.): Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2005, Wiesbaden 2005.
- Forndran, Erhard/Lemke, Hans-Dieter: Sicherheitspolitik für Europa zwischen Konsens und Konflikt. Analysen und Optionen, Baden-Baden 1995.
- Frank, Georg: Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf, München 1998.
- Freedman, Lawrence: The Politics of British Defence, 1979–1989, o. O. 1999.
- Frei, Daniel: Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Unterstützung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses, in: Altermatt, Urs/Garamvölgyi, Judit (Hrsg.): Innen- und Außenpolitik. Primat oder Interdependenz? Festschrift zum 60. Geburtstag von Walther Hofer, Bern 1980, S. 443–458.
- Frenzke, Dietrich/Uschakow, Alexander (Hrsg.): Die Oststaaten, das sowjetische Bündnis-system und die KSZE vor und nach Helsinki, Köln 1983.
- Frevort, Ute: Politische Kommunikation und ihre Medien, in: Dies./Braungart, Wolfgang (Hrsg.): Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte, Göttingen 2004, S. 7–9.
- Dies./Braungart, Wolfgang (Hrsg.): Sprachen des Politischen, Göttingen 2004.
- Friedman, Norman: The Fifty-Year War. Conflict and Strategy in the Cold War, Annapolis 2000.
- Ders.: Der Kalte Krieg 1945–1991, München 2006.
- Friskze, Andrzej: Das Zeitalter der Solidarność 1980–1989, in: Bingen, Dieter/Ruchniewicz, Krzysztof (Hrsg.): Länderbericht Polen. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Bonn 2009, S. 107–120.
- Fritsche, Klaus: Die indisch-pakistanische Rivalität und Zentralasien, Köln 1994.

- Fröhlich, Stefan: „Auf den Kanzler kommt es an“: Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung, Paderborn u. a. 2001.
- Führer, Karl Christian/Hickethier, Knut/Schildt, Axel: Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte 41 (2001), S. 1–38.
- Fukuyama, Francis: The End of History?, in: The National Interest 16 (1989), S. 3–18.
- Fulbrook, Mary (Hrsg.): Europe since 1945, Oxford 2001.
- Fürtig, Henner: Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988. Ursachen, Verlauf, Folgen, Berlin 1992.
- Ders.: Kleine Geschichte des Irak. Von der Gründung 1921 bis zur Gegenwart, München 2003.
- Gaddis, John Lewis: The Long Peace. Elements of Stability in the Postwar International System, in: International Security 10/4 (1986), S. 99–142.
- Ders.: Cold War Statesmen Confront the Bomb. Nuclear Diplomacy since 1945, Oxford u. a. 1999.
- Ders.: Strategies of Containment. A Critical Appraisal of American National Security Policy during the Cold War, New York 2005.
- Ders.: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007.
- Gaddy, Clifford G.: The Price of the Past. Russia's Struggle with the Legacy of a Militarized Economy, Washington, DC 1996.
- Galeotti, Mark: Afghanistan. The Soviet Union's Last War, London 2001.
- Gall, Lothar: Liberalismus und auswärtige Politik, in: Hildebrand, Klaus (Hrsg.): Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht, Köln/Wien 1985, S. 31–46.
- Garrison, Jean A.: Games Advisors Play. Foreign Policy in the Nixon and Carter Administrations, Texas 1999.
- Gärtner, Heinz: Entspannung, Europa und die KSZE – ein thematischer Überblick, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 3 (1986), S. 245–256.
- Garton Ash, Timothy: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München 1993.
- Ders.: The Polish Revolution. Solidarity, New Haven 2002.
- Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011.
- Gasteyer, Curt: Europa zwischen Spaltung und Einigung. Darstellung und Dokumentation, 1945–2005, Baden-Baden 2006.
- Gavin, Francis J.: The Cold War, Chicago u. a. 2001.
- Geiger, Rudolf/Cremer, Hans-Joachim (Hrsg.): Neuere Probleme der parlamentarischen Legitimation im Bereich der auswärtigen Gewalt, Baden-Baden 2003.
- Geiger, Tim: Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, in: Ders./Gassert, Philipp/Wentker, Hermann (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 95–122.
- Ders.: Der NATO-Doppelbeschluss. Vorgeschichte und Implementierung, in: Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp/Klimke, Martin (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“ Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u. a. 2012, S. 54–70.
- Ders.: Die Bundesrepublik Deutschland und die NATO in den Siebziger- und Achtzigerjahren, in: Bange, Oliver/Lemke, Bernd (Hrsg.): Wege zur Wiedervereinigung. Die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970 bis 1990, München 2013, S. 165–182.
- Geiss, Immanuel: Afghanistan, in: Ders.: Geschichte Griffbereit, Bd. 5, München 2002, S. 410–414.
- Gellner, Winand: Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit. Think Tanks in den USA und in Deutschland, Opladen 1995.
- Gemerek, Bronislaw: The Solidarity Movement and the European Idea of Freedom, in: German Historical Institute London Bulletin 2 (2005), S. 6–16.

- Genest, Andrea: Die Solidarność aus deutscher Perspektive, in: Potsdamer Bulletin für Zeit-historische Studien 34/35 (2005), S. 17–22.
- George, Alexander L.: Bridging the Gap. Theory and Practice in Foreign Policy, Washing-ton, D.C. 1993.
- George, Stephen: An Awkward Partner. Britain in the European Community, Oxford 1998.
- Geppert, Dominik: Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975–1979, München 2002.
- Ders.: Die Rolle Deutschlands und Europas in Margaret Thatchers politischem Weltbild, in: Luh, Jürgen (Hrsg.): Preußen, Deutschland und Europa 1701–2001, Groningen 2003, S. 234–250.
- Ders. (Hrsg.): Neutralität: Chance oder Chimäre? Konzepte des Dritten Weges für Deutsch-land und die Welt 1945–1990, München 2005.
- Ders.: Großbritannien und die Neue Ostpolitik der Bundesrepublik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (2009), S. 385–412.
- Ders.: Der Thatcher-Konsens. Der Einsturz der britischen Nachkriegsordnung in den 1970er und 1980er Jahren, in: Journal of Modern European History 9/2 (2011), S. 170–194.
- Gerhard, Wilfried: The German Question between Post War Order and European Peace Order, Hamburg 1990.
- Gerhardt, Wolfgang: Die Kraft der Freiheit. Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Libe-ralismus, Stuttgart 2008.
- Gerlach, Christian: Das US-amerikanisch-sowjetische Getreidegeschäft 1972, in: Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Weber, Claudia (Hrsg.): Ökonomie im Kalten Krieg, Ham-burg 2010, S. 480–500.
- Ghebali, Victor-Yves: Helsinki an X. Bilan de la troisième corbeille de la CSCE, in: Défense nationale 41/12 (1985), S. 31–46.
- Gibbs, David N.: Die Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979, in: Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Walter, Dierk (Hrsg.): Heiße Kriege im Kalten Krieg, Hamburg 2006, S. 291–314.
- Gieler, Wolfgang (Hrsg.): Deutsche Entwicklungsminister von 1961–2008. Biographie, Konzeptionen und Einfluss auf nationale und internationale Entwicklungspolitik, Bonn u. a. 2008.
- Gilboa, Eytan: Media Diplomacy. Conceptual Divergence and Applications, in: Harvard International Journal of Press/Politics 3/3 (1998), S. 56–75.
- Gilde, Benjamin: Österreich im KSZE-Prozess 1969–1983. Neutraler Vermittler in humani-tärer Mission, München 2013.
- Girnth, Heiko: Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die lin-guistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation, Tübingen 2002.
- Ders./Spieß, Constanze (Hrsg.): Strategien politischer Kommunikation, Berlin 2006.
- Giustozzi, Antonio: War, Politics and Society in Afghanistan, 1978–1992, Washington, D.C. 2007.
- Glaab, Manuela: Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung. Einstellungen und Re-gierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Opladen 1999.
- Dies./Metz, Almut: Politikberatung und Öffentlichkeit, in: Falk, Svenja (Hrsg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden 2006, S. 161–170.
- Glaubitz, Joachim (Hrsg.): Die Sowjetunion und Asien in den 80er Jahren, Baden-Baden 1988.
- Glees, Anthony: The Stasi and UK-GDR Relations, in: Berger, Stefan/LaPorte, Norman (Hrsg.): The Other Germany. Perceptions and Influences in British-East German Rela-tions, 1945–1990, Augsburg 2005, S. 75–90.
- Gniss, Daniela: Freie Demokratische Partei. Mitgliedschaft und Sozialstruktur, in: Recker, Marie-Luise/Tenfelde, Klaus (Hrsg.): Handbuch zur Statistik der Parlamente und Partei-en in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III: FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, Düsseldorf 2005, S. 37–89.
- Goddeeris, Idesbald: Western Trade Unions and Solidarność. A Comparison from a Polish Perspective, in: The Polish Review 52/3 (2007), S. 305–329.

- Ders. (Hrsg.): *Solidarity with Solidarity, Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980–1982*, Lanham 2010.
- Ders.: *Lobbying Allies? The NSZZ Solidarność Coordinating Office Abroad, 1982–1989*, in: *Journal of Cold War Studies* 3 (2011), S. 83–124.
- Göhler, Gerhard: *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Eine Einführung*, in: Heidenreich, Bernd (Hrsg.): *Politische Theorien des 19. Jahrhunderts. Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus. Eine Einführung*, Berlin 2002, S. 221–228.
- Göhler, Gerhard/Schmalz-Jacobsen, Cornelia/Walther, Christian (Hrsg.): *Macht und Medien*, Frankfurt a. M. u. a. 2007.
- Görtemaker, Manfred: *Reagan-Amerika und Westeuropa. Plädoyer für eine konstruktive Zusammenarbeit*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B32 (1981), S. 3–19.
- Ders.: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999.
- Ders. (Hrsg.): *Britain and Germany in the Twentieth Century*, Oxford/New York 2006.
- Gossel, Daniel: *Briten, Deutsche und Europa. Die deutsche Frage in der britischen Außenpolitik 1945–1962*, Stuttgart 1999.
- Gotto, Bernhard u. a. (Hrsg.): *Nach „Achtundsechzig“. Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1970er Jahren*, München 2013.
- Gowland, David/Turner, Arthur: *Britain and European Integration 1945–1988. A Documentary History*, London 2000.
- Graaf, Beatrice (Hrsg.): *Battleground Western Europe*, Appeldoorn u. a. 2007.
- Grasselli, Gabriella: *British and American Responses to the Soviet Invasion of Afghanistan*, Aldershot u. a. 1996.
- Grau, Andreas: *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973*, Düsseldorf 2005.
- Greenwood, Sean: *Britain and European Cooperation since 1945*, Oxford 1992.
- Ders.: *Britain and the Cold War, 1945–1991*, Basingstoke u. a. 2000.
- Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Walter, Dierk (Hrsg.): *Heiße Kriege im Kalten Krieg*, Hamburg 2006.
- Ders./Müller, Christian Th./Walter, Dierk (Hrsg.): *Krisen im Kalten Krieg*, Hamburg 2008.
- Diess. (Hrsg.): *Angst im Kalten Krieg*, Hamburg 2009.
- Diess. (Hrsg.): *Ökonomie im Kalten Krieg*, Hamburg 2010.
- Griess, Rainer: *Der Vertrieb von Vertrauen. Überlegungen zu Produktkultur und politischer Öffentlichkeit*, in: Weisbrod, Bernd/Mergel, Thomas (Hrsg.): *Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2003, S. 261–283.
- Griffith, William E.: *The Superpowers and Regional Tensions. The USSR, the United States, and Europe*, Lexington/Mass. 1983.
- Grogin, Robert C.: *Natural Enemies. The United States and the Soviet Union in the Cold War, 1917–1991*, Lanham u. a. 2001.
- Gröne, Detlev: *Die europäische politische Zusammenarbeit 1970–1991. Entwicklung, Struktur und Rechtswirkungen*, Rheinfelden 1995.
- Gronke, Monika: *Geschichte Irans von der Islamisierung bis zur Gegenwart*, München 2009.
- Grosser, Alfred/Kreuz, Reinhard/Punstein, Marianne: *Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute*, München 1986.
- Grube, Frank/Richter, Gerhard/Thaysen, Uwe: *Politische Planung in Parteien und Parlamentsfraktionen*, Göttingen 1976.
- Gruber, Helmut/Menz, Florian/Panagl, Oswald: *Sprache und politischer Wandel*, Frankfurt a. M. 2003.
- Grundmann, Karl-Heinz: *Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand. Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949*, Bonn 1978.
- Grunewald, Michel (Hrsg.): *Médiations. Aspects des relations franco-allemandes du XVII^e siècle à nos jours*, Bern u. a. 1992.

- Grunig, James A./Hunt, Todd: *Managing Public Relations*, New York 1984.
- Guasconi, Maria Eleonora: *Europe and the EMS Challenge. Old and New Forms of European Integration in the 1970s*, in: Nuti, Leopoldo (Hrsg.): *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985*, London/New York 2009, S. 177–189.
- Guérot, Ulrike: Die Bedeutung der deutsch-französischen Kooperation für den europäischen Integrationsprozess, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 3/4 (2003), S. 14–20.
- Gutsche, Reinhardt: Nur ein Erfüllungsgehilfe? Die SED-Führung und die militärische Option zur Niederschlagung der Opposition in Polen in den Jahren 1980/81, in: Schroeder, Klaus (Hrsg.): *Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen*, Berlin 1994, S. 166–179.
- Haas, Stefan: Die kommunikationstheoretische Wende und die Geschichtswissenschaft, in: Schulz, Andreas/Wirsching, Andreas (Hrsg.): *Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum*, Düsseldorf 2012, S. 29–43.
- Habermas, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied 1962.
- Hacke, Christian: *Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU*, Köln 1975.
- Ders.: *Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1988.
- Ders.: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, aktualisierte Neuausgabe, München 2003.
- Hacker, Jens: Die Ostpolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung seit dem Regierungsantritt 1982, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 14 (1994), S. 16–26.
- Haftendorn, Helga: *Verwaltete Außenpolitik*, Köln 1978.
- Dies.: *Sicherheit und Entspannung*, Baden-Baden 1983.
- Dies.: Das doppelte Missverständnis. Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 33 (1985), S. 249–255.
- Dies.: Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 2 (1985), S. 244–287.
- Dies.: *Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluss*, München 1986.
- Dies.: Entstehung und Bedeutung des Harmel-Berichtes der NATO von 1967, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 40 (1992), S. 169–221.
- Dies.: Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland im Atlantischen Bündnis und die Deutsche Frage, in: Schröder, Hans Jürgen (Hrsg.): *Die deutsche Frage als internationales Problem*, Stuttgart 1990, S. 71–88.
- Dies.: *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000*, Stuttgart/München 2001.
- Dies.: Hans-Dietrich Genscher und Amerika, in: Lucas, Hans-Dieter (Hrsg.), *Genscher, Deutschland und Europa*, Baden-Baden 2002, S. 115–134.
- Dies.: The Link between CSCE and MBFR. Two Sprouts from one Bulb, in: Wenger, Andreas/Mastny, Vojtech/Nuenlist, Christian (Hrsg.): *Origins of the European Security System. The Helsinki Process Revisited, 1965–75*, London u. a. 2008, S. 237–258.
- Hajnicz, Artur: *Polens Wende und Deutschlands Vereinigung. Die Öffnung zur Normalität 1989–1992*, München u. a. 1995.
- Hakkarainen, Petri: *A State of Peace in Europe. West Germany and the CSCE, 1966–1975*, New York/Oxford 2011.
- Halefeldt, Horst O.: Programmgeschichte des Hörfunks, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1999, S. 211–230.
- Halliday, Fred: Krieg und Revolution in Afghanistan, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B3 (1981), S. 20–39.
- Hallier, Hans-Joachim: *Zwischen Fernost und Vatikan. Lebensbericht aus sechs Jahrzehnten*, St. Ottilien 1999.
- Hamed, Samad: Afghanistan als Opfer der friedlichen Koexistenzpolitik, in: Vogl, Claudia/Sagurna, Miachael (Hrsg.): *Der Freiheitskrieg in Afghanistan. Geschichte, Hintergründe, Aktionen*, Bonn 1984, S. 51–58.

- Hamm-Brücher, Hildegard: Aufgaben und Möglichkeiten der auswärtigen Kulturpolitik, in: Raffert, Joachim (Hrsg.): Auswärtige Kulturpolitik. Ein Beitrag zur internationalen Verständigung, Wolfenbüttel 1979, S. 13–60.
- Dies.: Der Politiker und sein Gewissen. Eine Streitschrift für mehr Freiheit, München/Zürich 1983.
- Hanisch, Anja: Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung, München 2012.
- Dies.: Von Helsinki nach Madrid. Der KSZE-Prozess und der Beginn des Zweiten Kalten Krieges, in: Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp/Klimke, Martin (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“ Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u. a. 2012, S. 38–53.
- Hannemann, Karla: Der NATO-Doppelbeschluss. Genese, Motive und Determinanten, München 1987.
- Hanrieder, Wolfram F./Auton, Graeme P.: The Foreign Policies of West Germany, France, and Britain, Englewood Cliffs/N.J. 1980.
- Hansen, Jan: Der Protest und die Mächtigen: Zu den Auswirkungen von Friedensbewegung, Nuclear Weapons Freeze Campaign und Solidarność auf das Bonner „Establishment“, in: Balz, Hanno (Hrsg.): „All we ever wanted...“ Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre, Berlin 2012, S. 231–246.
- Ders.: Zwischen Staat und Straße: Die Geschichte des Nachrüstungsstreits in der SPD (1979–1983), in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 517–553.
- Haratsch, Andreas: Die Geschichte der Menschenrechte, Potsdam 2010.
- Harris, David: The Crisis. The President, the Prophet, and the Shah – 1979 and the Coming of Militant Islam, New York u. a. 2004.
- Harrison, Brian Howard: Finding a Role? The United Kingdom 1970–1990, Oxford 2010.
- Hartmann, Hauke: Die Menschenrechtspolitik unter Präsident Carter. Moralische Ansprüche, strategische Interessen und der Fall El Salvador, Frankfurt a. M. 2004.
- Hartmann, Karl: Polen nach dem Papstbesuch, in: Osteuropa 30/3 (1980), S. 245–260.
- Hasebrink, Uwe: Hörfunk – ein politisches Informationsmedium? Ein Überblick über Forschungsergebnisse zur Hörfunknutzung, in: Jarren, Otfried (Hrsg.): Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen, Opladen 1994, S. 157–172.
- Hauner, Milan: The Soviet War in Afghanistan. Patterns of Russian Imperialism, Philadelphia 1991.
- Hauswedell, Corinna: Deeskalation als Paradigma historischer Friedensforschung, in: Dies. (Hrsg.): Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945, Essen 2006, S. 11–29.
- Dies. (Hrsg.): Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945, Essen 2006.
- Hazleton, Vincent: Toward a Systems Theory of Public Relations, in: Armbrecht, Wolfgang/Zabel, Ulf (Hrsg.), Normative Aspekte der Public Relations. Grundlegende Fragen und Perspektiven. Eine Einführung, Opladen 1994, S. 33–45.
- Heep, Barbara D.: Helmut Schmidt und Amerika. Eine schwierige Partnerschaft, Bonn 1990.
- Heidemann, Ernst: Der real existierende Genscherismus, Frankfurt a. M. 1991.
- Heidemeyer, Helge: NATO-Doppelbeschluss, westdeutsche Friedensbewegung und der Einfluss der DDR, in: Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 247–267.
- Heidenreich, Bernd (Hrsg.): Politische Theorien des 19. Jahrhunderts. Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus, Berlin 2002.
- Heisenberg, Wolfgang: Sicherheitspolitische Probleme im deutsch-amerikanischen Verhältnis, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B41 (1982), S. 3–18.
- Heiss, Mary Ann: NATO and the Warsaw Pact. Intrabloc Conflicts, Kent/Ohio 2008.
- Heitmann, Clemens: FDP und neue Ostpolitik. Zur Bedeutung der deutschlandpolitischen Vorstellungen der FDP von 1966 bis 1972, Sankt Augustin 1989.
- Helbig, Robert/Kretschmer, Heiko: Aus Krisen lernen heißt Siegen lernen. Krisenkommunikation in der Regierungs-PR, in: Köhler, Miriam M./Schuster, Christian H. (Hrsg.): Handbuch Regierungs-PR. Öffentlichkeitsarbeit von Bundesregierungen und deren Beratern, Wiesbaden 2006, S. 313–321.

- Henkels, Walter: Die leisen Diener ihrer Herren. Regierungssprecher von Adenauer bis Kohl, Düsseldorf u. a. 1985.
- Henning, Friedrich: F.D.P. Die Liberalen. Porträt einer Partei, München 1982.
- Herbst, Ludolf: Komplexität und Chaos. Grundzüge einer Theorie der Geschichte, München 2005.
- Herf, Jeffrey: Demokratie auf dem Prüfstand. Politische Kultur, Machtpolitik und die Nachrüstungskrise in Westdeutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1992), S. 1–28.
- Hermann, Konstantin: „Die Polen sind genial im Erfinden von Ausflüchten“. Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Polen und der DDR in der Zeit der Krise (1977–1982), in: Ders. (Hrsg.): Die DDR und die Solidarność. Ausgewählte Aspekte einer Beziehung, Dresden 2013, S. 39–64.
- Hertfelder, Thomas/Mayer, Tilman/Rödter, Andreas (Hrsg.): Modell Deutschland., Göttingen 2007.
- Hesse, Kurt R.: Das politische Informationsangebot im Hörfunk: Ergebnisse von Programm-Inhaltsanalysen, in: Jarren, Otfried (Hrsg.): Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen, Opladen 1994, S. 149–167.
- Heumann, Hans-Dieter: Deutsche Außenpolitik jenseits von Idealismus und Realismus, München 2001.
- Ders.: Genscher, ein „liberaler“ Außenpolitiker?, in: Lucas, Hans-Dieter (Hrsg.): Genscher, Deutschland und Europa, Baden-Baden 2002, S. 413–432.
- Ders.: Hans-Dietrich Genscher. Die Biographie, Paderborn 2012.
- Heuser, Beatrice: Britain and the Federal Republic of Germany in NATO, 1955–1990, in: Noakes, Jeremy/Wende, Peter/Wright, Jonathan (Hrsg.): Britain and Germany in Europe 1949–1990, Oxford 2002, S. 141–162.
- Dies.: Partners in NATO. Britain, Germany and the „Nuclear Issue“, in: Görtemaker, Manfred (Hrsg.): Britain and Germany in the Twentieth Century, Oxford/New York 2006, S. 145–183.
- Dies.: The Soviet Response to the Euromissiles Crisis, in: Nuti, Leopoldo (Hrsg.): The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985, London/New York 2009, S. 137–149.
- Heyde, Veronika: Multilaterale Konferenzdiplomatie unter nationaler Flagge. Die KSZE-Politik von Staatspräsident Giscard d’Estaing 1974–1978, in: Altrichter, Helmut/Wentker, Hermann (Hrsg.): Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990, München 2011, S. 29–40.
- Dies.: Entspannung, Menschenrechte, Abrüstung: Die KSZE-Politik Frankreichs in den 1970er Jahren, in: Gotto, Bernhard u. a. (Hrsg.): Nach „Achtundsechzig“. Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1970er Jahren, München 2013, S. 105–119.
- Dies.: Frankreichs KSZE-Politik 1969–1983 (Manuskript).
- Heyde, Wolfgang: Die Nachrüstung vor dem Bundesverfassungsgericht. Dokumentation des Verfahrens, Heidelberg 1986.
- Heydemann, Günther: Deutschlandpolitische Neuansätze der 60er Jahre, in: Historisch-Politische Mitteilungen 1 (1994), S. 15–32.
- Ders.: Großbritannien und Deutschland. Probleme einer „stillen Allianz“ in Europa, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hrsg.): Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Bonn 2006, S. 363–373.
- Hickethier, Knut: „Bruderschaft der entzündeten Augen“. Eine kleine Geschichte der Fernsehkritik in Deutschland, in: Faulstich, Werner (Hrsg.): Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5: Vom „Autor“ zum Nutzer: Handlungsrollen im Fernsehen, München 1994, S. 119–216.
- Ders.: Dispositiv Fernsehen, Programm und Programmstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ders. (Hrsg.): Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Institutionen, Technik und Programm. Rahmenaspekte der Programmgeschichte des Fernsehens, München 1993, S. 171–244.
- Ders.: Geschichte des Fernsehens der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Institutionen, Technik und Programm. Rahmenaspekte der Programmgeschichte des Fernsehens, München 1993.

- Ders.: Geschichte des deutschen Fernsehens, Stuttgart u. a. 1998.
- Ders.: Rezeptionsgeschichte des Fernsehens – ein Überblick, in: Klinger, Walter/Roters, Gunnar/Gerhards, Maria (Hrsg.): Medienrezeption seit 1945. Forschungsbilanz und Forschungsperspektiven, Baden-Baden 1999, S. 129–141.
- Ders.: Der politische Blick im Dispositiv Fernsehen. Der Unterhaltungswert der Politik in der medialen Republik, in: Weisbrod, Bernd/Mergel, Thomas (Hrsg.): Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003, S. 79–96.
- Hienstorfer, Erik: Die auswärtige Gewalt des Deutschen Bundestages, Marburg 1968.
- Hildebrand, Klaus (Hrsg.): Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht, Köln/Wien 1985.
- Ders.: Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1982, Bonn 1991.
- Ders.: Der Kalte Krieg als Détente. Die Phänomenologie der Staatenwelt während der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts, in: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.): Politik, Geschichte und Kultur. Wissenschaft in Verantwortung für die res publica. Festschrift für Manfred Funke zum 70. Geburtstag, Bonn 2009, S. 111–125.
- Ders./Wengst, Udo/Wirsching, Andreas (Hrsg.): Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller, München 2008.
- Hildermeier, Manfred: Die Sowjetunion 1917–1991, München 2001.
- Hilger, Andreas (Hrsg.): Die Sowjetunion und die Dritte Welt. UdSSR, Staatssozialismus und Antikolonialismus im Kalten Krieg 1945–1991, München 2009.
- Ders.: Sowjetunion, Staatssozialismus und Dritte Welt, 1945–1991. Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): Die Sowjetunion und die Dritte Welt, München 2009, S. 7–17.
- Hillgruber, Andreas: Deutsche Geschichte 1945–1986. Die „deutsche Frage“ in der Weltpolitik, Stuttgart u. a. 1995.
- Hirscher, Gerhard/Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Information und Entscheidung. Kommunikationsmanagement der politischen Führung, Wiesbaden 2003.
- Hobsbawm, Eric J.: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1997.
- Hockerts, Hans Günter: Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 29/30 (1993), S. 1–19.
- Ders. (Hrsg.): Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004.
- Hocking, Brian: Foreign Ministries. Change and Adaptation, Basingstoke u. a. 1999.
- Ders.: Foreign Ministries in the European Union. Integrating Diplomats, Basingstoke u. a. 2002.
- Hodenberg, Christina von: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit, 1945–1973, Göttingen 2006.
- Dies.: Expeditionen in den Methodendschungel. Herausforderungen der Zeitgeschichtsforschung im Fernsehzeitalter, in: Journal of Modern European History 10/1 (2012), S. 24–48.
- Hoebink, Hein: Intoleranz als Bestandsgarantie. Die Bundesrepublik Deutschland als antikomunistisches Bollwerk in der Zeit des Kalten Krieges, in: Lademacher, Horst (Hrsg.): Ablehnung, Duldung, Anerkennung. Toleranz in den Niederlanden und in Deutschland. Ein historischer und aktueller Vergleich, Münster u. a. 2004, S. 677–687.
- Hoeres, Peter: Von der „Tendenzwende“ zur „geistig-moralischen Wende“. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 61 (2013), S. 93–119.
- Ders.: Außenpolitik und Öffentlichkeit. Massenmedien, Meinungsforschung und Arkanpolitik in den deutsch-amerikanischen Beziehungen von Erhard bis Brandt, München 2013.
- Hoff, Henning: Großbritannien und die DDR 1955–1973. Diplomatie auf Umwegen, München 2003.
- Hoff, Joan: How the United States Sold Its Soul to Win the Cold War (and Now Cannot Develop a Coherent Post-Cold War Foreign Policy), in: International Journal 56/3 (2001), S. 373–393.

- Hoffmann, Arthur S. (Hrsg.): *International Communication and the New Diplomacy*, Bloomington 1968.
- Hoffmann, Heinz: *Die Bundesministerien 1949–1999. Bezeichnungen, amtliche Abkürzungen, Zuständigkeiten, Aufbauorganisation, Leitungspersonen*, Koblenz 2003.
- Hoffmann, Hubertus: *Die Atompartner Washington – Bonn und die Modernisierung der taktischen Kernwaffen. Vorgeschichte und Management der Neutronenwaffe und des NATO-Doppelbeschlusses*, Koblenz 1986.
- Hoffmann, Jochen/Sarcinelli, Ulrich: Politische Wirkungen der Medien, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1999, S. 720–748.
- Hoffmann, Stanley: Kernwaffen und NATO. Zwischen Einsicht und Unvernunft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B28* (1982), S. 1–29.
- Hofhansel, Claus: *Commercial Competition and National Security. Comparing US and German Export Control Policies*, Westport/CT 1996.
- Hofmann, Arne: *The Emergence of Détente in Europe. Brandt, Kennedy and the Formation of Ostpolitik*, London/New York 2007.
- Hofmann, Gunter: *Willy Brandt und Helmut Schmidt. Geschichte einer schwierigen Freundschaft*, München 2012.
- Hohensee, Jens: *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa*, Stuttgart 1996.
- Ders./Salewski, Michael (Hrsg.): *Energie – Politik – Geschichte*, Stuttgart 1993.
- Holik, Josef: *Die Rüstungskontrolle. Rückblick auf eine kurze Ära*, Berlin 2008.
- Hollowell, Jonathan: *Britain since 1945*, Oxford 2003.
- Hölscher, Jens/Loewendahl, Henry: *Anglo-German Post-War Economic Relations and Comparative Performance*, in: Noakes, Jeremy/Wende, Peter/Wright, Jonathan (Hrsg.): *Britain and Germany in Europe 1949–1990*, Oxford 2002, S. 233–260.
- Holzer, Horst: *Medien in der BRD. Entwicklungen 1970–1980*, Köln 1980.
- Holzer, Jerzy/Hahn, Hans Henning/Müller, Monika: *„Solidarität“. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen*, München 1985.
- Höpfner, Matthias: *Geteilte Gewalten: Bundesregierung und Parlament*, in: Brandt, Enrico/Buck, Christian (Hrsg.): *Auswärtiges Amt. Diplomatie als Beruf*, Wiesbaden 2005, S. 128–135.
- Hosfeld, Rolf: *Was war die DDR? Die Geschichte eines anderen Deutschland*, Köln 2008.
- Howard, Michael: *Die deutsch-britischen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Eine Haßliebe*, in: Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.): *Die ungleichen Partner. Deutsch-britische Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1999, S. 125–139.
- Howarth, Marianne: *Die Westpolitik der DDR zwischen internationaler Aufwertung und ideologischer Offensive (1966–1989)*, in: Pfeil, Ulrich (Hrsg.), *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*, Berlin 2001, S. 81–98.
- Dies.: *Großbritannien und die DDR. Beziehungen und Nicht-Beziehungen*, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): *Die DDR. Erinnerungen an einen untergegangenen Staat*, Berlin 1999, S. 509–526.
- Dies.: *Freundschaft mit dem Klassenfeind. Die Image-Politik der DDR in Großbritannien nach der diplomatischen Anerkennung*, in: *Deutschland-Archiv* 36 (2003), S. 25–34.
- Hubel, Helmut: *Das Ende des Kalten Kriegs im Orient. Die USA, die Sowjetunion und die Konflikte in Afghanistan, am Golf und im Nahen Osten, 1979–1991. Auswirkungen für Europa und Deutschland*, München 1995.
- Huber, Mária: *Moskau, 11. März 1985. Die Auflösung des sowjetischen Imperiums*, München 2002.
- Hübner, Emil/Oberreuter, Heinrich/Rausch, Heinz (Hrsg.): *Der Bundestag von innen gesehen*, München 1969.
- Hufen, Friedhelm/Schneider, Hans-Peter: *Bundesstaat – Parlament – Opposition. Symposium aus Anlass des 60. Geburtstags von Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Peter Schneider*, Baden-Baden 2001.
- Hughes, R. Gerald: *Britain, Germany and the Cold War. The Search for a European Détente 1949–1967*, London u. a. 2007.

- Hülse, Rainer: Sprache ist mehr als Argumentation. Zur wirklichkeitskonstruierenden Rolle von Metaphern, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen 2 (2003), S. 211–246.
- Hummel, Karl-Joseph: Vatikanische Ostpolitik unter Johannes XXIII. und Paul VI., 1958–1978, Paderborn u. a. 1999.
- Huntington, Samuel: Die einsame Supermacht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5 (1999), S. 548–560.
- Ders.: The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order, New York u. a. 2011.
- Hurst, Steven: Cold War US Foreign Policy. Key Perspectives, Edinburgh 2005.
- Hürter, Johannes: Das Auswärtige Amt, die NS-Diktatur und der Holocaust. Kritische Bemerkungen zu einem Kommissionsbericht, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59 (2011), S. 167–192.
- Hüser, Dietmar: Frankreich in den internationalen Beziehungen des kurzen 20. Jahrhunderts, in: Historische Zeitschrift 281 (2005), S. 683–695.

Internationales Biographisches Archiv, Munzinger, URL: <http://www.munzinger.de>.

- Jäckel, Michael/Winterhoff-Spurk, Peter (Hrsg.): Politik und Medien. Analysen zur Entwicklung der politischen Kommunikation, Berlin 1994.
- Jacobsen, Hans-Adolf: Friedenssicherung durch Verteidigungsbereitschaft. Deutsche Sicherheitspolitik 1949–1989, Mainz 1990.
- Jäger, Wolfgang: Helmut Kohl setzt sich durch, 1976–1982, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009, S. 141–159.
- Ders.: Die „Wende“ 1982: Bruch der Koalition und Regierungsbildung, in: Historisch-Politische Mitteilungen 19 (2012), S. 167–176.
- Ders./Link, Werner (Hrsg.): Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart u. a. 1987.
- Jajesniak-Quast, Dagmara: Polen, die ČSSR und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft während des Kalten Krieges, in: Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Weber, Claudia (Hrsg.): Ökonomie im Kalten Krieg, Hamburg 2010, S. 370–394.
- James, Harold: Rambouillet, 15. November 1975. Die Globalisierung der Wirtschaft, München 1997.
- Ders.: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914–2001, München 2004.
- Jansen, Andrea/Ruberto, Rosaia: Mediale Konstruktion politischer Realität. Politikvermittlung im Zeitalter der Fernsehdemokratie, Wiesbaden 1997.
- Jansen, Hans Heinrich/Lehmkuhl, Ursula: Großbritannien, das Empire und die Welt. Britische Außenpolitik zwischen Größe und „Selbstbehauptung“, 1850–1990, Bochum 1995.
- Jarausch, Konrad H.: Die 1970er-Jahre – Inventur einer Umbruchzeit, Göttingen 2006.
- Ders.: Krise oder Aufbruch? Historische Annäherungen an die 1970er Jahre, in: Zeithistorische Forschungen 3 (2006), S. 1–8.
- Ders. (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008.
- Jarren, Otfried (Hrsg.): Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen, Opladen 1994.
- Ders. (Hrsg.): Rundfunk im politischen Kommunikationsprozess, Münster u. a. 1995.
- Ders./Altmeyden, Klaus-Dieter/Schulz, Wolfgang: Parteiintern – Medien und innerparteiliche Entscheidungsprozesse. Die Nachfolge Genschers und die Kür Engholms zum SPD-Kanzlerkandidaten, in: Donsbach, Wolfgang (Hrsg.): Beziehungsspiele – Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion. Fallstudien und Analysen, Gütersloh 1993, S. 111–157.
- Ders./Donges, Patrick: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung, Wiesbaden 2011.
- Ders./Röttger, Ulrike: Public Relations aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht, in: Bentele, Günter/Fröhlich, Romy/Szyszka, Peter (Hrsg.): Handbuch der Public Relations. Wissenschaftliche Grundlagen und berufliches Handeln, 2., korr. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2008, S. 19–36.

- Jarzabek, Wanda: Preserving the Status Quo or Promoting Change. The Role of the CSCE in the Perception of Polish Authorities, in: Bange, Oliver/Niedhart, Gottfried (Hrsg.): Helsinki 1975 and the Transformation of Europe, New York/Oxford 2008, S. 144–159.
- Dies.: Zwischen Eiszeit und Verständigungssuche. Der Standpunkt der polnischen Regierung in den Beziehungen mit der BRD in den Jahren 1956–1981, in: Schmeitzner, Mike/Stoklosa, Kararzyna (Hrsg.): Partner oder Kontrahenten? Deutsch-polnische Nachbarschaft im Jahrhundert der Diktaturen, Berlin 2008, S. 137–154.
- Jones, Harriet/Brivati, Brian (Hrsg.): From Reconstruction to Integration. Britain and Europe from 1945, Leicester 1993.
- Jopp, Mathias: Zehn Jahre KSZE-Prozess. Bilanz und Perspektiven gesamteuropäischer Entspannung und Zusammenarbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B37 (1985), S. 3–24.
- Judt, Tony: Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 2006.
- Junker, Detlef (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990, Stuttgart 2001.
- Kaelble, Hartmut: Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa, Opladen 1992.
- Kaiser, Karl/Maull, Hanns W.: Deutschlands neue Außenpolitik. Interessen und Strategien, München 1996.
- Diess.: Deutschlands neue Außenpolitik. Institutionen und Ressourcen, München 1998.
- Kaiser, Wolfram: „Weltordnung der Partnerschaft“. Genschers Ansätze einer westdeutschen Globalpolitik 1974–1982, in: Lucas, Hans-Dieter (Hrsg.): Genscher, Deutschland und Europa, Baden-Baden 2002, S. 201–221.
- Ders.: Halle – New York – Halle: Hans-Dietrich Genscher, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 15 (2003), S. 223–242.
- Kakar, Muhammad Hassan: Afghanistan. The Soviet Invasion and the Afghan Response, 1979–1982, Berkeley 1997.
- Kalic, Sean N.: Reagan's SDI Announcement and the European Reaction. Diplomacy in the last Decade of the Cold War, in: Nuti, Leopoldo (Hrsg.): The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985, London/New York 2009, S. 99–110.
- Kanet, Roger E.: Die sowjetische Unterstützung nationaler Befreiungskriege, in: Mittelweg 36 13/6 (2004), S. 22–42.
- Karczewski, Johannes von: „Weltwirtschaft ist unser Schicksal“. Helmut Schmidt und die Schaffung der Weltwirtschaftsgipfel, Bonn 2008.
- Karl, Wolf-Dieter/Krause, Joachim: Außenpolitischer Strukturwandel und parlamentarischer Entscheidungsprozess, in: Haftendorn, Helga (Hrsg.): Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn, Köln 1978, S. 55–82.
- Karner, Stefan (Hrsg.): Kalter Krieg. Beiträge zur Ost-West-Konfrontation 1945 bis 1990, Graz 2002.
- Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hrsg.): Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn 2006.
- Kastl, Jörg: Das KSZE-Folgetreffen von Madrid. Verlauf und Schlussdokument aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland, in: Volle, Hermann/Wagner, Wolfgang (Hrsg.): Das Madrider KSZE-Folgetreffen. Der Fortgang des KSZE-Prozesses in Europa in Beiträgen und Dokumenten aus dem Europa-Archiv, Bonn 1984, S. 45–54.
- Kavanagh, Dennis: Thatcherism and British Politics. The End of Consensus?, Oxford 1987.
- Kempf, Udo/Merz, Hans-Georg (Hrsg.): Kanzler und Minister 1949–1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, Wiesbaden 2001.
- Kemp-Welch, Anthony: Poland under Communism. A Cold War History, Cambridge 2008.
- Kepper, Hans: Mitarbeiter, in: Filmer, Werner/Schwan, Heribert (Hrsg.): Hans-Dietrich Genscher, Düsseldorf 1988, S. 305 f.
- Kepplinger, Hans Mathias: Zeitungsberichterstattung im Wandel, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 195–210.
- Kese, Volkmar: Das Zugriffsverfahren bei der Bestimmung parlamentarischer Ausschussvorsitzender, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4 (1993), S. 613–621.

- Kiefer, Marie Luise: Hörfunk- und Fernsehnutzung, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 426–446.
- Dies.: Tendenzen und Wandlungen in der Presse-, Hörfunk- und Fernsehrezeption seit 1964, in: Klinger, Walter/Roters, Gunnar/Gerhards, Maria (Hrsg.): Medienrezeption seit 1945. Forschungsbilanz und Forschungsperspektiven, Baden-Baden 1999, S. 93–105.
- Kielmannsegg, Peter Graf: Möglichkeiten und Grenzen der Politikberatung in Deutschland, in: Dreier, Horst/Willoweit, Dietmar (Hrsg.): Wissenschaft und Politik, Stuttgart 2010, S. 219–244.
- Kiessler, Richard: Außenpolitik als „Public Diplomacy“ – Hans-Dietrich Genscher und die Medien, in: Lucas, Hans-Dieter (Hrsg.): Genscher, Deutschland und Europa, Baden-Baden 2002, S. 371–386.
- Kießling, Friedrich: (Welt-)Öffentlichkeit, in: Dülffer, Jost/Loth, Wilfried (Hrsg.): Dimensionen internationaler Geschichte, München 2012, S. 85–105.
- Kindermann, Gottfried-Karl: Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung, München 1991.
- Kirchner, Emil J.: Genscher and What Lies behind „Genscherism“, in: West European Politics 13/2 (1990), S. 159–177.
- Kitchen, Martin: The British Empire and Commonwealth, Basingstoke 1996.
- Kläy, Dieter: Der sowjetische Krieg in Afghanistan und die Folgen bis heute, in: Nick-Miller, Claudine (Hrsg.): Strategisches versus humanitäres Denken: das Beispiel Afghanistan, Zürich 2009, S. 103–135.
- Klechta, Jerzy: Lech Wałęsa. Eine politische Biographie, Stuttgart 1992.
- Klein, Thoralf: Geschichte Chinas. Von 1800 bis zur Gegenwart, Paderborn u. a. 2007.
- Kleßmann, Christoph/Misselwitz, Hans/Wichert, Günter (Hrsg.): Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung, Berlin 1999.
- Klinger, Walter: Hörfunk- und Hörfunknutzung seit 1945, in: Ders./Roters, Gunnar/Gerhards, Maria (Hrsg.): Medienrezeption seit 1945. Forschungsbilanz und Forschungsperspektiven, Baden-Baden 1999, S. 117–128.
- Ders./Roters, Gunnar/Gerhards, Maria (Hrsg.): Medienrezeption seit 1945, Baden-Baden 1999.
- Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999.
- Knipping, Franz: Die Welt im Kalten Krieg (1945–1990), Paderborn u. a. 2006.
- Ders./Schönwald, Matthias (Hrsg.): Aufbruch zum Europa der Zweiten Generation, Trier 2004.
- Knoll, Thomas: Das Bonner Bundeskanzleramt. Organisation und Funktionen von 1949–1999, Wiesbaden 2004.
- Köhler, Miriam M./Schuster, Christian H. (Hrsg.): Handbuch Regierungs-PR. Öffentlichkeitsarbeit von Bundesregierungen und deren Beratern, Wiesbaden 2006.
- Kolmar, Christine: Sicherheitspolitik und Öffentlichkeit. Eine Inhaltsanalyse am Beispiel der Berichterstattung über die Einführung neuer Mittelstreckenraketen (LRTNF) in Europa, Berlin 1983.
- Konarski, Włodzimierz: Der KSZE-Prozess und das Madrider Treffen in polnischer Sicht, in: Europa-Archiv 22 (1983), S. 703–712.
- König, Mareike (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949–2000. Festschrift für Wolf D. Gruner zum 60. Geburtstag, Wiesbaden 2004.
- Korey, William: Das KSZE-Folgetreffen in Madrid. Ein Beitrag aus amerikanischer Sicht, in: Europa-Archiv 5 (1984), S. 153–160.
- Kornai, János: Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus, Baden-Baden 1995.
- Korte, Karl-Rudolf: Kommt es auf die Person des Kanzlers an? Zum Regierungsstil von Helmut Kohl in der „Kanzlerdemokratie“ des deutschen „Parteienstaates“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 29 (1998), S. 387–401.
- Ders.: Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien, München 2000.
- Ders. (Hrsg.): Das Wort hat der Herr Bundeskanzler. Eine Analyse der Großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2002.

- Ders.: Maklermacht. Der personelle Faktor im Entscheidungsprozess von Spitzenakteuren, in: Hirscher, Gerhard/Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): *Information und Entscheidung. Kommunikationsmanagement der politischen Führung*, Wiesbaden 2003, S. 15–28.
- Ders.: Politikberatung von innen: Beratung der Regierungszentralen – Bund, in: Falk, Svenja (Hrsg.): *Handbuch Politikberatung*, Wiesbaden 2006, S. 175–188.
- Koschwitz, Hansjürgen: Diplomatie und Öffentlichkeit. Eine begründete, wenn auch immer wieder in Frage gestellte Tendenz unserer Zeit, in: *Beiträge zur Konfliktforschung* 1 (1986), S. 53–68.
- Koszel, Bogdan: Die Außenpolitik der Volksrepublik Polen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989, in: Barbian, Jan-Pieter/Zybura, Marek (Hrsg.): *Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 1999, S. 57–75.
- Kramer, Andreas: Die FDP und die äußere Sicherheit. Zum Wandel der sicherheitspolitischen Konzeption der Partei von 1966 bis 1982, Bonn, Univ. Diss., 1992.
- Kramer, Heinz/Rummel, Reinhardt: *Gemeinschaftsbildung Westeuropas in der Außenpolitik. Zur Tragfähigkeit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)*, Baden-Baden 1978.
- Kramer, Mark: Poland, 1980–81. Soviet Policy during the Polish Crisis, in: *CWIHP Bulletin* 5 (1995), S. 116–126.
- Ders.: “In Case Military Assistance is Provided to Poland”. Soviet Preparations for Military Contingencies, August 1980, in: *CWIHP Bulletin* 11 (1998), S. 102–107.
- Ders.: Jaruzelski, the Soviet Union, and the Imposition of Martial Law in Poland. New Light on the Mystery of December 1981, in: *CWIHP Bulletin* 11 (1998), S. 5–14.
- Ders.: Die Sowjetunion, der Warschauer Pakt und blockinterne Krisen während der Breschnew-Ära, in: Diedrich, Torsten/Heinemann, Winfried/Ostermann, Christian F. (Hrsg.): *Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch 1955 bis 1991*, Bonn 2009, S. 273–336.
- Ders.: Das Verhalten der UdSSR und des Warschauer Paktes in der polnischen Krise 1980/81, in: Diedrich, Torsten/Süß, Walter (Hrsg.): *Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten*, Berlin 2010, S. 167–211.
- Kranenpohl, Uwe: Zwischen politischer Nische und programmatischer Öffnung: kleine Parteien und ihre Bundestagsfraktionen 1949 bis 1994, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 29 (1998), S. 244–262.
- Ders.: Mächtig oder machtlos? Kleine Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1994, Opladen u. a. 1999.
- Krause, Joachim: Die Rolle des Bundestages in der Außenpolitik, in: Eberwein, Wolf-Dieter u. a. (Hrsg.): *Deutschlands neue Außenpolitik*, Bd. 4: *Institutionen und Ressourcen*, München 1998, S. 137–152.
- Ders./Wilker, Lothar: Bürokratie und Außenpolitik, in: Haftendorn, Helga (Hrsg.): *Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn*, Köln 1978, S. 39–53.
- Krell, Gert/Müller, Harald (Hrsg.): *Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen*, Frankfurt a. M./New York 1994.
- Krems, Günther: Ära Brandt/Scheel, in: Filmer, Werner/Schwan, Heribert (Hrsg.): *Hans-Dietrich Genscher*, Düsseldorf 1988, S. 133–157.
- Kreyher, Volker-Jeske (Hrsg.): *Handbuch politisches Marketing. Impulse und Strategien für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Baden-Baden 2004.
- Krieger, David J.: *Einführung in die allgemeine Systemtheorie*, München 1998.
- Kriwanek, Gerd: *Polen: Solidarität als Hoffnung*, Zürich 1981.
- Krüger, Udo Michael: Fernsehanbieter und Fernsehangebote im dualen System, in: Jarren, Otfried (Hrsg.): *Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen*, Opladen 1994, S. 97–110.
- Krüger, Wolfgang: *Die Geschichte des deutschen Fernsehens*, Bonn 1997.
- Kruk, Alexandra: Die Rolle und Bedeutung von Hans-Dietrich Genscher in der Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1969–1992, Kattowitz 2010.

- Kruke, Anja: Der Kampf um die politische Deutungshoheit. Meinungsforschung als Instrument von Parteien und Medien in den Siebzigerjahren, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 293–326.
- Krzemiński, Adam: Polen im 20. Jahrhundert. Ein historischer Essay, München 1998.
- Kubina, Michael/Wilke, Manfred: Das „Mosaiksteinchen“ Polen 1980/81. Verantwortungsgemeinschaften in Deutschland, in: Schroeder, Klaus (Hrsg.): *Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen*, Berlin 1994, S. 149–165.
- Ders.: Wollte Honecker eine militärische Intervention in Polen? Moskaus Mann im SED-Politbüro und die Krise in Polen im Herbst 1980, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* 6 (1998), S. 3–16.
- Ders.: Marschbereit in Richtung Osten. Die NVA und Polen 1980/81, in: Horch und Guck. *Zeitschrift zur kritischen Aufarbeitung der SED-Diktatur* 70 (2010), S. 36–41.
- Ders./Wilke, Manfred/Gutsche, Reinhardt: Die SED-Führung und die Unterdrückung der polnischen Oppositionsbewegung 1980/81, in: *German Studies Review* 17 (1994), S. 105–152.
- Kühn, Hartmut: Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990, Berlin 1999.
- Kümmel, Albert: Innere Stimmen – Die deutsche Radiodebatte, in: Kümmel, Albert/Scholz, Leander/Schumacher, Eckhard (Hrsg.): *Einführung in die Geschichte der Medien*, Paderborn 2004, S. 175–197.
- Ders./Scholz, Leander/Schumacher, Eckhard (Hrsg.): *Einführung in die Geschichte der Medien*, Paderborn 2004.
- Kümmel, Gerhard (Hrsg.): *Wissenschaft, Politik und Politikberatung*, Frankfurt a. M. 2004.
- Kunczik, Michael: Öffentlichkeitsarbeit, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1999, S. 545–569.
- Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989, Berlin 1999.
- Küstners, Hans Jürgen: Die außenpolitische Zusammenarbeit der Neun und die KSZE, in: Haftendorn, Helga (Hrsg.): *Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn*, Köln 1978, S. 85–113.
- Ders.: Kanzlerfraktion unter Alfred Dregger, 1982–1991, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): *Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im deutschen Bundestag 1949 bis heute*, München 2009, S. 161–179.
- Laba, Roman: *The Roots of Solidarity. A Political Sociology of Poland's Working-class Democratization*, Princeton/N.J. 1991.
- Lahey, Daniel James: The Thatcher Government's Response to the Soviet Invasion of Afghanistan 1979–1980, in: *Cold War History* 13/1 (2013), S. 21–42.
- Lahn, Lothar: Das Phänomen, in: Filmer, Werner/Schwan, Heribert (Hrsg.): *Hans-Dietrich Genscher*, Düsseldorf 1988, S. 335–340.
- Lansford, Tom: *A Bitter Harvest. US Foreign Policy and Afghanistan*, Aldershot u. a. 2003.
- Lappenküper, Ulrich: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990*, München 2008.
- Larres, Klaus: Britain and the GDR. Political and Economic Relations 1949–1989, in: Ders. (Hrsg.): *Uneasy Allies. British-German Relations and European Integration since 1945*, Oxford 2000, S. 63–98.
- Ders. (Hrsg.): *Uneasy Allies. British-German Relations and European Integration since 1945*, Oxford 2000.
- Ders.: Britain and the GDR in the 1960s. The Politics of Trade and Recognition by Stealth, in: Noakes, Jeremy/Wende, Peter/Wright, Jonathan (Hrsg.): *Britain and Germany in Europe 1949–1990*, Oxford 2002, S. 187–217.
- Ders./Oppelland, Thorsten (Hrsg.): *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert*, Darmstadt 1997.
- Layritz, Stephan: *Der NATO-Doppelbeschluss. Westliche Sicherheitspolitik im Spannungsfeld von Innen-, Bündnis- und Außenpolitik*, Frankfurt a. M. 1992.
- Lee, Sabine (Hrsg.): *Victory in Europe? Britain and Germany since 1945*, Harlow u. a. 2001.

- Leffler, Melvyn P./Westad, Odd Arne (Hrsg.): *The Cambridge History of the Cold War*, Bd. 1: Origins, 1945–1962, Cambridge 2010.
- Diess. (Hrsg.): *The Cambridge History of the Cold War*, Bd. 2: Crisis and Détente, 1962–1975, Cambridge 2010.
- Diess. (Hrsg.): *The Cambridge History of the Cold War*, Bd. 3: Endings, 1975–1991, Cambridge 2010.
- Lehmkuhl, Ursula/Wurm, Clemens A./Zimmermann, Hubert (Hrsg.): *Deutschland, Großbritannien, Amerika: Politik, Gesellschaft und internationale Geschichte im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 2003.
- Leicht, Robert: Hans-Dietrich Genscher, in: Lucas, Hans-Dieter (Hrsg.): *Genscher, Deutschland und Europa*, Baden-Baden 2002, S. 387–394.
- Leinemann, Jürgen: *Die Angst der Deutschen. Beobachtungen zur Bewusstseinslage der Nation*, Reinbek bei Hamburg 1982.
- Leinemann, Jürgen: *Macht. Psychogramme von Politikern*, Frankfurt a. M. 1983.
- Lentz, Rüdiger: Die Entwicklung der deutschen Position zur KSZE – multilaterale Problemstellung und innerorganisatorische Innovation, in: Haftendorn, Helga (Hrsg.): *Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn*, Köln 1978, S. 151–165.
- Leonhard, Jörn: *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters*, München 2001.
- Leuchtweiß, Nicole: Deutsche Europapolitik zwischen Aufbruchstimmung und Weltwirtschaftskrise. Willy Brandt und Helmut Schmidt, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.): *Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, Opladen 2002, S. 63–113.
- Leuschner, Udo: *Die Geschichte der FDP. Metamorphosen einer Partei zwischen rechts, sozialliberal und neokonservativ*, Münster 2005.
- Lévesque, Jacques: *L'URSS en Afghanistan. De l'invasion au retrait*, Bruxelles 1990.
- Limbach, Jutta: Sprache, Macht und Politik, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 51/7 (2006), S. 855–862.
- Linde, Gerd: Die sowjetische Intervention, in: Vogl, Claudia/Sagurna, Michael (Hrsg.): *Der Freiheitskrieg in Afghanistan. Geschichte, Hintergründe, Aktionen*, Bonn 1984, S. 44–50.
- Linde, Gerd: *Der Faktor Afghanistan in den sowjetisch-pakistanischen Beziehungen*, Köln 1986.
- Lindenberger, Thomas (Hrsg.): *Massenmedien im Kalten Krieg*, Köln u. a. 2006.
- Link, Werner: Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt, 1974–1982, in: Ders./Jäger, Wolfgang (Hrsg.): *Republik im Wandel 1974–1982*, Stuttgart u. a. 1987, S. 273–432.
- Ders.: *Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1988.
- Ders.: Überlegungen zu einer strukturellen Konflikttheorie, in: Krell, Gert/Müller, Harald (Hrsg.): *Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen. Festschrift für Ernst-Otto Czempel*, Frankfurt a. M./New York 1994, S. 99–115.
- Ders.: Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt 1969–1974, in: Bracher, Karl Dietrich/Jäger, Wolfgang/Link, Werner (Hrsg.): *Republik im Wandel. Die Ära Brandt*, Stuttgart/Mannheim 1996, S. 161–282.
- Ders.: Der lange Weg zum „geregelten Nebeneinander“. Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre, in: Kleßmann, Christoph/Misselwitz, Hans/Wichert, Günter (Hrsg.): *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*, Berlin 1999, S. 97–114.
- Ders.: Die Entstehung des Moskauer Vertrages 1970, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 49 (2001), S. 295–315.
- Ders.: *Auf dem Weg zu einem neuen Europa. Herausforderungen und Antworten*, Baden-Baden 2006.
- Ders.: Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik – in den Phasen der Regierungsverantwortung und der Opposition, 1966 bis 1975, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): *Die*

- Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009, S. 115–139.
- Lippe, Peter von der: Die Wirtschaftspolitik der Regierung Jaruzelski 1982–1984, in: Bingen, Dieter (Hrsg.): Polen 1980–1984. Dauerkrise oder Stabilisierung?, Baden-Baden 2005, S. 265–310.
- Lippert, Werner D.: Economic Diplomacy and East-West Trade during the Era of Détente. Strategy or Obstacle for the West?, in: Nuti, Leopoldo (Hrsg.): The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985, London/New York 2009, S. 190–201.
- Logemann, Daniel: Polenfeindlichkeit und Polenbegeisterung. Leipziger Reaktionen auf die Solidarność, in: Konstantin Hermann: Die DDR und die Solidarność. Ausgewählte Aspekte einer Beziehung, Dresden 2013, S. 65–79.
- Lösche, Peter/Walter, Franz (Hrsg.): Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt 1996.
- Loth, Wilfried: Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1992.
- Ders.: Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998.
- Ders.: Moscow, Prague and Warsaw. Overcoming the Brezhnev Doctrine, in: Cold War History 1/2 (2001), S. 103–118.
- Ders.: Overcoming the Cold War. A History of Détente, 1950–1991, Basingstoke 2002.
- Ders.: Germany between Ostpolitik and European Integration, in: Varsori, Antonio/Migani, Guia (Hrsg.): Europe in the International Arena during the 1970s. Entering a Different World, Bruxelles u. a. 2006, S. 55–70.
- Ders.: The Cold War. What It Was about and Why It Ended, in: Villaume, Poul/Westad, Odd Arne (Hrsg.): Perforating the Iron Curtain. European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold War 1965–85, Kopenhagen 2010, S. 19–34.
- Ders.: Angst und Vertrauensbildung, in: Dülffer, Jost/Loth, Wilfried (Hrsg.): Dimensionen internationaler Geschichte, München 2012, S. 29–46.
- Ders./Soutou, Georges-Henri (Hrsg.): The Making of Détente. Eastern and Western Europe in the Cold War, 1965–75, London u. a. 2008.
- Lucas, Hans-Dieter (Hrsg.): Genscher, Deutschland und Europa, Baden-Baden 2002.
- Ders.: Politik der kleinen Schritte – Genscher und die deutsche Europapolitik 1974–1983, in: Ders. (Hrsg.): Genscher, Deutschland und Europa, Baden-Baden 2002, S. 85–113.
- Ders.: Wahrung der deutschen Option – Hans-Dietrich Genscher und die neue Ost- und Deutschlandpolitik (1969–1974), in: Ders. (Hrsg.): Genscher, Deutschland und Europa, Baden-Baden 2002, S. 59–81.
- Ludes, Peter: Vom neuen Stichwortgeber zum überforderten Welterklärer und Synchron-Regisseur. Nachrichtensendungen, in: Ders./Schumacher, Heidemarie/Zimmermann, Peter (Hrsg.): Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3: Informations- und Dokumentarsendungen, München 1993, S. 17–90.
- Ders.: Programmgeschichte des Fernsehens, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 255–276.
- Lutz, Dieter S.: Kriegsgefahr und Kriegsverhütung in den 80er Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B3 (1981), S. 23–38.
- MacCarthy, Patrick (Hrsg.): France-Germany in the Twenty-First Century, New York u. a. 2001.
- MacEachin, Douglas: Predicting the Soviet Invasion of Afghanistan. The Intelligence Community's Record, Washington D.C. 2002.
- Ders.: U.S. Intelligence and the Confrontation in Poland 1980–1981, University Park/Pa. 2002.
- Machewicz, Pawel: Die polnische Krise von 1980/81, in: Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Walter, Dierk (Hrsg.): Krisen im Kalten Krieg, Hamburg 2008, S. 477–504.
- Maclean, Mairi/Trouille, Jean-Marc: France, Germany and Britain. Partners in a Changing World, Basingstoke u. a. 2001.
- Mahle, Walter A. (Hrsg.): Deutschland in der internationalen Kommunikation, Konstanz 1995.

- Mai, Gunter: Das „Trojanische Pferd“. Innerdeutsche Handelsbeziehungen zwischen Blockkonfrontation und inter-systemarer Symbiose (1945–1989), in: Schmidt, Gustav (Hrsg.): Ost-West-Beziehungen. Konfrontation und Détente 1945–1989, Bochum 1993, S. 433–448.
- Maier, Charles S.: Two Sorts of Crisis? The “Long” 1970s in the West and the East, in: Hockerts, Hans Günter (Hrsg.): Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. 49–62.
- Majonica, Ernst: Ein Parlament im Geheimen? Zur Arbeitsweise der Bundestagsausschüsse, in: Hübner, Emil/Oberreuter, Heinrich/Rausch, Heinz (Hrsg.): Der Bundestag von innen gesehen, München 1969, S. 114–126.
- Major, Patrick: Britain and Germany. A Love-hate Relationship?, in: German History 26/4 (2008), S. 457–468.
- Maley, William: The Afghanistan Wars, New York 2002.
- Mann, Michael: Geschichte Indiens. Vom 18. bis zum 21. Jahrhundert, Paderborn u. a. 2005.
- Marchetti, Andreas: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Politikformulierung im Beziehungsdreieck Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Baden-Baden 2009.
- Marcinkowski, Frank: Irritation durch Programm. Wie kommunizieren Politik und Rundfunk?, in: Jarren, Otfried (Hrsg.): Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen, Opladen 1994, S. 51–65.
- Ders. (Hrsg.): Die Politik der Massenmedien, Düsseldorf 2001.
- Ders./Greger, Volker/Hüning, Wolfgang: Stabilität und Wandel in der Semantik des Politischen: Theoretische Zugänge und empirische Befunde, in: Marcinkowski, Frank (Hrsg.): Die Politik der Massenmedien. Heribert Schatz zum 65. Geburtstag, Düsseldorf 2001, S. 12–114.
- Marienfeld, Wolfgang: Kalter Krieg und deutsche Frage im Spiegel der politischen Karikatur, in: Vodosek, Peter (Hrsg.): Bibliotheken, Bücher und andere Medien in der Zeit des Kalten Krieges, Wiesbaden 2005, S. 17–46.
- Marschall, Stefan: Public Relations der Parlamente. Parlamentarisches Kommunikationsmanagement in der modernen Öffentlichkeit, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3 (1999), S. 699–715.
- Ders.: „Forum der Nation“? Die Volksvertretung, die Medien und die Publizität parlamentarischer Arenen, in: Schatz, Heribert (Hrsg.): Politische Akteure in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2002, S. 147–162.
- Marsh, Steve: The Limits of US Cold War Hegemony. Lessons from Anglo-Iranian Oil Crisis, in: Dobson, Alan P. (Hrsg.): Deconstructing and Reconstructing the Cold War, Aldershot u. a. 1999, S. 89–109.
- Marten, Michael: Kommunikation als Organisation – beratungsresistent? Denkste! Die strukturierende Wirkung von Beratern in Ministerien, in: Köhler, Miriam M./Schuster, Christian H. (Hrsg.): Handbuch Regierungs-PR. Öffentlichkeitsarbeit von Bundesregierungen und deren Beratern, Wiesbaden 2006, S. 135–152.
- Maruhn, Jürgen (Hrsg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS 20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001.
- Ders. (Hrsg.): Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluss des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte, München 2002.
- Marx, Stefan: Das Heer der Sprecher und Berater. Eine Bestandsaufnahme von Akteursgruppen in der Regierungskommunikation, in: Köhler, Miriam M./Schuster, Christian H. (Hrsg.): Handbuch Regierungs-PR. Öffentlichkeitsarbeit von Bundesregierungen und deren Beratern, Wiesbaden 2006, S. 85–98.
- Mastanduno, Michael: Economic Containment. CoCom and the Politics of East-West Trade, New York 1992.
- Mates, Leo: Von Helsinki nach Madrid und zurück. Der KSZE-Prozess im Schatten der Ost-West-Beziehungen, in: Europa-Archiv 21 (1983), S. 659–666.
- McChesney, Robert W.: The Problem of the Media. U.S. Communication Politics in the Twenty-First Century, New York 2002.

- McIntyre, W. David: *The Significance of the Commonwealth, 1965–90*, London 1991.
- McMahon, Robert J.: *The Cold War on the Periphery*, New York 1994.
- Ders.: Heiße Kriege im Kalten Krieg. Überlegungen zu einem Paradox, in: *Mittelweg* 36 14/1 (2005), S. 5–25.
- Mearsheimer, John J.: Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War, in: *International Security* 15/1 (1990), S. 5–56.
- Mechtenberg, Theo: *Polens katholische Kirche zwischen Tradition und Moderne*, Dresden 2011.
- Mechtersheimer, Alfred: Was mich ärgert, in: Filmer, Werner/Schwan, Heribert (Hrsg.): *Hans-Dietrich Genscher*, Düsseldorf 1988, S. 412–416.
- Meehan, Francis J.: Reflections on the Polish Crisis, in: *CWIHP Bulletin* 11 (1998), S. 43–47.
- Mehlhorn, Ludwig: Zwangsverordnete Freundschaft? Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949–1990, in: Eberwein, Wolf-Dieter/Kerski, Basil (Hrsg.): *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949–2000. Eine Werte- und Interessengemeinschaft?*, Opladen 2001, S. 61–73.
- Meier, Christian: Die sowjetische Intervention in Afghanistan und die Reaktion im Warschauer Pakt, in: Vogel, Heinrich (Hrsg.): *Die sowjetische Intervention in Afghanistan. Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise*, Baden-Baden 1980, S. 273–298.
- Meier, Ernst-Christoph: *Deutsch-amerikanische Beziehungen und der NATO-Doppelbeschluss. Die Auswirkungen NATO-interner Interessendivergenzen auf die Nuklearpolitik des Bündnisses*, Rheinfelden 1986.
- Meier, Thomas: *Die Reagan-Doktrin. Die Feindbilder, die Freundbilder. Afghanistan, Angola, Kambodscha, Nicaragua*, Bern, Univ. Diss., 1998.
- Meimeth, Michael/Link, Werner: *Frankreichs Entspannungspolitik der 70er Jahre. Zwischen Status quo und friedlichem Wandel. Die Ära Georges Pompidou und Valéry Giscard d'Estaing*, Baden-Baden 1990.
- Meissner, Boris (Hrsg.): *50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis*, Berlin 1999.
- Meneguzzi Rostagni, Carla (Hrsg.): *The Helsinki Process. A Historical Reappraisal. Proceedings of the Workshop Held in Padua, June 7th, 2004*, Padova 2005.
- Ménudier, Henri: Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik Frankreichs unter Präsident Mitterrand, in: *Europa-Archiv* 3 (1982), S. 67–76.
- Merck, Johannes: Klar zur Wende? Die FDP vor dem Koalitionswechsel in Bonn 1980 bis 1982, in: *Politische Vierteljahresschrift* 28 (1987), S. 384–402.
- Mergel, Thomas: *Großbritannien seit 1945*, Göttingen 2005.
- Ders.: Politisierte Medien und medialisierte Politik. Strukturelle Koppelungen zwischen zwei sozialen Systemen, in: Arnold, Klaus (Hrsg.): *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert*, Leipzig 2010, S. 29–50.
- Ders.: Funktionen und Modi des Sprechens im modernen Parlament. Historische und semantische Überlegungen, in: Schulz, Andreas/Wirsching, Andreas (Hrsg.): *Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum*, Düsseldorf 2012, S. 229–246.
- Mertes, Alois: Bilanz der Entspannungspolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B50 (1982), S. 3–9.
- Metge, Pierre: *Die Sowjetunion in Afghanistan. Von der Zusammenarbeit zur Besetzung, 1947 bis 1986*, Frankfurt a. M. 1985.
- Metzger, Chantal: Vierzig Jahre Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR, in: Röseberg, Dorothee (Hrsg.): *Frankreich und das „andere“ Deutschland. Analysen und Zeitzeugnisse*, Tübingen 1999, S. 19–33.
- Dies./Kaelble, Hartmut (Hrsg.): *Deutschland – Frankreich – Nordamerika*, Stuttgart 2006.
- Meyer, Thomas: Der „Genscherismus“, in: Filmer, Werner/Schwan, Heribert (Hrsg.): *Hans-Dietrich Genscher*, Düsseldorf 1988, S. 190–193.
- Ders.: *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*, Frankfurt a. M. 2001.

- Meyn, Hermann (Hrsg.): Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1990.
- Ders./Tonnemacher, Jan (Hrsg.): Massenmedien in Deutschland, Konstanz/München 2012.
- Mianowicz, Tomasz: Das zweifache Scheitern: Das Kriegsrecht und der „runde Tisch“ als Elemente politischer Strategie der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei in den achtziger Jahren, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 2 (1999), S. 303–332.
- Miard-Delacroix, Hélène: François Mitterrand und die deutschen Kanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (1999), S. 539–558.
- Dies.: Helmut Schmidt et les institutions européennes, in: Bitsch, Marie-Thérèse (Hrsg.): Le couple France-Allemagne et les institutions européens: Une postérité pour le plan Schuman?, Bruxelles 2001, S. 419–434.
- Micewski, Andrzej/Grycz, Wolfgang: Kirche, „Solidarność“ und Kriegszustand in Polen, Mainz 1988.
- Michaelis, Andreas: Kein Raum für Geheimdiplomatie: Medien und Außenpolitik, in: Brandt, Enrico/Buck, Christian (Hrsg.): Auswärtiges Amt. Diplomatie als Beruf, Wiesbaden 2005, S. 136–146.
- Michel, Bernard: Les relations entre la France et la Pologne au XXe siècle, Kraków 2002.
- Michel, Marco: Die Bundestagswahlkämpfe der FDP 1949–2002, Wiesbaden 2005.
- Mischnick, Wolfgang/Adam-Schwaetzer, Irmgard (Hrsg.): Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P., Stuttgart 1989.
- Misgeld, Klaus: Teil einer weltweiten Unterstützung. Die schwedischen Gewerkschaften und die Solidarność, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 3 (2011), S. 89–107.
- Młynár, Zdenek, Entwicklungsmöglichkeiten in Polen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B31 (1981), S. 29–37.
- Möckli, Daniel: The EC Nine, the CSCE, and the Changing Pattern of European Security, in: Wenger, Andreas/Mastny, Vojtech/Nuenlist, Christian: Origins of the European Security System. The Helsinki Process Revisited, 1965–1975, London u. a. 2008, S. 145–163.
- Ders.: European Foreign Policy during the Cold War. Heath, Brandt, Pompidou and the Dream of Political Unity, London/New York 2009.
- Möller, Horst: Außenpolitik in der parlamentarischen Demokratie, in: Conze, Eckhart (Hrsg.): Geschichte zwischen Wissenschaft und Politik. Festschrift für Michael Stürmer zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 2003, S. 289–298.
- Ders.: Die 1970er Jahre als zeithistorische Epochenschwelle, in: Gotto, Bernhard u. a. (Hrsg.): Nach „Achtundsechzig“. Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1970er Jahren, München 2013, S. 1–11.
- Möller, Kay: Die Außenpolitik der Volksrepublik China 1949–2004. Eine Einführung, Wiesbaden 2005.
- Mols, Manfred: Politikberatung im außenpolitischen Entscheidungsprozess, in: Eberwein, Wolf-Dieter (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 4: Institutionen und Ressourcen, München 1998, S. 253–264.
- Mommens, Wolfgang J. (Hrsg.): Die ungleichen Partner: Deutsch-britische Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999.
- Morcinek, Martin: Von der Pressestelle zum Informationsdienstleister. Das Bundespresseamt zwischen Politik, Medien und Öffentlichkeit, in: Köhler, Miriam M./Schuster, Christian H. (Hrsg.): Handbuch Regierungs-PR. Öffentlichkeitsarbeit von Bundesregierungen und deren Beratern, Wiesbaden 2006, S. 49–71.
- Morgan, Kenneth Owen: Britain since 1945. The People's Peace, Oxford 2001.
- Morgan, Roger: The Franco-German Partnership and the European Union, in: MacCarthy, Patrick (Hrsg.): France-Germany in the Twenty-First Century, New York u. a. 2001, S. 83–107.
- Ders.: Die bilateralen Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich seit 1945, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hrsg.): Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Bonn 2006, S. 374–382.
- Morisse-Schilbach, Melanie: Diplomatie und europäische Außenpolitik. Europäisierungseffekte im Kontext von Intergouvernementalismus am Beispiel von Frankreich und Großbritannien, Baden-Baden 2006.

- Morlok, Jürgen/Schwaetzer, Irmgard: *Liberales Profil. Freiheit und Verantwortung*, Stuttgart 1983.
- Morsey, Rudolf: *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, München 2000.
- Moseleit, Klaus: Die „zweite“ Phase der Entspannungspolitik der SPD 1983–1989. Eine Analyse ihrer Entstehungsgeschichte, Entwicklung und der konzeptionellen Ansätze, Frankfurt a. M. 1991.
- Mössle, Wilhelm: *Regierungsfunktionen des Parlaments*, München 1986.
- Müller, Christian Th.: Der Erdgas-Röhren-Konflikt 1981/82, in: Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Weber, Claudia (Hrsg.): *Ökonomie im Kalten Krieg*, Hamburg 2010, S. 501–520.
- Müller, Kay/Walter, Franz: *Graue Eminenzen der Macht*, Wiesbaden 2004.
- Müller, Stefan: DGB und Ostpolitik 1969–1989. Gewerkschaften als parastaatl. Akteure im Entspannungsprozess, in: Bachem-Rehm, Michaela/Hiepel, Claudia/Türk, Henning (Hrsg.): *Teilungen überwinden. Europäische und internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 223–233.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.): *Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, Opladen 2002.
- Dies.: Wie halten wir es mit Amerika? Die transatlantischen Beziehungen, die Konstruktion Europas und die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Ära Kohl, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 14 (2007), S. 273–298.
- Münch, Ingo von/Krüger, Herbert: *Finis Germaniae? Zur Lage Deutschlands nach den Ostverträgen und Helsinki*. Symposium aus Anlaß des 70. Geburtstages von Herbert Krüger vom 11.–13. Dezember 1975 in Kassel, Frankfurt a. M. 1977.
- Münkel, Daniela: Als „deutscher Kennedy“ zum Sieg? Willy Brandt, die USA und die Medien, in: *Zeithistorische Forschungen* 2 (2004), S. 1–20, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Muenkel-2-2004> (Stand: 13. 11. 2014).
- Münzing, Ekkehard/Pilz, Volker: Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Aufgaben, Organisation und Arbeitsweise, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 29 (1998), S. 575–604.
- Mutz, Reinhard: *Konventionelle Abrüstung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und MBFR*, Baden-Baden 1984.
- Ders./Feske, Susanne: *Die Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa (MBFR). Chronik, Glossar, Dokumentation, Bibliographie, 1973–1982*, Baden-Baden 1983.
- Nakath, Detlef: Zur Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen in der Ära Honecker, in: Elm, Ludwig (Hrsg.): *Ansichten zur Geschichte der DDR*, Eggersdorf 1998, S. 351–402.
- Ders.: Berlin und Oreanda. Zur Bedeutung des Viermächteabkommens für die Ostpolitik Willy Brandts und die deutsch-deutschen Beziehungen, in: *Deutschland-Archiv* 34 (2001), S. 785–794.
- Ders.: Das Dreieck Bonn – Ost-Berlin – Moskau. Zur sowjetischen Einflussnahme auf die Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen (1969–1982), in: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*, Berlin 2001, S. 99–115.
- Ders.: *Deutsch-deutsche Grundlagen. Zur Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik in den Jahren von 1969 bis 1982*, Schkeuditz 2002.
- Naveh, Chanan: The Role of the Media in Foreign Policy Decision-Making. A Theoretical Framework, in: *Conflict & Communication* 1/2 (2002), URL: http://www.cco.regeneration-online.de/2002_2/pdf_2002_2/naveh.pdf (Stand: 30. 08. 2014).
- Nayhauf, Mainhard von: Helmut Schmidt, Bergisch Gladbach 1988.
- Ders.: Helmut Kohl, Köln 2010.
- Nehring, Holger/Ziemann, Benjamin: Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung – eine Kritik, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 59 (2011), S. 81–100.

- Nelson, Keith L.: *The Making of Détente. Soviet-American Relations in the Shadow of Vietnam*, Baltimore/Md. 1995.
- Nerlich, Uwe: *Streit um den Frieden. Bemerkungen und Meinungen zum Doppelbeschluss der NATO*, Herford u. a. 1983.
- Ders./Bomdsdorf, Falk: *Die Einhegung sowjetischer Macht. Kontrolliertes militärisches Gleichgewicht als Bedingung europäischer Sicherheit*, Baden-Baden 1982.
- Ders./Bomdsdorf, Falk: *Sowjetische Macht und westliche Verhandlungspolitik im Wandel militärischer Kräfteverhältnisse*, Baden-Baden 1982.
- Ders./Thomson, James A.: *Das Verhältnis zur Sowjetunion: zur politischen Strategie der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland. Eine Untersuchung der RAND Corporation, Santa Monica, und der Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP, Ebenhausen, Baden-Baden 1986.*
- Nick-Miller, Claudine (Hrsg.): *Strategisches versus humanitäres Denken: das Beispiel Afghanistan*, Zürich 2009.
- Niclaß, Karlheinz: *Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, Paderborn 2004.
- Niedermayer, Oskar (Hrsg.): *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*, Opladen 1993.
- Niedhart, Gottfried: *Frieden als Norm und Erfahrung in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Jahrbuch für historische Friedensforschung* 9 (2000), S. 182–201.
- Ders.: *Deutsch-amerikanische Beziehungen in der Anfangsphase der sozial-liberalen Ostpolitik und Differenzen in der Perzeption der Sowjetunion, 1969/70*, in: Berg, Manfred (Hrsg.): *Deutschland und die USA in der internationalen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Festschrift für Detlef Junker*, Stuttgart 2004, S. 505–520.
- Ders.: *Der Ost-West-Konflikt. Konfrontation im Kalten Krieg und Stufen der Deeskalation*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 557–594.
- Ders.: *Deeskalation durch Kommunikation. Zur Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Brandt*, in: Hauswedell, Corinna (Hrsg.): *Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945*, Essen 2006, S. 99–114.
- Ders.: *Ost-West-Entspannung aus amerikanischer, deutscher und französischer Sicht*, in: Metzger, Chantal/Kaelble, Hartmut (Hrsg.): *Deutschland – Frankreich – Nordamerika. Transfers, Imaginationen, Beziehungen*, Stuttgart 2006, S. 35–50.
- Ders.: *Peaceful Change of Frontiers as a Crucial Element in the West German Strategy of Transformation*, in: Ders./Bange, Oliver (Hrsg.): *Helsinki 1975 and the Transformation of Europe*, New York/Oxford 2008, S. 39–52.
- Ders.: *Entspannung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und der Warschauer Pakt 1966 bis 1975*, München 2014.
- Ders./Oliver Bange: *Die „Relikte der Nachkriegszeit“ beseitigen. Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den Sechziger- zu den Siebzigerjahren*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 415–448.
- Nielsen, Harald: *Die DDR und die Kernwaffen. Die nukleare Rolle der Nationalen Volksarmee im Warschauer Pakt. Nuclear History Program (NHP)*, Baden-Baden 1998.
- Noack, Hans-Joachim: *Helmuth Schmidt. Die Biographie*, Berlin 2008.
- Noakes, Jeremy/Wende, Peter/Wright, Jonathan (Hrsg.): *Britain and Germany in Europe 1949–1990*, Oxford 2002.
- Notz, Anton: *Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss. Abkehr von einer Sicherheitspolitik der Vernunft*, Baden-Baden 1990.
- Nötzold, Jürgen: *Die zweite KSZE-Folgekonferenz in Madrid*, in: *Außenpolitik. German Foreign Affairs Review* 2 (1982), S. 133–146.
- Nullmeier, Frank: *Strategie und politische Verwaltung. Anmerkungen zum Strategiepottential der Ministerialverwaltung*, in: Raschke, Joachim/Tils, Ralf (Hrsg.): *Strategie in der Politikwissenschaft. Konturen eines neuen Forschungsfelds*, Wiesbaden 2010, S. 257–265.
- Nuti, Leopoldo: *Introduction*, in: Ders. (Hrsg.): *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985*, London/New York 2009, S. 1–8.
- Ders. (Hrsg.): *The Crisis of Détente in Europe*, London/New York 2009.

Nye, Joseph S.: *Soft Power. The Means to Success in World Politics*, New York 2004.

O'Neill, Robert: Großbritannien und die nukleare Abschreckung, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 37 (1989), S. 595–604.

Oberreuter, Heinrich: Parlament und Medien in der Bundesrepublik Deutschland, in: Thaysen, Uwe/Davidson, Roger H./Livingston, Robert G. (Hrsg.): *US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich*, Opladen 1988, S. 500–515.

Ders.: *Image statt Inhalt? Möglichkeiten und Grenzen inszenierter Politik*, in: Depenheuer, Otto (Hrsg.): *Öffentlichkeit und Vertraulichkeit. Theorie und Praxis politischer Kommunikation*, Wiesbaden 2001, S. 145–157.

Oberschmidt, Randolf: 25 Jahre menschliche Dimension der KSZE/OSZE. Von der Schlussakte von Helsinki (1975) zum Istanbul Gipfel (1999), in: *S+F. Vierteljahreszeitschrift für Sicherheit und Frieden* (2000), S. 319–327.

Obitchkina, Evguénia: L'intervention de l'union soviétique en Afghanistan, in: *Revue d'histoire diplomatique* 2 (2006), S. 155–169.

Oeckl, Albert: *Handbuch der Public Relations. Theorie und Praxis der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland und der Welt*, München 1964.

Ders.: *PR in Deutschland. Ihre Entwicklung, ihr gegenwärtiger Stand und ihre Aussichten für die Zukunft*, Hamburg 1967.

Oertzen, Jürgen von: *Das Expertenparlament. Abgeordnetenrollen in den Fachstrukturen bundesdeutscher Parlamente*, Baden-Baden 2006.

Ohmstedt, Holger: *Von der Propaganda zur Public Diplomacy. Die Selbstdarstellung der Vereinigten Staaten von Amerika im Ausland vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende des Kalten Krieges*, München, Univ. Diss., 1993.

Olshowsky, Burkhard: *Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen 1980–1989*, Osnabrück 2005.

Ostrowski, Daniel: *The Public Diplomacy der deutschen Auslandsvertretungen weltweit. Theorie und Praxis der deutschen Auslandsöffentlichkeitsarbeit*, Wiesbaden 2010.

Ouimet, Matthew J.: *The Rise and Fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet Foreign Policy*, Chapel Hill/NC 2003.

Paczkowski, Andrzej: Polen, der „Erbfeind“, in: Courtois, Stéphane u.a. (Hrsg.): *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München/Zürich 2004, S. 397–429.

Page, Benjamin I.: Towards General Theories of the Media, Public Opinion, and Foreign Policy, in: Nacos, Brigitte L./Shapiro, Robert Y./Isernia, Pierangelo (Hrsg.): *Decision-making in a Glass House. Mass Media, Public Opinion, and American and European Foreign Policy in the 21st Century*, Lanham u. a. 2000, S. 85–91.

Palfy, Jozsef: Ten Years after Helsinki, in: *The Hungarian Quarterly* 99 (1985), S. 17–25.

Palonen, Kari: Parlamentarische Politik und parlamentarische Rhetorik. Eine begriffs- und debattengeschichtliche Perspektive, in: Schulz, Andreas/Wirsching, Andreas (Hrsg.): *Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum*, Düsseldorf 2012, S. 75–90.

Papier, Hans-Jürgen/Möller, Johannes: Presse- und Rundfunkrecht, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1999, S. 449–468.

Patz, Günther: *Parlamentarische Kontrolle der Außenpolitik. Fallstudien zur politischen Bedeutung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages*, Meisenheim am Glan 1976.

Patzelt, Werner J.: Das Parlament als Kommunikationsraum. Funktionslogik und analytische Kategorien, in: Schulz, Andreas/Wirsching, Andreas (Hrsg.): *Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum*, Düsseldorf 2012, S. 45–73.

Peckert, Joachim: Die Deutschlandpolitik Breshnews im Europakonzept der Sowjetunion, in: Meissner, Boris (Hrsg.): *50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis*, Berlin 1999, S. 83–90.

Peter, Matthias: Konferenzdiplomatie als Mittel der Entspannung. Die KSZE-Politik der Regierung Schmidt/Genscher 1975–1978, in: Altrichter, Helmut/Wentker, Hermann

- (Hrsg.): Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990, München 2011, S. 15–28.
- Ders.: Sicherheit und Entspannung. Die KSZE-Politik der Bundesregierung in den Krisenjahren 1978–1981, in: Peter, Matthias/Wentker, Hermann (Hrsg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012, S. 59–81.
- Ders.: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess 1975–1983. Die Umkehrung der Diplomatie, München 2015.
- Ders./Wentker, Hermann (Hrsg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt, München 2012.
- Petersen, Sönke: Manager des Parlaments. Parlamentarische Geschäftsführer im Deutschen Bundestag – Status, Funktionen, Arbeitsweise, Opladen 2000.
- Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989, Berlin 2001.
- Ders.: Die DDR als „Druckmittel“ in den westdeutsch-französischen Beziehungen 1966–1969?, in: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte 11 (2002), S. 73–93.
- Ders.: Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990, Weimar u. a. 2004.
- Pfeiler, Wolfgang: Alternativen der Deutschlandpolitik unter Breshnew und Andropow, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert. Der Fall DDR, Berlin 1996, S. 645–652.
- Ders.: Die Deutschlandpolitik Breshnews. Kontinuität und Wandel, in: Meissner, Boris (Hrsg.): 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis, Berlin 1999, S. 75–82.
- Ders.: Sowjetisch-amerikanische und sowjetisch-deutsche Beziehungen. Rahmenbedingungen für den NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979, in: Friedrich, Wolfgang-Uwe (Hrsg.): Germany and America. Essays in Honor of Gerald R. Kleinfeld, New York/Oxford 2001, S. 240–246.
- Pflüger, Friedbert/Lipscher, Winfried (Hrsg.): Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft, Bonn 1993.
- Pilz, Volker: Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages und die Mitwirkung des Parlaments an der auswärtigen und internationalen Politik, Berlin 2008.
- Ploetz, Michael: Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall, Berlin 2000.
- Pohly, Michael: Krieg und Widerstand in Afghanistan. Ursachen, Verlauf und Folgen seit 1978, Berlin 1992.
- Pons, Silvio/Romero, Federico: Europe between the Superpowers, in: Varsori, Antonio/Migani, Guia (Hrsg.): Europe in the International Arena during the 1970s. Entering a Different World, Bruxelles u. a. 2006, S. 85–97.
- Potthoff, Heinrich: Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin 1999.
- Prados, John: The Strategic Defense Initiative. Between Strategy, Diplomacy and US Intelligence Estimates, in: Nuti, Leopoldo (Hrsg.): The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985, London/New York 2009, S. 86–98.
- Pressler, Florian: Ein Sieg der Rüstungskontrolle? Die 1980er Jahre und das internationale politische System, in: Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp/Klimke, Martin (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“ Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u. a. 2012, S. 339–353.
- Preston, Thomas: Leadership and Foreign Policy Analysis, in: Denemark, Robert A. (Hrsg.): The International Studies Encyclopedia, Chichester/West Sussex u. a. 2010, S. 4856–4874.
- Prüsse, Nicole: Konsolidierung, Durchsetzung und Modernisierung. Geschichte des ZDF, Teil II (1967–1977), Münster 1997.
- Pumberger, Klaus: Solidarität im Streik. Politische Krise, sozialer Protest und Machtfrage in Polen 1980/81, Frankfurt a. M. 1989.
- Quinlan, Michael: „The Silent Alliance“. UK/FRG Defence Relationships, 1968–1989, in: Görtemaker, Manfred (Hrsg.): Britain and Germany in the Twentieth Century, Oxford/New York 2006, S. 185–196.

- Raffert, Joachim (Hrsg.): *Auswärtige Kulturpolitik*, Wolfenbüttel 1979.
- Raghavan, Srinath, 1971: *A Global History of the Creation of Bangladesh*, Cambridge 2013.
- Raico, Ralph/Hülsmann, Jörg Guido: *Die Partei der Freiheit. Studien zur Geschichte des deutschen Liberalismus*, Stuttgart 1999.
- Rais, Rasul B.: *War without Winners. Afghanistan's Uncertain Transition after the Cold War*, Oxford u. a. 1994.
- Raithel, Thomas/Wirsching, Andreas/Rödter, Andreas (Hrsg.): *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*, München 2009.
- Rebscher, Susanne (Hrsg.): *Die Bundeskanzler und ihre Ämter*, Bonn 2006.
- Recker, Marie-Luise/Tenfelde, Klaus (Hrsg.): *Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. III: FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, Düsseldorf 2005.
- Reder, Christian: *Afghanistan, fragmentarisch*, New York 2004.
- Reinhold, Klaus-Dieter: *Sein Humor*, in: Filmer, Werner/Schwan, Heribert (Hrsg.): *Hans-Dietrich Genscher*, Düsseldorf 1988, S. 393–395.
- Requate, Jörg: *Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), S. 5–32.
- Richter, Saskia: *Die Protagonisten der Friedensbewegung*, in: Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp/Klimke, Martin (Hrsg.): *„Entrüstet Euch!“ Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*, Paderborn u. a. 2012, S. 184–199.
- Ridder, Helmut: *Dank an William Borm*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 32 (1987), S. 1261 f.
- Riechers, Albrecht: *Hilfe für Solidarność. Zivilgesellschaftliche und staatliche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980–1982*, Bonn 2006.
- Risse-Kappen, Thomas: *Die Krise der Sicherheitspolitik. Neuorientierung und Entscheidungsprozesse im politischen System der Bundesrepublik Deutschland 1977–1984*, München 1988.
- Ders.: *Null-Lösung. Entscheidungsprozesse zu den Mittelstreckenwaffen 1970–1987*, Frankfurt a. M./New York 1988.
- Ritter, Gerhard A.: *Hans-Dietrich Genscher, das Auswärtige Amt und die deutsche Vereinigung*, München 2013.
- Robbins, Keith: *The Eclipse of a Great Power. Modern Britain 1870–1992*, London u. a. 1994.
- Ders.: *Great Britain. Identities, Institutions and the Idea of Britishness*, London/New York 1998.
- Robinson, Paul/Dixon, Jay: *Aiding Afghanistan. A History of Soviet Assistance to a Developing Country*, London 2013.
- Rock, Philipp: *Macht, Märkte und Moral. Zur Rolle der Menschenrechte in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den sechziger und siebziger Jahren*, Frankfurt a. M. 2010.
- Rödter, Andreas: *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990*, München 2004.
- Ders.: *Bündnissolidarität und Rüstungskontrollpolitik. Die Regierung Kohl-Genscher, der NATO-Doppelbeschluss und die Innenseite der Außenpolitik*, in: Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann (Hrsg.): *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011, S. 123–136.
- Roik, Michael: *Der NATO-Doppelbeschluss und die Veränderung des antitotalitären Konsenses in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.): *Politik, Geschichte und Kultur*, Bonn 2009, S. 65–76.
- Roloff, Ralf: *Die Konflikttheorie des Neorealismus*, in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*, Wiesbaden 2008, S. 99–119.
- Romano, Angela: *Détente, Entente, or Linkage? The Helsinki Conference on Security and Cooperation in Europe in U.S. Relations with the Soviet Union*, in: *Diplomatic History* 33 (2009), S. 703–722.

- Dies.: From Détente in Europe to European Détente. How the West Shaped the Helsinki CSCE, Bruxelles u. a. 2009.
- Dies.: The Main Task of the European Political Cooperation. Fostering Détente in Europe, in: Villaume, Poul/Westad, Odd Arne (Hrsg.): Perforating the Iron Curtain. European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold War 1965–85, Kopenhagen 2010, S. 123–141.
- Röser, Jutta/Peil, Corinna: Fernsehen als populäres Alltagsmedium. Das duale Rundfunksystem und seine kulturellen Folgen, in: Faulstich, Werner (Hrsg.): Die Kultur der 80er Jahre. Kulturgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, Paderborn 2005, S. 155–168.
- Rosin, Philip: Die Schweiz im KSZE-Prozess 1972–1983. Einfluss durch Neutralität, München 2014.
- Rosumek, Lars: Die Kanzler und die Medien. Acht Porträts von Adenauer bis Merkel, Frankfurt a. M. u. a. 2007.
- Roth, Margit: Die zweite KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid. Ein Dokument west-östlicher Uneinigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B33 (1983), S. 17–33.
- Rother, Bernd: Zwischen Solidarität und Friedenssicherung. Willy Brandt und Polen in den 1980er Jahren, in: Boll, Friedhelm/Ruchniewicz, Krzysztof (Hrsg.): „Nie mehr eine Politik über Polen hinweg“. Willy Brandt und Polen, Bonn 2010, S. 220–263.
- Rothermund, Dietmar: Indien und die Sowjetunion. Historische Perspektiven ihrer Beziehungen, in: Glaubitz, Joachim/Heinzig, Dieter (Hrsg.): Die Sowjetunion und Asien in den 80er Jahren. Ziele und Grenzen sowjetischer Politik zwischen Indischem Ozean und Pazifik, Baden-Baden 1988, S. 169–184.
- Ders.: Konflikttherd Kaschmir, in: Schetter, Conrad/Chiari, Bernhard (Hrsg.): Pakistan, Paderborn u. a. 2010, S. 85–97.
- Röttger, Ulrike/Preusse, Joachim/Schmitt, Jana: Grundlagen der Public Relations. Eine kommunikationswissenschaftliche Einführung, Wiesbaden 2011.
- Roy, Olivier: La stratégie soviétique en Afghanistan et ses limites, in: *Politique étrangère* (1985), S. 871–883.
- Ders.: *L’Afghanistan. Islam et modernité politique*, Paris 1985.
- Royen, Christoph: Polen – wohin? Bedingungen und Grenzen der politischen Erneuerung, in: *Europa-Archiv* 23 (1981), S. 709–720.
- Ders.: Polen zwischen Beharrung und Erneuerung. Die politischen Institutionen im Prozess des Wandels, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B31 (1981), S. 3–27.
- Rühl, Lothar: Mittelstreckenwaffen in Europa – ihre Bedeutung in Strategie, Rüstungskontrolle und Bündnispolitik, Baden-Baden 1987.
- Rühle, Hans: Die Außenpolitik der Regierung Reagan, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B32 (1981), S. 48–62.
- Rupps, Martin: Troika wider Willen. Wie Brandt, Wehner und Schmidt die Republik regierten, Berlin/München 2004.
- Ders.: Helmut Schmidt. Mensch, Staatsmann, Moralist, Freiburg u. a. 2008.
- Sabato, Larry J.: *Feeding Frenzy. How Attack Journalism has Transformed American Politics*, New York u. a. 1993.
- Saeter, Martin: The CSCE Process. Problems and Prospects, in: *Current Research on Peace and Violence* 3/4 (1985), S. 133–136.
- Saint-Périer, Amaury de/Bussière, Éric (Hrsg.): Valéry Giscard d’Estaing, la France et l’Europe monétaire de 1974 à 1981. La persévérance récompensée, Paris 2008.
- Sanders, David: *Losing an Empire, Finding a Role. British Foreign Policy since 1945*, Basingstoke u. a. 2001.
- Saner, Raymond: Verhandlungstechnik. Strategie, Taktik, Motivation, Verhalten, Delegationsführung, Bern u. a. 2008.
- Sapir, Jacques: *Logik der sowjetischen Ökonomie oder die permanente Kriegswirtschaft*, Münster 1992.
- Sapper, Manfred: *Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka*, Münster/Hamburg 1994.

- Sarcinelli, Ulrich: Mediale Politikdarstellung und politisches Handeln: analytische Anmerkungen zu einer notwendigerweise spannungsreichen Beziehung, in: Jarren, Otfried (Hrsg.): Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen, Opladen 1994, S. 35–50.
- Ders. (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998.
- Ders.: Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System, Wiesbaden 2009.
- Ders.: Strategie und politische Kommunikation. Mehr als die Legitimation des Augenblicks, in: Raschke, Joachim/Tils, Ralf (Hrsg.): Strategie in der Politikwissenschaft. Konturen eines neuen Forschungsfelds, Wiesbaden 2010, S. 267–298.
- Saull, Richard: Rethinking Theory and History in the Cold War. The State, Military Power and Social Revolution, London 2001.
- Savranskaya, Svetlana: Unintended Consequences. Soviet Interests, Expectations and Reactions to the Helsinki Final Act, in: Bange, Oliver/Niedhart, Gottfried (Hrsg.): Helsinki 1975 and the Transformation of Europe, New York/Oxford 2008, S. 175–190.
- Schaad, Martin P. C.: Bonn between London and Paris?, in: Noakes, Jeremy/Wende, Peter/Wright, Jonathan (Hrsg.): Britain and Germany in Europe 1949–1990, Oxford 2002, S. 67–93.
- Schaefer, Michael: Berufsbild: „Diplomat“. Auswahl und Ausbildung der Anwärter des höheren Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1995.
- Schäfer, Bernd: The Catholic Church and the Cold War's End in Europe. Vatican Ostpolitik and Pope John Paul II, 1985–1989, in: Bozo, Frédéric u. a. (Hrsg.): Europe and the End of the Cold War, London/New York 2008, S. 64–77.
- Schäfer, Bernhard: Zum Verhältnis Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht, Potsdam 2006.
- Schäfer, Helmut/Stechow, Christian von: Kontrolle der Sicherheitspolitik, in: Thaysen, Uwe/Davidson, Roger H./Livingston, Robert G. (Hrsg.): US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich, Opladen 1988, S. 421–435.
- Schanetzky, Tim: Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin 2007.
- Scharioth, Klaus: Was macht ein Politischer Direktor, in: Brandt, Enrico/Buck, Christian (Hrsg.), Auswärtiges Amt. Diplomatie als Beruf, Wiesbaden 2005, S. 116–119.
- Schatz, Heribert (Hrsg.): Politische Akteure in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2002.
- Schell, Manfred: Die Kanzlermacher. Erstmals in eigener Sache, Mainz 1986.
- Schenk, Michael: Medienwirkungsforschung, Tübingen 2007.
- Scherer, Helmut: Wer reden will, muss hören: Die kommunikative Rolle politischer Akteure in der vernetzten Gesellschaft, in: Schatz, Heribert (Hrsg.): Politische Akteure in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2002, S. 129–145.
- Schetter, Conrad J.: Kleine Geschichte Afghanistans, München 2010.
- Schick, Rupert/Zeh, Wolfgang: So arbeitet der Deutsche Bundestag. Organisation und Arbeitsweise: Die Gesetzgebung des Bundes, Rheinbreitbach 1999.
- Schildt, Axel: Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), S. 177–206.
- Ders./Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.
- Schlarp, Karl-Heinz: Die ökonomische Untermauerung der Entspannungspolitik. Visionen und Realitäten einer deutsch-sowjetischen Wirtschaftskooperation im Zeichen der Neuen Ostpolitik, in: Archiv für Sozialgeschichte 45 (2005), S. 77–100.
- Schlotter, Peter: Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution, Frankfurt a. M./New York 1999.
- Schmeitzner, Mike (Hrsg.): Partner oder Kontrahenten? Deutsch-polnische Nachbarschaft im Jahrhundert der Diktaturen, Berlin 2008.
- Schmidt, Gustav (Hrsg.): Ost-West-Beziehungen. Konfrontation und Détente 1945–1989, Bochum 1993.
- Schmidt, Manfred G.: Bestimmungsfaktoren des Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B28 (1981), S. 3–10.
- Schmidt, Michael: Die FDP und die deutsche Frage. 1949–1990, Hamburg 1995.

- Schmidt, Wolfgang: Die Wurzeln der Entspannung. Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 51 (2003), S. 521–563.
- Schmidt-Glintzer, Helwig: Kleine Geschichte Chinas, München 2008.
- Schmillen, A.: Politikberatung in der Außenpolitik, in: Kümmel, Gerhard (Hrsg.): Wissenschaft, Politik und Politikberatung. Erkundungen zu einem schwierigen Verhältnis, Frankfurt a. M. 2004, S. 101–113.
- Schmitt, Carsten: Helmut Schmidt: Kontinuität und Konzentration, in: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Das Wort hat der Herr Bundeskanzler. Eine Analyse der Großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2002, S. 193–216.
- Schneider, Georg S.: Alois Mertes (1921–1985). Das außenpolitische Denken und Handeln eines christlichen Demokraten, Bonn 2012.
- Schmiedermann, Christine: Regierungs-PR und Journalismus zwischen Nähe und Distanz, in: Köhler, Miriam M./Schuster, Christian H. (Hrsg.): Handbuch Regierungs-PR. Öffentlichkeitsarbeit von Bundesregierungen und deren Beratern, Wiesbaden 2006, S. 111–118.
- Schöllgen, Gregor: Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow. 1941–1991, München 1996.
- Ders.: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2004.
- Schollwer, Wolfgang: Die DDR-Staatssicherheit und das Ostbüro der FDP, in: Deutschland-Archiv 29 (1996), S. 100–106.
- Scholtyssek, Joachim: Die Außenpolitik der DDR, München 2003.
- Ders.: The United States, Europe and the NATO Dual-Track Decision, in: Schulz, Matthias (Hrsg.): The Strained Alliance. US-European Relations from Nixon to Carter, Cambridge 2009, S. 333–352.
- Ders.: Die FDP in der Wende, in: Historisch-Politische Mitteilungen 19 (2012), S. 197–220.
- Schönbach, Klaus: Zeitungen in den Neunzigern. Faktoren ihres Erfolgs. 350 Tageszeitungen auf dem Prüfstand, Bonn 1997.
- Schöne, Ellinor: Islamische Solidarität. Geschichte, Politik, Ideologie der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) 1969–1981, Berlin 1997.
- Schönhoven, Klaus: Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition, 1966–1969, Bonn 2004.
- Schregel, Susanne: Konjunktur der Angst. „Politik der Subjektivität“ und „neue Friedensbewegung“ 1979–1983, in: Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Walter, Dierk (Hrsg.): Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 495–520.
- Schröder, Hans Jürgen (Hrsg.): Die deutsche Frage als internationales Problem, Stuttgart 1990.
- Schroeder, Klaus (Hrsg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates, Berlin 1994.
- Ders.: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, Dresden 1999.
- Schröter, Melanie: Bezüge auf die Adressierten als Handelnde in der öffentlichen politischen Rede, in: Girnth, Heiko/Spieß, Constanze (Hrsg.): Strategien politischer Kommunikation. Pragmatische Analysen, Berlin 2006, S. 46–60.
- Schulz, Andreas/Wirsching, Andreas (Hrsg.): Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum, Düsseldorf 2012.
- Schulz, Matthias: Vom „Atlantiker“ zum „Europäer“? Helmut Schmidt, deutsche Interessen und die europäische Einigung, in: König, Mareike (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949–2000. Politische Akteure, gesellschaftliche Kräfte und internationale Erfahrungen, Wiesbaden 2004, S. 185–220.
- Ders. (Hrsg.): The Strained Alliance. US-European Relations from Nixon to Carter, Cambridge 2009.
- Schulz, Rüdiger: Nutzung von Zeitungen und Zeitschriften, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 401–425.
- Schulze, Volker: Medienkundliches Handbuch, Aachen-Hahn 1991.
- Ders.: Die Zeitung, Aachen-Hahn 1997.
- Schüttemeyer, Suzanne S.: Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–1997. Empirische Befunde und theoretische Folgerungen, Opladen 1998.

- Schütz, Walter J.: Entwicklung der Tagespresse, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 109–134.
- Schütze, Walter: Frankreichs Außen- und Sicherheitspolitik unter François Mitterrand, in: Europa-Archiv 20 (1982), S. 591–602.
- Schwabe, Klaus: Verhandlungen und Stationierung: Die USA und die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses 1981–1987, in: Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 65–93.
- Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1976.
- Ders.: Axel Springer. Die Biographie, Berlin 2008.
- Ders. (Hrsg.): Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009.
- Schwarzmeier, Manfred: Parlamentarische Mitsteuerung. Strukturen und Prozesse informellen Einflusses im Deutschen Bundestag, Wiesbaden 2001.
- Schweigler, Gebhard: Europa, Amerika und die Entspannung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B28 (1982), S. 3–14.
- Ders.: Grundlagen der außenpolitischen Orientierung der Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen, Motive, Einstellungen, Baden-Baden 1985.
- Schweitzer, Carl-Christoph: Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages im außenpolitischen Entscheidungssystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B19 (1980), S. 3–24.
- Ders. (Hrsg.): Bedrohung durch die Sowjetunion?, Baden-Baden 1989.
- Schwelien, Michael: Helmut Schmidt. Ein Leben für den Frieden, München 2003.
- Seeliger, Rolf (Hrsg.): Nachrüstung. Sicherheitspolitik wird zum Sicherheitsrisiko, Argumente gegen den atomaren Wahnsinn, für eine wirkliche Friedenspolitik, München 1981.
- Seelow, Gunnar: Strategische Rüstungskontrolle und deutsche Außenpolitik in der Ära Helmut Schmidt, Baden-Baden 2013.
- Seidel, Peter: Nachrüstung oder Modernisierung? Die wissenschaftliche Diskussion um die kontinentalstrategischen Nuklearwaffen in Europa 1979–1983, München 1986.
- Seiffert, Wolfgang: Das Abschlussdokument des Madrider KSZE-Folgetreffens, in: Deutschland-Archiv 11 (1983), S. 1129–1131.
- Seitz, Konrad: China. Eine Weltmacht kehrt zurück, München 2006.
- Selva, Douglas: The Politics of the Lesser Evil. The West, the Polish Crisis, and the CSCE Review Conference in Madrid, 1981–1983, in: Nuti, Leopoldo (Hrsg.): The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985, London/New York 2009, S. 41–54.
- Ders.: The Superpowers and the Conference on Security and Cooperation in Europe, 1977–1983. Human Rights, Nuclear Weapons, and Western Europe, in: Peter, Matthias/Wentker, Hermann (Hrsg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012, S. 15–58.
- Senghaas, Dieter: Konfliktformationen im internationalen System, Frankfurt a. M. 1988.
- Senoo, Tetsuji: Ein Irrweg zur deutschen Einheit? Egon Bahrs Konzeptionen, die Ostpolitik und die KSZE 1963–1975, Frankfurt a. M. u. a. 2011.
- Sharp, Paul: Thatcher's Diplomacy. The Revival of British Foreign Policy, Basingstoke 1997.
- Shaw, Geoff/Spencer, David: Fighting in Afghanistan. Lessons from the Soviet Intervention 1979–1989, in: Defense & Security Analysis 2 (2003), S. 177–189.
- Shirayev, Eric: Toward a Comparative Analysis of the Public Opinion – Foreign Policy Connection, in: Nacos, Brigitte L./Shapiro, Robert Y./Isernia, Pierangelo (Hrsg.): Decision-making in a Glass House. Mass Media, Public Opinion, and American and European Foreign Policy in the 21st Century, Lanham u. a. 2000, S. 297–304.
- Siddique, Abubakar: The Pashtun Question. The Unsolved Key to the Future of Afghanistan, London 2014.
- Siebs, Benno-Eide: Die Außenpolitik der DDR 1976–1989. Strategien und Grenzen, Paderborn 1999.
- Siedlarz, Jan: Kirche und Staat im kommunistischen Polen 1945–1989, Paderborn u. a. 1996.

- Signitzer, Benno: Public Relations and Public Diplomacy, in: Mahle, Walter A. (Hrsg.): Deutschland in der internationalen Kommunikation, Konstanz 1995, S. 73–81.
- Ders./Coombs, Timothy: Conceptual Convergences between Public Relations and Public Diplomacy, in: Fischer, Heinz-Dietrich/Wahl, Ulrike G. (Hrsg.): Public Relations. Geschichte, Grundlagen, Grenzziehungen, Frankfurt a. M. u. a. 1993, S. 321–332.
- Siller, Peter/Pitz, Gerhard: Politik als Inszenierung. Zur Ästhetik des Politischen im Medienzeitalter, Baden-Baden 2000.
- Simon, Gerhard: Russischer und sowjetischer Expansionismus in historischer Perspektive, in: Vogel, Heinrich (Hrsg.): Die sowjetische Intervention in Afghanistan. Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise, Baden-Baden 1980, S. 93–118.
- Sjursen, Helene: The United States, Western Europe and the Polish Crisis. International Relations in the Second Cold War, Basingstoke 2003.
- Smidt, Thorsten: Übermalte Wände. Kulturelle Selbstbehauptung als Form des Widerstands unter dem polnischen Kriegsrecht, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 1 (2002), S. 75–90.
- Smith, Julie/Edwards, Geoffrey: British-West German Relations, 1973–1989, in: Larres, Klaus (Hrsg.): Uneasy Allies. British-German Relations and European Integration since 1945, Oxford 2000, S. 45–62.
- Smith, Martin A.: Partnerschaft, Kalter Krieg oder Kalter Frieden?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 15–16 (2009), S. 21–27.
- Ders.: British Nuclear Weapons and NATO in the Cold War and beyond, in: International Affairs (2011), S. 1385–1399.
- Smith, Michael E.: Europe's Foreign and Security Policy. The Institutionalization of Cooperation, Cambridge u. a. 2004.
- Smith, Richard: The UK Response to the Soviet Invasion of Afghanistan. Proposals for a Neutral and Non-Aligned Afghanistan, 1980–1981, in: Cambridge Review of International Affairs, 26/2 (2013), S. 355–373.
- Ders./Salmon, Patrick/Twigge, Stephen (Hrsg.): Documents on British Policy Overseas, Series III, Vol. VIII: The Invasion of Afghanistan and UK-Soviet Relations, 1979–1982, New York 2012.
- Smolorz, Roman P.: Die freie sich selbst verwaltende Gewerkschaft „Solidarność“, in: Deutsche Studien 35 (1998), S. 225–248.
- Soell, Hartmut: Helmut Schmidt 1969 bis heute. Bd. 2: Macht und Verantwortung, München 2008.
- Sommer, Ulf: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter der Führung der SED, Münster 1996.
- Sonntag, Ansgar: Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Versuch einer Gesamtdarstellung, München 1994.
- Soutou, Georges-Henri: L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996, Paris 1996.
- Ders.: La guerre de cinquante ans. Le conflit Est-Ouest 1943–1990, Paris 2001.
- Ders.: Frankreich und der Albtraum eines wiedervereinigten und neutralisierten Deutschlands 1952–1990, in: Geppert, Dominik (Hrsg.): Neutralität: Chance oder Chimäre? Konzepte des Dritten Weges für Deutschland und die Welt 1945–1990, München 2005, S. 265–273.
- Ders.: L'historiographie actuelle de la Guerre froide entre révisionnisme et nouvelles recherches, in: Revue d'histoire diplomatique 122 (2008), S. 187–192.
- Ders.: Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und die deutsche Frage, in: Hildebrand, Klaus/Wengst, Udo/Wirsching, Andreas (Hrsg.): Geschichtswissenschaft und Zeitverständnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller, München 2008, S. 373–382.
- Ders.: Mitläufer der Allianz? Frankreich und der NATO-Doppelbeschluss, in: Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 363–376.
- Ders.: La France et la RFA au milieu des années 70: une prise de distance à l'égard des États-Unis?, in: Gotto, Bernhard u. a. (Hrsg.): Nach „Achtundsechzig“. Krisen und Kri-

- senbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1970er Jahren, München 2013, S. 91–103.
- Spieß, Constanze/Kumiega, Lukasz/Dreesen, Philipp: Mediendiskursanalyse. Diskurse, Dispositive, Medien, Macht, Wiesbaden 2011.
- Spohr Readman, Kristina: Germany and the Politics of the Neutron Bomb, 1975–1979, in: *Diplomacy and Statecraft* 21 (2010), S. 259–285.
- Spree, Reinhard (Hrsg.): Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 2001.
- Staack, Michael: Wegbereiter der Entspannungspolitik. William Borm zum 90. Geburtstag, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 30 (1985), S. 772–776.
- Ders.: Handelsstaat Deutschland. Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System, Paderborn 2000.
- Ders./Meier, Oliver: Die KSZE und die europäische Sicherheit. Kooperative Konfliktverhütung für Gesamteuropa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 13 (1992), S. 17–26.
- Stadt, Jochen: Bundesrepublik und DDR: Beziehungen und Wechselwirkungen, in: März, Peter (Hrsg.): Die zweite gesamtdeutsche Demokratie. Ereignisse und Entwicklungslinien – Bilanzierungen und Perspektiven, München 2002, S. 167–188.
- Stach, Andrzej: „Solidarność? Nein, danke...“: Die Einstellung zu ‚Solidarność‘ in beiden deutschen Staaten vor 1989, in: Surynt, Izabela/Zybura, Marek (Hrsg.): Die „Wende“: Die politische Wende 1989/90 im öffentlichen Diskurs Mittel- und Osteuropas, Hamburg 2007, S. 74–85.
- Staden, Berndt von: Wissenschaftliche Politikberatung in der außenpolitischen Praxis, in: *Europa-Archiv* 12 (1986), S. 359–366.
- Steffahn, Harald: Helmut Schmidt. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg 2004.
- Steinmetz, Rüdiger: Initiativen und Durchsetzung des privat-kommerziellen Rundfunks, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 167–191.
- Stimmler, Martin: Machtspiele am Hindukusch. Afghanistan und die indisch-pakistanische Rivalität, in: Buciak, Sebastian/Dehn, Rüdiger von (Hrsg.): Indien und Pakistan – Atom-mächte im Spannungsfeld regionaler und globaler Veränderungen, Berlin 2010, S. 303–315.
- Stoklosa, Katarzyna: Polen und die deutsche Ostpolitik. 1945–1990, Göttingen 2011.
- Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch, Opladen 1983.
- Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991, Köln 2002.
- Ders.: Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007.
- Straeten, Herbert: Von Kanzler zu Kanzler, in: Filmer, Werner/Schwan, Heribert (Hrsg.): Hans-Dietrich Genscher, Düsseldorf 1988, S. 170–185.
- Stratmann, Karl-Peter: NATO-Strategie in der Krise? Militärische Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa, Baden-Baden 1981.
- Stüwe, Klaus: Die Rede des Kanzlers. Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2005.
- Surynt, Izabela/Zybura, Marek (Hrsg.): Die „Wende“: Die politische Wende 1989/90 im öffentlichen Diskurs Mittel- und Osteuropas, Hamburg 2007.
- Süß, Winfried: Der Kanzler des Krisenmanagements, in: Rebscher, Susanne (Hrsg.): Die Bundeskanzler und ihre Ämter, Bonn 2006, S. 108–123.
- Świder, Małgorzata: Das Informationsbüro der Solidarność in Bremen im Spiegel von Archivmaterialien des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: *Inter finitimos* (2009), S. 203–214.
- Dies.: Die katholische Kirche in Polen und die SPD in den 1980er Jahren, Bonn 2013.
- Szumilas, Aleksander: Die Rolle der katholischen Kirche im polnischen Reformprozess, Stuttgart 2010.
- Szymanski, Berenika: Theatraler Protest und der Weg Polens zu 1989. Zum Aushandeln von Öffentlichkeit im Jahrzehnt der Solidarność, Bielefeld 2012.
- Tatur, Melanie: Solidarność als Modernisierungsbewegung. Sozialstruktur und Konflikt in Polen, Frankfurt a. M. 1989.

- Dies.: Form- und Funktionswandel einer sozialen Bewegung *Solidarność*, in: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 2 (1993), S. 78–88.
- Taubert, Fritz: RFA – RDA – Pologne. Une contribution à l'histoire des relations internationales, in: *Études germaniques* 66/3 (2011), S. 757–762.
- Tennyson, K. N.: *Political Developments in Afghanistan. Implications for India*, New Delhi 2012.
- Tenscher, Jens: Verkünder, Vermittler, Vertrauensperson. Regierungssprecher im Wandel der Zeit, in: Schatz, Heribert (Hrsg.): *Politische Akteure in der Mediendemokratie*, Wiesbaden 2002, S. 245–269.
- Thamm, Sascha: *Institutionelle Reaktionen der NATO auf die Krisen des Bündnisses. Von der Gründung bis zum NATO-Doppelbeschluss*, Osnabrück 2002.
- Thaysen, Uwe/Davidson, Roger H./Livingston, Robert G. (Hrsg.): *US-Kongress und Deutscher Bundestag*, Opladen 1988.
- Thiemeyer, Guido: Helmut Schmidt und die Gründung des Europäischen Währungssystems 1973–1979, in: Knipping, Franz/Schönwald, Matthias (Hrsg.): *Aufbruch zum Europa der Zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969–1984*, Trier 2004, S. 245–268.
- Thies, Jochen: *Helmut Schmidts Rückzug von der Macht*, Stuttgart 1988.
- Ders.: *Die Dohnanyis. Eine Familienbiographie*, München 2004.
- Thomsen, Christian Werner: *Aufbruch in die Neunziger. Ideen, Entwicklungen, Perspektiven der achtziger Jahre*, Köln 1991.
- Thunert, Martin: Think Tanks als Ressource der Politikberatung. Bundesdeutsche Rahmenbedingungen und Perspektiven, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 3 (1999), S. 10–19.
- Tiedtke, Stephan: *Rüstungskontrolle aus sowjetischer Sicht. Die Rahmenbedingungen der sowjetischen MBFR-Politik*, Frankfurt a. M. 1980.
- Timmermann, Heiner: Die USA, Westeuropa und die Dritte Welt. Aspekte des Antwortverhaltens auf die sowjetische Intervention in Afghanistan, in: Vogel, Heinrich (Hrsg.): *Die sowjetische Intervention in Afghanistan. Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise*, Baden-Baden 1980, S. 299–318.
- Ders. (Hrsg.): *Das war die DDR*, Münster 2004.
- Ders.: Die DDR – nur ein Spielball der Sowjetunion? Analyse der internationalen Beziehungen zwischen Ostberlin und Moskau, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): *Die DDR in Europa – zwischen Isolation und Öffnung*, Münster 2005, S. 100–115.
- Ders. (Hrsg.): *Die DDR in Europa – zwischen Isolation und Öffnung*, Münster 2005.
- Ders. (Hrsg.): *Agenda DDR-Forschung. Ergebnisse, Probleme, Kontroversen*, Münster 2005.
- Tömmel, Ingeborg: Die EG in den Jahren 1970–1984. Neue Politikmuster als Katalysator der Integration, in: Knipping, Franz/Schönwald, Matthias (Hrsg.): *Aufbruch zum Europa der Zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969–1984*, Trier 2004, S. 269–284.
- Tompson, William: *The Soviet Union under Brezhnev*, London 2003.
- Tosi, Luciano: Europe, the United Nations and Dialogue with the Third World, in: Varsori, Antonio/Migani, Guia (Hrsg.): *Europe in the International Arena during the 1970s. Entering a Different World*, Bruxelles u. a. 2006, S. 161–191.
- Trotha, Thilo von: Reden ist Führung, in: Kreyher, Volker-Jeske (Hrsg.): *Handbuch politisches Marketing. Impulse und Strategien für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Baden-Baden 2004, S. 163–169.
- Tuschhoff, Christian: Der Genfer „Waldspaziergang“ 1982. Paul Nitzes Initiative in den amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgesprächen, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 38 (1990), S. 289–328.
- Ulbert, Cornelia: Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik. Theoretische Analysen und methodische Herangehensweisen, in: Dies./Weller, Christoph (Hrsg.): *Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik*, Wiesbaden 2005, S. 9–34.
- Dies./Weller, Christoph (Hrsg.): *Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik*, Wiesbaden 2005.

- Vaiss, Paul/Morgenroth, Klaus (Hrsg.): *Les relations internationales au temps de la guerre froide*, Bern u. a. 2006.
- Vaïsse, Maurice: *Le chemin de Varsovie. La France face à l'intervention soviétique en Afghanistan* (décembre 1979 – juin 1980), in: *Revue d'histoire diplomatique* 120 (2006), S. 169–187.
- Varkonyi, Peter: Helsinki. Antecedents and Consequences, in: *The Hungarian Quarterly* 100 (1985), S. 18–23.
- Varsori, Antonio/Migani, Guia (Hrsg.): *Europe in the International Arena during the 1970s*, Bruxelles u. a. 2006.
- Villaume, Poul/Westad, Odd Arne (Hrsg.): *Perforating the Iron Curtain. European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold War 1965–85*, Kopenhagen 2010.
- Vogel, Heinrich (Hrsg.): *Die sowjetische Intervention in Afghanistan*, Baden-Baden 1980.
- Vogl, Claudia/Sagurna, Michael (Hrsg.): *Der Freiheitskrieg in Afghanistan*, Bonn 1984.
- Völklein, Ulrich: *Honecker. Eine Biographie*, Berlin 2003.
- Vorkötter, Uwe: Die Macht der Medien in der Mediendemokratie, in: Göhler, Gerhard/Schmalz-Jacobsen, Cornelia/Walther, Christian (Hrsg.): *Macht und Medien. Über das Verhältnis von Politik und Kommunikation*, Frankfurt a. M. u. a. 2007, S. 13–25.
- Vorländer, Hans: *Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus*, München 1987.
- Ders.: Die Freie Demokratische Partei (FDP), in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): *Handbuch Parteienforschung*, Wiesbaden 2013, S. 497–507.
- Waechter, Matthias: *Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing. Auf der Suche nach Stabilität in der Krise der 70er Jahre*, Bremen 2011.
- Wagenlehner, Günther: *Die Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluss. Eine Bilanz*, Koblenz 1985.
- Ders. (Hrsg.): *Von der Ost-West-Konfrontation zur europäischen Friedensordnung*, München 1992.
- Wagner, Christian: Außenpolitik Pakistans zwischen Kaschmir und Afghanistan, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39 (2007), S. 32–39.
- Wagner, Wolfgang: Das Ost-West-Verhältnis nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Die Eskalation der Enttäuschungen in der Periode der Détente, in: *Europa-Archiv* 5 (1980), S. 135–146.
- Ders.: Einem Freund Bayreuths zum Geburtstag, in: Kinkel, Klaus (Hrsg.): *In der Verantwortung*, Hans-Dietrich Genscher zum Siebzigsten, Berlin 1997, S. 92–95.
- Ders.: Die Konstruktion einer europäischen Außenpolitik. Deutsche, französische und britische Ansätze im Vergleich, Frankfurt a. M./New York 2002.
- Ders.: Die soziale Konstruktion außenpolitischer Interessen: Deutsche und britische Debatten über eine Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, in: Ulbert, Cornelia/Weller, Christoph (Hrsg.): *Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik*, Wiesbaden 2005, S. 65–97.
- Waleszczuk, Zbigniew: *Zwischen Kommunismus und Demokratie. Das Verhältnis von Kirche und Staat in Polen*, Bayreuth 2004.
- Walker, Horst O.: *Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Eine Untersuchung zu Fragen der Organisation, Koordination und Kontrolle der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung*, Frankfurt a. M. 1982.
- Walter, Franz: Die Integration der Individualisten. Parteivorsitzende in der FDP, in: Forkmann, Daniela/Schlieben, Michael (Hrsg.): *Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2005*, Wiesbaden 2005, S. 119–168.
- Ders.: Die SPD, Reinbek bei Hamburg 2009.
- Waltz, Kenneth Neal: *Theory of International Politics*, New York 1979.
- Wasner, Barbara: *Parlamentarische Entscheidungsfindung. Einblicke in das schwierige Geschäft der Mehrheitsbeschaffung*, Passau 1998.
- Wawra, Ernst: Ein Schandfleck der westlichen Diplomatie? Der KSZE-Prozess und die Bürger- und Menschenrechtsbewegung in der Sowjetunion 1976–1982, in: Altrichter, Hel-

- mut/Wentker, Hermann (Hrsg.): Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990, München 2011, S. 63–73.
- Weber, Stefan: Theorien der Medien. Von der Kulturkritik bis zum Konstruktivismus, Konstanz 2010.
- Weber, Wolfgang: *Solidarność 1980/81 und die Perspektive der politischen Revolution*, Essen 1987.
- Wehling, Hans-Georg/Karger, Adolf: Polen, Stuttgart 1986.
- Weinachter, Michèle: Valéry Giscard d'Estaing et l'Allemagne. Le double rêve inachevé, Paris u. a. 2004.
- Weisbrod, Bernd: Öffentlichkeit als politischer Prozess. Dimensionen der politischen Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Ders./Mergel, Thomas (Hrsg.): Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003, S. 11–25.
- Ders./Mergel, Thomas (Hrsg.): Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik, Göttingen 2003.
- Weller, Christoph: Perspektiven eines reflexiven Konstruktivismus für die Internationalen Beziehungen, in: Ders./Ulbert, Cornelia (Hrsg.): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik, Wiesbaden 2005, S. 35–64.
- Welzel, Carolin: Politikberatung durch Stiftungen, in: Falk, Svenja (Hrsg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden 2006, S. 275–289.
- Wendt, Alexander: Anarchy is What States Make of It. The Social Construction of Power Politics, in: *International Organization* 46/2 (1992), S. 391–425.
- Ders.: *Social Theory of International Politics*, Cambridge 2006.
- Wenger, Andreas: NATO's Transformation in the 1960s and the Ensuing Political Order in Europe, in: Ders. (Hrsg.): *Transforming NATO in the Cold War. Challenges beyond Deterrences in the 1960s*, New York 2007, S. 221–242.
- Ders. (Hrsg.): *Transforming NATO in the Cold War. Challenges beyond Deterrences in the 1960s*, New York 2007.
- Ders./Mastny, Vojtech: New Perspectives on the Origins of the CSCE Process, in: Ders./Mastny, Vojtech/Nuenlist, Christian (Hrsg.): *Origins of the European Security System. The Helsinki Process Revisited, 1965–1975*, London u. a. 2008, S. 3–22.
- Diess./Nuenlist, Christian (Hrsg.): *Origins of the European Security System. The Helsinki Process Revisited, 1965–1975*, London u. a. 2008.
- Wengst, Udo: Die unregierbare Demokratie? Parteien und politisches System in der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er Jahren, in: Gotto, Bernhard u. a. (Hrsg.): *Nach „Achtundsechzig“. Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1970er Jahren*, München 2013, S. 12–21.
- Wentker, Hermann: Entsatellisierung oder Machtverfall? Das sowjetische Imperium und die innerstaatlichen Konflikte im Ostblock 1953 bis 1981, in: Ders. u. a. (Hrsg.): *Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus*, Berlin 2004, S. 231–255.
- Ders.: Pursuing Specific Interests within the Warsaw Pact: the German Democratic Republic and the CSCE-Process, in: Meneguzzi Rostagni, Carla (Hrsg.): *The Helsinki Process. A Historical Reappraisal. Proceedings of the Workshop Held in Padua, June 7th, 2004*, Padova 2005, S. 45–61.
- Wessels, Wolfgang: Hans-Dietrich Genscher: Initiator des interregionalen Dialogs – Architekt einer Zivilmacht Europa, in: Lucas, Hans-Dieter (Hrsg.): *Genscher, Deutschland und Europa*, Baden-Baden 2002, S. 185–200.
- Westad, Odd Arne: *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times*, Cambridge 2005.
- Weth, Burkard: Der Regierungssprecher als Mediator zwischen Regierung und Öffentlichkeit. Rollen- und Funktionsanalyse von Regierungssprechern im Regierungs- und Massenkommunikationssystem der Bundesrepublik Deutschland (1949–1982), Würzburg 1992.
- Wettig, Gerhard: Die Afghanistan-Entscheidung Moskaus – Indiz für eine veränderte außen- und sicherheitspolitische Orientierung?, in: Vogel, Heinrich (Hrsg.): *Die sowjetische Intervention in Afghanistan. Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise*, Baden-Baden 1980, S. 247–272.

- Ders.: Konflikt und Kooperation zwischen Ost und West. Entspannung in Theorie und Praxis. Eine außen- und sicherheitspolitische Analyse, Bonn 1981.
- Ders.: Vom „Korb III“ zu den Menschenrechten. Zum Verlauf des Belgrader KSZE-Folge-treffens, in: Frenzke, Dietrich/Uschakow, Alexander (Hrsg.): Die Oststaaten, das sowjeti-sche Bündnissystem und die KSZE vor und nach Helsinki, Köln 1983, S. 39–59.
- Ders.: Die Bundesrepublik im Brennpunkt der widerstreitenden Interessen von NATO und UdSSR während des Raketenstreits 1979–1983, in: Maruhn, Jürgen (Hrsg.): Raketenpo-ker um Europa. Das sowjetische SS 20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 36–47.
- Ders.: Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979–1983, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 57 (2009), S. 217–259.
- Ders.: Die „neue Ostpolitik“ der Bundesrepublik Deutschland und die Veränderungen die-ses Konzepts in den achtziger Jahren, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitge-schichte 14/1 (2010), S. 31–39.
- Ders.: Sowjetische Euroraketenrüstung und Auseinandersetzung mit den Reaktionen des Westens. Motivationen und Entscheidungen, in: Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbe-schluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 49–64.
- Wiegrefe, Klaus: Wider die Politik der Supermächte. Helmut Schmidts Ringen um die Ent-spannungspolitik 1977–1982, in: Jahrbuch für historische Friedensforschung 2 (1993/1994), S. 102–139.
- Ders.: Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerika-nischen Beziehungen, Berlin 2005.
- Wieß, Bettina: Verifikation und „compliance issues“. Die amerikanische Diskussion um strategische Rüstungskontrolle (1977–1985) und der INF-Vertrag, Münster 1994.
- Wilke, Jürgen: Lokal, regional, national, international – zu Angebot und Nutzung der Ta-geszeitung, in: Jäckel, Michael/Winterhoff-Spurk, Peter (Hrsg.): Politik und Medien. Analysen zur Entwicklung der politischen Kommunikation, Berlin 1994, S. 89–101.
- Ders.: Leitmedien und Zielgruppenorgane, in: Ders. (Hrsg.): Mediengeschichte der Bun-desrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 302–329.
- Ders. (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999.
- Ders.: Nachrichtenagenturen, in: Ders. (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 469–488.
- Ders.: Die Tagespresse der achtziger Jahre. Zwischen Stabilisierung, Reichweitenverlusten und (supramedialer) Konzentration, in: Faulstich, Werner (Hrsg.): Die Kultur der 80er Jahre. Kulturgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, Paderborn 2005, S. 69–89.
- Wilker, Lothar: Bundestag und Außenpolitik, in: Thaysen, Uwe/Davidson, Roger H./Liv-ingston, Robert G. (Hrsg.): US-Kongress und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich, Opladen 1988, S. 383–399.
- Winking, Mechthild: Liberale Außenpolitik zwischen Profilierung und Anpassung beispiel-haft dargestellt an der Abstimmung der FDP zu den Römischen Verträgen 1957, Münster 2004.
- Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, München 2000.
- Winter, Thomas von: Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, in: Falk, Svenja (Hrsg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden 2006, S. 198–214.
- Wirsching, Andreas: Die mediale „Konstruktion“ der Politik und die „Wende“ von 1982/83, in: Historisch-Politische Mitteilungen 9 (2002), S. 127–139.
- Ders.: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006.
- Ders.: Ist die Geschichte der europäischen Integration beendet?, in: Hertfelder, Thomas/Röd-der, Andreas (Hrsg.): Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?, Göttin-gen 2007, S. 155–170.
- Ders.: Hans-Dietrich Genscher. Liberale Außenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 22 (2010), S. 67–77.
- Ders.: European Responses to the Crisis of the 1970s and 1980s. Introductory Remarks, in: Journal of Modern European History 9/2 (2011), S. 167–169.

- Ders.: Der Weg zur deutschen Einheit. Die „deutsche Frage“ als roter Faden in der Politik Hans-Dietrich Genschers, in: Brauckhoff, Kerstin/Adam-Schwaetzer, Irmgard (Hrsg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik, Wiesbaden 2015, S. 229–245.
- Wirth, Michael: Die deutsch-französischen Beziehungen während der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt (1974–1982). „Bonne entente“ oder öffentlichkeitswirksame Zweckbeziehung?, Berlin 2007.
- Wisotzki, Simone: Macht „Macht“ Diskurse produktiv? Die Nuklearwaffenpolitik Großbritanniens und Frankreichs im kritisch-konstruktiven Vergleich, in: Ulbert, Cornelia/Weller, Christoph (Hrsg.): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik, Wiesbaden 2005, S. 127–156.
- Wittner, Lawrence S.: Toward Nuclear Abolition. A History of the World Nuclear Disarmament Movement 1971 to the Present, Stanford/CA 2003.
- Wohlstetter, Albert: Die Türkei und die Sicherung der Interessen der NATO, in: Europa-Archiv 16 (1985), S. 507–514.
- Wolfrum, Edgar: Die 70er Jahre. Republik im Aufbruch, Darmstadt 2007.
- Wörmann, Claudia: Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland. Politische Rahmenbedingungen und ökonomische Bedeutung, Frankfurt a. M./New York 1982.
- Dies.: Osthandel als Problem der Atlantischen Allianz, Bonn 1986.
- Woyke, Wichard: Von der „Politik der Entspannung“ zur „wirklichen Entspannung“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B41 (1982), S. 31–36.
- Wycisk, Marlene Katharina: Entstehung der Freien Gewerkschaft „Solidarność“ in Polen: die Jahre 1970 bis 1981, Saarbrücken 2007.
- Yost, David S.: The US Debate on NATO Nuclear Deterrence, in: International Affairs 87 (2011), S. 1401–1438.
- Zangl, Bernhard/Zürn, Michael: Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und post-nationalen Konstellation, Frankfurt a. M. 2003.
- Zeitler, Klaus Peter: Deutschlands Rolle bei der völkerrechtlichen Anerkennung der Republik Kroatien unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Außenministers Genscher, Marburg 2000.
- Zepp, Marianne: Ratio der Angst. Die intellektuellen Grundlagen der Friedensbewegung, in: Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp/Klimke, Martin (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“ Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u. a. 2012, S. 135–150.
- Ziebur, Gilbert: Weltwirtschaftspolitik und Weltpolitik 1922/24–1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a. M. 1984.
- Zielinski, Siegfried: Zur Technikgeschichte des BRD-Fernsehens, in: Hickethier, Knut (Hrsg.): Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Institutionen, Technik und Programm. Rahmenaspekte der Programmggeschichte des Fernsehens, München 1993, S. 135–170.
- Zipfel, Astrid: Helmut Schmidt und die Medien. Eine Untersuchung zur politischen Öffentlichkeitsarbeit, Mainz 2004.
- Zubok, Vladislav M.: The Soviet Union and Europe in the 1970s, in: Varsori, Antonio/Migani, Guia (Hrsg.): Europe in the International Arena during the 1970s. Entering a Different World, Bruxelles u. a. 2006, S. 143–158.
- Ders.: A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev, Chapel Hill/NC 2007.
- Zunker, Albrecht: Stiftung Wissenschaft und Politik: Die Neu-Berliner, in: Falk, Svenja (Hrsg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden 2006, S. 363–373.
- Ders.: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Entwicklungsgeschichte einer Institution politikbezogener Forschung, Berlin 2007.

Personenregister

Kursiv gesetzte Zahlen verweisen auf Namen in den Anmerkungen. Der Name Hans-Dietrich Genscher wurde wegen seines häufigen Auftretens nicht erfasst.

- Adam-Schwaetzer, Irmgard 293
Adenauer, Konrad 70, 319
Amin, Hafizullah 103–105, 108f., 111,
113, 118
Amrehn, Franz 174
Andropow, Juri W. 112f., 265
Apel, Hans 40, 134
Archer, Graham Robertson 111
Ayub Khan, Mohammed 101
- Bahr, Egon 18, 83f., 92, 182, 279
Bangemann, Martin 49, 56, 298, 320
Barzel, Rainer 269, 274
Baum, Gerhard 293, 295, 297
Becker, Kurt 70f., 79, 281
Bettzuege, Reinhard 79f., 287
Birnbäum, Karl 33
Bisztyga, Jan 209
Blech, Klaus 38f., 88, 134f., 146, 148, 209f.
Blüm, Norbert 253
Blumsztajn, Seweryn 279
Bölling, Klaus 29, 71, 78f., 183, 296
Borm, William 48, 297
Brandt, Willy 1–4, 15, 18, 23, 25, 34, 36,
44, 47, 54, 83–86, 97, 180, 182, 253f.,
275, 277, 297, 309, 319
Breschnew, Leonid I. 9, 69, 91, 104, 112f.,
118, 121, 134, 139, 148–151, 154, 171,
174, 199–202, 207, 238, 258f., 261, 272f.,
288, 306, 312, 314f.
Brown, Harold 109, 207
Brunner, Guido 34, 39, 63, 271
Brzezinski, Zbigniew 109, 153
Bullard, Julian 140, 146
Bush, George H. W. 307
- Callaghan, James 96
Carrington, Peter 18, 115, 128f., 140,
144f., 152, 156f., 168, 209f., 224, 311
Carter, Jimmy 1, 18, 70, 92f., 95f., 100,
108, 124–127, 149, 161, 173, 180, 183f.,
207, 291, 306, 310, 312
Casaroli, Agostino 249
Chatty, Habib 166
Cheysson, Claude 255
Chirac, Jacques 255
Chňoupek, Bohuslav 274
Chylinski, Jan 230–233,
Cordes, Paul Josef 305
Czaja, Herbert 174, 271
- Czyrek, Józef 209f., 230, 233f., 241, 282,
315
- Dabrowski, Jerzy 250
Daoud Khan, Sardar Mohammed 103
Dehler, Thomas 45
Dirnecker, Rupert 169
Dobrosielski, Marian 95
Döring, Wolfgang 50
Dohnanyi, Klaus von 40
Dregger, Alfred 18, 278, 294
Dreher, Johann Georg 257
Dufner, Wolfram 55
Dupont, Jacques Pierre 163, 165
- Ehmke, Horst 269
Ellerkmann, Richard 65
Ertl, Josef 293, 295
- Fergusson, Ewan Alastair John 140
Fischer, Oskar 300
Fischer, Per 94f.
Flach, Karl-Hermann 50
Ford, Gerald 1
François-Poncet, Jean 114f., 128, 139,
141, 146, 207, 210
- Gablentz, Otto von der 148, 171
Gailani, Hassan 168
Gailani, Sayed-Ahmad 165–168
Gehl, Jürgen 156
Gehlhoff, Walter 37, 43, 247f.
Geißler, Heiner 183
Gerwald, Josef 76
Ghotbzadeh, Sadegh 166
Gierek, Edward 197f., 231f., 246f.
Giscard d'Estaing, Valéry 17f., 96, 125,
137, 139, 141, 146–149, 310f.
Glemp, Józef 248–252
Glotz, Peter 37
González, Felipe 265
Gorbatschow, Michail 106
Gottschalk, Thomas 80
Groll, Götz Freiherr von 86
Gromyko, Andrej A. 72, 78, 90, 112f.,
139, 148, 152, 264, 272, 300
Grünewald, Armin 186f.
- Hajnicz, Artur 304
Hallier, Hans-Joachim 40

- Hamm-Brücher, Hildegard 39, 56
 Hansen, Niels 39, 135f., 169
 Heisenberg, Wolfgang 31
 Hekmatyar, Goldbud-Din 165–169
 Herbst, Axel 128, 137
 Hermes, Peter 42f., 108,
 Hibbert, Reginald 137, 141
 Hirsch, Burkhard 50, 293
 Höynck, Wilhelm 38
 Hoffmann, Franz-Josef 110
 Homeyer, Josef 305
 Honecker, Erich 237–240, 273, 275, 280,
 317
 Hoppe, Hans-Günter 50, 70
 Howell, Michael Edward 111
 Huber, Hermann 226
 Hülse, Walter 47

 Jabłoński, Henryk 233
 Jäger, Claus 303
 Jäger, Richard 171
 Jaruzelski, Wojciech 9, 200f., 212, 214,
 216, 221f., 224, 234–237, 239, 241–245,
 249–252, 260, 262–264, 274, 276, 281,
 288, 302f., 305, 315–318
 Johannes Paul II. 246, 248–250, 304f., 316
 Jung, Kurt 50, 175

 Kampelmann, Max 264f.
 Kania, Stanisław 198f., 233, 248
 Karmal, Babrak 103–105, 113f., 151
 Kastl, Jörg 38, 265
 Kennedy, John F. 219
 Khales, Yunus 165f.
 Khomeini, Ruhollah 100
 Kiesinger, Kurt Georg 293
 Kinkel, Klaus 26, 39, 42f., 173f.
 Kissinger, Henry 1, 76, 78
 Kleinert, Detlef 293
 Knackstedt, Günter 40
 Kohl, Helmut 7, 24, 36, 42, 44, 54, 56f.,
 68, 82, 169, 172, 176–178, 184, 273, 276,
 278–280, 297–304, 316, 319f.
 Kuroń, Jacek 197, 279
 Kwizinskij, Julij 306
 Kyaw, Dietrich von 34

 Lahnstein, Manfred 293
 Lambach, Frank 42
 Lamsdorff, Otto Graf 156, 291, 293,
 295–298
 Lautenschlager, Hans-Werner 53, 156
 Leber, Georg 271
 Lenz, Carl Otto 273

 Maeso, Carlos A. 80

 Maitland, Donald 146
 Marx, Hans-Werner 18, 44, 54–56, 171f.,
 174f., 182
 Matthäus-Maier, Ingrid 293
 Maurer, Horst-Dieter 163f.
 Mauroy, Pierre 255
 Mazowiecki, Tadeusz 304
 Mende, Erich 45, 50
 Mertes, Alois 18, 54–56, 168f., 172, 175,
 184, 273f., 278, 304
 Meyer-Landrut, Andreas 26, 28, 37, 107,
 302
 Meyer-Plath, Christian 110
 Michnik, Adam 279
 Mischnick, Wolfgang 47, 49f., 52, 57, 70,
 180f., 253, 293–298
 Mitterrand, François 18, 224
 Möllemann, Jürgen 40, 48f., 55f.
 Modzelewski, Karol 279
 Moersch, Karl 39
 Mohammadi, Maulawi Mohammad Nabi
 165f.
 Mohsani, Asif 166
 Mojaddedi, Sebzatullah 165f.

 Negwer, Georg 40–42, 202, 213, 215f.,
 233, 234, 262, 302
 Nerlich, Uwe 31, 32
 Neukirchen, Carl Heinz 171
 Nitze, Paul 306f.
 Nixon, Richard 1

 Oncken, Dirk 110
 Ondarza, Hans-Henning von 108
 Owen, David 114

 Pachelbel-Gehag, Rüdiger von 64
 Pahlavi, Mohammed Reza 100
 Palliser, Michael 145, 146
 Paschke, Karl-Theodor 64, 281
 Pauls, Rolf F. 120, 163
 Petrán, János 95
 Pfeffer 264
 Piskowoj, Iwan Nikolajewitsch 227
 Ploetz, Hans Friedrich von 304
 Ponomarew, Boris N. 113
 Pym, Francis 302

 Qadir, Abdul 104

 Rabbani, Borhanud-Din 165–167
 Rakowski, Mieczysław 233, 235, 241, 275,
 279–282, 315
 Reagan, Ronald 18, 24, 69, 100, 211,
 217f., 220f., 243, 259f., 263, 265f., 277,
 289, 291, 302, 306f., 315, 317

- Ritter, Klaus 31, 32
 Robin, Gabriel 148, 150
 Ronneburger, Uwe 56
 Ruhfus, Jürgen 43
 Ruth, Friedrich 307
- Sachs, Hans-Günther 42
 Sadeqi, Mir Hoseyn 166
 Sarwari, Asaduallah 113
 Sayyaf, Abdul Rasul 166
 Schäfer, Helmut 40, 269
 Schautzer, Max 80
 Scheel, Walter 25, 34, 36–39, 47, 54, 63 f., 83
 Schewardnadse, Eduard 78
 Schlei, Marie 29
 Schlesinger, James R. 109
 Schmidt, Hannelore 283
 Schmidt, Helmut 1, 3, 4, 6 f., 10, 17–19, 29, 34–36, 43 f., 57, 70 f., 78–80, 82, 85 f., 87, 91, 93, 96 f., 115, 116, 118, 129–131, 141, 148 f., 152, 156, 160, 173, 175 f., 181–187, 194, 219, 223, 232, 236–241, 251–254, 256, 265–267, 273–275, 277 f., 280, 282 f., 289, 291–300, 303, 311, 314, 317–319
 Schmülling, Herbert 64, 298
 Schoeler, Andreas von 294
 Schönfelder, Wilhelm 163
 Schollwer, Wolfgang 39, 50, 272
 Schröder, Gerhard 171
 Schuchardt, Helga 293
 Schüler, Manfred 29
 Semjonow, Wladimir S. 114, 129, 133
 Shahi, Agha 110, 166
 Shultz, George P. 264, 301
 Silvestrini, Achille 247
 Springer, Axel 298
 Staden, Berndt von 33, 37 f., 145, 148
 Stauffenberg, Franz L. Schenk Graf von 270, 277
 Stavenhagen, Lutz 56
- Strauß, Franz Josef 44, 54, 172 f., 181, 184 f., 266 f., 273, 278, 280, 292, 297
 Sudhoff, Jürgen 63 f.
- Taraki, Mohammed Nur 103–105, 109, 111–113
 Teltschik, Horst 36
 Terfloth, Klaus 64
 Thatcher, Margaret 17, 108, 128, 139 f., 224
 Tower, John 160
- Ustinow, Dimitrij F. 113 f.
- Vance, Cyrus R. 109, 114 f., 130, 136, 194
 Verheugen, Günter 39, 56, 66, 250, 293 f., 297
 Vetter, Heinz-Oskar 255
- Waleśa, Lech 2, 197–199, 201, 212, 214, 248, 255 f., 279, 303, 316
 Wechmar, Rüdiger von 43
 Wehner, Herbert 52, 182, 275, 293
 Well, Günther van 37 f., 88, 115, 118, 145, 146, 148, 150, 155, 162, 169, 171, 230, 233, 268
 White, William Kelvin Kennedy 111, 114
 Wieck, Hans-Georg 43, 110, 133, 156, 206
 Wischnewski, Hans-Jürgen 18, 29, 40
 Wörner, Manfred 178, 185
 Wojtaszek, Emil 232
 Wojtkowski, Mirosław 210, 230, 235
 Wojtyła, Karol s. Johannes Paul II.
 Wright, Oliver 139, 145, 148
 Wyszynski, Stefan 246–248, 250, 316
- Zahir, Mohammed 103, 166
 Zia-ul-Haq, Mohammed 101, 154, 158, 160, 313
 Zimmermann, Friedrich 172, 179

Bundesminister des Auswärtigen

